



20

Hans-Werner Retterath (Hg.)

## Germanisierung im besetzten Ostoberschlesien während des Zweiten Weltkriegs

Schriftenreihe des Instituts für Volkskunde  
der Deutschen des östlichen Europa

ivde FREIBURG

WAXMANN

Schriftenreihe des Instituts für Volkskunde  
der Deutschen des östlichen Europa

Herausgegeben von Werner Mezger

Band 20

Hans-Werner Retterath (Hg.)

Germanisierung im  
besetzten Ostoberschlesien  
während des Zweiten Weltkriegs



Waxmann 2018  
Münster • New York

Gedruckt mit Mitteln des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung  
und Migration Baden-Württemberg

**Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind  
im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Print-ISBN 978-3-8309-3828-6

E-Book-ISBN 978-3-8309-8828-1

© Waxmann Verlag GmbH, Münster 2018

[www.waxmann.com](http://www.waxmann.com)

[info@waxmann.com](mailto:info@waxmann.com)

Umschlaggestaltung: Christian Averbeck, Münster

Umschlagabbildung: Vorderseite: Deutschstämmige Umsiedler auf dem Weg  
zum Sammelpunkt in Jeleśnia (Kreis Saybusch), 22. September 1940;

IPN Katowice, Foto: NSDAP

Rückseite: Eskortierung vertriebener Polen zur Verladung auf dem Bahnhof  
in Żywiec, Herbst 1940; IPN Katowice, Foto: Józef Macikowski (im Auftrag  
des poln. Widerstandes)

Satz: Stoddart Satz- und Layoutservice, Münster

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, verboten.

Kein Teil dieses Werkes darf ohne schriftliche Genehmigung des

Verlages in irgendeiner Form reproduziert oder unter Verwendung

elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

# Inhalt

<i>Hans-Werner Retterath</i> Einleitung .....	7
<i>Wolfgang Kessler</i> Das „befreite Schlesien“ Der Regierungsbezirk Kattowitz 1939–1945 in der deutschen Wahrnehmung .....	17
<i>Jan-Michael Dunst</i> Planung und Durchführung der Umsiedlung der „Volksdeutschen“ aus dem östlichen Europa .....	55
<i>Mirosław Sikora</i> „Die Bemühungen zur Verbreitung der deutschen Sprache als Verkehrssprache scheiterten ...“ Die Volksdeutschen und Polen in den Stimmungsberichten des Sicherheitsdienst-Leitabschnittes Kattowitz 1939–1944 .....	71
<i>Steffen A. Wasko</i> Biopolitik in Ostoberschlesien Grenzpolitik als Technik nationalsozialistischer Bevölkerungspolitik ...	107
<i>Jan Iluk</i> Der Beitrag des Heimatkalenders des Beskidenkreises Saybusch 1941 zur „Umbeheimatung“ der umgesiedelten Volksdeutschen aus Ostgalizien und dem Buchenland .....	133
<i>Hans-Werner Retterath</i> Die Erntedankfeste in Saybusch (Żywiec) 1941–1943 Zur Germanisierung von Bevölkerung und Raum durch Feste .....	157
<i>Łukasz Iluk</i> Das deutsche Amtsgericht in Saybusch und seine Urteile aus den Jahren 1939–1945 .....	199
<i>Artur Caputa</i> Die polnische Untergrundpresse in Żywiec in den Jahren 1939–1942 ...	223

*Małgorzata Goc*

Oppelner Ansiedler aus dem Żywiecer Land –  
eine Nachlese zur „Aktion Saybusch“? . . . . . 245

*Gaëlle Fisher*

Schweigen, Störung und Stimmigkeit:  
Erinnerungen an die Umsiedlung „Heim ins Reich“  
unter den Buchenlanddeutschen . . . . . 273

Die Autorinnen und Autoren . . . . . 305

## Einleitung

Nach der deutschen Besetzung Polens im September 1939 wurden im Zuge der Eingliederung südwestpolnischer Gebiete in das Deutsche Reich die ostoberschlesischen Regierungsbezirke Oppeln und Kattowitz erweitert bzw. neu geschaffen. Waren in den Regierungsbezirk Oppeln Gebiete eingegliedert worden, die bis 1918 zum Russischen Reich gehörten, so handelte es sich beim Regierungsbezirk Kattowitz um weitere russische und bis 1918 österreichische Gebietsteile sowie den bis 1922 zum Deutschen Reich gehörigen Teil Ostoberschlesiens. Dabei bildeten die ehemals russischen und teilweise die österreichischen Teile den „Oststreifen“, dessen westliche Grenze gleichzeitig die Polizeigrenze darstellte. Das annektierte Gebiet sollte gemäß der NS-Propaganda zum „Bollwerk des Deutschtums“ ausgebaut werden, was die Liquidierung alles „Fremdvölkischen“ gemäß der NS-Ideologie implizierte. Das meinte nicht nur die Sprache, die Landschaft, die Artefakte, die Symbolwelt, sondern vor allem auch die Bewohner des Gebiets.

Während die deutsche Forschung die Gaue Danzig-Westpreußen und Wartheland seit über zwei Jahrzehnten ausführlich untersucht, wurde der Osten des (späteren) Gaus Oberschlesien allenfalls gestreift und die weitreichenden Arbeiten polnischer Kolleginnen und Kollegen (wie zum Beispiel von Ryszard Kaczmarek oder Mirosław Sikora) kaum zur Kenntnis genommen. Mit der Tagung „Germanisierung im besetzten Ostoberschlesien während des Zweiten Weltkriegs – Fakten und Erinnerungen“ (Freiburg, 8. und 9. Oktober 2014) wurde dieser Missstand angegangen und neben der „großen Geschichte“ speziell der Germanisierungsalltag in seinen vielfältigen Erscheinungsformen untersucht. Letzteres meint die Auswirkungen auf das alltägliche Leben der verschiedenen Bevölkerungsgruppen angefangen von den Ortsansässigen polnischer, deutscher und jüdischer Ethnizität, den umgesiedelten Deutschstämmigen aus Ostgalizien und der Bukowina sowie den aus dem Reich Zugezogenen. Außer der interethnischen und interkulturellen Perspektive wurde auch das Spannungsverhältnis von historischen Fakten versus Erinnerungen thematisiert. Geografisch stand wegen der „Aktion Saybusch“ der Kreis Saybusch (Żywiec) im Zentrum vieler Vorträge.

Vergangenes kann nie vollständig, jedoch bei Vorliegen einer ausreichenden Faktenbasis annähernd rekonstruiert werden. Hierzu greift die Historiografie auf Archivbestände, aber auch zeitgenössisches Datenmaterial und Publikationen zurück. Allerdings gilt zu bedenken, dass gerade Archivalien staatli-

cher Archive lange Zeit fast gänzlich von staatlichen Stellen angefertigt wurden und dahinter immer auch deren jeweilige Interessen standen. Sie sind also nie neutral. Daneben können auch Zeitzeugeninterviews und deren verschriftlichte Erinnerungen eine wichtige Quelle bilden. Während in der Historiografie ihr Wert für die Ermittlung der „historischen Wahrheit“ heftig umstritten ist, stellen sie aus volkskundlicher Sicht eine wesentliche Quelle zum Selbstverständnis von Individuen und sozialen Gruppen sowie zu deren kommunikativem und kulturellem Gedächtnis dar. Angesichts der überaus unterschiedlichen Erfahrungen und der über die Jahrzehnte sich verändernden Verhältnisse und persönlicher Erinnerungssituationen ist von höchst differenteren Erinnerungen auszugehen.

Zu dem aufgeworfenen Themenspektrum präsentierten auf der Tagung Referentinnen und Referenten aus mehreren Ländern und Wissenschaftsdisziplinen ihre Forschungsergebnisse. Sie finden sich meist erweitert in diesem Band, ergänzt um zwei zusätzliche einschlägige Beiträge.

Wolfgang Kessler, Historiker und ehemaliger Leiter der Martin-Opitz-Bibliothek in Herne, geht in seinem Einführungsbeitrag „Das ‚befreite Schlesien‘. Der Regierungsbezirk Kattowitz 1939–1945 in der deutschen Wahrnehmung“ auf die recht defizitäre Untersuchung des nach der deutschen Besetzung gebildeten Regierungsbezirks Kattowitz durch die deutsche Schlesienforschung ein. Dementsprechend wurde auch nicht die polnische Forschung dazu rezipiert. Dezidiert beleuchtet Kessler, ob und ggfs. wie das besetzte Ostoberschlesien in der deutschen zeitgenössischen Publizistik, der deutschen historischen Forschung und der Heimat- und Erinnerungsliteratur der aus dem Gebiet stammenden Deutschen und der deutschen „Umsiedler“ wahrgenommen wurde.

Da in Ostoberschlesien die Umsiedler aus Galizien und der Bukowina diejenige Bevölkerungsgruppe stellten, wegen der nicht zuletzt viele einheimische Polen vertrieben wurden, gilt es zuvor, die Umsiedlung und die ihr zugrunde liegenden Prämissen zu beleuchten. Dazu gibt der Freiburger Geschichtspädagoge Jan-Michael Dunst in seinem Artikel „Planung und Durchführung der Umsiedlung der ‚Volksdeutschen‘ aus dem östlichen Europa“ einen allgemeinen Überblick über die Translokation der deutschstämmigen Bevölkerungsgruppen, wobei er besonders auf die Akteure, die Planung und Durchführung der Umsiedlung sowie die Erfassung und Selektion der Umsiedler eingeht.

Zwecks Kontrolle der Menschen in Ostoberschlesien im Allgemeinen sowie der Polen und der Volksdeutschen im Besonderen kam der Erforschung der Stimmungen unter der Bevölkerung, wie sie sich im Alltag darbo-

ten, große Aufmerksamkeit zu. Hierzu behandelt der Historiker Miroslaw Sikora vom Instytut Pamięci Narodowej (Institut des Nationalen Gedenkens [IPN]) in Katowice das Thema „Die Volksdeutschen und Polen in den Stimmungsberichten des Sicherheitsdienst-Leitabschnittes Kattowitz 1939–1944“. Gegenstand seiner Untersuchung zur analytisch-informativen Funktion des Sicherheitsdienstes (SD) in Ostoberschlesien sind die Bestände des Instituts für Nationales Gedenken und des Staatsarchivs in Katowice mit Hunderten von Meldungen. Sie wurden auf Kreisebene durch die lokalen SD-Außenstellen aufbereitet, anschließend nach Kattowitz geschickt und von dort in zusammengefasster Form nach Berlin weitergeleitet. Anhand der Einstellungen der ostoberschlesischen Bevölkerung gegenüber der Staatsführung, der Versorgungslage, den deutsch-polnischen Beziehungen sowie dem „völkischen“ Bewusstsein der Oberschlesier belegt Sikora seine These vom SD als Messinstrument des Germanisierungsprozesses, dessen Scheitern der SD bereits Ende 1942 konstatierte.

Zum Verständnis der besonderen Situation des Kreises Saybusch darf die Beachtung der doppelten Grenzziehung nicht fehlen. Durch den Regierungsbezirk Kattowitz (ebenso durch den Regierungsbezirk Oppeln) verlief die Polizeigrenze, die sich in etwa an der Grenzführung des Wilhelminischen Kaiserreichs orientierte. Die Bevölkerungspolitik des Gebiets östlich der Polizeigrenze bis zur Grenze des Generalgouvernements – zu diesem Raum gehörte auch der Landkreis Saybusch – bewirkte gerade für seine nicht deutsche Bevölkerung erhebliche Verschärfungen. Daher wurde der Beitrag „Biopolitik in Ostoberschlesien. Grenzpolitik als Technik nationalsozialistischer Bevölkerungspolitik“ des Freiburger Historikers Steffen A. Wasko zusätzlich in den Band aufgenommen. Wasko skizziert die differenten Ansätze der SS und der Gauleiter und verdeutlicht mittels des Foucaultschen Theorems zur Biopolitik, welche Bevölkerungsteile in Ostoberschlesien als integrierbar und welche als auszuschließende bestimmt wurden, und wie so das Leben selbst zum Politikum wurde.

Der Germanistikprofessor Jan Iluk untersucht den „Beitrag des Heimatkalenders des Beskidenkreises Saybusch 1941 zur ‚Umbeheimatung‘ der umgesiedelten Volksdeutschen aus Ostgalizien und dem Buchenland“. Wie in anderen Kreisen der eingegliederten Ostgebiete erschien auch im Kreis Saybusch ein Heimatkalender. Iluk analysiert den Kalender nach Inhalten und Strategien der Umbeheimatung, die von der Aufwertung der Umsiedler und der totalen Abwertung der einheimischen Bevölkerung getragen sind. Die Propagierung einer vorherigen polnischen Unterdrückung und Misswirtschaft sollte den auf Vertreibung basierenden Raub polnischen Besitzes legitimieren. An die Umsiedler erging die Aufforderung, mit har-

ter Arbeit den Kreis nach deutschem Schönheitsideal zu gestalten und mit deutscher Kultur zu durchdringen, um ihn zu einem „festen Bollwerk des Deutschtums“ zu machen. – Der Artikel ist die erweiterte und revidierte Fassung eines bereits veröffentlichten Beitrags zum Heimatkalender.<sup>1</sup> Da der vorliegende Band ohne diesen Artikel unvollständig wäre, wurde er trotz gewisser Doppelungen aufgenommen.

Als Kultur- und Sozialwissenschaftler behandle ich, Hans-Werner Retterath vom Freiburger Institut für die Volkskunde der Deutschen des östlichen Europa (IVDE), die Instrumentalisierung eines Fests zur Durchsetzung der NS-Politik. Im Artikel „Die Erntedankfeste in Saybusch (Żywiec) 1941–1943. Zur Germanisierung von Bevölkerung und Raum durch Feste“ untersuche ich neben der Idealisierung des „Bauerntums“ die allgemeinen Vorbedingungen dieses Fests, seinen konkreten Verlauf in Saybusch, welche ideologischen Versatzstücke es transportierte, und welche Bedeutungen und Funktionen ihm zukamen. Dabei wird als die wohl wichtigste Funktion des Fests dessen Beitrag zur Germanisierung der Bevölkerung und des Raums offenbar, weshalb das Erntedankfest im einzudeutschenden Kreis Saybusch als *das* Germanisierungsfest gewertet wird.

Es ist bittere Ironie, dass sich hinter der Bühnenkulisse des Festes auf dem Saybuscher Ringplatz (Rynek) das Amtsgericht mit Haftzelle befand.<sup>2</sup> Dessen völkische Rechtsprechung thematisiert der Jurist Łukasz Iluk von der Hochschule für Finanzen und Recht in Bielsko-Biała in seiner Abhandlung „Das deutsche Amtsgericht in Saybusch und seine Urteile aus den Jahren 1939–1945“. Nach der Darstellung der Einführung des deutschen Strafrechts und besonders der „Verordnung über die Strafrechtspflege gegen Polen und Juden in den eingegliederten Ostgebieten“ vom 4. Dezember 1941 (Polenstrafrechtsverordnung) beleuchtet er vor dem Hintergrund dieses drakonischen Sonderstrafrechts Urteile und Strafbefehle gegen Deutsche und Polen. Iluk belegt damit auch die sukzessive Verschärfung der Strafen besonders gegen Polen. Die verhängten Strafen – die in abgestuftem Maße auch Deutsche beispielsweise nach der sogenannten Volksschädlings- oder Kriegswirtschaftsverordnung betrafen – wurden in den deutsch- und polnischsprachigen Zeitungen veröffentlicht, womit eine Breitenwirkung garantiert und

---

1 *Iluk, Jan*: Heimatkalender des Beskidenkrees Saybusch (1941) im Dienst der nationalsozialistischen Propaganda. In: *Germanica Wratislaviensia*, 2014, Bd. 139, S. 165–181.

2 *Miodoński, Mirosław*: Rynek w Żywcu przez wieki [Der Ringplatz in Żywiec über die Jahrhunderte]. Żywiec 2006, S. 164. Die vorher dort auch befindliche Stadtverwaltung war von den Deutschen in das Gebäude der ehemaligen Krankenkasse verlegt worden.

eine „allgemeine Gehorsamspflicht“ der Polen gegenüber Deutschen erzwungen werden sollte.

Solche Gerichtsentscheide, aber vor allem die Zerschlagung des polnischen Staates und die Behandlung der Polen als „Untermenschen“, mussten geradezu Widerstand in verschiedenster Form hervorrufen. Zu dieser Thematik geht Artur Caputa, Organisator des Muzeum Czynu Zbrojnego (Museum der bewaffneten Aktion) und Mitarbeiter des Stadtmuseums in Żywiec, auf „Die polnische Untergrundpresse in Żywiec in den Jahren 1939–1942“ ein. Im Mittelpunkt steht neben der Geschichte der Tajna Organizacja Niepodległościowa (Geheime Unabhängigkeitsorganisation) und der Tajna Organizacja Wojskowa (Geheime Militärorganisation) besonders die ihrer Untergrundzeitungen, die vielfach auf den Erinnerungen der überlebenden Akteure beruht. Neben anderen Zeitungen behandelt Caputa vor allem die Zeitung „Front Polski“ (Polnische Front) der Geheimen Unabhängigkeitsorganisation. Sie erschien in 33 Ausgaben fast zwei Jahre lang. Außer der Materialienbeschaffung, ihrer Finanzierung, ihrem Vertriebssystem sowie den Organisationsgründern und ihren weiteren Aktivitäten werden zuletzt die Umstände beleuchtet, die zum Fall der Organisation und der Liquidation der geheimen Druckerei im August 1942 führten.

Die Thematisierung der Vertreibung der Polen aus ihren Häusern und Höfen im Landkreis Żywiec bleibt unvollständig, wenn der Verbleib der Überlebenden nach 1945 nicht behandelt wird. Daher wurde der Beitrag „Oppelner Ansiedler aus dem Żywiecier Land – eine Nachlese zur ‚Aktion Saybusch‘?“ der Ethnologin Małgorzata Goc vom Muzeum Śląska Opolskiego (Museum des Oppelner Schlesiens) in Opole (Oppeln) in den Band aufgenommen.<sup>3</sup> Sie stellt nach Erläuterungen zu der Verwaltungsstruktur in den „Wiedergewonnenen Gebieten“ und zur Repatriierung der polnischen Bürger die Forschungen des Museums des Oppelner Schlesiens zu deren Ansiedlung im Oppelner Land dar. Dabei geht sie nach der Erörterung der Probleme der Datenerhebung besonders auf die aus dem Landkreis Żywiec vertriebenen Polen ein. Wenn auch die meisten Ansiedler im Oppelner Land aus der ehemals ostpolnischen Woiwodschaft Tarnopol stammten, so waren aus keinem Kreis mehr Menschen zuge-

---

3 Vgl. auch den Bericht über die unter ihrer Federführung organisierte Ausstellung zur Zuwanderung in das Oppelner Gebiet ab 1945: *Retterath, Hans-Werner*: Ethnografia Opolszczyzny – tradycja i zmiana [Ethnografie des Oppelner Landes – Tradition und Wandel]. Dauerausstellung im Museum des Oppelner Schlesiens, Opole, eröffnet am 17. September 2014. In: *Jahrbuch für deutsche und osteuropäische Volkskunde*, 56 (2015), S. 191–196.

wandert als aus dem Kreis Żywiec. Dies waren über 1.800 Familien; ihr Siedlungsschwerpunkt war der Landkreis Grodków (Grottkau).

Werden Erinnerungen bereits im Einführungsaufsatz von Kessler angesprochen, so sind sie im Artikel der britischen Zeithistorikerin Gaëlle Fisher, nunmehr beim Münchner Institut für Zeitgeschichte, der Hauptuntersuchungsgegenstand. Im Beitrag „Schweigen, Störung und Stimmigkeit: Erinnerungen an die Umsiedlung ‚Heim ins Reich‘ unter den Buchenlanddeutschen“ fokussiert sie sich auf die Bedingungen der Formierung von Erinnerungen. Waren die Erinnerungen infolge der Umsiedlung, des Lagerlebens, der Ansiedlung und Flucht in den Nachkriegsjahrzehnten von Aufregung, Erwartung, Enttäuschung, Unsicherheit und Scham gekennzeichnet, so wurden sie später von der engen Verbindung der Umsiedlung mit dem Holocaust und der Fülle von Kenntnissen über den NS-Terror stark beeinflusst. Hierbei wurden die Erinnerungen nicht nur an die Zeiten und die Orte der Erzählung angepasst, vielmehr zeigt Fisher auch, dass Schweigen und Störung mit einem Bedarf an Stimmigkeit erklärt werden kann.

Die aufmerksame Leserschaft wird nach dieser kurzen Vorstellung der Beiträge als Desiderat fehlende Artikel zu den in Ostoberschlesien ansässigen oder dorthin deportierten Juden monieren. Dies gilt ganz besonders im Hinblick auf die weithin akzeptierte These von Götz Aly und Susanne Heim, dass die Ansiedlung der Umsiedler eng mit der Vertreibung, Ghettoisierung und Vernichtung der Juden des östlichen Europa verknüpft war. Hierbei erhebt sich die Frage, ob ein oder zwei Artikel in einem Sammelband einem solchen gewichtigen Thema gerecht werden können und ob dessen Behandlung in einem separaten Band nicht geeigneter ist.

Wie dem auch sei, so soll im Folgenden beispielhaft auf erste Studien hingewiesen werden, aus denen sich Ansatzpunkte für weitere einschlägige Untersuchungen gewinnen lassen. Sybille Steinbacher hat in ihrem Auschwitz-Buch u.a. die Zwangsumsiedlung von ostoberschlesischen Juden in die Stadt Auschwitz im Rahmen der abgebrochenen „Nisko-Aktion“ sowie die Dienststelle Schmelt behandelt, die im Wesentlichen die jüdische Zwangsarbeit in Oberschlesien außerhalb der KZ-Organisation organisierte.<sup>4</sup> An anderer Stelle schildert Steinbacher in einem überblicksartigen

---

4 *Steinbacher, Sybille*: „Musterstadt“ Auschwitz. Germanisierungspolitik und Judenmord in Ostoberschlesien (Darstellungen und Quellen zur Geschichte von Auschwitz, 2). München 2000, S. 114, 162f. (Nisko-Aktion) und S. 138–153 (Dienststelle Schmelt).

Artikel die Judenverfolgung in Ostoberschlesien unter der NS-Herrschaft.<sup>5</sup> Danach wurde die jüdische Bevölkerung im großen Stil zur Zwangsarbeit für die deutsche Rüstungswirtschaft herangezogen, die letzten Ghettos vergleichsweise spät nach dem Aufstand im Warschauer Ghetto aufgelöst und die Insassen zur Vernichtung nach Auschwitz verschleppt.

Einen populärwissenschaftlichen Überblick zur Geschichte der Juden im Landkreis Żywiec im 19. und 20. Jahrhundert bieten Rafał Caputa und Ireneusz Jeziorski.<sup>6</sup> Im Kreis lebten vor dem Zweiten Weltkrieg die meisten Juden in Zabłocie, Sucha Beskidzka, Rajcza und Milówka. Die Stadt Saybusch oder Żywiec musste seit dem Privileg der Königin Konstantia vom 5. März 1626 keine Juden tolerieren, d.h. die Stadt konnte deren Ansiedlung verweigern, was sie auch tat. So entstand auf der anderen Seite der Soła (Fluß westlich des Stadtkerns von Żywiec) der bis zur Deportation meist von Juden bewohnte heutige Stadtteil Zabłocie; des Weiteren lebten auch im nahen Sporysz einige Juden. Schon Ende 1939 wurden massive wirtschaftliche Einschränkungen über die jüdische Bevölkerung verhängt. Es ist bekannt, dass es in Saybusch von März 1940 bis September 1943 ein Männerarbeitslager (Arbeiten im Baurupp unter dem Kommando des Polizeiwachtmeisters J. Długosch, hier Barackenbau) und von Ende Mai 1940 bis September 1943 ein Zwangsarbeitslager für Jüdinnen (Küchen- und Lagerarbeiten) gab.<sup>7</sup>

Den Publikationen von Mirosław Sikora, Jacek Chrobaczyński und Jerzy Mydlarz sowie der Yad Vashem Enzyklopädie der Ghettos kann man Angaben zur Judenverfolgung in Sucha, dem zweitgrößten Ort im Kreis, entnehmen.<sup>8</sup> Dort lebten bei Kriegsausbruch ca. 330 Juden, die auch ein eigenes Gemeindezentrum besaßen. Zunächst wurde ein rigider Arbeitszwang

5 *Dies.*: Ostoberschlesien. In: Gruner, Wolf und Jörg Osterloh (Hg.): Das „Großdeutsche Reich“ und die Juden. Nationalsozialistische Verfolgung in den „angegliederten“ Gebieten. Frankfurt am Main u.a. 2010, S. 283–308.

6 *Caputa, Rafał und Ireneusz Jeziorski*: Okrucy pamięci. Z dziejów Żydów na Żywiecczyźnie [Bruchstücke der Erinnerung. Aus der Geschichte der Juden aus dem Żywiecer Land]. Kraków 2000.

7 *Sikora, Mirosław*: Niszczyć, by tworzyć. Germanizacja Żywiecczyzny przez narodowosocjalistyczne Niemcy 1939–1944/45 [Vernichten, um zu gestalten. Die Germanisierung des Żywiecer Landes durch das nationalsozialistische Deutschland 1939–1944/45]. Katowice 2010, S. 260–262; <http://www.tenhubergreinhard.de/05aaff9bfd0938c51/05aaff9bfd093d755/05aaff9c15096a529.html> und <http://www.tenhubergreinhard.de/05aaff9bfd0938c51/05aaff9bfd093d755/05aaff9c15094f527.html>, zuletzt eingesehen am 12.12.2017.

8 *Sikora, Niszczyć, by tworzyć* (wie Anm. 7), bes. S. 521–528 (dort auch die Ergebnisse mehrerer Zählungen); *Chrobaczyński, Jacek und Jerzy Mydlarz*: Pod okupacją niemiecką 1939–1945 [Unter der deutschen Okkupation 1939–1945]. In: Sucha Beskidzka. Józef Hampel, Feliks Kiryk (Red.). Kraków 1998, S. 311–

für Juden eingeführt. 1940 und 1941 wurden alle Juden des Kreises, sofern sie nicht geflohen oder ins Generalgouvernement deportiert worden waren, (wohl mit Ausnahme derer in den beiden Lagern in Saybusch) in Sucha konzentriert. Wer im Kreis Saybusch nicht gebraucht wurde, wurde in die schlesischen Industriegebiete oder andere Arbeitslager verschleppt. Nach dem Ende der größeren Vertreibungen von Polen wurde im Frühjahr 1942 auf dem Gelände der ehemaligen Brauerei des Grafen Tarnowski ein Ghetto errichtet. Im Herbst 1942 wurde ein Arbeitslager angeschlossen, dessen Insassen bei der Regulierung des Bachbetts der Stryszawka (Nebenflüsschen der Skawa) sowie bei anderen Bauarbeiten eingesetzt wurden. Nachdem bereits ab Juni 1942 verschiedentlich Juden von Sucha ins Konzentrationslager Auschwitz transportiert worden waren, wurde am 8. Mai 1943 das Ghetto liquidiert: Während 120 Mütter mit Kindern, Alte und Kranke nach Auschwitz zur Vernichtung deportiert wurden, wurden 120 als arbeitsfähig eingestufte Juden auf verschiedene Arbeitslager verteilt.

Außer der allgemeinen Geschichte der Judenverfolgung im Kreis sind auch Biografien von jüdischen Menschen von Interesse. Davon sind nur wenige bekannt, wie beispielsweise die von Daniel (ehemals Oswald) Rufeisen (1922–1998) aus Żywiec, dessen Familie im September 1939 ins Innere Polens floh.<sup>9</sup> Seine Eltern wurden im nahen Auschwitz 1942 umgebracht, während sein Bruder Arie sich nach Palästina absetzen konnte. Der aufgegriffene Oswald Rufeisen wurde wegen seiner Deutschkenntnisse jedoch von deutschen Militär- und Polizeikräften als vermeintlicher Volksdeutscher zum Dolmetschen in Weißrussland eingesetzt, musste dann aber untertauchen, da er Informationen über antijüdische Aktionen verbreitet hatte. In einem Kloster konvertierte er zum Katholizismus, trat nach dem Krieg dem Karmeliterorden unter dem Namen Daniel bei und siedelte 1959 nach Israel über.

Wie teilweise bereits ersichtlich, handelt es sich bei dem vorliegenden Sammelband nicht um einen „einfachen“ Tagungsband, vielmehr war hierzu eine eingehende Beschäftigung mit der historischen Situation in Oberschlesien, respektive dem Landkreis Żywiec (Saybusch) notwendig. Neben Archivstudien war auch der Besuch einschlägiger historischer Stätten gewinnbringend. Deshalb ist es mir ein großes Bedürfnis, meinen Dank den

---

351; *Morin, Guy und Shlomit Shulhani* (Hg.): Die Yad Vashem Enzyklopädie der Ghettos während des Holocaust. Bd. II: N–Z. Göttingen, Jerusalem 2014, S. 793f.

9 *Henrix, Hans Hermann*: In memoriam. Daniel Rufeisen (1922–1998): Zionist, Karmelit und Seelsorger. In: Freiburger Rundbrief. Zeitschrift für christlich-jüdische Begegnung, 6 (1999), S. 62.

Autoren und Autorinnen, Archivmitarbeitenden, Übersetzenden und Unterstützenden abzustatten.

Zuvörderst ist hier Jan Iluk, Germanist und ehemaliger Lehrstuhlinhaber der Schlesischen Universität zu Katowice, zu nennen. Er fungierte nicht nur als Mitveranstalter der Tagung, sondern er hat mich auch auf die „Aktion Saybusch“ und die spezielle Thematik des Kreises Saybusch aufmerksam gemacht.<sup>10</sup> Dadurch stieß ich auf den jungen Historiker Mirosław Sikora vom IPN Katowice und seine im doppelten Sinne gewichtige Doktorarbeit über die Germanisierung des Żywiecer Landes. Sie war eine solide Orientierungshilfe und er selbst nimmermüder Helfer, und das nicht nur in Archivangelegenheiten. Weiterer Dank gilt neben den freundlichen und hilfsbereiten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Archivs des Stadtmuseums Żywiec und des Staatsarchivs Katowice, einmal in Katowice selbst, aber ganz besonders der magistrierten Historikerin Bożena Husar von der Żywiecer Abteilung, die jetzt als Ekspozytura Żywiec in der Filiale Bielsko-Biała beheimatet ist.

Beim Dolmetschen und Vermitteln der Lokalgeschichte inklusive Begehungen half wiederum Jan Iluk. Ähnlich unterstützte mich der habilitierte Bibliothekswissenschaftler Zdzisław Gębołyś, Universität Bydgoszcz, nicht zuletzt in Sachen regionaler Landeskunde. Dem magistrierten Lokalhistoriker Hieronim Woźniak von der Towarzystwo Miłośników Ziemi Żywieckiej (Gesellschaft der Freunde des Żywiecer Landes) danke ich für seine Hilfsbereitschaft und die Überlassung einer Kopie des Films zum Erntedankfest 1942 und seiner Frau als auskunftsbereite Zeitzeugin.

Wegen weiterer Übersetzungsarbeiten habe ich der Freiburger Germanistin und Kollegin Margarete Wischniowski, dem Żywiecer Germanisten Jerzy Chłopczyk und Stefan Magiera zu danken. Frau Wischniowski hat nicht nur den Beitrag von Małgorzata Goc übersetzt, sondern war auch bei der Kommunikation mit einigen polnischsprachigen Autoren eine große Hilfe. Herr Chłopczyk fungierte als Übersetzer des Artikels von Artur Caputa und Herr Magiera hat verschiedene lokalhistorische Artikel ins Deutsche übertragen.

---

<sup>10</sup> Vgl. *Iluk, Jan*: Die Umsiedlung der Deutschen nach 1939 in das Gebiet von Żywiec in fotografischer Dokumentation. In: *Jahrbuch für deutsche und osteuropäische Volkskunde*, 53 (2012), S. 61–93; *Ders.*, Heimatkalender des Beskidenkreises Saybusch (1941) (wie Anm. 1).



Wolfgang Kessler

## Das „befreite Schlesien“

### Der Regierungsbezirk Kattowitz 1939–1945 in der deutschen Wahrnehmung

Nach der Besetzung Polens im September 1939 wurde durch den „Führer-erlass“ über „Gliederung und Verwaltung der Ostgebiete“ vom 8. Oktober 1939 die Bildung des Regierungsbezirks Kattowitz „unter Einbeziehung angrenzender Gebietsteile [...] in der Provinz Schlesien“ angeordnet. Die Gliederung in Stadt- und Landkreise wurde mit Wirkung vom 26. Oktober 1939 geregelt.<sup>1</sup> Mit Wirkung vom 1. April 1941 wurden die Regierungsbezirke Oppeln und Kattowitz administrativ von der Provinz Schlesien getrennt und in der neu gebildeten Provinz Oberschlesien zusammengefasst.

Der Regierungsbezirk Kattowitz, dessen Grenzen zunächst geheim gehalten wurden, umfasste aus dem Regierungsbezirk Oppeln („Westoberschlesien“) die Stadtkreise Beuthen OS, Gleiwitz, Hindenburg und Königshütte sowie die Landkreise Beuthen-Tarnowitz und Tost-Gleiwitz, aus der Wojewodschaft Ślask [Schlesien] die bis 1922 zum Deutschen Reich gehörenden Landkreise Kattowitz, Pless, Rybnik und Tarnowitz (zum 1. Juni 1941 mit dem Kreis Beuthen-Tarnowitz zusammengefasst) sowie die Stadt Kattowitz, aus dem bis 1920 österreichischen Schlesien die Kreise Bielitz und Teschen und das 1938 Polen angeschlossene Olsa-Gebiet mit dem Kohlenrevier um Karwina, zusammen „Ostoberschlesien“, sowie den „Oststreifen“: aus Galizien die Kreise Chrzanow (Krenau), Saybusch und der Ostteil des Kreises Bielitz mit Auschwitz, aus der Wojewodschaft Kielce den Kreis Olkusch (Ilkenau) und die Stadt Sosnowitz.<sup>2</sup> Historisch, kulturell und ethnisch heterogen, lebten in diesem bevölkerungsreichsten Regierungsbezirk der Provinz Schlesien mehr als 1,5 Millionen Polen, ca. 278.000 Deutsche, mehr als 100.000

---

1 Erlaß des Führers und Reichskanzlers über Gliederung und Verwaltung der Ostgebiete. Vom 8. Oktober 1939. In: Reichsgesetzblatt, 1939. T. 1, Nr. 204 (18.10.1939), S. 2042–2043; *Stüttgen, Dieter; Helmut Neubach und Walter Hubatsch*: Schlesien (Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815–1945, 4). Marburg/Lahn 1976, S. 285–312; 5. Regierungsbezirk Kattowitz, S. 286.

2 *Ulitz, Otto*: Aus der Geschichte Oberschlesiens. 2., erw. Aufl. (Oberschlesische Schriftenreihe, 4). Bonn 1962, S. 68. Vgl. die Karte in *Pospieszalski, Karol Maria*: Memorial pt. „Die Bedeutung des Polen-Problems für die Rüstungswirtschaft Oberschlesiens“, wydany przez [herausgegeben durch] „Oberschlesisches Institut für Wirtschaftsforschung“ (Documenta Occupationis Teutonicae, 1). Poznań 1945, S. 49, und den Text der geheimen Denkschrift, ebd., S. 48.

Juden, 75.000 Tschechen und ca. 600.000 „Schlonsaken“, die die zeitgenössische Literatur mit Robert Beck als „schwebendes Volkstum“ klassifiziert hat.<sup>3</sup> Durch das annektierte Gebiet verlief zwischen Ostoberschlesien und dem „Oststreifen“ eine „Polizeigrenze“. Der „Oststreifen“ war zollrechtlich Inland, passrechtlich jedoch Ausland.<sup>4</sup>

Die Grenzziehung vereinigte fast das „gesamt-oberschlesische Kohlenbecken und Industriegebiet“, wie Kurt Witt es 1935 aus geopolitischer Perspektive skizziert hat,<sup>5</sup> den „großschlesischen Wirtschaftsraum“, in einer Verwaltungseinheit. Der „Oststreifen“ an der Grenze zum „Generalgouvernement“ mit 850.000 fast ausschließlich polnischen und jüdischen Einwohnern hatte, so Sibylle Steinbacher in ihrer grundlegenden Studie zum Umfeld von Auschwitz, „bevölkerungspolitisch nur einen zweitrangigen Status inne [...], war nach Ansicht der Besatzer ‚rassisch‘ durch und durch ‚minderwertig‘“.<sup>6</sup> Weder die Zivil-, noch die Militärverwaltung wollten dieses Gebiet der Provinz Schlesien anschließen.<sup>7</sup> Ziel der Besatzungspolitik war, so die im Herbst 1939 gedruckte Propagandaschrift von Walter Pardex „Das größere Schlesien“, zu erreichen, dass

„der deutsche Charakter dieses Landes ewig ist. Großdeutschland, besonders Ostschlesien, wird nicht nur eine Schatzkammer der deutschen Wirtschaft sein, sondern ein auf deutschen Menschen aufgebautes lebendiges Bollwerk der deutschen Kultur und des Reiches.“<sup>8</sup>

- 
- 3 *Steinbacher, Sibylle*: „Musterstadt“ Auschwitz. Germanisierungspolitik und Judenmord in Ostoberschlesien (Darstellungen und Quellen zur Geschichte von Auschwitz, 2). München 2000, S. 75–76, 118; *Ulitz, Otto*: Oberschlesien. Aus seiner Geschichte. Bonn 1971, S. 100; andere Zahlen bei *Ulitz*, Aus der Geschichte (wie Anm. 2), S. 68. – *Beck, Robert*: Schwebendes Volkstum im Gesinnungswandel (Schriftenreihe der Stadt der Auslandsdeutschen, 1). Stuttgart 1938.
  - 4 *Stefanski, Valentina Maria*: Arbeitseinsatz im Zeichen von Volkstumspolitik. Der oberschlesische Steinkohlenbergbau während des Zweiten Weltkriegs. In: Tenfelde, Klaus und Hans-Christoph Seidel (Hg.): Zwangsarbeit im Bergwerk. Der Arbeitseinsatz im Kohlenbergbau des Deutschen Reiches und der besetzten Gebiete im Ersten und Zweiten Weltkrieg. Bd. 1: Forschungen (Veröffentlichungen des Instituts für Soziale Bewegungen: Schriftenreihe, C, 1). Essen 2005, S. 373–409, S. 378.
  - 5 *Witt, Kurt*: Die Teschener Frage (Volk und Reich-Bücherei, 7). Berlin 1935, S. 229.
  - 6 *Steinbacher*, „Musterstadt“ Auschwitz (wie Anm. 3), S. 75.
  - 7 *Neubach, Helmut*: Die Verwaltung Schlesiens zwischen 1848 und 1945. In: Heinrich, Gerd und Kurt G. A. Jeserich (Hg.): Verwaltungsgeschichte Ostdeutschlands 1815–1945. Organisation Aufgaben Leistungen der Verwaltung. Stuttgart, Berlin 1993, S. 878–941, S. 938; *Steinbacher*, „Musterstadt“ Auschwitz (wie Anm. 3), S. 74.
  - 8 *Pardex, Walter*: Das größere Schlesien (Korns Ährenlese: Geopolitik Länder). Breslau [1939], S. 62.

Der Regierungsbezirk Kattowitz existierte nicht einmal sechs volle Jahre und war zu ephemere, um – abgesehen von Opfern und Betroffenen – sich selbst im oberschlesischen deutschen Gedächtnis zu verankern, zumal die Täterseite des Zweiten Weltkriegs nicht nur dort eher vergessen und verdrängt worden ist. Deutscher „Erinnerungsort“ ist nur das Konzentrationslager Auschwitz,<sup>9</sup> das aber im deutschen kulturellen Mehrheitsgedächtnis eher mit Polen als mit Schlesien oder Oberschlesien assoziiert wird.

Unsere Frage ist, was die deutsche Geschichtswissenschaft – und in ihrer Folge die historische Publizistik – von dieser komplexen historischen Verwaltungseinheit weiß und wie die deutsche Geschichtswissenschaft und die deutsche historische Schlesienforschung nach 1945 mit diesem historischen Erbe umgegangen sind. Als Korrektiv werden ohne Anspruch auf Vollständigkeit Arbeiten polnischer Historiker(innen) herangezogen. Der nach dem Zwischenspiel von polnischer Annexion 1938/39 und deutscher Okkupation 1939 bis 1945 wieder tschechische Teil, das Olsa-Gebiet, bleibt weitgehend außerhalb der Perspektive, da die deutsche Forschung zu den Böhmisches Ländern und zur Tschechoslowakei sich für das tschechische Schlesien im 20. Jahrhundert wenig und für das Teschener Schlesien im 20. Jahrhundert noch weniger interessiert hat.<sup>10</sup> Die tschechische Forschung zum Teschener Schlesien im Zweiten Weltkrieg<sup>11</sup> stellt ein eigenes Thema dar.

### 1. Zeitgenössische Darstellungen (1939–1945)

Der größte Teil der zeitgenössischen deutschen Publizistik über Ostoberschlesien war bewusste – und als solche positiv verstandene – nationalsozialistische Propaganda:

„Als in den Septembertagen des Jahres 1939 Ost-Oberschlesien von polnischer Herrschaft befreit wurde, kam auf Anordnung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda sofort eine Einsatzstelle des Reichspropagandaamtes nach Kattowitz, um hier schnellstens mit den erforderlichen Arbeiten zu beginnen. [...] Es mußten sofort durchgreifende Maßnahmen ergriffen werden, um alles in den

9 Reichel, Peter: Auschwitz. In: François, Etienne und Hagen Schulze (Hg.): Deutsche Erinnerungsorte. Bd. 1. München 2001, S. 600–621.

10 So geht Brandes, Detlef: Umvolkung, Umsiedlung, rassische Bestandsaufnahme. NS-„Volkstumspolitik“ in den böhmischen Ländern (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, 125). München 2012, in seiner vorzüglichen Untersuchung nicht auf „Olsa-Schlesien“ ein.

11 Vgl. nur Myška, Milan: Z tajných zpráv NSDAP o Těšinsku [Aus den Geheimberichten der NSDAP über das Teschener Gebiet]. Ostrava 1964.

Dienst der politischen Propaganda zu stellen. [...] Stand doch die Bevölkerung 18 Jahre lang unter polnischem Einfluß,“

berichtete der Gaupresseamtsleiter Heinz Brandt 1942 stolz über „Großdeutschlands jüngsten Gau“. <sup>12</sup>

Ein erster, 1939 gedruckter Propagandabildband zur „Heimkehr“ des „jahrtausendealten deutschen Volksbodens“ und „urdeutschen Landes“ beschränkte sich auf die 1922 Polen zugesprochenen Teile des Regierungsbezirks Oppeln, „Ostoberschlesien“ in der Diktion der 1920er-Jahre. <sup>13</sup> Eine historische Rechtfertigung der Erweiterung über das historische Gebiet Schlesiens lieferte der Archivassessor Hanshugo Nehmiz im Mai 1941, der feststellte: „[...] über die alten schlesischen (Siwierz) und preußischen (Neuschlesien) Grenzen hinaus sind vom Mittelalter bis in die Neuzeit Deutsche in großer Zahl hier eingeströmt, sie haben auf den gesamten Aufbau des Landes grundlegenden Einfluß ausgeübt und damit die Vorbedingungen für ein neues Aufblühen innerhalb der Grenzen des neuen Deutschland geschaffen.“ <sup>14</sup>

Die der Provinz Schlesien angeschlossenen Teile der polnischen Wojewodschaft Śląsk beanspruchte im selben Jahr Günther Grundmann: „Jeder möchte gern einmal dem jüngsten Kind des schlesischen Mutterlandes ins Auge sehen“, begann 1941 der Provinzialkonservator von Niederschlesien seinen Versuch, die – so der Buchtitel – „Deutsche Kunst im befreiten Schlesien“ „in ihrer eindeutigen Zugehörigkeit zum schlesischen Mutterland“ herauszuarbeiten. <sup>15</sup> Dass eine erweiterte zweite Auflage noch 1944 in ähnlich guter Ausstattung erscheinen konnte, <sup>16</sup> zeigt, für wie „kriegswichtig“ man dieses Buch damals gehalten hat. Für den 1976 in Hamburg hochgehrt verstorbenen Kunsthistoriker bedeutete 1941 das „befreite Schlesien“ die „Wiedergutmachung“ für die Folgen des „Versailler Diktats“: „Es kamen nicht nur die ehemals preußisch-schlesischen Kreise wieder zu Schlesien, sondern auch die österreichisch-schlesischen“, allerdings, was Grundmann nur andeutet, nur der Teil, den der polnische Staat, so Grundmann, 1938 „bei dem Zerfall der Tschecho-Slowakei [...] geraubt“ hatte. <sup>17</sup> Die Erweiterungen

12 *Brandt, Heinz*: Oberschlesien. Großdeutschlands jüngster Gau (Die deutschen Gaue seit der Machtergreifung). Berlin 1942, S. 42–43.

13 *Wieczorek, Willi*: Ostoberschlesien kehrt heim. Berlin [1939], S. 39.

14 *Nehmiz, Hanshugo*: Der Nordosten des Regierungsbezirks Kattowitz. Ein geschichtlicher Überblick. In: Deutsche Monatshefte, 7 = 17 (1940/41), S. 419–436. – Vgl. auch *Brandt*, Oberschlesien (wie Anm. 12), S. 52.

15 *Grundmann, Günther*: Deutsche Kunst im befreiten Schlesien. Breslau 1941, S. 9.

16 *Grundmann, Günther*: Deutsche Kunst im befreiten Schlesien. 2., erw. Aufl. Breslau 1944.

17 *Grundmann*, Deutsche Kunst 1941 (wie Anm. 15), S. 19–20; konkreter in der 2. Aufl. 1944 (wie Anm. 16), S. 17.

durch historisch polnische Gebiete über den seit den 1920er-Jahren konstruierten „gesamtschlesischen Raum“<sup>18</sup> hinaus, konkretisiert Grundmann unter Nennung der im „Oststreifen“ neu eingerichteten Kreise erst in der zweiten Auflage:

„Aber die Wiedervereinigung erstreckte sich auch auf die seit Jahrhunderten verloren gegangenen und dem Zugehörigkeitsgefühl entschwundenen schlesischen Herzogtümer Auschwitz, Zator-Neuenstadt und Sewerien. Sie bilden jetzt den Grundstock eines östlichen schlesischen Vorfelds, das aus den neu abgegrenzten Kreisen Saybusch, Bielitz Ostteil (ehem. Biala) mit Teil Wadowitz, Krenau, Ilkenau, Bendsburg, Warthenau und Blachstädt besteht. Der gesamtschlesische Raum ist damit wieder ein geschlossener Teil Großdeutschlands geworden [mit der] historische[n] Aufgabe, Hort des Deutschtums zu sein.“<sup>19</sup>

Historisch konnte er sich dabei auf Ludwig Petrys im Oktoberheft 1939 der Zeitschrift „Der Oberschlesier“ rechtzeitig zur Annexion publizierten Aufsatz „Schlesiens Ostgrenze im Wandel der Zeiten“<sup>20</sup> berufen. Anhand von Beispielen aus der Architektur konstruiert Grundmann eine vorgebliche „Deutschheit“ des Gebiets. Polen kommt nur als historische Größe und als „Raubstaat“ vor, polnische oder tschechische Bevölkerung praktisch gar nicht. Die „Deutsche Siedlertradition in Oberschlesien“ auf „uraltem deutschen Siedlungsboden“ gehörte zu den zentralen legitimatorischen Topoi in der zur Beförderung des „Aufbaus“ publizierten Propagandaliteratur.<sup>21</sup> Der Breslauer Historiker und engagierte Nationalsozialist Ernst Birke fasste die Sprachregelung 1941 in einer Zeittafel kurz zusammen:

„September 1939: Besetzung der von Polen an sich gerissenen schlesischen Gebiete Ost OS., das Gebiet der alten schlesischen Herzog-

18 *Weger, Tobias*: Zwischen alldeutschen Phantasien und sudetenschlesischen Anschlussplänen – die ‚gesamtschlesische‘ Idee der 1920er und 1930er Jahre. In: Adamski, Marek und Wojciech Kunicki (Hg.): Schlesien als literarische Provinz. Literatur zwischen Regionalismus und Universalismus (Beiträge des Städtischen Museums Gerhart-Hauptmann-Haus in Jelenia Góra, 2). Leipzig 2008, S. 91–101.

19 *Grundmann*, Deutsche Kunst 1944 (wie Anm. 16), S. 17.

20 *Petry, Ludwig*: Schlesiens Ostgrenze im Wandel der Zeiten. In: Der Oberschlesier, 21 (1939), H. 10/11, S. 551–555.

21 So in *Arlt, Fritz*: Siedlung und Landwirtschaft in den eingegliederten Gebieten Oberschlesiens (Die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten in den eingegliederten Ostgebieten des Deutschen Reiches, 10). Berlin 1942, S. 14–16.

tümer Sewerien, Auschwitz und Neustadt-Zator und das Teschener Schlesien werden mit der Provinz Schlesien vereinigt.“<sup>22</sup>

Die so auch zur Integration der neuen Gesellschaft aus deutschen Umsiedlern konstruierte Deutschtumsgeschichte griff zusätzlich den von Publizistik und Wissenschaft bezüglich der deutschen Minderheit seit dem Friedensschluss von Versailles ständig wiederholten Unterdrückungstopos auf, um die Okkupation als „Befreiung“ feiern zu können.

Die staatlich geförderte Heimatkunde verstärkte im bis 1922 preußisch-deutschen Oberschlesien diese Propagandalinie für die engeren, die Mikroregionen.<sup>23</sup> Diesem Ziel dienten auch die von der Zivilverwaltung der besetzten Kreise für die Jahre 1941 und 1942 (für Saybusch nur für 1941) herausgegebenen Heimatkalender, die sich an spezifische Zielgruppen richteten.<sup>24</sup> Der „Heimatkalender des Beskidenkreises Saybusch“ wandte sich insbesondere an die „volksdeutschen Umsiedler“<sup>25</sup>, der Heimatkalender für den Kreis Bielitz auch an die alteingesessenen Deutschen.<sup>26</sup> Der „Heimatkalender für die Kreise Bendsburg, Ilkenau und Sosnowitz“, also für Kreise des „Oststreifens“, war dazu gedacht, „alles zu wecken, was die Heimatwerdung dieses Bodens für deutsche Menschen bedingt“. Er sollte „als vertrauter Bote die Verwurzelung der hier tätigen Deutschen mit ihrer Tätigkeit und den Gegebenheiten des Landstrichs noch inniger gestalten“.<sup>27</sup>

Immerhin wird hier für den „Kreis Olkusch“ konzediert, dass das Kreisgebiet wegen der schlechten Böden „von den verschiedenen deutschen Ostkolonisationen [...] wohl unberührt“ geblieben sei, und sich erst

22 *Birke, Ernst*: Zeittafel. In: Kate, Georg (Hg.): O/S und sein Beitrag zum gross-deutschen Freiheitskampf [Im Auftr. d. Gauleiters und Oberpräsidenten von Oberschlesien hrsg.]. Breslau, Kattowitz [1941], S. 40–42, S. 42.

23 *Polak-Springer, Peter*: Recovered Territory. A German-Polish Conflict over Land and Culture, 1919–89. New York 2015, S. 151–154: The Heimatkundler as Social Engineer. – Ein gutes Beispiel ist *Moecke, Heinrich*: Chronik der Industriegemeinde Lipine O/S Kreis Kattowitz. Oppeln [1941].

24 Zu den von den Landratsämtern der „wiedergewonnenen Gebiete“ herausgegebenen Kalendern vgl. *Kunicki, Wojciech*: „... auf dem Weg in dieses Reich“. NS-Kulturpolitik und Literatur in Schlesien 1933 bis 1945. Leipzig 2006, S. 107.

25 Heimatkalender des Beskidenkreises Saybusch, 1 (1941), S. 13–14: *Hering, Eugen* (Landrat): Den deutschen Umsiedlern [Widmung]; S. 205–215: Die Siedler; S. 253–259: Der Einsatz der Siedler in der neuen Heimat. – Zu diesem Kalender vgl. den Beitrag von *Iluk, Jan*: Heimatkalender des Beskidenkreises Saybusch (1941) im Dienst der nationalsozialistischen Propaganda. In: *Germanica Wratislaviensia*, 2014, Bd. 139, S. 165–181.

26 *Springorum, Walter* (Regierungspräsident): [Geleitwort]. In: Heimatkalender des Kreises Bielitz, 1942, S. 32.

27 *Hieronymus*: [Geleitwort]. In: Heimatkalender für die Kreise Bendsburg, Ilkenau und Sosnowitz, 2 (1942), S. 30.

„in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts [...] einige deutsche Handwerker“ niedergelassen hätten.<sup>28</sup> Dafür wird aber die „Aufbauarbeit“ im „Kreis Krenau“ unter der deutschen Verwaltung gelobt.<sup>29</sup> In den „Heimatkalendern“, aber auch in Ostforschungs-Periodika der Zeit finden sich des Öfteren Beiträge, die die deutsche Okkupation historisch zu legitimieren suchen.<sup>30</sup> Dort, wo beim besten Willen keine deutsche Vergangenheit zu finden war, musste wie beim Dombrowaer Kohlenrevier die kurzfristige Zugehörigkeit zu Preußen als „Ansporn für die eigene Arbeit“ erhalten.<sup>31</sup>

Der auf humanistische und barocke Topoi zurückführbare Begriff des „befreiten Schlesien“ wird, soweit zu ermitteln war, für Buchtitel zum Zweiten Weltkrieg sonst nicht verwendet.<sup>32</sup> Die von der „Haupttreuhandstelle Ost“ und dem „Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums“ veranlassten programmatischen wirtschaftswissenschaftlichen Arbeiten sprechen dagegen korrekt von den „eingegliederten Gebieten Oberschlesiens“,<sup>33</sup> deren Wirtschaft durch deutsche Handwerker, Bauern, Kaufleute, Gewerbetreibende und Industrie übernommen werden sollte. Das Ziel sollte sein, so Gauleiter und Oberpräsident Fritz Bracht, dass „OS, das Land, um das

28 Vom Deutschtum des Kreises Olkusch. In: Heimatkalender für die Kreise Bendzin, Chrzanow, Olkusch, Sosnowitz, 1 (1941), S. 111–113, Zitat S. 112.

29 *Jentsch* (Dr.): Ein Jahr Aufbauarbeit im Kreise Chrzanow. In: Ebd., 1 (1941), S. 105–111.

30 Zum Beispiel *Kuhn, Walter*: Landschaftliche und Volkstumsgrundlagen des Kreises Bielitz. In: Heimatkalender der Kreise Bielitz 1942, S. 38–59; *Schondorff, Peter*: Der deutsche Anteil an den mittelalterlichen Bergwerks- und Hüttenunternehmungen Ostschlesiens. In: Deutsche Monatshefte, 8 (18) (1941/42), H. 10/12, S. 476–516; *Kuhn, Walter*: Die mittelalterliche Deutschtumssiedlung im Kreise Saybusch. In: Zeitschrift des Vereins für Geschichte Schlesiens, 77 (1943), S. 1–11.

31 *Nehmiz, Hans-Hugo*: Neuschlesien. Das Dombrowaer Revier unter preußischer Herrschaft 1795–1807. In: Heimatkalender für die Kreise Bendsburg, Ilkenau und Sosnowitz, 2 (1942), S. 61–68, S. 68.

32 Anders in der Literatur des 18. und des frühen 19. Jahrhunderts, so *Stoeckel, Christian Gottlob*: Das befreyte Schlesien. Siegesgedichte. Breslau 1745; *Kanngießer, Peter Friedrich*: Tataris oder das befreiete Schlesien. In achtzehn Gesängen. Breslau 1811.

33 *Arlt*, Siedlung und Landwirtschaft (wie Anm. 21); *Böhm, Josef*: Der Aufbau des Handwerks in den eingegliederten Gebieten des Gaues Oberschlesien. *Donalies, Hans*: Der Handel und seine Entwicklungsmöglichkeiten in den eingegliederten Gebieten Oberschlesiens (Die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten in den eingegliederten Ostgebieten des Deutschen Reiches, 11). Berlin 1942; *Saath, Günther* und *Gustav Reitterer*: Die Industrie der eingegliederten ober-schlesischen Ostgebiete. Die Textilindustrie des Regierungsbezirks Kattowitz (Die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten in den eingegliederten Ostgebieten des Deutschen Reiches, 12). Berlin 1942.

Freikorpsmänner umsonst verbluteten, wieder ein Land deutscher Bauern, Bürger und Arbeiter werde“.<sup>34</sup>

Bis zur Aufstellung der Deutschen Volksliste, deren Ergebnisse das Statistische Bundesamt der Bundesrepublik Deutschland 1958 ohne jede Problematisierung zur Berechnung der deutschen „Vertreibungsverluste“ herangezogen hat,<sup>35</sup> wusste man offensichtlich wenig über die nationale Zusammensetzung der neuen Gebiete. Zum Handwerk resümierte Josef Böhm noch 1942:

„Allgemein lässt sich nur sagen, daß der Anteil von Polen und Juden im Handwerk beim Einmarsch der deutschen Truppen im ehemals preußisch-schlesischen Teil sehr gering, im ehemals österreichisch-schlesischen Teil schon stärker, in den ehemals kongreßpolnischen bzw. galizischen Kreisen dagegen fast ausschließlich war.“<sup>36</sup>

Dass die Bebilderung Beispiele der sprichwörtlichen „polnischen Wirtschaft“<sup>37</sup> bietet, war zu erwarten. Diese Veröffentlichungen stellen wie Grundmanns aufwändig bebilderte Bau- und Kunstgeschichte reine NS-Propaganda dar, sie berichten nichts von Inklusion und Exklusion nach ethnischen Kriterien, nichts von Vertreibung, Vernichtung oder Zwangsarbeit. „Entjudung“ und Germanisierung werden aber als positive Ziele offen genannt. Als Quelle kritisch gelesen, bieten die Publikationen aus der Zeit wie die von Alfons Perlick 1943 herausgegebene „Landeskunde des oberschlesischen Industriegebietes“ für die Forschung verwertbare Informationen.<sup>38</sup> Diese zeitgenössischen Arbeiten, die Herbert Rister ohne jeden Kommentar oder Erläuterung bereits 1952 bibliografisch erfasst hat,<sup>39</sup> sind von der deutschen Forschung praktisch nicht berücksichtigt worden.

---

34 *Bracht, Fritz*: Geleitwort. In: *Böhm und Donalies*, Der Aufbau des Handwerks (wie Anm. 33), S. 7.

35 *Statistisches Bundesamt*: Die deutschen Vertreibungsverluste. Bevölkerungsbilanzen für die deutschen Vertreibungsgebiete 1939/50. Stuttgart 1958, S. 282.

36 *Böhm, Josef*: Der Aufbau des Handwerks in den eingegliederten Gebieten des Gaus Oberschlesien. In: *Böhm und Donalies*, Der Aufbau des Handwerks (wie Anm. 33), S. 11–36, S. 20.

37 Vgl. generell *Orlowski, Hubert*: „Polnische Wirtschaft“. Zum deutschen Polen-Diskurs der Neuzeit (Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund, 21). Wiesbaden 1996.

38 *Perlick, Alfons* (Hg.): Landeskunde des oberschlesischen Industriegebietes. Ein heimatwissenschaftliches Handbuch. Gemeinschaftswerk d. Beuthener Dienststellen (Schriftenreihe Landeskunde des Zentralinstituts für Oberschlesische Landesforschung, 1). Breslau 1943.

39 *Rister, Herbert*: Bibliographie zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des gesamt-oberschlesischen Industriegebietes 1935–1951 (Veröffentlichung der Oberschlesischen Studienhilfe, 1). Neumarkt/Opf. 1952.

## 2. Forschungen nach 1945

### 2.1 Gesamtdarstellungen der Geschichte Schlesiens

Die deutsche Zeitgeschichtsforschung über Ostmitteleuropa hat den Zweiten Weltkrieg lange weitgehend ausgeklammert.<sup>40</sup> Abgesehen von Flucht und Vertreibung der Deutschen gegen Kriegsende und in der Nachkriegszeit hat sich die deutsche historische Forschung zum Zweiten Weltkrieg lange Jahre, wenn überhaupt, nur ausnahmsweise mit der deutschen Besatzungspolitik in den Reichsgauen Wartheland und Danzig-Westpreußen sowie im Generalgouvernement befasst, noch weniger mit dem der Provinz Ostpreußen angeschlossenen Regierungsbezirk Zichenau oder Ostoberschlesien. Die Ostforscher-Generation unter den deutschen Historikern, d.h. die Vertreter der Geburtsjahrgänge zwischen Walter Kuhn (1903–1983) und Richard Breyer (1917–1999), rekrutierte sich weitgehend aus Mitwirkenden, darunter Propagandaautoren, also Schreibtischtätern, wie Grundmann oder Birke. Das trifft auch auf die deutsche historische Schlesienforschung zu mit Historikern wie Ludwig Petry oder, auch Mitplaner, Walter Kuhn.<sup>41</sup> Wie die 1922 aus den Polen zugesprochenen Teilen des preußischen Oberschlesien und des österreichischen Teschner Schlesien (mit Bielitz und dem einen Teil der Stadt Teschen) gebildete Wojewodschaft Śląsk wurde die 1941 eingerichtete Provinz Oberschlesien<sup>42</sup> und insbesondere deren „eingegliederte“ polnische Gebiete bis heute weitestgehend ignoriert.

Nimmt man die drei repräsentativen deutschen Gesamtdarstellungen zur Geschichte Schlesiens, die zwischen 1994 und 1999 erschienen sind,<sup>43</sup> bleiben Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg eher am Rande der Darstellung. In dem von dem für die Frühe Neuzeit Schlesiens hervorragend ausgewiesenen Norbert Conrads 1994 herausgegebenen, opulent ausgestatteten Schlesienband der „Deutschen Geschichte im Osten Europas“

40 *Lemberg, Hans*: Lage und Perspektiven der Zeitgeschichtsforschung über Ostmitteleuropa in der Bundesrepublik Deutschland. In: *Zeitschrift für Ostforschung*, 35 (1986), S. 191–218.

41 Darauf verweist bereits ohne konkrete Namensnennung an dieser Stelle *Dugoborski, Waclaw*: Śląsk w oczach zachodniemieckiej Ostforschung [Schlesien in der Sicht der westdeutschen Ostforschung] (Śląski Instytut Naukowy: Biuletyn, 28). Katowice 1962, S. 28. – Zu Kuhn vgl. *Fielitz, Wilhelm*: Walter Kuhn. In: Haar, Ingo und Michael Fahlbusch (Hg.): *Handbuch der völkischen Wissenschaften. Personen, Institutionen, Forschungsprogramme, Stiftungen*. München 2008, S. 350–353.

42 Gesetz über die Bildung der Provinzen Oberschlesien und Niederschlesien (Nr. 14534). In: *Preußische Gesetz-Sammlung*, 1941, Nr. 1, S. 1.

43 *Kessler, Wolfgang*: Neue Gesamtdarstellungen der Geschichte Schlesiens. In: *Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung*, 52 (2003), S. 230–250.

versucht der Mainzer Wirtschaftshistoriker Konrad Fuchs wenig überzeugend, die Geschichte Schlesiens im Zweiten Weltkrieg darzustellen.<sup>44</sup> Er erwähnt, gestützt auf die publizistische Schlesien-Geschichte des pensionierten Dortmundener Stadtarchivars Heinrich Bartschs aus dem Jahre 1985, dass die „infolge der Volksabstimmung von 1921 aus Oberschlesien herausgelösten Gebiete eingegliedert [wurden], darüber hinaus die Kreise Teschen, Saybusch, Bielitz“ usw.<sup>45</sup> Fuchs lobt die „beträchtliche Produktionssteigerung“ der oberschlesischen Industrie in den Kriegsjahren, sieht aber nicht deren Grundlagen und Konsequenzen. Weiter erwähnt er, Czesław Madajczyk's Standardwerk zur deutschen Okkupationspolitik in Polen nach der deutschen Übersetzung zitierend, aber nicht rezipierend, die Deutsche Volksliste in ihrer spezifisch oberschlesischen Problematik<sup>46</sup> und beklagt dann vor allem die Auswirkungen des Luftkriegs auf die oberschlesische Industrie. Mit dem Verlust Oberschlesiens sei „ein rascher wirtschaftlicher Zusammenbruch Deutschlands unvermeidbar“ gewesen.<sup>47</sup> Das Schicksal der einheimischen Deutschen im „eingegliederten“ Oberschlesien, ihre Ausgrenzung durch aus „dem Reich“ herangezogene Verwaltungsbeamte oder die Frage der Oberschlesier in der Deutschen Wehrmacht<sup>48</sup> hat Fuchs nicht interessiert. Ebenso wenig trifft dies zu auf die nationalsozialistische bzw. deut-

- 
- 44 *Fuchs, Konrad*: Vom deutschen Krieg zur deutschen Katastrophe (1866–1945). In: Conrads, Norbert (Hg.): *Schlesien (Deutsche Geschichte im Osten Europas)*. Berlin 1994, S. 554–692, S. 673–684. Die ursprüngliche Fassung des Textes von *Fuchs*: *Politik Wirtschaft Kultur. Schlesien 1815/66–1945*. In: Ders.: *Gestaltungskräfte in der Geschichte Oberschlesiens, Niederschlesiens und Sudetenschlesiens (Veröffentlichungen der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund: Reihe A, 52)*. Dortmund 2001, S. 155–325, S. 299–310.
- 45 *Fuchs*, Vom deutschen Krieg (wie Anm. 44), S. 674, nach *Bartsch, Heinrich*: *Geschichte Schlesiens: Land unterm schwarzen Adler mit dem Silbermond, seine Geschichte, sein Werden, Erblühen und Vergehen*. Würzburg 1985, S. 310.
- 46 *Fuchs*, Vom deutschen Krieg (wie Anm. 44), S. 676, unter Berufung auf *Madajczyk, Czesław*: *Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939–1949*. Köln 1988, S. 503. – Der Unterabschnitt „Oberschlesien“ bei Madajczyk im Kapitel „XXIV. Die Germanisierung der polnischen Bevölkerung in den einzelnen eingegliederten Gebieten“, S. 499–511, setzt allerdings andere thematische Schwerpunkte.
- 47 *Fuchs*, Vom deutschen Krieg (wie Anm. 44), S. 681. Ähnlich *Fuchs, Konrad*: *Zur oberschlesischen Industriegeschichte 1800–1945*. In: *Oberschlesisches Jahrbuch*, 13 (1997), S. 31–46, S. 44.
- 48 *Kaczmarek, Ryszard*: *Górnośląscy Niemcy w administracji niemieckiej rejencji katowickiej* [Die oberschlesischen Deutschen in der deutschen Verwaltung des Regierungsbezirks Kattowitz]. In: Wrzesiński, Wojciech (Hg.): *Górny Śląsk i Górnoślązacy w II wojnie światowej* [Oberschlesien und die Oberschlesier im Zweiten Weltkrieg]. Bytom 1997, S. 51–64; *Sroka, Irena*: *Górnoślązacy w Wehrmachcie* [Oberschlesier in der Wehrmacht]. In: Ebd., S. 116–130. – Auf das Problem hat u.a. schon *Serwański, Edward*: *Hitlerowska polityka narodowościowa na Górnym Śląsku* [Die hitleristische Volkstumspolitik in Oberschlesien]. Warszawa

sche Besatzungsherrschaft in beiden oberschlesischen Regierungsbezirken, über die Kazimierz Popiołek Quellenbericht seit 1964 bereits in englischer Sprache vorlag,<sup>49</sup> oder die „Aussiedlung“, also, übernehmen wir die in Deutschland vorherrschende Terminologie, die „Vertreibung“<sup>50</sup> eines Teils der ansässigen polnischen Bevölkerung, auf die Martin Broszat im größeren Zusammenhang mit Erwähnung Oberschlesiens bereits 1961 hingewiesen hat.<sup>51</sup>

Ging diese im Siedler-Verlag erschienene Geschichte auf eine Initiative des damals für die Kulturförderung zu den „Vertreibungsgebieten“ zuständigen Bundesministeriums des Innern zurück, entstand die im Folgejahr von dem in der mittelalterlichen Geschichte Schlesiens in Polen wie in Deutschland anerkannten Winfried Irgang, dem Frühneuzeitler Werner Bein und dem für das 19. und 20. Jahrhundert in Schlesien ausgewiesenen Helmut Neubach verfasste Geschichte Schlesiens innerhalb der historisch-landeskundlichen Reihe der „Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen“.<sup>52</sup> In seinem kurzen Beitrag „Im ‚Dritten Reich‘ (1933–1945)“ weist Neubach darauf hin, dass die Provinz Schlesien nicht in den Grenzen von 1914 wiederhergestellt worden ist, sondern dass „auf Wunsch der politischen Führung in Berlin und auf Drängen oberschlesischer Wirtschaftskreise“ gegen das ausdrückliche Votum des Gauleiters Josef Wagner außer den „deutschen Sprachinseln“ um Bielitz und Teschen „meist rein polnische und im Süden auch rein tschechische Sprachgebiete annektiert“ wurden. Der Regierungsbezirk Kattowitz, führt er ferner aus, sei „eine so heterogene Verwaltungseinheit [gewesen], wie es sie in Deutschland noch nicht gegeben hatte. [...] Die annektierten rein polnischen Gebiete [...] besaßen nicht die geringsten historischen Beziehungen zum deutschen Sprachraum.“<sup>53</sup>

---

1963, S. 210–242, hingewiesen, vgl. jetzt allgemein *Kaczmarek, Ryszard*: Polacy w Wehrmachcie [Polen in der Wehrmacht]. Kraków 2010.

49 *Popiołek, Kazimierz*: Śląsk w oczach okupanta [Schlesien in den Augen des Okupanten]. Katowice 1958. – Englische Ausgabe: *Popiołek, Kazimierz*: Silesia in German Eyes 1939–1935. Katowice 1960.

50 Zur Terminologie vgl. *Piskorski, Jan M.*: Vertreibung und deutsch-polnische Geschichte. Eine Streitschrift (Veröffentlichungen der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Bundesverband e.V.). Osnabrück 2005.

51 *Broszat, Martin*: Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 2). Stuttgart 1961, S. 85–102.

52 *Irgang, Winfried, Werner Bein und Helmut Neubach*: Schlesien. Geschichte, Kultur und Wirtschaft (Historische Landeskunde. Deutsche Geschichte im Osten, 4). Köln 1995.

53 *Neubach, Helmut*: Im „Dritten Reich“ (1933–1945). In: *Irgang, Bein und Neubach*, Schlesien (wie Anm. 52), S. 235.

Wieder ein Jahr später folgte 1996 in der Reihe der mit der Kulturstiftung konkurrierenden Stiftung Ostdeutscher Kulturrat unter der Leitung Joachim Bahlckes der Band „Schlesien und die Schlesier“ (1996), in dem der aus der deutschen historischen Polonistik hervorgegangene Joachim Rogall den zeitgeschichtlichen Part übernommen hat. In seinem Beitrag behandelt er die Kriegszeit 1939–1945 wesentlich differenzierter als die Verfasser der übrigen Übersichtsdarstellungen.<sup>54</sup> Er weist als einziger darauf hin, dass im Regierungsbezirk Kattowitz in Auschwitz 1940 „eines der größten nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslager“ errichtet wurde. Ausführlicher als die anderen Autoren stellt er die Deutsche Volksliste dar und verschweigt auch nicht Enteignungen, die Rolle der „Haupttreuhandstelle Ost“ und von Konzernen wie Flick und Preussag, erwähnt aber weder Aussiedlungen noch Zwangsarbeit und geht auch nicht näher auf die Germanisierungspolitik oder auf die Ansiedlung „volksdeutscher Umsiedler“ ein.

Im 1999 nach unendlichen Schwierigkeiten erschienenen Schlussband der 1938 von Hermann Aubin begonnenen „Geschichte Schlesiens“ der „Historischen Kommission für Schlesien“ wiederholt Konrad Fuchs seinen Beitrag aus dem Schlesienband von Conrads (ohne die redaktionelle Ausbügung der größten Schwachstellen durch den Herausgeber), wissenschaftlich ein Ding der Unmöglichkeit, inhaltlich eine Katastrophe.<sup>55</sup> Schon die Zwischenüberschriften im Beitrag zur politischen Geschichte Schlesiens 1918–1945 „Sechs Jahre Frieden“ (mit einer „eindrucksvollen wirtschaftlichen Erholung“) und „Sechs Jahre Krieg“ verzerren weitab vom Forschungsstand zur deutschen Geschichte im Ton nationalsozialistischer Leistungsberichte die historische Perspektive. Die wenigen Seiten zur Wirtschaft in der „Kriegszeit (1939–1945)“ sind ärgerlich.<sup>56</sup> Zwangsarbeit nimmt er auch nicht wahr, die Politik gegen Juden, Polen und Tschechen, anders als Otto Ulitz in einer insgesamt allerdings exkulpatorisch konzipierten Broschüre der Landsmannschaft der Oberschlesier 1973,<sup>57</sup> ebenso wenig.

54 Rogall, Joachim: Krieg, Schicksal und Neuanfang. Die Entwicklung Schlesiens und das Schicksal seiner Bewohner von 1939–1995. In: Bahlcke, Joachim (Hg.): Schlesien und die Schlesier (Vertreibungsgebiete und vertriebene Deutsche, 7). München 1996, S. 156–225, zum Zweiten Weltkrieg S. 156–162.

55 Menzel, Josef Joachim (Hg.): Geschichte Schlesiens. Hrsg. von der Historischen Kommission für Schlesien. Bd. 3: Preußisch-Schlesien 1740–1945, Österreichisch-Schlesien 1740–1918/45. Sigmaringen 1999. – Vgl. Kessler, Neue Gesamtdarstellungen (wie Anm. 43).

56 Fuchs, Konrad: Politische Geschichte 1918–1945. In: Menzel (Hg.), Geschichte Schlesiens. Bd. 3 (wie Anm. 55), S. 81–104 (Zitat S. 93); Fuchs, Konrad: Die Wirtschaft [1740–1945]. In: Ebd., S. 105–164, S. 158–162.

57 Ulitz, Aus der Geschichte (wie Anm. 2), S. 72–73.

Die polnische Schlesien-, geschweige denn Oberschlesienforschung kennt er auch dann nicht, wenn ihre Ergebnisse in deutscher Sprache publiziert worden sind: Alfred Suliks Beitrag über Zwangsarbeiter in der ober-schlesischen Großindustrie lag 1999 immerhin schon acht Jahre im Druck vor,<sup>58</sup> die einschlägigen Übersichten polnischer Autoren im Ausstellungsbegleitband „Wach auf, mein Herz, und denke“,<sup>59</sup> in dem Fuchs selbst seinen Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte in den Kriegsjahren ein weiteres Mal verwenden durfte,<sup>60</sup> bereits seit 1995.

Seit 2015 steht mit der deutschen Ausgabe des polnisch-tschechisch-deutschen Gemeinschaftsprojekts der „Historia Górnego Śląska“ eine zuverlässige Gesamtdarstellung der Geschichte Oberschlesiens zur Verfügung.<sup>61</sup> Der Mitherausgeber Ryszard Kaczmarek hat für das gesamte Oberschlesien eine sehr gute Übersicht über Entwicklungen und Probleme in der Kriegszeit verfasst.<sup>62</sup>

## 2.2 Oberschlesien als Teilaspekt

Die Gesamtdarstellungen geben den deutschen Wissensstand der frühen 1990er-Jahre wieder. In seinen zahlreichen Einzeluntersuchungen zur schlesischen und ober-schlesischen Wirtschaftsgeschichte geht Fuchs, was die Zeit des Zweiten Weltkriegs betrifft, über seine Beiträge zu den Gesamtdarstellungen nicht hinaus.

- 
- 58 *Sulik, Alfred*: Volkstumspolitik und Arbeitseinsatz. Zwangsarbeit in der Großindustrie Oberschlesiens. In: Herbert, Ulrich (Hg.): Europa und der „Reichseinsatz“. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945. Essen 1991, S. 106–126. Zu den Defiziten dieser Arbeit vgl. *Stefanski, Valentina Maria*: Nationalsozialistische Volkstums- und Arbeitseinsatzpolitik im Regierungsbezirk Kattowitz 1939–1945. In: *Geschichte und Gesellschaft*, 31 (2005), H. 1, S. 38–67, S. 38, Anm. 1.
- 59 Insbesondere *Sroka, Irena*: Das Kattowitzer Gebiet unter deutscher Besatzung. In: Gesellschaft für Interregionalen Kulturaustausch (Hg.): „Wach auf, mein Herz, und denke“. Zur Geschichte der Beziehungen zwischen Schlesien und Berlin-Brandenburg von 1740 bis heute = „Przebudź się, serce moje, i pomyśl“. Przyczynek do historii stosunków między Śląskiem a Berlinem-Brandenburgią od 1740 roku do dziś. Berlin, Opole 1995, S. 291–302.
- 60 *Fuchs, Konrad*: Der Zweite Weltkrieg in Schlesien, Brandenburg und Berlin. In: Gesellschaft für Interregionalen Kulturaustausch (Hg.), „Wach auf, mein Herz [...]“ (wie Anm. 59), S. 277–290.
- 61 *Bahlcke, Joachim, Dan Gawrecki und Ryszard Kaczmarek* (Hg.): Geschichte Oberschlesiens. Politik, Wirtschaft und Kultur von den Anfängen bis zur Gegenwart (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im Östlichen Europa, 61). Berlin 2015.
- 62 *Kaczmarek, Ryszard*: Der Zweite Weltkrieg (1939–1945). In: Bahlcke, Gawrecki und Kaczmarek (Hg.), *Geschichte Oberschlesiens* (wie Anm. 61), S. 347–363.

Seit den 1950er-Jahren erscheinen die Provinz Oberschlesien und der Regierungsbezirk Kattowitz immer wieder im Kontext unterschiedlicher Fragestellungen in deutschen Publikationen zum Zweiten Weltkrieg in Polen und zu den deutsch-polnischen Beziehungen, wobei sicherlich das Nachkriegsschicksal der deutschen Oberschlesier im Zentrum der Interessen steht. Am Rande größerer Untersuchungen werden Provinz und Regierungsbezirk immer wieder einmal erwähnt. 1973 schrieb etwa Matthias Riedel in seiner Habilitationsschrift völlig unhinterfragt, dass die „Haupttreuhandstelle Ost [am] 11. Dezember 1939 den Reichswerken [Hermann Göring] die treuhänderische Verwaltung des gesamten in Ostoberschlesien im Regierungsbezirk Kattowitz gelegenen Bergwerks- und Felderbesitz des ehemaligen polnischen Staats“ übergeben hat.<sup>63</sup>

Firmengeschichten boten immer wieder Hinweise auf Engagement und Interesse großer Industriekonzerne am besetzten Oberschlesien, so zum Beispiel der Krupp- und vor allem der Flick-Konzern.<sup>64</sup> Kritischer geht – nicht nur in Bezug auf Oberschlesien – die deutsche Geschichtsschreibung erst seit den 1970er-Jahren an die Kriegs- und Besatzungszeit heran. Unbemerkt von der Historischen Schlesienforschung zeigt zum Beispiel Dieter Rebentisch 1989 in seiner Analyse des „Führerstaats“ in der Zeit des Zweiten Weltkriegs die Bedeutung der „Führerentscheidung“ auch am Beispiel der Teilung der Provinz Schlesien 1941 auf.<sup>65</sup> James Harold geht 2001 in seiner Untersuchung der Rolle der Deutschen Bank, die bis zum Kriegsbeginn ihre Kattowitzer Filiale weitergeführt hatte, bei der „Arisierung“ auch auf die Aktivitäten und die Konkurrenz der Bank im besetzten Polen ein, arbeitet

63 Riedel, *Matthias*: Eisen und Kohle für das Dritte Reich. Paul Pleigers Stellung in der NS-Wirtschaft. Göttingen 1973, S. 301. – Im Übrigen war der Bezirk der Treuhandstelle nicht deckungsgleich mit der Provinzgrenze, vgl. die Karte in *Arlt*, Siedlung und Landwirtschaft (wie Anm. 21), S. 15.

64 *Abelshauser, Werner*: Rüstungsschmiede der Nation? Der Kruppkonzern im Dritten Reich und in der Nachkriegszeit. In: Gall, Lothar (Hg.): Krupp im 20. Jahrhundert. Die Geschichte des Unternehmens vom Ersten Weltkrieg bis zur Gründung der Stiftung. Berlin 2002, S. 267–472, S. 367–371, 388–390; *Wixforth, Harald*: Flick und die „Neuordnung“ der oberschlesischen Montanindustrie nach der Besetzung Polens. In: *Bähr, Johannes* u.a.: Der Flick-Konzern im Dritten Reich. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte München-Berlin im Auftrag der Stiftung Preußischer Kulturbesitz. München 2008, S. 400–414. Zur wirtschaftlichen „Durchdringung“ in deutscher Sprache am besten *Kaczmarek, Ryszard*: Die deutsche wirtschaftliche Penetration in Polen (Oberschlesien). In: *Overy, Richard J., Gerhard Otto* und *Johannes Houwing ten Kate* (Hg.): Die „Neuordnung“ Europas: NS-Wirtschaftspolitik in den besetzten Gebieten (Nationalsozialistische Besatzungspolitik in Europa 1939–1945, 3). Berlin 1997, S. 257–272.

65 *Rebentisch, Dieter*: Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg. Verfassungsentwicklung und Verwaltungspolitik 1939–1945 (Frankfurter historische Abhandlungen, 29). Stuttgart 1989, S. 196–198.

aber die Spezifika Ostoberschlesiens und der angeschlossenen Gebiete nicht gesondert heraus.<sup>66</sup>

Diemut Majer hat bereits 1981 den rechtlichen Umgang mit den Nichtdeutschen in den „eingegliederten Ostgebieten“ regional undifferenziert juristisch untersucht, weist aber zumindest gelegentlich auf Besonderheiten in der oberschlesischen Rechtspraxis hin.<sup>67</sup> Am Rande ihrer fundierten Untersuchung über den „Mythos Oberschlesien“ in Deutschland und Polen vom Ersten Weltkrieg bis 1956 geht Juliane Haubold-Stolle am Rande auf das deutsche gewaltsame Vorgehen gegen die polnische und die jüdische Bevölkerung des besetzten Gebiets sowie gegen polnische Kulturinstitutionen ein.<sup>68</sup>

In den in den letzten 20 Jahren systematisch angegangenen Arbeiten zur deutschen Besatzungspolitik in Polen wie der von Bömelburg und Musial (2000)<sup>69</sup> wird die Provinz Oberschlesien – wie auch in einem Teil der älteren polnischen Forschung – unter das Gesamtgeschehen der deutschen Besatzungspolitik subsumiert und nicht als eigenständige politisch-administrative Einheit dargestellt.

### 2.3 Deutschsprachige Veröffentlichungen polnischer Historiker

Es gab und gibt in Deutschland keine auf Schlesien, geschweige denn Oberschlesien spezialisierte institutionalisierte zeitgeschichtliche Forschung zum Nationalsozialismus und zum Zweiten Weltkrieg.<sup>70</sup> Einschlägige Arbeiten polnischer Historiker in deutscher oder englischer Sprache wurden lange nur ausnahmsweise zitiert, nicht aber rezipiert. Andrzej Szefer

66 *Harold, James*: Die Deutsche Bank und die „Arisierung“. München 2001, S. 184–188.

67 *Majer, Diemut*: „Fremdvölkische“ im Dritten Reich. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Rechtssetzung und Rechtspraxis in Verwaltung und Justiz unter besonderer Berücksichtigung der eingegliederten Ostgebiete und des Generalgouvernements (Schriften des Bundesarchivs, 28). Boppard 1981, S. 369.

68 *Haubold-Stolle, Juliane*: Mythos Oberschlesien. Der Kampf um die Erinnerung in Deutschland und in Polen 1919–1956 (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau, 14). Osnabrück 2008, S. 290–295.

69 *Bömelburg, Hans-Jürgen* und *Bogdan Musial*: Die deutsche Besatzungspolitik in Polen 1939–1945. In: Borodziej, Włodzimierz und Klaus Ziemer (Hg.): Deutsch-polnische Beziehungen 1939–1945–1949. Eine Einführung (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau, 5). Osnabrück 2000, S. 43–111.

70 Diesen Befund bestätigt die Übersicht *Bahlcke, Joachim* (Hg.): Historische Schlesienforschung. Methoden, Themen und Perspektiven zwischen traditioneller Landesgeschichtsschreibung und moderner Kulturwissenschaft (Neue Forschungen zur schlesischen Geschichte, 11). Köln, Weimar, Wien 2005.

hat auf der Grundlage deutscher Archivbestände seine Forschungsergebnisse zur „Aussiedlung“ von polnischer Bevölkerung und zur Ansiedlung umgesiedelter „Volksdeutscher“ in der Provinz Oberschlesien in den Jahren 1939 bis 1945 (mit Hinweis auf die „massenhafte Eintragung der polnischen Bevölkerung Oberschlesiens in die Deutsche Volksliste“ und die Schwierigkeiten der deutschen Umsiedler) bereits im Jahre 1974 veröffentlicht und die Ergebnisse bereits 1975 innerhalb einer deutschen Aufsatzsammlung zusammengefasst.<sup>71</sup> Unbekannt war offensichtlich auch die 1983 von Waclaw Długoborski herausgegebene Sammlung deutschsprachiger Quellen zur Lage der Bevölkerung im Regierungsbezirk Kattowitz 1939–1945.<sup>72</sup>

Nach 1990 hat die verstärkte, nach Fortfall der Visumpflicht unkomplizierte Beteiligung polnischer Historiker an Tagungen und Projekten dazu beigetragen, dass ihre Forschungsergebnisse in deutscher Sprache publiziert werden konnten, so Ryszard Kaczmareks Ergebnisse zum „Gau Oberschlesien“.<sup>73</sup>

#### 2.4 Verwaltung und Politik

Ergiebiger, wenn auch nicht ergiebig, ist die Suche nach Informationen über die Verwaltung. Die einzige, freilich deskriptive systematische Darstellung des Regierungsbezirks Kattowitz bietet der Schlesien-Band des „Grundrisses zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815–1945“ aus dem Jahr 1976. Zu jedem Kreis wird die offizielle Kreisbeschreibung aus dem Jahr 1944 abgedruckt, außer Basisdaten werden Hinweise auf Archivalien in westdeutschen

71 *Szefer, Andrzej*: Przesiedleńcy niemieccy na Górnym Śląsku w latach 1939–1945 [Deutsche Umsiedler in Oberschlesien 1939–1945]. Katowice 1974 [mit Abdruck deutschsprachiger Dokumente im Anhang]; *Ders.*: Die deutschen Umsiedler in der Provinz Oberschlesien in den Jahren 1939–1945. In: Joachim Hütter, Reinhard Meyer und Dietrich Papenfuss (Hg.): Tradition und Neubeginn. Internationale Forschungen zur Deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert (Internationale Fachgespräche). Köln 1975, S. 345–354. – Zur „volksdeutschen Umsiedlung“ hat der Autor 1984 eine überarbeitete Fassung veröffentlicht: *Szefer, Andrzej*: Hitlerowskie próby zasiedlania ziemie śląsko-dąbrowskiej w latach II wojny światowej (1939–1945) [Der hitleristische Versuch der Besiedlung von Oberschlesien und des Gebiets von Dombrowa in den Jahren des Zweiten Weltkriegs (1939–1945)]. Katowice 1984.

72 *Długoborski, Waclaw* (Hg.): Położenie ludności w rejencji katowickiej w latach 1939–1945. Wybór źródeł [Die Lage der Bevölkerung im Regierungsbezirk Kattowitz in den Jahren 1939–1945. Quellenauswahl] (Documenta Occupationis, 11). Poznań 1983.

73 *Kaczmarek, Ryszard*: Zwischen Altreich und Besatzungsgebiet. Der Gau Oberschlesien 1939/41 bis 1945. In: John, Jürgen, Horst Möller und Thomas Schaarschmidt (Hg.): Die NS-Gaue. Regionale Mittelinstanzen im zentralistischen „Führerstaat“. München 2007 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer), S. 348–360.

Archiven und Literaturangaben angeboten.<sup>74</sup> In der „Verwaltungsgeschichte Ostdeutschlands 1815–1945“ geht Helmut Neubach auf die politische Seite der Verwaltungsgeschichte ein.<sup>75</sup> Mit wenigen Ergänzungen hat der auf das ehemals österreichische Schlesien spezialisierte Pastor Herbert Patzelt die Lageberichte aus dem „Grundriß“ für die Kreise Bielitz Krenau, Saybusch und Teschen leicht paraphrasiert noch einmal publiziert.<sup>76</sup> Er weist immerhin auf die Deutsche Volksliste und die Aussiedlungen hin,<sup>77</sup> übersieht aber zum Beispiel die Rolle der „reichsdeutschen“ Beamten in der Verwaltung des Kreises Teschen, wie sie Kreisverwaltungsdirektor Kirschvink im Heimatkalender des Kreises Teschen eindrucksvoll grafisch dargestellt hat.<sup>78</sup>

Von einer wirklichen Geschichte des Verhältnisses von Verwaltung und Politik, wie sie Ryszard Kaczmarek 1998 für den Regierungsbezirk Kattowitz vorgelegt hat,<sup>79</sup> sind diese positivistischen, den Gewaltaspekt der nationalsozialistischen Herrschaft ausblendenden Darstellungen sehr weit entfernt. Auf die Liquidation der polnischen Verwaltung und die neuen reichsdeutschen Partei- und Verwaltungseliten ist von deutscher Seite nur Valentina Maria Stefanski 2005 in ihrem Aufsatz über die Auswirkungen der nationalsozialistischen Volkstums- und Arbeitseinsatzpolitik auf Bergbau und Industrie im Regierungsbezirk Kattowitz eingegangen; als einzige zeigt sie die Bedeutung der „Polizeigrenze“ auf.<sup>80</sup>

74 *Stütgen, Neubach und Hubatsch*, Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815–1945 (wie Anm. 1), S. 269–312.

75 *Neubach*, Die Verwaltung (wie Anm. 7), S. 933–939.

76 *Patzelt, Herbert*: Preußische Verwaltungsgliederung des Regierungsbezirks Kattowitz 1939–1945. Das ehemalige österreichische Teschener Schlesien, das Beispiel Bielitz, Schicksal einer Stadt und eines Kreises. In: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau, 50 (2009), S. 199–214.

77 *Patzelt*, Preußische Verwaltungsgliederung (wie Anm. 76), S. 200–201.

78 *Kirschvink*: Die Organisation der Kreisverwaltung. In: Heimatkalender des Kreises Teschen, 2 (1942), S. 111–116, S. 115 sowie die Karte vor S. 117. – *Kaczmarek, Ryszard*: Zwischen Regionalismus, Autonomismus und Separatismus. Das Elsass und Oberschlesien, 1871 bis 1945. In: Loew, Peter Oliver, Christian Pletzing und Thomas Serrier (Hg.): Wiedergewonnene Geschichte. Zur Aneignung von Vergangenheit in den Zwischenräumen Mitteleuropas (Veröffentlichungen des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt, 22). Wiesbaden 2006, S. 164–186, S. 184, zeigt, dass die einheimischen Deutschen in der Verwaltung damals keine Rolle gespielt haben.

79 *Kaczmarek, Ryszard*: Pod rządami gauleiterów. Elity i instancje władzy w reencji katowickiej w latach 1939–1945 [Unter der Regierung der Gauleiter. Regierungseliten und -instanzen im Regierungsbezirk Kattowitz in den Jahren 1939–1945] (Prace Naukowe Uniwersytetu Śląskiego w Katowicach, 1736). Katowice 1998.

80 *Stefanski*, Nationalsozialistische Volkstums- und Arbeitseinsatzpolitik (wie Anm. 58), S. 41–45. – Von polnischer Seite u.a. *Kujawska, Maria*: Hitlerowska polityka w stosunku do inteligencji narodowości polskiej na Górnym Śląsku w latach

Es fehlt von deutscher Seite eine Untersuchung der deutschen Oberschlesien-Politik, insbesondere der 1941 unter dem Gauleiter und Oberpräsidenten Fritz Bracht eingerichteten Provinz Oberschlesien, wie sie jetzt von polnischer Seite Mirosław Węcki in seiner 2014 als Veröffentlichung des Kattowitzer Instytut Pamięci Narodowej erschienenen Monografie über den Gauleiter Fritz Bracht vorgelegt hat.<sup>81</sup>

Ebenso vermisst man in den deutschen Darstellungen weitgehend die Analyse der Besatzungspolitik in den annektierten Gebieten, der Rolle der Polizei,<sup>82</sup> der Aussiedlung von polnischer Bevölkerung, von Rassenpolitik und Judenvernichtung über die Geschichte des Konzentrationslagers Auschwitz hinaus. Die Sonderbestimmungen Himmlers für die „eingegliederten Ostgebiete“ und vermutlich auch für den „Oststreifen“ der Provinz Oberschlesien in der ersten Besatzungsphase, die der „Stabsführer beim Beauftragten des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums in Oberschlesien“, des Gauleiters und Oberpräsidenten Bracht, in den Jahren 1941 bis 1943, Fritz Arlt, 1995 in seiner Rechtfertigungsschrift gegen Götz Alys und Susanne Heims Vorwurf, „Vordenker der Vernichtung“ gewesen zu sein, erwähnt, bedürften der Nachforschung.<sup>83</sup> Die nationalsozialistische

---

1939–1945 na tle globalnej polityki okupanta [Die hitleristische Politik in Bezug auf die Intelligenz polnischer Nationalität in Oberschlesien in den Jahren 1939–1945 vor dem Hintergrund der gesamten Politik des Besatzers]. In: Kapała, Zbigniew (Hg.): *Losy inteligencji śląskiej w latach 1939–1945* [Das Schicksal der schlesischen Intelligenz in den Jahren 1939–1945]. T. 1. Bytom 2001, S. 23–36.

- 81 *Węcki, Mirosław*: Fritz Bracht (1899–1945). Nazistowski zarządca Górnego Śląska w latach II wojny światowej [Fritz Bracht (1899–1945). Der nationalsozialistische Regent Oberschlesiens in den Jahren des Zweiten Weltkriegs]. Katowice 2014.
- 82 *Sroka, Irena*: Policja hitlerowska w reencji katowickiej w latach 1939–1945 [Die hitleristische Polizei im Regierungsbezirk Kattowitz in den Jahren 1939–1945]. Opole 1997.
- 83 *Arlt, Fritz*: Polen-, Ukrainer-, Judenpolitik im Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete und in Oberschlesien 1941/43 und im Freiheitskampf der unterdrückten Ostvölker. Dokumente, Äußerungen von Polen, Ukrainern und Juden. Richtigstellungen von Fälschungen. Erinnerungen eines Insiders. Lindhorst [1995], S. 81. Die Schrift richtet sich gegen die Erwähnungen in *Aly*, *Götz* und *Susanne Heim*: Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung. Hamburg 1991. – Zur Person Arlts vgl. *Kacmarek*, Pod rządami gauleiterów (wie Anm. 79), S. 225; *Mecklenburg, Frank*: Von der Hitlerjugend zum Holocaust. Die Karriere des Fritz Arlt. In: Matthäus, Jürgen und Klaus-Michael Mallmann (Hg.): *Deutsche, Juden, Völkermord. Der Holocaust als Geschichte und Gegenwart* (Veröffentlichungen der Forschungsstelle Ludwigsburg der Universität Stuttgart, 7). Darmstadt 2006, S. 87–101. – Zur Anfangsphase der deutschen Besatzungsherrschaft bis zur Einführung der Zivilverwaltung *Sroka, Irena*: *Górny Śląsk i Zagłębie Dąbrowskie pod okupacyjnym zarządem wojskowym* [Oberschlesien und das Industriegebiet von Dombrowa unter dem Besatzungsregime der Militärverwaltung]. Katowice 1975.

Herrschaftselite auf Regierungsbezirks- und Kreisebene ist, ausgenommen die Hinweise Stefanskis, von deutscher Seite bislang nicht untersucht worden.<sup>84</sup> Die 2012 in englischer Sprache erschienene Studie Mary Fulbrooks zur deutschen Besatzungsverwaltung in Bendsburg (Będzin) zeigt, auch wenn die Autorin sich auf das Schicksal der jüdischen Bevölkerung konzentriert, die Leistungsfähigkeit mikrohistorischer Lokalstudien.<sup>85</sup> Die Mobilisierung der deutschen Bevölkerung 1944/45 für die „Festung Oberschlesien“<sup>86</sup> ist bislang ebenso nicht gezielt untersucht worden.

## 2.5 Raumplanung, Wirtschaft und Gesellschaft

Die wirtschaftspolitische Zielsetzung der nationalsozialistischen Verwaltung des Regierungsbezirks haben im Zusammenhang Polens und des historischen Ostdeutschland bereits 1959 Richard Breyer und Heinz Hinkel aufgegriffen:

„Ganz neue Möglichkeiten der Raumplanung eröffneten und einen Umbau der Verwaltungsgliederung erforderten Oberschlesien und sein Industriegebiet. [...] Es handelte sich [...] darum, eine Industrielandschaft, die in der Zeit ungestümer und nur durch politische Grenzziehungen gehemmter Entwicklung weitgehend wild durcheinander geraten [...] war, zu neuer Entwicklung planvoll umzugestalten. [...] Wenn auch die politische Entwicklung, d.h. der Zusammenbruch Deutschlands im Osten[,] ein Ausgreifen der deutschen Pläne

84 Dazu *Kaczmarek*, *Pod rządami gauleiterów* (wie Anm. 79); *Ders.*: *Inteligencja niemiecka na Górnym Śląsku w latach 1939–1945* [Die deutsche Intelligenz in Oberschlesien in den Jahren 1939–1945]. In: *Kapała* (Hg.), *Losy* (wie Anm. 80), T. 1, S. 44–62; *Ders.*: *Die NS-Eliten in Oberschlesien 1939–1945*. In: *Beer, Mathias, Dietrich Beyrau und Cornelia Rauh* (Hg.): *Deutschsein als Grenzerfahrung. Minderheitenpolitik in Europa zwischen 1914 und 1950*. Essen 2009, S. 225–239.

85 *Fulbrook, Mary*: *A Small Town Near Auschwitz. Ordinary Nazis and the Holocaust*. London 2012 [Deutsche Übersetzung: *Fulbrook, Mary*: *Eine kleine Stadt bei Auschwitz. Gewöhnliche Nazis und der Holocaust* (Rheinprovinz, 23). Essen 2015]. – Der NS-Landrat Udo Klausas (Allenstein 1910 – Königswinter 1998) war von 1953 bis 1975 der hochgeehrte, um die Modernisierung der Psychiatrie verdiente erste Landesdirektor des Landschaftsverbands Rheinland, vgl. (außer *Fulbrook*) [https://de.wikipedia.org/wiki/Udo\\_Klausas](https://de.wikipedia.org/wiki/Udo_Klausas), zuletzt eingesehen am 21.12.2015.

86 *Kaczmarek, Ryszard*: *Górny Śląsk podczas II wojny światowej. Między utopią niemieckiej wspólnoty narodowej a rzeczywistością okupacji na terenach wcielonych do Trzeciej Rzeszy* [Oberschlesien im Zweiten Weltkrieg. Zwischen der Utopie der deutschen Volksgemeinschaft und der Besatzungswirklichkeit in den dem Dritten Reich eingegliederten Gebieten] (Prace Naukowe Uniwersytetu Śląskiego w Katowicach, 2442). Katowice 2006, S. 383–417; *Węcki, Fritz Bracht* (wie Anm. 81), S. 421–440.

verhindert hat, so sind doch zwei Vorstufen der übergreifenden Raumplanung zu erkennen.“<sup>87</sup>

Die Autoren berufen sich dabei auf den programmatischen, die Ziele der Landesplanungsgemeinschaft Oberschlesien resümierenden Artikel Walter Greiffs „Raumordnung und Wirtschaftsplanung in Oberschlesien“ in den „Deutschen Monatsheften“ 1942. Diesen Beitrag hat der Geograf Herbert Schlenger in ähnlichem Sinne beim Deutschen Geographentag 1953 im historischen Teil übernommen,<sup>88</sup> wobei er hoffentlich Greiffs Perspektive nicht geteilt hat, es entspräche

„dem deutschen ostkolonialisatorischen Geiste, daß die neue Entfaltung Oberschlesiens planvoll, d.h. nach den Gesetzen und einer Ordnung erfolgt, die dem deutschen Volke eigen sind. [...] Es handelt sich darum, eine Industrielandschaft [...] im deutschen Sinne um- und neu zu gestalten“.<sup>89</sup>

Im selben Sinne bedauerte Breyer noch 1975, dass die „Geschichte über diese Episode“ hinweggeschritten sei, „ehe sich weitere Neuordnungspläne in der Verwaltungsgliederung bis zu einer praktischen Durchführung verdichten konnten“.<sup>90</sup> Breyer bietet nichts anderes als eine Apologie der NS-Raumplanung, wie sie seit den 1980er-Jahren von Gert Gröning und anderen kritisiert worden ist.<sup>91</sup> Die Rolle des 1941 in Kattowitz gegründeten Oberschlesischen Instituts für Wirtschaftsforschung, auf die Andělní Grobelný unter Bezug auf die Quellenveröffentlichung Karol Maria

87 *Breyer, Richard* und *Heinz Hinkel*: Verwaltungsgliederung und Raumplanung in Polen und Ostdeutschland vor und nach 1945. In: Zeitschrift für Ostforschung, 8 (1959), H. 1, S. 83–118, S. 94–95.

88 *Schlenger, Herbert*: Der Ausbau des ober-schlesisch-mährischen Industrieraums zum „Westkombinat der Ostblockstaaten“. In: Deutscher Geographentag 1953. Wiesbaden 1955, S. 48–66. – Zu Schlengers persönlichem Schlesienbezug vgl. *Schodrok, Karl*: Universitätsprofessor Dr. phil. Herbert Schlenger zum Gedenken. Vom schlesischen Volksschullehrer zum führenden Forscher und Rektor der Kieler Universität. In: Schlesien, 4 (1969), H. 1–3, S. 1–2.

89 *Greiff, Walter*: Raumordnung und Wirtschaftsplanung in Oberschlesien. In: Deutsche Monatshefte, 8 (18) (1941/42), H. 10/12, S. 428–437.

90 *Breyer, Richard*: Der ober-schlesische Raum und seine Verwaltungseinteilung seit 1945. In: Bahr, Ernst, Richard Breyer und Ekkehard Buchhofer (Hg.): Oberschlesien nach dem Zweiten Weltkrieg. Verwaltung Bevölkerung Wirtschaft. Marburg/Lahn 1975, S. 1–45, 4–7, Zitat S. 7.

91 Zuletzt *Kegler, Karl R.*: Deutsche Raumplanung. Das Modell der „Zentralen Orte“ zwischen NS-Staat und Bundesrepublik. Paderborn 2015. – Kegler erwähnt Oberschlesien nur am Rande.

Pospieszalskis unmittelbar nach Kriegsende bereits 1967 hingewiesen hat,<sup>92</sup> scheint ihn nicht interessiert zu haben.

Einige neuere deutsche Arbeiten, die weitgehend auf Unterlagen in deutschen Archiven aufbauen, die die polnisch-sprachige Forschung aber wohl wegen fehlender Sprachkenntnisse nicht nutzen, wie die von Hartenstein zur Siedlungsplanung (1998)<sup>93</sup> oder Rosenkötter zur Haupttreuhandstelle Ost (2003)<sup>94</sup>, streifen innerhalb der „eingegliederten Ostgebiete“ gelegentlich auch das seit 1922 polnische Oberschlesien und den „Oststreifen“, ohne dass deren Spezifika deutlich würden.

1978 ist Konrad Fuchs in einem Aufsatz „Zur Bedeutung Schlesiens als Wirtschaftsfaktor während des Zweiten Weltkriegs“ unter Rückgriff auf wirtschaftsgeschichtliche Arbeiten zur Rolle deutscher Konzerne während des Zweiten Weltkriegs wie Riedels „Eisen und Kohle für das Deutsche Reich“ (1973) weitgehend aus der Konzernperspektive auch auf Oberschlesien eingegangen.<sup>95</sup> Bereits hier hatte er keine Zweifel an der Berechtigung der deutschen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen, kannte keine Zwangsarbeit usw. Im Jahre 1987 betonte er einseitig die Wirtschaftsleistung, kannte immer noch keine Zwangsarbeiter, und hielt „Polenpolitik“ und „Judenpolitik“ sowie die Enteignungen für nicht erwähnenswert. Weiter meinte er, dass wegen des „Verlusts eines beträchtlichen Teils der oberschlesischen Stein-

---

92 *Grobelný, Andělin*: Hornoslezská průmyslová oblast v představách nacistů [Das oberschlesische Industriegebiet in den Plänen der Nationalsozialisten]. In: Slezský Sborník, 65 (1967), Nr. 1, S. 21–46, S. 25; *Pospieszalski*, Memorial (wie Anm. 2).

93 *Hartenstein, Michael A.*: Neue Dorflandschaften. Nationalsozialistische Siedlungsplanung in den „eingegliederten Ostgebieten“ 1939 bis 1944 (Wissenschaftliche Schriftenreihe Geschichte, 6). Berlin 1998, S. 265–274: D. Raumordnungspläne. II. Regionale Raumordnungspläne. 4. Provinz Oberschlesien; S. 294–299: Kreisraumordnungspläne. 4. Provinz Oberschlesien; E. Dorfpläne – I. Dorfneubauplanungen. 4. Oberschlesien (a) Hauptdorfbereich Milowka [Kreis Saybusch]; b) Sonstige Planungen); S. 401–413: II. Dorfumbauplanungen. 4. Beispiele Provinz Oberschlesien. – Außerdem im übrigen Text, so S. 64–65, 108–110, 248 u.a. – Zum „Musterdorf“ Kamesznica und zum „Projekt Hauptdorfbereich Milówka“ auch *Sikora, Mirosław*: Niszczyc, by tworzyć. Germanizacja Żywiecczyny przez narodowosocjalistyczne Niemcy 1939–1944/45 [Vernichten, um zu gestalten. Die Germanisierung des Żywiecer Landes durch das nationalsozialistische Deutschland 1939–1944/45]. Katowice 2010, S. 594–602.

94 *Rosenkötter, Bernhard*: Treuhandpolitik. Die „Haupttreuhandstelle Ost“ und der Raub polnischer Vermögen 1939–1945. Essen 2003. – Ohne spezielle Unterkapitel für die Provinz Oberschlesien.

95 *Fuchs, Konrad*: Zur Bedeutung Schlesiens als Wirtschaftsfaktor während des Zweiten Weltkriegs. In: Zeitschrift für Ostforschung, 27 (1978), S. 270–283. Wiederabdruck in *Fuchs, Konrad*: Wirtschaftsgeschichte Oberschlesiens 1871–1945. Aufsätze (Veröffentlichungen der Forschungsstelle Ostmitteleuropa: Reihe A, 36). Dortmund 1981, S. 194–208.



insgesamt ist immer noch die Fuchs unbekannt gebliebene Untersuchung von Sulik aus dem Jahr 1984 heranzuziehen,<sup>102</sup> an deutschen Forschungen außerdem der Aufsatz des DDR-Historikers Werner Röhr zur Rolle der Schwerindustrie im annektierten Oberschlesien, der auch eingehender auf die Enteignungen eingeht.<sup>103</sup> In seiner 1989 gedruckten Quellensammlung zur deutschen Besatzungspolitik in Polen<sup>104</sup> differenziert Röhr nicht nach den unterschiedlichen Besatzungsgebieten – wie bei Alfred Konieczny und Herbert Szurgacz in ihrer 1976 veröffentlichten Sammlung überwiegend deutschsprachiger Quellen (darunter Akten der Gestapo-Stelle Kattowitz) zur Zwangsarbeit<sup>105</sup> und bei Klaus-Peter Friedrichs Sammlung von Quellen zur Judenverfolgung in Polen in den ersten beiden Kriegsjahren (ebenfalls mit zahlreichen Quellen aus Oberschlesien).<sup>106</sup>

In den letzten zwei Jahrzehnten ist eine Reihe von Studien zur Rolle einzelner Unternehmen im Dritten Reich und während des Zweiten Weltkriegs erschienen, die wie die Studie zum Flick-Konzern<sup>107</sup> zahlreiche Hinweise auf Oberschlesien enthalten. In seinem eigentümlicherweise in der „Verwaltungsgeschichte Ostdeutschlands 1815–1945“ erschienenen wirtschaftsgeschichtlichen Beitrag erwähnt Konrad Fuchs immerhin bereits 1983, d.h. vor seinen Texten für die Gesamtdarstellungen der Geschichte Schlesiens, die Enteignungen und die Rolle der Treuhandstelle Kattowitz.<sup>108</sup> Dass das Lager Auschwitz und die Stadt im Kreis Bielitz im „befreiten“ Schlesien lag,

---

Die deutsche Rüstungsindustrie in Oberschlesien während des Zweiten Weltkrieges (Bochumer Studien zur Technik- und Umweltgeschichte, 3). Essen 2014.

- 102 *Sulik, Alfred*: Przemysł ciężki rejencji katowickiej w gospodarce Trzeciej Rzeszy (1939–1945) [Die Schwerindustrie im Regierungsbezirk Kattowitz innerhalb der Wirtschaft des Dritten Reichs (1939–1945)] (Akademia Ekonomiczna im. Karola Adamieckiego. Prace Naukowe). Katowice 1984.
- 103 *Röhr, Werner*: Zur Rolle der Schwerindustrie im annektierten polnischen Oberschlesien für die Kriegswirtschaft Deutschlands von 1939 bis 1945. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1991, H. 4, S. 9–58. Wiederabdruck in: *Röhr, Werner*: *Occupatio Poloniae: Forschungen zur deutschen Besatzungspolitik in Polen 1939–1945* (Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung: Beihefte, 4). Berlin 2004, S. 67–122.
- 104 *Röhr, Werner* (Hg.): Die faschistische Okkupationspolitik in Polen (1939–1945) (Nacht über Europa, 2). Köln 1989.
- 105 *Konieczny, Alfred* und *Herbert Szurgacz* (Hg.): Praca przymusowa Polaków pod panowaniem hitlerowskim, 1939–1945 [Die Zwangsarbeit von Polen unter der hitleristischen Herrschaft] (Documenta Occupationis, 10). Poznań 1976.
- 106 *Friedrich, Klaus-Peter* (Hg.): Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945. Bd. 4: Polen, September 1939 bis Juli 1941. München 2011.
- 107 *Bähr u.a.*, *Der Flick-Konzern im Dritten Reich* (wie Anm. 64).
- 108 *Fuchs, Konrad*: Die wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen der schlesischen Verwaltung von 1815–1945. In: Heinrich und Jeserich (Hg.), *Verwaltungsgeschichte Ostdeutschlands* (wie Anm. 7), S. 943–1006, S. 992–993.

ist ihm nicht aufgefallen, und die Frage, inwieweit die dort engagierte deutsche Großindustrie<sup>109</sup> mit der Industrie Oberschlesiens verflochten war, hat sich ihm nicht gestellt.

Fuchs' Defizite resultieren vor allem aus der für die deutsche Schlesienforschung bis in die 1990er-Jahre typischen selektiven Wahrnehmung der Herrschaft des Nationalsozialismus, der Zeit des Zweiten Weltkriegs und eigentlich Oberschlesiens generell (und dann noch einmal stärker von dessen 1922 als Wojewodschaft Śląsk innerhalb Polens organisierten Teils), aber auch aus der sie kennzeichnenden Ignoranz gegenüber den polnischen Forschungen zur Geschichte des 20. Jahrhunderts bis in die 1990er-Jahre und aus der in jeder Hinsicht beschränkten, engen Perspektive des traditionalistisch orientierten, die sozialen und politischen Folgen des Wirtschaftshandelns ausblendenden „reinen“ Wirtschaftshistorikers.

Nur eine deutsche Veröffentlichung genügt den wissenschaftlichen Ansprüchen, die man an eine Darstellung der komplizierten und diffizilen Geschichte wie die des Regierungsbezirks Kattowitz stellen sollte: Der erwähnte Aufsatz Valentina Maria Stefanskis „Nationalsozialistische Volkstums- und Arbeitseinsatzpolitik im Regierungsbezirk Kattowitz“ aus dem Jahre 2005,<sup>110</sup> der im Rahmen eines Projekts des Instituts für soziale Bewegungen der Ruhr-Universität Bochum zur Zwangsarbeit im Bergbau entstanden ist. Stefanski beherrscht die deutsche und die polnische Literatur, zeigt deren Leistungen und Schwachstellen und erarbeitet das Thema aus Akten der zuständigen polnischen Staatsarchive. Sie zeigt die negativen Folgen der Diskriminierung der autochthonen polnischen Bevölkerung und die Kontraproduktivität von Weisungen der Zentralinstanzen gegen die regionalen Interessen. Die Arbeit ist neben den kirchengeschichtlichen Studien die einzige quellengestützte, dazu die einzige wirklich innovative Arbeit zum Regierungsbezirk Kattowitz. Im Zentrum stehen Bergbau und Schwerindustrie. Im Ergebnisband des Forschungsprojekts hat die Autorin ihre Ergebnisse zusammengefasst.<sup>111</sup> Den Einsatz von KZ-Häftlingen im oberschlesischen Bergbau hat im Rahmen desselben Projekts Adrianna Harazim untersucht.<sup>112</sup> Leider fehlt eine kontinuierliche Spezialforschung,

---

109 *Roth, Karl Heinz*: IG Auschwitz. Normalität oder Anomalie eines kapitalistischen Entwicklungssprungs. In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, 4 (1989), S. 11–28.

110 *Stefanski*, Nationalsozialistische Volkstums- und Arbeitseinsatzpolitik (wie Anm. 58).

111 *Stefanski*, Arbeitseinsatz (wie Anm. 4).

112 *Harazim, Adrianna*: Bergbau nahe Auschwitz. Der Einsatz von Konzentrationslagerhäftlingen auf oberschlesischen Zechen. In: Tenfelde und Seidel (Hg.), Zwangsarbeit im Bergwerk (wie Anm. 4), S. 411–432.

was typisch für die deutsche wissenschaftliche Projektkultur und ihrer sozialen Unverantwortlichkeit gegenüber den für das Projekt Beschäftigten ist.

Die erwähnten deutschen wirtschaftsgeschichtlichen Publikationen aus der Kriegszeit konzentrieren sich auf Bergbau und Schwerindustrie. Das „unbekannte Bauernland“ Oberschlesien mit Zuckerrüben und Weizen, Teichanlagen, Weidewirtschaft und – im Kreis Saybusch – „bergbäuerlicher Wirtschaft“, wie Arlt es 1942 in seiner programmatischen Schrift zur Entwicklung von Siedlung und Landwirtschaft andeutet,<sup>113</sup> bleibt außerhalb ihrer Perspektive, ebenso Handwerk und Handel.<sup>114</sup>

Das Schicksal der deutschen und der polnischen Bevölkerung in den Kriegs- und Besatzungsjahren wird eigentlich gar nicht (und erst recht nicht differenziert nach den drei unterschiedlichen historisch-politischen Teilgebieten sowie nach Industriegebiet und ländlichen Regionen) dargestellt. Die Verbindungen zum übrigen Reich werden eigentlich nur wirtschaftlich gesehen. Fuchs erwähnt die Folgen des Bombenkriegs nur für die oberschlesische Industrie. Alfred Konieczny (Wrocław) weist dagegen in seiner Untersuchung zum Luftkrieg über Schlesien auf die vor dem Bombenkrieg aus dem Westen des damaligen Reichs auch in den scheinbar sicheren Regierungsbezirk Kattowitz evakuierte Zivilbevölkerung hin.<sup>115</sup> Ryszard Kaczmarek hat auf der Grundlage des „Gau Anordnungsblatts“ 2006 das Alltagsleben in der Kriegszeit rekonstruiert,<sup>116</sup> das deutsche Historiker auch danach nicht interessiert hat.

## 2.6 „Bevölkerungspolitik“ und Siedlung

Die „Bevölkerungspolitik“ sei, so Fritz Arlt in seiner Verteidigungsschrift, nach der Besetzung „gekennzeichnet durch das Eindeutschungsprinzip Himmlers: Substituierung des Fremdvolkstums durch eigenes eingeglied-

---

113 Arlt, Siedlung und Landwirtschaft (wie Anm. 21), S. 11–12.

114 Dazu nur Böhm und Donalies, Der Aufbau des Handwerks (wie Anm. 33). – Dabei hat schon Sulik, Alfred: Rzemiosło górnośląskie w latach okupacji hitlerowskiej [Das oberschlesische Handwerk in den Jahren der hitleristische Besatzung] (Wszechnica Muzeum Śląskiego). Katowice 1989, gezeigt, was möglich wäre.

115 Konieczny, Alfred: Śląsk a wojna powietrzna lat 1940–1944 [Schlesien und der Luftkrieg in den Jahren 1940–1944] (Acta Universitatis Wratislaviensis, 1983). Wrocław 1998, S. 40.

116 Kaczmarek, Ryszard: Życie codzienne na Górnym Śląsku podczas drugiej wojny światowej w świetle zarządzeń władz niemieckich [Das Alltagsleben in Oberschlesien in der Zeit des Zweiten Weltkriegs im Lichte der Anordnungen der deutschen Behörden]. In: Woźniczka, Zygmunt (Hg.): Śląska codzienność po drugiej wojnie światowej [Der schlesische Alltag nach dem Zweiten Weltkrieg] (Prace naukowe Uniwersytetu Śląskiego w Katowicach, 2377). Katowice 2006, S. 37–52.

dertes Volkstum“ gewesen.<sup>117</sup> Arlt selbst hatte 1942 in einer detailliert die Resultate der „Umsiedlung“ von „Galiziendeutschen“ und „Buchenländern“ in die Kreise Saybusch und Bielitz dokumentierenden Zwischenbilanz keinen Zweifel daran gelassen, dass für ihn „jede deutsche Siedlerfamilie [...] an der Ostgrenze und der Südgrenze des [...] Gaues Oberschlesien ein Sicherheitspfeiler des Deutschen Reiches und Ansatzpunkt einer endgültigen Eindeutschung des Raumes“ gewesen war.<sup>118</sup> Die Germanisierungspolitik, für die die für die Jahre 1941 und 1942 für Ostoberschlesien und den „Oststreifen“ erschienenen Heimatkalender zahlreiche Belege geben, wird anders als die „Polonisierung“ nach 1945 – in der deutschen Schlesienforschung bestenfalls angedeutet, die Deutsche Volksliste in ihrer besonderen oberschlesischen Praxis zwar erwähnt,<sup>119</sup> aber nur in einem Tagungsvortrag bei der Gemeinschaft für deutschpolnische Verständigung innerhalb des Heimatwerks Schlesischer Katholiken als eigenes Thema behandelt.<sup>120</sup> Den Zusammenhang von Bevölkerungs- und Raumplanung in Ostoberschlesien mit der Siedlungs- und Vernichtungspolitik haben immerhin Sybille Steinbacher (2000) und Ingo Haar (2009) für den Regierungsbezirk Kattowitz herausgearbeitet.<sup>121</sup> Das Schulwesen war in der Besatzungszeit erwartungsgemäß auch ein Instrument der „Volkstumspolitik“.<sup>122</sup> Das ethnisch-nationale Grunddilemma der einheimischen Bevölkerung unter der deutschen Besatzung, wie es Adam Dziurok (2003) thematisiert hat, steht eher am Rande des deutschen wissenschaftlichen Interesses.<sup>123</sup> Die nach

---

117 *Arlt*, Polen-, Ukrainer-, Judenpolitik (wie Anm. 83), S. 81. – Detaillierter und analytisch bei *Steinbacher*, „Musterstadt“ Auschwitz (wie Anm. 3), S. 94–103: Die Konzeptionen zur „Umschichtung“ der Völker.

118 *Arlt*, *Fritz*: Volksdeutscher Wall in Oberschlesien. In: *Deutsche Arbeit*, 41 (1942), H. 6/7, S. 183–189, Zitat S. 188–189.

119 So als Vorgeschichte bei *Buchhofer*, *Ekkehard*: Die Bevölkerung Oberschlesiens seit 1945. In: *Bahr*, *Breyer* und *Buchhofer*, *Oberschlesien nach dem Zweiten Weltkrieg* (wie Anm. 90), S. 46–97, S. 47.

120 *Lempart*, *Matthias*: Zur Problematik der Deutschen Volksliste in den Jahren des Zweiten Weltkriegs. In: *Via Silesia*, 1999, S. 119–128.

121 *Steinbacher*, „Musterstadt“ Auschwitz (wie Anm. 3), S. 259; *Haar*, *Ingo*: Inklusion und Genozid. Raum- und Bevölkerungspolitik im besetzten Polen 1939 bis 1944. In: *Beer*, *Beyrau* und *Rauh* (Hg.), *Deutschsein als Grenzerfahrung* (wie Anm. 84), S. 35–59, S. 41–46: Bevölkerungs- und Raumplanung in Ostoberschlesien/Auschwitz 1939 bis 1941.

122 *Molenda*, *Janina*: Szkolnictwo w rejencji katowickiej w latach okupacji hitlerowskiej. Przyczynek do polityki narodowościowej okupanta [Das Schulwesen im Regierungsbezirk Kattowitz in den Jahren der hitleristischen Okkupation. Ein Beitrag zur Nationalitätenpolitik des Okkupanten]. Katowice 1976.

123 *Dziurok*, *Adam*: Zwischen den Ethnien. Die Oberschlesier in den Jahren 1939–1941. In: *Mallmann*, *Klaus-Michael* und *Bogdan Musial* (Hg.): *Genesis des Genozids. Polen 1939–1941* (Veröffentlichungen der Forschungsstelle Ludwigsburg der Universität Stuttgart, 3). Darmstadt 2004, S. 221–233.

1945 rechtlich auch im Zusammenhang mit der Deutschen Volksliste problematisierte „Kollaboration“ der einheimischen Bevölkerung mit der deutschen Besatzungsmacht<sup>124</sup> müsste, was den Regierungsbezirk Kattowitz betrifft, für die Mikroregionen, für die Kreise, die Städte und für größere Ortschaften untersucht werden. Die die Entwicklung seit dem 19. Jahrhundert einbeziehende zeitgenössische, im wissenschaftlichen Zeitgeist 1943 verfasste Hamburger Dissertation Hilda Clausens über Paruschowitz (Paruszowice, heute ein Stadtteil von Rybnik) ist, da ungedruckt geblieben, von der historischen Forschung nicht rezipiert worden.<sup>125</sup>

Zur „Aussiedlung“ von polnischer Bevölkerung aus dem Regierungsbezirk Kattowitz, insbesondere aus dem „Oststreifen“, fehlt auf deutscher Seite eine systematische Studie, auf die „Judenpolitik“ geht immerhin Steinbacher, wenn auch auf Auschwitz konzentriert, ausführlicher ein.<sup>126</sup> Einige Hinweise finden sich in einer 1990 gedruckten Studie über die Beamten­tätigkeit des späteren Widerstandskämpfer Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg als Vertreter des Oberpräsidenten zu Kriegsbeginn in Schlesien.<sup>127</sup>

Das Schicksal der Juden in Ostoberschlesien insgesamt ist allerdings viel zu wenig erforscht worden.<sup>128</sup> Eine erste monografische Gesamtdarstellung

---

124 *Kaczmarek, Ryszard*: Die Kollaboration in den eingegliederten Ostgebieten. In: Młynarczyk, Andrzej (Hg.): Polen unter deutscher und sowjetischer Besatzung 1939–1945 (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau, 20). Osnabrück 2009, S. 319–344. – Zu den Nachkriegs­problemen vgl. *Boda-Krezel, Zofia*: Sprawa Volkslisty na Górnym Śląsku. Koncepcje likwidacji problemu i ich realizacja [Die Frage der Volksliste in Schlesien. Die Konzeptionen zur Lösung des Problems und ihre Verwirklichung]. Opole 1978.

125 *Clausen, Hilda*: Ein Industriedorf in Ost-Oberschlesien. Eine soziologische Studie. Maschinenschriftl. phil. Diss. Hamburg 1943.

126 *Steinbacher*, „Musterstadt“ Auschwitz (wie Anm. 3), S. 105–157.

127 *Heinemann, Ulrich*: „Kein Platz für Polen und Juden.“ Der Widerstandskämpfer Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg und die Politik der Verwaltung in Schlesien 1939/40. In: Kleßmann, Christoph (Hg.): September 1939: Krieg, Besatzung, Widerstand in Polen. Acht Beiträge (Kleine Vandenhoeck-Reihe, 1546). Göttingen 1989, S. 38–54; *Ders.*: Ein konservativer Rebell. Berlin 1990, S. 61. – Vgl. *Neubach*, Die Verwaltung (wie Anm. 7), S. 937; *Steinbacher*, „Musterstadt“ Auschwitz (wie Anm. 3), S. 107.

128 Einer der wenigen deutschsprachigen Beiträge ist *Namysło, Aleksandra*: Der Einfluss der Zentrale der Jüdischen Ältestenräte in Ostoberschlesien auf das Verhalten der Juden. In: Młynarczyk, Jacek Andrzej und Jochen Böhrer (Hg.): Der Judenmord in den eingegliederten polnischen Gebieten 1939–1945 (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau, 21). Osnabrück 2010, S. 311–328. – Allgemeiner *Dies.*: Postawy wobec ludności żydowskiej w rejencji katowickiej [Die Einstellungen gegenüber der jüdischen Bevölkerung im Regierungsbezirk Kattowitz]. In: Żbikowski, Andrzej (Hg.): Polacy i Żydzi pod okupacją niemiecką [Polen und Juden unter der deutschen Besatzung]. Warszawa 2006, S. 763–826.

der Bevölkerungspolitik ist 2015 eher von außen gekommen. Bei Steffen A. Waskos Untersuchung über „Nationalsozialismus und Biopolitik“<sup>129</sup> dürfte es sich um die Publikation einer Examensarbeit handeln. Der Autor, der offensichtlich in der Freiburger universitätsnahen marxistischen Linken zu verorten ist, bietet auf der Grundlage der deutschsprachigen Literatur und der publizierten Quelle eine insgesamt überzeugende Analyse, hat allerdings mangels Sprachkenntnissen Defizite bei der Auswertung polnischer Forschungsergebnisse.

Zur Ansiedlung von Galiziendeutschen gibt es eine zweiseitige Notiz des an der Umsiedlung beteiligten Josef Lanz,<sup>130</sup> dazu wenige kurze oder in größeren Texten enthaltene Erinnerungen im Jahrbuch „Zeitweiser der Galiziendeutschen“ wie zum Beispiel aus dem Kreis der Deutschen aus Ludwikówka<sup>131</sup>. Umgesiedelt wurden in den Kreis Saybusch vor allem katholische Galiziendeutsche, während die protestantische Mehrheit in den Reichsgau Wartheland transferiert wurde. Die Siedler aus Ludwikówka wurden zu einem großen Teil im Dorf Gilowice (Gilowitz) angesiedelt, insgesamt aber auf 16 Dörfer verteilt. Josef Hüttel berichtet:

„Wir hatten keine Freude an der Ansiedlung und keine Lust, auf den polnischen Höfen zu arbeiten, deren Besitzer enteignet worden waren [...]. Wer von den deutschen Umsiedlern auf den polnischen Höfen nicht arbeiten wollte, der wurde von der SS als Befehlsverweigerer und Arbeitsscheuer bezeichnet und kam samt seiner Familie in ein Strafärbeitslager [...].

Das Leben der deutschen Umsiedler in den polnischen Dörfern war im ersten Jahr schweren Belastungen ausgesetzt. Den Tag über mußte man schwer arbeiten, des Nachts bestand die Gefahr, ermordet zu werden, mit Frau und Kindern [...]. Die polnische Bevölkerung hatte sich allmählich an die deutschen Ansiedler gewöhnt [...]. Im Jahre 1941 wurden die deutschen Männer zur Wehrmacht eingezogen, wodurch sich das Zusammenleben zu Ungunsten der Deutschen ver-

129 Wasko, Steffen A.: Nationalsozialismus und Biopolitik. Deutsche Bevölkerungspolitik in Ostoberschlesien 1939–1945. Hamburg 2015.

130 Lanz, Josef: Die Ansiedlung der Galiziendeutschen aus den Karpaten im Beskidenland. In: Krämer, Julius (Hg.): Aufbruch und Neubeginn (Heimatbuch der Galiziendeutschen, 2). Stuttgart-Bad Cannstatt 1977, S. 263–264.

131 Hüttel, Josef: Wie Ludwikowka entstand und existierte! In: Zeitweiser der Galiziendeutschen, 24 (1985), S. 115–132, S. 124–126. – Vgl. auch Kolmer, Siegmund: Siedlungen der Böhmerwäldler in Galizien – Ludwikówka. In: Ebd., 27 (1988), S. 41–69, S. 63.

schlechterte, ja zur Hölle wurde. Polnische Partisanen überfielen in der Nacht deutsche Siedlerfrauen [...].<sup>132</sup>

In der landsmannschaftlichen Organisation der Galiziendeutschen innerhalb der Landsmannschaft Weichsel-Warthe, dem Hilfskomitee der evangelischen Deutschen aus Galizien, bilden Katholiken galiziendeutscher Herkunft bestenfalls eine marginale Gruppe. Im vom Hilfskomitee zusammengetragenen Galiziendeutschen Archiv, das die Martin-Opitz-Bibliothek noch nicht vollständig nach Herne übernommen hat,<sup>133</sup> gibt es keine einschlägigen Quellen, ausgenommen bereits von Mirosław Sikora in seiner grundlegenden Arbeit über Germanisierung und Vernichtungspolitik im Kreis Saybusch publizierte Fotos.<sup>134</sup>

Kuhn erwähnt die deutschen Umsiedler kurz in seiner Geschichte der Bielitzer Sprachinsel:

„Einen andersartigen deutschen Zuwachs bildeten die Umsiedler aus dem Osten, aus Galizien, Wolhynien, der Bukowina und Bessarabien. In die Stadt Bielitz kamen über tausend vor allem städtischer Herkunft. In den Sprachinseldörfern wurden nur wenige Familien angesetzt. Eine größere Zahl wurde in einer Reihe polnischer Dörfer im galizischen Ostteil des Kreises Bielitz angesetzt, dazu im südlich benachbarten Kreise Saybusch, wo vor allem an das Bergland gewöhnte Umsiedler aus Galizien und der Bukowina eine neue Heimat finden sollten. Um ihnen Raum zu schaffen, wurden zuvor die polnischen Bauern gewaltsam vertrieben und ins Generalgouvernement ausgesiedelt.“<sup>135</sup>

Die innovativen polnischen Forschungen zum Kreis Saybusch lagen, als die genannten Beiträge aus der „Erlebnissgeneration“ erschienen sind, noch nicht vor, auch wenn das Thema spätestens seit 1971 in der deutschen Forschung hätte bekannt sein können.<sup>136</sup> Auf die Ansiedlung von Bukowina-Deutschen

132 *Hüttel*, *Wie Ludwikowka entstand* (wie Anm. 131), S. 125.

133 Zum Stand vor der Übernahme vgl. *Kessler, Wolfgang*: Sammlungen über die Deutschen aus Galizien in Deutschland. In: *Zeitweiser der Galiziendeutschen*, 47 (2009), S. 170–177.

134 *Sikora, Niszczyc, by tworzyć* (wie Anm. 93); *Iluk, Jan*: Die Umsiedlung der Deutschen nach 1939 in das Gebiet von Żywiec in fotografischer Dokumentation. In: *Jahrbuch für deutsche und osteuropäische Volkskunde*, 53 (2012), S. 61–94. – Auskunft von Prof. Dr. Erich Müller (Berlin), der über die noch nicht übergebenen Teile verfügt (Stand November 2015).

135 *Kuhn, Walter*: *Geschichte der deutschen Sprachinsel Bielitz (Schlesien)* (Quellen und Darstellungen zur schlesischen Geschichte, 21). Würzburg 1981, S. 400.

136 *Sikora, Niszczyc, by tworzyć* (wie Anm. 93); *Iluk, Die Umsiedlung der Deutschen* (wie Anm. 134). – Zuerst *Konieczny, Alfred*: *Wysiedlenia ludności polskiej powia-*

im Regierungsbezirk Kattowitz geht Dirk Jachomowski in seiner grundlegenden Arbeit aus dem Jahre 1984 nur kurz ein.<sup>137</sup> Eine Kriegserinnerung an die Neuaufstellung des deutschen Panzer-Artillerie-Regiments 10 im „Kreis Krenau“ (Chrzanów) berichtet immerhin auch über die Lage der dortigen „Buchenländer“,<sup>138</sup> während sich bukowinadeutsche Heimatbücher auf kurze Hinweise beschränken.<sup>139</sup> In der „buchenlanddeutschen“ landsmannschaftlichen Überlieferung spielt die Ansiedlung in Oberschlesien nur eine marginale Rolle.<sup>140</sup>

## 2.7 Kirchengeschichte

Die Kirchengeschichte Schlesiens ist in Deutschland in Fortführung des in Niederschlesien seit der Mitte des 19. Jahrhunderts virulenten Konfessionalismus sowohl von evangelischer wie von katholischer Kirche vergleichsweise stark entwickelt. Bis heute erscheinen mit dem evangelischen „Jahrbuch“ und dem katholischen „Archiv für schlesische Kirchengeschichte“ zwei konfessionell geprägte Periodika, wobei Oberschlesien erwartungsgemäß wesentlich ein katholisches Thema darstellt.

---

tu żywieckiego w 1940 roku (Saybusch-Aktion) [Die Aussiedlung der polnischen Bevölkerung des Kreises Żywiec im Jahre 1940 (Saybusch-Aktion)]. In: *Studia Śląskie*, 20 (1971), S. 231–249.

- 137 *Jachomowski, Dirk*: Die Umsiedlung der Bessarabien-, Bukowina- und Dobrušchadeutschen von der Volksgruppe in Rumänien zur „Siedlungsbrücke“ an der Reichsgrenze (Buchreihe der Südostdeutschen Historischen Kommission, 32). München 1984, S. 168–170, außerdem die Liste der Ansiedlungsorte in Oberschlesien und im „Warthegau“ S. 170–175.
- 138 *Ehlers, Olof*: Zeitzeugnisse zur letzten Phase des im Herbst 1944 in Ostoberschlesien neu aufgestellten Pz.Art.Reg. 10 bis zu seinen Wegen durch Schlesien und Böhmen bis zum Ende des 2. Weltkrieges. Nach Feldpostbriefen, übermittelten Nachrichten und rekonstruierenden (!) Erinnerungen. 2. durchgesehene Aufl. Münster 1995, S. 1–2.
- 139 So *Messner, Wilhelm*: Die schwäbisch-pfälzische Bauernsiedlung Deutsch-Tereblestie von ihrer Gründung bis zur Umsiedlung 1789–1940. Heubach 1985, S. 139. – Eine systematische Untersuchung dieser Literatursorte für den bukowinadeutschen Bereich wäre sinnvoll.
- 140 In dem Gedenkband der Landsmannschaft der Buchenlanddeutschen (Bukowina), *Bornemann, Irma* und *Rudolf Wagner* (Hg.): Mit Fluchtgepäck die Heimat verlassen... 50 Jahre seit der Umsiedlung der Buchenlanddeutschen. Augsburg 1990, geht nur *Gaschler, Norbert*: Die katholisch-deutschen Priester und Gläubigen der Bukowina vor und nach der Umsiedlung. In: Ebd., S. 89–98, S. 96, kurz auf „Ostoberschlesien“ ein. – In der bis zum Berichtsjahr 1995 vorliegenden fünfbandigen Bibliografie von *Beck, Erich*: Bibliographie zur Kultur- und Landeskunde der Bukowina (verschiedene Verlagsorte 1966–2006) findet sich kein einschlägiger Titel zur Ansiedlung im Kreis Saybusch.

In den von Heinz Boberach herausgegebenen Berichten des Staatssicherheitsdienstes und der Geheimen Staatspolizei über Katholiken im Deutschen Reich 1934–1944 sind auch Berichte über katholische Pfarrer im Regierungsbezirk Kattowitz enthalten.<sup>141</sup> Die Kritik des Warschauer Kirchenhistorikers Jerzy Myszor an den Ambitionen des Breslauer Fürstbischofs Kardinal Adolf Bertram bezüglich des Bistums Kattowitz unmittelbar nach der deutschen Besetzung Oberschlesiens weist der emeritierte Benediktinerabt Adalbert Kurzeja im „Oberschlesischen Jahrbuch“ 1996 engagiert zurück.<sup>142</sup> Stefan Samerski hat sich im Rahmen seiner Forschungen zur katholischen Kirche im „annektierten Polen“<sup>143</sup> auch speziell mit Oberschlesien befasst.<sup>144</sup> Im Ergebnis konstatiert er, trotz aller restriktiven Maßnahmen sei im Vergleich mit den anderen „angeschlossenen Gebieten“ die Lage im Bistum Kattowitz am günstigsten gewesen. Dieses Bild bestätigt Maik Schmerbauch, der das geschickte Taktieren der katholischen Kirche im Umgang mit den Reichsbehörden in den Jahren 1939 bis 1942 herausgearbeitet hat.<sup>145</sup> Ebenfalls aus primär katholischer Perspektive behandelt er in seiner Studie über den Generalvikar von Kattowitz in der Kriegszeit, Franz Wosnitza, die Diözese Kattowitz unter dem Nationalsozialismus.<sup>146</sup> Von evangelischer Seite hat

---

141 *Boberach, Heinz* (Hg.): Berichte des SD und der Gestapo über Kirchen und Kirchenvolk in Deutschland 1934–1944 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte bei der Katholischen Akademie in Bayern: Reihe A, 12). Mainz 1971.

142 *Kurzeja, Adalbert*: Kardinal Bertram und das Bistum Kattowitz 1939–1945. In: *Oberschlesisches Jahrbuch*, 12 (1996), S. 107–120. Dazu die Replik von *Myszor, Jerzy*: Stellungnahme zum Beitrag von Adalbert Kurzeja. In: Ebd., S. 121–127.

143 *Samerski, Stefan*: Priester im annektierten Polen. Die Seelsorge deutscher Geistlicher in den an das Deutsche Reich angeschlossenen Gebieten 1939–1945 (Historische Forschungen). Bonn 1997; *Ders.*: „... doch hart im Raume stoßen sich die Sachen“. Die deutsch-vatikanischen Beziehungen 1939–1942 und die Annexion polnischer Gebiete. In: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung*, 47 (1998), S. 159–185; *Ders.*: Die Bemühungen Kardinal Bertrams um die Reorganisation der Seelsorge im annektierten Polen (1939–1945). In: *Archiv für schlesische Kirchengeschichte*, 54 (1996), S. 153–175.

144 *Samerski, Stefan*: Die Katholische Kirche in Ostoberschlesien. Grundraster kirchenpolitischer Ordnungsbestrebungen in der Zeit der deutschen Okkupation. In: *Via Silesia*, 1999, S. 105–118.

145 *Schmerbauch, Maik*: Der Schriftwechsel deutscher Reichsbehörden über die Anteile der fremden Bistümer im Regierungsbezirk Kattowitz in den Jahren 1939–1942. In: *Archiv für schlesische Kirchengeschichte*, 67 (2009), S. 183–196.

146 *Schmerbauch, Maik*: Prälat Franz Wosnitza (1902–1979), ehemaliger Generalvikar von Kattowitz (Arbeiten zur schlesischen Kirchengeschichte, 21). Münster 2010, S. 42–78. – Dazu die Kritik von Bernhard Linek in *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung*, 63 (2014), S. 607–609. – Vgl. auch *Schmerbauch, Maik*: Amtsblätter der Diözese Kattowitz 1925 bis 1945. In: *Archiv für schlesische Kirchengeschichte*, 73 (2015), S. 311–321, S. 315–318; zuletzt *Ders.*: Die Entwicklung der kirchlichen Archivpflege im schlesischen Bistum Kattowitz 1940 bis 1945. In: Ebd., 74 (2016),

nur Herbert Patzelt, im Hauptberuf evangelischer Pastor, den evangelischen Kirchenkreis Teschen in der Kriegszeit dargestellt.<sup>147</sup>

## 2.8 Lokalgeschichte, Heimat- und Erinnerungsliteratur

Deutsche wissenschaftlich fundierte Arbeiten zur Lokal- oder Regionalgeschichte des hier behandelten Raums fehlen, sehen wir von den von dem gebürtigen Bielitzer Walter Kuhn (1903–1981) beförderten, durchaus wissenschaftlichen Ansprüchen genügenden Stadt- bzw. Sprachinselgeschichten zu Teschen und Bielitz ab. In seiner aus dem Nachlass von Kuhn herausgegebenen „Geschichte der Stadt Teschen“ kritisiert Moritz Landwehr von Pragenau (1872–1952) Nationalitätenpolitik und Deutsche Volksliste sowie die Unterstellung der Evangelischen Kirche unter das Breslauer Konsistorium, als positiv vermerkt er Bautätigkeit und Denkmalpflege.<sup>148</sup> Kuhn selbst beschreibt „Die Zeit der deutschen Besetzung 1939 bis 1945“ im Bielitzer Gebiet eher positivistisch.<sup>149</sup> Und der Heimatforscher Gerhard Wurbs notierte 1991 im selben Sinne wie Hans Mack im „Heimatkalender des Kreises Bielitz“ 1941 in seinem Erinnerungsbuch an Bielitz, 1939 sei das „Jahr [gewesen], das uns glückliche Stunden brachte, das uns wie im Traum die Freiheit aus dem fremden Zwang brachte“.<sup>150</sup> Für das Umfeld von Auschwitz im Kreis Bielitz und die regionale Verflechtung von Stadt und Konzentrationslager bietet Steinbacher wesentliche neue Einsichten,<sup>151</sup>

---

S. 195–224. – Forschungsübersicht bei *Schmerbauch, Maik*: Die Diözese Kattowitz unter dem Nationalsozialismus (1939–1945) als ein gemeinsames Problem deutsch-polnischer Kirchengeschichte im 20. Jahrhundert. In: Jedyakiewicz-Mróz, Katarzyna (Hg.): Trudne sąsiedztwo. Z dziejów relacji polsko-niemieckich w XX i początkach XXI wieku [Schwierige Nachbarschaft. Aus der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen im 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts] (Niemcy [Nie]znane). Wrocław 2011, S. 9–25. – Das 1938 im Zuge des Münchner Abkommens von Polen besetzte und kirchlich dem Bistum Kattowitz unterstellte Olsa-Gebiet wurde nach der deutschen Besetzung 1939 der kirchlichen Jurisdiktion des Erzbistums Breslau unterstellt, vgl. *Schmerbauch, Maik*: Das katholische Olsaland zwischen Breslauer und Kattowitzer Jurisdiktion 1938–1945. In: Archiv für schlesische Kirchengeschichte, 73 (2015), S. 323–341, S. 331–337: Das Olsaland im Zweiten Weltkrieg 1939–1945.

147 *Patzelt, Herbert*: Frieden gewonnen Freiheit verloren. Der Kirchenkreis Teschen im Zweiten Weltkrieg. In: Jahrbuch für Schlesische Kirchengeschichte, 84/85 (2005/2006), S. 213–232.

148 *Landwehr von Pragenau, Moritz*: Geschichte der Stadt Teschen (Quellen und Darstellungen zur schlesischen Geschichte, 18). Würzburg 1976, S. 114–116: Teschen im Zweiten Weltkrieg.

149 *Kuhn*, Geschichte der deutschen Sprachinsel Bielitz (wie Anm. 135), S. 395–400.

150 *Wurbs, Gerhard*: Ganz am Rande Schlesiens liegt Bielitz. Bd. 3. Wien [1991], S. 192; *Mack, Hans*: Einzug der deutschen Truppen in Bielitz. In: Heimatkalender des Kreises Bielitz, 1941, S. 39–41.

151 *Steinbacher*, „Musterstadt“ Auschwitz (wie Anm. 3).

so dass Ulitz' Entschuldigung, „die Bevölkerung“ hätte „von den Vorgängen in diesem Lager erst nach Ende des Krieges Kenntnis erhalten“,<sup>152</sup> als in Westdeutschland noch lange Jahre nach dem Krieg allgemein verbreitete Schutzbehauptung erscheint. Immerhin arbeiteten Häftlinge in Bergwerken und der Schwerindustrie, ferner war eine Reihe von Firmen aus der Region am Bau der Krematorien beteiligt.<sup>153</sup>

Die beiden von Wilhelm Majowski verantworteten Kattowitzer Heimatbücher spiegeln eher den Geist der 1940er-Jahre, als dass sie für das Zeitgeschehen der Kriegszeit erhellend wären. In seiner Darstellung der Stadt als „jüngste deutsche Schöpfung“ geht er von den Verschleppungsmärschen zu Kriegsbeginn 1939 unmittelbar auf das Kriegsende über.<sup>154</sup> In das von ihm verantwortete „Jubiläums- und Gedenkbuch“ hat er einen Bericht „Wie Kattowitz Anfang September 1939 befreit wurde“ aus der „Kattowitzer Zeitung“ aufgenommen und schildert selbst „Die deutsche Zivilverwaltung 1939–1945 in Kattowitz“. Er moniert „die penible und bürokratische Eingruppierung der oberschlesischen Bevölkerung in vier Kategorien der Deutschen Volkliste“, wäre doch dazu „nach gewonnenem Krieg immer noch Zeit genug gewesen“, sowie die „rigorose Anwendung der ohnehin strengen Gesetzgebung“, die „den anfänglich vorhandenen Sympathien für Deutschland Abbruch getan“ hätte.<sup>155</sup>

Ansonsten konzentrieren sich die bis in die 1980er-Jahre von Heimatgruppen der deutschen Vertriebenen herausgegebenen oberschlesischen Heimatbücher auf den Regierungsbezirk Oppeln in den Grenzen von 1937, für Ostoberschlesien sind nur die beiden Bände über Kattowitz erschienen, für den „Oststreifen“ ohne einheimische deutsche Bevölkerung erwartungs-

---

152 Ulitz, Aus der Geschichte (wie Anm. 2), S. 73.

153 Piper, *Franciszek*: Die Ausbeutung der Arbeit der Häftlinge. In: Długoborski, Waław und Franciszek Piper (Hg.): Auschwitz 1940–1945. Studien zur Geschichte des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz. Bd. 2. Oświęcim 1999, S. 83–168, S. 125–154; 8. Der Häftlings-Arbeitseinsatz in Privatfirmen und in staatsmonopolistischen Unternehmungen; Piper, *Franciszek*: Vernichtung. In: Długoborski und Piper: Auschwitz 1940–1945. Bd. 3. Oświęcim 1999, S. 270–271: Anhang 2: Bei der Planung und beim Bau der Krematorien im KL Auschwitz eingesetzte Firmen [...].

154 Majowski, *Wilhelm*: Kattowitz, die jüngste deutsche Schöpfung. Bad Salzgitter 1958, S. 77.

155 Majowski, *Wilhelm*: 100 Jahre Stadt Kattowitz 1865–1965. Ein Jubiläums- und Gedenkbuch. Bad Salzgitter 1965, S. 238–239, 240–241. – Zum September 1939 in Kattowitz jetzt *Bębnik, Grzegorz*: Wrzesień 1939 r. w Katowicach [Der September 1939 in Kattowitz]. Katowice 2012.

gemäß überhaupt keine.<sup>156</sup> Zudem darf man von der Textsorte Heimatbuch keinen offenen Umgang mit der NS-Zeit und dem Zweiten Weltkrieg erwarten, eher Verschweigen.<sup>157</sup> Für die Wirtschaft der Industriestadt 1939–1945 lieferte Konrad Fuchs 1987 in einem Aufsatz zur gesamten Wirtschaftsgeschichte der 1865 gegründeten Stadt für die Kriegszeit nur einen positivistischen Leistungsbericht (einschließlich der Aufgabenbeschreibung der Haupttreuhandstelle Ost).<sup>158</sup> Die neuere historische polnische Regionalforschung hat sich inzwischen der Kriegsjahre angenommen.<sup>159</sup>

In der Erinnerungsliteratur, wie sie meist aus zeitlicher Distanz vor allem von Frauen und Kriegskindern<sup>160</sup> geschrieben worden ist, dominieren Flucht und Vertreibung. Regional überwiegt das Oppelner Schlesien.<sup>161</sup> Die Männer waren meist kriegsbedingt abwesend, die überwiegend nicht schlesischen Akteure in Bergbau und Großindustrie hielten sich nach dem Zweiten Weltkrieg lieber bedeckt, und autobiografische Reflexion wird man nur ausnahmsweise finden. Der Schriftsteller Wolfgang Schwarz bezieht in seine Darstellung von Flucht und Vertreibung aus Oberschlesien auch die 1922

---

156 *Kessler, Wolfgang*: Ost- und südostdeutsche Heimatbücher und Ortsmonographien nach 1945. Eine Bibliographie zur historischen Landeskunde der Vertreibungsgebiete. München, New York 1979, S. 103.

157 *Faehndrich, Jutta*: Eine endliche Geschichte. Die Heimatbücher der deutschen Vertriebenen (Visuelle Geschichtskultur, 5). Köln, Weimar 2011.

158 *Fuchs, Konrad*: Ursprung und Entwicklung der Industriestadt Kattowitz. In: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau, 27 (1986), S. 145–164, S. 160–161.

159 Zum Beispiel *Kloch, Bogdan* und *Dawid Keller* (Hg.): Rybnik i powiat rybnicki w okresie II wojny światowej [Rybnik und der Rybniker Kreis in der Zeit des Zweiten Weltkriegs] (Zeszyty Rybnickie: Konferencje, 8). Rybnik 2009; *Węcki, Mirosław*: Struktury i kadry zabrzańskiej NSDAP (1933–1945) [Strukturen und Kader der Hindenburg NSDAP 1933–1945]. In: Rosenbaum, Sebastian (Hg.): Zabrze 1933–1989. Szkice z dziejów politycznych miasta [Hindenburg 1933–1989, Skizzen aus der politischen Geschichte der Stadt]. Katowice 2011; *Bębnik, Grzegorz*: Mikołów w początkach II wojny światowej [Nikolai (Kreis Pless) zu Beginn des Zweiten Weltkriegs]. Mikołów 2009.

160 *Janikowski, Tobiasz*: Zwischen verzauberter Lebenswelt und traumatischer Kriegswirklichkeit. Kriegskinder in der Literatur und Publizistik Oberschlesiens in den Jahren 1939–1945. In: Gansel, Carsten und Paweł Zimniak (Hg.): Kriegskindheiten und Erinnerungsarbeit. Zur historischen und literarischen Verarbeitung von Krieg und Vertreibung (Philologische Studien und Quellen, 235). Berlin 2012, S. 205–216.

161 *Dornemann, Axel*: Flucht und Vertreibung aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten in Prosaliteratur und Erlebnisbericht seit 1945. Eine annotierte Bibliographie (Hiersemanns bibliographische Handbücher, 17). Stuttgart 2005, fasst nur Schlesien regional zusammen, im Ortsregister erscheinen ostoberschlesische Orte äußerst selten, Ortschaften aus dem „Oststreifen“ gar nicht.

abgetretenen preußischen bzw. deutschen Kreise ein.<sup>162</sup> Die Lagergeschichte wird – wie im Falle von Eintrachtshütte/Zgoda in Schwientochlowitz – von deutscher Seite nur aus der Nachkriegsperspektive der dort inhaftierten Deutschen geschrieben,<sup>163</sup> während sich die polnische Forschung inzwischen der ganzen Geschichte des Lagers geöffnet hat.<sup>164</sup>

### 3. Forschungslage und -perspektiven

Als Vorgeschichte der Kriegsfolgen oder im Kontext anderer Fragestellungen finden sich immer wieder Hinweise auf die Situation im Regierungsbezirk Kattowitz. Ingo Eser etwa skizziert in seiner Einleitung zur Quellensammlung über das Nachkriegsschicksal der Deutschen in Oberschlesien kompetent die Bevölkerungspolitik.<sup>165</sup>

Die deutsche Schlesienforschung ignoriert weitgehend die Zeitgeschichte seit 1933, der Zweite Weltkrieg war nie ihr Thema, auch wenn Heinz Boberach schon 1995 die wichtigsten Quellenbestände mit ihren Standorten beschrieben hat.<sup>166</sup> Sie hat sich zudem selbst auf das „deutsche“ Schlesien in den

162 Schwarz, *Wolfgang*: Die Flucht und Vertreibung. Oberschlesien 1945/46. Nach Dokumenten des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Bad Nauheim 1965. – Schwarz (1916–2012) war bis 1945 ein „dezidiertes Nationalsozialist“, vgl. *Kunicki, Wojciech*: „... auf dem Weg in dieses Reich“. NS-Kulturpolitik und Literatur in Schlesien 1933 bis 1945. Leipzig 2006, S. 80–81, 195–218; *Lubos, Arno*: Geschichte der Literatur Schlesiens. Bd. 3, München 1973, S. 336–342.

163 *Gruschka, Gerhard*: Zgoda – ein Ort des Schreckens. Als Vierzehnjähriger in einem polnischen Nachkriegskonzentrationslager. Neuried 1996 [polnische Übersetzung *Gruschka, Gerhard*: Zgoda – miejsce grozy. Obóz koncentracyjny w Świętochłowicach. Gliwice 1998]; *Jendryschik, Sepp*: Zgoda. Eine Station auf dem schlesischen Leidensweg. Dokumentation über eines der insgesamt (laut Bundesarchiv) 1.255 Konzentrationslager in Polen, die ab Winter 1944 zur Vernichtung der deutschen Bevölkerung in den besetzten deutschen Ostgebieten errichtet worden waren. 2., erg. u. erw. Aufl. Viöl 2000 (erschieden im Verlag für ganzheitliche Forschung, einem auf antisemitische und verschwörungstheoretische Literatur spezialisierten Verlag der „völkischen“ Rechten).

164 *Dziurok, Adam* (Hg.): Obozowe dzieje Świętochłowic, Eintrachtshütte – Zgoda [Die Lagergeschichte von Schwientochlowitz, Eintrachtshütte – Zgoda] (Konferencje IPN, 5). Katowice, Świętochłowice 2002.

165 *Eser, Ingo*: Die Deutschen in Oberschlesien. In: Borodziej, Włodzimierz und Hans Lemberg (Hg.): „Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden...“. Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945–1950. Dokumente aus polnischen Archiven (Quellen zur Geschichte und Landeskunde Ostmitteleuropas, 4,2). Marburg 2003, S. 355–399, S. 371–373, ähnlich auch *Kaczmarek, Ryszard*: Das Ende des Zweiten Weltkriegs in Oberschlesien. In: Deutsche Studien, 32 (1995), S. 189–200, zu Beginn seiner Darstellung.

166 *Boberach, Heinz*: Inventar archivalischer Quellen des NS-Staates. Die Überlieferung von Behörden und Einrichtungen des Reichs, der Länder und der NSDAP.

Grenzen von 1937 beschränkt. Die dem Regierungsbezirk Kattowitz über die Grenzen von 1914 und Teile des österreichischen Schlesiens hinaus angeschlossenen „eingegliederten“ polnischen Gebiete hat sie nie wirklich als Teil Schlesiens zur Kenntnis genommen. Sie hätte sonst auch darüber nachdenken müssen, dass die Stadt Auschwitz 1939–1945 zum Kreis Bielitz in der Provinz Schlesien bzw. seit 1941 Oberschlesien gehört hat. Die Oberschlesien-Forschung erscheint dabei, insbesondere seit der nicht unbegründeten Schließung der Wissenschaftsabteilung der Stiftung Haus Oberschlesien Ende der 1990er-Jahre und der Einstellung des „Oberschlesischen Jahrbuchs“ im Jahre 2008, als immer stärker randständig. In Deutschland gibt es kein auf die Geschichte Schlesiens konzentriertes Forschungsinstitut, immerhin aber eine mehr oder weniger institutionalisierte, vor allem auf die Frühe Neuzeit konzentrierte Schlesienforschung am Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (Matthias Weber) und am Historischen Institut der Universität Stuttgart (Joachim Bahlcke). Bezeichnend für die Forschungssituation ist, dass, ausgenommen Kruszewskis juristische, formale und systematische Organisationsanalyse aus dem Jahre 1995,<sup>167</sup> auf deutscher wie auf polnischer Seite eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Herrschaft in Schlesien fehlt, so dass die Darstellung Marek Czapliński in der polnischen Geschichte Schlesiens aus dem Jahre 2002 immer noch als beste Gesamtübersicht für Schlesien in den Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft erscheint.<sup>168</sup>

---

T. 2: Regionale Behörden und wissenschaftliche Hochschulen für die fünf ostdeutschen Länder, die ehemaligen preußischen Ostprovinzen und eingegliederte Gebiete in Polen, Österreich und der Tschechischen Republik (Texte und Materialien zur Zeitgeschichte, 3,2). München, New York 1995, S. 38–41 u.a.

167 *Kruszewski, Tomasz*: Partia narodowosocjalistyczna na Śląsku w latach 1933–1945. Organizacja i działalność [Die nationalsozialistische Partei in Schlesien in den Jahren 1933–1945. Organisation und Tätigkeit] (Acta Universitatis Wratislaviensis, 1658 = Prawo, 237). Wrocław 1995. – Zur Entwicklung des Nationalsozialismus in Schlesien bis 1933 *Biały, Franciszek*: Ruch narodowosocjalistyczny w prowincjach śląskich. Początki – postępy – przejęcie władzy [Die nationalsozialistische Bewegung in den schlesischen Provinzen. Anfänge – Entwicklungen – Machtübernahme] (Acta Universitatis Wratislaviensis, 865). Wrocław 1987. – Einige Hinweise in der Aufsatzsammlung von *Neubach, Helmut*: Parteien und Politiker in Schlesien (Veröffentlichungen der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund: Reihe B, 34). Dortmund 1988, S. 202–248.

168 *Czapliński, Marek*: Dzieje Śląska od 1806 do 1945 roku [Geschichte Schlesiens von 1806 bis 1945]. In: Czapliński, Marek, Elżbieta Kaszuba, Gabriela Waś und Rosciślaw Żerelik (Hg.): Historia Śląska [Geschichte Schlesiens]. 2. Aufl. (Acta Universitatis Wratislaviensis, 3008). Wrocław 2007, S. 278–466, S. 424–465 [1. Aufl. 2002].

In der historischen Polonistik, die sich im Unterschied zur Schlesienforschung vor allem mit dem 19. und dem 20. Jahrhundert befasst, steht bezüglich des Zweiten Weltkriegs Polen insgesamt im Focus. Lange dominierte der Aspekt der „Polenpolitik“,<sup>169</sup> die deutsche Besatzungspolitik mit dem Schwerpunkt auf den Reichsgauen Wartheland und Danzig-Westpreußen sowie auf dem Generalgouvernement ist erst in den letzten Jahren systematischer angegangen worden. Kooperationen oder Absprachen zwischen den zuständigen, allerdings nur rein ehrenamtlichen und nur geringfügig finanzierten Historischen Kommissionen bestehen nicht. Beide meiden schon wegen der fehlenden personellen, finanziellen und organisatorischen Möglichkeiten den Zweiten Weltkrieg als Thema, können auch keine eigenen Forschungen initiieren. Aus dem Bereich der historischen Polenforschung kommen Autoren wie Rogall oder Eser, die die polnisch-sprachige Literatur auswerten können. Den einzigen innovativen Beitrag speziell zum Regierungsbezirk Kattowitz hat Valentina Maria Stefanski geleistet.

Systematisch wurde und wird der Regierungsbezirk Kattowitz als Teil des deutschen Besatzungssystems mit dem – verständlichen – Schwerpunkt auf den heute polnischen Teilen nur in Kattowitz an der Universität von Ryszard Kaczmarek und in den letzten Jahren vor allem im Rahmen des Kattowitzer Instytut Pamięci Narodowej systematisch erforscht. Nachdem bis Ende der 1980er-Jahre die im Ergebnis sehr brauchbaren, aber von der deutschen Forschung nicht rezipierten Forschungen wesentlich vom deutsch-polnischen Antagonismus ausgegangen sind, hat sich inzwischen der transnationale Zugang zu den Themen durchgesetzt, die der nicht einheitlichen deutschen Seite mit Einheimischen, Umsiedlern, Profiteuren, Tätern, Opfern und anderen unter transnationaler Perspektive historische Gerechtigkeit widerfahren lässt. Dabei böte gerade die systematische vergleichende historische Analyse der heterogenen rechtlichen, politischen und sozialen Situationen in den unterschiedlichen bis 1939 reichsdeutschen und preußischen, den bis 1920 preußisch-deutschen bzw. österreichischen Gebietsteilen Ostoberschlesiens, dem 1938 von Polen besetzten nach 1918 tschechischen Olsagebiet und dem „Oststreifen“ aus historisch kongresspolnischen und galizischen Gebietsteilen vermutlich wesentliche neue Einsichten in die Herrschaftspraxis des deutschen Okkupationsregimes in Polen.

---

169 *Broszat, Martin*: Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 2). Stuttgart 1961.

## Streszczenie

*Wolfgang Kessler*

### „Wyzwolony Śląsk“. Rejencja katowicka w percepcji strony niemieckiej

Rejencja katowicka powstała we wrześniu 1939 roku po zajęciu Polski przez niemiecki Wehrmacht. Została ona utworzona z regionu województwa śląskiego, części rejencji opolskiej, obszaru Śląska Cieszyńskiego, graniczących części Małopolski (z należącym teraz do Śląska Oświęcimem/Auschwitz włącznie) i Zagłębia Dąbrowskiego. Okręg ten pomijany był zazwyczaj w niemieckich badaniach historycznych do pierwszej dekady XXI wieku, nawet jeśli polskie badania na ten temat dostępne były w języku niemieckim. Opierając się na współczesnej publicystyce niemieckiej i badaniach nad gospodarką, poniższy artykuł systematycznie analizuje percepcję katowickiej rejencji w niemieckich pracach naukowych o Śląsku oraz badaniach nad niemiecką polityką okupacyjną w Polsce w latach 1939–1945 i porównuje to z wynikami polskich badań. Niemieckie badania historyczne nad Śląskiem ignorują bowiem ten temat i nie uwzględniają faktu, że Auschwitz należał do prowincji śląskiej, a od 1941 do górnośląskiej. Prace nad polityką okupacyjną koncentrują się na „Reichsgauach“ i Generalnym Gubernatorstwie i wspominają Górny Śląsk i jego należący do terenów okupowanych „pas wschodni“ jedynie na marginesie.

Dopiero w ostatnim dziesięcioleciu powstały samodzielne prace ze strony niemieckiej, które przyczyniły się do odkrycia historii rejencji katowickiej. Są to badania Marii Walentyny Stefańskiej w ramach projektu dotyczącego robót przymusowych w górnictwie (2005 r.) i wewnątrz historii Kościoła katolickiego badania Maika Schmerbaucha nad diecezją katowicką (od 2010 r.).

## Planung und Durchführung der Umsiedlung der „Volksdeutschen“ aus dem östlichen Europa

Der Gedanke, ganze Bevölkerungsgruppen umzusiedeln, um ethnisch bedingten politischen Problemen vorzubeugen, war zur Zeit des Nationalsozialismus nicht neu. Bereits in den 1920er-Jahren wurde im Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei zu diesem Mittel gegriffen, um eine ethnische Homogenität in diesen Staaten herbeizuführen.<sup>1</sup> Wie Isabel Heinemann herausstellt, war der Ansatz, dem das sogenannte Dritte Reich folgte, jedoch in dem Sinne neu, dass eine Umsiedlung auf Basis der nationalsozialistischen Rassenlehre durchgeführt wurde.<sup>2</sup> Die ethnische Homogenisierung wurde somit zu einer ethnisch motivierten Säuberung.

Für die deutschstämmigen Bevölkerungsgruppen im Ausland gab es bis 1939 keinen Anlass für eine Umsiedlung im großen Rahmen. In der Zeit der Weimarer Republik waren die sogenannten „Volksdeutschen“<sup>3</sup> eine für den Staat in ihrem Minderheitenstatus und ihrem Kulturleben schützenswerte Volksgruppe, die es zu unterstützen galt.<sup>4</sup> Jedoch für die Außenpolitik des NS-Staats waren die Volksdeutschen von Beginn an, wie Markus Leniger in seiner Arbeit zur nationalsozialistischen „Volkstumsarbeit“ und der Umsiedlungspolitik des Dritten Reichs betont, eine „Verfügungsmasse“.<sup>5</sup> Diese galt es nach den Bedürfnissen des Reichs zu formen: diese folglich entweder als potentiell Hindernis der Außenpolitik aus dem Weg zu schaffen oder sie als Anlass eines gewaltsamen Eingreifens in einem anderen Staat heranzuziehen. Darüber hinaus stellten die Volksgruppen im Ausland

---

1 *Leniger, Markus*: Nationalsozialistische „Volkstumsarbeit“ und Umsiedlungspolitik 1939–1945. Von der Minderheitenbetreuung zur Siedlerauslese. Berlin 2006, S. 23.

2 *Heinemann, Isabel*: „Deutsches Blut“. Die Rassenexperten der SS und die Volksdeutschen. In: Kochanowski, Jerzy und Maïke Sach (Hg.): Die „Volksdeutschen“ in Polen, Frankreich, Ungarn und der Tschechoslowakei. Osnabrück 2006, S. 163–183, S. 164.

3 Der Begriff „Volksdeutscher“ trat erst 1938 offiziell im Amtsdeutsch auf, ist jedoch bereits vorher für diese Gruppe verwendet worden. Da dieser Begriff in zahlreichen Werken der Forschungsliteratur Anwendung findet, wird er auch für diese Arbeit verwendet und bezeichnet deutschstämmige Nicht-Reichsdeutsche, die im Ausland leben. Vgl. *Schulze, Rainer*: „Der Führer ruft!“ Zur Rückholung der Volksdeutschen aus dem Osten. In: Kochanowski, Jerzy und Maïke Sach (Hg.): Die „Volksdeutschen“ in Polen, Frankreich, Ungarn und der Tschechoslowakei. Osnabrück 2006, S. 183–204, S. 185f.

4 Vgl. *Leniger*, Nationalsozialistische „Volkstumsarbeit“ (wie Anm. 1), S. 24.

5 Ebd., S. 21.

ein „willkommenes Arbeitskräftepotential“ dar, welches es „zu verwerten galt“.<sup>6</sup>

Die Aufteilung Osteuropas zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion sowie der deutsche Angriff auf Polen machten es 1939 notwendig und möglich, die Volksdeutschen „heim ins Reich“ zu holen. In einer Rede vor dem Reichstag, verdeutlichte Adolf Hitler seine Vision der ethnischen Neuordnung Osteuropas, zu welcher die Volksdeutschen durch ihre Umsiedlung in die eroberten Gebiete beitragen sollten.<sup>7</sup> Der Prozess der Umsiedlung teilt sich dabei in drei verschiedene Phasen auf:

1. Aussiedlung der Volksdeutschen aus ihrer alten Heimat,
2. Aufenthalt und rassenideologische Prüfung der Umsiedler in den Lagern der Volksdeutschen Mittelstelle (VoMi),
3. Ansiedlung in den eroberten ehemals polnischen Gebieten oder im Altreich.

Wie Matthias Schröder darlegt, lässt sich im Nachhinein die Umsiedlung nicht losgelöst von der Ideologie des Nationalsozialismus und dessen Verbrechen in Osteuropa betrachten. Gleichzeitig betont er jedoch, dass zwar die Planer dieser Vorgänge in einem nationalsozialistisch geprägten, politischen und ideologischen Bewusstsein agierten, gleiches für die Umsiedler aber nur bedingt zutraf.<sup>8</sup>

Mit dem aufkommenden Nationalismus im 19. Jahrhundert, begannen in zahlreichen europäischen Staaten sowohl die Mehrheits- als auch die Minderheitsbevölkerungen ihre Rolle und ihr Selbstbild neu zu definieren. Dieser Prozess war nicht allein auf den Vielvölkerstaat der österreich-ungarischen Monarchie begrenzt, in welchem das Verhältnis zwischen den Bevölkerungsgruppen zu einem politischen Brandherd heranwuchs. Auch in Ländern, in denen verschiedene Bevölkerungsgruppen ein vergleichsweise einvernehmliches Zusammenleben pflegten, änderte sich sowohl die Einstellung zum Staat als auch die Eigenbewertung. Angesichts dessen fand

---

6 Ebd., S. 21.

7 Rede von Adolf Hitler vor dem Deutschen Reichstag in Berlin am Freitag, dem 6. Oktober 1939. In: *Loeber, Dietrich A.* (Hg.): *Diktierte Option. Die Umsiedlung der Deutsch-Balten aus Estland und Lettland 1939–1941.* Neumünster 1972, Dok. 72, S. 79–81.

8 *Schröder, Matthias*: „Rettung vor dem Bolschewismus?“ Die Ansiedlung der Deutschbalten im Warthegau. In: Neander, Eckhart und Andrzej Sakson (Hg.): *Umgesiedelt – Vertrieben. Deutschbalten und Polen 1939–1945 im Warthegau.* Marburg 2010, S. 52–65, S. 59.

bereits vor dem Ersten Weltkrieg eine Begriffstransformation statt: Aus deutschen Minderheiten wurden deutsche Volksgruppen.<sup>9</sup>

Diese Entwicklung intensivierte sich nochmals nach dem Ersten Weltkrieg. So wandelte sich das Rollenbild der deutschen Bevölkerungsgruppen in vielen Teilen Europas, insbesondere in Osteuropa. Wo diese beispielsweise zuvor deutsche Reichsbürger oder Bürger der Donaumonarchie gewesen waren, wurden sie durch den Zusammenbruch der beiden Monarchien „aus ihrer führenden, staatstragenden Position auf den Status von ethnischen Minderheiten zurückgeworfen“<sup>10</sup>. Aber auch in Gebieten, die schon vor 1918 nicht zum Deutschen Reich oder zu Österreich-Ungarn gehörten, änderte sich die Einstellung der deutschen Volksgruppen gegenüber ihrem Wohnsitzland. Ein deutsches Selbstbewusstsein begann sich zu entwickeln und machte so beispielsweise aus „Deutschbalten“ „Baltendeutsche“.<sup>11</sup>

Im Deutschen Reich der Weimarer Republik bestand nahezu im gesamten politischen Spektrum das Interesse, den ehemals dem Reich zugehörigen Bürgern, aber auch den deutschen Volksgruppen, die bisher nicht im Einflussbereich des Reichs gelebt hatten, wie beispielsweise den Baltendeutschen, zu helfen.<sup>12</sup> Diese Unterstützung, die den deutschen Volksgruppen außerhalb des Reichs zukam, wurde als „Volkstumsarbeit“ bezeichnet. Dieser Begriff wurde gewählt, da es das Deutsche Reich zu keiner Zeit riskieren wollte, den Eindruck zu erwecken, sich politisch aktiv in die Angelegenheiten eines anderen Staats einzumischen.<sup>13</sup> Diese verdeckte staatliche Hilfestellung gegenüber den Nicht-Reichsdeutschen im Ausland erfolgte daher über eine Vielzahl verschiedener nichtstaatlicher Organisationen, von denen eine, der „Verein für das Deutschtum im Ausland“ (VDA), bald die wichtigste wurde.<sup>14</sup> Die meist finanzielle Hilfe wurde über vor Ort agierende Kulturverbände geleitet, welche nach außen hin die Aufgabe hatten, für den kulturellen Erhalt und Zusammenhalt der deutschen Volksgruppenangehörigen im Ausland zu sorgen.<sup>15</sup> Dem besonderen Status dieser Verbände, und nicht zuletzt dem des VDA, war in einigen Ländern auch der Umstand zuträglich, dass die dort betriebene Politik Minderheiten häufig ausgrenzte und es so zu einer „Fixierung der deutschen Minderheiten auf den deutschen Staat“<sup>16</sup> kam. Langfristiges Ziel der

9 Schulze, „Der Führer ruft!“ (wie Anm. 3), S. 184.

10 Leniger, Nationalsozialistische „Volkstumsarbeit“ (wie Anm. 1), S. 23.

11 Ebd., S. 24.

12 Ebd., S. 8 und S. 24.

13 Ebd., S. 24.

14 Ebd., S. 8 und S. 24f.

15 Ebd., S. 25.

16 Ebd., S. 8f.

Volkstumsarbeit war es, die Möglichkeit einer Revision der Grenzen, wie sie im Versailler Vertrag von 1919 zum empfundenen Nachteil des Deutschen Reichs festgelegt wurden, offen zu halten, indem eine lebendige deutsche Kultur im Ausland aufrecht erhalten werden sollte.<sup>17</sup> Somit zielte die Volkstumsarbeit der Weimarer Republik auf Grenzrevisionen, während die des Dritten Reichs zusätzlich noch Bevölkerungsverschiebungen umfasste.<sup>18</sup> Beiden Arten der Volkstumsarbeit lag jedoch der maßgebliche Gedanke der Instrumentalisierung deutscher Volksgruppen im Ausland als Mittel der Außenpolitik zugrunde.

Trotz unterschiedlicher Sichtweisen der Volkstumsarbeit von Weimarer Republik und Drittem Reich erfolgte mit der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten 1933 noch nicht direkt eine Anpassung der Volkstumsarbeit.<sup>19</sup> Hitler selbst war mit den Zielen der Volkstumsarbeit in der Weimarer Republik nicht einverstanden. So betrachtete er den Wunsch nach einem Nationalstaat, welcher alle Deutschen umfasste, als taktisch unklug.<sup>20</sup> Der Bevollmächtigte für „Volkstumsfragen“, Rudolf Heß, strukturierte schließlich Mitte 1935 die Zuständigkeiten im Bereich der Volkstumsarbeit neu. Hierdurch wurde der VDA für die Volksdeutschen im europäischen Ausland und den USA und die Auslandsorganisation der NSDAP (NSDAP/AO) für die Reichsdeutschen im Ausland und die Volksdeutschen in Übersee zuständig.<sup>21</sup> Heß nutzte diese Gelegenheit, um eine neue Instanz zu schaffen, welche als Koordinierungsstelle für all jene Organisationen im Ausland dienen sollte, welche sich mit Volkstumsarbeit beschäftigten. Auf diese Weise sollte die Macht der Partei auch auf die bisher nicht in ihrem Einflussbereich stehenden Organisationen ausgeweitet werden.<sup>22</sup> Die hierfür gegründete „Volksdeutsche Parteidienststelle“ wurde von Otto von Kursell geleitet, einem Ministerialrat aus dem Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung.<sup>23</sup> Dieser war außerdem, für die weitere Entwicklung der Volkstumsarbeit noch entscheidender, ein Mitglied der SS.<sup>24</sup> Von diesem Zeitpunkt an begann der Einfluss des „Reichsführer-SS“ und späteren „Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums“<sup>25</sup>,

---

17 Ebd., S. 8.

18 Ebd., S. 10.

19 Ebd., S. 25f.

20 Ebd., S. 27.

21 Ebd.

22 Ebd.

23 Ebd.

24 Ebd.

25 Erlaß des Führers und Reichskanzlers zur Festigung deutschen Volkstums vom 7. Oktober 1939. In: *Loeber*, Diktierter Option (wie Anm. 7), Dok. 105, S. 119–121.

Heinrich Himmler, auf den Fortgang der Entwicklung der Volkstumsarbeit.<sup>26</sup> Zur Jahreswende 1936/37 übernahm dieser vollends die Kontrolle über Kursells Dienststelle und setzte einen engen Vertrauten an die Spitze der nun „Volksdeutschen Mittelstelle“ (VoMi) genannten Organisation, den SS-Obergruppenführer Werner Lorenz.<sup>27</sup> Die Volkstumsarbeit war somit wie die übrigen Bereiche der Reichspolitik endgültig „gleichgeschaltet“.

Offizielle Aufgabe der VoMi war es, die Lage der Volksdeutschen im Ausland zu beobachten und gegebenenfalls unter diesen für Ruhe und Geschlossenheit zu sorgen, in jedem Fall aber interne Auseinandersetzungen dort zu verhindern.<sup>28</sup> Der Eindruck einer Einmischung in die inneren Belange fremder Staaten sollte vermieden werden. Auch wenn VDA-Reichsleiter Hans Steinacher sich für eine Mäßigung volksdeutscher Nationalsozialisten (auch „Erneurer“ genannt) zwecks Erhalt der jeweiligen Volksgruppeneinheit sowie für eine „volklich“ orientierte Volkstumspolitik einsetzte, sahen er und die VoMi die durch den Versailler Vertrag geschaffenen Grenzen als temporär an und arbeiteten auf deren Revision zu einem geeigneten Zeitpunkt hin. Vorerst versuchten Himmler und die VoMi, die Volksdeutschen ruhig zu halten und damit diese „Minderheiten in der ‚Risikophase‘ der deutschen Außenpolitik als mögliche Konfliktherde auszuschalten“<sup>29</sup>. Volksdeutsche waren somit aus der Sicht des NS-Staats erst einmal nicht mehr als ein außenpolitisches Faustpfand, das es zu gegebener Zeit geschickt einzusetzen galt, sich jedoch zunächst ruhig verhalten musste.

Prinzipiell lässt sich feststellen, dass die „Volkstumspolitik“ des NS-Staats bis zum Sommer 1939 versuchte, die Volksdeutschen im Ausland zwar weiterhin mit „Kulturarbeit“ in ihrem „Deutschtum“ zu stärken, jedoch gleichzeitig äußerst darauf bedacht war, dass sich diese Volksdeutschen ruhig und loyal ihrem Wohnsitzland gegenüber verhielten. Wenn nötig, wurden allerdings Schwierigkeiten eines Staats mit seiner volksdeutschen Minderheit auch zur Einmischung in die Politik dieser Länder genutzt.<sup>30</sup> Dies änderte sich mit den Verhandlungen zum deutsch-sowjetischen Nicht-

---

26 *Lumans, Valdis O.*: Himmler's Auxiliaries. The Volksdeutsche Mittelstelle and the German National Minorities of Europe. 1933–1945. Chapel Hill 1993, S. 38.

27 *Leniger*, Nationalsozialistische „Volkstumsarbeit“ (wie Anm. 1), S. 28; *Lumans*, Himmler's Auxiliaries (wie Anm. 26), S. 41f.

28 *Leniger*, Nationalsozialistische „Volkstumsarbeit“ (wie Anm. 1), S. 29.

29 Ebd., S. 31, unter Zitierung von *Recker, Marie-Luise*: Die Außenpolitik des Dritten Reiches (Enzyklopädie deutscher Geschichte, 8). München 1990, S. 19.

30 *Roth, Markus*: Nationalsozialistische Umsiedlungspolitik im besetzten Polen – Ziele, beteiligte Institutionen, Methoden und Ergebnisse. In: Neander, Eckhart und Andrzej Sakson (Hg.): Umgesiedelt – Vertrieben. Deutschbalten und Polen 1939–1945 im Warthegau. Marburg 2010, S. 9–20, S. 11.

angriffspakt und insbesondere mit dessen geheimem Zusatzprotokoll, welches die Interessensphären des Deutschen Reichs und der Sowjetunion klar definierte.<sup>31</sup> Diese Übereinkunft stellte die Weichen für die Zukunft der Volksdeutschen vor allem in den baltischen Ländern, welche von der nördlichen Grenze Litauens ausgehend, dem Interessensgebiet der Sowjetunion zugerechnet werden sollten.<sup>32</sup> Des Weiteren wurde „[f]ür den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung“<sup>33</sup> des polnischen Staats eine Linie entlang der Flüsse Narew, Weichsel und San als Grenze zwischen den beiden Interessenssphären gezogen.<sup>34</sup> Somit erlangte das Deutsche Reich für den Fall eines siegreichen Kriegs gegen Polen damit bereits auf dem Papier einen immensen Zuwachs seines Staatsgebiets, das es mit Deutschen zu besiedeln, also zu „germanisieren“ galt.<sup>35</sup> So kam Hitler auch seiner Vorstellung, „den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas“ zu stoppen und diesen nach Osten zu lenken, sehr nahe, so wie er es in „Mein Kampf“ bereits 1924 propagiert hatte.<sup>36</sup>

Unter anderem zur Umsetzung dieser Vision wurde am 1. September 1939 der „Fall Weiß“ ausgelöst, der Angriffs- und Eroberungskrieg gegen Polen. Wie Rainer Schulze deutlich macht, kam es erst mit der Besetzung Polens zu einer „systematischen Politik einer umfassenden Zwangsumsiedlung deutscher Bevölkerungsgruppen außerhalb der deutschen Interessenssphäre“<sup>37</sup>. Die Verträge zwischen dem NS-Staat und der Sowjetunion waren jedoch weit mehr als eine bloße Aufteilung Osteuropas vom Baltikum bis zum Schwarzen Meer. Es war der Auftakt zu einer „ethnografischen“ Homogenisierung, welche einerseits das kurzfristige Ziel der Ausschaltung eines potenziellen Unruhefaktors in Form der Volksdeutschen in der sowjetischen Interessenssphäre hatte und andererseits die Grundlage für eine langfristige Siedlungspolitik in Osteuropa bilden sollte. Die Umsiedlungen sollten daher offiziell als Sicherung der deutschen Interessenssphäre und Beweis der „Ehrlichkeit und der Dauerhaftigkeit der Abgrenzung“<sup>38</sup> zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion gelten. Tatsächlich dienten die

31 Nichtangriffsvertrag zwischen Deutschland und der UdSSR vom 23. August 1939. In: *Loeber*, Diktierte Option (wie Anm. 7), Dok. 32, S. 35f.; Geheimes Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939. In: Ebd., Dok. 14, S. 18f.

32 Punkt 1 des Geheimen Zusatzprotokolls zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag. In: Ebd., Dok. 14, S. 18.

33 Ebd., Punkt 2.

34 Ebd.

35 *Leniger*, Nationalsozialistische „Volkstumsarbeit“ (wie Anm. 1), S. 22.

36 *Hitler, Adolf*: *Mein Kampf*. 172. Aufl. München 1936, S. 742.

37 *Schulze*, „Der Führer ruft!“ (wie Anm. 3), S. 186.

38 *Loeber*, Diktierte Option (wie Anm. 7), Einführung, S. 20.

Umsiedlungen jedoch der Sicherung von Arbeitskräften und Kolonisatoren für die durch den Polenfeldzug eroberten neuen Ostgebiete des Reichs. Wie Lars Bosse treffend beschreibt, wollte das Deutsche Reich „wohl auf die Gebiete, nicht aber auf die darin lebenden Deutschen verzichten“<sup>39</sup>.

Am 28. September 1939 wurde der „Grenz- und Freundschaftsvertrag zwischen Deutschland und der UdSSR“ zusammen mit drei geheimen Zusatzprotokollen in Moskau unterzeichnet. Der Hauptvertrag legte die Grenze zwischen den beiden Staaten noch einmal genauer fest und beinhaltete von Stalin vorgeschlagene Änderungen.<sup>40</sup> Eines dieser vertraulichen Zusatzprotokolle regelte die Umsiedlung von deutschstämmigen Personen in das Deutsche Reich sowie Personen ukrainischer und weißrussischer Abstammung aus dem deutschen Interessensgebiet in die Sowjetunion.<sup>41</sup> Paradox scheint hierbei, dass der Vertrag nur die Umsiedlung solcher Deutschstämmiger vorsah, welche sich im Interessensgebiet der Sowjetunion befanden, somit waren Volksdeutsche im sowjetischen Staatsgebiet durch diese Übereinkunft ausgeklammert worden. Dies betraf beispielsweise die Volksdeutschen im östlichen Wolhynien, welche seit dem Frieden von Riga 1924 in der Sowjetunion lebten. Volksdeutsche, die sich im zu Ostpolen gehörenden Westwolhynien befanden, welches am 17. September 1939 von der Sowjetunion eingenommen wurde, hatten die Option zur Umsiedlung.<sup>42</sup>

Das Deutsche Reich begann nach Beendigung des Polenfeldzugs im Oktober 1939 und den Vertragsabschlüssen zur territorialen Aufteilung der Zweiten Polnischen Republik, die eroberten Gebiete in seine Verwaltung einzugliedern. Hierzu wurde das von der Wehrmacht besetzte Polen (ca. 50 % der ehemaligen Polnischen Republik)<sup>43</sup> in drei Verwaltungsteile gegliedert: Aus einer Hälfte des eroberten Gebiets wurde der Reichsgau Danzig-Westpreußen im Norden und der südlich daran angrenzende Reichsgau Wartheland

---

39 Bosse, Lars: Vom Baltikum in den Reichsgau Wartheland. In: Garleff, Michael (Hg.): Deutschbalten, Weimarer Republik und Drittes Reich. Köln 2001, S. 297–388, S. 300.

40 Grenz- und Freundschaftsvertrag zwischen Deutschland und der UdSSR vom 28. September 1939. In: Loeber, Diktierte Option (wie Anm. 7), Dok. 35, S. 38f.

41 Vertrauliches deutsch-sowjetisches Protokoll über die Übersiedlung von Personen aus den Interessengebieten der Vertragspartner vom 28. September 1939. In: Ebd., Dok. 41, S. 46.

42 Vgl. Döring, Stephan: Die Umsiedlung der Wolhyniendeutschen in den Jahren 1939 bis 1940. Frankfurt am Main 2001, S. 34.

43 Rutowska, Maria: Die Aussiedlung von Polen und Juden aus den in das Dritte Reich eingegliederten Gebieten ins Generalgouvernement in den Jahren 1939–1941. In: Neander, Eckhart und Andrzej Sakson (Hg.): Umgesiedelt – Vertrieben. Deutschbalten und Polen 1939–1945 im Warthegau. Marburg 2010, S. 43–51, S. 44.

geformt,<sup>44</sup> weitere Gebiete wurden den Provinzen Schlesien und Ostpreußen zugeschlagen.<sup>45</sup> Aus der anderen, leicht größeren Hälfte wurde das sogenannte Generalgouvernement gebildet, welches ein dem Reichsgebiet nicht eingegliedertes, aber streng vom Reich verwaltetes Nebenland war.<sup>46</sup> Mit den deutsch-sowjetischen Verträgen, deren geheimen Zusatznoten und der gewaltsamen Expansionspolitik gegenüber Polen verschaffte sich das Dritte Reich die Grundlage dafür, die Volksdeutschen „heim ins Reich“ zu holen. Die Ereignisse des Jahres 1939 stellen somit den Auftakt der auf der nationalsozialistischen Rassenideologie fußenden Umsiedlungen dar, welche sowohl das Leben der Volksdeutschen als auch der polnischen Bevölkerung nachhaltig verändern sollte. Am 6. Oktober 1939 trat die Reichsregierung mit ihren Absichten hinsichtlich der Zukunft der Volksdeutschen, die in der sowjetischen Interessenssphäre lebten, an die Öffentlichkeit. In einer Rede vor dem Deutschen Reichstag verkündete Hitler, den Osten Europas „ethnographisch“ neu zu ordnen, um eine „tragbare Ruhe und Ordnung“<sup>47</sup> herzustellen. Wichtigste Aufgabe des Reichs sei es, durch Umsiedlungen „bessere Trennungslinien“<sup>48</sup> zu schaffen und damit die „zum Teil [...] nicht haltbaren Splitter des deutschen Volkstums“<sup>49</sup> zusammenzuführen. Osteuropa sollte nach den Vorstellungen der Reichsregierung territorial nach Nationalitäten geordnet werden, um angeblich eine Lösung der zahlreichen Minoritätenfragen zu erwirken.<sup>50</sup>

Die Organisation der Umsiedlung wurde in die Hand des Reichsführer-SS gelegt, welcher am Tag nach Hitlers Rede in einem geheimen Erlass „zur Festigung deutschen Volkstums“<sup>51</sup> mit der Neugestaltung des okkupierten polnischen Staatsgebiets betraut wurde. Himmler betitelte sich in Folge selbst als Reichskommissar zur Festigung deutschen Volkstums und baute seine dafür gegründete Dienststelle, das Reichskommissariat für die Festigung deutschen Volkstums (RKF), nun konsequent aus.<sup>52</sup> Für die Durch-

44 Vgl. *Döring*, Die Umsiedlung der Wolhyniendeutschen (wie Anm. 42), S. 43f.; *Rutowska*, Die Aussiedlung von Polen und Juden (wie Anm. 43), S. 44.

45 Ebd.

46 Ebd.

47 Rede von Adolf Hitler vor dem Deutschen Reichstag in Berlin vom 6. Oktober 1939. In: *Loeber*, Diktierte Option (wie Anm. 7), Dok. 72, S. 79–81, S. 79.

48 Ebd., S. 80.

49 Ebd.

50 Ebd.

51 Erlaß des Führers und Reichskanzlers zur Festigung deutschen Volkstums vom 7. Oktober 1939. In: Ebd., Dok. 105, S. 119–121.

52 Ebd., Einführung, S. 31. Wie Loeber betont, ist die Art und Weise, wie das RKF verwaltungsmäßig im Reich verordnet war, charakteristisch für viele vom NS-Staat gegründete Dienststellen. So war das RKF zu keiner Zeit eine Reichsbehörde, sondern eine Parteidienststelle der NSDAP, da sie als Dienststelle aus der Position

führung der Umsiedlung wurden vom RKF unterschiedliche Behörden und Parteidienststellen für die verschiedenen Schritte verpflichtet. So war die VoMi für die Aus- und Abwanderung aus den Wohnsitzländern zuständig. Der Transport wurde von der VoMi, dem Auswärtigen Amt und dem Reichsverkehrsministerium gemeinsam organisiert. Die Unterbringung der Umsiedler in ihren Zwischenquartieren übernahm die Deutsche Arbeitsfront und die Verpflegung besorgte die NS-Volkswohlfahrt, während die Aufnahme und Erfassung der Umsiedler durch die eigens hierfür gegründete Einwandererzentralstelle (EWZ) erfolgte.<sup>53</sup>

Charakteristisch für das RKF ist, wie dies mit dem Verlauf der Umsiedlungsaktion immer größer und seine Strukturen undurchsichtiger wurden. Markus Leniger beschreibt diese Entwicklung des RKF in die folgenden Jahren wie folgt: „Im vorliegenden Fall der Umsiedlung volksdeutscher Minderheiten ‚heim ins Reich‘ löste ein begrenzter, diskreter und durchaus überschaubarer ‚Führerauftrag‘ eine beispiellose Eskalation der Mittel und eine krebsartige Wucherung der beteiligten Institutionen aus.“<sup>54</sup>

Die Voraussetzung für eine Umsiedlung der infrage kommenden Menschen war zunächst die Anerkennung als Volksdeutsche durch die lokalen Organisatoren der Umsiedlungsaktionen. Hierbei ist zu beachten, dass für verschiedene Regionen unterschiedliche Maßstäbe für einen Nachweis des „Deutschtums“ galten. Im Falle Estlands und Lettlands waren beispielsweise solche Personen zur Umsiedlung berechtigt, die im Kataster der Kultur selbstverwaltung der deutschen Minderheit eingetragen waren und dadurch einen Mitgliederausweis besaßen.<sup>55</sup> Ferner gehörten dazu auch diejenigen, welche ein vom estnischen Innenministerium ausgestelltes Zeugnis hatten, das sie als Mitglied der deutschen Minderheit auswies.<sup>56</sup>

Da hier im Gegensatz zu anderen Gebieten die notwendigen Daten zum Zeitpunkt der Umsiedlung vorhanden waren, konnte die Registrierung der Volksdeutschen relativ problemlos durchgeführt werden. In Litauen beispielsweise stellte sich die Situation jedoch anders dar. So mussten hier zunächst

---

Himmlers als Reichsführer-SS und Führungsmittglied der NSDAP entstammte. Wie Loeber jedoch auch bemerkt, spielte in der Realität des NS-Staates eine Unterscheidung zwischen Staat und Partei kaum eine Rolle. Vgl. ebd., S. 31f.

53 Vgl. Anordnungen des Reichsführers SS [als] Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums vom 3. und 22. November 1939. In: Ebd., Dok. 117, S. 147f.

54 *Leniger*, Nationalsozialistische „Volkstumsarbeit“ (wie Anm. 1), S. 21.

55 Vgl. ebd., S. 68.

56 Vgl. Protokoll über die Umsiedlung der deutschen Volksgruppe Estlands in das Deutsche Reich vom 15. Oktober 1939. In: *Loeber*, Diktierter Option (wie Anm. 7), Dok. 250, S. 471–476, S. 471.

mehr als zwei Monate für die vollständige Registrierung der Volksdeutschen anhand von Mitgliedschaftslisten des Kulturverbandes, Eintragungen in Pässen und Beitragslisten der evangelisch-lutherischen Gemeinden aufgewendet werden, bevor mit der eigentlichen Umsiedlung begonnen werden konnte.<sup>57</sup> In den von der Sowjetunion zum Zeitpunkt ihrer Umsiedlung bereits annektierten Gebieten in Rumänien und Ostpolen wurde die Registrierung durch gemischte deutsch-sowjetische Kommissionen durchgeführt.<sup>58</sup> Häufig konnten Volksdeutsche dort ihre Volkszugehörigkeit nicht über eigene Dokumente nachweisen, sodass in den meisten Fällen kirchliche Geburts- und Heiratsurkunden als Ersatzdokumente erst erstellt werden mussten.<sup>59</sup>

Der Ablauf der Umsiedlung aus den einzelnen Regionen zeigt gleichartige Muster. Nach dem Aufruf durch die jeweiligen Landesregierungen oder die örtlichen deutschen Gesandtschaften konnten die Volksdeutschen sich zur Umsiedlung eintragen lassen, woraufhin das aufzulösende Vermögen festgehalten sowie die Ausreisepapiere ausgestellt wurden. Bezüglich der Erhaltung ihres persönlichen Besitzes befanden sich die baltendeutschen Umsiedler in einer besseren Position als die Volksdeutschen, welche nach ihnen umgesiedelt wurden. So konnten sie über eine eigens gegründete Speditionsgesellschaft ihr bewegliches Hab und Gut in ihre neue Heimat transportieren lassen.<sup>60</sup> Nicht selbst mitgeführt werden durften jedoch Wertpapiere und der Großteil des Bar- und Bankvermögens. Diese mussten auf ein Treuhandkonto eingezahlt werden, von dem dieses Vermögen im Reich wieder an die Umsiedler ausgezahlt werden sollte.

Für den Winter 1939/40 war die Umsiedlung der Volksdeutschen aus Ostpolen aus den Regionen Wolhynien, Galizien und dem Narewgebiet vorgesehen.<sup>61</sup> Da sich dieses Gebiet bereits im Besitz der Sowjetunion befand, mussten die Rahmenbedingungen der Umsiedlung zunächst mit dieser koordiniert werden. Im Gegensatz zur Umsiedlung der Estland- und Lettlanddeutschen war für diese Aussiedlung von Beginn an ein festes Zeitfenster zwischen dem 16. November 1939 und 1. März 1940 eingeplant. In diesem mussten die umsiedlungswilligen Volksdeutschen und deren

57 *Leniger*, Nationalsozialistische „Volkstumsarbeit“ (wie Anm. 1), S. 83.

58 *Lumans*, Himmler's Auxiliaries (wie Anm. 26), S. 162. Vgl. zu Rumänien *Popa, Klaus*: Akten um die Deutsche Volksgruppe in Rumänien 1937–1945. Eine Auswahl. Frankfurt 2005.

59 *Döring*, Die Umsiedlung der Wolhyniendeutschen (wie Anm. 42), S. 104f.

60 Vgl. Die Deutsche Spedition GmbH Berlin an den Reichsführer SS [als] Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums vom 12. Dezember 1941. In: *Loeber*, Diktierte Option (wie Anm. 7), Dok. 172, S. 245–250.

61 *Lumans*, Himmler's Auxiliaries (wie Anm. 26), S. 161.

Besitz registriert und über den Landweg, per Fuhrwerk und Eisenbahn, in das Deutsche Reich gebracht werden.<sup>62</sup> Für die Durchführung der Aktion wurden gemischte deutsch-sowjetische Kommissionen gebildet, welche für die Registrierungsarbeiten und die Überwachung der Einhaltung des Übereinkommens verantwortlich waren.<sup>63</sup> Dabei durften die volksdeutschen Umsiedler aus Ostpolen etwas weniger mitnehmen. Da ihr Transport per Eisenbahn und mit Trecks aus Fuhrwerken erfolgte, wurde zweierlei festgelegt: Beim Transport mit der Eisenbahn durften pro Familienmitglied 25 Kilogramm und vom Familienoberhaupt 50 Kilogramm mitgenommen werden. Für die Aussiedlung per Treck wurde festgelegt, dass die Umsiedler so viel mitnehmen durften, wie auf eine zweispännige Fuhre passte. Der zurückgelassene Besitz der Umsiedler ging in das Eigentum der Sowjetunion über.<sup>64</sup> Ähnlich waren die Ausfuhrbeschränkungen für die Volksdeutschen aus Rumänien beschaffen, jedoch durften diese 30 Kilogramm pro Person mit der Eisenbahn transportieren.<sup>65</sup>

Im deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt sicherte die Sowjetunion auch ihre Interessen in Südosteuropa ab. Vom Deutschen Reich unterstützt, forderte sie 1940 von Rumänien, dass dieses Bessarabien und die nördliche Bukowina abtreten sollte.<sup>66</sup> Auch hier wollte das Dritte Reich die Möglichkeit nutzen und die dort lebenden Volksdeutschen in ihre Umsiedlungsplanungen in Osteuropa miteinbeziehen. Am 5. September 1940 wurde eine Vereinbarung zur Umsiedlung zwischen der Sowjetunion und dem Deutschen Reich unterzeichnet.<sup>67</sup> Diese ähnelte dem Umsiedlungsvertrag zu den Volksdeutschen in Ostpolen und sah vor, dass die Aussiedlung von gemischten Kommissionen durchgeführt werden sollte. Die Umsiedlung der Deutschen dieser nun ehemaligen rumänischen Gebiete ging sehr zügig vonstatten und dauerte vom 15. September bis zum 17. November 1940.<sup>68</sup> In einem separaten Vertrag mit Rumänien sicherte sich das Deutsche Reich am 22. Oktober 1940 darüber hinaus auch das Recht, die Volksdeutschen aus der südlichen Bukowina und

---

62 Vgl. *Döring*, Die Umsiedlung der Wolhyniendeutschen (wie Anm. 42), S. 68–70.

63 Ebd.

64 Vgl. ebd.

65 Vgl. *Kotzian, Ortfried*: Die Umsiedler. Die Deutschen aus West-Wolhynien, Galizien, der Bukowina, Bessarabien, der Dobrudscha und in der Karpatenukraine. München 2005, S. 56f.

66 *Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte* (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa. Bd. III. Das Schicksal der Deutschen in Rumänien. Bearb. von Theodor Schieder. Bonn 1957, S. 42 E.

67 Deutsch-sowjetischer Staatsvertrag über die Umsiedlung der Volksdeutschen aus Bessarabien und der Nordbukowina. In: Ebd., S. 134 E – 145 E, Anlage 6.

68 Ebd., S. 43 E.

der an der Schwarzmeerküste liegenden Dobrudscha umzusiedeln.<sup>69</sup> Auch wenn in diesen Gegenden der Umsiedlungsdruck aufgrund der nicht direkten Gefahr einer Sowjetisierung niedriger war, konnte die Umsiedlungsaktion auch hier sehr schnell, innerhalb von nur sechs Wochen, von Anfang November bis Mitte Dezember 1940 durchgeführt und die Mehrzahl der dort lebenden Volksdeutschen ausgesiedelt werden.<sup>70</sup> Somit hatte das Deutsche Reich bis 1941 deutsche Volksgruppen aus einem Gebiet ausgesiedelt, welches von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer reichte.

Die Aussiedlungen verliefen regional unterschiedlich: entweder über das Meer und über Flüsse per Schiff oder über Land per Fuhrwerk, Eisenbahn oder Autobusse. Ehe die Umsiedler in ihre Ansiedlungsregionen weiterziehen konnten, wurden sie jedoch in einem Zwischenlager untergebracht. Der Verlauf des Lageraufenthalts variierte unter den verschiedenen deutschen Volksgruppen sehr stark in zentralen Punkten, wie etwa bei Dauer und Hergang. Während die Estland- und Lettlanddeutschen für nur relativ kurze Zeit in zwangsgeräumten Wohnungen im Bereich Danzig einquartiert waren, wurden die ihnen nachfolgenden Umsiedler in der Regel in entweder eigens hierfür errichteten Barackenlagern der VoMi oder in zweckmäßig umgebauten Wohnimmobilien in und um Łódź untergebracht.<sup>71</sup> In den Lagern wurden die Umsiedler durch „Fliegende Kolonnen“ der EWZ „durchgeschleust“.<sup>72</sup> Dieser Vorgang bestand aus verschiedenen Etappen in denen genauestens Personendaten, Besitzverhältnisse und politische Gesinnung festgehalten und überprüft wurden. Jedoch stellte die medizinische Untersuchung den wichtigsten Bestandteil dar, welche gleichzeitig eine rassische Untersuchung war, ein Detail, welches den Umsiedlern gegenüber nicht kommuniziert werden durfte.<sup>73</sup>

Jede Umsiedlerfamilie wurde am Ende der „Durchschleusung“ von einer gemischten Kommission bewertet, woraus sich ein „Rassenwert“<sup>74</sup> ergab, welcher mitfestlegte, wo die Volksdeutschen mit ihrer Familie angesiedelt werden sollten. Aus der „rassischen Wertungsstufe“<sup>75</sup> und der zusätz-

69 Ebd., S. 44 E.

70 Ebd., S. 45 E und 46 E.

71 *Döring*, Die Umsiedlung der Wolhyniendeutschen (wie Anm. 42), S. 148–153; *Lumans*, Himmler's Auxiliaries (wie Anm. 26), S. 161.

72 *Lumans*, Himmler's Auxiliaries (wie Anm. 26), S. 189–192.

73 Ebd., S. 190; *Stossun, Harry*: Die Umsiedlungen der Deutschen aus Litauen während des Zweiten Weltkrieges. Untersuchungen zum Schicksal einer deutschen Volksgruppe im Osten. Marburg 1993, S. 135f.

74 *Heinemann*, „Deutsches Blut“ (wie Anm. 2), S. 172.

75 Es gab vier rassische Wertungsstufen, die Personen prinzipiell einteilten als rassistisch: I. überdurchschnittlich, II. durchschnittlich, III. unterdurchschnittlich, IV. untauglich (für eine Ostbesiedlung). Vgl. *Lumans*, Himmler's Auxiliaries (wie

lichen „politischen Wertungsstufe“<sup>76</sup> ergaben sich drei verschiedene Fälle der Ansiedlung: „O-Fall“, „A-Fall“ und „S-Fall“. „O-Fälle“ waren „Ost-Fälle“, also für die Ansiedlung in den eroberten Ostgebieten in den neuen Reichsgauen Danzig-Westpreußen und Wartheland sowie in Ostoberschlesien vorgesehen.<sup>77</sup> Dies waren Fälle der höchsten Wertungsstufe, deren Gesamtwertung sich aus der Addition der politischen und der rassischen Wertung und dem Urteil der gemischten Kommission zusammensetzte.<sup>78</sup> „A-Fälle“ waren sogenannte „Altreich-Fälle“ und damit solche Umsiedler, die als nicht für die Ostansiedlung geeignet bewertet wurden und deshalb für eine Ansiedlung im Altreich vorgesehen wurden.<sup>79</sup> Dort teilte man ihnen Wohnungen und Arbeit zu und bestimmte sie gegebenenfalls für Umerziehungs- bzw. „Germanisierungsmaßnahmen“.<sup>80</sup> „S-Fälle“, das heißt „Sonderfälle“, waren solche, welche weder „rassisch“ noch politisch als ansiedlungs- bzw. germanisierungsfähig erachtet wurden und als „rassisch unerwünscht“ entweder in ihre Heimat abgeschoben oder aber in das Generalgouvernement „evakuiert“ werden sollten.<sup>81</sup> Genau wie die rassenpolitische Natur der „Durchschleusung“ war ihr Ergebnis vor den Umsiedlern unter allen Umständen geheim zu halten.<sup>82</sup> Im Verlauf der Umsiedlungsaktionen wurden Änderungen am Lagersystem durchgeführt. So wurden die Volksdeutschen aus Rumänien direkt in Beobachtungslager im Altreich gebracht, da ihre „Durchschleusung“ entweder bereits in ihrer alten Heimat oder auf dem Weg in das Deutsche Reich durchgeführt wurde.<sup>83</sup>

---

Ann. 26), S. 191. Für den genauen Wortlaut der rassischen Einstufungen siehe *Stossun*, Die Umsiedlungen der Deutschen aus Litauen (wie Anm. 73), S. 132.

76 Fünf politische Wertungsgruppen wurden unterschieden. In Kürze waren dies: I. „Aktiver Kämpfer für das deutsche Volkstum“, II. „Mitläufer auf deutscher Seite“, III. „Indifferent“, IV. „Mitläufer bei litauischen Parteien“, V. „Aktive Betätigung gegen deutsche Interessen“. Vgl. den genauen Wortlaut der Wertungsgruppen bei *Stossun*, Die Umsiedlungen der Deutschen aus Litauen (wie Anm. 73), S. 134.

77 *Lumans*, Himmler's Auxiliaries (wie Anm. 26), S. 191.

78 Vgl. *Stossun*, Die Umsiedlungen der Deutschen aus Litauen (wie Anm. 73), S. 135f. *Stossun* macht an dieser Stelle darauf aufmerksam, dass die Ergebnisse der verschiedenen Stationen der „Durchschleusung“ nicht einfach zusammengezählt wurden, sondern „auf einem nur schwer nachvollziehbaren Wege zustande“ kamen.

79 *Lumans*, Himmler's Auxiliaries (wie Anm. 26), S. 191.

80 *Heinemann, Isabel*: „Rasse, Siedlung, deutsches Blut“. Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas. Göttingen 2003, S. 236.

81 Ebd., S. 236. Die „Evakuierung“ bedurfte allerdings der persönlichen Zustimmung Himmlers.

82 Vgl. *Stossun*, Die Umsiedlungen der Deutschen aus Litauen (wie Anm. 73), S. 136.

83 *Lumans*, Himmler's Auxiliaries (wie Anm. 26), S. 189.

Um eine flächendeckende Unterbringung der als „O-Fälle“ deklarierten Umsiedler in den eroberten polnischen Gebieten zu gewährleisten, musste zunächst Wohnraum geschaffen werden. Zu keiner Zeit war beabsichtigt, diesen selber zu bauen, vielmehr sollte auf die vorhandene Substanz zu Ungunsten der polnischen Besitzer zurückgegriffen werden. Für die mit der Umsiedlung beschäftigten deutschen Stellen machte dieser Umstand einen der „Anreize“ des Siedlungsprojektes aus, denn die Masse der Umsiedler konnte in Polen durch Vertreibung und Enteignung der einheimischen Bevölkerung „kostenneutral“<sup>84</sup> untergebracht werden. Die Arbeiten zur Verwirklichung dieser Methode der Unterbringung waren gleichzeitig laut Leniger ein „willkommene[s] Argument für die Vertreibungspolitik und für eine forcierte ethnische Flurbereinigung“<sup>85</sup>. Die Vertreibung der Polen und insbesondere der polnischen Juden geschah zu Beginn der deutschen Herrschaft in Polen eher unplanmäßig und „wild“<sup>86</sup>. Erst mit dem Nahplan von 1939 wurden die Vertreibungen koordiniert und vom Reichssicherheitshauptamt (RSHA), der Umwandererzentralstelle (UWZ) und dem Rasse- und Siedlungshauptamt der SS (RuSHA) durchgeführt.<sup>87</sup> Bis Ende 1939 wurden so 87.883 Polen in das Generalgouvernement deportiert.

Erst durch die massenhafte Vertreibung der einheimischen Bevölkerung war es möglich, die aus dem Ausland „heim ins Reich“ kommenden Volksdeutschen unterzubringen. Der überwiegende Teil der „O-Fälle“ sollte im Reichsgau Wartheland angesiedelt werden. Dies lag nicht zuletzt daran, dass dessen Gauleiter, Arthur Greiser, der Himmlers rassenideologische Ideen zur Ostbesiedelung teilte, seinen überwiegend von Polen bewohnten Gau, mit Hilfe volksdeutscher Einwanderer zu einem „Mustergau“ umformen wollte.<sup>88</sup> Greiser formulierte dies wie folgt: „Es ist ein ungeschriebenes Gesetz, dass in diesem Gau nur ein Volk leben kann. Dieses Volk müssen die Deutschen sein, und wo Deutsche sind, dort gibt es keinen Platz für andere Völker.“<sup>89</sup>

Der zeitliche Abstand zwischen der Entscheidung der EWZ zur Ansiedlung und dem tatsächlichen Abtransport konnte dabei beträchtlich sein, und mit zunehmender Dauer des Kriegs und der Umsiedlungsaktion wurde es ohnehin immer schwieriger, geeignete Ansiedlungsorte besonders für

84 Vgl. *Leniger*, Nationalsozialistische „Volkstumsarbeit“ (wie Anm. 1), S. 21 und auch Anm. 38.

85 Ebd., S. 21.

86 *Rutowska*, Die Aussiedlung von Polen und Juden (wie Anm. 43), S. 14.

87 *Roth*, Nationalsozialistische Umsiedlungspolitik (wie Anm. 30), S. 13.

88 *Lumans*, Himmler's Auxiliaries (wie Anm. 26), S. 185.

89 *Ziólkowska, Anna*: Die Situation der Polen im Warthegau. In: Neander, Eckhart und Andrzej Sakson (Hg.): Umgesiedelt – Vertrieben. Deutschbalten und Polen 1939–1945 im Warthegau. Marburg 2010, S. 52–65, S. 93.

die „O-Fälle“ zu organisieren. Dies wird am Beispiel der litauendeutschen Umsiedler deutlich; hier verlief die Ansiedlung in den eroberten Ostgebieten seit Beginn der Umsiedlungsaktion schleppend und ab Herbst 1941 wurden praktisch keine Ansiedlungen mehr durchgeführt.<sup>90</sup> So befand sich zum Kriegsende eine Vielzahl von Umsiedlern in den Zwischenlagern, ohne jemals ihre neue Heimat gesehen, geschweige ihre alte Heimat wiedergesehen zu haben. Isabel Heinemann fasst dieses Schicksal der Volksdeutschen zu Kriegsende folgendermaßen zusammen: „Das Ende der nationalsozialistischen Herrschaft bedeutete auch das Ende der germanischen Siedlungsträume und der Umsiedlerlager. Vielen sogenannten Volksdeutschen stand nun eine zweite Umsiedlung, diesmal oft in Form einer Vertreibung, bevor.“<sup>91</sup>

---

90 Vgl. *Stössun*, Die Umsiedlungen der Deutschen aus Litauen (wie Anm. 73), S. 149, S. 153.

91 *Heinemann*, „Deutsches Blut“ (wie Anm. 2), S. 182.

## Streszczenie

*Jan-Michael Dunst*

### Plan i realizacja przesiedleń „narodowych Niemców“ ze wschodniej Europy

Umowy z paktu niemiecko-radzieckiego z roku 1939, jego tajne postanowienia dodatkowe i ekspansyjna polityka przemocy wobec Polski stworzyły dla „Trzeciej Rzeszy“ podstawę do ściągnięcia niemieckich grup etnicznych na wschodzie Europy „do domu, do Rzeszy“. Wydarzenia z 1939 r. stanowiły początek przesiedleń opartych na nazistowskiej ideologii rasowej, co miało dotkliwie zmienić zarówno życie owych Niemców, jak i ludności polskiej. Chodziło przy tym o zamierzenie nie mniejsze niż całkowitą reorganizację etniczną wschodniej Europy ze szkodą dla ludności tam żyjącej. Pod nadzorem „Komisarza Rzeszy do konsolidacji narodu niemieckiego“, Heinricha Himmlera, Trzeciej Rzeszy udało się pomiędzy 1939 a 1941 rokiem przesiedlenie niemieckich grup etnicznych z obszaru, który rozciągał się od Bałtyku do Morza Czarnego, po czym osiedlanie ich według „rasowych stopni klasyfikacji“ na terenach podbojów wschodnich lub w „Starej Rzeszy“. W przebiegu II wojny światowej, a zwłaszcza wojny przeciwko Związkowi Radzieckiemu, wizja wschodniej Europy Hitlera coraz bardziej martwiła. Ostatecznie nowo osiedleni tam Niemcy doznali ponownego przesiedlenia w postaci ucieczki i wypędzeń.

## „Die Bemühungen zur Verbreitung der deutschen Sprache als Verkehrssprache scheiterten ...“

Die Volksdeutschen und Polen in den Stimmungsberichten des Sicherheitsdienst-Leitabschnittes Kattowitz 1939–1944

### Einleitung

„Im gesamten Gaugebiet ist eine erhebliche Zunahme des öffentlichen Gebrauchs der polnischen Sprache zu beobachten. Die Bemühungen zur Verbreitung der deutschen Sprache als Verkehrssprache scheiterten am ‚Konservatismus‘ mancher Bevölkerungsgruppen“<sup>1</sup>,

fasste Ende 1942 der Leiter des Sicherheitsdienst-Leitabschnitts Oberschlesiens in der Einleitung zu einem umfangreichen, drei Jahre umfassenden Sammelbericht die Stimmung in seinem Hoheitsgebiet zusammen. Sie wird sich in den darauf folgenden Monaten nach dem Stalingrad-Debakel noch verschärft haben, als man begann, die Reihen der oberschlesischen Werkarbeiter konsequent nach neuem „Kanonenfutter“ für die Wehrmacht zu durchkämmen.

Eine wichtige Aufgabe des Sicherheitsdienstes des Reichsführers der SS (SD) bestand vom Anfang an darin, die Stimmung der Bevölkerung Deutschlands und der besetzten Gebiete zu ermitteln, um dadurch der Staatsführung die reibungslose Lenkung der Gesellschaft zu ermöglichen. Die spannende Frage, nämlich inwieweit die vom SD betriebene Informationsbeschaffung mit den damals schon angewandten Forschungsmethoden der verschiedenen „Gallup-Institute“ verglichen werden kann, wird in diesem Aufsatz nicht behandelt. Auf jedem Fall ähnelten die vom SD an die Vertrauensmänner – wenn auch nicht konsequent und regelmäßig – übergebenen Fragebogen<sup>2</sup> den gegenwärtigen Umfragen.<sup>3</sup> Gleichwohl fehlt es bisher in der Forschung an

- 
- 1 SD[Sicherheitsdienst]-Leitabschnitt Kattowitz [an RSHA], Gebrauch der polnischen Sprache im Gau Oberschlesien, Kattowitz, 22.12.1942, AP [Archiwum Państwowe (Staatsarchiv)] Katowice, Służba Bezpieczeństwa RF SS [Sicherheitsdienst RF SS] Bestand 140, Sign. 10, S. 25.
  - 2 Vgl. insbesondere die Akten der SD-Hauptaußenstelle in Oppeln, AP Katowice, Bestand 140, Sign. 22; AIPN [Archiwum Instytutu Pamięci Narodowej (Archiv des Instituts für Nationales Gedenken)], Bestand Główna Komisja [GK] 644, Sign. 12.
  - 3 Vgl. *Kuśmierski, Stanisław*: *Opinia publiczna. Wprowadzenie do teorii* [Die öffentliche Meinung. Einführung in die Theorie]. Warszawa 1997; *Młyniec, Eugeniusz*:

Belegen dafür, dass man, wenn schon nicht auf der regionalen Ebene, dann mindestens im Reichssicherheitshauptamt (RSHA) in Berlin, irgendwelche wissenschaftlichen, soziologisch begründeten Kriterien bei der Auswertung der SD-Erhebungen angewandt hat.

Obwohl es gewisse Unterschiede zwischen den Aufgaben des SD im Altreich, in den besetzten Gebieten West- und Nordeuropas, Böhmen und Mährens, dem General-Gouvernement (GG) und schließlich der Sowjetunion gab, blieb die Hauptaufgabe immer dieselbe: über die SD-Strukturen ein Informanten-Netz aufzubauen und mit dessen Hilfe die Stimmungen fortlaufend aufzuspüren und festzuhalten. Dabei musste man vor allem die bevölkerungsmäßigen Differenzen in den vorgenannten besetzten Territorien berücksichtigen. Im Gegensatz zum Altreich und Österreich, wo man es mit einer nahezu ethnischen „Monokultur“ zu tun hatte, stieß man dagegen im GG und im Osten nicht nur auf andere Nationen, sondern ging zudem auch extrem gewaltsam gegen die lokalen Gemeinschaften vor.<sup>4</sup> Wurde beispielsweise in den Niederlanden jemand bei der Hilfeleistung oder beim Verstecken von Juden ertappt, so wurde er oder sie festgenommen und in ein KZ überstellt. In ähnlichen Fällen wurde im GG, zumindest seit Sommer 1942, eine solche Person mit oder ohne Gerichtsurteil oft samt aller Familienmitglieder, darunter auch Kindern, erschossen.<sup>5</sup>

Ferner weisen die sogenannten Ereignismeldungen der Kommandeure der Einsatzgruppen und Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei (Sipo) und des SD aus den besetzten Gebieten der UdSSR<sup>6</sup>, verfasst in den Jahren 1942–1943, interessante Ähnlichkeiten zu den „SD-Meldungen aus dem Reich“ und „SD-Berichten zu den Inlandsfragen“ auf. Es werden in den Erstgenannten vor allem offen die Massenerschießungen von Juden, Partisanen („Banditen“) usw. erwähnt, jedoch findet man auch Kapitel, die die „allgemeine Stimmung und Lage der Bevölkerung“ betreffen. Beispielsweise

---

Opinia publiczna. Wstęp do teorii [Die öffentliche Meinung. Einführung in die Theorie]. Wrocław 2002.

- 4 Schenk, Dieter: Der Lemberger Professorenmord und der Holocaust in Ostgalizien. Bonn 2007, S. 171; RGWA Moskau [Российский государственный военный архив/РГВА/РГВА (Russisches Staatliches Militärarchiv) in Moskau, auch genannt Sonderarchiv], siehe insbesondere den Bestand Reichssicherheitshauptamt Nr. 500, Inventar (Opis) 1, Sign. (Delo) 16a, 283, 758, 769, 773, [verschiedene Ereignismeldungen aus den Jahren 1942–1943], Mikrofiche.
- 5 Fogelman, Eva: Conscience & Courage. Rescuers of Jews during the Holocaust. New York 1995, S. 59 u.ö.; siehe auch Zimmerman, Joshua D.: The Polish Underground and the Jews, 1939–1945. New York 2015.
- 6 Standorte: Krasnogwardeisk, Wilna, Riga, Reval, Minsk, Smolensk, Lemberg, Kiew, Simferopol.

berichtet man über die Meinungen der Letten<sup>7</sup> und der Ukrainer<sup>8</sup> über die deutschen Propaganda, Terrormaßnahmen und Versorgungslage; auch werden die Einflüsse der verschiedenen litauischen Nationalbewegungen und die *Ukrayins'ka Povstans'ka Armiya-Orhanizatsiya Ukrayins'kykh Natsionalistiv* (Ukrainische Aufstandsarmee-Organisation ukrainischer Nationalisten) in der Bevölkerung bewertet sowie die ukrainisch-polnischen Beziehungen und das Verhältnis von Polen und Ukrainern zur UdSSR behandelt. Man kann weiterhin noch darauf hinweisen, dass die SD-Berichterstattung weit über die Reichsgrenze und die deutschen Einflussgebiete hinausreichte. Über die Welt verstreute SD-Agenten und -Mitarbeiter schickten Stimmungsmeldungen aus den neutralen und verbündeten Ländern sowie Feindstaaten (z.B. aus den USA) nach Berlin.<sup>9</sup>

Einen Sonderfall in der deutschen Einflussphäre während des Krieges bildeten die sogenannten eingegliederten Ostgebiete (oder Westgebiete Polens), die im November 1939 an das Deutsche Reich angeschlossen wurden. Dort, in Danzig, Kattowitz und besonders krass in Lodsch<sup>10</sup>, lebten schon vor Kriegsausbruch Polen, Juden und Deutsche miteinander. Hinzu kamen die Masuren, Kaschuben und Schlonsaken, deren nationale Zugehörigkeit wegen ihrer Mundart, Kultur, Tradition und ethnischen Herkunft schon in der Zwischenkriegszeit umstritten war. Zu den wichtigsten lokalen Problemen und Herausforderungen der deutschen Besatzungsbehörden zählte in Oberschlesien die nationale Identität (Nationalbewusstsein) und der damit verbundene Gebrauch der polnischen Sprache und der sogenannten schlonsakischen Mundart durch die Bevölkerung.

- 
- 7 Hierzu beispielhaft: „Durch die Stabilisierung der deutschen Front im Osten, nicht zuletzt durch die laufenden Erfolge der deutschen U-Boote ist die Stimmung der lettischen Bevölkerung in Bezug auf die militärische Entwicklung wieder wesentlich zuversichtlicher geworden.“ RGWA Moskau, Reichssicherheitshauptamt Nr. 500, Inventar 1, Sign. 758-1, Allgemeine Lage und Stimmung der Bevölkerung im General-Bezirk Lettland, o.D., S. 48.
  - 8 Hier ein Beispiel: „Stimmungsmässig hat sich die Tätigkeit der Einsatzgruppe hinsichtlich der scharfen Maßnahmen gegen die Juden und die ehemaligen Parteikommunisten im Allgemeinen günstig ausgewirkt. Nicht nur die Behandlung der Juden wird mit Verständnis verfolgt, sondern auch das Vorgehen gegen die Träger der Unruhen.“ RGWA Moskau, Reichssicherheitshauptamt Nr. 500, Inventar 1, Sign. 773-1, Der Chef der Sipo und SD – Ereignismeldung UdSSR Nr. 177 / Einsatzgruppe C, Standort Kiew, 3.3.1942, S. 21–27.
  - 9 Vgl. RGWA Moskau, Reichssicherheitshauptamt Nr. 500, Inventar 1, Sign. 232, 80201 – Anlage zu B.Nr. 161/35/IV/1 betr. Stimmungsbereich aus Nordamerika von 80329 für 80558, [1935], S. 1–12.
  - 10 *Bömelburg, Hans-Jürgen und Marlene Klatt* (Hg.): *Lodz im Zweiten Weltkrieg. Deutsche Selbstzeugnisse über Alltag, Lebenswelten und NS-Germanisierungspolitik in einer multiethnischen Stadt (Polono-Germanica, 9)*. Osnabrück 2015.

Die ethnische Mischung Oberschlesiens, die während des Krieges durch den Zuzug der volksdeutschen Umsiedler aus Ostmitteleuropa noch verstärkt wurde, versuchte man durch Einführung der Deutschen Volksliste (DVL) zu lösen. Die Ergebnisse dieses Verfahrens, dessen Anfänge bis zur sogenannten polizeilichen Einwohnererfassung um die Jahreswende 1939/1940 in den eingegliederten Ostgebieten reichen, überraschten, ja entsetzten die deutschen Behörden. In einem viel größeren Maße als ursprünglich erwartet „bekannt“ sich die Menschen zur deutschen Volkszugehörigkeit. „Zweifelhafte“ Deutsche, die sich plötzlich massenhaft in *par excellence* polnisch geprägten Kreisen wie Kattowitz, Pless oder Rybnik meldeten, wurden in die Gruppe III oder IV der DVL eingereiht und ihnen die deutsche Staatsbürgerschaft mit der Möglichkeit des Widerrufs zuerkannt.<sup>11</sup> In den SD-Berichten wurden solche Personen besonders betrachtet, manchmal als „Zwischenschicht“ bezeichnet und in dem Berichtstext getrennt von Deutschen und Polen erwähnt.

Neben der Stimmung der Zwischenschicht betreffs der Kriegereignisse oder der inneren Lage Deutschlands waren auch andere akute Bedrohungen für die NS-Politik Gegenstand der Meldungen, wie z.B. der Widerhall von Operationen der polnischen Widerstandsbewegung und der polnischen Flugblattpropaganda. Auch das Alltagsleben der Einwohner Oberschlesiens samt der zugezogenen Reichsdeutschen sowie die zahlreichen Schwierigkeiten bei der Versorgung mit Verbrauchsgütern bildeten wesentliche Punkte der Berichterstattung. Weiterhin nahm man die unter Arbeitern, Frauen und Staatsbediensteten erzählten Gerüchte und sogar Witze unter die Lupe.

In diesem Aufsatz, der einen weiteren Schritt im Forschungsprojekt „Der SD in Oberschlesien“ darstellt<sup>12</sup>, untersuche ich, wie die Bewohner

---

11 Zu den einzelnen Regelungen der DVL (am 31.1.1942 nochmals geändert) und der in Oberschlesien oft unter Zwang erfolgten Antragstellung vgl. *Wolf, Gerhard*: Deutsche Volksliste. In: Haar, Ingo und Michael Fahlbusch (Hg., in Zusammenarbeit mit Matthias Berg): Handbuch der völkischen Wissenschaften. Personen – Institutionen – Forschungsprogramme – Stiftungen. München 2008, S. 129–135; *Kaczmarek, Ryszard*: Górny Śląsk podczas II wojny światowej. Między utopią niemieckiej wspólnoty narodowej a rzeczywistością okupacji na terenach wieloetnicznych do III Rzeszy [Oberschlesien während des Zweiten Weltkriegs. Zwischen der Utopie der deutschen Volksgemeinschaft und der Realität der Besetzung in den ins Dritte Reich eingegliederten Gebieten]. Katowice 2006, S. 194.

12 Bisher sind erschienen: *Sikora, Miroslaw*: Służba Bezpieczeństwa (Sicherheitsdienst) SS jako instrument pomiaru opinii publicznej w III Rzeszy. Wstępne ustalenia z perspektywy prowincji górnośląskiej. In: Polska pod okupacją 1939–1945 [Der Sicherheitsdienst der SS als Messinstrument der öffentlichen Meinung im Dritten Reich. Einführende Ergebnisse aus der Perspektive der Provinz Oberschlesien. In: Polen unter der Besetzung 1939–1945]. Bd. I. Warszawa 2015, S. 212–243; *Ders.*: Vox populi. Sondowanie opinii publicznej

Oberschlesiens durch den SD während des Krieges wahrgenommen wurden, und zwar in Hinsicht auf Nationalitätsfragen und Volkszugehörigkeit (Volksgemeinschaftszugehörigkeit). Die SD-Berichte auf der regionalen Ebene (Gau-Ebene) umfassen einen breiten Kreis alltäglicher Fragen, die hier nicht erörtert werden. Das volksmäßige Bewusstsein gehörte zu den wichtigsten Themen, die der SD im Rahmen der flächendeckenden Überwachung der deutschen Gesellschaft im Reich und der unterdrückten Völker im besetzten Europa eruierte. Es handelte sich vor allem um die Beziehungen zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen und um die gegenseitige völkische Durchdringung der Polen und der Volksdeutschen sowie der Reichsdeutschen und der Umsiedler im Kontext der NS-Bevölkerungspolitik mit ihren exklusiven und inklusiven Maßnahmen in Oberschlesien.

In den bisherigen Forschungen zur Überwachung der deutschen Gesellschaft durch das NS-Herrschaftssystem wurde der SD im Gegensatz zur Geheimen Staatspolizei von den Historikern eher vernachlässigt. Erste umfangreiche Studien über die Rolle des SD in der deutschen Gesellschaft „unter dem Hakenkreuz“ veröffentlichte Anfang der 1970er-Jahre Heinz Boberach<sup>13</sup>. Anschließend setzte der renommierte Archivar seine Recherchen fort und gab Mitte der 1980er-Jahre eine 17-bändige Quellenedition<sup>14</sup> mit fast allen im Bundesarchiv erschlossenen „Meldungen aus dem Reich“ und „Berichten zu Inlandsfragen“ des SD heraus. Dadurch erhielt der Leser Einsicht in die nahezu vollständige Sammlung der Meldungen, die auf der Ebene der SD-Zentrale auf Grund von Berichten von hunderten regionaler SD-Leitabschnitte und -Außenstellen in den Kriegsjahren zusammenge-

---

przez Służbę Bezpieczeństwa III Rzeszy. Studium na przykładzie Bytomia i powiatu bytomsko-tarnogórskiego w okresie przesilenia w wojnie (grudzień 1942 – wrzesień 1943) [Volkesstimme. Die Sondierung der öffentlichen Meinung durch den Sicherheitsdienst des Dritten Reiches. Studie am Beispiel Beuthens und des Kreises Beuthen-Tarnowitz in der Zeit der Wende im Krieg (Dezember 1942 – September 1943)]. In: Rosenbaum, Sebastian (Hg.): Bytom w cieniu dwóch totalitaryzmów. Szkice z dziejów miasta 1933–1989 [Beuthen im Schatten zweier Totalitarismen. Eine Skizze aus der Stadtgeschichte 1933–1989]. Katowice 2012, S. 88–114. Darüber hinaus befindet sich ein Band zu folgendem Themenmodul in Vorbereitung: Die Stimmung im Grenzland. Die Berichte des Sicherheitsdienstes der SS aus der Provinz Oberschlesien in den Jahren 1942–1944 (Dokumente und Materialien zur ostmitteleuropäischen Geschichte, ausgewählt und bearbeitet von Mirosław Sikora, Mirosław Węcki, Sebastian Rosenbaum; Kooperation des Instituts für Nationales Gedenken, Außenstelle Katowice [IPN Katowice], des Staatsarchivs Katowice [AP Katowice] und des Herder-Instituts für historische Ostmitteleuropaforschung, Marburg).

- 13 *Boberach, Heinz*: Berichte des SD und der Gestapo über Kirchen und Kirchenvolk in Deutschland 1934–1944. Mainz 1971.
- 14 *Boberach, Heinz*: Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938–1945. Bd. 1–17. Berlin 1984.

fasst und dabei manchmal auch „korrigiert“ worden waren. Doch gerade die zahlreichen Eingriffe, insbesondere Vereinfachungen, seitens der Berliner SD-Berichterstatter trugen dazu bei, dass die „Meldungen aus dem Reich“, die u.a. Joseph Goebbels, Martin Bormann, Heinrich Himmler und wahrscheinlich gelegentlich Adolf Hitler vorgelegt wurden, verhältnismäßig wenig Einzelheiten über die eigentümliche Wahrnehmung des Krieges und der damit in Zusammenhang stehenden Schwierigkeiten in den verschiedenen Kommunen enthielten. Außer den bahnbrechenden Editionen Boberachs müssen noch die in den zwei letzten Jahrzehnten publizierten Studien zum Führungskorps des SD und der Sicherheitspolizei erwähnt werden, darunter vor allem die wichtigen Arbeiten von Ulrich Herbert<sup>15</sup>, Michael Wildt<sup>16</sup> und Jens Banach<sup>17</sup>.

Ein Grund für den immer noch bestehenden Mangel an Regionalstudien bildet die sehr lückenhafte Quellenbasis. Nur für wenige Reichsgaue und Provinzen sind heute Berichte der SD-Außenstellen und -Leitabschnitte überliefert und manchmal auch nur für ausgewählte Zeitspannen. Hier bietet das Werk von Carsten Schreiber<sup>18</sup> einen sehr wichtigen Beitrag zur Geschichte des SD in einer Region. In seiner ausführlichen Analyse bezieht der Verfasser dank der außerordentlich gut erhaltenen Personaldokumente nicht nur die biografischen Daten der SD-Mitarbeiter und ihrer Informanten mit ein, sondern er kann auch eingehend den *modus operandi* dieses Nachrichten-Netzwerkes erklären.

Die Auswertung der Berichte hinsichtlich der oberschlesischen SD-Meldungen führt zum Schluss, dass bestimmte signifikante Erscheinungen, ja sogar Schlüsselfragen des Krieges und der internen Politik des Reiches, vor allem die Ermordung der Juden, im Alltagsleben der deutschen Gesellschaft nahezu keine Erwähnung fanden oder aber in den SD-Berichten unterschlagen wurden. Die bedeutendste verschwiegene Tatsache ist die Ermordung der Juden. Um diese merkwürdige Verhaltensweise zu verstehen, kann man auf das sogenannte Schweigespirale-Paradigma zurückgreifen, das in den 1970er-Jahren von der Politologin Elisabeth Noelle-Neumann formuliert wurde. Dieser Theorie zufolge

---

15 *Herbert, Ulrich*: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989. Bonn 1996.

16 *Wildt, Michael*: Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes. Hamburg 2002.

17 *Banach, Jens*: Heydrichs Elite. Das Führerkorps der Sicherheitspolizei und des SD 1936–1945. 3. durchgesehene und erweiterte Aufl. Paderborn u.a. 2002.

18 *Schreiber, Carsten*: Elite im Verborgenen. Ideologie und regionale Herrschaftspraxis des Sicherheitsdienstes der SS und seines Netzwerkes am Beispiel Sachsens. München 2008.

„hängt die Bereitschaft vieler Menschen, sich öffentlich zu ihrer Meinung zu bekennen, von der Einschätzung des Meinungsklimas ab. Widerspricht die eigene Meinung der als vorherrschend betrachteten Meinung, so gibt es Hemmungen, sie zu äußern, und zwar umso stärker, je ausgeprägter der Gegensatz wird.“<sup>19</sup>

Für die vorliegende Studie wurden Quellen besonders aus dem Archiv des Instituts für Nationales Gedenken in Warschau (Archiwum Instytutu Pamięci Narodowej w Warszawie [AIPN]) und den Staatsarchiven in Katowice (Archiwum Państwowe w Katowicach [AP Katowice]) und Opole (Archiwum Państwowe w Opolu [AP Opole]) herangezogen. Ergänzend wurden Dokumente aus dem Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, dem Archiv der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung der NS-Verbrechen in Ludwigsburg und dem Russischen Staatlichen Militärarchiv (Rossijski Gosudarstwenny Wojenny Archiw [RGWA]) in Moskau verwandt.

### *Der SD als Meinungsforschungsinstitut?*

In den Arbeitsanweisungen für die SD-Außenstelle in Solingen vom Ende 1940 schrieb der dortige SD-Führer:

„Die objektive Erfassung der Stimmung der Bevölkerung ist eine der verantwortungsvollsten und schwersten, darum aber auch schönsten Aufgaben des SD. An ihrer Lösung haben gleicherweise sämtliche Beobachter, Mitarbeiter und besonders ausgewählte V-Männer [Vertrauensmänner, Anm. MS] beizutragen. Außenpolitische Ereignisse, militärische Operationen, innerpolitische Vorgänge, Gesetze, Verordnungen und Erlasse auf den verschiedensten Lebensgebieten wirken unmittelbar oder durch Presse, Rundfunk oder Diskussionen innerhalb der Bevölkerung auf diese ein und beeinflussen deren Stimmung. Die richtige und erschöpfende Erfassung aller Auswirkungen gibt den jeweils zuständigen Ministerien und Zentralstellen die Möglichkeit, auftretende Mängel durch Erlasse neuer oder Änderung bestehender Anordnungen zu beheben oder zu mildern, auftretende Mißverständnisse durch Aufklärung in Rundfunk oder Presse zu beseitigen, Gerüchten entgegen zu treten usw.“<sup>20</sup>

---

19 <https://de.wikipedia.org/wiki/Schweigespирale>, zuletzt eingesehen am 11.3.2016.

20 RGWA Moskau, Polizei- und Verwaltungsbehörden im Deutschen Reich und in den besetzten Gebieten Nr. 1323, Inventar 2, Sign. 156, Sicherheitsdienst des RFSS, SD-Leitabschnitt Düsseldorf, Aussenstelle Solingen, Arbeitsanweisungen für die „aktuelle Stimmungs- und Lageberichterstattung“, Solingen, 7.12.1940, S. 47.

Der SD wurde 1931 in München als Nachrichtendienst der NSDAP, Abteilung Ic, als Kampfinstrument gegen andere politische Parteien und Vereinigungen gegründet. 1932 wurde die Abteilung in Sicherheitsdienst der SS umbenannt, dessen Führung Reinhard Heydrich übernahm. 1933 wurde der Sitz des SD-Hauptamtes nach Berlin verlegt. 1937 wurde endgültig die Arbeitsteilung zwischen dem SD-Hauptamt und dem Gestapoamt beschlossen: „Der SD hat grundsätzlich die Aufgabe, die Staats- und Volksfeinde uneingeschränkt nachrichtendienstlich zu erfassen und erforderlichenfalls der Exekutive [d.h. der Gestapo, Anm. MS] zur Verfolgung und Aburteilung zu übergeben.“<sup>21</sup> Damals begann der SD mit der flächendeckenden Überwachung und vorwissenschaftlichen Analyse der einzelnen Gesellschaftsgruppen der deutschen Bevölkerung, während die Gestapo sich auf die Bespitzelung und Verfolgung von konkreten politischen Gegnern fokussierte; das betraf nicht nur Kommunisten und andere Linke, Liberale und Konservative, sondern auch Zeugen Jehovas und schließlich Juden. In demselben Jahr wurde im SD die regelmäßige Berichterstattung über die „allgemeine Stimmung“ angeordnet.

Mit dem Ausbruch des Krieges wurden die verschiedenen Polizeibehörden und Geheimdienste unter dem Dach des RSHA zusammengeschlossen.<sup>22</sup> Nun firmierte das SD-Hauptamt als Amt III SD Inland des RSHA. Nach der heftigen Kritik an den SD-Berichten durch die oberste Staatsführung (Goebbels, Bormann u.a.), wurden im Frühling 1943 die „Meldungen aus dem Reich“ wegen ihrer angeblichen „Schwarzseherei“ durch minderwertige und weniger beachtete „Meldungen zu Inlandsfragen“ ersetzt. Ab Sommer 1944 blieb die regelmäßige Berichterstattung zur „allgemeinen Stimmung“ nahezu völlig aus.

1935/36 beschäftigte der SD ungefähr 250 Mitarbeiter und verfügte über ca. 1.000 V-Leute.<sup>23</sup> 1944 standen ca. 18.000 Mitarbeiter im Dienste des

---

21 RGWA Moskau, Reichssicherheitshauptamt Nr. 500, Inventar I, Sign. 6, Aufgabenteilung zwischen SD und Gestapo, 4.6.1936, S. 6–7.

22 Mehr zur Struktur des Amtes bei *Rürup, Reinhard* (Hg.): *Topographie des Terrors. Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt auf dem „Prinz-Albrecht-Gelände“*. Eine Dokumentation. Berlin 2004.

23 *Wildt, Michael*: Einleitung. In: Ders. (Hg.): *Nachrichtendienst, politische Elite, Mordeinheit. Der Sicherheitsdienst des Reichsführers SS*. Hamburg 2003, S. 7–37, S. 11, wo unter Verweis auf George C. Browder für 1936 von 269 SD-Mitgliedern die Rede ist. Eine frühe Zahlenangabe nennt für das SD-Hauptamt zum 1.1.1937 bereits 372 hauptamtliche SS-Führer und -Unterführer. Insgesamt gehörten am 31.1.1938 dem SD haupt- und ehrenamtlich 5.050 Mann an, deren Zahl sich bis zum 31.12.1938 auf 7.230 erhöhte. *Ramme, Alwin*: *Der Sicherheitsdienst der SS. Zu seiner Funktion im faschistischen Machtapparat und im Besatzungsregime des sogenannten Generalgouvernements Polen*. (Ost-)Berlin 1970, S. 53.

SD, davon ca. 6.500 hauptamtlich und der Rest ehren- oder nebenamtlich.<sup>24</sup> Die vom SD laufend beschafften Informationen stammten von ca. 10.000–20.000 V-Männern<sup>25</sup>, mit denen man in stetiger Fühlung stand, sowie aus einer nicht festgelegten Zahl von teilweise unbewussten „Zubringern“ oder „Zuträgern“, die sich sogar auf über 100.000 belaufen konnte. Beim Inkrafttreten der Arbeitsteilung 1937 gab der SD seine in den politischen Organisationen und Vereinen eingesetzten Agenten an die Gestapo weiter. In den folgenden Jahren kam es zu einer noch tieferen Sichtung des Vertrauensmänner-Netzwerkes des SD, und bis Ende 1941 wurden auch die übrigen SD-Agenten der Gestapo zur Verfügung gestellt, darunter solche aus den Milieus der ethnischen Minderheiten sowie der Glaubensgemeinschaften und christlichen Konfessionen.<sup>26</sup>

Um die Jahreswende 1939/1940 wurde der SD-Abschnitt mit Sitz in Kattowitz neu gebildet und 1941 in SD-Leitabschnitt Oberschlesien umbenannt. In den ersten zwei Kriegsjahren wurde er von SS-Sturmbannführer Joachim Nehring (geb. 1910) geführt, der als Berliner seit seiner Jugend in Posen (seit 1918 im polnischen Poznań) wohnte. 1931 zog er ins Reich um, wo er anschließend der NSDAP und dem SD beitrug. Im Herbst 1941 wechselte Nehring zur Partisanenbekämpfung an die Ostfront, wo er im Frühling 1943 fiel.<sup>27</sup> Sein Nachfolger Oskar Leopold Podlich (geb. 1908 in Striegau/Niederschlesien) war Sohn eines Oberlokomotivführers. Podlich war als kaufmännischer Angestellter in verschiedenen größeren Unternehmen tätig. Ende 1932 wurde er in die SS aufgenommen (Ausweisnummer 61.984) und unmittelbar danach als hauptamtlicher Mitarbeiter in der Allgemeinen SS beschäftigt. Im März 1933 folgte sein Eintritt in die NSDAP (Mitgliedsnummer 1.500.445). 1935 wechselte er zum SD-Hauptamt in Berlin, wo er später die dortige Auskunftsstelle leitete. In den nächsten Jahren war er für den SD in nicht näher bekannten Operationen im Sudetenland und dem Protektorat Böhmen und Mähren tätig. Nach Kriegsbeginn war er für die Sipo und den SD in Norwegen, Holland, Belgien und Frankreich aktiv.<sup>28</sup> Im August 1940

---

24 Banach, Heydrichs Elite (wie Anm. 17), S. 20f.

25 Otto Ohlendorf, der Chef des SD-Inland, bezifferte nach dem Krieg die Zahl der SD-Mitarbeiter auf 3.000 und die der V-Leute auf ca. 30.000. Boberach (Hg.), Meldungen aus dem Reich (wie Anm. 14). Bd. 1, S. 16, und die Größenordnung der Zahlen bestätigend Schreiber, Elite im Verborgenen (wie Anm. 18), S. 449.

26 Schreiber, Elite im Verborgenen (wie Anm. 18), S. 188, 190.

27 Bundesarchiv (BArch) Berlin-Lichterfelde, Berlin Document Center, SSO 345 A [Personalakte Joachim Nehring, geb. 20.1.1910], Der RF SS / Der Inspektor für Statistik, Verluste im Kriege, o.D., o.P.

28 Bohn, Robert: Reichskommissariat Norwegen. „Nationalsozialistische Neuordnung“ und Kriegswirtschaft. Oldenburg 2000, S. 87; BArch Ludwigsburg, B 162/2441, Aktensache betr. Fritz Arlt.

wurde er zum SS-Sturmbannführer befördert.<sup>29</sup> In Oberschlesien verblieb er fast bis zum Eintreffen der Roten Armee; über sein Nachkriegsschicksal ist nichts bekannt.

Der SD-Leitabschnitt Kattowitz (Sitz Höferstrasse 67, heute ulica Kościuszki) gliederte sich 1943 wie folgt:

- Hauptaußenstelle Oppeln mit den unterstellten Außenstellen Neustadt, Kreuzburg und Neisse-Grottkau,
- Hauptaußenstelle Gleiwitz (auch für Hindenburg zuständig),
- Außenstelle Ratibor,
- Außenstelle Beuthen-Tarnowitz,
- Außenstelle Kattowitz,
- Außenstelle Pless,
- Außenstelle Rybnik,
- Außenstelle Bielitz,
- Außenstelle Teschen,
- Außenstelle Loben,
- Außenstelle Sosnowitz.<sup>30</sup>

Herkunft und Weiterleitung der Informationen im oberschlesischen SD-Netz unterschieden sich von der Praxis im Altreich.<sup>31</sup> In beiden Gebieten waren die Vertrauensmänner von größter Bedeutung. Sie wurden obligatorisch in der SD-Kartei erfasst und regelmäßig mit den Aufgaben beauftragt. Ebenso gab es auch in Oberschlesien die „Zubringer“ (manchmal auch als „Zuträger“ bezeichnet). Die Letztgenannten waren weniger als die V-Männer in den SD eingebunden; sie waren nicht immer in der SD-Kartei erfasst und galten als minderwertige Informationsquellen, die nicht nur von den SD-Mitarbeitern sondern auch indirekt durch V-Männer befragt werden konnten. Die

29 BArch Berlin-Lichterfelde, Berlin Document Center, SSO 385 A und [RS] E 5093 [Verschiedene Personalakten zu Joachim Nehring geb. 20.1.1910]; ebd., Dienstlaufbahn des Oskar L. Podlich, o.D.; RSHA IA5a - betr. Beförderung des SS-Sturmbannführers Oskar L. Podlich zum SS-Obersturmbannführer, Berlin, 28.11.1944; Personal-Bericht des Oskar Podlich, o.D.

30 BArch Ludwigsburg, Sign. B 162/1626 (Strafsache betr. Mitarbeiter der Gestapo in Kattowitz), SD-Leitabschnitt Kattowitz, o.D., S. 20.

31 Vgl. RGWA Moskau, Polizei- und Verwaltungsbehörden im Deutschen Reich und in den besetzten Gebieten Nr. 1323, Inventar 2, Sign. 155, Sammel-Blatt Nr. der Leitmappe für die Außenstellen des SD-Leitabschnittes Düsseldorf – Aufbau und Organisation der Aussenstellen, S. 77–89; ebd., Sign 156, Sicherheitsdienst des RFSS SD-Leitabschnitt Düsseldorf Aussenstelle Solingen, Arbeitsanweisungen für die „aktuelle Stimmungs- und Lageberichterstattung“, Solingen, 7.12.1940, S. 43–80; ebd., Sign. 156, [Arbeitsanweisungen für einzelnen Referate: Recht, Presse und Schrifttum, Volksgesundheit und Rasse, Erziehung, Kunst], Solingen, 5.4.1940, S. 3–42.

V-Männer übermittelten ihre Nachrichten entweder über einen ausgefüllten Fragebogen oder berichteten den SD-Offizieren über Telefon. Innerhalb des SD wurden die Nachrichten zwischen Außenstellen und Leitabschnitt sowie zwischen Leitabschnitt und Berlin prinzipiell mit Fernschreiben übersandt. Man ging davon aus, dass jede Woche zwei Berichte aufbereitet und der Reichsleitung, vor allem aber Propagandaminister Joseph Goebbels, zur Einsicht vorgelegt werden mussten.

### *Die Bevölkerung des oberschlesischen Borderlands als Gegenstand der Auswertung*

Durch Hitlers Erlasse wurden bis Ende November des Jahres 1939 die neuen Grenzen des bisherigen Regierungsbezirks Oppeln und des am 8. Oktober – also kurz nach der Eroberung Polens – gebildeten Regierungsbezirks Kattowitz bestimmt. Der Regierungsbezirk Kattowitz umfasste vor allem das Gebiet der ehemaligen polnischen Wojewodschaft Schlesien. Unter dem Druck des Militärs und einiger Wirtschaftskreise wurde jedoch nicht nur das vor 1918 zum Reich gehörende östliche Oberschlesien in die Provinz Schlesien einverleibt, sondern auch die industriell relativ gut entwickelten Teile der ehemaligen Wojewodschaften Kielce (die sich vor 1918 als Teil des sogenannten Kongresspolens unter russischer Herrschaft befanden) und Krakau (Gebiete, die vor 1918 als Galizien zu Österreich-Ungarn gehörten), die nunmehr als sogenannter industrieller Oststreifen bezeichnet wurden. Jedoch handelte es sich dabei um Gebiete, die in der Vergangenheit kulturell, verwaltungsmäßig und geopolitisch sehr lose sowohl miteinander als auch mit Oberschlesien verbunden waren. Darüber hinaus waren sie fast ausschließlich von einer polnischen und jüdischen Bevölkerung bewohnt. Ferner gewann das unter der NS-Herrschaft wiedervereinigte oberschlesische Industriegebiet mit dem Anschluss des Oststreifens umfangreiche Landwirtschaftsgebiete hinzu, die das Potential der Landkreise des Regierungsbezirks Oppeln beträchtlich verstärkten und zugleich der Region eine größere Autonomie bei der Lebensmittelversorgung gewährleisteten. Anfang 1941 wurde die Provinz Schlesien in zwei Provinzen, d.h. in Niederschlesien mit den Regierungsbezirken Liegnitz und Breslau und in Oberschlesien mit den Regierungsbezirken Kattowitz und Oppeln (siehe Tabelle 1) aufgeteilt. Gleichzeitig entstanden so zwei unabhängige NSDAP-Gaue.<sup>32</sup>

---

32 *Sikora, Mirosław*: Der Gau Oberschlesien in der Raumplanung der NS-Verwaltung 1939–1944. In: Budraß, Lutz, Barbara Kalinowska-Wójcik und Andrzej Michalczyk (Hg.): Industrialisierung und Nationalisierung. Fallstudien zur Geschichte des oberschlesischen Industriegebiets im 19. und 20. Jahrhundert (Veröffentlichungen zur Kultur und Geschichte im östlichen Europa, 40). Essen 2013, S. 249–284.

	<b>Regierungsbezirk Oppeln</b>	<b>Regierungsbezirk Kattowitz</b>	<b>Beide Regie- rungsbezirke (seit 1941 Gau Ober- schlesien)</b>
Gesamt-Bevölkerungszahl	1.350.202	2.824.415	4.174.617
Bevölkerungszahl der eingegliederten Gebiete	302.502	2.290.047	2.592.549
Bevölkerungszahl der Stadtkreise	140.794	683.272	824.066
Bevölkerungszahl der Landkreise	1.209.408	2.141.143	3.350.551

Tab. 1: Bevölkerungszusammensetzung der Regierungsbezirke Oppeln und Kattowitz

Die Bevölkerung der Provinz Oberschlesien bestand Anfang 1941 aus ca. 1,8 Millionen Reichsdeutschen, die überwiegend im Regierungsbezirk Oppeln und in den Städten Gleiwitz, Beuthen und Hindenburg wohnten, die dem Regierungsbezirk Kattowitz angeschlossen wurden. Weiterhin gehörten dazu die Polen, die vorwiegend in den Landkreisen der ehemaligen Wojewodschaft Schlesien und den sogenannten eingegliederten Ostgebieten lebten. Die Bevölkerungszahl des Regierungsbezirks Kattowitz betrug etwas mehr als 2,8 Millionen, davon lebten nahezu 2,3 Millionen in ehemals polnischen Gebieten und die übrige halbe Million dagegen in den Städten Gleiwitz, Hindenburg und Beuthen samt der Umgebung. Im Regierungsbezirk Oppeln belief sich die Bevölkerungszahl auf 1,35 Millionen, von denen auf die eingegliederten Ostgebiete um Warthenau (Zawiercie) und den Kreis Loben (der ursprünglich in der Wojewodschaft Schlesien lag) 300.000 entfielen. Die Gesamtzahl der Bevölkerung in den Stadtkreisen der Provinzen betrug mehr als 800.000, die restlichen 3,35 Millionen besiedelten die Landkreise.<sup>33</sup>

Die kulturellen, sozialen und politischen Bedingungen des oberschlesischen *Borderlands* lassen sich wegen ihrer Komplexität in diesem kurzen Aufsatz nicht weiter skizzieren. Auf jedem Fall aber stellte die Bevölkerung

33 Bearbeitet auf Grundlage von: AP Katowice, Górnoslaşki Instytut ds. Badań Gospodarczych [Oberschlesisches Institut für Wirtschaftsforschung], Fläche und Bevölkerung der Regierungsbezirke Oppeln und Kattowitz (nach Angaben des Instituts für Wirtschaftsforschung vom Januar 1940), Bestand 382, Sign. 8, S. 49–50. Mehr über Bevölkerungsverschiebungen auf dem Gebiet Oberschlesiens siehe bei *Steinbacher, Sybille*: „Musterstadt Auschwitz“. Germanisierungspolitik und Judenmord in Ostoberschlesien (Darstellungen und Quellen zur Geschichte von Auschwitz, 2). München 2000.

der Provinz Oberschlesien die SD-Experten vor unvergleichlich größere Herausforderungen als die Bewohner des Altreichs.<sup>34</sup>

Schon vor dem Krieg spionierte der SD in Polen besonders die Wirtschaft aus, und hier gerade die Industrie Oberschlesiens als einer Art Bollwerk der Kriegsbefähigung Polens.<sup>35</sup> Gerade in dem politisch und wirtschaftlich heiklen und an Polen grenzenden deutschen Gau Oberschlesien (von 1938 bis 1941 mit Niederschlesien zur Provinz Schlesien vereinigt) betrieb der SD sein Spionage-Netz nicht nur um die eigenen Bürger zu kontrollieren, sondern auch um die polnische Wojwodschaft Schlesien zu unterwandern. Schon in den frühen 1930er-Jahren, als der SD sich noch nicht völlig entfaltet hatte, arbeiteten für ihn Maximilian Mainka und Vinzent Brzezina im Kreis Rybnik und Umgebung, Gustav Walsczek und Josef Mazur im Kreis Pless, August Schwitalla, Karl Haase, Helene Myllek und Wilhelm Kübel in Kattowitz und Umgebung.<sup>36</sup>

Unmittelbar nach dem September-Feldzug wurde den Nationalitätsfragen verhältnismäßig wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Davon zeugen die Berichte des SD-Büros in Breslau, das von September 1939 bis Januar 1940 für den Südosten Deutschlands zuständig war. Der SD erforschte damals solche Gesichtspunkte wie die Weltanschauung, wobei er vor allem Katholiken, Evangelische und darüber hinaus Kommunisten und andere Linke sowie Liberale beobachtete. Auch die Abneigung gegen den Krieg und das Abhören ausländischer Sender waren wichtige Schwerpunkte der Meldungen.<sup>37</sup> Schon vor dem Krieg verzeichnete der Breslauer SD gewisse Erfolge im Bereich

34 Zu den kulturellen und nationalen Identitätsprozessen und zum Selbstbewusstsein der Einwohner Oberschlesiens siehe *Rosenbaum, Sebastian* (Hg.): *Górny Śląsk i Górnolązacy. Wokół problemów regionu i jego mieszkańców w XIX i XX wieku* [Oberschlesien und die Oberschlesier. Über die Probleme der Region und ihrer Einwohner im 19. und 20. Jahrhundert]. Katowice, Gliwice 2014; *Polak-Springer, Peter*: *Recovered Territory. A German-Polish Conflict over Land and Culture, 1919–1989*. New York, Oxford 2015.

35 RGWA Moskau, Gestapo-Amt Berlin Nr. 501, Inventar 1, Sign. 139, Energieversorgung der Stadt Warszawa und Projekt einer Fernleitung Schlesien–Warszawa, o.D. [ca. 1937], Mikrofiche; ebd., Sign. 140, Die wichtigsten Chemiefirmen in Polen, 28.7.1939, Mikrofiche.

36 AP Katowice, Bestand 140, Sign. 5.

37 AIPN, Bestand GK 644, Sign. 812/189, Meldunki Inspektora Policji Bezpieczeństwa i Służby Bezpieczeństwa we Wrocławiu [Berichte des Inspektors der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdiensts in Breslau], Zusammenfassender Sonderbericht Nr. 4 abgeschlossen am 15.9.1939 – Das Verhalten der weltanschaulichen Gegnergruppen gegenüber den politischen Ereignissen, o.D., S. 2–15; ebd., Der Inspektor der Sipo und SD im Bereich des HSSuPF Süd-Ost – Meldungen aus dem Bereich des Inspektors Südost (Nr. 74) – Erscheinungen auf dem Gebiet des öffentlichen Lebens (Rundfunk, Presse, Film), Erscheinungen auf dem Gebiet der Wirtschaft (Ernährungswirtschaft), Breslau, 2.1.1940, S. 26–35.

kirchlicher Kreise, wo zahlreiche Informanten gewonnen wurden. In einem Bericht schrieb beispielsweise ein SD-Funktionär:

„Wichtig erscheint mir der Hinweis, daß es uns in der Frage der politischen Kirche geglückt ist, an einen namhaften Vertreter der ehemaligen Papenrichtung, den Grafen Henckel von Donnersmarck auf Grambschütz, heranzukommen, der in der SA steht und sich zur Mitarbeit bereit erklärt hat.“<sup>38</sup>

Im Laufe des Krieges zählte der oberschlesische SD nicht mehr als ca. 100 hauptamtliche Mitarbeiter. Die bisher belegten Zahlen der V-Männer und Zubringer waren in Bezug auf die einzelnen Kreise sehr unterschiedlich. Im Bereich der Außenstellen Beuthen, Teschen, Gleiwitz, Kreuzburg und Neustadt arbeiteten für den SD laufend jeweils ungefähr 15–20 V-Männer. Für den SD Rybnik, Grottkau, Kattowitz, Oppeln und Sosnowitz waren jeweils 25–35 V-Männer tätig. Im Gebiet der Außenstellen Pless, Ratibor und Loben verfügte man sogar regelmäßig jeweils über 45–55 V-Männer. Das größte V-Männer-Netz existierte im Kreis Bielitz, der schon vor dem Krieg als Bollwerk der deutschen Minderheit in Polen galt, wo 90 Personen den SD-Mitarbeitern Informationen lieferten.<sup>39</sup>

Insgesamt bestand das Informationsnetz aus ca. 500 V-Männern und wahrscheinlich einer vielfach größeren Zahl von Zubringern. Das bedeutet aber, dass auf jeden V-Mann mehr als 8.000 Menschen entfielen, was die Repräsentativität und dadurch die Glaubwürdigkeit ihrer Nachrichtenarbeit in Frage stellt. Allerdings ist zu bedenken, dass heutzutage die Stichproben der von Meinungsforschungsinstituten durchgeführten Umfragen (zum Beispiel vor Wahlen) aus nicht mehr als 1.000 Menschen bestehen.<sup>40</sup>

Nicht nur die Anzahl der Befragten (Maßstab) sondern auch die Orientierung am Durchschnitt der Gesellschaft in Bezug auf Ausbildungsgänge, Berufsgruppen, sozioökonomische Klassen, Wohnortlagen, Geschlecht, religiösen Glauben und *last but not least* ethnische Zugehörigkeit tragen zur Repräsentativität einer Erhebung bei. In den SD-Berichten gaben die

38 RGWA Moskau, Gestapo-Amt Berlin Nr. 501, Inventar 3, Sign. 22, SD des RF SS / SD-Führer des SD-Oberabschnittes Süd-Ost an das SD-Hauptamt Abtlg. II/1 z.Hd. v. SS-Hauptsturmführer Ehrlinger betr. Erfahrungsbericht über Ausbau des VM [Vertrauensmänner]-Netzes, 21.6.1937, S. 35–37.

39 Die Ergebnisse beruhen auf der Auswertung von 600 SD-Berichten. AP Katowice, Bestand 140, Sign. 1/1–1/16; AIPN, Bestand GK 644, Sign. 1–16, Sicherheitsdienst des RF SS Leitabschnitt Kattowitz.

40 Mehr zur gegenwärtigen Meinungsforschung siehe bei *Ostrowski, Marek*: Co nas obchodzi świat. Ściągawka na czas chaosu [Was geht uns die Welt an. Spickzettelchen für die Zeit des Chaos]. Warszawa 2006.

Offiziere zusätzliche Daten über die V-Männer an, aber manchmal war es nur die Berufsgruppe. Deshalb lässt sich sagen, dass man die V-Männer in fast allen damals möglichen Arbeitsorten und Berufsgruppen geworben hat: in der Staatsverwaltung, Selbstverwaltung, Wirtschaftsverwaltung, Unternehmertum, Lehrer- und Anwaltschaft, Führungspersonal der Fabriken, Arbeiterschaft der Schwerindustrie und unter Hausfrauen. Ziemlich selten kommen Bauern vor sowie überhaupt Dorfbewohner und Handwerker. Dagegen bediente man sich gerne im SD der Funktionäre des Terrorapparats wie der SS, SA, verschiedener anderer NS-Gliederungen, Polizei und Militär.<sup>41</sup>

Bemerkenswert ist die Erkenntnis, dass relativ viele V-Männer einen Dokortitel besaßen, allein in Kattowitz, Ratibor, Gleiwitz und Oppeln waren es zehn Personen. Eigenartig ist weiterhin die Außenstelle Pless, wo das Netz fast ausschließlich aus Pädagogen und Schulangestellten bestand. Diese Feststellungen stimmen mit den bisherigen Ausführungen von Historikern (Herbert, Banach, Wildt, Schreiber) hinsichtlich des hohen Ausbildungsstandes im SD-Apparat überein.

Der Bildungsgrad musste sich auch positiv auf die Sachlichkeit und Zuverlässigkeit der Berichte auswirken. In den Arbeitsanweisungen des SD forderte man vor allem einen ausgewogenen Inhalt, Vielfalt und gegenseitige Bestätigung der Informationsquellen sowie die Vermeidung von geschönten Äußerungen des jeweiligen SD-Berichterstatters. Allerdings ist festzuhalten, dass die Beschaffungs- und Beurteilungsmethoden der Informationen je nach SD-Außenstelle schwankten.

Lediglich aus der Zeit von Ende 1942 bis Sommer 1944 verfügen wir – obwohl sehr lückenhaft und unterschiedlich – über etwa 600 überlieferte Berichte zur allgemeinen Stimmung und Lage, darunter auch zum Verhalten der Polen (Außenstellen Rybnik und Sosnowitz). Die Berichte stammen aus allen damaligen 14 SD-Außenstellen, die dem für die Provinz Oberschlesien zuständigen SD-Leitabschnitt Kattowitz untergeordnet waren; dieser fertigte daraus wiederum die Berichte für das Berliner RSHA an. Die oberschlesischen Berichte bildeten nur einen Bruchteil der Berichterstattung des SD, die das Gebiet des ganzen Reiches samt den eingegliederten Ostgebieten abdeckte. Um die Glaubwürdigkeit und damit die Zuverlässigkeit der „Meldungen aus dem Reich“ zu gewährleisten, sind von 1938 bis 1942 mehr als 600 SD-Außenstellen entstanden, die wiederum von über 50 Leitabschnitten verwaltet wurden.

---

41 AP Katowice, Bestand 140, Sign. 1/1–1/16; AIPN, Bestand GK 644, Sign. 1–16, Sicherheitsdienst des RF SS-Leitabschnitt Kattowitz.

In Oberschlesien war in der Regel jede Außenstelle für ein bis drei Kreise verantwortlich. Üblicherweise bestand eine Außenstelle aus nicht mehr als fünf bis zehn haupt- und nebenamtlichen SD-Mitarbeitern, denen wiederum einige zehn V-Männer, Beobachter und eben Zubringer zur Verfügung standen. Diese inoffiziellen geheimen Mitarbeiter hatten die Aufgabe, regelmäßig an ihren Arbeitsplätzen, im Kollegenkreis und sogar in ihren Familien die allgemeine Stimmung zu erkunden und auch einzelne repräsentative Meinungsäußerungen zu erfassen und an die SD-Mitarbeiter weiterzugeben. Auch gelegentliche, zum Beispiel in den öffentlichen Verkehrsmitteln abgehörte Gespräche wurden erfasst. Es handelte sich dabei um positive und negative Kommentare sowie Äußerungen zur Kriegslage usw.

Die oberschlesischen Berichte gliederten sich je nach dem Sitz der sie erstattenden Außenstelle in zwei Gruppen von Außenstellen, wobei die zweite unterteilt werden kann. Die erste umfasste Außenstellen, die schon vor der Eroberung Polens im September 1939 auf dem Gebiet des Reiches (im sogenannten Westoberschlesien) tätig waren: Neustadt, Grottkau, Kreuzburg, Oppeln, Ratibor, Gleiwitz und gewissermaßen auch Beuthen. Die letztgenannte dehnte nach Kriegsausbruch ihre Zuständigkeit auch auf den polnischen Kreis Tarnowitz aus. Die zweite Gruppe bildeten die während des Krieges in den eingegliederten Ostgebieten errichteten Außenstellen Kattowitz, Pless, Rybnik, Bielitz, Teschen, Loben und Sosnowitz. Diese Außenstellen unterschieden sich wiederum dadurch voneinander, dass die vier letztgenannten teilweise oder ausschließlich für die Kreise bzw. Kreisteile zuständig waren, die vor 1918 nicht zum Deutschen Reich, sondern zum russischen Zaren-Reich (Außenstellen Loben, Sosnowitz) oder dem österreichisch-ungarischen Reich (Außenstellen Bielitz, Teschen) gehörten.

Diese Unterschiede sind mit der Ausnahme von Teschen in den Jahren 1939–1941 nach Einführung der DVL in der Provinz Oberschlesien noch vertieft worden. Die meisten Einwohner Ostoberschlesiens (Kattowitz, Pless usw.) erhielten die deutsche Staatsangehörigkeit – jedoch manchmal nur in begrenzter Form. Das geschah aus verschiedenen Gründen, die unter anderem nationaler und sprachlicher Natur waren. Hinzu kamen die Ängste der einheimischen Bevölkerung, die im Falle ihres „Bekennnisses“ zum Polentum enteignet, ausgesiedelt oder sogar verhaftet wurde. Dagegen galten die Einwohner des „Oststreifens“ mit den Kreisen Blachstädt und Warthenau (die vom SD in Loben überwacht wurden), Sosnowitz, Krenau und Ilkenau (die dem SD in Sosnowitz unterlagen) sowie Saybusch (in der Zuständigkeit des SD Bielitz) mit wenigen Ausnahmen als reine Polen oder Juden. Letztere zählten auf diesem Gebiet ursprünglich ca. 100.000 Menschen.

Die soziologische Zusammensetzung der in den Berichten aufgeführten Bevölkerungssteile der Provinz Oberschlesien war vielfältig und stellt sich wie folgt dar: Arbeiter, Angestellte, Intelligenzkreise, Hausfrauen, Funktionäre der NS-Organisationen, Wehrmachtangehörige, Kirchenmitglieder, selten Dorfgemeinden (Bauern) und Handwerker. Diese breit angelegte Erfassung der Gesellschaft mit Berücksichtigung verschiedener Bevölkerungsschichten entsprach den Anweisungen, in denen man die Bedeutung des repräsentativen Querschnitts der ausgewerteten Stichprobe besonders hervorgehoben hatte.<sup>42</sup>

Über die Gewinnung von V-Männern in Arbeiterkreisen und unter KPD-Anhängern sprach sich 1937 ein SD-Vertreter auf dem Gebiet Ostpreußens folgendermaßen aus:

„Diese V.Männer haben die Aufgabe die allgemeine Stimmung in der Belegschaft zu beobachten, Mißstimmungen und ihren Hintergründen nachzugehen. Außerdem muß ihre Aufgabe sein, auf von früher bekannte marxistische Elemente ganz besonders zu achten.“<sup>43</sup>

Man legte dabei großen Wert auf die Glaubwürdigkeit der erlangten Informationen. Davon zeugt die vom SD-Hauptamt 1937 empfohlene gegenseitige Überprüfung der Informationsquellen. Laut der vom SD-Hauptamt im Jahr 1937 bereitgestellten Anweisungen betreffend der gegenseitigen Überprüfung der Informationsquellen sollten sich die in demselben Betrieb angeworbenen Agenten nicht gegenseitig kennen und auch nicht wissen, für wen sie arbeiteten.<sup>44</sup>

Die SD-Berichte betrafen die allgemeine Stimmung der Bevölkerung, insbesondere die Beurteilung der Frontlage sowie die Wahrnehmung der inländischen Ereignisse und führender Personen, insbesondere Adolf Hitlers, Joseph Goebbels‘ und Hermann Görings.<sup>45</sup> Besonders spannend ist dabei das

---

42 Vgl. Richtlinien des SD Solingen, RGWA Moskau, Polizei- und Verwaltungsbehörden im Deutschen Reich und in den besetzten Gebieten Nr. 1323, Inventar 2, Sign. 156, Sicherheitsdienst des RFSS SD Leitabschnitt Düsseldorf Aussenstelle Solingen, Arbeitsanweisungen für die „aktuelle Stimmungs- und Lageberichterstattung“, Solingen, 7.12.1940, S. 63.

43 RGWA Moskau, Gestapo-Amt Berlin Nr. 501, Inventar 3, Sign. 22, Der SD des RF SS Der Führer des SS-Oberabschnittes Nord-Ost an das SD-Hauptamt betr. Erfahrungen zum VM-Apparat, Metgethen bei Königsberg, 4.4.1937, S. 5–7.

44 RGWA Moskau, Gestapo-Amt Berlin Nr. 501, Inventar 3, Sign. 22, [SD-Hauptamt-Kz.] II 121–1, betr. Referat von SS-Obersturmführer Höhnscheidt/SD-Oberabschnitt West anlässlich der Tagung am 7.5.1937 über den Einbau und die Gewinnung von V-Männern, Berlin, 8.5.1937, S. 24–25.

45 Eingehende Forschungen zu diesem Aspekt führt Mirosław Węcki, AP Katowice, durch.

Verhalten der Bevölkerung des Grenzlandgebietes Oberschlesien gegenüber den Kriegsbedrohungen im Allgemeinen sowie die Reaktion der einzelnen Nationalitätsgruppen, Bevölkerungsschichten und Berufsgruppen auf die sich immer deutlicher enthüllende Krise und Niederlage des Hitler-Staates.

Sehr selten vermerkte man in den Berichten Stimmen, die einzelne Volksgruppen charakterisierten. Zweck der Erfassung waren nicht die Gruppen an sich, sondern ihre Meinung über die innere Lage in Bezug auf Politik und Wirtschaft, allgemeine Verwaltung und Rechtssystem, Presse und Propaganda, Kultur sowie Kriegsergebnisse.<sup>46</sup> Hinsichtlich der Volkstumslage und Wahrnehmung einer Bevölkerungsgruppe durch die Angehörigen einer anderen sowie der Wechselwirkungen zwischen den Gruppen gab der Sprachgebrauch in der Berichterstattung wichtigen Aufschluss.

Die Informationsquellen der Bevölkerung Ostoberschlesiens wichen nicht von denen der übrigen Teile Deutschlands ab. Dazu gehörten: Korrespondenz mit Familienmitgliedern und Bekannten, Presse- und Rundfunknachrichten, Gespräche im Familienkreis sowie mit Bekannten und Kollegen und natürlich eigene Beobachtungen und Überlegungen. Als eine im Altreich selten vorkommende Informationsquelle galt die Propagandatätigkeit der polnischen Untergrundorganisationen, die von den deutschen Behörden streng bekämpft wurde.

Zu den am meisten in den oberschlesischen SD-Berichten überlieferten „abgehörten“ Gesprächsthemen in der Zeit zwischen Spätherbst 1942 und Frühling 1944 sind folgende zu nennen:

a) in Bezug auf die innere Lage:

- Reaktion auf die Reden Hitlers, Goebbels', Görings usw.

---

46 Häufig berücksichtigte man in den Berichten auf der höchsten Ebene und manchmal auch auf der Außenstellen- und Leitabschnitt-Ebene je nach Lage und Forderung der SD-Zentrale bis zu 16 verschiedene „Lebensgebiete“, die mit Buchstaben und Ziffern bezeichnet wurden. Die Buchstaben A, B, C und D bezogen sich auf den fachlichen Bereich der Berichterstattung: A – Allgemeine Stimmung und Lage (im Prinzip in der deutschen Bevölkerung), B – Stimmung und Verhalten der Polen (hier wurde manchmal auch die sogenannte Zwischenschicht berücksichtigt), C – kulturelle Fragen der gesamten Bevölkerung (auch Wahrnehmung der Presse- und Rundfunknachrichten), D – Wirtschaft und Versorgung der gesamten Bevölkerung. Diese buchstäblichen Bezeichnungen bezeichnen aber nur sehr grob den Inhalt des jeweiligen Berichts, der manchmal im Rahmen des bestimmten Bereichs auch andere Themen berührte. Die Nummern 1, 2, 3 und 4 nach dem Buchstaben dienten dazu, das Thema des Berichtes noch mehr zu spezifizieren, deshalb entsprach jede arabische Ziffer den insgesamt 16 (4 x 4) „Lebensgebieten“. Die wichtigsten „Lebensgebiete“ in Oberschlesien waren III A 4 (Allgemeines Volksleben) und III B 2 (Minderheiten).

- Deutsche Volksliste und Gebrauch der polnischen Sprache
- Versorgung mit Lebensmitteln, Tabak, Kohle usw.
- Furcht der Volksdeutschen vor der Einberufung zur Wehrmacht, Deserteure
- Schließung der Betriebe und Umsetzung der zivilen Produktion auf Rüstungszwecke
- Betrachtung der kirchlichen Aktivitäten
- Reibungen innerhalb der Reichsführung (Berufung Himmlers zum Innenminister im August 1943)
- Liquidierung des Krakauer Gettos (März/April 1943)
- Entdeckung der Massengräber bei Katyń und Bekanntgabe dieses Verbrechens an die Weltöffentlichkeit (April/Mai 1943)
- Tod des General Władysław Sikorski und die Verschwörungstheorien unter den Polen (Juli 1943)

b) in Bezug auf Kriegsschauplätze und internationale Beziehungen:

- Niederlage Rommels in Ägypten (Schlacht bei El-Alamein Oktober/November 1942)
- Schlacht um Stalingrad, Niederlage der deutschen 6. Armee (Dezember 1942 – Februar 1943) und Verkündung des totalen Krieges durch Propagandaminister Joseph Goebbels (sogenannte Sportpalastrede)
- Wiedereroberung Charkows durch die Verbände der Waffen-SS (Februar 1943 – März 1943)
- Gegenoffensive der Achsenmächte in Tunesien und der Zusammenbruch des deutschen Afrika-Korps (Winter und Frühling 1943)
- Rückzug aus Sizilien und Süditalien (Sommer 1943), Sturz und Verhaftung Benito Mussolinis
- Lage an der Ostfront (Frühling und Sommer 1943), ohne jedoch das Scheitern der deutschen Offensive im Kursker Bogen hervorzuheben
- Befreiung von Mussolini durch deutsche Fallschirmjäger (Herbst 1943)
- Eroberung von Kiew durch die Rote Armee (November/Dezember 1943) und erbitterte Kämpfe um Schitomir (Dezember 1943 – Januar 1944)
- Wunderwaffe und Endsieg (ab Mitte 1943 fortlaufend)
- Neutralität der Türkei (ab Anfang 1943 fortlaufend)
- Stellung Japans gegenüber der UdSSR (fortlaufend)
- Bombenabwürfe über Deutschland und die Vergeltungsmaßnahmen (fortlaufend)
- U-Bootkrieg (fortlaufend)
- voraussichtliche Kriegsdauer (fortlaufend)
- Vergleich der deutschen und sowjetischen Verluste (fortlaufend)
- Produktionskapazität des Dritten Reiches (fortlaufend)

Die Auflistung zeigt, dass es sich im Grunde genommen um fast alle damaligen und heute als zentral beurteilten Hintergrundereignisse und -themen handelte.<sup>47</sup>

### *Beispiel: Sprachgebrauch*

Eine ausführliche Analyse des Germanisierungsfortschritts in Ostoberschlesien bereitete man für die SD-Zentrale im Kattowitzer Leitabschnitt Ende 1942 vor. Der Tenor des Berichts war durchaus pessimistisch. So heißt es zum Beispiel:

„Mit dem Fortschreiten der Arbeiten der Deutschen Volksliste zeige sich nun, wie aus den hier vorliegenden Berichten hervorgeht, daß die Umgangssprache eine rückläufige Bewegung zur polnischen Sprache zeige. Verschiedene Stellen bezeichneten als Ursache hierfür, die in die DVL bereits endgültig aufgenommenen Personen hätten es nun nicht mehr notwendig, die anfangs gezeigte Zurückhaltung im Gebrauche der polnischen Sprache weiterzuüben. Man könnte ihnen, so meinten sie vielfach, jetzt, wo sie den grünen (Abt. 3 DVL.) oder manchmal den blauen Ausweis (Abt. 1 u. 2 DVL.) in der Hand hätten, nichts mehr anhaben. Viele Personen, die seitens der DVL als Polen abgelehnt worden seien, leiteten aus dieser Ablehnung das Recht her, die polnische Sprache frei benutzen zu dürfen.“<sup>48</sup>

Weiter berichtete man zur Lage der DVL in den einzelnen Kreisen aus sprachlicher Perspektive folgende Beispiele:

„Im Kreise Loben werde der zunehmende Gebrauch der polnischen Sprache auf die in grosser Zahl eingesetzten poln. Landarbeiter aus den benachbarten Ostkreisen Blachstädt<sup>49</sup> und Warthenau zurückgeführt. In fast allen Dörfern des Kreises Loben seien bei Bauern Polen beiderlei Geschlechts als Arbeitskräfte eingesetzt, welche mit den Bauern in Arbeits- und Hausgemeinschaft leben, was sich natur-

---

47 Mehr bei *Mawdsley, Evan*: World War II. A New History. Cambridge 2009; *Tooze, Adam*: The Wages of Destruction. The Making and Breaking of the Nazi Economy. London 2006; *Müller, Rolf-Dieter*: Der Bombenkrieg 1939–1945. Berlin 2004; *Ally, Götz*: Hitler Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und Nationaler Sozialismus. Frankfurt am Main 2000.

48 AP Katowice, Bestand 140, Sign. 10, SD-Leitabschnitt Kattowitz [an RSHA], Gebrauch der polnischen Sprache im Gau Oberschlesien, Kattowitz, 22.12.1942, S. 25.

49 Der Kreis Blachownia (Blachstädt) gehörte vor dem Krieg zur Wojewodschaft Kielce.

gemäß auf die volkstumsmässige Haltung der Bauern sehr nachteilig auswirke und den poln. Sprachgebrauch zur Alltäglichkeit mache.“<sup>50</sup>

Akut war die Lage sogar in dem ursprünglich als Erfolgsgebiet der DVL betrachteten Kreis Pless:

„In Berichten aus dem Kreise Pleß wird das Schwergewicht auf die Tatsache gelegt, daß gerade auf Urlaub befindliche deutsche Soldaten in ihrer Heimat vielfach die polnische Sprache gebrauchten, obwohl sie schon ein bis zwei Jahre bei der Wehrmacht dienten und daher von ihnen bestimmt anzunehmen sei, daß auch in ihrer Kompanie polnisch gesprochen werden dürfe.“<sup>51</sup>

Doch nicht nur in der Wehrmacht wurde die polnische Sprache häufig verwandt:

„Auch in den Fabriken nehme der Gebrauch der polnischen Sprache zu, und zwar nicht nur in Unterhaltungen der Arbeiter untereinander, sondern auch im dienstlichen Verkehr. So werde in einer Fabrik im Kreise Pleß (R[üstungs]-Betrieb) der Gebrauch der polnischen Sprache stillschweigend geduldet. Es sei heute soweit, daß sich auch die wenigen in der Fabrik tätigen einwandfreien Deutschen ‚um des lieben Arbeitsfriedens willen‘ bei Gesprächen mit polnisch gesinnten Arbeitern der polnischen Sprache bedienen, weil sie wiederholt beim Gebrauch der deutschen Sprache von den Arbeitern polnisch beschimpft oder ausgelacht worden seien.“<sup>52</sup>

Den deutschen Behörden gelang es auch nicht, die Einflüsse der polnischen katholischen Priester zu unterbinden, die zur Aufrechterhaltung der Sprache maßgebend beitrugen: „Aus dem Kreise Pleß kam schließlich die Meldung, die Landbevölkerung an der ehemaligen Polizeigrenze begeben sich häufig in die benachbarten Orte der Ostkreise, um dort polnischen Gottesdiensten beizuwohnen.“<sup>53</sup>

Besonders ratlos beobachtete der SD die kühne oder sorglose Benutzung der polnischen Sprache auf der Straße:

---

50 AP Katowice, Bestand 140, Sign. 10, SD-Leitabschnitt Kattowitz [an RSHA], Gebrauch der polnischen Sprache im Gau Oberschlesien, Kattowitz, 22.12.1942, S. 28.

51 Ebd., S. 28.

52 Ebd., S. 29.

53 Ebd., S. 29–30.

„In den Kreisen Kattowitz und Königshütte, die zwar über eine zahlenmäßig starke deutschgesinnte Stadtbevölkerung verfügen, sei ebenfalls eine Zunahme der polnischen Sprache besonders in den öffentlichen Verkehrsmitteln wie Reichsbahn, Straßenbahn und Autobus zu beobachten. Die Zunahme des polnischen Sprachgebrauchs in der Straßenbahn habe bereits deutscherseits die Anregung ausgelöst, ähnlich wie in den Ostkreisen besondere Straßenbahnwagen mit dem Aufschrift ‚Nur für Polen‘ einzurichten.“<sup>54</sup>

Die SD-Berichte, die auf der Leitabschnitt-Ebene zusammengefasst und dabei nicht selten mit Ethnologen, Anthropologen (Rassenkundlern) oder lokalen hoch positionierten Politikern vertraulich besprochen wurden, beinhalten interessante, aufschlussreiche Bemerkungen hinsichtlich der lokalen ethnischen und kulturellen Verhältnisse:

„Im sogenannten Teschener Schlesien zeige nach Auskunft von Kennern der Verhältnisse das Sprachproblem insofern ein besonders verworrenes Bild, als einem Fremden die Unterschiede zwischen den Polen und den Schlonsaken erst nach langer und eingehender Beobachtung der Verhältnisse halbwegs durchsichtiger erscheinen als vorher. Nur der seit Jahrzehnten dort ansässige Deutsche verfüge über eine ganz klare Vorstellung der Verhältnisse und könne darauf sein Urteil aufbauen. Eine stur verfolgte Sprachenpolitik anderswo oft erfolgreich, müsse nach Ansicht der Kenner der Verhältnisse immer am Gegensatz Pole – Schlonsake scheitern. Der ältere Schlonsake beherrsche nur selten die deutsche Sprache. Aus einem bäuerlichen Konservativismus heraus halte er unbeirrbar an seiner slawischen Mundart fest, ohne dabei dem Deutschtum oder der deutschen Sprache ablehnend gegenüber zu stehen. Er schickte und schicke seine Kinder gern zur deutschen Schule und freue sich aufrichtig über die Fortschritte seiner Kinder in der deutschen Sprache, ‚denn aus den Kindern soll ja etwas werden‘. Für sich selbst aber habe er keinen Ehrgeiz mehr und bleibe also auch sprachlich, sozusagen ‚aus Bescheidenheit‘, seiner heimatlichen Mundart treu.“<sup>55</sup>

### *Beispiel: Politische Witze*

Auf die deutschen Staatsstellen musste sich schließlich die böartige Hänselei der Staatsführung demütigend auswirken, die in allen Bevölkerungskreisen und Schichten zu verzeichnen war. Alle diese anscheinend

54 Ebd., S. 30–31.

55 Ebd., S. 35.

harmlosen Gerüchte und Witze wurden durch den SD laufend und sorgfältig erfasst. Man wollte wissen, in welchen Milieus, Bevölkerungsgruppen, Arbeitsgruppen und Gebietsteilen sie verbreitet waren. Hier einige Beispiele:

Im Spätsommer 1943, kurz nach der Kapitulation Italiens, berichtete ein gewisser V-Mann Nr. 2422, dass man in den Bergarbeiterkreisen der „Zwischenschicht“ in der Ortschaft Knurow, im polnisch geprägten Kreis Rybnik gelegen, Witze nicht nur über Propagandaminister Goebbels, was schon damals ganz gewöhnlich war, sondern auch über Hitler erzählte:

„Goebbels besichtigt den Kölner Dom. Er sieht sich dabei auch die Figur des gekreuzigten Christus an im Dom. Plötzlich hört Goebbels, wie ihn diese Figur anspricht: ‚Jusef, zieh mir mal die Nägel aus den Füßen heraus, Dich möchte ich mal in den Arsch hacken [in den Arsch treten, Anm. MS].‘“

Ein anderer Witz lautete wie folgt: „Der Führer spricht mit seinem Bild an der Wand. Er fragt das Bild: ‚Nun was geschieht jetzt mit uns beiden?‘ Das Bild antwortet: ‚Mich werden sie herunternehmen und Dich werden sie aufhängen.‘“<sup>56</sup>

Besonders beunruhigend musste für den SD die Tatsache sein, dass neben den gewöhnlichen Deutschen und Volksdeutschen auch die verschiedenen Funktionsträger sich mit beißendem Humor über die Staatsführung äußerten. Der Oppelner SD stellte fest, dass nicht nur Eisenbahnbeamte, sondern auch Parteigenossen sich mit dem folgenden Witz amüsierten:

„Antek trifft Franzek: Wo warst Du so lange?

Franzek: In Berlin beim Aufräumen.

Antek: Bist Du bombengeschädigt?

Franzek: Nun, indirekt.

Antek: Wieso?

Franzek: Auf der Arbeitsstelle grüßte ich mit ‚Heil Hitler‘, da schlug mir jemand mit der Schaufel auf den Kopf!“<sup>57</sup>

Der Führer war zwar am häufigsten Gegenstand von Witzen, doch die Menschen machten auch über einige andere Reichsleiter ihre Späße. Die Außenstelle in Grottkau (Altreich) meldete beispielsweise folgendes Wortspiel, das im Kreis bekannt war:

---

56 AIPN, Bestand GK 644, Sign. 15, SD-Aussenstelle Rybnik an den SD-Leitabschnitt Kattowitz, betr. Allgemeine Stimmung und Lage, Rybnik, 13.9.1943, S. 100.

57 AP Opole, Bestand 2793, Sign. 1, SD-Hauptaussenstelle Oppeln an den SD-Leitabschnitt Kattowitz, betr. Allgemeine Stimmung und Lage, Oppeln, 6.3.1944, S. 85.

„Daß Hess ging – war häßlich!  
 Wenn Ley ginge – wäre leidlich!  
 Wenn Himmler ginge – wäre es himmlisch.“<sup>58</sup>

Im selben Kreis erfasste man auch ein sehr beunruhigendes Beispiel des Sinns für Humor in Gestalt eines Rätsels: „Es liegt nackt auf der Wiese und frißt Gras, was ist das? Der deutsche Mensch im kommenden Kriegsjahr.“<sup>59</sup> Ein ähnlich bitteres Rätsel hörte man im Kreis Teschen mit seiner sehr gemischten polnisch-deutsch-tschechischen Bevölkerung:

„Welcher Unterschied besteht zwischen dem Deutschen Reich und einer Straßenbahn? Antwort: In der Straßenbahn sitzt das Volk hinter dem Führer. Im Reich steht das Volk hinter dem Führer und wer nicht hinter ihm steht, der ‚sitzt‘.“<sup>60</sup>

Ein anderer, besonders beißender Witz aus diesem ethnischen Patchworkkreis lautete:

„Der Führer bekommt ein Telegramm, auf welchem nur ein Komma steht, und welches mit ‚Lord Heß‘ unterzeichnet ist. Der Führer weiß damit nichts anzufangen und fragt den schlauen Dr. Goebbels. Dieser sagt zum Führer: ‚Das ist doch sehr einfach, es heißt Komm-a!‘ (auch).“<sup>61</sup>

### *Beispiel: Nationalitätsbewusstsein*

Überall dort, wo man in den Meldungen die Wörter „Zwischenschicht“, „Polen“, oder „Umsiedler“ nicht benutzt hat, war in der Regel die Rede von Reichsdeutschen. Hier zwei Beispiele:

„Dennoch wirkten sich der sehr kalte Winter 39/40 und ein erstmalig fühlbar werdender Kohlenmangel sowie auch das Ausbleiben größerer militärischer Operationen, die ein schnelles Weiterführen des Krieges

58 AP Katowice, Bestand GK 644, Sign. 7, SD-Aussenstelle Grottkau an die SD-Hauptausenstelle Oppeln, betr. Allgemeine Stimmung und Lage, Grottkau, 21.5.1943, S. 32.

59 AP Katowice, Bestand GK 644, Sign. 7, SD-Aussenstelle Grottkau, [Vermerk], Grottkau, 23.8.1943, S. 55.

60 AP Katowice, Bestand GK 644, Sign. 4, SD-Aussenstelle Teschen – III A 4 Politische Witze, Teschen, 3.4.1943, S. 19.

61 Ebd., S. 18.

zum Sieg gezeigt hätten, doch in gewisser Weise in Teilen der Masse der Bevölkerung stimmungsmäßig verschlechternd aus.“<sup>62</sup>

„Zudem begannen auch hinsichtlich der Haltung Amerikas besonders im Hinblick auf die geschehenen Zwischenfälle in Amerika selbst und auf den Meeren in der Bevölkerung Gerüchte umzulaufen, die auf einen wiederum zu erwartenden Kriegseintritt der USA, ähnlich wie im Weltkrieg, hinwiesen und ebenfalls beunruhigend wirkten.“<sup>63</sup>

Den Reichsdeutschen will ich jedoch hier keine besondere Aufmerksamkeit widmen, vielmehr fokussiere ich mich auf die Polen und die Volksdeutschen der Zwischenschicht sowie auf die Umsiedler in den eingegliederten Ostgebieten. Schon im Dezember 1939 berichtete der SD in Oppeln dem RSHA über die seelsorgerische Betreuung der polnischen Kriegsgefangenen durch die deutsche katholische Kirche in Oberschlesien (Kreise Groß-Strehlitz, Grottkau, Leobschütz, Falkenberg), wobei verschiedene Versöhnungsversuche zwischen den Geistlichen, darunter auch polnisch sprechenden, und den Gefangenen unternommen worden waren. Eine solche Annäherung rief wiederum sofort bei den Volksgenossen in den lokalen Gemeinden Entrüstung und Empörung hervor. Es ging vor allem um die Einladung der Gefangenen zu den Sonntagsgottesdiensten. In manchen Fällen wurde die Gestapo über die positive Haltung einzelner Priester und Pfarrer benachrichtigt. Mit einer gewissen Genugtuung zog der SD folgendes Fazit: „Im Allgemeinen ist das Verhalten der Bevölkerung gegenüber den polnischen Kriegsgefangenen, mit Ausnahme weniger Einzelfälle, zurückhaltend und kühl.“<sup>64</sup> Nichtsdestoweniger wies man auch auf beunruhigende Zwischenfälle hin:

„Es handelt sich um Vorkommnisse in Klein-Schnellendorf, Krs. Falkenberg O/S, wo die Dorfjugend und Bewohner des Dorfes kameradschaftliche Zusammenkünfte mit den im Dorfgasthaus untergebrachten Kriegsgefangenen veranstalteten, wobei im Anschluss daran die Kriegsgefangenen die Mädchen nach Hause begleiteten.“<sup>65</sup>

Nach der gedrückten Stimmung, die in der polnisch gesinnten Bevölkerung während der ersten zwei Jahre des Krieges insbesondere wegen des

---

62 AP Katowice, Bestand 140, Sign. 10, [Hauptaußenstelle Oppeln] III A 4 an SD-Leitabschnitt Kattowitz, Entwicklung der Allgemeinen Stimmung im bisherigen Kriegsverlauf, 18.12.1942, S. 44–49.

63 Ebd.

64 BArch Berlin-Lichterfelde, R 58 (RSHA), Sign. 7467, Sicherheitsdienst SS, SD-Abschnitt Oppeln an das Reichssicherheitshauptamt, Amt III, Berlin, betr. Gefangenenseelsorge, Oppeln, 23.12.1939, S. 103–105.

65 Ebd.

Zusammenbruchs Frankreichs im Frühling 1940 vorherrschte,<sup>66</sup> sind Ende 1942 einige positive Äußerungen in den Gesprächen der auf die Knie geworfenen Polen erschienen. Nach dem Rückschlag bei El-Alamein und dem Einmarsch der deutschen Truppen in Vichy schrieb der SD-Leitabschnitt Kattowitz an das RSHA:

„Die militärischen Ereignisse in Nordafrika und Südfrankreich [im Herbst 1942, Anm. MS] ergänzt durch Gerüchte aller Art haben bei den Polen eine Begeisterungswelle ausgelöst, wie sie bisher (seit 1939) noch nicht beobachtet wurde. Unter diesem Einfluss ist das Auftreten der Polen in der Öffentlichkeit selbstsicherer und frecher geworden. An seinem Arbeitsplatz geht der Pole jedoch fast unverändert seiner Arbeit nach.“<sup>67</sup>

In dem zitierten umfangreichen Bericht mit der eingehenden Darstellung der Entwicklung der Stimmung der polnischen Bevölkerung seit Kriegsbeginn findet man weitere aufschlussreiche Bemerkungen betreffend alternativer Sichtweisen zur damaligen geo-politischen Auseinandersetzung:

„Beachtenswert ist, daß es innerhalb der polnischen Intelligenz nach wie vor zu einem immer wiederkehrenden Gesprächsthema gehöre, Erwägungen darüber anzustellen, ob Polen ein anderes Schicksal erlebt hätte, wenn Pilsudski noch gelebt hätte: Es wurden in diesen Kreisen allerhand Mutmaßungen angestellt. Dabei stehe die Frage im Vordergrund, ob Pilsudski an der Seite Deutschlands am Kriege teilgenommen hätte, was Polen in einem solchen Falle im Westen an Deutschland abgetreten und was es als Entschädigung hierfür im Osten erhalten haben würde. In solchen Gesprächen fände die polnische Phantasie reichlich Nahrung. Diese Polen berauschten sich allenthalben an der Möglichkeit, daß auf diese Weise die halbe oder gar die ganze Ukraine, ja vielleicht alle Eroberungen östlich der ehemaligen polnisch-russischen Grenze, mit kleinen Abstrichen zu Gunsten Rumäniens an Polen gekommen wären.“<sup>68</sup>

Langsam änderte sich auch die Einstellung zur DVL. Zahlreiche ökonomische Vorteile verbunden mit der Aufnahme in die DVL begannen gegen-

66 Da relativ wenige SD-Außenstellen-Berichte aus der Zeit vor dem Herbst 1942 überliefert sind, können zur Stimmungsentwicklung unter den Polen keine eindeutigen Rückschlüsse gezogen werden.

67 AP Katowice, Bestand 140, Sign. 10, SD-Leitabschnitt Kattowitz III B 2 [an RSHA], Stimmung und Verhalten der polnischen Volksgruppe, Kattowitz, 8.12.1942, S. 8.

68 Ebd., S. 15.

über den wahrscheinlichen politischen Konsequenzen im Fall der deutschen Niederlage in den Hintergrund zu treten. Der SD urteilte nüchtern:

„Doch werde vielfach auch heute noch auf ‚polnische‘ Antragsteller zur DVL ein moralischer Druck in der Weise ausgeübt, daß man ihnen für die Zukunft allerlei persönliche Nachteile androhe, weil sie ihr Volkstum verraten hätten. Dieser Druck verwirre oft auch in ihrer Haltung wenig gefestigte Oberschlesier.“<sup>69</sup>

Dagegen weckten einzelne von V-Männern erfasste Meinungsäußerungen die Hoffnung, dass man noch die Polen gegen die Sowjets gewinnen könne. Nach dem Stalingrad-Debakel tröstete man sich in den Berichten sehr gerne mit der polnischen Abneigung gegenüber den Sowjets, wie es in der Meldung des SD-Leitabschnittes Kattowitz vom März 1943 der Fall war:

„Die Bolschewistenfurcht beeinflusse offenbar sehr stark die Einstellung zu den gegenwärtigen Ereignissen an der Ostfront. So habe ein polnischer Bauer im Kreise Loben geäußert: ‚Wenn die Bolschewisten hier einmarschieren sollten, dann bleiben wir auch nicht hier, sondern schließen uns den Deutschen an.“<sup>70</sup>

Dieselbe Meldung beinhaltete aber auch die Erwähnung solcher Erscheinungen des sowjetischen Vormarsches, die in der oberschlesischen Bevölkerung eher die Furcht vor der Roten Armee erweckten und nicht eine allgemeine Feindschaft oder Hass gegen die Sowjetbürger meinten:

„Seit Beginn der sowjetischen Winteroffensive sei bei den Oberschlesiern vielfach ein erhebliches Nachlassen des Interesses an der Deutschen Volksliste zu beobachten. So wird z.B. aus Pleß berichtet, daß bei der Kreisleitung Pleß täglich höchstens 3 bis 4 Beschwerden<sup>71</sup> (gegen früher 30 bis 40) und beim Landratsamt in Pleß täglich kaum 10 Beschwerden (gegen früher 120–140) eingingen. In vielen Fällen hätten Personen, die in Abteilung 3 oder 4 aufgenommen oder abgelehnt worden seien, auf einen Einspruch verzichtet. Darunter Personen, die sich bisher über ihre angeblich ungerechte Einstufung mündlich beklagt hätten. Einige von ihnen hätten in Privatgesprächen

---

69 Ebd., S. 22.

70 AP Katowice, Bestand 140, Sign. 10, SD-Leitabschnitt Kattowitz III B 2 [an RSHA], Stimmung und Verhalten der polnischen Volksgruppe, Kattowitz, 9.3.1943, S. 69.

71 Es geht um Beschwerden gegen zu niedrige Einstufungen in die DVL, meistens in Gruppe III statt in Gruppe II.

den Standpunkt geäußert, sie hätten auch noch nach dem Kriege Zeit, eine Revision ihres Volkslisteverfahrens in die Wege zu leiten.<sup>72</sup>

In dem Bericht der Plesser SD-Außenstelle vom Februar 1943 beklagte man sich noch eindeutiger über die Vergänglichkeit des nationalen Bewusstseins der Quasi-Deutschen aus der dritten DVL-Gruppe:

„In Kreisen der Zwischenschicht und des polnischen Volkstums läuft neuerdings ein Reim herum, der beifällig von den Angehörigen dieser Volksgruppen belacht wird und deutlich kennzeichnet, dass man sich über die im Vers erwähnte Änderung der Verhältnisse freuen würde. Der Vers lautet: ‚Gruppe 1 und 2 uciekaj (ausreisen), Gruppe 3 und 4 bleiben hier.‘ Aus polnischer Quelle wird propagandiert, dass, wenn es den Russen gelingen würde nach Oberschlesien zu kommen, den Polen von Seiten der Russen nichts geschehen würde, dass aber die Deutschen von den Russen ausgerottet werden müssen.“<sup>73</sup>

Die Erfolge der Alliierten im Osten und im Mittelmeerraum im Frühling 1944, darunter auch die Heldentaten der polnischen Truppen, die Schulter an Schulter mit den Briten und US-Amerikanern Italien befreiten, beeinflussten die Stimmung der Polen derart positiv, dass man sich oft ungeübt auf den Strassen über bekannt gewordene Ereignisse unterhielt. Die SD-Außenstelle Sosnowitz, die auch für solche Ortschaften wie Bendsburg (Będzin), Tscheljads (Czeladź), Ilkenau (Olkusz) und Dombrowa (Dąbrowa) zuständig war, meldete dem Kattowitzer Leitabschnitt im März 1944:

„Der Verlauf der Kämpfe an der Ostfront wird von den Polen lebhaft verfolgt und jede Rückverlegung der deutschen Front sowie jede Aufgabe einer Stadt mit Schadenfreude und Genugtuung aufgenommen. Die Polen wollen positiv wissen, daß sich die deutschen Wehrmachtsverbände im Süden der Ostfront in panikartiger Flucht von den Bolschewisten zu lösen versuchten, was ihnen jedoch nur selten gelingen würde, da die bolschewistischen motorisierten Kolonnen als auch die Artillerie den fliehenden deutschen Truppen hart auf den Fersen wäre. Es soll auch, nach Meinung der Polen, bereits eine Unzahl von deutschen Divisionen völlig aufgerieben worden sein, was die Polen z.T. als ‚reihenweises Umlegen‘ bezeichnen.

72 AP Katowice, Bestand 140, Sign. 10, SD-Leitabschnitt Kattowitz III B 2 [an RSHA], Stimmung und Verhalten der polnischen Volksgruppe, Kattowitz, 9.3.1943, S. 88.

73 AP Katowice, Bestand 140, Sign. 23, SD-Aussenstelle Pless an SD-Leitabschnitt Kattowitz, betr. Stimmung und Verhalten der polnischen Bevölkerung sowie der Zwischenschicht, Pless, 15.2.1943, S. 57.

Überhaupt, so stellen die Polen fest, haben sich die Bolschewisten als Meister der Einkesselung erwiesen.“<sup>74</sup>

Im Mai 1944 wurde die Lage hinsichtlich der Stimmung der Polen noch prekärer geschildert:

„Lebhafteren Anteil nehmen die hiesigen politisierenden Polen z.Zt. am Verlauf der Kämpfe in Italien. Die Räumung von Cassino wird von den Polen als eine Heldentat der polnischen Truppen dargestellt, die angeblich mit den Anglo-Amerikanern Seite an Seite kämpfen. Nach einer Version, die in polnischen Kreisen verbreitet ist, ist Cassino nicht wegen der Frontverkürzung aufgegeben worden, wie es die deutschen Nachrichtenorgane berichteten; die deutschen Truppen hätten vielmehr wegen des schneidigen Angriffs der Polen, die Cassino erstürmt hätten, unfreiwillig zurückgehen müssen. Nach den Äußerungen der Polen seien auch im Kampfabschnitt Cassino fast alle deutschen Verteidiger entweder gefallen bzw. in polnische Gefangenschaft geraten. Hierbei wird von hohen und blutigen Verlusten auf deutscher Seite gesprochen. Besonders stolz sind die Polen darauf, daß den polnischen Verbänden beim ersten Angriff geglückt sei, das zu erreichen, was den Engländern und Amerikanern nach monatelangem Ringen nicht gelungen war, nämlich Cassino zu erstürmen. In Zukunft – so erzählen die Polen untereinander – würden die Deutschen noch mehr von der Schlagkraft der polnischen Truppen zu verspüren bekommen.“<sup>75</sup>

Ähnliche, manchmal auch unbegründete Bemerkungen, die für die verbesserte Stimmung der polnischen Bevölkerung sprechen, vernahm man im Kreis Rybnik Ende März 1944:

„Zwei Bergarbeiter in Pschow auf Polnisch: ‚Es wird nicht lange dauern, da werden die Pierones (gemeint sind die Beamten aus Westf.) aber abhauen.‘“ – „Mehrere Männer im Zuge Rybnik–Loslau: (polnisch) ‚Die Russen sind schon in Lemberg und es ist von den Deutschen gänzlich geräumt. Dann brauchen wir nicht mehr lange warten.‘“ – „Die Frau eines [polnischen, Anm. MS] Arbeiters: ‚Die

---

74 AIPN, Bestand GK 644, Sign. 16, SD-Aussenstelle Sosnowitz an den SD-Leitabschnitt Kattowitz, betr. Stimmung und Verhalten der Polen, Sosnowitz, 28.3.1944, S. 135.

75 AIPN, Bestand GK 644, Sign. 16, SD-Aussenstelle Sosnowitz an den SD-Leitabschnitt Kattowitz, betr. Stimmung und Verhalten der Polen, Sosnowitz, 21.5.1944, S. 174.

Polen hoffen stark, daß der Amerikaner kommt und wieder Polen entstehen wird.“<sup>76</sup>

Eine recht exotische Vorstellung von den Interessen der US-Amerikaner auf Grund der aktuellen Ereignisse erfasste der SD Beuthen, der neben der *par excellence* deutsch geprägten Stadt auch den überwiegend von Polen bewohnten Landkreis Tarnowitz überwachte:

„VM [Vertrauensmann, Anm. MS] 3 berichtet, dass in Arbeiterkreisen und besonders in den Kreisen der Zwischenschicht folgendes Gerücht erzählt wurde: Russland werde den Krieg zwar gewinnen, doch werde es Oberschlesien nicht bekommen, sondern O/S werde eine Kolonie der USA werden.“<sup>77</sup>

Die Vorhersagen und Verschwörungstheorien der unzureichend oder falsch informierten Menschen zur Zukunft des Krieges bildeten einen bemerkenswerten Teil der Meldungen. Beispielsweise findet man in einem SD-Bericht folgenden Satz kurz nachdem bis heute umstrittenen und nicht definitiv geklärten Absturz des Flugzeugs des polnischen Premierministers der Exilregierung und gleichzeitigen Befehlshabers der polnischen Streitkräfte im Westen General Władysław Sikorski im Juli 1943:

„Ein Ingenieur der Silesiahütte in Rybnik berichtet z.B.: ‚Die Ermordung Sikorskis durch die Engländer hat der hies. Zwischenschicht die Praktiken derselben in ganzer Größe gezeigt. Wenn auch die Polen die Engländer nunmehr zu Gänze erkannt haben, so muß man dennoch eine gewisse Gleichgültigkeit in ihren Kreisen feststellen.“<sup>78</sup>

### *Beispiel: Umsiedler*

Von Ende 1939 bis Anfang 1940 sind ca. 150.000 Volksdeutsche aus Ostgalizien und Wolhynien (vormals Polen) ins Reich umgesiedelt worden. Mehrere Tausend von ihnen wurden daraufhin in dem südöstlichen Streifen des Regierungsbezirkes Kattowitz angesiedelt. Dabei wurden im Rahmen der „Aktion Saybusch“ nahezu 20.000 Polen ins GG deportiert und weitere intern

76 AIPN, Bestand GK 644, Sign. 15, SD-Aussenstelle Rybnik [an den SD-Leitabschnitt Kattowitz], betr. Stimmung und Verhalten der Polen und polnischgesinnten Zwischenschicht, Rybnik, 30.3.1944, S. 154–155 [156].

77 AP Katowice, Bestand 140, Sign. 12, SD-Aussenstelle Beuthen an den SD-Leitabschnitt Kattowitz, betr. Stimmungsbericht, Beuthen, 2.3.1943, S. 34.

78 AIPN, Bestand GK 644, Sign. 15, SD-Aussenstelle Rybnik – Anlage zum Bericht: „Allgemeine Stimmung und Lage“, betr. Stimmen zum Tode Sikorskis, Rybnik, 19.7.1943, S. 28.

umgesiedelt. Im Herbst 1940 und im Winter 1940/1941 kam die zweite Welle der Umsiedler ins Reich. Es handelte sich dabei vor allem um Volksdeutsche aus der Bukowina und Bessarabien, die aufgrund der deutsch-sowjetischen und deutsch-rumänischen Verträge umgesiedelt worden waren. Bereits Ende 1940 starteten im Kattowitzer Stab des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums die Planungsarbeiten zum Zwecke der Ansiedlung von etwa 25.000 Bukowinadeutschen und einigen Tausend Bessarabiendeutschen. Die „Buchenlandaktion“ dauerte bis 1943 und gewissermaßen sogar bis 1944. Anfang 1943 lebten im Gau Oberschlesien insgesamt annähernd 38.000 Ansiedler; zudem erwarteten einige Tausend in den Umsiedlerlagern des Gaues Lebende ihre Ansiedlung.<sup>79</sup>

Die Umsiedler wurden schon während der sogenannten Trecks aus den sowjetisch besetzten Teilen Ostpolens Ende 1939/Anfang 1940 durch den SD überwacht und nachrichtendienstlich erforscht:

„Vom Amt VI [SD Auslandsnachrichtendienst, Anm. MS] des RSHA sind 80 SD-Angehörige aus dem ganzen Reichsgebiet nach Wolhynien und Galizien entsandt worden, die als Umsiedlungsbevollmächtigte bzw. Helfer tätig sind, gleichzeitig aber die Aufgabe haben, nach ihrer Rückkehr ihre Eindrücke über gewonnene Erfahrungen niederzulegen.“<sup>80</sup>

In den oberschlesischen SD-Berichten wurden die meistens in Ostoberschlesien angesiedelten deutschen „Rückkehrer“ relativ selten erwähnt. Zahlenmäßig kann man die Erwähnungen der Ansiedler mit denen der Juden vergleichen. Aus den überlieferten Meldungen geht hervor, dass man im SD eine eher negative Vorstellung über diese nicht homogene Bevölkerungsgruppe hatte. Die SD-Mitarbeiter bzw. ihre Informanten hegten gewisse Vorbehalte den Umsiedlern gegenüber. So meldete die Außenstelle Rybnik beispielsweise im März 1943: „Einem hiesigen Mitarbeiter ist es aufgefallen, dass volksdeutsche Umsiedler aus dem Buchenlande in der

---

79 Mehr bei *Sikora, Mirosław*: Historiker, Quellen, Forschung. Eine Analyse am Beispiel des Projekts „Kolonisation des Kreises Saybusch/OS. durch das Dritte Reich in den Jahren 1939–1945“. In: Hans-Werner Retterath (Hg.): Zugänge. Volkskundliche Archiv-Forschung zu den Deutschen im und aus dem östlichen Europa (Schriftenreihe des IVDE, 16). Münster, New York 2015, S. 75–98; *Ders.*: Niszczyc, by tworzyć. Germanizacja Żywiecczyzny przez narodowosocjalistyczne Niemcy 1939–1944/45 [Vernichten, um zu gestalten. Die Germanisierung des Żywiecer Landes durch das nationalsozialistische Deutschland 1939–1944/45]. Katowice 2010.

80 RGWA Moskau, Reichssicherheitshauptamt Nr. 500, Inventar 3, Sign. 249-1, [Vermerk], Berlin, 9.1.1940, S. 4–5.

Eisenbahn sich laut der rumänischen Sprache bedienen.“<sup>81</sup> Noch negativer fiel ein Bericht derselben Außenstelle im Sommer desselben Jahres aus: „Von einem Umsiedler aus dem Buchenland, Lehrer, wird erzählt, er spreche beim Hamstern polnisch, um den Leuten zu gefallen und zu imponieren. Es scheint, als suchten diese Leute für den Fall einer deutschen Niederlage schon eine Rückversicherung bei den Polen.“<sup>82</sup> Auch die Enttäuschung über den Ausgleich des in den Umsiedlungsgebieten zurückgelassenen Vermögens in der Siedlungszone Oberschlesiens tauchte in den Berichten auf:

„Missstimmung innerhalb der Umsiedler. Von einer Mitarbeiterin [des Sicherheitsdienstes, Anm. MS], die selbst Umsiedlerin ist, ist mitgeteilt worden, daß die Stimmung innerhalb der Umsiedler im Kreis Saybusch aus folgenden Gründen schlecht sei. Die dortigen Polizei- und SS-Männer, die die Aussiedlung der Polen tätigen, ließen sich von diesen bestechen, sodaß die deutschen Siedler nichts mehr vorfinden, wenn sie ihr neues Heim beziehen.“<sup>83</sup>

Auf die Möglichkeit eines „heuchlerischen“ Verhaltens der deutschen Rückkehrer wies im Januar 1944, obwohl indirekt, die Außenstelle Sosnowitz hin:

„In Umsiedlerkreisen werde sogar davon gesprochen, daß man z.Zt. ‚keine Lust‘ hätte, nach Rumänien zu fahren, weil das nicht mehr so einfach sei. Um dorthin zu gelangen, müßte man evtl. über Ungarn und die Slowakei fahren und das würde immerhin Schwierigkeiten machen.“<sup>84</sup>

### *Schlussbetrachtung und Forschungspostulate*

Die SD-Berichte aus der Provinz Oberschlesien liegen in ausreichend großer Anzahl vor – wobei sie sich inhaltlich manchmal wiederholen –, sodass man auf dieser Basis eine repräsentative und aussagekräftige Einschätzung über dieses Gebiet treffen kann. Welche Schlussfolgerungen können daraus in Bezug auf das Nationalitätsgefüge Oberschlesiens überhaupt gezogen werden?

81 AP Katowice, Bestand 140, Sign. 25, SD-Aussenstelle Rybnik an SD-Leitabschnitt Kattowitz, betr. Allgemeine Stimmung und Lage, Rybnik, 3.3.1943, S. 16.

82 AIPN, Bestand GK 644, Sign. 15, SD-Aussenstelle Rybnik [an SD-Leitabschnitt Kattowitz], betr. Stimmung und Verhalten der Polen, Rybnik, 28.8.1943, S. 72.

83 AIPN, Bestand GK 644, Sign. 16 [sic!], SD-Aussenstelle Rybnik [an SD-Leitabschnitt Kattowitz], betr. Mißstimmung innerhalb der Umsiedler, Rybnik 26.6.1943, S. 58.

84 AIPN, Bestand GK 644, Sign. 16, SD-Aussenstelle Sosnowitz an SD-Leitabschnitt Kattowitz, Sosnowitz, 25.1.1944, S. 96–97.

Anhand der untersuchten Quellen komme ich zu dem Schluss, dass die durch den SD zwar unprofessionell betriebene Meinungsforschung gewissermaßen doch erfolgreich war. Ausgehend von den Außenstellen versorgte man über Leitabschnitte regelmäßig das RSHA in Berlin mit Informationen über die winzigsten Erscheinungen der Enttäuschung oder Befriedigung der einzelnen Gesellschaftsschichten und Bevölkerungsgruppen Oberschlesiens.

Aus einem anderen Blickwinkel betrachtet muss man jedoch fragen, inwieweit diese sogar zuverlässigen Nachrichten dem Propagandaministerium und den anderen Behörden geholfen haben, ihre Politik effizienter zu betreiben. Wozu haben die sorgfältig beschafften Informationen beigetragen? Welche Entscheidungen wurden auf ihrer Basis und mit welchem Ergebnis getroffen?

Andere spannende Fragen für die zukünftige Forschung lauten: Lassen sich die Ergebnisse dieser Stichprobe (SD im Gau Oberschlesien) auf die gesamten eingegliederten polnischen Gebiete übertragen? Hat sich der SD genauso intensiv in der Erkundung der Stimmung im Warthegau oder in Pommern engagiert? Weiter könnte untersucht werden, wieviele Personen und von welcher Herkunft sich im Laufe des Krieges zur Zusammenarbeit mit dem SD in Ostoberschlesien und in den übrigen eingegliederten Ostgebieten verpflichtet haben.

Schließlich soll noch betont werden, dass der SD keinesfalls die einzige Informationsquelle der NS-Staatsführung war. Diese Funktion erfüllte auch recht erfolgreich – wie es die Fallstudien überzeugend nachweisen – die NSDAP selbst, nämlich mit ihrer „Armee“ der Block- und Zellenleiter, die über einen steten und engen Zugang zu Millionen Deutscher verfügten.<sup>85</sup>

---

85 Vgl. *Węcki, Mirosław*, *Nastroje w Zabrze w latach II wojny światowej w świetle raportów sytuacyjnych partii nazistowskiej*. In: *Kroniki Miasta Zabrze [Die Stimmungen in Zabrze (Hindenburg) in den Jahren des Zweiten Weltkrieges im Lichte der Lageberichte der Nazi-Partei]*. In: *Chroniken der Stadt Zabrze (Hindenburg)*, 7 (24) (2015), S. 171–196.

## Streszczenie

Mirosław Sikora

„Wysiłki zmierzające do upowszechnienia języka niemieckiego, jako podstawowego języka komunikacji spełżyły na niczym ...“ – Volksdeutsche i Polscy w sprawozdaniach o nastrojach Służby Bezpieczeństwa SS w Katowicach 1939–1944

Upłynęło już ponad 30 lat od momentu ukazania się monumentalnej, siedemnastotomowej edycji źródeł pod redakcją uznanego niemieckiego archiwisty Heinza Boberacha, zatytułowanej „Meldunki z Rzeszy. Tajne sprawozdania sytuacyjne Służby Bezpieczeństwa SS 1939–1945“. Towarzysząca publikacji dyskusja historyków na temat roli, jaką analizy SD odegrały w procesie podejmowania decyzji przez kierownictwo nazistowskich Niemiec, trwa po dzień dzisiejszy. W 2008 roku inny niemiecki historyk Carsten Schreiber w swojej książce pt. „Elita w ukryciu. Ideologia i regionalne praktyki wywierania wpływu Służby Bezpieczeństwa SS i jej sieci informacyjnej na przykładzie Saksonii“, wy tłumaczył w detalach skomplikowaną logikę i infrastrukturę przetwarzania informacji SD na regionalnym szczeblu władzy. Obecnie, bazując na ustaleniach i konkluzjach wymienionych, oraz innych badaczy, pokusić się można o zrekonstruowanie i ocenę działań o charakterze informacyjno-analitycznym, podejmowanych przez SD na obszarze polskich ziem, wcielonych do III Rzeszy. W odniesieniu do prowincji górnośląskiej w ogóle i tzw. pasa wschodniego (stanowiącego jej wschodnią rubież) w szczególności, badanie takie jest nie tylko możliwe, ale również – dzięki wyśmienicie zachowanym dokumentom SD – pozwala mieć nadzieję na miarodajne wnioski. W zasobie Archiwum Instytutu Pamięci Narodowej w Warszawie i Archiwum Państwowego w Katowicach przechowywanych jest kilkaset sprawozdań SD. Są to okresowe meldunki lokalnych (powiatowych) delegatur SD, przesyłane do regionalnej centrali SD w Katowicach, a stamtąd w skompilowanej wersji do kwatery głównej SD w Berlinie.

W moim przyczynku nie będę odnosił się do *par excellence* zbrodniczej misji, jaką SD realizowała na Wschodzie wobec narodów słowiańskich i Żydów, lecz uwzględnię jedynie informacyjny (wywiadowczy) charakter zadań stawianych przed SD. Opierając się na przykładzie terenu wschodniego Górnego Śląska zaprezentowana zostanie teza, w myśl której SD pełniła funkcję swoistego instrumentu, za pomocą którego władze partyjno-rządowe usiłowały zmierzyć postępy w zakresie szeroko rozumianej germa-

nizacji ludności autochtonicznej. Funkcjonariusze SD, operujący w Lublińcu, Tarnowskich Górach, Pszczynie, Bielsku, Cieszynie, czy Sosnowcu pozyskiwali od swoich informatorów dane, na podstawie których formułowali następnie ilościowe i jakościowe wnioski na temat nastroju i postaw politycznych Niemców, Polaków, oraz przedstawicieli tzw. warstwy pośredniej (ludności labilnej narodowościowo).

W orbicie zainteresowania SD znajdowały się szczególnie takie kwestie jak: komentowanie decyzji najwyższych władz Rzeszy, opinie na temat zaopatrzenia w żywność i inne krytyczne zasoby, postrzeganie relacji polsko-niemieckich, świadomość narodowa mieszkańców regionu (tzw. warstwy pośredniej). Jeszcze przed klęską stalingradzką SD zgromadziła dowody na to, że polityka germanizacji lokalnej populacji spaliła de facto na panewce. O niepowodzeniu tym przekonać się można było spacerując po ulicach, gdzie mimo obostrzeń wybrzmiewał język polski. W dwóch ostatnich latach wojny nastroje ludności pogorszyły się do tego stopnia, iż raportujący zmuszeni byli koloryzować nieco swoje analizy, by nie być posądzonym o sianie defetyzmu.



*Steffen A. Wasko*

## Biopolitik in Ostoberschlesien

### Grenzpolitik als Technik nationalsozialistischer Bevölkerungspolitik

#### 1. Einleitung

„Die Vergangenheit kannte die Prinzipien der Germanisierung, der Slawisierung und Romanisierung [...] [w]ährend wir diesen üblen Erscheinungen des Liberalismus [...] abgeschworen haben. Ein bewusst völkisches Volk kann nicht sein Volkstum dem anderen Volkstum aufdrücken wollen in dem Glauben, man könne die inneren Bedingtheiten dieses Volkes dadurch verändern“<sup>1</sup>.

Josef Wagner, der Gauleiter und Oberpräsident von Schlesien, bringt hier zum Ausdruck, was ich im Folgenden als qualitativen Wandel des Begriffs „Bevölkerung“ bezeichnen möchte. Wagner, bisher in der Forschung als Vertreter einer milden Politik mit einer „kritischen Haltung“<sup>2</sup> charakterisiert, war ebenso wie sein Nachfolger Fritz Bracht entschlossen, dieses neue Paradigma der „Germanisierung des Bodens“ in Ostoberschlesien erfolgreich umzusetzen. Der ideologischen Prämisse folgend, dass die europäische Bevölkerung aus verschiedenen Völkern besteht, deren jeweilige Konstitution nicht zur Disposition steht, strebten die Germanisierer Ostoberschlesiens die „Eindeutschung“ dieser Region durch Exklusion der „Fremdvölkischen“ und Integration von „Deutschen“ an. Doch sahen sich Wagner, Bracht sowie die federführenden Institutionen der Bevölkerungspolitik gerade in Ostoberschlesien vor hausgemachte Probleme gestellt, die sich angesichts der rigorosen Annexionen, dem Lebensraum-Ideologem entsprechend, sowie der damit verbundenen heterogenen Bevölkerungszusammensetzung ergaben. Wie war es räumlich möglich, die menschenverachtenden Prämissen der (1) Erweiterung von „Lebensraum“ bei gleichzeitiger (2) „rassischer Reinheit“ miteinander in Einklang zu bringen?

Im Folgenden möchte ich den Fragen nachgehen, *wie* innerhalb der deutschen Bevölkerungspolitik in Ostoberschlesien *welche* Bevölkerungsteile

---

1 Josef Wagner, undatiert vor 1939, Archiwum Państwowe w Katowicach [Staatsarchiv Kattowitz] (APK), 117/1607, Bl. 3.

2 *Broszat, Martin*: Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945. Stuttgart 1961, S. 93.

räumlich als Auszuschließende und als Zugehörige bestimmt wurden. War es für die deutschen Besatzer ausgemachte Sache, dass jüdisches Leben anfangs innerhalb, später auch außerhalb des Reiches, vernichtet werden muss, so herrschte Uneinigkeit darüber, wie mit der polnischen sowie der als „schlesisch“, „wasserpolsch“, „schlonsakisch“ oder „goralisch“ bezeichneten Bevölkerung zu verfahren ist.

Bemüht um eine der Sache nach differenzierte Darstellung, geht es mir vor allem darum, die Verschränkung von exklusiven und integrativen Maßnahmen der Bevölkerungspolitik gleichermaßen als der nationalsozialistischen Ideologie und Praxis immanente darzulegen. Dabei werde ich zunächst das Konzept der Bio-Politik historisch als auch theoretisch darlegen, um so die Identitätskonstruktionen in Oberschlesien vor 1939 zu skizzieren sowie im anschließenden Hauptteil auf die Spezifika des Herrschaftsapparats und darauffolgend die für Ostoberschlesien charakteristische Grenzpolitik einzugehen.

## 2. Die Biologisierung des Gesellschaftlichen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts

Der hier behandelte Gegenstand, Bevölkerungspolitik während des Zweiten Weltkriegs, bedarf zunächst der historischen Einbettung, damit deutlich wird, inwiefern es sich hier um einen Bruch mit bisherigen Konzepten der Bevölkerungspolitik handelt. Ich bin der Überzeugung, dass man zu einem tieferen Verständnis sowie einer besseren Analyse gelangt, wenn man die deutsche Bevölkerungspolitik der 1930er- und 1940er-Jahre in den größeren historischen Rahmen der *Biologisierung des Gesellschaftlichen* einbettet.

Dieser Prozess begann sich Michael Wildt zufolge in Form einer Ethnisierung in Europa ab dem Ende des 19. Jahrhunderts abzuzeichnen. Während die Nation des 18. und 19. Jahrhunderts sich primär als Rechtsgemeinschaft, deren Identität in erster Linie eine politische war, verstand, griffen völkische Bewegungen vermehrt, vor allem nach dem Ersten Weltkrieg, auf genealogische und schließlich genetische Eigenschaften als Charakteristika ihrer Gruppenidentität zurück. Die Neugestaltung Europas nach dem Ersten Weltkrieg tendierte oftmals zur ethnischen Homogenisierung innerhalb staatlicher Organisation.<sup>3</sup> Der Gedanke eines homogenen Volkes als genealogische Gemeinschaft innerhalb eines territorialen Staatsgebietes manifestierte sich in der Idee des *ethnos*, „in dem imaginierte Abstammungsgemeinschaften,

3 Beispielsweise die „Bevölkerungstransfers“ zwischen Griechenland und der Türkei, die Gründung des polnischen Staates und die Neuordnung des Balkans sind Ausdruck völkisch homogener Staatskonzepte.

Geschichtsmythen, Phantasmen von gemeinschaftlichem Blut und Boden miteinander verknüpft werden.“ Dies steht im Gegensatz zum Volk im nationalstaatlichen Sinn als *demos*, „für das Rechtsgenossenschaft und staatsbürgerliche Gleichheit kennzeichnend sind“<sup>4</sup>.

Die Biologisierung der Gesellschaft radikalisierte sich schließlich im Rassenantisemitismus, als im Zuge des Ersten Weltkriegs „Nationalismus und Antisemitismus [...] bei den Mittelmächten eine verhängnisvolle Allianz“<sup>5</sup> eingingen. Diese „rassische“ Form der Differenzierung erlaubt es, über den genealogischen Rahmen hinauszugehen und ahistorische, biologische Kriterien als Bedingungen der Zugehörigkeit und des Ausschlusses zu bestimmen. Die entscheidende Zäsur, die das Volk von der Nation trennt, wird durch den Biologismus gesetzt. Die nationalsozialistische „Rassenation“ definierte demnach ihr Staatsterritorium nicht mehr nach staatsrechtlichen Grundsätzen, sondern Territorium und Volk treten nach vermeintlichen Lebensgesetzen in einen Zusammenhang und formen den „Lebensraum“. Diese Homogenitätsvorstellungen wurden im bürgerlich-konservativen und völkisch-nationalistischen Milieu in den Bevölkerungswissenschaften ab Ende des 19. Jahrhunderts sozio-biologistisch fundiert. Demnach bestand für diese „wissenschaftlichen“ Kreise ein Zusammenhang zwischen den biologischen Qualitäten und den sozialen Verhältnissen von Menschen, die sie auf die genetische Disposition menschlicher Rassen zurückführten.<sup>6</sup> Dieses „Rassenparadigma“, das in den Gesellschaftswissenschaften der 1930er-Jahre weit verbreitet war, stellt nicht unbedingt ein deutsches Spezifikum dar. Das Besondere in Deutschland war nicht die Ideologie selbst, sondern dass sie zum zentralen Prinzip eines modernen Staates wurde.

Dieser politisch-ideengeschichtliche Prozess der Biologisierung des Gesellschaftlichen begleitete eine technische Entwicklung, die Michel Foucault zufolge eine andersartige Form der herrschaftlichen Machtausübung bedingte. Nach Foucault setzte im 17. Jahrhundert eine Transformation der Machtmechanismen ein. Während bis dahin herrschaftliche Macht sich in erster Linie negativ durch das Recht „sterben zu *machen* oder leben zu *las-*

---

4 Wildt, Michael: Biopolitik, ethnische Säuberungen und Volkssouveränität. Eine Skizze. In: Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung, 15 (2006), H. 6, S. 87–105, S. 91.

5 Weichlein, Siegfried: Nationalbewegungen und Nationalismus in Europa. Darmstadt 2006, S. 144.

6 Vgl. Haar, Ingo: Inklusion und Genozid. Raum- und Bevölkerungspolitik im besetzten Polen 1939 bis 1944. In: Beer, Mathias, Dietrich Beyrau und Cornelia Rauh-Kühne (Hg.): Deutschsein als Grenzerfahrung. Minderheitenpolitik in Europa zwischen 1914 und 1950. Essen 2009, S. 37–59, S. 38.

sen<sup>67</sup> artikuliert, entwickelte sich das Instrumentarium der Machtausübung derart, dass er von einer neuen Art der Macht spricht: der Bio-Politik. Der technische Fortschritt in der Medizin, Biologie, in den Sozialwissenschaften etc. ermöglichte nun bei der Machtausübung auf völlig andere Mittel zurückzugreifen, so dass das erwähnte alte Recht abgelöst worden ist „von einer Macht, leben zu *machen* oder in den Tod zu *stoßen*“<sup>68</sup>. Während das alte Recht primär über den Tod Macht ausübte, so ist es nun aufgrund neuer Technologien möglich, das Leben selbst direkt zu steuern.

Geburtenkontrolle, Fertilitätsraten, Hygiene, Seuchenbekämpfung, Demografie etc. fungieren in dem Sinne als Technologien der Macht, um Leben zu regulieren, es wachsen zu lassen oder zu dezimieren. Leben kann nun bewusst gefördert werden, kalkuliert gehemmt oder kontrolliert verändert werden. Mit dem Aufkommen dieser Technologien geschieht es, dass „zum ersten Mal [...] sich das Biologische im Politischen“<sup>69</sup> reflektiert. Die nackte biologische Existenz wird nunmehr eine politischen Disposition, oder wie Foucault sagt: „Weit mehr als das Recht ist das Leben zum Gegenstand der politischen Kämpfe geworden“<sup>70</sup>. Adressat dieser Biopolitik ist schlichtweg die Bevölkerung, welche den Maßnahmen und Eingriffen in die „Fortpflanzung, die Geburten- und Sterblichkeitsrate, das Gesundheitsniveau, die Lebensdauer, die Langlebigkeit“<sup>71</sup> unterworfen ist. Eine derartige Politik setzt sich zur Aufgabe menschliches Leben nach biologischen Kriterien nicht nur zu erhalten, sondern vielmehr es gezielt zu steigern. Es geht um die „vollständige[n] Durchsetzung des Lebens“<sup>72</sup>. Die Bevölkerung ist demnach einer ständigen Selektion unterworfen, welche eine biologische Optimierung anstrebt. Diesem Prozess war auch Ostoberschlesien unterworfen, eine Region, die eine sehr heterogene ethnische Zusammensetzung aufwies.

### 3. *Oberschlesien als Raum vielfältiger ethnischer Identitätskonstruktionen*

Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts muss, wie Waclaw Długoborski feststellt, eine nationale Einteilung der Bevölkerung Oberschlesiens scheitern, da die Mehrheit kein klar ausgeprägtes nationales Bewusstsein hatte. Eine derartige Vereinfachung, „etwa nach dem Annäherungsgrad an das ‚ideale

---

7 Foucault, Michel: Der Wille zum Wissen (Sexualität und Wahrheit, 1). Frankfurt am Main 1977, S. 162.

8 Ebd., S. 165.

9 Ebd., S. 170.

10 Ebd., S. 173.

11 Ebd., S. 166.

12 Ebd.

Modell<sup>c</sup> des Polen oder Deutschen [...]“<sup>13</sup>, verzerre die sozialen Verhältnisse Oberschlesiens. In der Folgezeit entwickelte sich hier ein ausgeprägtes regionales Selbstbewusstsein, wie es für Grenzregionen einerseits und für diese Zeit andererseits völlig typisch ist. Die verhältnismäßig starke regionale Identität in Oberschlesien zeigt sich beispielsweise in der schlonsakischen Bewegung, die seit den 1870er-Jahren in Erscheinung trat. Sie setzte sich zur Aufgabe den oberschlesischen Dialekt als Schriftsprache zu etablieren und forderte generell mehr Autonomie für das preußische Oberschlesien. Nach der Niederlage des Deutschen Reichs im Ersten Weltkrieg gingen die Forderungen dieser Bewegung nach mehr Eigenständigkeit sogar so weit, dass sie, nun als neu gegründetes „Oberschlesisches Komitee“, einen eigenen oberschlesischen Staat verlangten.<sup>14</sup>

Interessanterweise wurde seitens der 1919 gegründeten Nachfolgeorganisation „Bund der Oberschlesier“ die Forderung nach nationalstaatlicher Autonomie mit der Feststellung legitimiert, die Oberschlesier seien ein „eigenblütige[s] Einheitsvolk slavo-germanischer Blutmischung“<sup>15</sup>. Bereits hier manifestiert sich jener oben genannte Bruch dessen, wie sich eine Bevölkerung versteht: Von einer vorrangig kulturellen Identität des 19. Jahrhunderts vollzieht sich im 20. Jahrhundert der Übergang zu einer biologistischen Auffassung der Zugehörigkeit; auf Basis historischer Entwicklungen wird eine genealogische Einheit und darauf aufbauend eine genetische Disposition konstruiert.

Nach dem Ersten Weltkrieg waren sich aber Deutschland und Polen zusammen mit der Tschechoslowakei und den Alliierten in dem Punkt einig, dass sie keinen zweiten Freistaat wie Danzig wünschten und damit die oberschlesischen Autonomiebestrebungen entschieden ablehnten.<sup>16</sup> Vielmehr galt es von deutscher und polnischer Seite, die oberschlesische Bevölkerung für sich zu gewinnen, um somit das oberschlesische Territorium dem jeweiligen Staat zuzuschlagen. So wurde Oberschlesien in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg zwischen polnischen und deutschen Nationalisierungspolitiken förmlich zer-

---

13 *Długoborski, Waclaw*: Industrialisierung und „nationale Frage“ in Oberschlesien mit besonderer Berücksichtigung der Rolle der Migration von Arbeitskräften. In: Conze, Werner, Gottfried Schramm und Klaus Zernack (Hg.): *Modernisierung und nationale Gesellschaft im ausgehenden 18. und im 19. Jahrhundert*. Referat einer deutsch-polnischen Historikerkonferenz. Berlin 1979, S. 193–230, S. 201.

14 Vgl. *Ther, Philipp*: Die Grenzen des Nationalismus. Der Wandel von Identitäten in Oberschlesien von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1939. In: von Hirschhausen, Ulrike und Jörn Leonhard (Hg.): *Nationalismen in Europa. West- und Osteuropa im Vergleich*. Göttingen 2001, S. 322–346, S. 333f.

15 Zit. nach ebd., S. 334.

16 Vgl. ebd., S. 335.

rieben, und die aus diesen Spannungen resultierende Gewalt entlud sich in den drei Schlesischen Aufständen. Am 21. März 1921 sollte schließlich die oberschlesische Bevölkerung in einem Plebiszit selbst entscheiden, ob sie dem deutschen oder dem polnischen Staat angehören wollte. Das Ergebnis wurde von Gewalt aus beiden Lagern begleitet, ging aber schließlich trotz der vehementen polnischen Propaganda zu Gunsten Deutschlands aus. Man läge jedoch falsch in der Annahme, dies als ein Indiz für ein überwiegend „deutsches Nationalgefühl“ zu werten. Philipp Ther geht vielmehr davon aus, dass dabei „die Attraktivität der jeweiligen Identitätsangebote“<sup>17</sup> entscheidend gewesen war. Auch den Zeitgenossen war bewusst, dass es sich bei der Abstimmung nicht um einen, wie von den Nationalisten verkörperten, „Volkstumskampf“ handelte. Der Breslauer Geograf Wilhelm Volz beobachtete 1921, dass „je höher der soziale Stand der Bevölkerung, desto mehr deutsche Stimmen“ zu verbuchen waren. Demnach „wird die ganze oberschlesische Frage zur kulturellen, zur sozialen Frage! Es ist ein grober Irrtum, in ihr ein nationales Problem sehen zu wollen.“<sup>18</sup> Auf Drängen Frankreichs wurde allerdings der ganz überwiegende Teil Oberschlesiens einschließlich Ostoberschlesiens dem polnischen Staat zugeschlagen und polonisiert.

Für Oberschlesien kann jedenfalls bis 1939 gesagt werden, dass in dieser Region zwar ein besonders ausgeprägtes regionales Selbstbewusstsein bis hin zu einem essenzialisierenden Biologismus vorherrschte, die Region sich aber durch die Pluralität an Identitätsangeboten vor allem durch sehr dynamische und kontingente Prozesse der Identitätskonstruktion auszeichnete.

#### 4. Ostoberschlesien unter deutscher Besatzung

Als im Zuge des Angriffskriegs gegen Polen 1939 der polnische Staat zerschlagen und das Staatsgebiet im Zuge des „Hitler-Stalin-Pakts“ aufgeteilt wurde, geriet ganz Oberschlesien, einschließlich Ostoberschlesiens, unter deutsche Herrschaft. Diese heterogene Region sollte nun in der Folgezeit zum Konfliktherd zwischen Prämissen der völkisch-rassischen Homogenisierung und der malthusianischen Ausweitung „deutschen Lebensraums“ werden. Die deutsche Bevölkerungspolitik in Ostoberschlesien als Bio-Politik zu verstehen und darin die Bevölkerungspolitik einzubetten, bedeutet einerseits die Spezifika des Herrschaftsapparats im Gegensatz

17 Ebd., S. 344.

18 Volz, *Wilhelm*: Oberschlesien und die oberschlesische Frage. Breslau 1922, S. 62 (Sonderabdruck aus der Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin 1922, S. 161–234; Hervorh. im Orig. gesperrt gedruckt).

zur bisherigen staatsrechtlichen Norm zu erörtern sowie andererseits zu beleuchten, inwiefern die Techniken der Herrschaftspraxis die biologischen Dispositionen der Bevölkerungen betreffen und ihr Wachstum gezielt beeinflussen. Zunächst möchte ich darstellen, dass wir es in Ostoberschlesien nach 1939 mit einem vom „Altreich“ verschiedenen Herrschaftsapparat zu tun haben, der nach dem biologistischen Lebensraum-Ideologem sowie nach dem Paradigma des essenzialisierten „Volkstums“ ausgerichtet war.

#### 4.1 Der Herrschaftsapparat

Mit dem Erlass zur „Gliederung und Verwaltung der Ostgebiete“ vom 8. Oktober 1939 annektierte schließlich das Deutsche Reich die polnischen Nord- und Westgebiete, allerdings weit über die ehemaligen Grenzen von 1918 hinaus. Deutscher „Lebensraum im Osten“ war nun zumindest „formal“ gewonnen. Den nächsten Schritt bildete die Schaffung neuer „ethnographischer Verhältnisse“, die nur mittels einer tatkräftigen politischen Elite in den annektierten Gebieten umgesetzt werden konnten. Daher musste man bei der Besetzung der Zivilverwaltung nach spezifischen, den Zielen dienlichen Kriterien verfahren. Zunächst aber blieben der Aufbau und die Kompetenzen der Zivilverwaltung in den annektierten Gebieten unklar. Die bloße Übertragung des Reichsrechts auf die annektierten nord- und westpolnischen Gebiete schien seitens der NS-Führung für die „volkstumpolitischen Aufgaben“ nicht dienlich zu sein.<sup>19</sup> Im Erlass vom 8. Oktober hieß es noch, dass den Reichsstatthaltern beziehungsweise Oberpräsidenten als Chefs der Zivilverwaltung in den neuen Reichsgauen „sämtliche Verwaltungszweige zugewiesen“ werden sollten, und dass die „Sonderbehörden in der Kreisstufe [...] bis auf weiteres den Landräten unterstellt“ seien.<sup>20</sup> Dies bedeutete jedoch, dass die einzelnen Reichsministerien keinen Zugriff mehr auf die jeweiligen Ressorts der lokalen Verwaltung haben sollten. Die Durchführungsverordnung über die „Gliederung und Verwaltung der Ostgebiete“<sup>21</sup> vom 2. November 1939, welche den Erlass Hitlers vom 8. Oktober näher

19 Vgl. *Broszat*, Nationalsozialistische Polenpolitik (wie Anm. 2), S. 49.

20 Erlaß des Führers und Reichskanzlers über Gliederung und Verwaltung der Ostgebiete vom 8. Oktober 1939, abgedruckt in *Pospieszalski, Karol Marian* (Hg.): *Hitlerowskie „prawo“ okupacyjne w Polsce. Wybór dokumentów. Cz. 1. Ziemie „wielone“* [Das hitlerische Besatzungs„recht“ in Polen. Dokumentenauswahl. Teil 1. Die „eingegliederten“ Gebiete] (Documenta Occupationis, V). Poznań 1952, S. 84–88, S. 86. Vgl. auch den Einführungsband zu dieser Reihe: *Ders.* (Hg.): *Memorial [Denkschrift]* (Documenta Occupationis Teutonicae, I). Poznań 1945.

21 Zweite Verordnung zur Durchführung des Erlasses des Führers und Reichskanzlers über Gliederung und Verwaltung der Ostgebiete vom 2. November 1939, abgedruckt in *Documenta Occupationis, V* (wie Anm. 20), S. 89–92.

ausführte, sah daher im Vergleich zum Altreich eine grundlegende Stärkung der Verwaltungschefs vor. Ziel war es, eine einheitliche Leitung nach dem „Führerprinzip“ aufzubauen und die einzelnen Ressorts auf die regionale Verwaltungsspitze hin auszurichten.<sup>22</sup> Demnach wurde den Oberpräsidenten beziehungsweise Reichsstatthaltern sowie der Verwaltungsspitze der gesamte Verwaltungsapparat unterstellt, der nicht wie im Altreich an die jeweiligen Fachministerien gebunden werden sollte, sondern den jeweils *regionalen* höherstehenden Behörden unterstand. Die Reichsministerien mussten außen vor bleiben, denn die Reichsstatthalter beziehungsweise Oberpräsidenten avancierten „in der Stufe des Reichsgaues [zu] Chefs der Reichsfinanzverwaltung, der Reichsjustizverwaltung und des Reichspropagandaamts“<sup>23</sup>. Dadurch erlangten die Oberpräsidenten beziehungsweise Reichsstatthalter einen weitaus größeren Kompetenzbereich: Sie konnten nun über die jeweiligen unteren lokalen Behörden direkt bestimmen.<sup>24</sup> In ihrer Immediatstellung als Gauleiter und Oberpräsidenten regierten sie, obwohl eigentlich dem Reichsministerium des Innern (RMdI) unterstellt, faktisch autark. Die Basis der autonomen „Gaufürsten“ war die Richtlinienpolitik der NS-Führung, welche ihnen einen gewissen Spielraum verschaffte. Während im Altreich hingegen eine vorwiegend von der Ministerialbürokratie traditionelle Normsetzungspolitik praktiziert wurde, konnte in den annektierten Gebieten, den biopolitischen Zielen des Lebensraum-Ideologems entsprechend, administratives, rechtliches und bürokratisches Neuland betreten werden.<sup>25</sup>

Die Gauleiter waren nach ihrem Selbstverständnis als „Exponenten rigoroser ‚volkstumpolitischer‘ Ziele [...] bestrebt, den Herrschaftsauftrag des ‚Führers‘ zu dessen Zufriedenheit zu erfüllen“<sup>26</sup>. Denn Hitler machte gegenüber seinen „Gaufürsten“ deutlich, dass er „nach zehn Jahren“ von ihnen „nur eine Meldung“ verlangen werde, „nämlich, daß ihr Gebiet deutsch und zwar reindeutsch sei. Nicht aber werde er sie darnach [sic!] fragen, welche

22 Vgl. *Madajczyk, Czesław* (unter Mitwirkung von Berthold Puchert): Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939–1945. Köln 1988, S. 37–38.

23 Zweite Verordnung zur Durchführung des Erlasses des Führers und Reichskanzlers über Gliederung und Verwaltung der Ostgebiete vom 2. November 1939, abgedruckt in *Documenta Occupationis*, V (wie Anm. 20), S. 89–92, S. 90.

24 Vgl. *Broszat*, Nationalsozialistische Polenpolitik (wie Anm. 2), S. 49–51; *Wolf, Gerhard*: Ideologie und Herrschaftsrationalität. Nationalsozialistische Germanisierungspolitik in Polen (Studien zur Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts). Hamburg 2012, S. 103.

25 Vgl. *Steinbacher, Sybille*: „Musterstadt“ Auschwitz. Germanisierungspolitik und Judenmord in Ostoberschlesien (Darstellungen und Quellen zur Geschichte von Auschwitz, 2). München 2000, S. 91.

26 Ebd., S. 92.

Methoden sie angewandt hätten, um das Gebiet deutsch zu machen, und es sei ihm gleichgültig, wenn irgendwann in der Zukunft festgestellt werde, daß die Methoden zur Gewinnung dieses Gebietes unschön oder juristisch nicht einwandfrei gewesen seien.<sup>27</sup> Die Etablierung einer weitgehenden autonomen Gauverwaltung diene schließlich dem Ziel, die nord- und westpolnischen Gebiete zu „germanisieren“. Die deutsche Bevölkerungspolitik verschrieb sich in diesem Sinne der Zerstörung „nicht-deutschen“ Lebens in den annektierten Gebieten, die sie mit unterschiedlichen Mitteln umzusetzen versuchte. Die Exklusion fremden „Volkstums“ diene der „Gesundung“ und der Schaffung von Raum für die deutsche Bevölkerung. Eine einheitliche Reichsverwaltung war zu diesem Zwecke endgültig passé. Völlig bewusst wurde bei diesem Prozess auf eine „Zurückdrängung der allgemeinen staatlichen Reichsaufsicht zugunsten einer unmittelbaren Einflussnahme der Partei auf die lokale staatliche Exekutive abgezielt“<sup>28</sup>. Die Absage an jedwede völkerrechtlichen Bestimmungen war schon längst geschehen, daher verwundert es nicht, dass Hitler an dieser Stelle einen Freibrief an die Exponenten der „Volkstumspolitik“ ausstellte. Die Gauleiter sollten die ersten sein, welche „Lebensraum“ für das Deutsche Reich „gewinnen“ sollten. Daher bedurfte es wahrer Träger nationalsozialistischer „Weltanschauung“, die in den annektierten Gebieten die Bevölkerungspolitik gestalten sollten.

Für Oberschlesien war es Josef Wagner, ein „alter Kämpfer“ der NS-Bewegung, Gauleiter von Westfalen-Süd und seit 1934 schlesischer Gauleiter und Oberpräsident, der von Hitler erwählt wurde, die Bevölkerungspolitik im Sinne der „Germanisierung des Bodens“ zu gestalten. Die Annexion Ostoberschlesiens betrachtete er als natürliche Wiedervereinigung „deutschen Bodens“, und sowohl er als auch sein Nachfolger Fritz Bracht „setzten ihre Grundüberzeugung von der ‚rassischen‘ Hierarchie der Bevölkerung in politisches Handeln um“<sup>29</sup>. Wagner, der wie sein Stellvertreter Fritz Dietlof von der Schulenburg als überzeugter Antisemit und Antislawe vom „Mythos des Deutschen Ostens“ überzeugt war, wollte die Provinz Schlesien in ein „Bollwerk gegenüber dem Slawentum“<sup>30</sup> verwandeln.<sup>31</sup> Der nun wiedergewonnene „deutsche Osten“ galt in seinen Augen von jeher als deutscher Siedlungsraum, der nun wieder „heim ins Reich“ gekehrt war. Der „Volkstumskampf“ der Zwischenkriegszeit müsse nun mit der

---

27 Bormann an Lammers, darin: Zitat einer Aussage Hitlers vom 25.9.1939, verfasst am 20.11.1940, zit. nach *Steinbacher*, „Musterstadt“ Auschwitz (wie Anm. 25), S. 92.

28 *Broszat*, Nationalsozialistische Polenpolitik (wie Anm. 2), S. 51.

29 *Steinbacher*, „Musterstadt“ Auschwitz (wie Anm. 25), S. 106.

30 Wagner an Darré, 9.12.1939, APK, 117/1606, S. 52–54, S. 54.

31 Vgl. *Steinbacher*, „Musterstadt“ Auschwitz (wie Anm. 25), S. 108.

„Vertreibung und Ausrottung des polnischen, gegen Deutschland aufständischen Volkes“<sup>32</sup> weitergeführt werden. Wagner konnte an seine Erfahrungen in Westoberschlesien vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges anknüpfen und war bis zu seiner Absetzung im April 1940 der führende Kopf in der antipolnischen und -jüdischen Politik im Regierungsbezirk Kattowitz.

Eine Schwächung in seiner Machtfülle musste Wagner wie alle Oberpräsidenten und Reichsstatthalter in den annektierten Gebieten im Bereich der Polizei hinnehmen. Mit der praktischen Umsetzung der „Neugestaltung der ethnographischen Verhältnisse“ beauftragte Hitler Heinrich Himmler – obwohl andere Institutionen ebenso in Frage gekommen wären.<sup>33</sup>

Denn für Hitler war Europa keinesfalls ein geografischer, sondern ein „blutsmäßig bedingter Begriff“<sup>34</sup>. Für die „Gewinnung von Lebensraum“ sah es Hitler daher als dienlich an, auf eine vollkommen ideologisch gefestigte und praktisch bereits bewährte Exekutive zu setzen und betraute daher Heinrich Himmler, den Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei, per Erlass mit der „Neugestaltung des Ostens“. Denn den Prämissen von „Blut und Boden“ folgend, war es ersichtlich, dass eine derartige Konzeption der „Germanisierung“ äußerst radikale Maßnahmen und brutales Vorgehen erforderte. Folgerichtig wurde daher „keine staatliche Behörde, sondern eine spezifisch nationalsozialistische Institution [...] mit der Ausarbeitung sowie Exekution der ‚Volkstumspolitik‘ beauftragt“<sup>35</sup>. Die nationalsozialistische Germanisierungspolitik setzte damit vor allem auf eine schlagfertige Exekutive, die den „Volkstumskampf“ innerhalb der Reichsgrenzen mit paramilitärischen Mitteln fortführen sollte, um „altes deutsches“ Siedlungsgebiet „wiederzugewinnen“. Mit Himmlers neuer Position wurden sicherheitspolizeiliche mit siedlungspolitischen Aufgaben verknüpft – „Volkstumskampf“ und „Blut und Boden“ wurden damit strukturell wie administrativ verbunden.

Der „Erlass des Führers und Reichskanzlers zur Festigung deutschen Volkstums“<sup>36</sup> vom 7. Oktober 1939 übertrug Himmler die Verantwortlichkeit für die „Zurückführung der für die endgültige Heimkehr in das Reich in

32 Wagner an Darré, 9.12.1939, APK, 117/1606, S. 52–54, S. 52.

33 Vgl. Wasko, Steffen A.: Nationalsozialismus und Biopolitik. Deutsche Bevölkerungspolitik in Ostoberschlesien 1939–1945. Hamburg 2015, S. 28f.

34 Tooze, Adam: Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus. München 2007, S. 69.

35 Wildt, Michael: Völkische Neuordnung Europas. In: Themenportal Europäische Geschichte 2007, S. 5; vgl. auch <http://www.europa.clio-online.de/2007/Article=202>, zuletzt eingesehen am 5.5.2016.

36 Abgedruckt in Documenta Occupationis, V (wie Anm. 20), S. 176–178.

Betracht kommenden Reichs- und Volksdeutschen im Ausland<sup>37</sup>. Die Ansiedlung der ethnisch Deutschen aus Osteuropa in West- und Nordpolen war bereits mit der Sowjetunion in dem „deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag“ vertraglich geregelt. Darin heißt es, dass Reichsdeutsche und Menschen deutscher Abstammung problemlos nach Deutschland aussiedeln könnten, genauso wie die im deutschen Interessengebiet ansässigen Ukrainer und Weißrussen in die UdSSR ohne Schwierigkeiten umsiedeln dürften.<sup>38</sup> Für die Ansiedlung ethnisch Deutscher oblag es Himmler, „die Gestaltung neuer deutscher Siedlungsgebiete“ für die ethnisch Deutschen vorzunehmen. Dies bedeutete nichts anderes als die Verdrängung der einheimischen nicht-deutschen Bevölkerung durch Mittel jedweder Art. Des Weiteren sollte es Himmlers Aufgabe sein, „schädlichen Einfluss von solchen volksfremden Bevölkerungsteilen, die eine Gefahr für das Reich und die deutsche Volksgemeinschaft bedeuten“<sup>39</sup>, auszuschalten. Schon in diesem Erlass wird die Einheit von negativer und positiver Bevölkerungspolitik strukturell vereinheitlicht. Vertreibung und Ermordung „Fremdvölkischer“ und Ansiedlung „deutscher Volksgenossen“ wurden in dem Amt Himmlers zentralisiert.

Durch diesen Erlass konnte Himmler seine Kompetenzen beträchtlich ausbauen. Denn in seiner neuen Funktion war er ermächtigt, alle zur „Durchführung dieser Obliegenheiten notwendigen allgemeinen Anordnungen und Verwaltungsmassnahmen zu treffen“<sup>40</sup>. Damit sollte die Germanisierung des Bodens „politische Praxis werden“<sup>41</sup>. Im Zuge dieses Erlasses ernannte sich Himmler selbst zum „Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums“ (RKF)<sup>42</sup>, was die „Eigenständigkeit und Unabhängigkeit seines Apparates“<sup>43</sup> gegenüber den jeweiligen anderen Reichsministerien und -behörden betonte. Die ihm übertragenen Aufgaben delegierte er an die SS und baute ein weites Netz von verschiedenen Behörden und Dienststellen

---

37 Ebd., S. 176.

38 Vgl. *Heinemann, Isabel*: „Rasse, Siedlung, deutsches Blut“. Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas (Moderne Zeit. Neue Forschungen zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, 2). Göttingen 2003, S. 190, Anm. 6.

39 Documenta Occupationis, V (wie Anm. 20), S. 176.

40 Ebd.

41 *Wolf*, Ideologie und Herrschaftsrationalität (wie Anm. 24), S. 97.

42 In dem Erlass vom 7.10.1939 wurde der Titel nicht erwähnt, während Himmler ihn aber ab dem 11.10.1939 führte. Vermutlich geht der Titel auf einen früheren Erlassentwurf zurück. Vgl. *Steinbacher*, „Musterstadt“ Auschwitz (wie Anm. 25), S. 83, und *Wolf*, Ideologie und Herrschaftsrationalität (wie Anm. 24), S. 101. Reichskommissare waren in der Weimarer Republik und auch im NS-Staat mit zeitlich begrenzten und ressortübergreifenden Aufgaben betraut.

43 *Steinbacher*, „Musterstadt“ Auschwitz (wie Anm. 25), S. 84.

auf, so dass sich sein „polypenartig ausbreitende[r] Apparat“<sup>44</sup> immer mehr zu einer Nebenregierung, einem Staat im Staate, entwickelte.

Die Zivilverwaltung besaß keine Möglichkeiten, um auf den SS-Apparat einzuwirken, und die Beziehungen zwischen RKF und Gauleitung – gerade zwischen Himmler und Wagner – waren äußerst problematisch. Der SS-Apparat bildete Wildt zufolge „den organisatorischen wie konzeptionellen Kern einer nationalsozialistischen Biopolitik, die, in den Worten Michel Foucaults, darüber entschied, wer leben soll und wer sterben muss“<sup>45</sup>.

Dieser spezifisch auf das Lebensraum-Ideologem ausgerichtete Herrschaftsapparat war in der Folgezeit Träger der entsprechenden Herrschaftspraxis. Zwar gerieten Zivilverwaltung und SS oftmals aneinander, da letztere für eine radikale rassische Auslese der Bevölkerung einstand, während die Zivilverwaltung einen völkischen Ansatz vertrat. Gleichwohl bedeutete die Etablierung dieses doppelten Herrschaftsapparats ein Novum, dessen jeweilige Autonomie einerseits durch die Aufgabe der Ansiedlung „Volksdeutscher“ sowie andererseits durch die Verdrängung der einheimischen „Fremdvölkischen“ bedingt war.

#### 4.2 Grenzen als biopolitische Herrschaftspraxis

Die Frage nach dem konkreten Grenzverlauf der annektierten Gebiete aber, insbesondere in Oberschlesien, gab im Herbst 1939 Anlass für eine weitläufige Kontroverse in der nationalsozialistischen Führungsriege, die sich schließlich bis in den Winter 1940 zog.<sup>46</sup> Wie weit die Grenzen nach Osten ausgeweitet werden sollten, war bis dahin unklar geblieben. Angesichts der Tatsache, dass eine weitgehende Annexion West- und Nordpolens neben einer größeren Autonomie in der Lebensmittelversorgung auch einen erheblichen „unerwünschten Bevölkerungszuwachs“ mit sich brachte, sollte die Grenzfrage zu einer Gratwanderung zwischen antagonistischen Prämissen werden. Hitler hatte schon mehrfach deutlich gemacht, dass die Wiederherstellung der Grenzen von 1914 nicht ausgereicht hätte, um die „innere Geschlossenheit“ des deutschen Volkes und „seine Ernährung“ sicherzustellen, geschweige denn dass diese militärisch gesehen sinnvoll wäre.<sup>47</sup> Der Fortbestand des „deutschen Volkes“ könne nur durch die Erweiterung seines „Lebensraums“ gesichert werden.

---

44 Ebd.

45 Wildt, *Völkische Neuordnung Europas* (wie Anm. 35), S. 5.

46 Vgl. Steinbacher, „Musterstadt“ Auschwitz (wie Anm. 25), S. 112f.; Wasko, *Nationalsozialismus und Biopolitik* (wie Anm. 33), S. 40f.

47 Hitler, *Adolf: Mein Kampf*. München 1941, S. 736–738.

Die an den Diskussionen beteiligten Akteure reichten vom RMDI, der Zivilverwaltung, der SS über das Oberkommando des Heeres bis hin zu Volkskundlern und Sozialwissenschaftlern. Dementsprechend reichten die Vorschläge von einer bloßen Annexion der ehemaligen Ostgebiete unter Berücksichtigung „ethnographischer Verhältnisse“ bis hin zu maximalistischen Plänen, die Reichsgrenzen weit in den Osten hin auszuweiten, wo selbst Volkskundler keine Möglichkeit mehr sahen, dies pseudo-wissenschaftlich zu legitimieren. Schließlich wurden aber die maximalistischen Pläne umgesetzt. Am 20. Oktober gab Reichsinnenminister Frick den Grenzverlauf den Gauleitern in den annektierten Gebieten und dem Generalgouverneur Frank bekannt. Dabei wurde Schlesien der neu gegründete Regierungsbezirk Kattowitz zugeschlagen, der das ehemals preußische Abtretungsgebiet mit dem Zentralindustrievier um Kattowitz (Katowice) und Königshütte (Chorzów) sowie die agrarisch geprägten Kreise Pless (Pszczyna) und Rybnik, die russisch-kongresspolnischen Kohlenreviere um Dąbrowa, das ehemals österreichische Teschener Land sowie die ehemals russisch-kongresspolnischen und österreichisch-galizischen agrarisch geprägten Kreise Saybusch (Żywiec), Bielitz-Biala (Bielsko-Biala), Wadowitz (Wadowice), Krenau (Chrzanów), Ilkenau (Olkusz), Bendzin (Będzin), Sosnowitz-Stadt (Sosnowiec), Warthenau (Zawiercie) und Blachstädt (Blachownia) umfasste. Die genannten Kreise wiesen fast ausschließlich eine in ihrem Selbstverständnis polnische beziehungsweise jüdische Bevölkerung auf.<sup>48</sup> Insgesamt lebten nun im Regierungsbezirk Kattowitz 2.290.000 Menschen auf einer Fläche von 7.809 qkm, von dem 1.088 qkm mit 521.000 Einwohnern ehemals zum Deutschen Reich gehörten.<sup>49</sup> Wagner versuchte mehrfach aufgrund der „volkspolitischen“ Gegebenheiten die östlichen Kreise abzutreten, doch seine und die Proteste seiner Untergebenen blieben ungehört.

Doch wie kam es zu der großflächigen Annexion von Regionen, in denen unter anderem ausschließlich Menschen lebten, die sich als polnisch begriffen? Denn diese weiträumige Annexion stand im Widerspruch zur Prämisse des rassistisch-homogenen „Volkskörpers“, welche angesichts des Zuwachses an „Fremdvölkischen“ selbst durch die verbrecherische Praxis großräumiger Deportationen der „nicht-deutschen“ Bevölkerung nicht umgesetzt werden konnte.

Wirft man einen genauen Blick auf die Regionen des neu gebildeten Regierungsbezirks Kattowitz, so zeigt sich, dass verschiedene Gründe eine

---

48 Vgl. *Steinbacher*, „Musterstadt“ Auschwitz (wie Anm. 25), S. 74.

49 Vgl. *Madajczyk*, Die Okkupationspolitik Nazideutschlands (wie Anm. 22), S. 35.

Rolle bei der Festlegung der Grenzziehung gespielt haben. Zum einen war die Einverleibung der ehemals preußischen Gebiete schon eine Forderung, die in der Weimarer Republik mehrheitsfähig war. Daher stand die Annexion dieser Gebiete überhaupt nicht zur Debatte, sondern war schlichtweg Konsens. Ihre „Germanisierung“ war vorrangiges Ziel. Mit der Annexion der Regionen um Kattowitz (Katowice) und Dombrowa (Dąbrowa) sowie des Teschener Landes wurden allerdings wirtschaftliche Forderungen realisiert. 100 % der polnischen Kohlenförderung, 100 % der Zinkerzvorkommen, 97,5 % der Roheisen- und rund 90 % der Stahlproduktion – insgesamt vier Fünftel der polnischen Industrie – kamen damit zum Deutschen Reich.<sup>50</sup> Auf diese Weise vereinte der Regierungsbezirk Kattowitz erstmalig die Wirtschaftskraft dieses Raumes. Es handelte sich hierbei um die wirtschaftlich am höchsten entwickelten Gebiete Polens, welche möglichst schnell eingegliedert und der deutschen Kriegswirtschaft nutzbar gemacht werden sollten. Neben den Kapazitäten an Industrie und Ressourcen spielten diese Gebiete des Weiteren als „Arbeitskräftereservoir“ eine Rolle. Schon in der zweiten Septemberhälfte 1939 wurden 3.394 Industriearbeiter aus dem Arbeitsamtsbezirk Kattowitz in das Ruhrgebiet deportiert, und ihre Zahl stieg ohne Rücksicht auf den Arbeitskräftebedarf vor Ort im Mai 1941 auf 58.000 Personen.<sup>51</sup> Doch wirtschaftlich gesehen war die Eingliederung der östlichen agrarisch geprägten Kreise ein Verlustspiel.<sup>52</sup> Zudem galten diese Kreise auch in ihrer agrarischen Struktur seinerzeit als unterentwickelt, und eine ertragreiche Ausschöpfung ihrer Potentiale hätte weiträumige Modernisierungen nötig gemacht.

Zum Teil mögen militärstrategische und wehrwirtschaftliche Erwägungen für die maximalistische Annexionspolitik eine Rolle gespielt haben, doch bleibt auch dieser Erklärungsstrang unzureichend, bedenkt man, dass sie hinter der schlussendlich umgesetzten Version zurück blieben.<sup>53</sup> Des Weiteren hatten die südöstlich gelegenen Kreise Saybusch (Żywiec) und Biala (Biała) keinerlei militärstrategischen Nutzen.<sup>54</sup>

Aus der Perspektive der „Blut und Boden“-Ideologie war es hinsichtlich der einstigen Zugehörigkeit einiger östlicher Kreise zum mittelalter-

---

50 Vgl. *Röhr, Werner*: Zur Wirtschaftspolitik der deutschen Okkupanten in Polen 1939–1945. In: Eichholtz, Dietrich (Hg.): Krieg und Wirtschaft. Studien zur deutschen Wirtschaftsgeschichte 1939–1945 (Nationalsozialistische Besatzungspolitik in Europa 1939–1945, 9). Berlin 1999, S. 221–251, S. 223.

51 Vgl. *Wasko*, Nationalsozialismus und Biopolitik (wie Anm. 33), S. 49.

52 Vgl. ebd. S. 42f.

53 Vgl. ebd. S. 45f.

54 Vgl. Die Ausführungen Fitzners zu den Kohlenvorkommen im „Oststreifen“, zit. nach *Wasko*, Nationalsozialismus und Biopolitik (wie Anm. 33), S. 46f.

lichen Siedlungsraum folgerichtig, einen Teil dieser Regionen zu annektieren.<sup>55</sup> Allerdings nahm die Annexion größere Ausmaße an, als die maximale Ausweitung nach „volkshistorischen“ Grundsätzen der Historiker und Volkskundler.

Zudem bedeutete die Eingliederung vieler Kreise alles andere als einen „erwünschten“ Bevölkerungszuwachs für die deutsche „Volksgemeinschaft“. Vielmehr erschwerte die Aufnahme dieser fast ausschließlich polnischen beziehungsweise jüdischen Bevölkerung – aus nationalsozialistischer Sicht inferiore „Fremdvölkische“ – die Assimilationspolitik gegenüber der als „eindeutschbar“ geltenden oberschlesischen „Mischbevölkerung“.

Meines Erachtens muss die Einverleibung dieser Kreise im Rahmen der Lebensraum-Ideologie verstanden werden, innerhalb derer die dargestellten Prämissen zwar kulminieren, wenngleich die malthusianische Lebensraum-Ideologie über sie hinausweist. Denn aus ökonomischen, revisionistischen, revanchistischen, wehrwirtschaftlichen oder „volkstumpolitischen“ Motiven heraus wäre es nicht sinnvoll gewesen, die ländlichen südöstlichen Kreise miteinzubeziehen. Ausgehend von „Lebensgesetzen und Notwendigkeiten“, die eine „Ausweitung des Lebensraumes“<sup>56</sup> des „deutschen Volkes“ bedeuteten, war es nur konsequent, die genannten östlichen Kreise zu annektieren. Denn die „Lebensraum“-Ideologie implizierte eine Ausweitung des Siedlungsraums, da „das deutsche Volk über einen zu engen Lebensraum“ verfüge, wie SS-Oberführer Gustav Schlotterer aus dem Reichswirtschaftsministerium erklärte. „Diese Enge sei eine totale, sie betreffe den Siedlungsraum, die Kultur und die Wirtschaft“<sup>57</sup>, also all jenes, was sozialen Raum konstruiert. Das Lebensraum-Ideologem war sowohl Grund als auch Legitimation der Annexion. Die „Kattowitzer Zeitung“ erklärte dementsprechend im Juni ihren Lesern, dass die deutsche Politik gegenüber Polen nicht als klassisch imperialistische Expansion zu verstehen sei, denn:

---

55 Vgl. *Steinbacher*, „Musterstadt“ Auschwitz (wie Anm. 25), S. 322.

56 Reichstagsrede Hitlers vom 30.1.1939, zit. nach *Tooze*, Ökonomie der Zerstörung (wie Anm. 34), S. 353.

57 Aus der streng vertraulichen Aktennotiz von Karl Albrecht, Geschäftsführer der Wirtschaftsgruppe Feinmechanik und Optik, über die Sitzung des Außenhandelsausschusses der Reichsgruppe Industrie am 19. Juni 1940 zu den Planungen für die faschistische „Neuordnung Europas“, 19.6.1940, abgedruckt in: *Eichholtz, Dietrich und Wolfgang Schumann* (Hg.): *Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges*. Berlin 1969, S. 259.

„[so] verweist der Reichsführer SS auf den Plan zu einer besseren und tragfähigeren Neuordnung Europas, den der Führer am 6. Oktober 1939 der Welt bekanntgab. Dieser Plan zerstörte auch die Behauptung unserer Gegner, daß es sich bei der Wiedergewinnung und Sicherung unseres Lebensraumes im Osten um eine imperialistische Machterweiterung handle. Die neuen Ostgebiete wurden nicht zu Bereichen kolonialer Expansionsbestrebung erklärt, sondern als eindeutig völkischer Lebensraum gekennzeichnet, in dem das vorhandene Deutschtum durch Zurückführung neuer Volksgruppen zu festigen und damit zum sicheren, untrennbaren Bestandteil Großdeutschlands zu entwickeln ist.“<sup>58</sup>

Das Konzept des „Lebensraums“ implizierte das Wachsen der deutschen Bevölkerung, welches wiederum unverrückbar in den Kontext seines Überlebens eingebettet worden ist. Erwähnt wird hier selbstverständlich nicht, dass dieser „völkische Lebensraum“ von nicht erwünschten Bevölkerungsteilen bewohnt war, was der Prämisse des rassistisch-homogenen Volkskörpers widersprach.

#### 4.3 Der „ethnische Wall“ – die Polizeigrenze

Allerdings fanden die beiden Konzepte der Germanisierung, Lebensraum und rassistisch-völkische Homogenität, ihren Niederschlag in der Festsetzung der Polizeigrenze. Als am 20. November auf Weisung Hitlers unter strengster Geheimhaltung die Zollgrenze an das Generalgouvernement herangeschoben wurde, wurden zwar die östlichen Kreise, die nun unter der Bezeichnung „Oststreifen“ firmierten, formal im Sinne von zoll- und währungsrechtlicher Zugehörigkeit annektiert.<sup>59</sup> Indes verlief die Polizeigrenze, auf ausdrücklichen Wunsch Himmlers, entlang der alten Reichsgrenze und „volkstumpolitische[r]‘ Markierungen“<sup>60</sup>. Dadurch kamen die eingegliederten östlichen Kreise in eine Zwitterstellung, da sie zwar formal Inland, aber polizei- und passrechtlich Ausland waren. Der Regierungsbezirk Kattowitz zerfiel so in zwei ungleiche Teile: Westlich der Polizeigrenze lag nun das ostoberschlesische Industriegebiet mit enormen wirtschaftlichen Kapazitäten und Potentialen sowie einer vorwiegend sich als deutsch oder schlesisch verstehenden 1,58 Millionen Menschen zählenden Bevölkerung auf 3.843 qkm. Dazu gehörten die Landkreise Kattowitz-Stadt (Katowice), Kattowitz-

58 Der große Treck in die Heimat. Reichsführer SS Himmler gibt einen ersten Überblick. In: Kattowitzer Zeitung, 16.6.1940, S. 1.

59 Vgl. Broszat, Nationalsozialistische Polenpolitik (wie Anm. 2), S. 37.

60 Steinbacher, „Musterstadt“ Auschwitz (wie Anm. 25), S. 110.

Land, Königshütte (Chorzów), Lublinitz (Lubliniec), Tarnowitz (Tarnowskie Góry), Beuthen (Bytom), Gleiwitz (Gliwice), Hindenburg (Zabrze), Beuthen-Tarnowitz (Bytom-Tarnowskie Góry), Tost-Gleiwitz (Toszek-Gliwice), Rybnik, Teschen (Cieszyn), Pleß (Pszczyna) und Bielitz (Bielsko), allerdings ohne Biala (Biała).<sup>61</sup> Die übrigen Kreise östlich der Polizeigrenze zählten etwa 850.000 Menschen, die fast geschlossen polnisch beziehungsweise jüdisch in ihrem Selbstverständnis waren.<sup>62</sup>

Mit der Festlegung der Polizeigrenze wurde der Regierungsbezirk Kattowitz in zwei Zonen unterschiedlicher bevölkerungspolitischer Konzeption unterteilt. Ostoberschlesien wurde damit als Germanisierungsgebiet ausgewiesen, indem tendenziell die Bevölkerung „eingedeutscht“ werden sollte, jedoch einzelne, nicht als deutsch kategorisierte Teile ausgesiedelt werden sollten. Der „Oststreifen“ galt als Kolonisationsraum, in dem langfristig so gut wie die gesamte Bevölkerung ausgesiedelt und durch ethnische deutsche Siedler aus dem Baltikum, der UdSSR, Rumänien sowie aus dem „Altreich“ ersetzt werden sollte.<sup>63</sup> Doch vorübergehend, d.h. bis ca. 1942, fungierte er als provinzieller Abschieberaum für die in West- und Ostoberschlesien unerwünschten Bevölkerungsteile. Im gesamten „Oststreifen“ wurden provisorische Konzentrationslager und in Sosnowitz und Bendzin Ghettos eingerichtet, um die jüdische Bevölkerung räumlich zusammenzudrängen und anti-deutsche und nationalpolnische Widerständler oder solche, die dafür gehalten wurden, aus dem „einzudeutschenden“ Ostoberschlesien zu deportieren. Denn die seinerzeit zum deutschen Kaiserreich gehörenden Gebiete hatten innerhalb der Germanisierungspläne Priorität, und damit wurden die westlichen Kreise das erste Ziel der Deportations- und Ansiedlungsplanungen.

Die Polizeigrenze erfüllte in Ostoberschlesien zunächst zweierlei Funktionen. Zum einen fungierte sie als eine Art „wirtschaftliche Schutzgrenze“, indem sie Schmuggel und Schleichhandel zu unterbinden versuchte, und zum anderen als „ethnischer Wall“ gegenüber dem aus nationalsozialistischer Sicht inferioren „Slawen- und Judentum“, da es der dortigen Bevölkerung ohne Passierschein fast unmöglich war, dieses Gebiet angesichts der durch Polizei- und SS-Einheiten gut bewachten Grenze zu verlassen.<sup>64</sup>

Himmler hatte sich im Dienste der „Neugestaltung Polens“ bei der Entscheidung um den Verlauf der Polizeigrenze durchsetzen können. Denn

---

61 Ebd.

62 Ebd.

63 Vgl. zur „Polenaussiedlung“ *Broszat*, Nationalsozialistische Polenpolitik (wie Anm. 2), S. 85–102, zur „Aktion Saybusch“ S. 98f.

64 *Steinbacher*, „Musterstadt“ Auschwitz (wie Anm. 25), S. 110.

durch diese doppelte Grenzziehung war ihm und seiner SS weitgehend freie Hand bei der Umsetzung des Siedlungsprogramms gelassen, war doch seitens der Zivilverwaltung wenig Einsicht in die Aktionen vor Ort möglich.<sup>65</sup> Allerdings sprach sich die Zivilverwaltung nicht gegen die Polizeigrenze aus – ganz im Gegenteil: Sie begrüßte dieses Verfahren aus „volkstumpolitischen“ Gründen.

Durch die Polizeigrenze wurde die Bevölkerung in Ostoberschlesien nach völkischen und rassistischen Kriterien „grob“ separiert, was in den Augen der Besatzer für die Germanisierung der Region eine wichtige Maßnahme darstellte. Insofern galt es, Grenzübertritte aus „volkstumpolitischen“ und „rassistischen“ Gründen unbedingt zu verhindern – allerdings nahmen sie in der Folgezeit immer stärker zu. Doch hatte die Administration nicht nur „volkstumpolitische“ und „rassistische“ Bedenken gegenüber der Zunahme von Grenzüberschreitungen; dazu traten auch gesundheitspolitische. So erklärte Prof. Dr. Arnold Köttgen, Generalpolizeidezernent und Abwehrbeauftragter der Regierung in Kattowitz (Katowice), dass „vor allem wegen Erkrankungen an Fleckfieber“ der Verkehr über die Polizeigrenze verschärften Einschränkungen zu unterwerfen sei.<sup>66</sup> Er warnte vor einer Ausbreitung dieser Infektion und sprach sich dagegen aus, den Verkehr über die Polizeigrenze auch für „ausgewiesene Deutsche“ zu erleichtern, was von Landräten aus dem „Oststreifen“ angefragt worden war.<sup>67</sup>

Obwohl die Polizeigrenze durch Heydrich am 12. Mai 1942 aufgeboben worden war, zeigten sich noch Nachwirkungen.<sup>68</sup> Ein ähnliches Bild wie Köttgen zeichnete auch eine Studie des von Gauleiter und Oberpräsident Fritz Bracht gegründeten Oberschlesischen Instituts für Wirtschaftsforschung vom 11. März 1944. In der Schrift „Die Bedeutung des Polen-Problems für die Rüstungswirtschaft Oberschlesiens“ wurde empirisch nachgewiesen, dass der Gesundheitszustand der polnischen Arbeiter generell, aber vor allem im „Oststreifen“, miserabel sei, und dort vor allem Tuberkulose und Magen-Darmerkrankungen weit verbreitet seien. Da in der Regel 10 bis 15 Menschen in einem (Wohn-)Raum lebten, wirkten sich die Wohnverhältnisse zusätzlich negativ auf die Gesundheit aus. „Völlig zeretztes Schuhwerk, Lumpen statt Arbeitskleidung, Anmarschwege von vielen Stunden sind

---

65 Ebd.

66 Köttgen an Bracht, Erleichterung des Verkehrs über die Polizeigrenze für die deutsche Bevölkerung, 9.5.1941, APK, 12/117, Oberpräsidium Kattowitz (OPK) 32, Bl. 2.

67 Ebd., Bl. 1.

68 Schnellbrief des Reichsführer SS und Chefs der Deut. Polizei, 12.5.1942, BArch R 2/12222, Bl 209ff. Nach dem nicht zur Veröffentlichung bestimmten Erlass waren Durchlassscheine nicht mehr erforderlich.

namentlich im Winter weitere Gründe der Erkrankung<sup>69</sup>, so die Autoren dieser Studie.

Mit der Grenzziehung nach Osten versuchte die nationalsozialistische Führung die antagonistischen Prämissen bezüglich der Polenpolitik bestmöglich zu vereinen. Die unter der übergeordneten Losung vom „Lebensraum im Osten“ firmierenden politischen Implikationen schlugen sich in einer maximalistischen territorialen Erweiterung bei gleichzeitiger doppelter Grenzziehung nieder. Die rigorosen Erweiterungen Schlesiens mit der Gründung des Regierungsbezirks Kattowitz und dem Anschluss der östlichen ehemaligen kongresspolnischen, russischen und österreichischen Gebiete spiegeln den expansiven deutschen „Drang nach Osten“ wider. Dieser implizierte sowohl die ökonomische Expansion als auch die siedlungsgeografische. Angesichts der Unmöglichkeit letztere unmittelbar umzusetzen und die polnische und jüdische Bevölkerung aus den östlichen Kreisen zu vertreiben, deportieren oder ermorden, um diese Gebiete mit der gewünschten deutschen Bevölkerung zu kolonisieren, blieb die siedlungsgeografische Expansion nur eine „provisorische“ Maßnahme. Die mit den Annexionen aus Sicht der nationalsozialistischen Elite verbundenen „volkstumpolitischen“ Probleme eines „rassisch unerwünschten“ Bevölkerungszuwachses konnten durch die Teilung dieses Gebiets in einen „einzudeutschenden“ Westen und einen wirtschaftlich und gesundheitspolitisch inferioren Osten, dem man sich erst nach dem Sieg zuwenden wollte, eingeschränkt „behooben“ werden. Eingeschränkt daher, weil diese Grenze nur in begrenztem Maße den Austausch zwischen West und Ost unterband und spätestens ab dem Spätsommer 1941 gelang es immer mehr Menschen, lebensnotwendige Waren über die Grenze in den „Oststreifen“ zu schmuggeln. Die Lebensverhältnisse im „Oststreifen“ unterschieden sich nicht relevant von denen im Generalgouvernement, und auch hinsichtlich ihrer bevölkerungspolitischen Bedeutung differierten sie nicht in ihrer Funktion.<sup>70</sup> Beiderseits der Reichsgrenze wurde die Bevölkerung entrechtet, materiell ausgebeutet und unzureichend versorgt. Und sowohl das Generalgouvernement als auch der „Oststreifen“ fungierten als „Sammelbecken“ für „ethnisch Minderwertige“.

Wie bereits angedeutet, galt die Bevölkerung des „Oststreifens“ als inferior gegenüber der westlichen, größtenteils als „deutsch“ klassifizierten superioren Bevölkerung, und insofern galt die Trennung dieser Gruppen aus „rassischen“, „volkstumpolitischen“ und herrschaftsrationalen Erwägungen als Gebot. Denn mit dem weitgehenden de facto Ausschluss der „ras-

---

69 Documenta Occupationis Teutonicae, I (wie Anm. 20), S. 40.

70 Vgl. *Steinbacher*, „Musterstadt“ Auschwitz (wie Anm. 25), S. 111.

sisch minderwertigen“ polnischen und jüdischen, als Ballast empfundenen Bevölkerung aus dem Deutschen Reich wurden sexuelle, soziale und politische Kontakte wenn nicht verhindert, so zumindest unweigerlich erschwert. Der organisierte Widerstand im „Oststreifen“ war damit sowohl von Schlesien als auch vom Generalgouvernement getrennt. Die bewusste Inkaufnahme der Ausbreitung von Krankheiten in den östlichen Kreisen bei gleichzeitigem Bestreben, sie auf diese Gebiete zu beschränken, folgte derselben Logik wie bei der Annexion und Abtrennung dieses Raumes. Indem die Bevölkerung des „Oststreifens“ unter anderem bewusst gesundheitspolitisch vom Westteil abgetrennt worden war, die Wohn- und Lebensmittelverhältnisse niedrig gehalten wurden, konnte das Gesundheitsniveau gesenkt und eine Erhöhung der Sterblichkeitsrate bewirkt werden. So fand die nationalsozialistische Herrschaft über das „nackte Leben“ durch die räumliche Distinktion der Bevölkerung im „Oststreifen“ ihren Ausdruck.

### 5. Der „Oststreifen“ als siedlungsgeografischer Raum

Deportationen unerwünschter, bei gleichzeitiger Ansiedlung „arischer“ Bevölkerungsteile war eine zentrale biopolitische Technik im völkischen Neuordnungsprogramm der Deutschen.<sup>71</sup> Gauleiter Wagner war überzeugt, dass man die „Germanisierung des Bodens“ im „Oststreifen“ angesichts des enormen logistischen Aufwands und der hohen Kosten wohl kaum während des Krieges durchführen könnte. Mit dem Verlauf der Polizeigrenze konnte für ihn den antagonistischen Prämissen „Lebensraum“ und „Germanisierung“ Rechnung getragen werden, weshalb unter ihm, mit Ausnahme der „Nisko-Aktion“, keine großangelegten Deportationen durchgeführt wurden.<sup>72</sup>

Allerdings kam es im April 1940 relativ unerwartet zu einem Wechsel in der Zivilverwaltung. Wahrscheinlich durch eine Intrige Himmlers musste Wagner auf Befehl Hitlers seine Ämter in Schlesien aufgeben, und Fritz Bracht wurde zu seinem Nachfolger ernannt.<sup>73</sup> Bracht gewährte Himmler nahezu uneingeschränkte Einflussnahme in Siedlungsfragen und delegierte sogar sein Amt als RKF-Beauftragter an den Stabsleiter der RKF-Außenstelle in Kattowitz, Fritz Arlt.<sup>74</sup> Insofern wurde der maximalistischen, radikalen und brutaleren Politik der SS ein größerer Handlungsrahmen gewährt. Unter Arlts Leitung kam es dementsprechend in Ostoberschlesien zu zwei gezielten Aus- und Ansiedlungen. Diese bezogen sich nur auf den Oststreifen, da die ländli-

71 Vgl. *Wildt*, *Völkische Neuordnung Europas* (wie Anm. 35), S. 4.

72 Vgl. *Wolf*, *Ideologie und Herrschaftsrationalität* (wie Anm. 24), S. 108–119.

73 Vgl. *Steinbacher*, „Musterstadt“ Auschwitz (wie Anm. 25), S. 124.

74 Vgl. ebd., S. 126–127.

che, fast ausschließlich polnische Bevölkerung, als nicht „eindeutschungsfähig“ galt, und der polnische Kleinlandbesitz als gewaltiges Problem für die „Flurbereinigung“ angesehen wurde.<sup>75</sup>

Betroffen waren bei der ersten Aktion ausschließlich polnische Bauern im ländlich geprägten Kreis Saybusch (Żywiec). Ziel der „Aktion Saybusch“ war die Deportation polnischer Bauern in das Generalgouvernement und die Ansiedlung volksdeutscher Bauern aus der Region südlich von Lemberg.<sup>76</sup> Die Umsiedlungsaktion fand vom 22. September 1940 bis zum 31. Januar 1941 statt und betraf insgesamt 17.993 Personen, welche von ihren Höfen vertrieben und nach Litzmannstadt zur „rassischen Erfassung“ gebracht wurden, im Gegenzug wurden 4.125 Volksdeutsche auf den Höfen angesiedelt.<sup>77</sup>

Während die „Aktion Saybusch“ in den Augen der Besatzer als Erfolg gewertet wurde, stellte sich die zweite Aktion, die eine Deportation von 63.000 Polen und Polinnen vorsah, als ein völliger Fehlschlag heraus. Unter enormem Zeitdruck sollten im Rahmen der „Buchenland-Aktion“ anfangs 15.000 Volksdeutsche aus dem Buchenland (Nord-Bukowina) in Ostoberschlesien angesiedelt werden. Jedoch kam es zu einem deutlichen Missverhältnis, da mehr Volksdeutsche angesiedelt werden sollten, als durch Deportation „frei“ gewordene Ansiedlungsstellen zur Verfügung standen. Als in Folge von Planänderungen volksdeutsche Umsiedler, welche für das Wartheland vorgesehen waren, in den Beskiden Ostoberschlesiens angesiedelt werden sollten, spitzte sich die Lage immer mehr zu.<sup>78</sup> Insgesamt entwickelte sich die Aktion zum organisatorischen Desaster und musste nicht zuletzt wegen des Truppenaufmarsches im Generalgouvernement gestoppt werden. So fanden ab 1941 in viel kleinerem Rahmen nur vereinzelte Deportationen von Polen in Ostoberschlesien statt.<sup>79</sup>

Die erste Siedlungsbilanz am 15. November 1940 war angesichts der Vorgaben Himmlers ein Debakel, da nicht einmal ein Drittel des Solls erfüllt worden war. So wurden aus allen annektierten Gebieten insgesamt 294.336 Personen deportiert, wobei Ostoberschlesien mit 14.322 die geringsten Zahlen aufwies.<sup>80</sup> Die Schätzungen der Gesamtbilanz der „Aussiedlung“ von Polen in Ostoberschlesien bis Januar 1943 belaufen sich auf ungefähr

---

75 Vgl. *van Pelt, Robert Jan und Deborah Dwork: Auschwitz. Von 1270 bis heute.* Zürich, München 1998, S. 201.

76 Vgl. zur „Aktion Saybusch“ und „Buchenlandaktion“ *Steinbacher, „Musterstadt“ Auschwitz* (wie Anm. 25), S. 132–137.

77 Vgl. ebd., S. 133.

78 Vgl. *Heinemann, „Rasse, Siedlung, deutsches Blut“* (wie Anm. 38), S. 229f.

79 Vgl. *Steinbacher, „Musterstadt“ Auschwitz* (wie Anm. 25), S. 135f.

80 Vgl. ebd., S. 99.

81.000 Menschen.<sup>81</sup> In den Angaben sind nicht die ca. 5.000–9.000 Polen enthalten, welche in das Altreich zur „Germanisierung“ verschleppt wurden.<sup>82</sup> Angesiedelt wurden im Regierungsbezirk Kattowitz ungefähr 38.000 ethnische Deutsche, von denen allerdings ein großer Teil in provisorischen Unterkünften untergebracht werden musste. Der Grund hierfür lag in der zeitlichen Kollision der Konzentration der jüdischen Bevölkerung im „Oststreifen“ bei gleichzeitigem Abbruch der Deportation der Polen in das Generalgouvernement. Dadurch wurden auch die „volksdeutschen Rücksiedler“ von den menschenunwürdigen Verhältnissen im „Oststreifen“ betroffen: Vor allem Scharlach- und Diphterieepidemien grassierten dort unter der Bevölkerung.<sup>83</sup> Für den Regierungsbezirk Kattowitz kann gesagt werden, dass die ethnische Homogenisierung der Bevölkerung durch siedlungsgeografische Maßnahmen aufgrund mangelnder Organisation, schlechter Rahmenbedingungen und der Hybris der Planung fehlschlug. Daher prägte in Ostoberschlesien die Grenzziehungspolitik als bevölkerungspolitisches Mittel maßgeblich die Umsetzung der sonst antagonistischen Ziele der Erweiterung des „Lebensraums“ und der „Germanisierung des Bodens“.

## 6. Fazit

Folgt man der bisherigen Darstellung, so zeigt sich, dass das anfangs angeführte Diktum Wagners, ein bewusst völkisches Volk könne einem anderen Volk nicht sein Volkstum aufzwingen, seinen Niederschlag in der doppelten Grenzziehung fand. Denn entgegen möglichen Interpretationen, die in seinem Ausspruch eine kritische Haltung gegenüber dem Lebensraum-Ideologem ausmachen, war Wagner, wie sein Nachfolger Bracht, vielmehr ein williger Exponent desselben. Sicherlich unterscheidet sich die Germanisierungspolitik in Ostoberschlesien in ihrer Härte gegenüber der polnischen Bevölkerung von derjenigen im Wartheland unter Gauleiter Arthur Greiser, doch sie differenziert ihr gegenüber keineswegs qualitativ. Dies versuchte ich einerseits an der einheitlichen Ausrichtung des Herrschaftsapparats zu verdeutlichen und zum anderen beispielhaft anhand der Grenzziehung sowie Grenzpolitik mit ihren soziopolitischen Implikationen.

---

81 Vgl. ebd., S. 136; sowie *Madajczyk*, Die Okkupationspolitik Nazideutschlands (wie Anm. 22), Tabelle 15. Tatsächlich wurden nur ca. 22.000 Menschen ins Generalgouvernement gebracht. *Heinemann*, „Rasse, Siedlung, deutsches Blut“ (wie Anm. 38), S. 229.

82 Vgl. *Madajczyk*, Die Okkupationspolitik Nazideutschlands (wie Anm. 22), Tabelle 15.

83 Vgl. *Steinbacher*, „Musterstadt“ Auschwitz (wie Anm. 25), S. 137.

Im Rahmen dieses Aufsatzes konnte allerdings nicht auf das wichtigste Instrument der Germanisierung der deutschen Besatzer eingegangen werden: die Erfassung und damit verbundene Klassifizierung der Bevölkerung durch die Deutsche Volksliste (DVL). Trotz der repressiven brutalen Politik der deutschen Besatzer muss die DVL – so zynisch dies auch klingen mag – quantitativ als größtes Integrationsprojekt der deutschen Geschichte betrachtet werden. Denn neben der Exklusion angeblich rassischer Fremder in Form der Gräueltaten, Deportationen und Exekutionen und schließlich in Form der Singularität der Shoa war die deutsche Germanisierungspolitik zugleich auf die Integration all derjenigen Menschen gerichtet, die als mögliche „Deutsche“ in Betracht kamen. Dementsprechend wurden im Zuge der Einordnung in die DVL die Einwohner Ostoberschlesiens westlich der Polizeigrenze, in den ehemals preußischen und österreichischen Teilungsgebieten, zu 78,88 % als zu integrierende Bevölkerung in die Abteilungen I bis III aufgenommen. Die Menschen östlich der Polizeigrenze wurden hingegen zu 91,07 % als Auszuschließende bestimmt und nicht in die DVL eingetragen.<sup>84</sup> So gesehen hatten Antragssteller in Oberschlesien westlich der Polizeigrenze die besten Chancen in die DVL aufgenommen zu werden, hingegen diejenigen östlich davon die schlechtesten.

Gleichwohl mag es im oberschlesischen Kontext verwunderlich erscheinen, wie man innerhalb einiger Monate aus 1,5 Millionen Menschen, die sich unter polnischer Herrschaft von 1921 bis 1939 größtenteils zum Polentum bekannten, Deutsche machen konnte. Doch wie bei der Grenzziehung war auch bei der DVL ausschlaggebend, dass die Lage der ostoberschlesischen Bevölkerung westlich der Polizeigrenze durch eine Pluralität von Identitätsangeboten und durch dynamische und kontingente Prozesse der Identitätskonstruktion gekennzeichnet war. Die Spezifika einer Grenzregion, die immer wieder unterschiedlichen Staaten einverleibt wurde und zudem eine starke regionale Identität aufwies, mögen dafür ausschlaggebend gewesen sein. Denn obwohl die ostoberschlesische Bevölkerung größtenteils sicherlich nicht als „Volksdeutsche“ im engeren Sinne angesehen werden konnte, erlaubte die „völkische“ Uneindeutigkeit dieser „Mischbevölkerung“ eine weitgehende Integration in den deutschen „Volkskörper“ – wovon die jüdische Bevölkerung allerdings vollkommen ausgeschlossen blieb. Ihre physische Vernichtung fand in den Todesfabriken in Auschwitz, auf oberschlesischen Boden, statt. Hingegen wurde den als Schlonsaken,

---

84 Die Zahlen basieren auf *Długoborski, Waclaw* (Hg.): *Położenie ludności w rejencji katowickiej w latach 1939–1945* [Die Lage der Bevölkerung im Regierungsbezirk Kattowitz in den Jahren 1939–1945] (*Documenta Occupationis*, XI). Poznań 1983, S. LIVf.

Wasserpolen oder Oberschlesier bezeichneten Volksgruppen eine deutsche Abstammungsgeschichte angedichtet oder besondere „rassische Tauglichkeit“ unterstellt.

Die Zentralität der Grenzziehung und die Etablierung der Polizeigrenze kann meines Erachtens für die deutsche Bevölkerungspolitik in Ostoberschlesien kaum überschätzt werden. So orientierte sich die Vergabe von staatsrechtlichen Rechten und Pflichten, welche im Zweifelsfall über Leben und Tod entschieden, maßgeblich an ihr und die Zahlen der DVL legen nahe, dass durch die Festlegung der Polizeigrenze bereits schon festgeschrieben wurde, welche Bevölkerungsgruppen als integrierbar galten und welche nicht. Die Funktionen der Polizeigrenze können darüber hinaus in vier Kategorien unterteilt werden. Erstens sollte damit eine grobe Selektion nach völkischen Kriterien vorgenommen werden, um den in den Augen der nationalsozialistischen Elite vorwiegend „deutschen“ Teil Ostoberschlesiens von dem „fremdvölkischen“ Teil im Oststreifen zu separieren, um so die Politik der Folgezeit gezielt gestalten zu können. Daran anschließend schuf man mit dem Oststreifen einen provinziellen Abschieberaum, einen integrierten Exklusionsraum, in welchen „Fremdvölkische“ – in erster Linie die jüdische Bevölkerung – deportiert wurden und der zugleich gemäß langfristiger Planungen einen potentiellen Siedlungsraum für ethnische Deutsche bilden sollte. Zum Dritten erzeugte die Polizeigrenze zwei wirtschaftlich voneinander grundsätzlich verschiedene Räume. Während Ostoberschlesien Teil des Großoberschlesischen Wirtschaftsraums werden sollte und immer wieder Ziel von Investitionen zur Modernisierung der Industrieanlagen wurde, degenerierte der Oststreifen. Das Fehlen vieler – auch lebenswichtiger – Waren versuchten die Menschen durch Schmuggel über die Polizeigrenze zu kompensieren, was der Zivilverwaltung und der SS zumindest bis Mai 1942 ein Dorn im Auge war. Versklavung und Ausbeutung der Bevölkerung zugunsten der Industrie in Ostoberschlesien waren die ökonomischen Prämissen der Besatzer. Schlussendlich und viertens nahm die Polizeigrenze hinsichtlich der gesundheitspolitischen Dimension eine weitere Funktion ein. Die Ausbreitung von Fleckfieber, Tuberkulose, Magen-Darm-Erkrankungen sowie der bewusst niedrig gehaltene Lebensstandard, der solche Krankheiten bedingte, zeugen von der deutschen Ideologie der Herrenrasse, welche die Bevölkerung im Oststreifen langfristig von dort tilgen wollte. Das staatsrechtliche Novum dieser Polizeigrenze als multifunktionale provinzielle Grenze, zeichnete den Raum als „Lebensraum“ im positiven wie negativen Sinne aus, und sie stellt in diesem Sinne eine Macht-Technik dar, um Leben zu regulieren: es westlich von ihr wachsen zu lassen und östlich davon zu dezimieren. Das Leben wurde durch sie hier bewusst geför-

dert und dort kalkuliert gehemmt. Insofern konnte die nationalsozialistische Prämisse des homogenen Volkskörpers mit dem Lebensraum-Ideologem in Ostoberschlesien auf schreckliche Weise in Einklang gebracht werden; beide verschmolzen zu einer Einheit, die als Bio-Politik zu verstehen ist.

## Streszczenie

*Steffen A. Wasko*

### Biopolityka na wschodnim Górnym Śląsku. Polityka granic jako środek narodowosocjalistycznej polityki demograficznej

W dotychczasowych badaniach na temat polityki germanizacji na wschodnim Górnym Śląsku uderza fakt, iż ogólnie przedstawiany jest jej uproszczony nieodróżniony obraz. Komendant główny i gauleiter Josef Wagner, oraz jego następca Fritz Bracht przedstawiani są jako „rozsądni“, lub „opaniowani“ politycy regionalni - w przeciwieństwie do fanatycznych ideologów z SS. W rzeczywistości polityka demograficzna na wschodnim Górnym Śląsku była z założenia konsekwencją narodowosocjalistycznych przesłanek. Teza antagonizmu pomiędzy racjonalnymi politykami, a ideologami mija się również z prawdą o charakterze tamtejszej polityki demograficznej.

Na przykładzie wyznaczania granicy, procesu, który ciągnął się do około dwóch lat, staje się oczywiste, że Himmler i Wagner, tak samo jak Bracht mieli zupełnie ten sam podstawowy cel: zabezpieczenie tzw. „przestrzeni życiowej“ dla narodu niemieckiego przy jednoczesnej homogeniczności ludności.

Przy tym jednak Himmler miał na myśli pojęcie ludności homogenicznej rasowo, a Wagner i Bracht reprezentowali koncepcję jednorodności narodowej. Poprzez podwójne wyznaczenie granic - granicy okręgu Katowickiego z Generalną Gubernią i granicy policyjnej prowincji, udało się jednak prowizorycznie połączyć obydwie koncepcje. Granice te spełniały przy tym odmienne funkcje, które zostaną w niniejszym artykule zinterpretowane zgodnie z definicjami z biopolityki Foucault'a. Na podstawie tego arsenału naukowego stanie się jasne, które części ludności na wschodnim Górnym Śląsku zaklasyfikowane zostały jako nadające się do zintegrowania, a które zostały wykluczone. Widoczne stanie się również, w jakim stopniu narodowosocjalistyczna polityka demograficzna działała „negatywnie“, jak i „pozytywnie“, a samo życie stawało się wydarzeniem politycznym.

*Jan Iluk*

## Der Beitrag des Heimatkalenders des Beskidenkreises Saybusch 1941 zur „Umbeheimatung“ der umgesiedelten Volksdeutschen aus Ostgalizien und dem Buchenland

### *Einleitung*

Im folgenden Beitrag wird am Beispiel des Heimatkalenders des Beskidenkreises Saybusch 1941 zu zeigen versucht, mit welchen Inhalten und Strategien der Sinn und Zweck die Übersiedlung der Volksdeutschen aus Ostgalizien und dem Buchenland begründet und wie bei ihnen die erwünschte Gesinnung und folglich ihre neue Identität in den ihnen zugewiesenen, unbekanntenen Kulturregionen entwickelt wurden.

### *Allgemeine Angaben zur Lage und Bevölkerung des Landkreises Saybusch*

Der Landkreis Saybusch wurde im südöstlichen Zipfel der Provinz Schlesien (ab 1941 Provinz Oberschlesien) gegründet. Im Süden grenzte er an die Slowakei, im Westen an den Kreis Teschen, im Norden an den Kreis Bielitz und im Osten an das Generalgouvernement. Der Landkreis hatte eine Größe von 1.159,32 qkm, davon 441,94 qkm Wald. Im September 1939 zählte die Bevölkerung des Landkreises 153.270 Einwohner, die fast zu 100 % polnisch war. Nach Vertreibungen polnischer Volkszugehöriger im Zeitraum 1940–1943 und der Ansiedlung der Volksdeutschen aus Ostgalizien und dem Buchenland setzte sich die Bevölkerung zum 10. Oktober 1943 wie folgt zusammen: Gesamteinwohnerzahl 132.315, davon Deutsche 14.241. Darunter waren 9.222 Umsiedler, 2.376 Deutsche der Volksliste und 2.723 Deutsche aus dem Altreich.<sup>1</sup> Nach Sikoras Ermittlungen wurde der Landkreis Saybusch 1938 von 145.000 Einwohnern bewohnt. Nach der deutschen Bevölkerungserfassung im Dezember 1939 lebten da 149.939 Personen, da-

---

1 Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815–1945. Hrsg. von Walther Hubatsch. Reihe A: Preußen. Bd. 4. Schlesien. Bearb. von Dieter Stüttgen. Marburg (Lahn) 1976, S. 308.

runter auch 818 Deutsche,<sup>2</sup> 557 Juden (1938 etwa 2.600), 51 Ukrainer und 16 Tschechen.<sup>3</sup>

*Ausgewählte Daten zum historischen Hintergrund der Umsiedlung von Volksdeutschen aus Ostgalizien und dem Buchenland in den Landkreis Saybusch*

Den historischen Hintergrund bilden folgende Ereignisse: Am 23. August 1939 wurde in Moskau der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt unterschrieben. In einem geheim gehaltenen Zusatzprotokoll wurden die Interessensphären der beiden Vertragsparteien festgelegt. Deutschland bekundete darin, im Gegensatz zur Sowjetunion, sein Desinteresse an Bessarabien und der Nordbukowina. Polen wurde erneut geteilt. Die Demarkationslinie sollte entlang den Flüssen Narew, Weichsel und San verlaufen. Am 1. September 1939 brach der Zweite Weltkrieg mit dem Überfall auf Polen aus. Am 17. September 1939 griff die Sowjetunion Polen an. Am 28. September 1939 kapitulierte Warschau. Am selben Tag wurde in Moskau der deutsch-sowjetische Grenz- und Freundschaftsvertrag unterzeichnet, der gleichzeitig den Beschluss der Annektierung Polens sanktionierte. In einem begleitenden geheimen Abkommen wurde u.a. die Aufteilung Polens bestätigt und der Austausch seiner deutschen, ukrainischen und weißrussischen Bevölkerung vereinbart. Dieses Abkommen gab den Anlass für Hitlers Erlass vom 7. Oktober 1939 zur Festigung deutschen Volkstums. Kraft dieses Erlasses sollten Reichs- und Volksdeutsche aus dem Ausland ins Reich zurückgeführt, der schädigende Einfluss von volksfremden Bevölkerungsteilen auf das Reich und die deutsche Volksgemeinschaft ausgeschlossen und neue deutsche Siedlungsgebiete durch Umsiedlung geschaffen werden.<sup>4</sup> Mit dem

---

2 Im Landkreis Saybusch lebten zahlreiche Österreicher, da er vor dem Ersten Weltkrieg zur österreichisch-ungarischen Monarchie gehörte. Nach Österreichs Anschluss wurden Österreicher mit der Verordnung vom 3.7.1938 zu Staatsbürgern des Deutschen Reiches erklärt.

3 *Sikora, Mirosław* und *Monika Bortlik-Dźwierżyńska*: *Aktion Saybusch. Wysiedlenie mieszkańców Żywiecczyny przez okupanta niemieckiego 1940–1941* [Deportation der Einwohner aus dem Landkreis Żywiec durch den deutschen Okkupanten in den Jahren 1940–1941]. Katowice 2010, S. 31.

4 Kraft des ersten Vertrags mit der Sowjetunion vom 16. November 1939 wurden aus den polnischen Gebieten, die nach dem 17. September 1939 von der Sowjetunion besetzt wurden, insgesamt 128.379 Deutsche ausgesiedelt. Der zweite Aussiedlungsvertrag mit der Sowjetunion, die „Vereinbarung über die Umsiedlung der deutschstämmigen Bevölkerung aus den Gebieten Bessarabiens und der nördlichen Bukowina in das Deutsche Reich“, wurde am 5. September 1940 in Moskau unterzeichnet. Für die Umsiedlung wurde die Zeit vom 5. September bis 15. November 1940 anberaumt. Die Aussiedlung aus diesen Gebieten erfolgte zwischen dem 26. September und 14. November 1940 und erfasste 132.772 Personen.

Erllass des Führers über die Gliederung und Verwaltung der Ostgebiete vom 8. Oktober 1939 wurde der Landkreis Żywiec in das Deutsche Reich mit deutscher Verwaltung eingegliedert. Er gehörte bis zum Frühjahr 1941 zur Provinz Schlesien, danach bis Kriegsende zur Provinz Oberschlesien. Mit einem unveröffentlichten Erlass vom 29. Dezember 1939 wurde der polnische Stadtname Żywiec in Saybusch umbenannt.

Am 6. Juni 1940 erhielt der Saybuscher Landrat die schriftliche Mitteilung, dass in Kürze im Landkreis Saybusch etwa 4.000 Volksdeutsche aus Ostgalizien angesiedelt werden sollen. Am Sonntag, dem 22. September 1940 um 5:00 Uhr morgens, begann die „Aktion Saybusch“, die bis zum 31. Januar 1941 andauerte und in deren Rahmen 17.990 einheimische polnische Einwohner von ihren Wohnsitzen brutal vertrieben und anschließend in den rechtsfreien Raum des Generalgouvernements ausgesiedelt wurden. Die Ansiedlung von 3.328 Volksdeutschen aus Ostgalizien, die davor in Übergangslagern in Teschen und Oderberg (Bohumin) (etwa 100 km westlich von Żywiec) darauf warteten, begann ebenfalls am 22. September 1940 und wurde im ersten Zug am 8. Dezember 1940 abgeschlossen.<sup>5</sup> Einen Monat später, d.h. genau am 10. Januar 1941, erschien der Heimatkalender des Landkreises Saybusch.

### *Die Initiative schlesischer Heimatkundler*

Die Kattowitzer Zeitung vom 29. Oktober 1940 berichtete darüber, dass zwei Tage zuvor in Sosnowitz, einer bei Kattowitz nach Besetzung Polens ins Dritte Reich eingegliederten polnischen Stadt, eine heimatwissenschaftliche Tagung veranstaltet wurde. Die Begrüßungsansprache hielt Alfons Perlick, ein schlesischer Heimatkundler und Leiter des Landesamtes für Volkskunde in Beuthen.<sup>6</sup> In seinem Einführungsreferat sprach er

„in längeren, sehr aufschlußreichen Ausführungen über das Wesen der Heimatkunde, umriß den Begriff Heimat und befasste sich dann

---

Davon wurden im Landkreis Saybusch und im benachbarten Kreis Bielitz 9.475 Personen aus dem Nordbuchenland angesiedelt. *Kosiński, Rafał: Źródła do historii Ziemi Żywieckiej. Wykazy osadników niemieckich [Quellen zur Geschichte des Landkreises Żywiec. Listen der deutschen Umsiedler].* Kraków 2005, S. 13).

5 Mehr dazu in *Sikora, Mirosław: Niszczyć, by tworzyć. Germanizacja Żywiecczyny przez narodowosocjalistyczne Niemcy 1939–1944/45 [Zerstören, um zu gestalten. Die Germanisierung des Landkreises Żywiec durch das nationalsozialistische Deutschland 1939–1944/45].* Katowice 2010, S. 367 ff.

6 Für ein neues Heimatgefühl. In: Kattowitzer Zeitung (KZ), 29.10.1940. Mehr zu Perlicks Wirken in Oberschlesien in *Kaczmarek, Ryszard: Górny Śląsk podczas II wojny światowej [Oberschlesien während des Zweiten Weltkrieges].* Katowice 2006, S. 346.

eingehend mit dem Problem der Umbeheimatung, das [...] angesichts der Versetzungen zahlreicher Beamter in neue Gebiete und vor allem der Rückführung der Auslandsdeutschen besonders aktuell ist. Den Menschen, die nun in einer neuen Gegend arbeiten und leben, muß ein neues Heimatgefühl gegeben werden, sie müssen mit dem Boden, auf den sie der Führer stellt, verbunden und verflochten werden. Hier erwachsen den Heimatkundlern ungeheure Aufgaben, damit die Kräfte, die aus verständlichen Gründen noch in der alten Heimat wurzeln, frei werden für die Aufbauarbeit im neuen Raum.“

In seiner Rede fällt zunächst auf, dass er nicht von einer Übersiedlung, die in diesem Fall völkerrechtlich zwischen zwei Staaten vereinbart wurde, sondern von gezielten Maßnahmen zur Umbeheimatung auf fremden Boden spricht. Der Begriff „Umbeheimaten“, für den erstaunlicherweise in Internetquellen kein einziger Beleg zu finden ist, impliziert, dass Menschen, die eine siedlungsgeschichtliche Heimat hatten, auf Grund politischer Entscheidungen eine neue im fremden Land zugewiesen bekommen. In diesem Sinne bedeutet Heimat nicht mehr den Ort, in dem die frühesten Sozialisationserlebnisse stattfinden und sich Identität, Charakter, Mentalität, Sprache, Kultur der Menschen formen, sondern Bleiberecht und Lebensmöglichkeit. Das rechtliche, aber auch moralische Problem besteht im Fall der Umbeheimatung darin, dass man zuvor eine andere Volksgruppe ihrer Heimat, auch im Sinne von Lebensmöglichkeit, in menschenrechtsverkennender Weise, ohne jegliche Entschädigung und in der Regel rechtswidrig und zudem brutal beraubte, nur weil sie aus politischen Gründen für rassistisch minderwertig erklärt wurde. Zu dieser entrechteten, entheimateten und folglich auszurottenden Volksgruppe gehörte meine Schwiegermutter mit zwei kleinen Töchtern, ihre Schwester mit drei kleinen Kindern sowie ihre gesamte Großfamilie.

Ein halbes Jahr später, und zwar am 29. März 1941, erschien in derselben Kattowitzer Zeitung der Artikel „Erlebte Heimat“ mit dem Untertitel „Kreise bringen neue Jahresweiser heraus“. Darin wird informiert, dass für Kreise und Städte im ehemals polnischen Teile Oberschlesiens, nämlich Kattowitz-Land, Kattowitz-Stadt und Königshütte, Bendzin, Chrzanow, Olkusch und Sosnowitz, zum ersten Mal Heimatkalender herausgegeben wurden. Im Geleitwort der Heimatkalender für Kattowitz und Königshütte wurde dessen Zielsetzung folgenderweise formuliert: „Es möge das Heimatgefühl der Menschen stärken, die im Kampfe um diese Erde standen; den Menschen aber, denen dieses Land zur neuen Heimat geworden ist, möge es die Erde, auf der sie nun leben, näherbringen.“<sup>7</sup>

---

7 KZ, 29.3.1941.

Aus dem Zeitungsbericht kann man schließen, dass die Herausgabe von Heimatkalendern für Kreise und Städte in den eingegliederten Ostgebieten eine groß angelegte Initiative mit klarer ideologischer Zielsetzung war, genauso wie sie Perlick auf der Heimatkundlertagung in Sosnowitz umrissen hatte. Im Rahmen dieser Initiative wurde wohl auch der Heimatkalender des Landkreises Saybusch herausgegeben. Demzufolge ist es naheliegend, dass an deren inhaltlicher Zusammensetzung nationalsozialistisch gesinnte Heimatkundler aktiv mitwirkten. Diese These bestätigt der rege Briefwechsel zwischen dem Saybuscher Landrat und dem Schlesischen Heimatbund für Heimatschutz mit Sitz in Breslau, dem Oberschlesischen Heimatbund, Fachabteilung Heimatschrifttum, in Kattowitz sowie dem Amt für Landeskunde, Abteilung Kalender, in Oppeln.<sup>8</sup> Den Dokumenten ist zu entnehmen, dass der Inhalt der Heimatkalender mit diesen Institutionen abgestimmt oder in manchen Bereichen, wie dem Vorwort und insbesondere der Jahresrückschau, von ihnen verfasst oder genehmigt wurde, und sogar deren Wortlaut für alle Heimatkalender des Gaus Oberschlesien vereinheitlicht wurde.<sup>9</sup>

### *Allgemeine Angaben zu Struktur und Inhalt des Heimatkalenders des Landkreises Saybusch 1941*

Der erste und einzige Heimatkalender für den Landkreis Saybusch wurde vom Landrat des Kreises, namentlich nicht genannt, in der Auflagenhöhe von 6.000 Exemplaren herausgegeben und kostete 1,00 RM. Für dessen Bearbeitung war Regierungsassessor Jenrich verantwortlich. Gedruckt wurde er im Gauverlag NS-Schlesien in Gleiwitz.<sup>10</sup>

Aus dem Schreiben des Landrats vom 20. Februar 1942 an den Oberschlesischen Heimatbund, Fachstelle Heimatschriften, Kattowitz, geht hervor, dass die redaktionellen Arbeiten am Heimatkalender für das Jahr 1942

---

8 Vgl. Staatsarchiv Katowice, 12/118/4764. Zur Erläuterung: 12 = AP Katowice; 118 = Provinzialverwaltung Kattowitz.

9 Aus den im Staatsarchiv Katowice aufbewahrten Dokumenten geht hervor, dass der Mangel an aktuellen Jahresrückschau die starke Verzögerung der redaktionellen Arbeiten am Heimatkalender für das Jahr 1942 verursachte.

10 Aus dem Schreiben des Landrats an den Oberschlesischen Heimatbund, Fachabteilung Heimatschrifttum, in Kattowitz vom 20.2.1942 geht hervor, dass die Herausgabe des Heimatkalenders für das Jahr 1942 wegen der Nichtbilligung der erforderlichen Papiermenge gescheitert war. Für das Jahr 1943 wurde die Herausgabe eines Kalenders in der Auflage von 3.000 Exemplaren genehmigt, an dessen Zusammenstellung der Leiter der Deutschen Schule in Saybusch (namentlich nicht genannt) beteiligt war. Vgl. Brief des Leiters der Deutschen Schule Saybusch O/S an Rektor Stumpe in Oppeln vom 3.7.1942. Staatsarchiv Katowice 12/118/4764.

abgeschlossen waren. Dennoch ist er nicht erschienen, weil die für dessen Druck erforderliche Papiermenge nicht gebilligt wurde. In einem Brief vom 3. Juli 1942 an den Rektor Stumpe informiert der Leiter der Deutschen Schule Saybusch darüber, dass für das Jahr 1943 3.000 Exemplare des Heimatkalenders genehmigt würden und er dabei sei, den Kalender zusammenzustellen.<sup>11</sup> In „Heimatkundlichen Aufsätzen von Lotte Israel, Franz Lohner, Josef Lanz und Karl Tapla“, zusammengestellt von Heinz Labus, befindet sich ein Vorwort des Landrates, datiert auf den 15. März 1944. Darin findet sich folgende Bemerkung zur Herausgabe von Saybuscher Heimatkalendern:

„Der Heimatkalender konnte bisher nur einmal erscheinen. Für die Dauer des Krieges ist auf Grund zentraler Anweisungen die fortlaufende Herausgabe des Heimatkalenders nicht möglich. Für die Heimatkalender, die nach dem Siege erscheinen werden, ist schon viel Material gesammelt worden, und ich bitte alle, die die neue Heimat lieb gewonnen haben, ja der Sammlung dieses Materials mit beizutragen. Inzwischen soll die anliegende Veröffentlichung, die mit behelfsmäßigen Material erfolgt ist, dazu dienen, dem dringlichsten Mangel an heimatlichen Material besonders an den Schulen des Kreises Saybusch abzuhelpfen.“<sup>12</sup>

Die redaktionelle Arbeit an dem ersten Heimatkalender musste recht früh begonnen werden, zumal er 357 Seiten dick ist und ausführlich Themen behandelt, die mit der Region und deren Geschichte, den deutschen Umsiedlern, ihrem Herkunftsland und dem Umsiedlertreck in direkter Verbindung stehen. Andererseits wurden darin auf den Seiten 139 bis 142 auch die aktuellsten Angaben zur Produktion und Gewerbetätigkeit in diesem Landkreis und sogar die Ergebnisse der Viehzählung vom 3. Dezember 1940 aufgenommen.

Der Heimatkalender enthält mehrere Vorworte unterschiedlicher Nazi-Funktionäre im ungewöhnlichen Umfang von 17 Seiten sowie vier Großkapitel: Kapitel I „Das Jahr“: das standardisierte Kalendarium, Kapitel II „Die Heimat“: zahlreiche Fotos, Bilder und Informationen zum Landkreis Saybusch, Kapitel III „Die Siedler“: Texte über ehemalige deutsche Siedlungen und Sprachinseln in Ostgalizien, den Treck ins Deutsche Reich, Kapitel IV „Der Feierabend“: unterschiedliche Lesetexte zur Unterhaltung

11 Staatsarchiv Katowice, 12/118/4764.

12 Muzeum Miejskie w Żywcu, Biblioteka – Archiwum (Stadtmuseum Żywiec, Bibliothek – Archiv), Nr. 391. Lanz und Tapla waren mit ihren Beiträgen am Heimatkalender für das Jahr 1941 beteiligt.

und einen „Anhang“ mit allerlei Wissenswertem, wie etwa ein Verzeichnis der Ämter, bei denen die Umsiedler in unterschiedlichsten Angelegenheiten um Hilfe und Rat ersuchen konnten, wie etwa um erstmalige Ausstattung mit fehlenden Haushaltsgegenständen, landwirtschaftlichen Geräten, gewerblichem Inventar, Erteilung gewerblicher Konzessionen, Kredite u.a.<sup>13</sup> Außerdem ist er ausgeschmückt mit einem Bildnis Hitlers von Bruno Héroux, einem Foto von Hermann Göring in seiner Marschalluniform, Plakaten bzw. Bildern mit Motiven der Blut-und-Boden-Ideologie sowie Hitlers Sprüchen.

Der Inhalt des Kalendariums war sehr stark an dessen Adressaten angepasst. Die Zielgruppe war das Bauerntum, denn unter den bis zum 1. August 1941 im Landkreis Saybusch Umgesiedelten waren 38 % Landwirte, 25 % Waldarbeiter, 11 % Handwerker und 10,8 % unqualifizierte Arbeiter. Angestellte (12,3 %) und Kaufleute (2,5 %) waren unter den Umsiedlern sehr schwach vertreten.<sup>14</sup> Aus diesem Grunde dominiert die bäuerliche Thematik, die mit Heinrich Sohnreys völkischem Gedankengut untermauert wurde.<sup>15</sup> Bekanntlich propagierte Sohnrey die Verbesserung der Lebens- und Einkommensbedingungen der unterbäuerlichen Schichten, die Brauchtpflege auf dem Lande, die Verschönerung des Landlebens, die nationalsozialistische Rassenlehre, die aggressive Abwehr des Fremden sowie die scharfe Grenzziehung zwischen Polen und Deutschen. Das Bauerntum hielt Sohnrey für „den Ur- und Kraftquell des deutschen Volkes“. Seine völkischen Überzeugungen bekundeten sich in der 1939 in Berlin erschiene- nen Broschüre „Landflucht ist Volkstod“, erneut auferlegt 1941 und 1942, in der er die Auffassung bekräftigt, dass „das nationalsozialistische Deutschland seinen Ewigkeitsbestand auf Blut und Kraft des Bauerntums“ zu gründen hätte.<sup>16</sup> In dieser Broschüre ist vorangestellt zu lesen: „Bauernfaust

---

13 Je nach Wohnbedarfsgruppe stand den Umsiedlern eine materielle Unterstützung im Wert von 900,00 bis 2.000,00 RM zu. *Sikora*, Niszczycy, by tworzyć (wie Anm. 5), S. 570.

14 *Kosiński*, Źródła do historii Ziemi Żywieckiej (wie Anm. 4), S. 17.

15 Sohnrey (1859 Jühnde – 1943 Neuhaus) unterzeichnete 1933 das Gelöbnis treuester Gefolgschaft für Adolf Hitler. In seinen Publikationen vertrat er zunächst die Ideologie der Völkischen Bewegung und später die des Nationalsozialismus, insbesondere der Rassenpolitik, und somit unterstützte er tatkräftig die Blut-und-Boden-Propaganda. Die Polen hielt er für einen „geistig arg zurückgebliebenen“ Volksstamm, dessen Agenten den rassischen Verfall der „Grenzland-Deutschen“ gesteuert hätten. *Sohnrey, Heinrich*: Fußstapfen am Meer. Ein Grenzlandroman. Berlin 1928, S. 104. Siehe auch *Möbius, Frank*: In Sachen Sohnrey. In: <https://www.uni-goettingen.de/de/in+sachen+heinrich+sohnrey/312056.html>, zuletzt eingesehen 6.3.2018.

16 *Sohnrey, Heinrich*: Landflucht ist Volkstod. Ein Wort an die Lehrer zur Entlassung der Landjugend. Hrsg. im Auftrage des Reichsministers für Ernährung und Land-

und Bauerngeist, ob man selten sie auch preist, sind des Staates Quell und Macht, sind die Sieger in der Schlacht. Wohl dem Staat, der das bedacht!<sup>17</sup>

Derselbe Spruch befindet sich fast textgleich in einem Holz- oder Linolschnitt, der im Kalender auf Seite 33 die einleitende Karte für den Monat Januar schmückt; so ist Sohnreys Einfluss auf die politischen Zielsetzungen des Heimatkalenders unverkennbar. Andere Sprüche Sohnreys fungieren als Motto auf weiteren Monatskarten. Sie thematisieren die gesellschaftliche Rolle und Pflichterfüllung der Bauern und einfacher Landarbeiter oder fordern zu deren gerechter Entlohnung und Behandlung auf, wie etwa im Monat Juli auf Seite 81:

„Die armen Knechte schon,  
Sie dienen dir um Lohn,  
Gedenk, daß jeder ist ein Mensch  
Wie du auch bist.“

Die politische Bedeutung des Bauernstandes im Sinne der Blut-und-Boden-Propaganda wird an vielen anderen Stellen im Heimatkalender mit folgenden Argumenten mit Nachdruck bekräftigt: der deutsche Bauer sei „der Kulturträger und Rasseerhalter“, er nähme „Besitz von dem Land im Namen der Kultur, die er schuf“.<sup>18</sup> Dieser Gedanke wird in einem Holzstich auf Seite 307 veranschaulicht, in dem zwei Männer mühevoll Wurzelstöcke ausgraben, wodurch dem Wald Land für eine neue Agrarkultur abgerungen und die Bedingungen für die Steigerung der Agrarproduktion geschaffen werden.

Jede Monatskarte beginnt mit einer Bauernregel übers Wetter, wie etwa auf Seite 47 „Fällt im März viel Schnee, tut’s den Blüten weh“ und einem Holzstich mit Motiven des Landlebens und lehrhaften Sprüchen, die aus Sohnreys Schaffen entlehnt und eventuell entsprechend adaptiert wurden.

### *Die Besetzung der Stadt Żywiec aus dem Kalenderbericht eines in Żywiec lebenden Volksdeutschen*

Die Kreisstadt Żywiec wurde am 4. September 1939 von der 7. Bayrischen Infanteriedivision, aus der Slowakei kommend, eingenommen, nachdem sie nach schweren Gefechten die etwa 15 km von Żywiec entfernte Bunkeranlage in Węgierska Górka durchbrochen hatte. Der in Żywiec wohnende und in der Papierfabrik „Solali“ arbeitende Volksdeutsche Rudolf

---

wirtschaft gemeinsam mit dem Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. Berlin 1939, S. 13.

17 Ebd., unpag. (S. 6).

18 Löns, Hermann: Über den Bauern. In: Heimatkalender, S. 311.

Gürtler schildert im Heimatkalender im Kapitel „... und dann kamen die deutschen Soldaten ...“, wie er und seine Volksgenossen auf der Heeresstraße die einrückenden Wehrmachtsoldaten mit Segenswünschen, aber auch mit Tee, Kaffee, Wurstbrot, Zigaretten und Zigarren begrüßt hätten, die gekommen wären, um sie „vom polnischen Joch“ zu befreien.<sup>19</sup> Mit staunender Bewunderung sahen sie der Ordnung und Ausrüstung der deutschen Soldaten zu, die über Żywiec weiter in das Landesinnere gezogen waren. Die Betriebskantine in der Papierfabrik wurde nach deren Besetzung zu einer Sammelstelle deutscher Soldaten und Volksgenossen, wo sie „nach der Tagesarbeit [...] den kameradschaftlichen Geist der deutschen Truppen“<sup>20</sup> hätten kennen gelernt. Diese ersten Wochen wären für sie „das erste sorgenfreie Beisammensein mit unseren Befreiern“ gewesen; es werde „für immer unvergeßlich bleiben“. Diese unverkennbar parteiische Schilderung stilisiert das Einrücken der Wehrmacht in Żywiec zu einem fröhlichen Ereignis, in dem die Gräueltaten eines Krieges keinen Platz hatten.

### *Anpreisungen der Vorzüge des Landkreises*

Der zugewiesene Landkreis war den umgesiedelten Volksdeutschen aus Galizien und dem Buchenland völlig fremd und unbekannt. Deshalb musste ihnen erst seine Lage, Geschichte, materielle Kultur näher gebracht und vor allem angepriesen werden. Eine wichtige Rolle dabei erfüllte der Heimatkalender, der mit 34 ganzseitigen Kreisstadt- und Landschaftsfotos sowie Abbildungen gemalter Landschaften im Kunstdruck ausgeschmückt wurde, die diese Gegend zu allen Jahreszeiten zeigen und von deren Schönheit erzählen.<sup>21</sup> Auch in den verschiedenen Texten verpasste man nicht, die besonderen Vorzüge dieser Region zu rühmen. So wird in der Einleitung und an vielen anderen Stellen immer wieder beteuert, dass „der Beskidenkreis Saybusch [...] sicherlich zu den schönsten Kreisen im Osten des Reiches“<sup>22</sup> gehöre, in dem es eine fast unberührte Natur mit schönen Wäldern und wichtige Industriebetriebe gebe. Es sei „eine herrliche Berglandschaft, die uns geschenkt wurde“.<sup>23</sup> Die Beskidenuferhäuser seien, auch wenn sie meist

19 Gürtler, Rudolf: ... und dann kamen die deutschen Soldaten ... In: Heimatkalender, S. 199–203, Zitat S. 202.

20 Ebd., S. 203.

21 Siehe die Unterkapitel: Die Heimat in Bildern: die Kreisstadt, das Bergland; Die Heimat in Ziffern: 12 Monatsbilder; Der Landkreis: Die Baugestaltung des Beskidenkreises, Die Schrotholzkirchen des Kreises Saybusch; Fotos: Drei Schutzhäuser warten auf den Wanderer.

22 Landrat [Hering, Eugen]: Den deutschen Umsiedlern. In: Heimatkalender, S. 13f., S. 13.

23 Gamp (Baurat): Die Baugestaltung des Beskidenkreises. In: Heimatkalender, S. 151–154, S. 154.

aus einer Wohnstube bestünden, „von einer so anheimelnden Schönheit“ und „ein schönes Beispiel deutscher Wohngemütlichkeit“, wie sie „den besten deutschen Bauernstuben eigen“ sei und vorbildlich genannt werden könne.<sup>24</sup> Der Anblick dieser Dorflandschaft entwickle bei den deutschen Menschen „das eindeutige Gefühl einer Heimatlichkeit“.<sup>25</sup> Hier zu leben und zu arbeiten sei „ein glücklicher Umstand für die deutschen Siedler“. Die Umsiedlung würde „dem deutschen Volke in seiner Gesamtheit Segen bringen“.<sup>26</sup>

Dieser im Heimatkalender idealisierten Beschreibung der Dorflandschaft widersprechen die vorgenommenen Maßnahmen vor der Ansiedlung der deutschstämmigen Umsiedler. Die angepriesenen einheimischen Blockhäuser wurden oft in Ställe oder Schuppen umfunktioniert und die nicht brauchbaren Gebäude abgerissen. Bis Mai 1941 wurden 816 Wohnhäuser, 205 landwirtschaftliche Gebäude und 460 Kellerspeicher abgerissen.<sup>27</sup> Die stehen gebliebenen sollten nach Beendigung des Krieges Musterhöfen weichen, die für diese Gegend nach dem Konzept der zentralen Orte und Hauptdorfbereiche geplant und entwickelt worden waren. Bereits im Jahre 1941 wollte man mit dem Bau von je einem „Beispielshof“ in Rajcza, Moszczanica und Lachowice beginnen, der den spezifischen Bedingungen der Gebirgswirtschaft und den Komfortbedürfnissen der Bewohner Rechnung tragen würde.<sup>28</sup>

### *Strategien zum Aufbau einer völkischen Gesinnung*

#### *Begründung des Anspruchs auf den von den Volksdeutschen zu besiedelnden Landkreis*

Wie schon weiter oben angedeutet, war die Ansiedlung der galizien- und buchenlanddeutschen Bergbauern u.a. in den Beskiden eine politische Entscheidung und durch den am 5. September 1940 in Moskau unterschriebenen Rückführungsvertrag mit der Sowjetunion über die Umsiedlung der deutschstämmigen Bevölkerung aus den Gebieten Bessarabiens und der nördlichen Bukowina sanktioniert. Mit dieser Maßnahme wollte man diese Volksdeutschen im Großdeutschen Reich konzentrieren und mit ihnen in den östlichen Teilen des Reichs einen völkischen Schutzwall gegen das Slawische schaffen.

24 *Lange* (Architekt): Landschaft und Bauernhaus in den Beskiden. In: Heimatkalender, S. 155–157, S. 157.

25 Ebd., S. 155.

26 *Borkenhagen* (Direktor der Schlesischen Landgesellschaft): Die Betreuung. In: Heimatkalender, S. 257–259, S. 257.

27 *Sikora*, Niszczyć, by tworzyć (wie Anm. 5), S. 261.

28 *Borkenhagen*, Die Betreuung (wie Anm. 26), S. 258.

Der völkerrechtliche Hintergrund für die Umsiedlung wird im Kalender in der Regel nur am Rande erwähnt.<sup>29</sup> Als wichtigstes Argument für das Siedlungsrecht im Landkreis Saybusch wurde die Tatsache genannt, dass „ostwärts strömende [deutsche] Siedler in mehreren Zeitabschnitten diesen Landschaftsraum der Urnatur abgerungen, zu einer Kulturlandschaft gemacht und ihn für längere Zeit mit ihrer Kultur zu Leben und Blüte gebracht“ hätten.<sup>30</sup> Dementsprechend wäre die wirtschaftliche Entwicklung des Ostens ausschließlich deutschen Menschen zu verdanken.<sup>31</sup> Daher sei „der Beskidenkreis alter deutscher Boden“<sup>32</sup>, der „im Herbst 1919 unter polnische staatliche Zwangsherrschaft“ gekommen sei, und der Einmarsch der Wehrmacht in Żywiec hätte „die Befreiung vom polnischen Joch“ und „die glückhafte Eingliederung des Kreises Saybusch in das Reich“ gebracht.<sup>33</sup> Solche demagogischen Argumente sollten die Umsiedler überzeugen, dass sie einen historisch begründeten Anspruch auf den ihnen zugewiesenen Landkreis hätten, der somit zu ihrem neuen Lebensraum werden sollte.

### *Systematisches Schüren feindseliger Klischees*

Wichtige Strategien zum Aufbau oder Stärkung einer Identität mit völkischen Charakterzügen, die im Heimatkalender breite Anwendung fanden, waren die Propagierung feindseliger Klischees, Anstachelung zum Polenhass, Volksverhetzung und Aufruf zur aggressiven Abwehr des Fremden. Den Vorwand dazu gaben die vermeintlichen Erfahrungen des Wanderlehrers Hans Reinpold<sup>34</sup>, dem wohl Sohnreys Schrift „Landflucht ist Volkstod“ sowie sein anderes Schaffen gut bekannt sein mussten. Nach Reinpolds Ausführungen hätten die Volksdeutschen unter den „Schikanen polnischer Polizisten, Pfaffen und Beamten“ gelitten, denn sie wollten ihnen „mit Gewalt [...] das Liebste rauben [...], das Volkstum“. Nach Heinrich Kurtz, vom Amt des Generalgouverneurs in Krakau, hätte „der polnische Chauvinist“ die deutschen Bauern abgelehnt und sich in ihren „schmucken Gehöfte[n]“ breit gemacht, so dass Tausende von Volksdeutschen hätten in

29 Kurtz, H.: Bewährt in der Ostaufgabe. In: Heimatkalender, S. 209–215, S. 215.

30 Lange, Landschaft und Bauernhaus (wie Anm. 24), S. 155.

31 N. N.: Die Industrie. In: Heimatkalender, S. 169–175, S. 171.

32 Landrat [Hering], Den deutschen Umsiedlern (wie Anm. 22), S. 13.

33 Stonowski, E.: Deutsche Pionierarbeit in den Bergen. In: Heimatkalender, S. 163–165, S. 165; Tapla (Forstmeister): Aus der Geschichte der Heimat. In: Heimatkalender, S. 177–186, S. 185; Gürtler, ... und dann kamen (wie Anm. 19), S. 202.

34 Wanderlehrer waren in der Nazi-Zeit die eigentlichen Träger der Volkstumsarbeit in Ortschaften, in denen Volksdeutsche lebten (Reinpold, Hans: Die deutsche Sprachinsel Felizienthal, Ostgalizien. In: Heimatkalender, S. 227–235, S. 232). Ihre Aufgabe war es, die deutschen Volksgruppen im Ausland im Sinne der Volkstumspolitik zu disziplinieren und ihre Ziele durchzusetzen.

„Erdlöchern“ hausen müssen. Abgeschlossene Pachtverträge seien für ungültig erklärt worden, die erworbenen Höfe hätten von neuem bezahlt werden müssen.<sup>35</sup> Die immer wieder erlebte Ungerechtigkeit vonseiten der Polen hätten sich die volksdeutschen Bauern mit Wut verbeißen müssen.<sup>36</sup> „Die Schreckenstage der polnischen Verfolgung [von] Juni bis September 1939“ hätten unter den galiziendeutschen Umsiedlern auch „zahlreiche Blutopfer gefordert“.<sup>37</sup> Andere Volksdeutsche seien am 1. September 1939 interniert und misshandelt worden. Nach eigenen Angaben seien der Wanderlehrer Hans Reinpold bereits im Januar 1939 wegen seiner mit besonderem Eifer ausgeübten Volkstumsarbeit in Ostgalizien sowie der Ingenieur des Papierwerks „Solali“, Josef Gryksa, gleich am Kriegsausbruchstag verhaftet und nach Bereza Kartuska verschleppt worden, wo sich in den Jahren 1934–1939 ein Gefängnislager befand, in das u.a. Personen in Verwahrung gebracht wurden, die durch ihre politische Aktivität die Sicherheit und öffentliche Ordnung in Polen bedrohten.<sup>38</sup>

In seinem Aufsatz weist Kurtz auf den Prozess der starken Entnationalisierung hin. Dadurch hätten manche Volksdeutsche „den Zusammenhang mit dem Volkstum verloren und sind im Polentum untergegangen“. Da sie dem Ruf des Führers, in die Heimat ihrer Ahnen zurückzukehren, nicht gefolgt wären, wurden sie vom ihm „abtrünnige Kinder des großdeutschen Volkes“ genannt.<sup>39</sup>

Die im Heimatkalender beschriebene Situation der Volksdeutschen im Vorkriegspolen entspricht genau den Regeln der nationalsozialistischen Propaganda gegenüber Polen, die zum Ziel hatte, eine negative Einstellung gegenüber dem polnischen Staat und seiner Bevölkerung zu kolportieren. Diese feindliche Propaganda stützte sich auf folgende Argumente:

- Volksdeutsche hätten von Polen maßloses Unrecht erfahren.
- Das erlittene Unrecht wäre so groß, dass man von Knechtschaft reden könnte.
- Die Polen hätten Volksdeutsche in ihrer Existenz bedroht, indem sie rechtlos von ihrem Besitztum verdrängt worden wären.

35 Kurtz, Bewährt in der Ostaufgabe (wie Anm. 29), S. 214 (zu den Wollhynien-deutschen).

36 Reinpold, Hans: Den Umsiedlern aus den ehemaligen deutschen Karpathensiedlungen Ostgaliziens. In: Heimatkalender, S. 207–208, S. 207.

37 Kurtz, Bewährt in der Ostaufgabe (wie Anm. 29), S. 215.

38 Reinpold, Die deutsche Sprachinsel (wie Anm. 34), S. 234; Gryksa, Josef: Bericht eines Volksdeutschen aus Saybusch über seine Verschleppung nach Bereza-Kartuska. In: Heimatkalender, S. 193–198.

39 Kurtz, Bewährt in der Ostaufgabe (wie Anm. 29), S. 215.

- Selbst die volksdeutschen Katholiken fänden bei polnischen Priestern keinen fürsorglichen Schutz und keine Stütze für ihre heiligsten Lebensrechte. Die polnischen katholischen Geistlichen gälten als „die größten Schädlinge des Deutschtums“.<sup>40</sup>
- Der polnische Staat und seine Funktionäre hätten Volksdeutsche stark benachteiligt und verfolgt, so dass die deutsche Volksgruppe stark entnationalisiert worden wäre.<sup>41</sup>
- Die Polen wären Deutschenhasser.
- Die Polen und ihre wissenschaftlichen Institute hätten mit größter Skrupellosigkeit das Bild und den gewaltigen Umfang deutscher Leistungen vom 10. bis zum 16. Jahrhundert im Weichselraum verfälscht.<sup>42</sup>

Die in der Beschreibung der Lage der Volksdeutschen im polnischen Staat verwendeten Bezeichnungen, wie etwa „Schikanen“, „Gewalt“, „Hass“, „Pfaffe“, „Chauvinist“, „Schreckenstage“, „Verfolgung“, „Erdloch“, „Blutopfer“, „Knechtschaft“, „Skrupellosigkeit“, sind stark negativ konnotiert. Die Anhäufung solcher negativer Attributionen bewirkt eine Verschärfung des Feindbildes und rechtfertigt das Recht auf Vergeltung des erlittenen Unrechts. Diese ideologisch motivierte Schilderung der Situation der Volksdeutschen im Vorkriegspolen entspricht dem Feindbild vom Polen, das in Sohnreys Schaffen vermittelt und das in der Blut-und-Boden-Ideologie mit besonderer Konsequenz zum Schüren starker Aversion gegen ethnisch fremde Bevölkerungsgruppen tradiert wurde.

### *Diskriminierung der katholischen Volksdeutschen in Polen aus der Sicht eines Wanderlehrers*

An mehreren Stellen im Heimatkalender wird darauf hingewiesen, dass die deutschen Katholiken im Vorkriegspolen von „ihrer Kirche nur stiefmütterlich behandelt“ worden wären und „in ihr keine Stütze im Kampf um ihre heiligsten Lebensrechte“ gefunden hätten. Die polnischen Geistlichen wurden als „die größten Schädlinge des Deutschtums“ verschrien.<sup>43</sup> Als besondere Schikane wurde die Auflösung des Bundes der christlichen Deutschen 1923 betrachtet, obwohl 1925 der Verband deutscher Katholiken in der Wojewodschaft Stanislaw ins Leben gerufen werden konnte. Seine Aufgabe war es, „das deutsche Volkstum und die deutsche Kultur in den deutschen katholischen Siedlungen Ostgaliziens zu hegen und zu pflegen“.<sup>44</sup> Reinpolds

40 *Reinbold*, Die deutsche Sprachinsel (wie Anm. 34), S. 232.

41 *Kurtz*, Bewährt in der Ostaufgabe (wie Anm. 29), S. 210.

42 Ebd.

43 *Reinbold*, Die deutsche Sprachinsel (wie Anm. 34), S. 232.

44 Ebd.

Schilderung suggeriert, dass die deutschen Katholiken im Reich volle Freiheit genießen würden. An dieser Stelle sei daran erinnert, dass nach der Verlesung der Enzyklika „Mit brennender Sorge“ von Papst Pius XI. am 27. März 1937 in allen deutschen katholischen Kirchen mehrere Klöster, Bekenntnisschulen, theologische Fakultäten und Hochschulen sowie private katholische Schulen schließen mussten. Geistliche durften in Volks- und Berufsschulen keinen Religionsunterricht mehr erteilen. Die meisten katholischen Organisationen – vor allem die Jugendverbände – wurden bis 1939 aufgelöst, ihre Publikationen verboten und ihr Vermögen konfisziert.<sup>45</sup> Ab 1935 verdrängte das nationalsozialistische Regime systematisch die katholische Presse, die Verbände und Schulen aus dem öffentlichen und politischen Leben. Dazu nimmt Reinbold keine Stellung. Mehr noch, über die konfessionelle Betreuung der im Landkreis Saybusch umgesiedelten katholischen Volksdeutschen gibt es im Heimatkalender keinen einzigen Vermerk. Somit wird verschwiegen, dass ihre konfessionelle Betreuung nicht gesichert war, denn sie wurden nicht mit ihren Seelsorgern angesiedelt. Trotz zahlreicher Ersuchen seitens des Prälaten Albert Büttner vom Reichsverband für die katholischen Auslandsdeutschen in Berlin weigerte sich die deutsche Behörde vor Ort, die Heimatpriester bei ihren ehemaligen Gemeindemitgliedern ansiedeln zu lassen. Den Grund hierfür erklärt folgendes Zitat aus dem Schreiben von SS-Sturmbannführer Hans Butschek vom 7. September 1942: „Von einer Einsetzung der katholischen Geistlichen in massiver Form wird absolut Abstand genommen, da wir das bewusste politische Interesse haben, die Siedler in ihrer gesamten Menschenführung und Betreuung der Partei zuzuleiten.“<sup>46</sup>

Die Wirkung der ergriffenen Maßnahmen und die politische Indoktrinierung der Umsiedler im Bereich des Glaubens spiegelten sich in der hohen Anzahl der Kirchenaustritte wider. Dies belegen die in der ehemaligen Staatsarchivfiliale Żywiec (jetzt: Bielsko-Biała) einzusehenden gerichtlichen Beurkundungen. Ungeduldige Antragsteller drängten noch wenige Monate vor Kriegsende auf schnellste Erledigung ihres Antrags. Die Kirchenaustritte sollten die völlige Identifizierung mit der nationalsozialistischen Ideologie urkundlich bestätigen.

Wegen fehlender deutscher Priester besuchten die katholischen Umsiedler die Sonntagsmessen zusammen mit den polnischen Einwohnern. Da zu jener Zeit die Messen in Latein gelesen wurden, gab es hier kein Sprachproblem. Die Predigten waren allerdings in deutscher Sprache zu halten und ihr Inhalt musste vorher von der entsprechenden deutschen Behörde genehmigt wer-

45 Lill, *Rudolf* und *Heinrich Oberreuter*: *Machtverfall und Machtergreifung*. München 1983, S. 260f.

46 *Sikora*, *Niszczyc*, by *tworzy*c (wie Anm. 5), S. 516.

den.<sup>47</sup> Jedoch mit der Anordnung Nr. 28, erlassen am 24. Juni 1941 von Gauleiter Bracht, wurde den Deutschen die Teilnahme an Gottesdiensten in polnischen Kirchen unter schärfster Strafe verboten:

„Ein Deutscher, welcher einen polnisch-katholischen Gottesdienst besucht, verstößt gegen die arzeitigen Gesetze des deutschen Volkes und schließt sich im Wiederholungsfalle von selbst aus der Volksgemeinschaft aus. Beim ersten Verstoß wird er zur Sicherung seiner [?] auf die Dauer von einem Monat einem Konzentrationslager übergeben. Beim zweiten Verstoß wird er in ein Konzentrationslager auf unbestimmte Zeit überwiesen.“<sup>48</sup>

In einer übereifrigen Anordnung der Ortsgruppe der NSDAP Strychawa, einem Dorf im Landkreis Saybusch, vom 1. September 1941 wurde dieses Verbot noch ausgedehnt:

„Zu umseitiger Anordnung des Gauleiters füge ich ergänzend hinzu, dass ich auch allen hier zum vorübergehenden Aufenthalt zureisenden deutschen Angehörigen [...] die Teilnahme am polnischen Gottesdienst strengstens untersage. Das Verbot erstreckt sich auf sämtliche Deutschen, auch Frauen und Kinder. Wer trotz dieses Verbots glaubt, nicht ohne sonntäglichen Gottesdienst auskommen zu können und sich daher von einem polnischen Geistlichen konfessionell betreuen lässt, handelt ehrlos, scheidet aus der deutschen Volksgemeinschaft aus, wird rücksichtslos der verdienten Strafe zugeführt. Derartige Zureisende sind hier unerwünscht.“<sup>49</sup>

Um den deutschen Katholiken die religiösen Praktiken zu ermöglichen, stellte man ihnen erst im Jahre 1943 die Kreuzkirche in Saybusch zur Verfügung. Dort wurde das Seelsorgeamt des deutschen Kreises Saybusch gegründet, geleitet von dem eifrigen Anhänger Hitlers, Pfarrer Kurt Bensch, der mit seiner Buchenländer Gemeinde nach Ostoberschlesien umgesiedelt worden war.<sup>50</sup>

47 Vgl. *Sroka, Bronisław*: Straty poniesione przez mieszkalców Gilowic w wyniku wojny w latach 1939–1945 [Kriegsverluste der Einwohner von Gilowice in den Jahren 1939–1945]. Gilowice 2006, S. 15; *Kosiński, Źródła do historii Ziemi Żywieckiej* (wie Anm. 4), S. 17.

48 *Dobosz, Stanisław*: Wojna na ziemi żywieckiej od kwietnia 1939 r. do kwietnia 1945 r. [Der Krieg im Landkreis Żywiec vom April 1939 bis April 1945]. Żywiec 2004, S. 99, Zitat bei Dobosz unvollständig.

49 Ebd.

50 Ebd., S. 83, wohl zutreffender *Neuburger, Josef* (mit Ergänzungen von *Irmtraud* und *Adolf Schaper*): An den Hängen der Karpaten. Buchenhain – die Heimat unserer Deutschböhmern. 2. Aufl. Bad Lippspringe 2008, S. 96f. und S. 231–233.

### *Politische Aufgaben der Umsiedler*

Nach Sohnrey bildete die Landbevölkerung im Osten Europas wegen ihrer besonderen Wehrhaftigkeit das Rückgrat gegen Polen, so wie dies in seinem Roman „Fußstapfen am Meer“ gezeigt wurde. In seiner Schrift „Landflucht ist Volkstod“ rief er auf, „einen Grenzwall völkischer Behauptung im Osten aufzurichten“<sup>51</sup>. Die Idee von dem völkischen Schutzwall, die in der nationalsozialistischen Propaganda eine wichtige Rolle spielte, kommt in folgenden Zitaten zum Ausdruck: Die Siedler hätten „fortan die Erfolge der deutschen Wehrmacht für alle Zeiten zu sichern“. Der Landkreis sollte zu einem „festen Bollwerk des Deutschtums in der äußersten Ecke des Süd-Ostens des Reiches“ werden.<sup>52</sup> Der unter polnischer Herrschaft stiefmütterlich behandelte Landkreis sollte „durch den fleißigen Einsatz der Umsiedler zu einem gesunden und glücklichen Land“ werden. Das zugewiesene Land war nicht nur zu erobern, sondern „nach dem deutschen Schönheitsideal zu gestalten und mit deutscher Kultur durchzudringen“, damit „es die deutsche Prägung niemals mehr“ verliere.<sup>53</sup> Es solle auch „ein Raum der Erholung für den schaffenden, neuen deutschen Menschen sein“.<sup>54</sup>

Die grundlegende Aufgabe der Umsiedler war es, dieses Gebiet aufzubauen und mit ihm „durch die Arbeit immer mehr zu verwachsen“.<sup>55</sup> Somit sollte „die [neue] Heimat zu besonderem Schicksal [werden], das besonders hart verpflichtet“.<sup>56</sup> Da die Siedler in das Deutsche Reich mit „glühender Liebe im Herzen zu ihrem Führer und zum Vaterlande“<sup>57</sup> zurückkehrten, sollten sie zeigen, dass sie „des Vertrauens würdig“ seien, „das der Führer in sie gesteckt“ habe und daher hätten sie „seine treuesten Helfer [zu] sein“.<sup>58</sup> In Übereinstimmung mit der ideologisch forcierten Germanisierung des Landkreises sollte das „Gesicht des Kreises Saybusch von Tag zu Tag immer mehr deutsch“ werden, damit die Spuren der polnischen Herrschaft „so schnell und so gründlich wie nur möglich überwunden“ werden.<sup>59</sup> Diese Auffassung bekräftigte Gauleiter Bracht in seiner Rede, die er anlässlich der

51 *Sohnrey*, *Landflucht ist Volkstod* (wie Anm. 16), S. 7.

52 *Kremser* (Regierungsoberinspektor): *Ein Überblick*. In: *Heimatkalender*, S. 149f., S. 150.

53 *Gamp*, *Die Baugestaltung* (wie Anm. 23), S. 154.

54 *Kremser*, *Ein Überblick* (wie Anm. 52), S. 150.

55 *Landrat [Hering]*, *Den deutschen Umsiedlern* (wie Anm. 22), S. 14.

56 [NSDAP-]Kreisleiter [*Scholz*]: *Die Ihr hier Heimat fandet!* In: *Heimatkalender*, S. 15.

57 *Butz, Karoline*: *Der große Treck*. In: *Heimatkalender*, S. 217–223, S. 222.

58 *Reinhold*, *Den Umsiedlern* (wie Anm. 36), S. 208.

59 *Kremser*: *Der Aufbau des deutschen Schulwesens und der deutschen Kindergärten im Kreise Saybusch*. In: *Heimatkalender*, S. 161f., S. 162.

Erntedankfeier im Herbst 1941 in Żywiec gehalten hatte: „In fünf Jahren wird dieser Kreis frei von Polen sein“.<sup>60</sup>

### Das stilisierte Motiv der Bauernfrauen

Das Motiv der Bauernfrauen, das in der Blut-und-Boden-Ideologie eine zentrale Rolle spielt, wird im Kalender mehrmals thematisiert. So sind z.B. der Holz- oder Linolschnitt für den Monat August (Ernting) und dessen Text auf Seite 89 ein eindringlicher Appell an die Gebärfreudigkeit der Frauen. In kurzen Abständen viele Kinder zur Welt zu bringen, wird nicht nur als eine natürliche Pflicht der Frauen, sondern auch als ein besonderes Zeichen des Gottessegens gedeutet. Die politische Aufgabe der Frauen, „den Fortbestand des Volkes zu sichern und den gesunden Blutstrom zu fördern“<sup>61</sup>, thematisiert der Holzschnitt, der den Monat August einleitet.



Abb. 1: Die Frau als Mutter (Monat August)

60 Sikora, Niszczyc, by tworzyć (wie Anm. 5), S. 138.

61 Sohnrey, Landflucht ist Volkstod (wie Anm. 16), S. 7.

Im Gedicht „Bauernmütter“ von Hans Gäfen wird die besondere Rolle der Mütter auf dem Bauernhof, ihre Sorge um das Aufziehen der Kinder und das Wohlergehen des Hofes in poetischer Sprache behandelt.<sup>62</sup> Gepriesen wird ihr Pflichtbewusstsein, Leidensfähigkeit, Selbstlosigkeit, Opferbereitschaft und der Anstand, mit dem sie ihr schweres Schicksal über sich ergehen lassen. Dieses Schicksal spiegelt sich nach Gäfen in den unübersehbaren Gesichtsfurchen der Bauernfrauen wider:

„Bauernmütter haben Furchen im Gesicht  
 Wie der Acker,  
 Und sie tun ihre Pflicht  
 Still und wacker.“<sup>63</sup>

Die besondere Aufmerksamkeit, die im Heimatkalender den Bauernfrauen, ihrer Arbeit und der Pflicht, Kinder zu gebären, geschenkt wurde, erkennt man auch in drei abgedruckten Bildern. Das eine Bild von Bruno Zwiener auf



Abb. 2: Bruno Zwiener: Die Ährenleserin

62 Gäfen, Hans: Bauernmütter. In: Heimatkalender, S. 61.

63 Ebd.

Seite 337 zeigt eine ältere, tief gebückte, gesichtslose Frau, wie sie mit bloßen Händen auf einem großen Stoppelfeld zurückgebliebene Ähren liest. Ährenlesen war auf dem Lande eine alte Übung, wonach arme Frauen auf fremden, bereits abgeernteten Kornfeldern die zurückgebliebenen Ähren für eigene Bedürfnisse, meist für gehaltene Hühner, lesen durften. Die gesichtslose Frau in dem Bild symbolisiert wohl die zahlreichen, anonymen, oft in Armut lebenden Dorffrauen, die versucht haben, durch Ährenlesen ihre Existenz etwas zu sichern.

Auf Seite 280 wird ein Bild eines unbekanntes Malers präsentiert, in dem am Rande eines menschenleeren Feldes eine dralle, arische Frau sitzt und ungestört sowie mit sichtlichem Vergnügen ihr Kind stillt. Ihre überproportionale Größe im Bild fokussiert ihre Vitalität, Fruchtbarkeit, Gebärfreudigkeit und Robustheit. Das Motiv der Mutter wird noch einmal auf Seite 329 im Linolschnitt von Erich (von) Dombrowski wiederholt aufgenommen.<sup>64</sup> Im Vordergrund wird eine einsame junge Mutter dargestellt, wie sie auf dem Boden hockend im Schoß ihr ruhendes Wickelkind hält. Beim Betrachten der Bilder fällt auf, dass das Aufziehen der Kinder allein den Frauen überlassen wurde. Ihre Väter waren daran nicht beteiligt.

### *Fazit*

Aus dem Dargestellten geht hervor, dass der Heimatkalender ein wichtiges Mittel der nationalsozialistischen Propaganda war, mit dem die Gesinnung der Umsiedler geprägt, für den besetzten und kurz danach eingegliederten Landkreis wirksam geworben sowie die konsequente Germanisierung dieses Landkreises legitimiert und forciert wurde. Mit verführbarem, propagandistischem Pathos wurde zugunsten der Anstrengungen und Entbehrungen argumentiert, die den Umsiedlern in dem ihnen zugewiesenen Landkreis abverlangt wurden.<sup>65</sup> Durch die ständige Attribuierung des Landkreises als „deutsch“ sowie die suggestiven Beteuerungen über die Fähigkeit der Volksdeutschen, das von Polen vernachlässigte Land vorbildlich kultivieren zu können, wurde der Besitz- und Herrschaftsanspruch auf dieses Land im Sinne der Blut-und-Boden-Ideologie bestätigt.

Die den Volksdeutschen im Heimatkalender zugeschriebenen Werte: Treue, Ehre, Fleiß, Ausdauer, Anstand, Tüchtigkeit, kulturschöpferisches Können, Leistungsbereitschaft, Arbeitseifer, Willensfestigkeit entsprechen dem alten

---

64 Dombrowski (1896 Emmersdorf – 1985 Siegsdorf) war ein österreichischer Autor und Illustrator.

65 [NSDAP-]Kreisleiter [Scholz]: Die Ihr hier Heimat fandet! In: Heimatkalender, S. 15.

preußischen Wertekanon, auf dem die Schaffung der nationalsozialistischen Wertegemeinschaft basierte. Die Hochstilisierung des Eigenbildes sollte bei den Umsiedlern in der fremden Umgebung das kollektive Bewusstsein stärken, identifikatorische Überlegenheitsgefühle wecken und die Machtverhältnisse in der Begegnung mit Polen festschreiben. Hinweise auf die gegen die Volksdeutschen gerichteten Handlungen, wie etwa Schikanen, Unterdrückung, Verschleppung, Internierung, zeichneten dagegen die Polen in diffamierender Weise und begründeten die strikte Abwehr gegen sie. Negative Wertakzente sollten sie als minderwertige, meuchlerische, hinterhältige, heimtückische Menschen darstellen, die kein soziales Empfinden geschweige denn ein Mitgefühl verdienten sowie die gegen sie gerichteten repressiven Handlungen rechtfertigen. Die propagandistische Aufwertung der umgesiedelten Volksdeutschen und die totale Abwertung der einheimischen Bevölkerung im Heimatkalender entsprach der Auffassung, die der spätere Präsident des Volksgerichtshofes Roland Freisler in seinem Aufsatz unter dem Titel „Die psychische Grundlage der Polengreuel“ zum Ausdruck brachte:

„Der Pole ist nicht nur ‚andersartig‘, sondern auch – gegenüber dem Deutschtum – ‚minderwertig‘, was aus der ‚Geschichte‘ abgeleitet und namentlich auf die allein ‚kulturspendenden Leistungen‘ des Deutschtums im Osten gestützt wird. Es gebe [...] nur deutsche, keine polnischen Kulturleistungen. Zugleich werden ‚dem‘ Polentum aus ‚historischer Erfahrung‘ Eigenschaften wie asozial, unschöpferisch, Selbstüberschätzung, kriminelle Neigungen, kurz pathologische Züge zugeschrieben, die ‚den‘ Polen schon als solchen in die Nähe ‚des Verbrechers‘ rücken, [...]. Diese negative Andersartigkeit soll ‚scharfes‘ Zupacken gegenüber dem polnischen Volk erfordern.“<sup>66</sup>

Der Saybuscher Heimatkalender hatte offenkundig mit seiner starken Orientierung an Sohnreys Schaffen und der Blut-und-Boden-Propaganda seinen Anteil an der Vermittlung der nationalsozialistischen Rassenlehre, der Rechtfertigung eines Expansionskrieges und somit an der Festigung der völkischen Gesinnung unter den Umsiedlern. Die Analyse des Heimatkalenders zeigt, mit welchen Inhalten und Strategien die völkisch motivierte

---

66 *Werle, Gerhard*: Justiz-Strafrecht und polizeiliche Verbrechensbekämpfung im Dritten Reich. Berlin 1989, S. 359. Werle bezieht sich auf folgende Artikel: *Freisler, Roland*: Psychische Grundlage der Polengreuel, dargestellt an der Entwicklung des polnischen Volksgeistes. In: Deutsche Justiz, 102 (1940), Nr. 20, S. 557–563, S. 558, und S. 561f., und bezüglich des letzten Satzes auf *Drendel* (Generalstaatsanwalt in Posen): Aus der Praxis der Strafverfolgung im Warthegau. In: Deutsches Recht, 11 (1941), H. 48, S. 2471–2473, S. 2472.

Umbeheimatung der Umsiedler aus Ostgalizien und der Bukowina vollzogen wurde. Das angestrebte neue Heimatgefühl, das bei ihnen zu entfalten war, sollte – wie Perlick 1940 in Sosnowitz ausführte – bei ihnen Kräfte freisetzen, mit denen die von der NSDAP vorgegebenen Aufgaben im eroberten und besetzten Raum zu erfüllen waren.

### *Die Beurteilung des Heimatkalenders durch einen zeitgenössischen Funktionär des Oberschlesischen Heimatbundes*

In der Mappe des Staatsarchivs Katowice, geführt unter Aktennummer 12/118/4764, befindet sich ein nicht unterschriebenes Schreiben vom 29. April 1941, betitelt „Heimatkalender des Beskidenkreises Saybusch“, in dem der Autor zu Inhalt sowie Aufmachung des Heimatkalenders Stellung nimmt. Zunächst wirft er dem Herausgeber vor, mit dem Papier gewüsten zu haben. Weiter wird bemängelt, dass der Text generell stilistisch zu hoch für die Siedler sei, und dass manche Illustrationen sowie die Jahresrückschau dem Opperlner Heimatkalender ohne jeglichen Vermerk darüber entnommen wurden. Der Autor des Schreibens gab zu verstehen, dass er der Autor der Jahresrückschau gewesen wäre.<sup>67</sup> Dass er dabei nicht mit seinem Namen erwähnt wurde, konnte ihn irritieren, was sogar in seiner quasi lobenden Feststellung zum Ausdruck kommt: „Es ist kein Kalender im üblichen Sinne, es ist ein Almanach.“ Seine Kritik endet allerdings mit der Feststellung: „Eine Überfülle bester Bilder und wertvoller Texte. Was nun?“

### *Postscriptum*

Als der Beitrag abgeschlossen war, las ich einige Zeit später die Ansprache des deutschen Bundespräsidenten Joachim Gauck, die er zum 75. Jahrestag des Kriegsausbruchs in Danzig auf der Westerplatte, wo der Zweite Weltkrieg am 1. September 1939 um 4:45 Uhr begann, gehalten hatte. Darin fand ich folgende Worte:

„Wenn die Beziehungen zwischen Völkern so tief von Unrecht und Schmerz, von Arroganz und Demütigung geprägt waren wie bei Deutschen und Polen, ist eine Entfeindung alles andere als selbstverständlich. Die Annäherung zwischen unseren Völkern kommt mir daher wie ein Wunder vor. Um dieses Wunder Wirklichkeit werden zu lassen, brauchte und braucht es Menschen, die politische Vernunft und einen starken Willen einbringen. Politische Vernunft, um weiter den Weg zu beschreiten, den Westeuropa 1950 mit der Schaffung

---

67 N.N.: Jahresrückschau. In: Heimatkalender, S. 295–298.

einer europäischen Völkerfamilie begann und nach 1989 gemeinsam mit Mittel- und Osteuropa fortsetzte. Ferner den starken Willen, die schmerzhafteste Vergangenheit wohl zu erinnern, aber letztlich doch hinter sich zu lassen – um einer gemeinsamen Zukunft willen.“<sup>68</sup>

Die von Joachim Gauck geäußerten Gedanken sollen als Pointe meines Beitrags gelten.

---

68 Manuskript der Rede von Bundespräsident Joachim Gauck zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs am 1. September 2014 in Danzig/Polen: „Die Geschichte lehrt uns, dass ...“ In: Süddeutsche Zeitung (online). <http://www.sueddeutsche.de/politik/text-zu-gauck-rede-in-danzig-stabilitaet-und-frieden-auf-unserem-kontinent-sind-in-gefahr-1.2112268>, zuletzt eingesehen am 3.9.2014.

## **Streszczenie**

*Jan Iluk*

### **Przesiedlenia volksdeutschów z Galicji Wschodniej i Bukowiny do „nowej ojczyzny“ z perspektywy kalendarza regionalnego „Beskidenkreis Saybusch“ z 1941 r.**

Artykuł omawia okoliczności wydania regionalnego kalendarza w 1941 r., jego treść oraz funkcje propagandowe w nazistowskiej i rasowej indoktrynacji przesiedlonych na ziemię żywiecką volksdeutschów. 8 października 1939 roku powiat żywiecki został wcielony do III Rzeszy. Na terenach włączonych do Rzeszy obowiązywały szczególnie zaostrome przepisy karne obowiązujące polską ludność. Taki stan trwał do końca wojny. 29 grudnia 1939 r. zmieniono nazwę miasta na Saybusch. 22 września 1940 r. rozpoczęła się zaplanowana akcja wysiedleńcza polskiej ludności z powiatu żywieckiego. Do końca stycznia następnego roku wysiedlono prawie 18.000 osób. Na ich miejscu osiedlono 3.328 volksdeutschów repatriowanych z Galicji Wschodniej i Bukowiny. Miesiąc później ukazał się drukiem kalendarz regionalny w języku niemieckim, którego głównym adresatem byli niemieccy przesiedleńcy. Ze względu na walory krajoznawcze Beskidu Żywieckiego mógł też być adresowany do turystów wypoczywających w tym rejonie.

Założenia ideologiczne i propagandowe kalendarzy regionalnych zostały określone na konferencji niemieckich etnografów w Sosnowcu, która odbyła się pod koniec października 1940 r. Opracowanie i wydanie kalendarza żywieckiego trwało około 3 miesięcy, mimo iż jego objętość wynosiła 357 stron. Nakład wyniósł 6.000 egzemplarzy, a jego cenę ustalono na 1 RM. Struktura oraz zawartość treściowa ma charakter starannie wydanego almanachu. Jego treść dostosowano do zainteresowań adresatów, tj. przesiedlonych rolników i pracowników leśnych. Strona propagandowa nawiązywała bezpośrednio do ideologii związanej z nazistowskimi i rasistowskimi poglądami Heinricha Sohnreya.

W tekstach ukazano walory krajoznawcze Beskidów, uzasadniano historyczną misję, jaka przypadła przesiedlonym volksdeutschom do wykonania w nowej, przydzielonej im „ojczyźnie“. Posługując się odpowiednimi argumentami i nacechowaną leksyką, przypisywano im szczególne kompetencje zawodowe oraz pionierskie cnoty. Jednocześnie wpajano im przekonanie o krzywdach, jakich mieli dopuszczać się Polacy wobec Niemców jeszcze przed wojną. W ten sposób jawnie podsycano ideologicznie i rasowo

motywowaną nienawiść do miejscowej ludności, przypisując jej najgorsze cechy oraz stale podkreślając, jakie zagrożenie grozi przesiedleńcom z jej strony.

Analizowany kalendarz był ważnym narzędziem w nazistowskiej propagandzie, której celem było ukształtowanie jednoznacznych poglądów politycznych niemieckich przesiedleńców zgodnie z przyjętymi założeniami ideologicznymi. Nie mniej ważnym celem była pełna legitymizacja prowadzonej wojny ekspansywnej przez III Rzeszę, forsowanej germanizacji powiatu żywieckiego oraz przekonanie adresatów kalendarza o konieczności wyrzeczeń i podejmowania pionierskich wysiłków na rzecz zagospodarowania przydzielonych im ziem. Kalendarz zawierał ogromy ładunek propagandowy i indoktrynacyjny, w którym kwestie rasowe stawiane były w wyjątkowo jaskrawy sposób.

*Hans-Werner Retterath*

## Die Erntedankfeste in Saybusch (Żywiec) 1941–1943

### Zur Germanisierung von Bevölkerung und Raum durch Feste

#### *1. Erntedankfeste im Dritten Reich*

Nach der Eingliederung polnischer Gebiete ins Deutsche Reich begann bald deren Germanisierung, die neben der „Eindeutschung“ auch die Implementierung der NS-Ideologie umfasste. Diese Germanisierung erfolgte in vielen Bereichen. Dabei handelte es sich bei weitem nicht nur um harte Maßnahmen von Staat und Partei. Vielmehr müssen gerade auch scheinbar nicht gewalttätige, auf den ersten Blick harmlos anmutende Aktivitäten beachtet werden. Ein wichtiges Beispiel sind hierbei Feste, genauer Erntedankfeste, wie sie in der Kreisstadt Saybusch (Żywiec) jeweils Anfang Oktober in den Jahren 1941, 1942 und 1943 stattgefunden haben. Nach einer ersten Recherche im Archiv des Stadtmuseums Żywiec sowie im Staatsarchiv Katowice, Abteilung Żywiec (heute Bielsko-Biala), entstand angesichts der hinreichenden, wenn auch nicht ganz befriedigenden Materiallage die Idee zu diesem Beitrag. Darin beleuchte ich nach einem allgemeinen Überblick zur Genese, Rahmung und Gestaltung des NS-Erntedankfestes zunächst die damalige Situation im Kreis Saybusch. Verbunden mit der kontextuellen Darstellung der drei Feste frage ich nach der Relevanz des Fests für die Germanisierung des besetzten Gebiets und seiner Bevölkerung. Bei meiner Untersuchung stütze ich mich neben zeitgenössischen NS-Publikationen auf Archivalien der genannten Archive, des Staatsarchivs Katowice in Katowice und des Bundesarchivs, sodann auf die parteigelenkte Presse, nämlich die Kattowitzer bzw. Oberschlesische Zeitung und den Oberschlesischen Kurier.<sup>1</sup>

---

1 Die bereits 1869 begründete Kattowitzer Zeitung firmierte von Mai 1942 bis Anfang 1945 unter dem Titel Oberschlesische Zeitung. Sie erschien ab 1940 an allen sieben Wochentagen und war im gesamten „Groß-Oberschlesien“ verbreitet. Im Mai 1940 wurde sie vom NS-Gauverlag Oberschlesien, Kattowitz, übernommen. Nach einer nationalliberalen Linie vertrat das Blatt ab Sommer 1933 eine nationalsozialistische. – Der Oberschlesische Kurier wurde 1906 begründet (bis 1908 noch unter anderen Namen) und war bis Kriegsbeginn ein katholisches Blatt. Er erschien ab 1940 an allen sieben Wochentagen im gesamten Oberschlesien und war dort die auflagenstärkste Tageszeitung. Lange Jahre zentrumsnah-katholisch, wurde er ab Herbst 1933 nationalsozialistisch ausgerichtet. Ab 1940 wurde er von der Kurierverlags- und Druckerei GmbH, Königshütte, übernommen. *Gröschel, Bernhard* (unter Mitarbeit von Stefanie Kley): Themen und Tendenzen in den Schlagzeilen der Kattowitzer Zeitung und des Oberschlesischen Kuriers 1925–1939. Analyse der Berichterstattung zur Lage der deutschen Minderheit in Ostoberschlesien (Schriften

Da diese Blätter die Parteilinie wiedergaben, und die Verwendung von Zeitungen in der historischen Forschung umstritten ist, sind sie kritisch zu rezipieren und bezüglich der „historischen Wahrheit“ möglichst mit anderen Quellen abzugleichen. Gleichwohl eignen sie sich recht gut zur Ermittlung der Art und Weise, wie die Partei der Leserschaft die Erntedankfeste propagandistisch nahezubringen versuchte. Des Weiteren werden auch Arbeiten polnischer Historiker herangezogen, wobei allerdings ein Autor in seinen zwei mehrseitigen Beschreibungen des Erntedankfestes 1942 dieses Fest weitgehend mit dem von 1941 verwechselt und zudem nur wenige Quellen nennt.

Erntedankfeste bildeten in der traditionellen Volkskunde einen beliebten Untersuchungsgegenstand, wobei nicht zuletzt die sogenannten bäuerlichen Tugenden wie Sesshaftigkeit, Bodenständigkeit, Tradition usw. idealisiert wurden. An solche konservativen, antimodernen Werte anknüpfend bauten die Nationalsozialisten den Bauernkult aus – obwohl Deutschland längst ein Industrieland geworden war – und instrumentalisierten ihn schnell für ihre Politik. „Blut“, „Boden“ und „Bauerntum“ bildeten zentrale Versatzstücke der NS-Ideologie. Der „Bauer“ wurde zum Träger des deutschen Volkstums, nicht aber der „Landwirt“, der gern mit dem nur am Gewinn orientierten, wurzellosen US-amerikanischen Farmer verglichen wurde.<sup>2</sup> Der pflügende Bauer auf seiner Scholle – wenn auch von der völkischen Bewegung schon lange idealisiert – geriet zu einer Ikone der NS-Ideologie.

War der Erntedanktag über Jahrhunderte als vorwiegend christlicher Feiertag begangen worden,<sup>3</sup> so machten sich die Nationalsozialisten schon bald

---

der Stiftung Haus Oberschlesien, Landeskundliche Reihe, 6). Berlin 1993, S. 53–59; *Nordblom, Pia*: Für Glaube und Volkstum. Die katholische Wochenzeitung „Der Deutsche in Polen“ (1934–1939) in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, 87). Paderborn u.a. 2000, S. 88–91; Kleines Stadtbuch von Königshütte. Hrsg. im Auftrag des Oberbürgermeisters von Büchereidirektor Richard Schmidt. Berlin, Königshütte 1941, S. 121.

2 Vgl. die Gegenüberstellung von „Bauer“ und „Landwirt“ in: *Siegl, Gerhard*: Bergbauern im Nationalsozialismus. Die Berglandwirtschaft zwischen Agrarideologie und Kriegswirtschaft (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte, 28). Innsbruck, Wien, Bozen 2013, Tab. 21, S. 124.

3 Der Erntedanktag ist allerdings im engeren Sinne kein christliches Fest und war bis ins 19. Jahrhundert ein beweglicher Festtag. Er wurde später auf den ersten Sonntag nach Michaelis (29. September) festgelegt. *Liersch, Helmut*: Das Erntedankfest als Einfallstor für die religiöse Überhöhung des „Führers“. In: Erntedank und „Blut und Boden“. Bückeberg/Hamel und Goslar 1933 bis 1938. NS-Rassekult und die Widerrede von Kirchengemeinden. Goslarer Museum, 4. Oktober bis 1. November 2009. Eine Ausstellung der Ev.-Luth. Propstei Goslar in Kooperation mit dem Verein Spurensuche Harzregion e.V. und Bernhard Gelderblom. Clausthal-Zellerfeld 2009, S. 27–30, S. 27.

nach der Machtübergabe daran, den Tag den christlichen Kirchen streitig zu machen. Zudem propagierte der NS-Staat binnen weniger Monate eindrucksvoll die äußerliche Hinwendung zu den Bauern. Mit dem „Gesetz über die Neubildung deutschen Bauerntums“ vom 14. Juli 1933 hatte das neue Regime die ländliche Siedlung zur Reichsaufgabe erklärt,<sup>4</sup> und kurz vor dem Erntedankfest 1933 wurde am 29. September 1933 das Reichserbhofgesetz verkündet.<sup>5</sup> Mit diesem Gesetz wurde zum einen für den „Erbhof-Bauern“ der Arierparagraf eingeführt und zum anderen eine klare Hierarchie zwischen „Bauer“ und „Landwirt“, d.h. zwischen „Erbhofbauern“ und anderen Bauern, geschaffen. Ende Februar 1934 wurde dann der Erntedanktag als dritter nationaler Feiertag gesetzlich festgelegt.<sup>6</sup> Damit war der Tag ein fester Bestandteil des NS-Feierjahrs geworden, mit dem das christliche Feierjahr ersetzt werden sollte.<sup>7</sup>

Mit der propagandistischen Aufwertung „des Bauern“, nicht unbedingt der gesamten bäuerlichen Bevölkerung, ging die Verdrängung kirchlichen Einflusses, eine Profanisierung und enorme Politisierung des Festes einher. Außer dem Gesetz vom 14. Juli wurde im Juli 1933 verlauten gelassen, dass zum 1. Oktober jeden Jahres ein „Deutsches Erntedankfest“ veranstaltet werden solle.<sup>8</sup> Es solle der Bevölkerung „ein machtvolles Bekenntnis [des deutschen Bauerntums] zum neuen Reich“ und „seine Bedeutung als Volksernährer“ vor Augen geführt werden. Das Adjektiv „deutsch“ beinhaltete eine exkludierende Intention, die sich gegen Andersvölkische, aber auch politische Gegner und Unangepasste – kurz: gegen alles „Undeutsche“ – richtete. Des Weiteren galt es, im Sinne der Volksgemeinschaftsideologie

4 Reichsgesetzblatt (RGBl.) I 1933, S. 517f.

5 RGBl. I 1933, S. 685–692. Der Erbhof wurde als unveräußerlich und unbelastbar deklariert. Sein Eigentümer wurde als „Bauer“ bezeichnet; Eigentümer oder Besitzer anderen land- oder forstwirtschaftlich genutzten Grundeigentums galten als „Landwirt“ (§ 11). Ein „Bauer“ musste die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen (§ 12) und „deutschen oder stammesgleichen Blutes“ sein, d.h. nicht jüdischen oder farbigen Blutes sein (§ 13).

6 § 3 des Gesetzes über die Feiertage vom 27.2.1934 in RGBl. I 1934, S. 129. Die beiden anderen nationalen Feiertage waren der „Tag der Arbeit“ (1. Mai, § 1) und der „Heldengedenktag“ (§ 2). Zu den deutschen Nationalfeiertagen vgl. *Schellack, Fritz*: Nationalfeiertage in Deutschland von 1871 bis 1945. Zugl. Diss. Univ. Mainz 1989. Frankfurt am Main u.a. 1990.

7 Zum NS-Feierjahr, das mit dem 30. Januar („Tag der Machtergreifung“) begann und mit der NS-Volksweihnacht endete, vgl. *Reichel, Peter*: Der schöne Schein des Dritten Reiches. Faszination und Gewalt des Faschismus. 2. Aufl. Frankfurt am Main 1994, S. 210.

8 Deutsches Erntedankfest. In: *Deister- und Weserzeitung*, Nr. 161, 13.7.1933. 1933 wurde das Erntedankfest erstmals im Deutschen Reich als nationaler Feiertag begangen. *Overesch, Manfred* und *Friedrich Wilhelm Saal*: Das III. Reich 1933–1939. Eine Tageschronik der Politik, Wirtschaft, Kultur. Augsburg 1991, S. 89.

die Gegensätze zwischen Bauern und Arbeitern, aber auch zwischen Land und Stadt zu minimieren, weshalb auch Erntedankfeste in größeren Städten durchgeführt wurden. So zog beispielsweise am 1. Oktober 1933 ein bürgerlicher Festzug durch das Brandenburger Tor in Berlin. Ein Foto zeigt im Vordergrund eine auf bäuerlich getrimmte Kalesche mit Erntekrone. Über dem Brandenburger Tor prangt ein weißes Transparent in gebrochener Schrift mit den Worten „Bauern wir grüßen Euch!“<sup>9</sup> Hatte ein gutes halbes Jahr vorher die NSDAP das Brandenburger Tor nach der Regierungsübertragung auf ihrem Fackelmarsch durchschritten und es damit als nationalsozialistischen Demonstrationsort „nobilisiert“, so belegt die Nutzung des Tors als Teil der Erntedankfest-Umzugsroute, welche hohe propagandistische Bedeutung dem „Bauerntum“ schon zu Beginn des NS-Regimes zugewiesen wurde.

Neben den zahlreichen lokalen Feiern muss ganz besonders auf die Hauptfeier Ende September/Anfang Oktober auf dem Bückeberg bei Hameln hingewiesen werden, die jährlich von 1933 bis 1937 als Staatsakt durchgeführt wurde. 1933 begrüßte Hitler dort den deutschen Bauern als „Repräsentant der deutschen Lebenskraft und damit auch der deutschen Zukunft“<sup>10</sup>. Gleichzeitig hob er pragmatisch auch die Sicherung der Nahrungsquellen hervor. Wurde anfangs noch die Verbindung von „Soldat“ und „Bauer“ in Form einer halbstündigen Truppenübung von Reiterstaffeln präsentiert, so wurde die Intention dieser Verbindung spätestens 1935 mehr als offensichtlich.<sup>11</sup> Nun wurden umfangreiche Gefechtsübungen mit Panzern und Bombenflugzeugen vorgeführt. Es war eigens das sogenannte Bückedorf errichtet worden, in dem 1937 als weitere Steigerung ein Gefecht mit 10.000 Mann inszeniert wurde.

Die Konnotation von „Soldat“ und „Bauer“ wurde in vielfältigen Formen propagiert. Beispielsweise zeigt ein Plakat zum 4. Reichsbauerntag 1936 in Goslar im unteren Vordergrund einen pflügenden Bauer, während im

9 Foto vom 1.10.1933, Bundesarchiv (BArch), Bild 102–15052, Foto: Georg Pahl. Von einem Erntedankumzug durch das Brandenburger Tor in Potsdam 1933 existiert sogar eine Ansichtskarte, was im Hinblick auf den „Tag von Potsdam“ (Zusammenkunft von Hitler und Hindenburg am 21.3.1933 in der Potsdamer Garnisonkirche) recht propagandatragend war. Ansichtskarte Erntedankfest in Potsdam 1. Oktober 1933, hrsg. von der N.S. Volkswohlfahrt. Winterhilfswerk d. Deutschen Volkes 1933/34, Privatarchiv Retterath. Zu den Anordnungen des Reichspropaganda- und des -innenministeriums vgl. *Schellack*, Nationalfeiertage (wie Anm. 6), S. 293–295.

10 *Overesch und Saal*, Das III. Reich (wie Anm. 8), S. 89 (Zitat im Zitat).

11 *Gelderblom, Bernhard*: Die NS-Erntedankfeste auf dem Bückeberg als Inszenierung von Führerkult und NS-Volksgemeinschaft. In: Erntedank und „Blut und Boden“ (wie Anm. 3), S. 32–40, S. 37; *Overesch und Saal*, Das III. Reich (wie Anm. 8), S. 391.

Hintergrund ein überdimensionierter, schemenhaft abgebildeter Soldat mit Helm, Schwert, Schild und NS-Emblem zu sehen ist.<sup>12</sup> In der „Sudetenkrise“ wurde das Erntedankfest 1938 zwei Tage vorher abgesagt und der Expansion des Dritten Reiches „geopfert“.<sup>13</sup> Die Sonderzüge für die Festbesucher transportierten nun Soldaten an die tschechoslowakische Grenze.

Insgesamt ging es der NSDAP darum, die traditionellen Feiern dieses Tages im ideologischen Sinne umzuformen und zu instrumentalisieren. Aus ästhetischer Perspektive diente das Erntedankfest – wie ähnliche Feiern – der Dekoration der NS-Macht, um ihre hässlichen Seiten zu verbergen. Zwecks Hypostasierung der NS-Ideologie zur Religion wurden auch sakrale Ausdrucksformen bemüht. Der Instrumentalisierung des Festes hatte auch die zur Leitwissenschaft aufgestiegene Volkskunde mit ihrer Bauernidealisierung kräftig zugearbeitet.<sup>14</sup> Hier sind vor allem Matthes Ziegler und Hans Strobel vom Amt Rosenberg zu nennen. Zudem haben noch zahlreiche Hobby-Volkskundler die Liste der einschlägigen Literatur – oft in einer quasi-religiösen Diktion abgefasst – erweitert. Es wurde eine metaphysische Bindung des Bauern an seinen Acker – und damit an einen geografischen Raum – konstruiert, was laut einem Autor nur ein Nationalsozialist verstehen könne.<sup>15</sup> Ein anderer sah die „Volksgemeinschaft“ gerade im Erntedankfest verwirklicht.<sup>16</sup> Zur praktischen Umsetzung gaben Parteistellen Broschüren heraus. Wohl die bedeutendste hieß „Deutsches Erntedankfest“ und wurde

---

12 N.N.: Die Ausstellung. In: Erntedank und „Blut und Boden“ (wie Anm. 3), S. 4–26, S. 24. In der Reichsbauernstadt Goslar fanden 1934, 1935, 1936 und 1938 Reichsbauerntage statt.

13 *Gelderblom*, Die NS-Erntedankfeste auf dem Bückeberg (wie Anm. 11), S. 38.

14 Vgl. zur Problematik *Lixfeld, Hannjost*: II. Verstrickung und Schuld. Volkskunde im Nationalsozialismus 1933 bis 1945 (mit einem Beitrag von Gisela Lixfeld). In: *Jacobeit, Wolfgang, Hannjost Lixfeld und Olaf Bockhorn* (in Zusammenarbeit mit James R. Dow) (Hg.): *Völkische Wissenschaft. Gestalten und Tendenzen der deutschen und österreichischen Volkskunde in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*. Helmut Paul Fielhauer gewidmet. Wien, Köln, Weimar 1994, S. 139–331.

15 „Der blutsbedingten Bindung des germanischen Menschen an den lebenspendenden Acker sind zahlreiche Bräuche entsprungen.“ Nur der könne sie deuten, der von gleicher Weltanschauung sei und sich in die Art der bäuerlichen Vorfahren einfühlen könne. *Helm, Rolf*: *Deutsche Erntebräuche*. Leipzig 1937, S. 8.

16 Der Nationalsozialismus habe verschüttetes „Brauchtum“ freigelegt, „er verwirklichte die Volksgemeinschaft unter der Erntekrone.“ *Jarosch, Günther*: *Erntebrauch und Erntedank*. Jena 1939, S. 90.

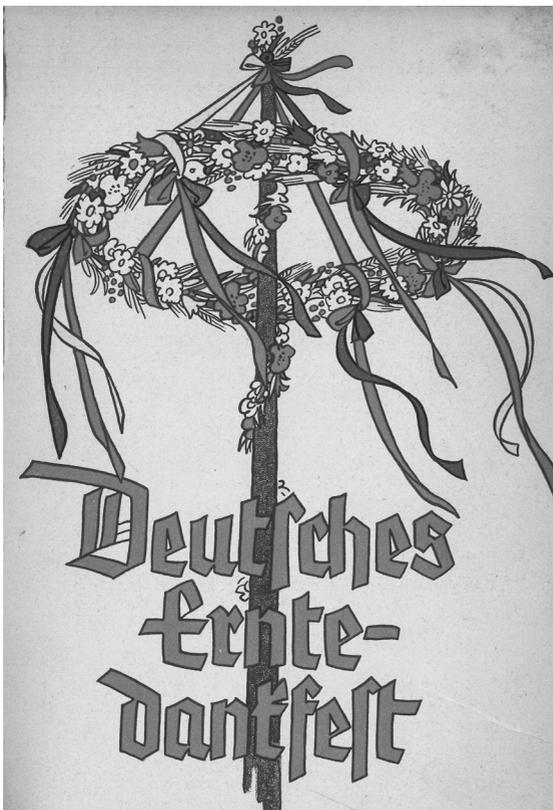


Abb. 1: Broschüre „Deutsches Erntedankfest“

vom Amt „Feierabend“ der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“<sup>17</sup> 1936 herausgegeben (vgl. Abb. 1).<sup>18</sup>

Die 50-seitige Schrift verstand sich als Anregung und richtete sich an kleinere und mittlere Dörfer. „Ehrwürdiges Brauchtum“ sollte nicht verändert und landschaftlich gebundene Gewohnheiten nicht aufgehoben wer-

17 Die NS-Organisation „Kraft durch Freude“ (KdF) war im Dritten Reich ein wichtiger Regisseur des öffentlichen Lebens. Vgl. *Schmeer, Karlheinz*: Die Regie des öffentlichen Lebens im Dritten Reich. München 1956, S. 120. Ihre Zielsetzung war die „Organisation und Vergemeinschaftung sämtlicher privater Aktivitäten“. *Janka, Franz*: Die braune Gesellschaft. Ein Volk wird formatiert. Stuttgart 1997, S. 378.

18 Deutsches Erntedankfest. Hrsg. vom Amt „Feierabend“ der NSG „Kraft durch Freude“, Abt. Volkstum/Brauchtum, in Zusammenarbeit mit der Reichspropagandaleitung, Amt Kultur, der Reichsjugendführung, dem Reichsnährstand und der Arbeitsgemeinschaft für Deutsche Volkskunde. Berlin [erschienen im Verlag der Deutschen Arbeitsfront, ca. 1936].

den.<sup>19</sup> Gleichwohl wurde das politische Gesicht des Festes stark betont: „Das Erntedankfest ist ein Fest, das seinen Ursprung in der Idee des Nationalsozialismus hat.“<sup>20</sup> Alte und neue Bräuche sollten zum Tragen kommen, wobei mit neuen Bräuchen solche der NS-Bewegung gemeint waren. Das Erntedankfest galt als Erneuerung des Schwurs, dass sich „Arbeiter, Bauern und Soldaten an Blut und Scholle“<sup>21</sup> gebunden fühlten, wobei auch das pragmatische Ziel der Ernährungssicherung herausgestrichen wurde. Zur Verankerung des Festes wurde gefordert, „daß die Gemeinschaft“ eines Ortes, „vor allen Dingen die junge Mannschaft selbst, am Ganzen tragend und verantwortlich beteiligt ist.“<sup>22</sup>

Zur Ausgestaltung des Festzugs hieß es: Fanfaren sollten ihn einleiten.<sup>23</sup> Weder „alte Germanen“ noch Reklame sollte geboten werden. Die Reihenfolge des Festzugs sollte mit Fußgruppen beginnen – zuerst Abordnungen der Parteigliederungen, dann Bauern –, darauf sollten die Festwagen folgen, wobei für diese Gestaltungshinweise gegeben wurden. Beispielsweise sollte auf dem ersten Wagen erhöht und geschmückt ein Pflug präsentiert werden, dessen blankes Eisen in der Sonne glänze. Danach wurden weitere Gefährte (z.B. Erntewagen mit Garben und Blumenschmuck) und verschiedene Fußgruppen (z.B. Schnitter und Schnitterinnen mit Sichel und Sense, Waldarbeiter) empfohlen. Den Abschluss sollte der Wagen mit den Erntestiftungen für die NS-Volkswohlfahrt bilden. Nach dem Umzug sollten die Wagen auf dem Festplatz zu einer Wagenburg auffahren, welche die Festgemeinde mit dem Erntebaum umschleüße. Dann sollte das eigentliche Fest beginnen, wozu eine „kurze ernste Erntefeier“ vorgesehen war. Höhepunkt des Festes war bis 1937 die Übertragung der Führerrede vom Bückeberg über Lautsprecher, die zeitabhängig vor oder nach dem Umzug stattzufinden hatte. Dort bildete „die Übergabe der Erntekrone – und damit sinnbildlich der deutschen Ernte an den Führer“<sup>24</sup> den Höhepunkt der Feier. Mit den Nationalliedern endete die eigentliche dörfliche Feier.<sup>25</sup> Daran sollte sich „der ‚bunte Kranz‘ – der frohe Festnachmittag“ anschließen. Hierzu wurden unter dem Erntebaum Tanz, Laienspiel, Handpuppenspiel und Liedsingen sowie auch andere Spiele und Wettkämpfe (Wettlaufen, Ring- oder Hahnenreiten usw.) vorgeschlagen, auch Schießstände müsste es geben.<sup>26</sup> Das Fest sollte möglichst jedes Jahr ganz ähnlich ablaufen

19 Ebd., S. 4 (Vorwort).

20 Ebd., S. 8.

21 Ebd., S. 9.

22 Ebd., S. 8.

23 Ebd., S. 26f., Zitat S. 27 (Hervorh. im Orig. gesperrt gedruckt).

24 Ebd., S. 30.

25 Ebd., S. 40.

26 Ebd., S. 41.

und gestaltet sein. Es wurde vorgeschlagen, den abendlichen Erntetanz in einer Halle mit ordentlicher Festmusik zu beginnen.<sup>27</sup> Dann sollte der Ortsbauernführer die Veranstaltung eröffnen und der Ortsjugendwart vom Sinn des Erntebrauchtums und des Erntefestes erzählen. Besonders fällt die häufige militaristische Konnotation der Vorschläge auf. Beispielsweise stehen in einem Wechselspruch ein junger Bauer mit Stahlhelm und Gewehr sowie ein anderer Jungbauer mit einer Sense als Verkörperung von „Schwert“ und „Sichel“ im Zentrum. Nach einer kurzen Pause sollten sie vor die Schrägreihen der Mannschaft treten. Dann hieß es weiter: „Einer aus der einen Seite: ‚Schwert wird Sichel.‘ Einer aus der anderen Seite: ‚Sichel wird Schwert.‘ Ein Dritter: ‚Beider Ernte die Heimat ernährt.‘“<sup>28</sup> Für einen „kernigen“ Festschluss wurde ein gemeinsames Volkslied oder ein politisches Lied und als Schlusslied „Wir tragen die Fahne des Führers dem ewigen Deutschland zu...“ empfohlen.<sup>29</sup>

## 2. *Der annektierte Kreis Saybusch als „Bollwerk des Deutschtums“ und die Rolle der bäuerlichen deutschstämmigen Umsiedler*

Nach der Eroberung Polens lief die Germanisierung des späteren Gaus Oberschlesien mit Ausnahme der „Verdrängung“ und einzelner Deportationen der Juden im Gegensatz zum Gau Danzig-Westpreußen und vor allem dem Wartheland erst Mitte 1940 an.<sup>30</sup> Himmler hatte die Ansiedlung von 5.000 Galiziendeutschen verfügt. Nach den Richtlinien des Reichsicherheitshauptamtes (Referat Adolf Eichmann), vermutlich vom 9. August 1940, sollten vor allem Kongresspolen und mangels ausreichender Zahl auch Mitglieder stark deutschfeindlicher Organisationen ausgesiedelt werden. Ausgenommen waren Volks- und Stammesdeutsche, Polen in Mischehen, Ausländer, Angehörige anderer ethnischer Minderheiten, Transportunfähige und – vorläufig noch – Juden. Vor allem waren Personen ausgenommen, die für die Leistungsfähigkeit öffentlicher Einrichtungen und der Industrie wichtig waren. Im Januar 1940 war Schlesien noch nicht in Konrad Meyers Planungsgrundlagen als Siedlungszone erster Ordnung eingestuft worden, da es als wenig exponiertes volkstumpolitisches Gebiet galt und der Industrieausbau im Vordergrund stand. Das änderte sich aber, denn im September 1940 wurde genau deshalb das Gebiet südlich der Weichsel von Heinrich Himmler als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums – im Nachgang zu den angelaufenen Planungen – zur Zone ers-

27 Ebd., S. 45.

28 Ebd., S. 47.

29 Ebd., S. 48.

30 Vgl. *Wolf, Gerhard*: Ideologie und Herrschaftsrationalität. Nationalsozialistische Germanisierungspolitik in Polen. Hamburg 2012, S. 236–244.

ter Ordnung erklärt. Nun wurden von September bis Dezember 1940 im Rahmen der „Aktion Saybusch“ um die 18.000 Menschen vertrieben.<sup>31</sup> Dies waren 2.000 weniger als geplant, was sich mit der Anordnung Erich von dem Bach-Zalewski, noch einen Teil des Gebiets für die spätere Ansiedlung reichsdeutscher Siedler aufzusparen, erklärt. Es waren aber auch weniger Umsiedler als ursprünglich vorgesehen angesiedelt worden, was möglicherweise damit zu erklären ist, dass es sich entgegen der Planung nicht um „Bergbauern“, sondern um leistungsschwache Bauern handelte. Damals und auch später offenbarten sich unterschiedliche Interessenlagen. Während der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums die ideologische Linie vertrat, kam es der Zivilverwaltung und manchen Akteuren vor Ort darauf an, dass sie bei der Implementierung der deutschen Verwaltung und auf dem wirtschaftlichen Sektor erfolgreich waren; außerdem agierten sie gegen eine unnötige Verunsicherung der Bevölkerung. So erklären sich gewisse Streitigkeiten bei der Behandlung der Personen der Abteilungen 3 und 4 der Deutschen Volksliste (DVL) 1942/43.<sup>32</sup>

Welche Besonderheiten zeichneten den Kreis Saybusch aus? Wie entwickelte sich die Bevölkerungszusammensetzung? Ökonomisch gesehen dominierte die Forstwirtschaft gefolgt von einer kleinparzelligen Landwirtschaft, die keine großen Erträge zuließ.<sup>33</sup> Industrie gab es nur in geringem Umfang: die Brauerei Saybusch, die dortige Papierfabrik „Solali“ (Zigarettenpapier), die Schraubenfabrik Brevillier & Urban im benachbarten Sporysz, die Eisengießerei in Węgierska Górka, zwei Lederfabriken und eine Reihe kleinerer Sägewerke. Die meisten Betriebe und Läden wurden nach der Okkupation beschlagnahmt und auf Deutsche übertragen. Die große Waldfläche der Herrschaft Saybusch wurde enteignet und der Provinz Oberschlesien zugeschlagen. – Zu Kriegsbeginn zählte der Kreis Saybusch 153.270 Einwohner, die fast zu 100 % polnisch waren. Die einzigen Städte waren Saybusch mit 14.134 und Sucha mit 7.869 Einwohnern. Nach der Vertreibung jüdischer und polnischer Volksangehöriger (1940–1943) und

31 Zur „Aktion Saybusch“ (Frühjahr 1940–Frühjahr 1941) und „Siedlungsaktion Buchenland“ (Herbst 1940–Herbst 1944) vgl. *Sikora, Mirosław*: Niszczyć, by tworzyć. Germanizacja Żywiecczyny przez narodowosocjalistyczne Niemcy 1939–1944/45 [Vernichten, um zu gestalten. Die Germanisierung des Żywiecier Landes durch das nationalsozialistische Deutschland 1939–1944/45]. Katowice 2010, bes. S. 162–299, und S. 300–446; *Konieczny, Alfred*: Wsysiedlenia ludności polskiej powiatu żywieckiego w 1940 roku (Saybusch-Aktion) [Die Aussiedlung der polnischen Bevölkerung des Kreises Żywiec im Jahre 1940 (Saybusch-Aktion)]. In: *Studia Śląskie*, 20 (1971), S. 231–249.

32 *Wolf*, Ideologie und Herrschaftsrationalität (wie Anm. 30), S. 438–447.

33 Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815–1945. Hrsg. von Walther Hubatsch. Reihe A: Preußen. Bd. 4: Schlesien. Bearb. von Dieter Stüttgen. Marburg 1976, S. 307f.

der Einweisung von Deutschen aus Ostgalizien und dem Buchenland sowie dem Abschluss der Arbeiten für die DVL zum 10. Oktober 1943 ergab sich eine Gesamteinwohnerzahl von 132.315, davon 14.341 Deutsche (Umsiedler: 9.222, Deutsche nach der DVL: 2.376, Deutsche aus dem Altreich: 2.723).

Welche ideologischen Anforderungen stellten Partei und Staat nun an die ortsansässige Bevölkerung? Die politische Erziehung des oberschlesischen Gauleiters Fritz Bracht zielte darauf, „aus Umsiedlern, Reichsdeutschen und Volksdeutschen einen einheitlichen im Nationalsozialismus erzogenen Volkskörper zu schaffen“<sup>34</sup>. Zu diesem innerethnischen Problem kam das interethnische. Gerade in der Grenzregion ließen sich viele Menschen nicht eindeutig als „deutsch“ oder „polnisch“ zuordnen. Diese Menschen wurden als „Zwischenschicht“ oder „schwebendes Volkstum“<sup>35</sup> klassifiziert, was spezielle Volkstumsprüfungen nach sich ziehen musste. Auch hierzu wurde die DVL geschaffen, die sich in vier Abteilungen mit abgestuften Rechten aufgliederte. Die erste erfasste „Bekennnisdeutsche“ (vor 1939 in deutschen Organisationen aktiv), die zweite meinte die deutsche Abstammung mit Verbindung zur deutschen Sprache und Kultur, die dritte erfasste Abstammungsdeutsche ohne diese Verbindung und die vierte „Renegaten“ (Abstammungsdeutsche, die sich als Polen betrachteten).<sup>36</sup> Suggestierte die Antragstellung Freiwilligkeit, so war meist das Gegenteil der Fall. Das eindrücklichste Beispiel war Karol Olbracht von Habsburg aus Saybusch, der sich als Pole deklarierte und trotz massiver Folter und Haft die Antragstellung verweigerte.<sup>37</sup>

34 Entwicklung, Organisation, Arbeitsleistung der Dienststelle des Gauleiters und Oberpräsidenten als Beauftragten des Reichsführers SS Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums in Oberschlesien, September 1939 bis Januar 1943, S. 94, BArch R 186/42. Der von Fritz Arlt und seinen Mitarbeitern erstellte vertrauliche Bericht wurde zum 1.1.1943 abgeschlossen. Das zitierte Ziel war laut Bericht noch längst nicht erfüllt.

35 Ebd., S. 2 (Gauleiter Bracht im Vorwort). Ähnlich hieß es bei Beck, dass der Polenfeldzug die Möglichkeit geschaffen habe, „versunkenes Volkstum wieder zu beleben“. Beck, Robert: Zur Frage der Regeneration der Gesinnung beim „schwebenden Volkstum“ im südöstlichen Schlesien. In: Deutsche Monatshefte, Mai/Juni 1940, S. 403–408, S. 407. Vgl. auch Kuhn, Walter: „Schwebendes Volkstum“ und künftige Landesgestaltung in Südost-Oberschlesien. In: Neues Bauerntum (NB), 33 (1941), H. 1, Jan., S. 26–30. Zur Thematik, aber ohne den Begriff „schwebendes Volkstum“ zu verwenden vgl. Boehm, Max Hildebert: Das eigenständige Volk. Volkstheoretische Grundlagen der Ethnopolitik und Geisteswissenschaften. Göttingen 1932, bes. S. 128–155, auf S. 130 als „Schwanken von Volk zu Volk“ bezeichnet.

36 Vgl. Schubert, H[einz] H[ermann]: Volkspolitische Voraussetzungen der Deutschen Volksliste. In: NB, 33 (1941), H. 11, Nov., S. 404f.; Ders.: Die Durchführung der „Deutschen Volksliste“. In: NB, 34 (1942), H. 3, März, S. 99–101.

37 Dazu und zur Enteignung seines Besitzes vgl. Sikora, Niszczyć, by tworzyć (wie Anm. 31), S. 470–478. Vgl. auch Woźniak, Hieronim: Żywiecczyzna. Popularny

Mussten sich die alteingesessenen Bewohner nun zwischen „deutsch“ und „polnisch“ entscheiden, so galten die Umsiedler zwar per se als „deutsch“, doch als Bauern mussten sie weiteren Anforderungen genügen. Was waren die ideologischen Anforderungen an die Umsiedler, und hier besonders die Bauern unter ihnen? Dem NS-Propagandisten und Agrarwissenschaftler Wilhelm Zoch ging es bei der „neuen Ordnung im Osten“ um eine allumfassende Landnahme, nicht um Kolonisation, etwa mittels einiger landwirtschaftlicher Großbetriebe. Der Osten sollte „deutsche Heimat“ werden, weshalb u.a. Orte, Bäche, Berge mit deutschen Namen versehen werden sollten. Der „deutsche Bauer“ galt ihm als „der wahrhaftige Germanisierer“. Seine Aufgabe war der Volkstumskampf, und zwar mit Schwert und Pflug.<sup>38</sup>

Diese Vorgaben bedingten neben der fachlichen vor allem eine rassistische und gesinnungsmäßige Auslese der Bauern.<sup>39</sup> Einem zu traditionsbehafteten Blick ohne Sinn für aktuelle praktische Erfordernisse wurde eine Absage erteilt.<sup>40</sup> Gleichwohl blieb es bei der althergebrachten Zuweisung von Geschlechterrollen: Die Frauen hatten Mutter zu sein und im Krieg anstelle der Männer den Betrieb zu führen.<sup>41</sup> Ein besonderes Problem stellte im Reich wie im annektierten Ostoberschlesien die Landflucht dar, denn viele Landarbeiter wanderten wegen der höheren Löhne in die Industrie ab, was besonders auch an der Rüstungsproduktion lag.<sup>42</sup> Nicht zuletzt des-

---

zarys dziejów [Das Żywiecer Land. Ein populärer Abriss der Geschichte]. Żywiec 2011, S. 162f.

- 38 Zoch, Wilhelm: Neue Ordnung im Osten. In: NB, 32 (1940), H. 3, März, S. 84–87. Vgl. in derselben Ausgabe Greifelt, Ulrich: Grundfragen zum Aufbau der neuen Ostgebiete, S. 81f., und Oberländer, Theodor: Von der Front des Volkstumskampfes. In: NB, 32 (1940), H. 4/5, April/Mai, S. 127–130. Vgl. auch Zochs Buch „Neuordnung im Osten. Bauernpolitik als deutsche Aufgabe“ (1. Aufl. 1939 vor Kriegsbeginn erschienen), das bereits 1940 eine 2. Auflage erfuhr, was die Bedeutung und politische Billigung seiner Schrift im Nationalsozialismus belegt. Zoch war im Krieg Mitarbeiter des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums in Posen.
- 39 Meyer, Konrad: Neues Landvolk. In: NB, 33 (1941), H. 3, März, S. 93–99; Altenried, Martin: Die Auslese von Neubauern. In: NB, 33 (1941), H. 3, März, S. 128–130; Richtlinien für die Auswahl und Vermittlung neuer Bauern [Text des Runderlasses des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft vom 30.1.1941]. In: NB, 33 (1941), H. 3, März, S. 131f.
- 40 Stellv. Gauleiter Wartheland [d.i. Robert Schulz]: Arbeit! Bauer kein romantisches Spielzeug und keine Angelegenheit der Konservierung, Pflicht zur Waffe und Pflicht zum Pflug. In: NB, 33 (1941), H. 1, Jan., S. 39f.; Schmidt, Friedrich: Bäuerliche Neuordnung ohne falsche Tradition. In: NB, 33 (1941), H. 5, Mai, S. 181f.
- 41 Essig, Luise: Die Bäuerin als Lebensziel weiblicher Landjugend. In: NB, 33 (1941), H. 5, Mai, S. 182–185.
- 42 Vgl. grundsätzlich Corni, Gustavo und Horst Gies: Brot, Butter, Kanonen. Die Ernährungswirtschaft in Deutschland unter der Diktatur Hitlers. Berlin 1997, S. 280–297 (1933–1939) und S. 433–468 (1939–1945) sowie die zeit-

halb war schon 1934 das Landjahr für schulentlassene Jugendliche (ab 14 Jahren) zur Pflicht erklärt worden. Neben der ideologischen Indoktrination sollten auch städtische Jugendliche auf den Bauernberuf orientiert werden. Während des Krieges waren die Landdienstler (männliche Hitler-Jugend [HJ] und Bund deutscher Mädel [BdM]), der männliche und weibliche Reichsarbeitsdienst (RAD) sowie Studentinnen während der Semesterferien überall im „deutschen Osten“ in der Betreuung und Unterstützung von Umsiedlern, zumeist auf Bauernhöfen, tätig.<sup>43</sup>

### 3. Drei Erntedankfeste im Zeichen von Schwert und Pflug

#### *1940: Kein Erntedankfest angesichts der Implementierung der Besatzung und Umsiedlung*

1940 fand in Saybusch noch kein Erntedankfest statt. Es gab zwar in einigen Städten des Regierungsbezirks Kattowitz Erntedankfeste oder zumindest abendliche Feiern,<sup>44</sup> jedoch war gerade im September und Oktober 1940 im Kreis Saybusch die Verwaltung und Partei zu sehr mit der Vertreibung der Polen und der Ansiedlung der deutschen Umsiedler aus Ostgalizien und der nördlichen Bukowina beschäftigt, als dass Zeit für die Vorbereitung und Durchführung eines größeren Erntedankfestes gewesen wäre.

---

genössischen Texte: *Oberländer, Theodor*: Grundgedanken zu einer völkischen Sozialpolitik. In: NB, 33 (1941), H. 4, April, S. 145–147; *von Grünberg, Hans B.* und *Hans Schreiber*: Die Landarbeiterfrage muß gelöst werden. In: NB, 33 (1941), H. 4, April, S. 147–151. Zu Oberschlesien vgl. Fortgesetzte Landflucht. In: Oberschlesische Zeitung (OZ), 23.12.1941.

- 43 Zur Thematik vgl. *Buddrus, Michael*: Totale Erziehung für den totalen Krieg. Teil 1 und 2 (Texte und Materialien zur Zeitgeschichte, 13,1 u. 13,2). München 2003, S. 699–741 (Landdienst allgemein) und S. 742–851 (HJ im besetzten Ausland) und zu ähnlichen Begriffen S. 692f. (Landhilfe), S. 693–697 (Landjahr). Buddrus merkt zur personellen Zusammensetzung auf S. 728 an, dass ab 1939/40 im HJ-Landdienst zahlenmäßig die BdMlerinnen dominierten und er deshalb seitdem eigentlich eine Einrichtung des BdM gewesen sei. Vgl. auch *Seifert, Manfred*: Kulturarbeit im Reichsarbeitsdienst. Theorie und Praxis nationalsozialistischer Kulturpflege im Kontext historisch-politischer, organisatorischer und ideologischer Einflüsse. Zugl. Diss. Univ. Passau 1994. Münster, New York 1996, S. 93–106 (zum weiblichen Arbeitsdienst 1933–1945). Der Nationalsozialismus sah in den „Arbeitsmädchen“ weniger Arbeitskräfte als „Sprecher und Berater des NS im Bauernhaus“. Ebd., S. 162.
- 44 Vgl. die Veranstaltungen des Deutschen Frauenwerks in Kattowitz: Stadtfrauen dankten den Bauern. In: Kattowitzer Zeitung (KZ), 29.10.1940, und in Königshütte unter: Parteiamtliche Nachrichten. In: KZ, 29.10.1940.

### 1941: Eine „Tradition“ entsteht

Als organisatorischer Testlauf ging dem ersten Erntedankfest in Saybusch der „Heldengedenktag“ am 16. März 1941 voraus.<sup>45</sup> Als wesentlicher Bestandteil des NS-Feierjahrs zielte dieser Tag auf die Verherrlichung des Soldatentums ab. Nach einem Appell durch Kreisleiter Wilhelm Scholz zogen ca. 2.000 Mann (fast nur NS-Organisationen) auf den Straßen mit Hakenkreuzfahnen und Spruchbändern vom Bahnhof zum Ringplatz (Rynek). Nach der dortigen Veranstaltung defilierten die Teilnehmer auf dem Rückweg an Kreisleiter Scholz vor dem Hotel „Deutscher Hof“ vorbei. Damit wurde für große Partei- und Staatsveranstaltungen ein Muster vorgegeben: nämlich die Route, ihre Ausschmückung, die Instruierung der beteiligten Parteigliederungen und in groben Zügen der Ablauf.

Zur Durchführung des Erntedankfests am 3./4. Oktober 1941 hatte nach Stanisław Dobosz (er verwechselt allerdings das Fest von 1942 zur Gänze oder teilweise mit dem von 1941) die SS zahlreiche Mitarbeiter nach Saybusch entsandt.<sup>46</sup> Einige Teams besuchten die Dörfer, um die Umsiedler für eine Mitwirkung beim Umzug und seiner Gestaltung zu aktivieren. Andere Gruppen beschäftigten sich mit der Aufmachung der Festzugswagen der Fabriken und Betriebe. Eine Spezialgruppe besorgte die Verschönerung der Straßen und des Ringplatzes. Alle Grundstücksbesitzer wurden verpflichtet, ihre Zäune und ggfs. die Holzhäuser grün<sup>47</sup> zu streichen, beschädigte Verputze zu erneuern und das Gras auf den Gehsteigen zu beseitigen. Die Besitzer der Häuser an den Umzugsstraßen und der vom Ringplatz abgehenden Straßen – Bahnhofstraße (Dworcowa), Hauptstraße (Kościuszki), Vorstadtstraße (Komorowskich), Spitalstraße (Sienkiewicza) – sowie am

45 „Wir marschieren im deutschen Osten“. In: KZ, 19.3.1941.

46 Dobosz, Stanisław: *Żyweczanina żywot i sprawy z historią w tle* [Das Leben des Żywiecers und Geschichten mit historischem Hintergrund]. Żywiec 2009, S. 85f. Hier wie in seinem Buch: *Wojna na ziemi żywieckiej od kwietnia 1939 r. do kwietnia 1945 r.* [Der Krieg im Landkreis Żywiec vom April 1939 bis zum April 1945]. Żywiec 2004, S. 84–87, ordnet Dobosz fälschlicherweise die Tribünenbeschreibung und das Foto des Festes des Jahres 1941 dem Fest im Jahr 1942 zu. Auch setzt er im Buch von 2004 das Datum des Hauptfesttags mit dem 5.10.1942 einen Tag zu spät an. Ferner befand sich das von Dobosz erwähnte Polizeibattalion 83 ab Juli 1942 bereits in Lemberg. Vgl. Curilla, Wolfgang: *Der Judenmord in Polen und die deutsche Ordnungspolizei 1939–1945*. Paderborn u.a. 2011, S. 142. Vermutlich treffen die beiden Darstellungen auf das Fest 1941 zu, weshalb ich sie diesem zuordne. Auch wenn die Zuordnung nicht ganz geklärt ist, so zeigen Dobosz' Darstellungen, die vielfach auf mündlichen Berichten beruhen, wie sich die NS-Erntedankfeste in der Erinnerung der polnischen Bevölkerung verankert haben.

47 Zur Betonung des Grüns vgl. Junge, Werner: *Das Grün im Dorf und in der Landschaft*. In: NB, 32 (1940), H. 7, Juli, S. 247–249.

Ringplatz (informell auch Adolf-Hitler-Platz genannt)<sup>48</sup> mussten ihre Häuser mit Girlanden und Hakenkreuzfahnen behängen. Die Schaufenster der Läden wurden mit dem Hitler-Portrait versehen. Amtliche Gebäude erhielten eine besondere Ausstattung. Auf dem Ringplatz dekorierte eine Fachgruppe den Bühnenbereich samt der dahinter befindlichen Fassade des Gerichts (ehemals Stadtverwaltung). Zudem waren auf dem gesamten Platz Lautsprecher installiert worden. Schon einige Tage vor dem Fest waren Polizeikräfte nach Saybusch beordert worden, die sofort in Gruppen von drei bis fünf Mann in den Straßen Patrouille gingen. An den Straßenmündungen zum Ringplatz befand sich je eine Zweipersonen-Wache. Passanten war es verboten, sich der Tribüne zu nähern. Die Bewachung des Ringplatzes wurde ab Samstag, dem 4. Oktober, von der SS übernommen.

Im Vorfeld des Festes wurde im Oberschlesischen Kurier der erste Erntedanktag des Kreises Saybusch mit einem Umzug von 30 Festwagen und der erste Gauaufmarsch des Landdienstes der HJ angekündigt.<sup>49</sup> Der HJ-Landdienst im Kreis zur Unterstützung der Umsiedler sei der zahlenmäßig stärkste im ganzen Reich. Erst am 4. Oktober 1941, dem Samstag des Erntedankfestes, gab es in der Kattowitzer Zeitung eine Vorabinformation zum Fest. Es wurden die Mitwirkenden – darunter die wichtigsten Zielgruppen – benannt und die inhaltliche Stoßrichtung vorgegeben.<sup>50</sup> „Wenn Landdienstler und Siedler am Sonntag in Saybusch gemeinsam das Erntedankfest begehen, so ist dies ein Bekenntnis zum deutschen Schicksal im Osten, denn nur ein bodenverwurzeltes Bauerntum kann an der Grenze den unüberwindlichen Wall gegen alles Fremde schaffen.“ Neben anderen Werbemaßnahmen wurde auch eine Ansichtskarte mit einer Zeichnung der Stadtansicht von Saybusch herausgegeben, auf deren Rückseite in einer Neuauflage der Beskidenkreis Saybusch O/S „zum *Gauaufmarsch* des Landdienstes der *Hitlerjugend* [sic!] am ersten deutschen *Erntedankfest* der Umsiedler des Kreises Saybusch O/S am 4. und 5. Oktober“ aufrief.<sup>51</sup>

48 *Miodoński, Miroslaw*: Nazewnictwo ulic i miejsc w gminie Saybusch 1939–1945 [Namenskunde der Straßen und Orte der Gemeinde Saybusch 1939–1945]. In: Gronie, 2009, Nr. 7, S. 147–151. Die polnischen Straßen- und Ortsbezeichnungen geben den Stand von 2009 wieder.

49 Landvolkaufmarsch in Saybusch. In: Der oberschlesische Kurier (DoK), 23.9.1941. Wie sich aus den späteren Berichten dieser Zeitung ergibt, wurden nicht alle Programmpunkte, wie hier angekündigt, durchgeführt.

50 Landdienst und Siedler gemeinsam. In: KZ, 4.10.1941.

51 Ungelaufene Ansichtskarte: Saybusch Gesamtbild, Blick von Norden, Zeichnung Emil Lange, Saybusch, Kupfertiefdruck Wilh. Gottl. Korn, Breslau (Hervorh. im Orig. gesperrt gedruckt). Sowohl die ältere Karte mit Poststempel vom 21.6.1941 (ohne Aufruf) als auch die jüngere ungelaufene befinden sich im Privatarchiv Retterath.

Ziel der NS-Bevölkerungspolitik in den eingegliederten Gebieten war die Schaffung eines „Wehrbauerntums“ unter Ausschluss alles Fremden – also alles „Fremdvölkischen“. Die Erwartungen des NS-Staates erfüllten von den deutschen Bevölkerungsgruppen noch am ehesten die Landdienstler, die schon durch die Schule und zusätzlich durch die HJ und den BdM entsprechend indoktriniert worden waren. Dagegen war die Haltung der Umsiedler durchwachsen. Die vielfach verbreitete „Heim ins Reich“-Euphorie wurde durch die monatelangen Lageraufenthalte auf eine harte Probe gestellt.<sup>52</sup> Außerdem hatte ihre Klassifizierung in zur Ansiedlung Geeignete, weniger oder nicht Geeignete viele verstört, erst recht wenn dadurch Verwandte oder Dorfgemeinschaften auseinandergerissen wurden. Im Moment der Ansiedlung mag einigen die Vertreibung der polnischen Bewohner aufgestoßen sein. Wieder andere monierten die großartigen Versprechungen des NS-Staates und sahen sich als „Menschen 2. Klasse“ abqualifiziert.<sup>53</sup> So musste der Saybuscher Beauftragte für Umsiedlerschulung konstatieren, dass bei der politischen Indoktrination noch nicht der „gewünschte Erfolg“ eingetreten sei.<sup>54</sup> Er forderte, die Umsiedler vor ihrem Einsatz zu Nationalsozialisten zu erziehen und sie auf ihre Aufgabe, Vorkämpfer deutschen Volkstums im Osten zu sein, innerlich vorzubereiten.

Das Erntedankfest begann am Samstagnachmittag, dem 4. Oktober.<sup>55</sup> Gegen 17.00 Uhr traf der neue Gauleiter Fritz Bracht<sup>56</sup> in Begleitung von

52 Entwicklung, Organisation, Arbeitsleistung (wie Anm. 34), allgemein zu den Lagern S. 33–41, bes. S. 40. Zu den im Folgenden aufgeführten Problemen (Absonderung, Benachteiligungen usw.), die im Bericht offen angesprochen wurden, vgl. S. 92–95.

53 Verbunden mit überlangen Wartezeiten auf Möbel seien bei den Umsiedlern Stimmen laut geworden, „dass sie als Menschen 2. Klasse behandelt werden“. Monatlicher Stimmungsbericht der NSDAP Kreisleitung Saybusch Monat Februar 1942, S. 8, zu Punkt 4b, Archiwum Państwowe w Katowicach, Oddział w Bielsku-Białej [Staatsarchiv in Katowice, Abteilung in Bielsko-Biala; abgekürzt: AP Katowice, Oddz. Bielsko-Biała (früher: Oddz. Żywiec)], NSNPRZyw.-1, Zespól Nr. 300.

54 Umsiedler auch politisch betreut. In: KZ, 24.7.1941.

55 Die Darstellung des Erntedankfestes folgt weitgehend den Berichten: *Mandel, Kurt*: Erntekronen unter blauenden Beskidenbergen. In: DoK, 5.10.1941; *Ders.*: Glückliche Menschen auf freier deutscher Scholle. In: DoK, 6.10.1941. Sie sind wesentlich umfangreicher und dezidierter als die folgenden Artikel: Das Neuland rief, und deutsche Jugend kam! In: KZ, 6.10.1941; Dem deutschen Schwerte folgt der deutsche Pflug. In: KZ, 7.10.1941. Bei den genannten Artikeln ist nicht immer erkennbar, ob es sich um die Wiedergabe einer direkten oder indirekten Rede eines Redners oder um eine Kommentierung des Verfassers handelt. Rednerzitate sind nicht eigens kenntlich gemacht. – In Archiven konnte ich bisher keine Berichte zu den Saybuscher Erntedankfesten finden, weshalb ich mich eingedenk der eingangs geäußerten Kritik ersatzweise auf diese Zeitungartikel beziehe.

56 Zur Biografie Brachts vgl. *Węcki, Mirosław*: Fritz Bracht (1899–1945). Nazistowski zarządca Górnego Śląska w latach II wojny światowej [Fritz Bracht (1899–

Landesbauernführer Otto Jaeschke, HJ-Gebietsführer Horst Huisgen und NSDAP-Kreisleiter Wilhelm Scholz im Saybuscher Schloß ein. Beim anschließenden Presseempfang erläuterte Gaupresseamtsleiter Heinz Brandt die Bedeutung des Festtages. Dann begrüßte Hoheitsträger Scholz die Festgäste und lobte besonders den Einsatz der anwesenden HJ- und BdM-Jugendlichen des Landdienstjahrs. Darauf ging Huisgen auf die Bedeutung und die kriegswichtige und schwere Arbeit des Landdienstes ein. Der Einsatz des Landdienstes im Kreis Saybusch, „der in erster Linie bereits geschulte Mädel als Helferinnen der bäuerlichen Familie erfolgreich am Werke sieht“, habe sich in jeder Hinsicht als Segen erwiesen. Die Siedler seien dankbar und froh und „bereits am Sonnabend in gewaltigen Scharen in die Kreisstadt geströmt, um in dieser Gemeinschaftskundgebung den Dank für alle Hilfe abzustatten“. Nach den Ansprachen wurde „ein Film aus der Landdienstarbeit im befreiten deutschen Osten“ gezeigt. Am Abend gab es ein „Großkonzert“ der HJ unter Mitwirkung von 800 Jungen auf dem Schlossplatz.<sup>57</sup> Die Stadt war feierlich illuminiert. Der Großaufmarsch der Jugend mit dem Gebietsmusikzug aus Hindenburg war umrahmt von loderndem Fackelschein. Unter der Losung „Wir zogen in das Feld“ hatte Obergebietsführer Georg Magiera eine Folge deutscher Soldatenweisen verbunden mit Bekenntnisworten zur Front zusammengestellt.

Der Sonntagmorgen begann mit dem Großen Wecken durch HJ-Musik- und Fanfarenzüge, an das sich der Morgenappell des Landdienstes der HJ im Schlosspark anschloss. Um 9.30 Uhr kam Gauleiter Bracht in Begleitung von Jaeschke und führenden Männern des Gaues in den Schlosspark. Der folgende Appell, zudem sich die Jugendlichen im offenen Viereck aufgestellt hatten, stand unter dem Motto „Wir gehen als Krieger durch unsere Zeit“. Der Gauleiter dankte den Jugendlichen, die sich in den „Dienst an der deutschen Scholle“ gestellt hätten, „daß sie teilnehmen am geschichtlich größten Vorgang im Werden unseres Volkes“.<sup>58</sup> Sie seien Teil der „Grenzlandgemeinschaft“ geworden. Man brauche im deutschen Osten „eine solche kampfesfrohe Jugend, ein hartes Geschlecht“. Zum Abschluss wurde „das alte Kampf- und Trutzlied ‚In den Ostwind hebt die Fahnen‘“ gesungen.

---

1945). Der Nazi-Verwalter Oberschlesiens in den Jahren des Zweiten Weltkriegs]. Katowice 2014.

57 Entgegen der ursprünglichen Information in DoK und dem Bericht in der KZ vom 6.10.1941 fand das Konzert wohl nicht auf dem Ringplatz statt. Zur unsicheren Zahlenangabe: Das Neuland rief, und deutsche Jugend kam! In: KZ, 6.10.1941.

58 Mandel, Glückliche Menschen (wie Anm. 55). Im Artikel: Dem deutschen Schwerte folgt der deutsche Pflug. In: KZ, 7.10.1941, heißt es dazu: „Es ist ein großer Gedanke: Das deutsche Schwert hat einen weiten Raum frei gemacht, der nun für alle Zeiten deutschem Volk zugänglich ist. Hier werden freie deutsche Bauern schaffen können, und wo sie arbeiten, ist Deutschland!“

Um 13.30 Uhr startete der Festzug. Seine Reihung gab die unbedingte Führungsrolle der Partei wieder: Reiter-SA, Polizei, SA, Politische Leiter, der Landdienst und andere Formationen der HJ.<sup>59</sup> Erst dann folgten zivile Reiter, Festwagen des Landvolkes, der Innungen (Zünfte und Gewerbe) sowie geschmückte Wagen mit Frauen und Kindern von Siedlern. Verschiedene Fotos vermitteln neben der Morgenfeier einen Eindruck vom Festzug und dem Rest des Festes.<sup>60</sup> Beispielsweise gab ein Transparent zu Beginn der Route ein einschlägiges Motto wieder: „Aller Weg führt durch das Korn // Selbst des Schwertes heilger [sic!] Zorn“ (Nr. 937). In Anspielung auf den „furor teutonicus“ wurden mit dem Adjektiv „heilig“ nicht nur die Besetzung Polens und die unzähligen brutalen Gewaltakte der deutschen Soldaten, der SS und des sogenannten Selbstschutzes legitimiert, sondern auch die unauflöslliche Symbiose von „Bauer“ und „Soldat“ beschworen. Diese fand sich auch im Wortlaut eines weiteren Transparents: „Schwert wird Sichel, Sichel wird Schwert // beider Ernten die Heimat ernährt.“<sup>61</sup> Der Spruch belegt nicht nur die musterhafte Relevanz der Schrift „Deutsches Erntedankfest“, vielmehr wird in zynischer Weise suggeriert: Die Sichel bringt als „Ernte“ das Brot, das Schwert den Tod, genauer: dem eigenen Volk das Brot, den Feinden den Tod. Eine weitere Abbildung zeigte die Dominanz der Partei, hier marschierende Politische Leiter, wobei zumindest an dieser Stelle die wenigen Zuschauer nicht unbedingt für eine massenhafte Zahl von Zuschauern stehen (Nr. 949, vgl. Abb. 2). Als Wagen Nr. 2 waren ein Bauer mit den Händen am Pflug, eine Egge und dahinter ein säender Bauer zu sehen (Nr. 961, vgl. Abb. 3). Auf einem anderen Foto lief eine Fußgruppe mit einem Erntekranz. Ein älterer Zivillist, rechts und links begleitet von zwei HJlern, trug auf einer Holzstange den Erntekranz, von dem Bänder abgingen, die rechts und links von je drei BdMlerinnen in trachtenmäßigen Gewand und mit blumenbekränzten Haaren gehalten wurden (Nr. 962). Ein weiterer Wagen mit einer nachgebauten Mühle samt Windrad stellte laut Schild die „Müllerei Raitscha“ dar, wobei hier schon vor der offiziellen Namensgebung von den Akteuren die deutsche Schreibung des polnischen Ortsnamens Rajcza vorweggenommen

59 Das Neuland rief, und deutsche Jugend kam! In: KZ, 6.10.1941.

60 Die folgenden Nummernangaben im Fließtext beziehen sich auf die Kontaktabzüge im AP Katowice, Oddz. Bielsko-Biała (früher: Oddz. Żywiec), ZJ-495/42, Nr. 922–953, Erntedank / 11-41, 5.10.41; ebd., ZJ-495/43, Nr. 954–979, Erntedank / 12-41, 5.10.41.

61 Foto in *Sikora, Miroslaw und Monika Bortlik-Dźwierzyńska: Wysziedlenie mieszkańców Żywiecczyny przez okupanta niemieckiego 1940–1941* [Die Aussiedlung der Bürger des Zywiecer Landes durch den deutschen Besatzer 1940–1941]. Katowice 2010, S. 137 (weitere Fotos auf S. 136f.); vgl. zum Spruch Deutsches Erntedankfest (wie Anm. 18), S. 47.

worden war (Nr. 965, vgl. Abb. 4).<sup>62</sup> Andere Fuhrwerke waren von Innungen der Lebensmittelhersteller gestaltet worden, so ein weiß gehaltener Wagen der „Bäcker-Innung Bielitz-Saybusch“ (Nr. 966). Darauf befanden sich mehrere Männer in weißer Bäckerkleidung, von denen je einer rechts und links vom Kutscher sitzend einen Brotkorb hielt, während links vom Gefährt Männer in Bäckerkleidung mit Backschaufeln mitliefen. Auch der „Kleingarten- und Kleintierzuchtverein“ steuerte einen Wagen bei, der im vorderen Teil vermutlich einen Stall sowie dahinter ein Drahtgittergestell mit Gänsen und anderen Kleintieren zeigte (Nr. 971). Damit wurde auch die Kriegswichtigkeit von Kleinerzeugern betont, was auf eine prekäre Lebensmittelversorgung hinweist.<sup>63</sup> Das Gefährt der Saybuscher Papierfabrik „Solali“ lenkte ein älterer Mann mit Anzug und Hut, der auf einer großen weißen Papierrolle saß (Nr. 976, vgl. Abb. 5). Hinter ihm stand senkrecht eine überdimensionale Zigarette, um deren Spitze ein Erntekranz hing. Dahinter waren weiße Toilettenpapierrollen zu einer Pyramide aufgehäuft. Eine Wagenseite zeigte die Aufschrift: „Deutsches Beskidenland // frei von Judenhand!“; auf der unteren Vorderseite des Gefährts war die Aufschrift „Saybuscher Papierfabrik Solali // Saybusch“ zu sehen. Hier unterstrich die größte Firma der Kreisstadt die erfolgte „Arisierung“ des Betriebs und stellte unmissverständlich klar, wer nicht zur „Volksgemeinschaft“ gehörte und welche Konsequenzen dies hatte.<sup>64</sup> Eine weitere große Firma, nämlich die Beskidenbrauerei Saybusch, präsentierte sich mit einem Wagen, der von zwei Kutschern in Uniform geführt wurde, und auf dem in Längsrichtung ein großes Fass lag. Links neben dem Wagen ging ein Mann in Anzug und Krawatte mit, der eine Malzschaufel trug (Nr. 978). Mit dem neuen Firmennamen wurde verdeutlicht, dass die ehemals Erzherzogliche Brauerei<sup>65</sup> enteignet worden war. Wohl zu den letzten Gefährten gehörte das der „NSKOV-Kameradschaft Saybusch“ (Name nicht ganz leserlich) mit einem überdimensionalen, wohl mit Lorbeer umrankten Soldatenhelm (Nr. 979, vgl. Abb. 6). An einer Wagenseite war folgende Inschrift angebracht: „Ohne Opfer der Front, // keine Ernte der Heimat!“. Die Nationalsozialistische Kriegspferversorgung (NSKOV) als eine NSDAP-

62 <http://www.territorial.de/obschles/saybusch/rajcza.htm>, zuletzt eingesehen am 12.1.2018. Als deutscher Ortsname war Rodengrund vorgesehen.

63 Vgl. dazu *Corni* und *Gies*, Brot, Butter, Kanonen (wie Anm. 42), S. 488–490.

64 Die 1833 gegründete Fabrik wurde 1900 von dem jüdischen Polen Bernard Serog übernommen. Durch einen Firmenzusammenschluss entstand 1930 die „Solali“ S.A. Sie wurde bis 1939 von Bernard Serogs Sohn Ignacy Serog geleitet. <http://www.tmzz.org.pl/o-solali-krakowskie-spotkanie,19,126.html>, zuletzt eingesehen am 12.1.2018; *Woźniak*, *Żywiecczyzna* (wie Anm. 37), S. 135. Die in „Saybuscher Papierfabrik ‚Solali‘ Aktiengesellschaft“ umbenannte Firma wurde schon Ende 1939 enteignet bzw. in Treuhänderschaft übertragen. Vgl. Anzeige des Treuhänders Adolf Bathelt in *KZ*, 21.12.1939.

65 Zur Brauereigeschichte vgl. *Woźniak*, *Żywiecczyzna* (wie Anm. 37), S. 135f.



Abb. 2: Marschgruppe der Politischen Leiter; Fotos: AP Katowice



Abb. 3: Wagen mit einem pflügenden und einem säenden Bauern



Abb. 4: Gefährt der „Müllerei Raitscha“



Abb. 5: Wagen der Saybuscher Papierfabrik „Solali“



Abb. 6: Gefährt der „NSKOV-Kameradschaft Saybusch“

Wohlfahrtseinrichtung für Schwerkriegsbeschädigte und Frontsoldaten des Ersten Weltkrieges trug mit ihrer Unterstützung von deutschen Opfern des neuen Krieges, der mit dem Überfall auf die Sowjetunion weitere Tote und Kriegsbeschädigte produzierte, zur Minimierung der Kriegsgegnerschaft unter der deutschen Bevölkerung bei. Gerade bei den zur Wehrmacht eingezogenen Umsiedlern und anderen Volksdeutschen suggerierte die NSKOV, dass man sich um potenzielle Hinterbliebene kümmere, was bei ihnen die Volksgemeinschaftsideologie und die Kriegsbereitschaft stärken sollte. Das Motto des Wagens war allerdings konkreter und totalitär formuliert: die Toten an der Front als unabdingbare Voraussetzung für die Ernte.

Nach dem Aufmarsch am Gauleiter beim Saybuscher Schloss vorbei erreichte die Zugspitze gegen 14.00 Uhr „den altherwürdigen deutschen Ring der Stadt“. Hier begann u.a. im Beisein des Regierungspräsidenten Walter Springorum der Festakt. Laut Zeitungsbericht sei er Ausdruck der unauf löstlichen Verbundenheit des deutschen bäuerlichen Grenzlandtums mit dem Führer und der „großdeutschen Volksgemeinschaft“. Nach dem Abschreiten der Fronten und der Eröffnung durch eine Festfanfare grüßte ein gemischter Chor der Hindenburger Jugend. Der Ringplatz konnte angeblich kaum die Besucher fassen. Dieser zentrale Platz war schon 1940 für künftige Aufmärsche hergerichtet worden.<sup>66</sup> Die Grünanlage war beseitigt worden, ebenso aus antikirchlichen Gründen die Statue des heiligen Florian. Ferner waren die polnischen Bewohner der umgrenzenden Häuser vertrieben worden und dort Deutsche, meist Beamte, eingezogen. Auf dem Platz war vor dem Gerichtsgebäude eine Bühne aufgebaut. An der Hauswand prangte mittig vor senkrecht aufgehängten rot-weiß-roten Tuchbahnen ein gewaltiger Reichsadler mit Hakenkreuz.<sup>67</sup> Rechts und links davon hing je eine rote Tuchbahn mit einem Hakenkreuz in einem weißen runden Feld. Ein thematisches Symbol zum Erntedank fehlte.

Der Kreisbauernführer Martin Stümpfl (Leiter des Ernährungsamtes bei der Kreisbauernschaft) erstattete Meldung und entbot den Gruß der Bevölkerung des Kreises Saybusch, wobei er dem Führer und der Wehrmacht dankte. Dann überreichten Jungbauern und -bäuerinnen in der Tracht der Bauern des Bielitzer Gebiets dem Landesbauernführer die Erntekrone und dem Gauleiter

---

66 *Miodoński, Mirosław*: Rynek w Żywcu przez wieki [Der Ringplatz in Żywiec über die Jahrhunderte]. Żywiec 2006, S. 164–166. Des Weiteren zog die Stadtverwaltung in das Gebäude der ehemaligen Krankenkasse um, dagegen verblieb das Gericht mit Haftzelle im Gebäude.

67 Vgl. Foto in *Dobosz*, *Wojna na ziemi żywieckiej* (wie Anm. 46), S. 86, und in *Sikora* und *Bortlik-Dźwierżyńska*, *Wysiedlenie mieszkańców Żywiecczyny* (wie Anm. 61), S. 136, wo das Foto richtigerweise dem Jahr 1941 zugeordnet wird.

einen Fruchtekorb „hier geernteten Obstes“. In volkstümlichen Sprüchen gelobten sie, treu wie bisher weiter das Land zu bebauen. Kreisleiter Scholz würdigte die in einem Jahr geleistete Arbeit der Umsiedler und der Landdienstler und betonte: „Hier ist nicht nur die erste Broternte, sondern auch die erste Ernte der Festigung deutschen Volkstums.“ Anerkennende Worte richtete er besonders an die Umsiedler. Landesbauernführer Jaeschke stellte den Unterschied in der Behandlung des deutschen Bauerntums vor und nach 1933 heraus und verpflichtete die Umsiedler, „kostbares deutsches Blut im Stolz auf Art und Sippe hier zu wahren und zu pflegen, um für alle Zukunft erbgesunde Blutsträger als tatbereite Diener des Ganzen auf vorgeschobenem Posten am Werk zu sehen.“ Nach anerkennenden Worten für die Landdienstler und einer tiefen Sinngebung des Erntedankfestes mündete Jaeschkes Rede in das Schlussbekenntnis: Das ganze deutsche Volk danke Gott und den Bauern; das Volk sei bereits im Sinne der Forderungen des Führers eins mit dem wichtigsten deutschen Stande, dem Bauerntum.

Gauleiter Bracht erinnerte in seiner Ansprache daran, wie er im Oktober 1939 in Saybusch erstmals mit einer Handvoll Menschen an die Planung der gegenwärtigen Arbeiten gegangen sei. Jetzt hätten die Umsiedler „den Boden wirklich wieder deutsch gemacht“. Jeder Umsiedler empfinde es als „unendliches Glück“ hier zu stehen und gerade heute dem Führer für die Heimholung zu danken. „Besonders der Grenzlandbauer empfindet sein Schicksal als unlösbaren Teil des großdeutschen nationalsozialistischen Schicksals.“ Darum stünden die Bauern wie alle Deutschen „im Kampf auf Leben und Tod, im Kampf für die Wahrheit gegen die Lüge“, womit er Bemerkungen über die unzureichende Lebensmittelversorgung attackierte. Bracht versprach, dass nach dem Krieg „die soziale Gerechtigkeit zeitlos wahr gemacht“ werde, und dass „jeder rechtschaffene Deutsche ausreichend Arbeit und Brot“ erhalten werde. Angesichts der glänzenden Zukunft Deutschlands sei es „ein großes Glück [...] Deutscher zu sein, ein größeres gibt es heute nicht“<sup>68</sup>. Das Bekenntnis zum Führer bedeute „das Bekenntnis und Gelöbnis zu Pflicht und Arbeit bis zum Letzten“. Ferner dürfe man den Wunsch nach einem siegreichen Frieden äußern, weil man siegesgewiss sei. Dies zielte auf den Friedenswunsch mancher Deutscher und Eingedeutschter, denn verbunden mit dem Überfall auf die Sowjetunion wurden vermehrt Männer zur Wehrmacht eingezogen. Dann folgte eine Passage, die unter den Polen große Bestürzung auslösen musste: „Die kommende Aufbauarbeit gerade in diesem Gau wird darin bestehen, alles Fremde auszumerzen und

---

68 Wenn auch die Berichte von KZ und DoK zuweilen abweichen, so hier nicht: „Es gebe heute kein größeres Glück für einen Menschen, als ein Deutscher zu sein“. Dem deutschen Schwerte folgt der deutsche Pflug. In: KZ, 7.10.1941.

das Land nach dem Wort zu betreuen, daß dort überall Deutschland ist, wo der Boden deutsch ist.“ Laut Landrat Eugen Hering habe Bracht seine Ansprache „mit etwa folgenden Worten“ beendet: „In 5 Jahren wird dieser Kreis frei von Polen sein“.<sup>69</sup> Um dieses Ziel zu erreichen – so Bracht gemäß der Kattowitzer Zeitung –, müsse alles für den Sieg getan werden. Er dankte besonders für die Einsatzbereitschaft und Pflichttreue der bäuerlichen Bevölkerung und betonte, dass die Bedeutung des Bauerntums im Industriegau Oberschlesien nicht unterschätzt werde.

Laut Dobosz berichteten polnische Arbeiter, die im Rahmen der Werbung für die Betriebe, in denen sie tätig waren, am Erntedanktag entgegen den üblichen Vorgaben teilnehmen durften, dass zu den Ehrengästen auf der Tribüne auch seit Generationen in der Stadt wohnende Deutsche gehörten.<sup>70</sup> Das sei extra bekanntgegeben worden. Zudem habe Bracht in seiner Rede die endgültige Aussiedlung der Polen, die noch in Żywiec geblieben waren, angekündigt, wofür es viel Applaus gegeben habe.<sup>71</sup> Bei den Polen löste dies große Verunsicherung aus und ließ sie Vorkehrungen für die angedrohte Vertreibung treffen. Nach der Veranstaltung auf dem Ringplatz feierten die Ehrengäste im enteigneten Habsburger-Palast weiter, während die übrigen Teilnehmer die Festwiese und Gaststätten besuchten, wo sie sich ohne Marken satt essen konnten. Die Fabriken, die an der Erntedankfeier teilnahmen, veranstalteten für die polnischen Arbeiter ein Eintopfessen – wohl um sie ruhig zu stellen. Gerade die Menge der konsumierten Lebensmittel scheint sich in der polnischen Erinnerung verankert zu haben; nicht umsonst lautet die Originalüberschrift zu diesem Abschnitt bei Dobosz „Groß Festmal, Czyli Wielka Feta [Groß Festmal, das heißt Großes Fest]“<sup>72</sup>.

Scholz schloss die Feier mit dem Versprechen, im nächsten Jahr noch mehr zu arbeiten. Die Stadt Saybusch und ihr deutsches Antlitz seien „ein Sinnbild

69 Hering, Eugen (Landrat Saybusch): Bericht über den Kreis Saybusch OS, 6.12.1955, BArch Bayreuth Ostdokumentation 8, Nr. 765, S. 16.

70 Dobosz, Żywczanina żywot (wie Anm. 46), S. 84. Es stellt sich hier die Frage, warum mit der Beteiligung polnischer Arbeiter eine Ausnahme gemacht wurde. Dobosz führt dies nicht weiter aus. Landrat Hering erinnert sich nur an Umsiedler, Volksdeutsche und Altreichsdeutsche als Teilnehmer (Hering: Bericht über den Kreis Saybusch OS [wie Anm. 69]). Sollte Dobosz' Feststellung zutreffen, so zeigt sich einmal mehr der Widerspruch zwischen Ideologie und tatsächlichem Vorgehen, der ein festes Element der Politik Brachts bildete. *Węcki*: Fritz Bracht (wie Anm. 56) S. 293, zu Brachts Behandlung der Polen als „polnisches Gesindel“ und „Schutzangehörige des Reichs“ vgl. S. 293–304.

71 Vgl. ähnlich Brachts Worte von der Unmenge Arbeit „zur Erzielung der für ein deutsches Oberschlesien selbstverständlichen Homogenität“. Bracht, Fritz: Deutsches Zukunftsland Oberschlesien. In: KZ, 2.3.1941.

72 Dobosz, Żywczanina żywot (wie Anm. 46), S. 83.

[...] für die deutsche Geschlossenheit und Gemeinschaft, die im Kreise Saybusch im Werden begriffen ist“. Die Feier klang mit der machtvollen Huldigung und dem Gesang der Nationallieder aus. Dann begab sich laut Oberschlesischem Kurier „ein unabsehbarer Strom Volkes“ auf die bauerliche Festwiese, wo sich unter Berücksichtigung altbäuerlichen Brauchtums in Lied, Spiel und Tanz ein frohes Leben entfaltete. Besonders eindrucksvoll seien die Tänze der Siedlerjugend aus ihrer neuen schlesischen Heimat und die Aufführung des „Felix Drosselbart“ gewesen. Der bekannte ober-schlesische Volksmusikpfleger Ulner habe in offenem Singen ein leuchtendes Bekenntnis zum deutschen Lied geschaffen. Erst mit beginnender Dunkelheit habe sich die Wiese langsam geleert.

In einer Bildunterschrift bemerkt Mirosław Sikora zu dem Fest:

„Im Oktober 1941 wurde in Żywiec das Erntedankfest ausgerufen gefeiert. Die meisten Teilnehmer waren deutsche Umsiedler. Das war ihre erste Ernte in der neuen Heimat. Schnell wurde jedoch klar, dass die Effizienz ihres Wirtschaftens erheblich niedriger ist als die der polnischen Vorgänger. Diese Tatsache gaben in ihrer gegenseitigen Korrespondenz sogar hohe Vertreter der deutschen Behörden offen zu. Das gleiche Phänomen trat in den nächsten Jahren in der Forstwirtschaft auf, wo die ausgesiedelten Polen durch deutsche Siedler aus der Bukowina ersetzt wurden.“<sup>73</sup>

Wie aus den Zeitungsberichten ersichtlich wurde von Partei und Staat die Kritik an der mangelnden Produktivität der Umsiedler nicht nach außen getragen, sondern sie zur Anspornung pauschal belobigt. Alles andere hätte die Umsiedler angesichts ihrer Probleme verärgert, ihre Loyalität gegenüber dem Regime und die Produktivität verringert sowie ihre Akzeptanz bei der restlichen Bevölkerung geschwächt.

„Die Kreisstadt des Beskiden-Grenzkreises *Saybusch* erlebte symbolhaft für den gesamten Gau Oberschlesien am Sonntag ein Fest der ländlichen Volksgemeinschaft von unvergeßlicher Art.“<sup>74</sup> Dieser pathetische erste Satz im Vorspann des Artikels im Oberschlesischen Kurier streicht sowohl die Bedeutung des Kreises Saybusch als „Bollwerk des Deutschtums“ für den Gau Oberschlesien als auch für die Volksgemeinschaftsideologie heraus. Immer wieder wurde der Kreis gegen alle historische Realität als altes deutsches Gebiet präsentiert. Die appellhaften Reden beschworen ferner

<sup>73</sup> Sikora, Niszczyc, by tworzyć (wie Anm. 31), S. 444.

<sup>74</sup> Mandel, Glückliche Menschen (wie Anm. 55), (Hervorh. im Orig. gesperrt gedruckt).

mit der Attestierung der Verbundenheit von Stadt und Land sowie von den Soldaten an der Front und den Menschen im Reich die „Volksgemeinschaft“. Die Festteilnehmer wurden aber auch auf sie verpflichtet und wegen materieller Forderungen auf die Zeit nach dem Krieg verwiesen. Vor allem galt es, Missstimmungen wegen der am 2. Juni 1941 drastisch heruntergesetzten Fleischrationen zu begegnen.<sup>75</sup> Mit dem Abendkonzert auf dem Schlossplatz, dem Morgenappell im Schlosspark, dem Umzug durch die Straßen Saybuschs, den deutschen Ortsbezeichnungen auf manchen Umzugswagen, der Feier auf dem Ringplatz als dem Hauptplatz der Stadt und dem Ausklang auf der Festwiese nahm das NS-Regime raumgreifend die Stadt und den Kreis symbolisch in Besitz. Die Dominanz des Paramilitärischen (kollektives Wecken, Morgenappell, Marschformation im Umzug) offenbarte einmal mehr die kriegerische Aufladung dieses NS-Festes. Anzahl und führende Position der Parteigliederungen im Umzug zeigten den unbedingten Machtanspruch der Partei an. Dieser zeigte sich auch bei der Morgenfeier, mit der nicht nur an „höhere Gefühle“ appelliert, sondern auch dem sonntäglichen Gottesdienst der Kirchen Konkurrenz gemacht wurde. Was die indoktrinierte Landdienstjugend und die vom Nationalsozialismus überzeugten Reichs-, Volksdeutschen und Umsiedler positiv für die Partei einnahm, musste die Zweifler unter den Umsiedlern und die polnische Bevölkerung zu konformem Verhalten zwingen. Für Letztere hieß dies, entweder möglichst die Aufnahme in die Deutsche Volksliste zu beantragen oder – angesichts der Ausmerzdrohung des Gauleiters – mit dem Extremsten rechnen zu müssen. So waren dem Erntedankfest sowohl die Inklusion als auch ihre Kehrseite, die Exklusion, eigen. Die Exklusion jedoch offenbarte die brutale Seite der Volksgemeinschaftsideologie, die von Entrechtung über Inhaftierung bis zur Tötung reichte. Zudem wurde den Inkludierten einmal mehr klar gemacht, dass die „Volksgemeinschaft“ stark hierarchisch ausgeprägt war. Mit Appellen, Meldungen, Rednern und den Empfängern der „Ehrengaben“ wurden nicht nur die jeweiligen Führer präsentiert, sondern auch das Führerprinzip in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens bestätigt.

### *1942: Saybusch als Austragungsort des Haupt-Erntedankfestes des Gaues Oberschlesien*

Schon im Juli 1942 hatte die Parteikanzlei reichsweit dem Erntedankfest 1942 wegen der „ungeheuren Anstrengungen des Landvolkes zur Sicherung der Ernährung des Deutschen Reiches im Kriege“ eine „erhöhte Bedeutung“

---

75 Corni und Gies, Brot, Butter, Kanonen (wie Anm. 42), S. 560.

zugewiesen.<sup>76</sup> Bei einer darauf folgenden Besprechung der Reichspropagandaleitung, des Reichsernährungsministeriums und des Reichsbauernführers war vom Ernährungsministerium betont worden, „dass eine Auszeichnung von Bauern und Landarbeitern auf *breiter Basis* zum diesjährigen Erntedanktag in den Kreisen der Landbevölkerung sich ausserordentlich positiv auswirken würde, da zurzeit die Stimmung in den bäuerlichen Kreisen wegen der sehr scharfen Ablieferungspflichten und der damit verbundenen grossen Schwierigkeiten abzusinken droht.“<sup>77</sup> Es wurde daher für den Staatsakt in Berlin und die Feste in allen ländlichen Ortsgruppen und in den Gauhauptstädten eine Verleihung von insgesamt ca. 4.000 Kriegsauszeichnungen (ca. 100 je Gau) an Bauern, Landarbeiter sowie Rüstungsarbeiter vorgeschlagen. Die Reichspropagandaleitung erteilte dezidierte Anweisungen für die Durchführung von Sonderveranstaltungen in den Gauhauptstädten und kleineren Erntedankfesten, wobei die Auszeichnung von Bauern, Bäuerinnen, Landarbeiterinnen und -arbeitern durch die Gauleiter angeordnet werden sollte.<sup>78</sup> Den organisatorischen Rahmen sollte der Gaupropagandaleiter in Rücksprache mit dem Gauamtsleiter für das Landvolk und dem Landesbauernführer bestimmen. Eine Übernahme der Reden des Staatsakts in der Reichskanzlei war nicht vorgesehen. Über Presseaufsätze sollte die Öffentlichkeit informiert werden. Der Feierakt sollte mit dem Fahneneinmarsch bzw. -aufstellung beginnen und von einer einleitenden Musik gefolgt werden. Der Landesbauernführer hätte das Publikum zu begrüßen und der Gauleiter die Hauptrede zu halten. Danach sollten zügig die Auszeichnungen vergeben werden, woran sich die Führerehrung, die Nationalhymnen und der Fahnenausmarsch anschließen sollten. Von einer allgemeinen Beflaggung sei abzusehen, und „fremdvölkische Arbeitskräfte“ seien nicht zu den Veranstaltungen hinzuzuziehen.

Da das Erntedankfest 1941 aus Sicht des Regimes erfolgreich verlaufen war, wurde Saybusch als Austragungsort des Haupt-Erntedankfests des Gaus Oberschlesien ausgewählt. Am 2. Oktober 1942 lud die Presse die „deutsche Bevölkerung“ des Kreises Saybusch und der Nachbarkreise mit Nennung des Programms zu allen Veranstaltungen ein. Es hiess, die Kreisleitung der NSDAP habe wieder alle Vorbereitungen für die beiden Festtage getrof-

---

76 Vertrauliche Informationen der Parteikanzlei vom 17.7.1942, Folge 51, BArch NS 18/247. Vgl. zur 1942 verstärkten Propaganda *Schellack*, Nationalfeiertage (wie Anm. 6), S. 339.

77 Vorlage der Reichspropagandaleitung vom 21.8.1942, BArch NS 18/247 (Hervorh. im Orig. unterstrichen).

78 Reichspropagandaleitung, Chef des Propagandastabes Wächter, an alle Gauleiter und Gaupropagandaleiter vom 14.9.1942, BArch NS 18/247.

fen.<sup>79</sup> Und weiter: „Auch die Umsiedler des Kreises nehmen an diesem Festzug teil.“ Am Festtag erklärte der Schriftleiter der Oberschlesischen Zeitung im Leitartikel Saybusch zum Symbol.<sup>80</sup> Er sprach – obwohl es erst das zweite Fest war – schon von einer Tradition und bemühte wiederum den „Bauernwall“, der vom Kreis Saybusch aus seinen Anfang in Oberschlesien genommen hätte. Es gelte „den Boden eines weitem Raumes an der Grenze des geschlossenen Siedlungsbereiches unseres Volkstums so deutsch zu machen, als läge er nicht am Rande, sondern in einem jener Gaue, die von jeher ein Herzstück des Reiches waren“. Von den Landdienstlern erwartete er, dass sie als künftige Wehrbauern neben dem Pflug bei Bedarf auch das Schwert auf dem Neuland führen würden. Kurt Mandel, der stellvertretende Hauptschriftleiter des Oberschlesischen Kuriers erläuterte das Erntedankfest-Motto „Pflug und Schwert“:

„Nur wenn der Pflug auf jenem Boden, den das deutsche Schwert für ewige Zeiten wieder frei und sicher gemacht hat, im Schutze dieses Schwertes friedlich schaffen darf, nur dann ist es gut bestellt um uns alle! Das Schwert kann aber dann nur blank und scharf bleiben, wenn jeder von uns so arbeitet, daß sich unsere Schwerträger mit dem freien Rücken zur Heimat sich auch restlos einzusetzen vermögen.“<sup>81</sup>

Bereits am Samstag, dem 3. Oktober, fand um 16.00 Uhr das Mannschaftsschießen der Politischen Leiter der NSDAP statt.<sup>82</sup> Um 20.00 Uhr wurden in der Stadthalle eine Erntekantate, Lieder und Orchestermusik sowie „art-eigene Tänze“ der Alt-Bielitzer, Alzener, Wilmesauer und Schönwälder Trachtengruppen geboten. Ca. 200 Personen wirkten hierbei mit. Der Sonntag begann um 9.00 Uhr mit der Morgenfeier zum Thema „Pflug und Schwert im deutschen Osten“ im Schlosspark, wo die Jugend wie im Vorjahr ein „Bekennnis zum deutschen Boden des Ostlandes“ abgab. Als nächstem Programmpunkt des Festes begrüßte um 10.30 Uhr in der Stadthalle der „derzeitige“ Kreisleiter Eduard Pannenberg den mittlerweile eingetroffenen Gauleiter und den neuen Landesbauernführer Herbert Elsner. Nach dem Appell attestierte der Bauernführer den Bauern eine vorbildliche Pflichterfüllung und stellte eine Erhöhung der Lebensmittelrationen in Aussicht. Der Oberschlesische Kurier schrieb, dass laut Elsner das deutsche Bauerntum durch seine Arbeit Englands Blockade zunichte gemacht

---

79 Saybusch ruft zum Erntedank. In: OZ, 2.10.1942.

80 *Weber; Heinz*: Saybusch – ein Symbol. In: OZ, 4.10.1942.

81 Pflug und Schwert. In: DoK, 4.10.1942.

82 Aus der Erde wächst unsere Kraft zum Sieg. In: OZ, 5.10.1942. Zum Programm vgl. Doppelkarte der NSDAP-Kreisleitung Saybusch: Erntedankfest 1942 Saybusch O/S. 3. und 4. Oktober, Kopie Privatarchiv Retterath.

habe.<sup>83</sup> Demnächst trete eine Erhöhung der Brot- und Fleischrationen ein, die dem Bauerntum mit zu verdanken seien. Daraufhin sprach Gauleiter Bracht. Er schilderte, dass er am vergangenen Donnerstag erlebt habe, wie unendlich stolz der Führer auf die Leistung der deutschen Soldaten sei, aber auch darauf, was die Heimat, insbesondere das Landvolk, leiste. „Der tiefere Sinn“ des Festes sei „die *Sammlung aller Kräfte* zur Erinnerung [gemeint: Erringung] der endgültigen Freiheit unseres Volkes in Lebensraum und Ernährung“.<sup>84</sup> Im Kreis Saybusch hätten sich besonders die Neusiedler bewährt. „Sie sind das Sinnbild für die *Wiederdeutschwerdung* dieses einst von Deutschen besiedelten Gebirgslandes“. Der Heldenkampf der Soldaten sei gleich mit dem des deutschen Arbeiters und deutschen Landvolks. Deshalb habe der Führer die Auszeichnung der Besten in diesem Kampf beschlossen. Die oberschlesischen Bauern hätten diese Auszeichnung genauso verdient wie die Soldaten an der Front. Dann erhielt Landesbauernführer Elsner vom Gauleiter die Bestallungsurkunde zum Leiter des Provinzialernährungsamtes. Anschließend wurden 71 Bauern und neun Bäuerinnen des Gaues mit dem Kriegsverdienstkreuz bzw. der Medaille zum Kriegsverdienstkreuz ausgezeichnet.<sup>85</sup>

In den Mittagsstunden wurde aus dem Berliner Sportpalast die Rede Hermann Görings als Beauftragtem für den Vierjahresplan übertragen. Darin lobte er das Landvolk und vor allem die „Bauersfrau“ für ihre Anstrengungen, machte für Probleme harte Winter verantwortlich, sprach von einer verbesserten Ernährungslage und kündigte vor allem eine verbesserte Fleisch- und Fettversorgung sowie eine Zulage zum Weihnachtsfest an.<sup>86</sup> Anschließend begann um 13.30 Uhr in Saybusch der 45-minütige Festzug durch die Straßen zum Ringplatz.<sup>87</sup> Auf der Route standen Archivfotos zufolge als Neuerung mehrere mit Tannengrün, teilweise figürlichen Darstellungen (stilisierte Mädchen nebeneinander Hand in Hand stehend) und Hakenkreuzfahnen geschmückte Torbögen, die an Ehrenpforten erinnern (Nr. 619, vgl. Abb. 7, und Nr. 625–637).<sup>88</sup> An einem rechteckig gestalte-

83 Erntekronen über dem Beskidenland. In: DoK, 5.10.1942.

84 Hervorh. im Orig. fett gedruckt, ebenso im folgenden Zitat.

85 Dagegen schrieb die OZ von 82 oberschlesischen Bauern und Bäuerinnen, die mit dem Kriegsverdienstkreuz ausgezeichnet worden seien. Aus der Erde wächst unsere Kraft zum Sieg. In: OZ, 5.10.1942.

86 Deutschland ist stärker denn je! In: DoK, 6.10.1942. Bei dem Text handelt es sich vermutlich um Görings Redemanuskript.

87 Erntekronen über dem Beskidenland. In: DoK, 5.10.1942.

88 AP Katowice, Oddz. Bielsko-Biala (früher: Oddz. Żywiec), ZJ-495/27, Nr. 566–589, Erntedankfest 1942 / 12-42, 3.10.42; ebd., ZJ-495/28, Nr. 590–624, Erntedankfest 1942 / 13-42, 4.10.42; ebd., ZJ-495/29, Nr. 625–662, Erntedankfest 1942 / 14-42, 4.10.42.



Abb. 7: Torbogen mit Umzugswagen



Abb. 8: HJ- und BdM-Mitglieder mit der Erntekrone



Abb. 9: Wagen der „Lederwerke Ludwigsdorf“

ten Tor mit je einer rechts und links am Rand stehenden Hakenkreuzfahne hing mittig das Schild „Saybusch // grüsst // seine // Erntegäste“ (Nr. 623). Laut dem Oberschlesischen Kurier wurde der Zug durch festliche Musik und eine Abordnung der Politischen Leiter sowie Männer der Parteigliederungen eröffnet.<sup>89</sup> Besonders imposant wirkte ein großer bäuerlicher Reitertrupp, der vorwiegend aus Siedlern bestand. Dann folgten 60 Festwagen als „Sinnbilder bäuerlicher Arbeit, bäuerlicher Berufsstände und des mit dem Landvolk verbundenen Handwerks“. Daran schlossen sich die trachtenbunten Landdienstmädel und viele Wagen mit Umsiedlern aus dem Kreis an. Zwischen ihnen sorgten zahlreiche Kapellen für festliche Klänge und Marschmusik. Wieder defilierte der Umzug wie bei einer Militärparade am Gauleiter und den Ehrengästen, diesmal am „Deutschen Hof“, vorbei.

Vorausgesetzt, dass die fortlaufend nummerierten Fotos im Archiv mit Auslassungen auch die Reihung der Gruppen und Wagen wiedergeben, folgten nach den Parteigliederungen wie 1941 auf Schimmeln reitend Landrat Eugen Hering und ein weiterer Reiter (der Saybuscher Bürgermeister Gotthard Riedel?) (Nr. 633). Hinter ihnen ritt eine Gruppe junger Reiter in weißen Hemden – vermutlich der bäuerliche Reitertrupp. Das nächste Foto in der Reihe zeigt zwei junge Frauen in Tracht, die eine Erntekrone trugen, gefolgt von einem HJler und mehreren BdmIerinnen (Nr. 634, vgl. Abb. 8). Daran schloss sich ein Wagen mit einem hausartigen Aufbau an, an dessen Vorderseite oben das Schild „Lederwerke // Ludwigsdorf“ angebracht war und aus dessen Fenster eine Hakenkreuzfahne heraushing (Nr. 635, vgl. Abb. 9). Davor stand rechts und links vom Wagenlenker je ein Arbeiter, der eine große Tierhaut mit einem Scherdegen bearbeitete. Auch dieser Betrieb war enteignet worden; er wurde von einem lokalen Volksdeutschen geführt.<sup>90</sup> Bei der Ortsbezeichnung hatte man den vorgesehenen, aber bis Kriegsende nicht amtlich gewordenen Namen gewählt, um den angeblich deutschen Charakter des Ortes zu betonen. Der polnische Ort Łodygowice war Ende 1939 vorläufig in Łodygowitz umbenannt worden.<sup>91</sup> Das nächste Foto präsentiert einen in Stroh gewandeten Reiter, hinter dem einige Männer eine größere Erntekrone trugen (Nr. 636). Eine weitere Fußgruppe, die ein Mann

<sup>89</sup> Erntekronen über dem Beskidenland. In: DoK, 5.10.1942.

<sup>90</sup> Andrzej Żurek aus Rybnik hatte 1935 dort eine Gerberei erworben und sie zu einer Lederfabrik ausgebaut. Nach Kriegsbeginn war darin für einige Monate der deutsche Grenzschutz kaserniert; anschließend wurde für die restliche Zeit des Krieges wieder Leder hergestellt und verarbeitet. *Cichy, Michał*: Został tylko komin. „Była“ garbarnia w Łodygowicach [Es blieb nur ein Schornstein. Die „ehemalige“ Gerberei in Łodygowice]. In: <https://zywiec.beskidy.news/biznes/1261-zostal-tylko-komin-byla-garbarnia-w-lodygowicach>, zuletzt eingesehen am 12.1.2018.

<sup>91</sup> <http://www.territorial.de/obschles/saybusch/lodygow.htm>, zuletzt eingesehen am 12.1.2018.

mit einem ca. 1 m langen Fisch anführte, stellte wohl Fischer oder Angler vom Fluß Soła dar (Nr. 637). Auf einem der nächsten Gefährte saß ein Jäger oder Forstbediensteter mit Hund vor einer Hütte, was für die bedeutende Forstwirtschaft im Kreis stand (Nr. 640). Weitere Wagen wurden von folgenden Firmen und Vereinigungen gestellt: Ein Foto zeigt vermutlich eine Dreschmaschine und dahinter einen Wagen mit dem Schild „Deutscher // Groß Handel“ (Nr. 616). Die „Saybuscher Papierfabrik // ‚Solali‘“ (laut Seitenschild) präsentierte sich mit einem neuen Gefährt, das über einem Gestell aus senkrecht stehenden Platten eine waagrecht in Fahrtrichtung liegende überdimensionale Zigarettenhülle aufwies (Nr. 620). Bemerkenswert ist hier das Frontschild unterhalb des Kutschers „Ernte-Dankfest 1942“, womit dieser Wagen wohl für Fotos die Beteiligung der Firma an dem Gauhauptfest 1942 genau dokumentieren sollte. Zu den Gefährten, die gemäß den Fotos auf dem Ringplatz abgestellt worden waren, gehörten laut Schildern die der „Beskidenbrauerei // Saybusch“, der „Fleischerinnung Bielitz // Kreisgruppe Saybusch“ (Nr. 656), der „Eierkennzeichnungsstelle“ (Nr. 657) und ein Gefährt der Schraubenfabrik „Brevillier & Urban A.G. Sporisch“, dessen zwei Achsen mit einer stilisierten, mehrere Meter langen Schraube verbunden waren (Nr. 658).

Auf einem Foto des Ringplatzes fällt die noch großflächiger und aufwendiger als im Vorjahr geschmückte Fassade des Gerichts ins Auge, vor der die Festtribüne errichtet worden war (Nr. 624, vgl. Abb. 10). Auf der Fassade wurde mittig – vermutlich mit Tannengrün als Hintergrund – unter dem Reichsadler mit Hakenkreuz der Sinn des Festes in stilisierter Form veranschaulicht: ein quergestellter Pflug, hinter dem ein Mann stand, der sich in energischer Haltung auf ein Schwert stützte. Rechts und links davon waren wohl Strohgarben über fast die gesamte Gebäudehöhe angebracht, wobei mittig in der Horizontalen in stilisierter Form rechts Mädchen und links kurzbehoste Jungen, jeweils Hand in Hand stehend, fixiert waren.

Nachdem Gauleiter Bracht auf dem Ringplatz im Beisein des Landeshauptmanns Georg Kate und des neuen HJ-Kreisgebietsführers Eckardt Schimmelpfeng die Fronten der angetretenen Formationen abgescritten hatte, begrüßte Kreisbauernführer Stümpfl den Festkreis und versicherte Bracht und Elsner der unentwegten Einsatztreue des deutschen Bauerntums im Kreis (Nr. 649, vgl. Abb. 11).<sup>92</sup> Dann wurde Bracht ein Korb „mit den Früchten dieses Landes“ und Elsner die Erntekrone überreicht, wobei „nach alter Volkssitte“ die Landdienstjugend herzliche Sprüche widmete. Bracht

---

92 Erntekronen über dem Beskidenland. In: DoK, 5.10.1942.

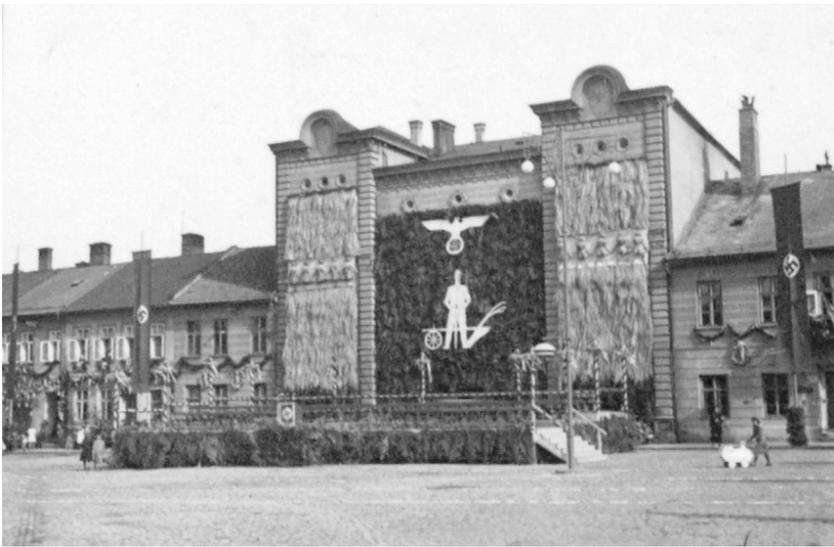


Abb. 10: Der Ringplatz mit der Festbühne vor dem Gericht vor der Feier



Abb. 11: Der Ringplatz und die Festbühne während der Feier

überreichte dabei den verwundeten Soldaten aus dem Reservelazarett als Ehrengästen seine Ehrengabe.

Elsner würdigte in seiner Rede das „uralte Symbol des Erntedankes“ und erinnerte an die Zeit, als das deutsche Bauerntum ausgebeutet worden sei. 1933 habe der Herrgott den Führer gesandt, der dem deutschen Landvolk die Scholle gesichert und es in die „Volksgemeinschaft“ eingegliedert habe. Aktuell könne man dem Herrgott danken für die unerwartet große Ernte. Dann erörterte Elsner wichtige Neuerungen in der Erfassung ländlicher Nahrungsmittel und gedachte der besonderen Schwierigkeiten, aber auch der Leistungen der bäuerlichen Kleinbetriebe, wie sie in Oberschlesien vorherrschend seien.

Bracht lobte in seiner Ansprache den enormen Einsatz der Bauern. Dann behauptete er, dass beim deutschen Volk das Siegesbewusstsein sich zur letzten Gewissheit verstärkt habe. Immer stärker würden sich die Konturen des Endsieges abzeichnen. Die Heimat habe ungeheure Prüfungen bestanden, weshalb Hitler „unendlich stolz“ auf das deutsche Volk und besonders das Landvolk sei. Wenn man den größten Sieg der Weltgeschichte feiern werde, wisse man, dass eine Friedenszeit beginne, die auch für den letzten Volksgenossen Glück und Blüte verheiße. Man wolle seine Pflicht tun, wie auch der Führer seine tue. Dann erst habe diese Feierstunde ihren Sinn. Dann könne man auch vor der Front bestehen. Danach beschloss Pannenburg die Feier mit dem Gelöbnis unverbrüchlicher Gefolgstreue zu Hitler.

Ab 15.00 Uhr begaben sich das Landvolk und die Gäste auf die Bauernfestwiese am Sportplatz an der Soła.<sup>93</sup> Dort setzte ein Wettstreit der Massenchöre der Landdienstlager ein, für die die beiden Sieger künstlerische Bilder als Ehrengabe erhielten. Die Trachtengruppen Alt-Bielitz, Alzen, Wilmesau und Schönwald bei Gleiwitz führten Volkstänze unter dem Erntebaum auf, was herzlichen Beifall fand. Auch für die Jugend der Bauern und Umsiedler war laut Oberschlesischem Kurier bestens gesorgt. „Ein besonderes Erlebnis“ war das farbenschöne Bild von 80 jungen Frauen des BdM mit ihren Volkstänzen. Ein Karussell war aufgestellt worden, und es gab Kasperletheater, Wettläufe und andere Spiele. Außerdem war auch ein „Sonderpostamt“ eingerichtet worden, das die Briefmarken mit einem eigens entworfenen Feststempel versah (vgl. Abb. 12).

---

93 Erntekronen über dem Beskidenland. In: DoK, 5.10.1942.



Abb. 12: Sonderstempel zum Erntedankfest 1942; Privatarhiv Retterath

Um 20.00 Uhr beschloss die Aufführung „Leutnant Vary“ (Schauspiel von Walter Erich Schäfer<sup>94</sup>) des Bielitzer Stadttheaters den Erntedanktag 1942.<sup>95</sup> Es handelt sich bei dem Stück um eine fiktive Kriegsgerichtsverhandlung 1937 in Ungarn, in der der Fall des wegen Feigheit vom Kriegsgericht zu Unrecht hingerichteten Leutnants Vary erneut untersucht, er völlig rehabilitiert und postum zum Held erklärt wird. Florian Radvan bezeichnet das recht erfolgreiche Schauspiel „als eine Verherrlichung der soldatischen Opferbereitschaft und letztlich auch als eine moralische Rechtfertigung des Krieges *per se*“<sup>96</sup>. Soldaten (und ihren Angehörigen) wurde damit vermittelt, dass eine gravierende Fehleinschätzung ihrer Kampfbereitschaft (hier unterstellte Feigheit) sogar im Falle einer Hinrichtung irgendwann doch noch eine „gerechte“ Würdigung erfahren könne.

94 Der württembergische Dramaturg Schäfer (1901–1981) trat 1937 in die Partei ein. „Leutnant Vary“ erschien 1940 im Leipziger Dietzmann-Verlag. [https://www.leo-bw.de/detail/-/Detail/details/PERSON/kgl\\_biographien/118606212/Sch%C3%A4fer+Walter+Erich](https://www.leo-bw.de/detail/-/Detail/details/PERSON/kgl_biographien/118606212/Sch%C3%A4fer+Walter+Erich), zuletzt eingesehen am 5.12.2017.

95 Laut Vorankündigung in: Saybusch ruft zum Erntedank. In: OZ, 2.10.1942.

96 Radvan, Florian: Eine deutsche Theaterkarriere. Der Dramatiker und Generalintendant Walter Erich Schäfer. Trier 1999, S. 62 (Hervorh. im Orig.), zum Drama allgemein S. 54–66.

Das Erntedankfest des Gaus Oberschlesien stellte das vorjährige in den Schatten. Die stärkere Propagierung in der Presse, aber auch mittels einer Werbekarte und eines Poststempels, sollte im Deutschen Reich bekunden, dass das ehemals polnische Żywiec jetzt Saybusch heiße und der Boden (reichs-)deutsch sei. Auch der Umzug war aufwendiger und größer gestaltet worden. Die erstmalige Aufstellung vieler Torbögen, die gestiegene Zahl der Wagen und Fußgruppen, wobei jegliche Art der Lebensmittelproduktion und der mit ihr verbundenen Betriebe und Einrichtungen herausgestellt wurde, belegen die Bedeutung, die Saybusch als „Bollwerk im Osten“ beigelegt wurde. Wie 1941 zeichneten sich die Reden durch das überschwängliche Lob des deutschen Bauerntums aus, das nach 1933 dank dem Führer seinen geachteten Platz in der „Volksgemeinschaft“ gefunden habe. Auch habe es wieder eine bessere Ernte als erwartet gegeben. Solche Äußerungen basierten einerseits auf der NS-Ideologie, andererseits galt es ganz pragmatisch mittels pathetischer Wertschätzung die bäuerliche Bevölkerung zu fortgesetzter Arbeit zu motivieren und so die Nahrungsmittelproduktion zu sichern. Besonders wurde nun Bäuerinnen Respekt gezollt, da sie mit Landdienstlern und „fremdvölkischen“ Arbeitskräften ihre Höfe bewirtschaften und ungleich härter als andere Soldatenfrauen arbeiten mussten. Der Hinweis auf die unerwartet gute Ernte unterstrich das Lob, besonders aber trat man damit wachsenden Problemen bei der Nahrungsmittelversorgung entgegen, denn ab dem 6. April 1942 waren Brot-, Fett- und Fleischrationen drastisch gesenkt worden, was den Sicherheitsdienst der SS einen Stimmungsumschwung befürchten ließ.<sup>97</sup> Ferner wurde wieder in Worten und diesmal symbolisch mit der Überreichung der Ehrengabe an die Verwundeten die Einheit mit den Soldaten an der Front beteuert, der die Heimatfront nur mit gleichem (Arbeits-)Einsatz gerecht werden könne. Des Weiteren wurde stärker als 1941 Siegesgewissheit verbreitet und dem Führer die Treue geschworen. Auch wurde in vielfältiger Weise der Kreis Saybusch als altes deutsches Land präsentiert, das für das Deutschtum wiederzugewinnen sei. Ein rassebewusstes Bauerntum stehe hier erfolgreich auf Vorposten.

### *1943: Die Aufmerksamkeit für das Fest schwindet*

Kurz vor dem Erntedanktag am 3. Oktober 1943 sorgte Landesbauernführer Elsner in der Presse wieder für eine günstige Stimmung.<sup>98</sup> Die Ernteerträge im Gau Oberschlesien seien wesentlich gesteigert worden und das Landvolk

---

97 Corni und Gies, Brot, Butter, Kanonen (wie Anm. 42), S. 562f. Die von Göring angekündigte Erhöhung fiel eher gering aus und wurde im Frühjahr 1943 wieder rückgängig gemacht. Ebd., S. 564 und 566.

98 Das Landvolk sichert unsere Ernährung. In: OZ, 2.9.1943.

habe die Größe der Bedeutung seiner Arbeit für die Erringung des Endsieges erkannt. Wenige Tage vorher war das Saybuscher Erntedankfest in der Oberschlesischen Zeitung als größeres Fest angekündigt worden.<sup>99</sup> Wiederum stehe „der große Festzug“ im Mittelpunkt der Veranstaltungen. Als Beteiligte wurden genannt: „die Partei mit ihren Gliederungen, bäuerliche Reitertrupps, 60 verschiedene Festwagen und Gruppen und die Umsiedler und Landdienst-Abteilungen des Kreises“. Der Festzug ende auf dem Ringplatz. Dort sollten der Gauamtsleiter für das Landvolk (Oberbereichsleiter Rudolf Klieber) und der Kreisleiter (Oberbereichsleiter Eduard Pannenberg) sprechen. Danach werde auf dem Sportplatz an der Sola eine „bäuerliche Festwiese“ und abends eine Aufführung des Bielietzer Stadttheaters von Heinz Stegueweits Stück „Junger Wein in alten Schläuchen“ stattfinden.<sup>100</sup> Ausdrücklich wurde die Bevölkerung des Kreises und der Nachbarkreise zur Teilnahme eingeladen.

Wegen fehlender Zeitungsberichte und Fotos vermute ich eine gesunkene Aufmerksamkeit und geringere Teilnehmerzahl im Vergleich zum Fest 1942. Hierfür lassen sich weitere Gründe anführen: Erstens war 1943 Kreuzburg (Kluczborok) als Hauptort für die Veranstaltung des Gau-Erntedankfestes bestimmt worden. Zweitens waren mit der Ausrufung des „totalen Krieges“ die Ressourcen knapper geworden. Jedenfalls berichtete die Oberschlesische Zeitung nicht mehr über den Verlauf des Festes in Saybusch, sondern nur noch über ein Begleitereignis.<sup>101</sup> „Anlässlich des Erntedankfestes“ war in Wengierska Gorka (Węgierska Górka) die Kreisführerschule der NSDAP eröffnet worden.<sup>102</sup> Mit ziemlicher Sicherheit fiel das Fest entschieden kleiner aus. So gibt es zwar von der Schuleröffnung am Samstag und der Feier

---

99 Notiz unter Rubrik: Oberschlesien von Tag zu Tag. In: OZ, 28.9.1943; Das Saybuscher Erntedankfest. In: OZ, 29.9.1943. – Kreuzburg galt trotz des hälftigen polnischen Bevölkerungsanteils als eher unproblematische Stadt. Im März 1921 hatten über 95 % der Stimmberechtigten für Deutschland votiert.

100 Junger Wein in alten Schläuchen. Ein rheinisches Volksstück (Leipzig: Dietzmann, 1941). Steguweit (1897–1964) hatte trotz schwerer Verletzung im Ersten Weltkrieg weiter gekämpft und galt auch wegen seiner Stücke als „Dichter der Frontgeneration“. Er wurde am 1.5.1933 Parteimitglied und 1934 Landesleiter der Reichschrifttumskammer im Gau Köln-Aachen. [http://deacademic.com/dic.nsf/de\\_wiki/597553/Heinz\\_Steguweit](http://deacademic.com/dic.nsf/de_wiki/597553/Heinz_Steguweit), zuletzt eingesehen am 9.12.2017.

101 Auch anderweitig konnte ich bisher keine Berichte auffinden.

102 Die 5. Kreisschulungsborg im Gau eröffnet. In: OZ, 8.10.1943. Vgl. die Fotos AP Katowice, Oddz. Bielsko-Biała (früher: Oddz. Żywiec), ZJ-495/14, Vs., Nr. 326–342, 3. Erntedankfest 1943, 7/43, Eröffnung der Kreis-Führerschule der NSDAP in Wengierska-Gorka, 2.10.43, und ebd., ZJ-495/14, Rs. Nr. 362–387, Kreisführerschule in Wengierska Gorka, 8/43.

in der Stadthalle am Samstagabend Fotos,<sup>103</sup> jedoch nicht vom Festzug, der Feier auf dem Ringplatz und der Festwiese.

#### 4. Saybuscher Erntedankfeste: der „schöne Schein“ der Germanisierung

##### *Das Erntedankfest als Fest der „Volksgemeinschaft“*

Die Nationalsozialisten verwandten auch im kulturellen Bereich häufig bekannte Formen und füllten sie mit ihren ideologischen Inhalten. Hierzu eigneten sich Feste wegen des Massencharakters und des damit verbundenen Gemeinschaftserlebnisses ganz besonders. Hinzu kam die meist positive Konnotation von Festen. Alle diese Punkte trugen dazu bei, dass die Propaganda umso besser greifen konnte. Bereits unmittelbar nach der Machtübertragung im Reich instrumentalisierten die Nationalsozialisten das Erntedankfest für ihre Ideologie der Volksgemeinschaft, so dass wenige Jahre später ein Propagandist konstatierte:

„Der Nationalsozialismus legte verschüttetes Brauchtum frei, ließ die Quellen volkstümlicher Brauchtumsgestaltung wieder reiner und voller fließen und tat noch ein weiteres: er verwirklichte die Volksgemeinschaft unter der Erntekrone. Was bisher nur das Fest *eines* Standes war, das günstigstenfalls jedes Dorf für sich feierte, wurde nun zur Kundgebung des gesamten Volkes.“<sup>104</sup>

Feste stehen in starkem Gegensatz zum Alltag, nehmen diesen aber auf und wirken wieder auf diesen zurück. Wenn man allgemein vom Fest als „Moratorium des Alltags“<sup>105</sup> spricht, so trifft dies auf die Erntedankfeste im Nationalsozialismus allenfalls oberflächlich zu. Wenn auch ihre Ästhetisierung und die Masseninszenierung den „schönen Schein“<sup>106</sup> der „Volksgemeinschaft“ zu vermitteln suchten, so trog dieser Schein schnell. Militärische Ausdrucksformen, die einen festen Bestandteil der Erntedankfeste bildeten, betonten den kämpferischen Charakter des Regimes und garantierten zugleich Disziplinierung und Formierung der Menschen zur

103 Vgl. Fotos von der Festveranstaltung in der Stadthalle AP Katowice, Oddz. Bielsko-Biała (früher: Oddz. Żywiec), ZJ-495/14, Vs., Nr. 343–358, 3. Erntedankfest 1943, 7/43.

104 Jarosch, Erntebrauch und Erntedank (wie Anm. 16), S. 90 (Hervorh. im Orig. gesperrt gedruckt).

105 Marquardt, *Odo: Moratorium des Alltags. Eine kleine Philosophie des Festes*. In: Haug, Walter u.a. (Hg.): *Das Fest (Poetik und Hermeneutik, 14)*. München 1989, S. 684–691.

106 Reichel, *Der schöne Schein* (wie Anm. 7).

„Volksgemeinschaft“.<sup>107</sup> Die starke Kontrolle und Ritualisierung des Festes durch die Partei, besonders gut sichtbar in der hohen Zahl der uniformierten Teilnehmer und der straffen Organisation des Umzugs, ließen keine privaten Initiativen zu. Will man trotz der Einschränkung jeglicher Spontaneität vom Rauschhaften dieses Fests sprechen, so handelte es sich um einen gelenkten Rausch mit hohem Gewaltpotenzial, der auf die scharfe Trennung des Eigenen vom Fremden, des „Deutschen“ vom „Fremdvölkischen“, abzielte.

Suchte die SS und vor allem das Amt Rosenberg das vermeintlich Germanische an deutschen Festen und Bräuchen herauszuarbeiten und zu betonen, so nahm das Propagandaministerium eine vorwiegend instrumentelle Haltung dazu ein. Feste, Bräuche und alltagskulturelle Erscheinungen formte das NS-Regime in seinem Sinne um und nutzte sie zur Vermittlung der NS-Ideologie. Dies betraf vor allem den Volksgemeinschafts- und Führergedanken. Zeichnete sich der erste durch die radikale Exklusion alles „Undeutschen“ aus, so der zweite durch eine strikte Hierarchisierung der Gesellschaft. Legitimiert wurde dies mit dem Recht des Stärkeren. Nach 1939 erfuhr die Volksgemeinschaftsideologie wie auch der Erntedanktag eine noch stärkere kriegerische Ausrichtung.<sup>108</sup> Für das Regime galt es, die Ernährungslage abzusichern, weshalb immer wieder die Leistungen der bäuerlichen Bevölkerung gelobt, aber sie auch zu noch stärkeren Anstrengungen aufgefordert wurde. Ferner wurde vor Defätismus gewarnt und Siegesgewissheit verbreitet. Begründet wurde dies mit der Verpflichtung gegenüber dem Führer und den Soldaten an der Front.

Zudem bot sich das Erntedankfest auch zur Implementierung der Germanisierung in den besetzten Gebieten an. Ziel war hierbei nicht nur die Germanisierung der vom Nationalsozialismus unterworfenen Menschen, sondern auch des geografischen Raums, auf dem sie lebten. Hierfür steht die Rede von „Blut und Boden“ als *dem* Ideologem für die NS-Landschaftsidee, deren ideale Verkörperung der „Siedler“ war.<sup>109</sup> Dabei empfahl sich das Erntedankfest besonders für Gebiete, die eine deutsch-bäuerliche Prägung erhalten sollten. Da den „Fremdvölkischen“ eine Teilnahme verboten war, zog es eine klare Trennlinie, die auch in der Festperformanz sichtbar wurde. So spiegelten sich in dem Fest Inklusion und Exklusion. Hier wurde bestimmt, wer zur „Volksgemeinschaft“ dazugehörte und wer nicht. Darüber können auch teil-

<sup>107</sup> Reichel, *Der schöne Schein* (wie Anm. 7), S. 115.

<sup>108</sup> Schellack, *Nationalfeiertage* (wie Anm. 6), S. 339, nach dem der Verlauf und die inhaltliche Gestaltung des Tages sich am Kriegsgeschehen orientierte, und er der Vermittlung der Kriegspropaganda diene.

<sup>109</sup> Trepl, *Ludwig: Die Idee der Landschaft. Eine Kulturgeschichte von der Aufklärung bis zur Ökologiebewegung*. Bielefeld 2012, S. 189–213.

weise pragmatische Vorgehensweisen, wie sie aus Saybusch berichtet werden, nicht hinwegtäuschen.

### *Germanisierung der Bevölkerung*

Mit dem Erntedankfest wurde die deutsche „Volksgemeinschaft“ gottesdienstgleich zelebriert und das Zusammengehörigkeitsgefühl der Teilnehmer gestärkt und sie auf ihre völkische Aufgabe eingeschworen. Dies betraf vor allem zwei Zielgruppen: die Landdienstler und den weiblichen Arbeitsdienst einerseits und die Umsiedler andererseits. Sie bildeten nicht nur eine erwünschte massenhafte Festkulisse, sondern waren die Hauptadressaten der NS-Indoktrination und sollten vorrangig als Multiplikatoren der NS-Ideologie in den Dörfern des Kreises wirken. Dazu wurde auf dem Fest den Landdienstlern und den teilweise marginalisierten Umsiedlern eine besondere Wertschätzung suggeriert und eine Chance zur Präsentation ihrer Person und ihrer Arbeit geboten.

Bei dem Erntedankfest kam eine weitere wichtige Funktion zum Tragen, nämlich die indirekte Aufforderung an die Umsiedler und andere Deutsche, die Beziehungen zu Polen auf ein Mindestmaß zu reduzieren.<sup>110</sup> Ferner sollte der polnischen Bevölkerung ihre eigene Ohnmacht und die Allmacht des Dritten Reiches demonstriert werden. Diejenigen Polen, die gemäß den rassistischen Kriterien der NS-Ideologie für eine „Rückgewinnung zum Deutschtum“ in Frage kamen, wurden mehr oder weniger zur Kollaboration gezwungen. Kollaboration hieß konkret die Antragstellung auf Eintrag in die Deutsche Volksliste. Wer hier jedoch in die prekären Gruppen, nämlich die Abteilungen 3 und 4 eingeordnet worden war, stand unter dem Druck, sich permanent als Deutscher bewähren zu müssen. Die Alternative zur Kollaboration hieß Vertreibung, was ja bereits vorexerziert worden war und deren Fortsetzung Gauleiter Bracht 1941 angekündigt hatte.

### *Germanisierung des Raumes*

Das Erntedankfest wirkte sich auch auf die räumliche Dimension der Gesellschaft des besetzten Kreises Saybusch aus. Geografische Räume sind nicht nur als Orte oder Rahmungen von Ereignissen oder gesellschaftlichen Entwicklungen zu betrachten, sondern auch als Ergebnisse gesellschaftlicher Produktions- und Konstruktionsprozesse, wie sie sich etwa in kulturel-

---

110 *Dobosz*, *Wojna na ziemi żywieckiej* (wie Anm. 46), S. 84. Sofern die Polen nicht vertrieben worden waren, arbeiteten viele auf den von Umsiedlern besetzten Höfen. Zur sprachlichen Assimilierung bei Umsiedlerkindern vgl. *Entwicklung, Organisation, Arbeitsleistung* (wie Anm. 34), S. 93.

len Praktiken oder differenten Raumvorstellungen widerspiegeln.<sup>111</sup> Mit der Begründung des NS-Erntedankfestes in der Kreishauptstadt Saybusch wurde der Kreis ein weiteres Mal als „Vorposten“ und „Bollwerk des Deutschtums“ ausgewiesen. Durch die Reden, aber auch durch die Präsentation der Standarten der einzelnen NSDAP-Ortsgruppen sowie die zahlreichen Wagen und Fußgruppen aus dem gesamten Kreis und nicht zuletzt die Propagierung dieses Festes über den Kreis hinaus wurde die Germanisierung dieses Raumes unterstrichen. Besonders augenfällig wurde die Intention durch die sichtbare Verwendung deutscher Ortsnamen auf den Wagen des Festzuges. Ferner haben die Besucherinnen und Besucher des Festes das dort Erlebte und die dort vermittelte Botschaft in „ihre“ Dörfer getragen und in ihren Alltag und ihr Handeln integriert. Das aber half mit, die neuen, okkupierten Wohnorte als „deutsche Heimat“ zu beanspruchen.

Mit dem Erntedankfest instrumentalisierte der Nationalsozialismus für seine Politik ein farbenfrohes Fest mit lang eingeübter, teils religiös gebundener Tradition, das einen prominenten Ort im Jahresfestkalender einnahm. Der Erfolg dieser Instrumentalisierung beruhte nicht zuletzt auf dem „schönen Schein“ des Festes, der als Dekoration des menschenverachtenden NS-Regimes fungierte. So gelang es dem NS-Regime, die Germanisierung von Bevölkerung und Raum mittels des Erntedankfestes auch an prominenter Stelle im kulturellen Bereich zu verankern. Daher ist dieses Fest im Saybuscher Kontext – was auch für andere Orte der eingegliederten Ostgebiete zutreffen dürfte – als *das* Germanisierungsfest schlechthin zu bezeichnen.

---

111 Rau, Susanne: Räume. Konzepte, Wahrnehmungen, Nutzungen. Frankfurt am Main u.a. 2013, S. 11.

## Streszczenie

*Hans-Werner Retterath*

### Dożynki w Żywcu (Saybusch) w latach 1941–1943. Germanizacja ludności i przestrzeni poprzez festyny

Tysiące Niemców z Galicji i Bukowiny zostało od jesieni 1940 r., po zajęciu Polski przez Niemcy, przesiedlonych do wcześniejszego polskiego powiatu Żywiec (który był częścią „pasu wschodniego“). Ta zazwyczaj wiejska ludność została umieszczona – o ile nie pozostawała w lagrach – w domach i zagrodach poprzednio wysiedlonych Polaków. Zgodnie z ideologią nazistowską, „chłopstwo“ jako „źródło siły ludu“ miało stanowić podstawę do germanizacji tego obszaru i jego ludności. Jednocześnie stało za tym szczególnie istotne w obliczu wojny zagwarantowanie produkcji żywności.

Przekaz i wdrażanie tej ideologii oraz wytycznych ekonomicznych odbywały się na wiele sposobów: przemocą poprzez egzekucje wskutek wyroku sądowego i bez niego, oraz na linii podświadomej, za pomocą „łagodnej“ propagandy, chociażby poprzez „piękny blask“ festynów. Jedną z tych z pewnością najbardziej znaczących ludowych uroczystości były odbywające się trzykrotnie w Żywcu dożynki. Przy tym w roku 1942 odbyły się tu główne dożynki całego regionu górnośląskiego. Festyny były w pierwszej linii manifestacją siły władzy reżimu NS. Przy tej okazji skłaniano niemieckich chłopów do wydajności produkcji poprzez pochwałę, polskich zaś (Żydzi zostali już zamknięci w gettach, lub zgładzeni) przy pomocy gróźb i przymusu. Dalszym celem tych ludowych festynów była chęć pozyskania sobie niemieckich „przesiedleńców“, pracowników wiejskich i żeńskich służb pracy. Wpajano im dumę ze swojej niemieckości i w zależności od płci indoktrynowano jako przyszyłych chłopów „obronnych“. Wiązało się z tym postrzeganie Polaków, a szczególnie Żydów, jako ludzi mało wartościowych, i jako takich odgradzanie ich od wyżej opisanych poprzez ukrócenie kontaktów społecznych. Wynikiem sloganu nazistowskiego „krew i ziemia“ było germanizowanie nie tylko ludzi, lecz również przestrzeni. Należało do tego propagowanie niemieckich nazw miejscowości, określanie ziem jako niemieckich przy okazjach uroczystych przemówień i zaangażowanie nowych mieszkańców tych ziem w postrzeganie ich jako „niemieckiej ojczyzny“. W tym świetle dożynki w Żywcu ukazują się jako jeden z najważniejszych festynów germanizacyjnych.



*Lukasz Iluk*

## Das deutsche Amtsgericht in Saybusch und seine Urteile aus den Jahren 1939–1945

### *Zielsetzungen*

Im folgenden Beitrag wird zunächst die Einführung des deutschen Rechts in den eingegliederten Ostgebieten, zu denen auch der Landkreis Saybusch gehörte, behandelt. Vor diesem Hintergrund werden ausgewählte Rechtsprechungen der Strafrechtsabteilung des Amtsgerichts Saybusch dargestellt.<sup>1</sup> Bei dieser Gelegenheit werden die deutschen Gerichtsaktenbestände im Archiwum Państwowego w Katowicach, Oddział w Bielsku-Białej (Staatsarchiv in Katowice, Abteilung in Bielsko-Biala; abgekürzt: AP Katowice, Oddz. Bielsko-Biala) kurz charakterisiert. Daraus lassen sich auch interessante Erkenntnisse über den Kriegsalltag im besetzten Landkreis aus der Sicht der Verfasser der Gerichtsakten herauslesen.

### *Die Einführung des deutschen Rechts in den eingegliederten Ostgebieten*

Mit dem Erlass über die Gliederung und Verwaltung der Ostgebiete vom 8. Oktober 1939 wurde der Landkreis Żywiec in das Deutsche Reich mit deutscher Verwaltung eingegliedert und gehörte von 1941 bis Kriegsende zur Provinz Oberschlesien. Die Bezeichnung „eingegliederte Ostgebiete“ suggeriert, dass sie politisch neutral ist. Nach Gerhard Werle impliziert sie jedoch konkrete nationalsozialistische Zielsetzungen:

„Unter ‚Eingliederung‘ wurde entsprechend den Zielen der nationalsozialistischen Führung ‚Eindeutschung‘ verstanden, nämlich der ‚Sieg des Deutschtums über das feindliche Polentum‘. Die nationalsozialistische Volkstumspolitik, allgemein charakterisiert als ‚Schutz und Förderung des eigenen und Abwehr des fremden Volkstums‘, duldete nach den Vorstellungen der Führung im Falle des ‚Polentums‘ kein friedliches Nebeneinander. Nach Hitlers schon 1928 geäußerten Zielsetzungen durfte der ‚völkische Staat ... unter gar keinen Umständen Polen mit der Absicht annectieren, aus ihnen eines Tages Deutsche machen zu wollen‘. Die völkische Auffassung könne im ‚unterworfenen, sogenannten germanisierten ... Polen niemals

---

1 Żywiec wurde mit dem unveröffentlichten Erlass vom 29.12.1939 in Saybusch umbenannt. Dieser Stadtname galt bis 1918 unter österreichischer Besatzung.

eine nationale oder gar völkische Stärkung<sup>2</sup>, sondern nur eine ‚rassische Schwächung‘ des Deutschtums erblicken. Deshalb komme im Fall einer Annexion polnischer Gebiete nur der Entschluß in Frage, ‚entweder diese rassistisch fremden Elemente abzukapseln, um nicht das Blut des eigenen Volkes immer wieder zersetzen zu lassen, oder ... sie überhaupt kurzerhand (zu) entfernen und den dadurch freigewordenen Boden den eigenen Volksgenossen zu überweisen‘. Die ‚Entfernung‘ der Polen aus den eingegliederten Ostgebieten wurde im Krieg (noch) nicht durchgeführt, die ‚Abkapselung‘ der Polen aber energisch angestrebt: Das Sonderrecht war sichtbarer Ausdruck dieses Vorhabens.“<sup>2</sup>

Eine erste Verschärfung des Rechts gegenüber Polen sanktionierten der Erlass zur Festigung deutschen Volkstums vom 7. Oktober 1939 sowie die Verordnung über die Deutsche Volksliste und die deutsche Staatsangehörigkeit in den eingegliederten Ostgebieten vom 4. März 1941, in der Deutsche und Polen im völkischen Sinne voneinander unterschieden wurden.<sup>3</sup> Diejenigen, die nach Maßgabe der Deutschen Volksliste keine Deutschen waren, erhielten den Sonderstatus der Schutzangehörigen.<sup>4</sup> Dieser Status sanktionierte die ethnische Diskriminierung. Auf der Grundlage der Verordnung über das Sonderstrafrecht im Kriege und bei besonderem Einsatz vom 17. August 1938 und der Verordnung über die Verfolgung der vor dem 1. September 1939 in den von deutschen Truppen besetzten polnischen Gebieten begangenen strafbaren Handlungen vom 1. Oktober 1939 wurden bereits in den ersten Kriegstagen im besetzten Polen Sondergerichte gegründet. Das deutsche Strafrecht wurde mit der Verordnung über die Einführung des deutschen Strafrechts in den eingegliederten Ostgebieten vom 6. Juni 1940 etabliert.<sup>5</sup> In dessen Artikel II wurden für Polen verschärfte

2 Zit. nach *Werle, Gerhard*: Justiz-Strafrecht und polizeiliche Verbrechensbekämpfung im Dritten Reich. Berlin, New York 1989, S. 356f. – Zum gesamten Themenbereich vgl. *Becker, Maximilian*: Mitstreiter im Volkstumskampf. Deutsche Justiz in den eingegliederten Ostgebieten 1939–1945. München 2014.

3 Dazu müssen auch die sogenannten Polen-Erlasse vom 8.3.1940 gezählt werden, mit denen per Polizeiverordnungen ein Sonderrecht für Polen geschaffen wurde: Polizeiverordnung über die Kenntlichmachung im Reich eingesetzter Zivilarbeiter und -arbeiterinnen polnischen Volkstums vom 8.3.1940. In: Reichsgesetzblatt (RGBl.) I 1940, S. 555–556. Vgl. auch <http://www.bundesarchiv.de/zwangsarbeit/dokumente/texte/00353/>, zuletzt eingesehen am 20.1.2017.

4 *Werle*, Justiz-Strafrecht und polizeiliche Verbrechensbekämpfung (wie Anm. 2), S. 376.

5 Ausführliches zur Einführung des NS-Rechts in den eingegliederten Ostgebieten in *Konieczny, Alfred*: Pod rządami wojennego prawa karnego trzeciej Rzeszy. Górny Śląsk 1939–1945 [Unter dem Kriegsstrafrecht des Dritten Reichs. Oberschlesien 1939–1945]. Warszawa 1972, S. 83–195.

Vorschriften eingeführt, wonach Gewalttaten gegen Angehörige deutscher Dienststellen, Beschädigungen von behördlichen Einrichtungen, Aufrufe zu Ungehorsam gegen Anordnungen, Brandstiftungen sowie Planung solcher Handlungen oder Mitwisserschaft mit dem Tode zu bestrafen waren.

In der Staatsarchiv-Abteilung Bielsko-Biała befindet sich ein Schriftstück Roland Freislers, des Staatssekretärs im Reichsjustizministerium, vom 1. Dezember 1939, Aktenzeichen: 3200/4 - Ia9 2263, in dem die Verfahrensweise in den noch vor polnischen Gerichten anhängigen Sachen folgendermaßen festlegt wurde:

„1. Den Beteiligten ist es unbenommen, ohne Rücksicht auf ein früheres Verfahren vor polnischen Gerichten ein neues Verfahren bei den deutschen Gerichten anhängig zu machen.

2. Es besteht aber auch die Möglichkeit, Anträgen auf Fortsetzung derjenigen Verfahren, die von den ehemals polnischen Gerichten nicht rechtskräftig erledigt sind, stattzugeben. Hierzu ist die Zustimmung des deutschen Gerichts erforderlich, die zu erteilen ist, wenn die Aufnahme des alten Verfahrens sachdienlich ist und die Rechtssache nicht bereits anderweitig bei den deutschen Gerichten anhängig geworden ist.

3. Zuständig ist das deutsche Gericht, das dem zuletzt mit der Sache befassten polnischen Gericht entspricht, wobei den [poln.] Amtsgerichten, Arbeitsgerichten sowie Kaufmanns- und Gewerbegerichten die [deut.] Amtsgerichte, den [poln.] Bezirksgerichten die [deut.] Landesgerichte, den [poln.] Appellationsgerichten und dem Obersten Gericht die [deut.] Oberlandesgerichte entsprechen.

4. Für die Fortsetzung des Verfahrens ist regelmäßig der Stand vor der Aufnahme maßgebend. Das Gericht ist aber befugt, anzuordnen, dass das Verfahren nur nach dem einer früheren Instanz entsprechenden Stande fortgeführt werden darf.

5. Kostenrechtlich ist die aufgenommene Rechtssache als neues Verfahren zu behandeln.

6. Der Verfahrensrechtzug richtet sich nach der Vereinfachungsverordnung vom 1.9.1939 – RGBl. I, S. 1658 –.“<sup>6</sup>

---

6 Anlage zum Schreiben des Landgerichtsdirektors Reichenbach, Kattowitz, an die Amtsgerichte, 6.3.1940, Az. [Aktenzeichen] 320 I – 1 – 80, betreffend die bürgerliche Rechtspflege in den eingegliederten Ostgebieten, AP Katowice, Oddz. Bielsko-Biała, 13/914/5.

Hiernach sollten in bestehenden dringenden Fällen die noch vor polnischen Gerichten anhängig gebliebenen Prozesse bei den dafür geeigneten deutschen Gerichten fortgesetzt werden.

Am 17. April 1941 übersandte der Staatssekretär im Reichsjustizministerium Franz Schlegelberger dem Chef der Reichskanzlei den Entwurf der „Polen-Strafrechtsverordnung“ mit folgender Begründung:

„Nachdem ich von der Willensäußerung des Führers Kenntnis erlangt hatte, dass die Polen (und wohl auch die Juden) auf strafrechtlichem Gebiete grundsätzlich anders wie die Deutschen zu behandeln sind, habe ich nach vorbereitenden Besprechungen mit den Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälten der eingegliederten Ostgebiete den anliegenden Entwurf über die Strafrechtspflege gegen Polen und Juden in den eingegliederten Ostgebieten und im Gebiet der ehemaligen freien Stadt Danzig aufgestellt.

[...] Das Strafverfahren aufgrund des Entwurfs wird danach durch höchste Schnelligkeit, gepaart mit sofortiger Vollstreckbarkeit des Urteils, gekennzeichnet sein und insoweit dem standesgerichtlichen Verfahren nicht nachstehen. Die Möglichkeit, in jedem geeigneten Fall schärfste Strafen anwenden zu können, wird die Strafrechtspflege in die Lage versetzen, an der Verwirklichung der politischen Ziele des Führers in den Ostgebieten tatkräftig mitzuwirken.“<sup>7</sup>

Am 4. Dezember 1941 wurde die Verordnung über die Strafrechtspflege gegen Polen und Juden in den eingegliederten Ostgebieten erlassen.<sup>8</sup> Unter Ziff. I Abs. 1 wird ein Gebot vorangestellt, wonach sich Polen und Juden entsprechend den deutschen Gesetzen und den für sie ergangenen Anordnungen der deutschen Behörden zu verhalten und alles zu unterlassen haben, was der Hoheit des Deutschen Reiches und dem Ansehen des deutschen Volkes abträglich ist. Unter Ziff. I Abs. 2, 3 und 4 werden Handlungen genannt, für die die Todesstrafe als Regelstrafe angeordnet wurde. Als Freiheitsstrafe galt das Straflager oder das verschärfte Straflager. Darin galten elf- bis zwölfstündige Arbeitszeiten, strenge Bestrafung bei „schlechter Leistung“ wie etwa Essensentzug, Arrest und sogar Prügel. Die Lebensbedingungen in den verschärften Straflagern ähnelten denen in Konzentrationslagern. Schwerstarbeit, Vernichtung durch Arbeit, willkürliche Gewalt und Folter standen auf Tagesordnung. Nach Angaben des Bundesarchivs zum Stichwort

---

7 Zit. nach von Alten, Hennig: Recht oder Unrecht? Der Verwaltungsrechtsstreit des Staatssekretärs a.D. Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Schlegelberger um seine beamtenrechtlichen Versorgungsbezüge. Norderstedt 2009, S. 68 und 69.

8 RGBI. I 1941, S. 759–761 (kurz: Polenstrafrechtsverordnung).

Haftanstalten und Straflager der Justiz (Deutsches Reich) ist mit Beginn des Krieges die Anzahl der ausländischen Häftlinge in den Justizhaftanstalten stark angestiegen, wobei polnische Strafgefangene zeitweilig die größte Gruppe unter den nichtdeutschen Häftlingen bildeten.<sup>9</sup>

In Ziff. IV bis XII wurde das prozessuale Recht festgelegt, das alle Legalitätsprinzipien durchbrochen hatte: Urteile gegen Polen und Juden waren sofort vollstreckbar, Privat- und Nebenklagen blieben Polen und Juden versagt, Festnahmen und Inhaftnahmen waren ohne besondere Haftgründe zulässig, die Möglichkeit der Verteidigung wurde eingeschränkt und mit der Zeit ins Ermessen des Gerichts gestellt. Zur Ausdehnung des Geltungsbereichs hieß es in Ziff. XIV Abs. 1:

„Die Vorschriften der Ziffern I bis IV dieser Verordnung gelten auch für Polen und Juden, die am 1. September 1939 im Gebiet des ehemaligen polnischen Staates ihren Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt gehabt und die Straftat in einem anderen Gebiet des Deutschen Reiches als in den eingegliederten Ostgebieten begangen haben.“<sup>10</sup>

Die Regelungen in Ziff. I bis III reichten den nationalsozialistischen Juristen offenbar nicht, denn mit der von Schlegelberger unterzeichneten Verordnung vom 31. Januar 1942 wurde das Polenstrafrecht ergänzt und die Rückwirkung der neuen Straftatbestände auf Taten angeordnet, die vor Inkrafttreten der Polenstrafrechtsverordnung und sogar im ehemaligen polnischen Staatsgebiet begangen worden waren.<sup>11</sup>

Die Polenstrafrechtsverordnung stellte nach der Auffassung von Dietmut Majer „das erste und abschreckendste Beispiel eines offenen Sonderstrafrechts für ‚Fremdvölkische‘ (Polen und Juden) und damit in der modernen Rechtsgeschichte ein absolutes Novum dar“, womit man „eklatant nicht nur gegen völkerrechtliche Grundsätze, sondern auch in Formulierung, Aufbau, Tatbestandstypik und Inhalt gegen das damalige innerdeutsche Strafrecht, insbesondere gegen die Grundsätze *nulla poena sine lege* [Hervorhebung L. Iluk], des Schuldstrafrechts, der Straftaten und des Strafrahmens, u.a.m.“ verstoßen hatte. „Der offenkundige Zweck der VO [Verordnung] war nicht die Aufrechterhaltung der Ordnung, sondern Abschreckung und Vernichtung.“ Die Polenstrafrechtsverordnung erwies

---

9 Vgl. Haftanstalten und Straflager der Justiz (Deutsches Reich), <https://www.bundesarchiv.de/zwangsarbeit/haftstaetten/index.php?tab=23>, zuletzt eingesehen am 18.1.2017.

10 Polenstrafrechtsverordnung (wie Anm. 8), S. 760.

11 RGBl. I 1942, S. 52.

sich ihrer Meinung nach „als politisches *Kampfinstrument* zur Vernichtung des rassistischen und politischen Gegners“. <sup>12</sup> Nach dem Urteil von Eberhard Schmidt stellte diese Verordnung ein herausragendes Beispiel für die „Entfesselung nationalsozialistischer Brutalität“ dar, weil ihre gehäuften Todesstrafandrohungen „an Härte alles“ übertroffen hätten. <sup>13</sup> Nach der Polenstrafrechtsverordnung war nicht die Straftat als solche zu bestrafen, sondern die mit ihr vollzogene Gehorsamsmissachtung, zu deren Befolgung alle Polen und Juden strikt verpflichtet waren. <sup>14</sup> Bei der Strafzumessung spielte die Erfüllung einzelner Tatbestandsmerkmale eine untergeordnete Rolle. Entscheidend war das vom Richter subjektiv empfundene Maß der verletzten Gehorsamspflicht.

In der „Führerinformation Nr. 92“ aus dem Jahre 1942 wird angegeben, dass lediglich im ersten Halbjahr 1942 und nur gegen Polen aufgrund der Polen-Strafrechtsverordnung 530 Todesurteile ergangen sind. Die genannten Ursachen dafür waren sogenannte Kriegsdelikte wie etwa:

- Rundfunkverbrechen (zwei Fälle),
- Schwarzschlachtungen (20 Fälle),
- Schiebungen mit Kleiderkarten (zwei Fälle),
- Amtsanmaßungen (zwei Fälle),
- Aufsässigkeiten gegen deutsche Dienstherrn (14 Fälle),
- Schädigungen des Wohls des deutschen Volkes (unter anderem Geschlechtsverkehr mit deutschen Frauen) (zehn Fälle). <sup>15</sup>

Obwohl es keine eingehenden Erhebungen dazu gegeben hat, glaubt von Alten, dass die tatsächliche Anzahl von Todesurteilen gegen Polen viel höher anzusetzen sei. Diese Vermutung stützen u.a. die Untersuchungen von Wiktor Lemiesz, aus denen hervorgeht, dass die errichteten Sondergerichte 1942 über 63.786 Polen und Juden, darunter 5.169 Jugendliche ein Urteil gefällt hatten. Über 930 Personen wurde eine Todesstrafe verhängt. 43.118 Personen wurden mit Straflager bestraft. 16.939 Personen hatten eine Geldstrafe zu

---

12 *Majer, Diemut*: „Fremdvölkische“ im Dritten Reich. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Rechtssetzung und Rechtspraxis in Verwaltung und Justiz unter besonderer Berücksichtigung der eingegliederten Ostgebiete und des Generalgouvernements. Fast unveränd. Neuaufl. Boppard am Rhein 1993, S. 746 und 747.

13 *Schmidt, Eberhard*: Einführung in die Geschichte der deutschen Strafrechtspflege. 3. Aufl. Göttingen 1965, S. 433. Vgl. bestätigend dazu *Werle*, Justiz-Strafrecht und polizeiliche Verbrechensbekämpfung (wie Anm. 2), S. 351.

14 Vgl. Ziff. I Abs. 1 der Polenstrafrechtsverordnung (wie Anm. 8).

15 Statistische Angaben nach *von Alten*, Recht oder Unrecht? (wie Anm. 7), S. 74.

zahlen.<sup>16</sup> Dietmut Majer spricht von 1.129 nachweisbaren Todesurteilen, die allein 1942 in den eingegliederten Ostgebieten vollstreckt wurden.<sup>17</sup> Alfred Koniecznys Untersuchungen weisen nach, dass das Sondergericht Kattowitz im Zeitraum 1939–1945 311 Todesurteile, davon 133 allein im Jahr 1942, verhängte.<sup>18</sup>

### *Die Errichtung deutscher Gerichte im Landkreis Saybusch*

Vor dem Kriege gab es in dem Landkreis drei erstinstanzliche Gerichte, sogenannte Burggerichte, in Żywiec, Milówka und Sucha. Diese waren dem zweitinstanzlichen Bezirksgericht Wadowice unterstellt.<sup>19</sup> Nach der militärischen Besetzung des Landkreises Anfang September 1939 wurde die Tätigkeit polnischer Gerichte eingestellt und an ihrer Stelle bereits im November deutsche Amtsgerichte in Żywiec und Milówka errichtet.<sup>20</sup> Die deutschen Gerichtsbezirke waren deckungsgleich mit den polnischen aus der Vorkriegszeit. Das dritte Gericht in Sucha wandelte man zu einer Filiale des Gerichts in Wadowice um. Die Tätigkeit des polnischen zweitinstanzlichen Bezirksgerichts in Wadowice (ab 29. Dezember 1939 Wadowitz) wurde eingestellt, da die Stadt dem Generalgouvernement zugewiesen wurde. Aus diesem Grunde wurde ein deutsches zweitinstanzliches Gericht, das sogenannte Landesgericht, in der größeren Nachbarstadt Bielsko (ab 29. Dezember 1939 Bielitz) errichtet, dessen Gerichtsbezirk auch den Landkreis Saybusch umfasste.<sup>21</sup>

Bielsko war vor dem Kriege das Zentrum der schlesischen Wollindustrie und des Textilmaschinenbaus. Aus dem vor dem Kriege zu Polen gehörenden Landkreis Bielsko und Teilen des Kreises Biała wurde Ende 1939 der Landkreis Bielitz gebildet. Die ethnische Struktur der Stadt spiegeln allenfalls annäherungsweise die Wählerlisten bei der Wahl zum polnischen Sejm (Parlament) von 1928 wider. So erhielten „deutsche“ Listen 64,5 %, „pol-

---

16 *Lemiesz, Wiktor*: Paragraf i zbrodnia [Paragraf und Verbrechen]. Warszawa 1963, S. 205–220.

17 *Majer*, „Fremdvölkische“ im Dritten Reich (wie Anm. 12), S. 790–791.

18 *Konieczny*, Pod rządami wojennego prawa karnego (wie Anm. 5), S. 205.

19 Wadowice ist heute wegen Papst Johannes Paul II. bekannt geworden, der dort geboren und bis zum Abitur zur Schule gegangen ist.

20 Beide Amtsgerichte sind in der folgenden Anordnung des Reichsjustizministers hinsichtlich der Aufhebung des zweitinstanzlichen Bezirksgerichts in Wadowice namentlich erwähnt. Schreiben des Reichsministers der Justiz, Berlin, 1.12.1939, Az. 3200-4-Ia9 2263, mit der Anlage: Gerichtsgliederung in den in die Provinz Schlesien eingegliederten Gebietsteilen, AP Katowice, Oddz. Bielsko-Biała, 13/914/5.

21 Vgl. ebd.

nische“ 20,8 % und „jüdische“ 14,7 % der Stimmen.<sup>22</sup> 1943 lebten in der Stadt 51.207 Einwohner, davon waren 36.268 Deutsche (davon fast 7.000 Reichsdeutsche und Umsiedler), 14.490 Polen und 449 andere.<sup>23</sup> Der hohe Anteil der deutschen Bevölkerung ist damit zu erklären, dass Bielitz in der ehemaligen Monarchie Österreich-Ungarn als deutsche Sprachinsel von deutschnationalen Kreisen stark gefördert worden war.

Mit der Verfügung vom 24. Januar 1940 ordnete der Oberlandesgerichtspräsident in Breslau, Aktenzeichen Z 76 I – 1 – 3, an, dass die Arbeitsgerichte ihre Tätigkeit, sofern dies noch nicht geschehen sei, sofort aufnehmen sollten. Der Bezirk des Arbeitsgerichts Bielitz sollte u.a. die Amtsgerichtsbezirke Saybusch und Milowka umfassen. Am 9. Juni 1943 verfügte der Oberlandesgerichtspräsident in Kattowitz die Umwandlung des Amtsgerichts in Milowka (bis 1939 Milówka) zu einem Gerichtstagegericht des Amtsgerichts in Saybusch. Diese Statusänderung sollte eine vorläufige Vereinfachungsmaßnahme sein. Die Gerichtsverhandlungen wurden von nun an jeden Donnerstag abgehalten. Zum Amtsgericht Saybusch gehörte auch ein Gerichtsgefängnis, in dem Freiheitsstrafen bis zu zwei Wochen verbüßt werden konnten. Für die Ableistung von Freiheitsstrafen von zwei Wochen bis drei Monaten war das Gefängnis in Bielitz und für weitere Strafen das Gefängnis Wadowitz im Generalgouvernement bestimmt.<sup>24</sup>

### *Zu den deutschen Beständen im Staatsarchiv Katowice, Abteilung Bielsko-Biala*

Die Akten der deutschen Gerichte aus der Kriegszeit wurden zunächst im Archiv des Kreisgerichts Żywiec aufbewahrt. Dann wurden sie in den Jahren 1961, 1966 und 1968 vom Kreisarchiv Żywiec sukzessiv übernommen. Mit der Auflösung der späteren Abteilung Żywiec des Staatsarchivs Katowice gelangten auch die Gerichtsakten in dessen Abteilung Bielsko-Biala. Dort werden sie unter den Stichwörtern Amtsgericht Saybusch und Amtsgericht Milowka geführt. Die Bestände des Amtsgerichts Saybusch umfassen 179 Archiveinheiten, 6,2 laufende archivalische Meter, und die des Amtsgerichts Milowka 59 Einheiten, zwei laufende archivalische Meter. Die Bestände des Amtsgerichts Saybusch enthalten auch zehn Mappen mit Akten der Gerichtsgefängniskanzlei Saybusch. Die Akten aus dem Zeitraum

22 <http://eeo.uni-klu.ac.at/index.php?title=Bielsko-Bia%C5%82a>, zuletzt eingesehen am 19.12.2016. Die Angabe basiert auf der völkischen „Berechnung“ von *Kuhn, Walter*: Geschichte der deutschen Sprachinsel Bielitz (Schlesien). Würzburg 1981, S. 373.

23 *Kuhn*, Geschichte der deutschen Sprachinsel Bielitz (wie Anm. 22), S. 396.

24 *Konieczny*, Pod rządami wojennego prawa karnego (wie Anm. 5), S. 274.

1939–1943 sind gebunden, der Rest ungebunden in Form loser Blätter. Beide Bestände weisen beträchtliche Lücken auf. Es ist unbekannt, wann und unter welchen Umständen ein großer Teil des Archivmaterials verloren gegangen ist. Wahrscheinlich geht deren Verlust auf die Anfang 1945 drei Monate andauernden Kriegshandlungen um die Stadt Żywiec und die anschließende Plünderung des Gerichtsgebäudes zurück.

Aus der Sichtung der im Staatsarchiv aufbewahrten Akten geht hervor, dass die deutschen Amtsgerichte in Saybusch und Milowka Zivil- und als „minder schwer“ eingestufte Strafsachen polnischer und deutscher Staatsangehöriger, Vaterschafts- und Unterhaltsklagen, Erbschaftsklagen und Vormundenschaftssachen behandelten. Bei der Recherche nach einschlägigen Akten fiel die erstaunlich hohe Anzahl von Vaterschafts- und Unterhaltsklagen deutscher Bürger ins Auge. Darüber hinaus beurkundeten die Amtsgerichte auffallend zahlreiche Kirchenaustritte. Aus den geführten Gewerberegistern ist ersichtlich, wie polnische Unternehmen und Handwerksbetriebe liquidiert oder deutschen Umsiedlern systematisch übergeeignet wurden.

Für „schwerer“ eingestufte Straftaten waren nicht die Amtsgerichte, sondern die Sondergerichte zuständig, die durch massenhafte Verhängung von Todesstrafen, langjährigen Zuchthausstrafen oder Inhaftierungen in Konzentrationslagern wegen meist geringfügiger Delikte unrühmliche Bekanntheit erlangten. Das nächste Sondergericht hatte seinen Sitz in Kattowitz. Es wurde am 5. September 1939 errichtet und urteilte mit drei Spruchkörpern bis Januar 1945.<sup>25</sup> In diesem Zeitraum wurden vor diesem Sondergericht 3.786 Personen angeklagt.<sup>26</sup> In Bielitz wurde ein Sondergericht erst am 25. Juli 1942 mit einem Spruchkörper errichtet.<sup>27</sup>

### *Ausgewählte Rechtsprechungen der Strafrechtsabteilung am Amtsgericht Saybusch*

Im Folgenden zeige ich an ausgesuchten Beispielen, mit welchen Urteilen Zuwiderhandlungen von Polen und Deutschen gegen Gesetze und Verordnungen geahndet wurden. Zwecks Exemplifizierung wähle ich aus den Beständen des Staatsarchivs Katowice, Abteilung Bielsko-Biala, drei Strafbefehle und vier Urteile aus.<sup>28</sup>

---

25 Ausführliches zur Tätigkeit des Sondergerichts Kattowitz in ebd., S. 197–214.

26 Ebd., S. 199.

27 Ebd., S. 42.

28 AP Katowice, Oddz. Bielsko-Biala, 13/914/8 und 13/914/10.

### *Strafbefehl wegen Schwarzschlachtung im März 1940*

Zum Vergleich ziehe ich zunächst einen Strafbefehl heran, der am 24. Mai 1940, also noch vor der Einführung des deutschen Strafrechts, geschweige denn der Polenstrafrechtsverordnung, gegen einen ledigen Polen aus dem Dorf Koszarawa erlassen wurde.<sup>29</sup> Er wurde von der Staatsanwaltschaft beschuldigt, am 8. März 1940 ein Kalb geschlachtet zu haben, ohne vorher die nach dem Schlachtgesetz vorgeschriebene Anmeldung getätigt und ohne das Tier vor und auch nach der Schlachtung der vorgeschriebenen Untersuchung unterworfen zu haben. Damit wurde das Gesetz betreffend Schlachtvieh und Fleischbeschau von 1900 übertreten und somit der Vorfall als Zuwiderhandlung nach dem Schlachtsteuergesetz von 1934 in Verbindung mit der Reichsabgabenordnung von 1919 in der Fassung von 1931 behandelt. Als Beweismittel wurde das Geständnis des Angeklagten angegeben, dem höchstwahrscheinlich eine Anzeige vorausgegangen war. Als Strafe wurden 6,00 Reichsmark (sic!) und eine Ordnungsstrafe von 3,00 Reichsmark verhängt. Für den Fall, dass diese nicht beigetrieben werden konnten, wurden für die erste Strafe drei Tage (pro 2,00 Reichsmark ein Tag) und für die Ordnungsstrafe ein Tag Haft festgesetzt. Wie sich noch zeigen wird, war das eine wahrhaft milde Strafe.

Nach Inkrafttreten der Verordnung über die Strafrechtspflege gegen Polen und Juden in den eingegliederten Ostgebieten vom 4. Dezember 1941 ergingen allein im ersten Halbjahr 1942 20 Todesurteile gegen Polen wegen Schwarzschlachtungen, wie aus der „Führerinformation Nr. 92“ aus dem Jahre 1942 hervorgeht.<sup>30</sup> Auch bei Deutschen wurde dies zunehmend schärfer geahndet. Davon wurde auch der Saybuscher Volksdeutsche Josef Kwiatkowski, Gastwirt von Beruf, betroffen, weil er mutmaßlich illegal Schweine geschlachtet hatte.<sup>31</sup> Der mehrmaligen Schwarzschlachtung bezichtigt, wurde er am 25. Februar 1942 im Landgerichtsgefängnis Bielitz in Untersuchungshaft genommen und am 28. Juli 1942 vom Sondergericht I

29 Strafbefehl des Amtsgerichts Saybusch, 24.5.1940, Az. 5 Cs 34/40, AP Katowice, Oddz. Bielsko-Biala, 13/914/158. – Das Strafbefehlsverfahren ist im deutschen Recht ein vereinfachtes Verfahren ohne mündliche Hauptverhandlung zur Bewältigung der leichten Kriminalität durch einen schriftlichen Strafbefehl. Dagegen handelt es sich bei einem Strafurteil um eine schwerer wiegende Rechtsverletzung; dem Urteil geht immer eine mündliche Verhandlung voraus.

30 Angaben nach *von Alten*, *Recht oder Unrecht?* (wie Anm. 7), S. 74.

31 Nach *Dobosz, Stanislaw: Wojna na ziemi zywieckiej od kwietnia 1939 r. do kwietnia 1945 r.* [Der Krieg im Landkreis Żywiec vom April 1939 bis zum April 1945]. Żywiec 2004, S. 85, soll Kwiatkowski Wurstwaren beim Erntedankfest am 4.10.1942 in Saybusch verkauft haben, was wegen seiner Inhaftierung zu diesem Zeitpunkt nicht stimmen kann.

Kattowitz zum Tode verurteilt.<sup>32</sup> Möglicherweise wirkte sich für ihn zusätzlich negativ aus, dass er nur in Gruppe 4 der Deutschen Volksliste eingestuft worden war, und ein Exempel statuiert werden sollte. Nicht nur zur Information, sondern vor allem als Warnung an die Bevölkerung wurde die Nachricht über die Todesstrafe sowohl in der deutschsprachigen „Kattowitzer Zeitung“ (Abb. 1) als auch in dem polnischsprachigen „Dziennik Ogłoszeń Dla Ludności Polskiej [Bekanntmachungsorgan für die polnische Bevölkerung]“<sup>33</sup> veröffentlicht. Mit gleicher Absicht wurde die Vollstreckung des Urteils am 3. Dezember 1942 durch Aushang bekanntgegeben.<sup>34</sup>

### **Todesstrafe für Kriegswirtschaftsverbrecher**

Das Sondergericht I Kattowitz verurteilte in Bielitz den 39-jährigen Józef Kwiatkowski wegen Kriegswirtschaftsverbrechens und Steuerhinterziehung in Verbindung mit § 4 der Volksschädigungsverordnung zum Tode und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit. Der Angeklagte, der in Sanbusch als Gastwirt tätig war, hatte in der Zeit von April bis Dezember 1941 neun Schweine mit einem Gewicht von etwa 637 Kilogramm schwarzgeschlachtet und dadurch die Bedarfsdeckung gefährdet. Dieses Verbrechen an der deutschen Kriegswirtschaft hatte Kwiatkowski aus Eigennutz begangen, um sich durch die Schieberungen unter Ausnutzung der Kriegsverhältnisse zu bereichern. Das gesunde Volksempfinden hat daher als gerechte Sühne die Todesstrafe gefordert. x.

\* \* \*

Abb. 1: Kattowitzer Zeitung, 6. August 1942, Nr. 212

### *Strafbefehl wegen unbefugten Betretens der eingegliederten Ostgebiete*

Viele im Rahmen der „Aktion Saybusch“ in das Generalgouvernement ausgesiedelten Polen versuchten illegal nach Hause zurückzukehren. Einen solchen gelungenen Versuch beschreibt die in meiner Straße wohnende Irena Zyzak in ihren Memoiren.<sup>35</sup> Um die illegale Rückkehr zu unterbinden, ord-

32 AP Katowice, Sąd Specjalny w Katowicach [Sondergericht in Kattowitz], 134/1660.

33 Dziennik Ogłoszeń Dla Ludności Polskiej, Nr. 3, 8.8.1942, unpag., <http://dlibra.bs.katowice.pl/dlibra/publication?id=195980&tab=3>, zuletzt eingesehen 20.1.2017.

34 AP Katowice, Zbiór materiałów ulotnych [Flugblättersammlung], 179/768.

35 Zyzak, Irena: Różaniec i kraciasta chusta. II wojna światowa widziana oczami dziecka [Rosenkranz und kariertes Kopftuch. Der Zweite Weltkrieg mit Kindesaugen gesehen]. Żywiec 2010.

nete Eugen Hering, Landrat des Kreises Saybusch, mit dem Schreiben vom 18. November 1940 an das Amtsgericht Saybusch an, die „evakuierten“ Polen, die unerlaubt über die Grenze aus dem Generalgouvernement zurückkehrten, sofort festzunehmen und dem Amtsgericht zum Erlass eines Haftbefehls vorzuführen.<sup>36</sup> Nach Vollstreckung der gerichtlichen Strafe sollten sie in jedem Falle wieder ins Generalgouvernement abgeschoben werden. Diese Maßnahme bestätigt der Strafbefehl des Amtsgerichts Saybusch vom 15. April 1942 gegen Johann B. aus Moszczanica, einem Dorf direkt bei Żywiec, mit dem er zu einer Freiheitsstrafe von drei Monaten in einem Straflager verurteilt wurde.<sup>37</sup> Die Staatsanwaltschaft beschuldigte ihn, dass er im Februar 1942 gegen das deutsche Strafgesetz verstoßen habe, indem er vom Generalgouvernement kommend unbefugt die eingegliederten Ostgebiete betreten habe. Die Strafe wurde auf Antrag der Staatsanwaltschaft vom Gericht ohne Verhandlung nach Ziff. II und III der Verordnung über die Strafrechtspflege gegen Polen und Juden in den eingegliederten Ostgebieten vom 4. Dezember 1941 in Verbindung mit der Verordnung über die Beschränkung des Reiseverkehrs mit Gebietsteilen des Großdeutschen Reichs und mit dem Generalgouvernement vom 20. Juli 1940<sup>38</sup> verhängt.

### *Strafbefehl wegen illegalen Fällens von zwei Bäumen*

Am 27. Dezember 1944 wurde ein Strafbefehl gegen den Landwirt Adalbert L. aus Krzyżowa erlassen.<sup>39</sup> Die Staatsanwaltschaft beschuldigte ihn, gegen das deutsche Strafgesetz verstoßen zu haben, indem er entgegen der ihm erteilten Genehmigung zum Fällen eines Baumes drei Bäume gefällt und daher zwei Bäume der Herrschaft Saybusch gestohlen habe. Als Beweismittel galten das Geständnis des Verurteilten und die Bescheinigung des Bezirkslandwirts. Diese Straftat wurde nach Ziff. II und III der Polenstrafrechtsverordnung in Verbindung mit dem Forstdiebstahlgesetz vom 15. April 1878 und der Verordnung über Feld- und Forstdiebstähle vom 20. September 1942<sup>40</sup> geahndet und anstelle einer verwirkten Freiheitsstrafe von drei Monaten Straflager eine Geldstrafe von 90,00 Reichsmark festgesetzt.

---

36 Landrat des Landekreises Saybusch an das Amtsgericht Saybusch, 18.11.1940, Az. G.=3.L.1, AP Katowice, Oddz. Bielsko-Biała, 13/914/9. Auffallend ist hier der euphemistisch gebrauchte Ausdruck „evakuiert“.

37 Strafbefehl des Amtsgerichts Saybusch, 15.4.1942, Az. 5 Cs. 7/42, AP Katowice, Oddz. Bielsko-Biała, 13/914/158.

38 RGBl. I 1940, S. 1008.

39 Strafbefehl des Amtsgerichts Saybusch, 27.12.1944, Az. 5 Cs 97/44 PoV, AP Katowice, Oddz. Bielsko-Biała, 13/914/158.

40 Zur Verordnung: RGBl. I 1942, S. 558.

*Verurteilung von drei Polen wegen verbotswidriger Herstellung von Branntwein*

Die Akten enthalten einen Urteilsspruch vom 8. Februar 1944 gegen drei Schutzangehörige polnischen Volkstums, einen Korbflechter, einen Reichsbahnarbeiter und seine Ehefrau wegen verbotswidriger Herstellung von fünf Liter Branntwein.<sup>41</sup> In der Verhandlung wurde folgender Tatbestand festgestellt: Bei einer am 16. November 1943 vorgenommenen Hausdurchsuchung bei einem der Angeklagten wurde ein Brennapparat sowie fünf Liter frisch hergestellter Schnaps und ein Behälter mit Maische vorgefunden. Zwei Tage später wurden die zwei Männer im Gerichtsgefängnis in Saybusch arrestiert, wo sie bis zum 8. Februar auf den Prozess warten mussten. Aus den Ermittlungen ging hervor, dass der Angeklagte B. den Schnaps verbotswidrig hergestellt haben sollte. Ihm gehörte auch der Brennapparat, den er selbst angefertigt hatte. Da der Ofen bei B. nicht gebrauchsfähig war, erfolgte das Brennen im Haushalt des Ehepaares J. Die Angeklagte Anna J. habe das Abbrennen der Maische auf wiederholtes Bitten des B. zugelassen, ohne sich selbst am Brennen beteiligt zu haben. Ihr Ehemann sei am Abend nach Hause zurückgekommen, als die Schnapsherstellung fast vollendet gewesen sei.

Die Einlassung des angeklagten Ehepaares schien dem Richter nicht glaubwürdig. Da Frau J. und ihr Ehemann von der Branntweinherstellung Kenntnis hatten und die Herstellung nicht verhinderten, machten sie sich der einfachen Beihilfe zu einer Monopolhinterziehung schuldig. Alle drei wurden wegen Zuwiderhandlung nach Ziff. II und III der Polenstrafrechtsverordnung in Verbindung mit entsprechenden Vorschriften des Branntweinmonopolgesetzes und in Verbindung mit § 49 Strafgesetzbuch (StGB) bestraft. Bei der Strafzumessung wurde berücksichtigt, dass der Angeklagte B. noch nicht vorbestraft und dass er Schwereinvalid des Ersten Weltkrieges war. Aus der Urteilsbegründung geht hervor, dass nach der Auffassung des Richters eine Freiheitsstrafe auszusprechen war, die abschreckend wirken sollte. Deshalb schienen dem Richter drei Monate Straflager und 50,00 Reichsmark Geldstrafe angemessen und eine ausreichende Sühne. Der angeklagte Reichsbahnarbeiter war einschlägig vorbestraft. Er hätte nach der Ansicht des Richters, um sich nicht strafbar zu machen, das Abbrennen verhindern müssen. Da er dies nicht gemacht hatte, glaubte der Richter, dass die erste Strafe auf ihn keinen genügend nachhaltigen Eindruck gemacht hatte. Demzufolge wurde auf eine Freiheitsstrafe von drei Monaten erkannt.

---

41 Urteil des Amtsgerichts Saybusch, 8.2.1944, Az. 5Dls 1/44 PoV, AP Katowice, Oddz. Bielsko-Biała, 13/914/169.

Seine Ehefrau war nicht vorbestraft, deshalb erschien der Strafzweck durch eine Geldstrafe von 90,00 Reichsmark anstelle von drei Monaten Haftstrafe erreichbar.

Der Branntwein sowie das Brenngerät wurden zu Gunsten des Reiches eingezogen. Außerdem wurde eine öffentliche Bekanntmachung des Urteils durch einen zweiwöchentlichen Aushang an der Gemeindetafel in Milówka, dem Wohnort der Angeklagten, angeordnet. Die Angeklagten befanden sich vom 18. November 1943 bis zum Gerichtstag am 8. Februar 1944 im Gerichtsgefängnis. Die erlittene Untersuchungshaft wurde auf die erkannte Strafe angerechnet. Dieses Beispiel belegt, dass Straftaten von Polen, die als Beihilfe zu werten gewesen wären, wie vollendete Taten behandelt und strengstens bestraft wurden. Das Urteil unterschrieb der Amtsgerichtsrat Zelinka als Amtsrichter.

### *Verurteilung eines aus dem Südbuchenland umgesiedelten Volksdeutschen wegen Einbruchsdiebstahls*

Das Jugendgericht in Saybusch verurteilte in der Sitzung vom 22. März 1943, an der der beauftragte Richter Meder und Justizoberinspektor Scholtz als Beamter der Staatsanwaltschaft teilnahmen, den aus Putna (Rumänien) umgesiedelten Bäcker Stefan S., wohnhaft in dem Dorf Cięcina und zurzeit des Urteils im Gerichtsgefängnis einsitzend, wegen Einbruchsdiebstahls an seinem Zimmergenossen in zwei Fällen zu einer Gesamtstrafe von zwei Monaten Gefängnis.<sup>42</sup> In der Begründung wies das Gericht auf folgende Tatsachen hin: Der Angeklagte war Umsiedler aus dem Südbuchenland (Rumänien) und war im Jahre 1942 im Umsiedlerlager Leubus/Oder, Kreis Wohlau, untergebracht. Er bewohnte dort mit dem Umsiedler Josef S. sowie mit anderen eine gemeinsame Stube. Josef S. sparte sein erhaltenes Lagergeld sowie seinen kargen Verdienst und hatte dadurch einen Betrag von 135,00 Reichsmark angesammelt und in seinem versperrten Koffer aufbewahrt. Dem Angeklagten war bekannt, wo Josef S. sein Geld verwahrte. Ende Juni 1941 öffnete Stefan S. mit einem Dietrich den mit einem Schloss versperrten Koffer des Josef S. und entwendete daraus 35,00 Reichsmark. Etwa 14 Tage später öffnete der Angeklagte erneut den versperrten Koffer und entwendete wieder einen Betrag, diesmal 65,00 Reichsmark. Dieses Geld verbrauchte er beim Einkauf von Lebensmitteln sowie bei verschiedenen Besuchen von Gaststätten in Wohlau, Maltsch und Leubus. Aus der Tatbestandsbeschreibung ergab sich, dass der Angeklagte sich in zwei Fällen

---

42 Urteil des Jugendgerichts Saybusch, 22.3.1943, Az. 5 DLs 2/43 JgdI., AP Katowice, Oddz. Bielsko-Biała, 13/914/169.

schuldig gemacht hatte: Er habe erstmalig 35,00 Reichsmark und zum zweiten Mal 65,00 Reichsmark in der Absicht rechtswidriger Aneignung dem Josef S. weggenommen.

Das Gericht gewann von dem Angeklagten den Eindruck, dass er zurzeit der Tat die erforderliche Strafbarkeitseinsicht und Willensfähigkeit (§§ 1, 3 und 9 Jugendgerichtsgesetz) besessen habe. Deshalb war er wegen Verbrechen nach § 243 StGB und § 3 und § 9 Jugendgerichtsgesetz zu bestrafen. Bei der Strafzumessung zog das Gericht in Betracht, dass der Angeklagte geständig war und das Verwerfliche seiner Tat bereute. Als mildernden Umstand wurde anerkannt, dass der jugendliche Angeklagte bereits seit langer Zeit in Umsiedlungslagern wohnte. Das Lagerleben schien auf ihn einen schlechten Einfluss ausgeübt zu haben. Seine Mutter war verstorben, und der Vater kümmerte sich wenig um ihn. Es mangelte daher dem Jugendlichen an Aufsicht und Erziehung. In einem Umsiedlungslager wie Leubus, wo über 2.000 Leute untergebracht waren, war das auch verständlich. Daher billigte das Gericht dem Angeklagten mildernde Umstände zu. Es erschien dem Richter jedoch notwendig, gegen den jugendlichen Angeklagten eine empfindliche Freiheitsstrafe zu verhängen, um zu versuchen, ihn auf den rechten Weg zu bringen; deshalb wurde er zu fünf Wochen Gefängnis je Straftat verurteilt. Die erkannten Einzelstrafen wurden vom Gericht gemäß § 74 StGB zu einer Gesamtstrafe von zwei Monaten Gefängnis zusammengezogen. Das Urteil unterschrieb Richter Meder.

### *Urteil wegen versuchter Abtreibung durch eine Landdienstscharführerin*

Am 16. November 1943 fällte das Saybuscher Gericht unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrates Zelinka gegen die Landdienstscharführerin und Flakwaffenhelferin Gerda S., geboren am 21. Februar 1921 in Görlitz, und Almuth G., geb. 1907 in Frischenmoor, wohnhaft in Gilowitz, beide Deutsche, wegen versuchter Abtreibung ein Urteil.<sup>43</sup> Die Hauptverhandlung ergab folgenden Sachverhalt: Die Angeklagte Gerda S. war Landdienstscharführerin in Gilowitz, einem Dorf bei Saybusch. Dort kam sie auch dienstlich mit dem Gefolgschaftsführer der Hitlerjugend (HJ), Fritz D., in Verbindung. Mit der Zeit entwickelte sich zwischen beiden ein Freundschafts- und Liebesverhältnis, das auch zum intimen Verkehr führte. Nach einiger Zeit fühlte sie sich schwanger und trug sich mit dem Gedanken, die Schwangerschaft zu unterbrechen, weil der zukünftige Kindsvater unge-

---

<sup>43</sup> Urteil des Amtsgerichts Saybusch, 16.11.1943, Az. 5 DLs 30/43, AP Katowice, Oddz. Bielsko-Biała, 13/914/169.

fähr vier oder fünf Jahre jünger war als die Angeklagte und infolge der Familienverhältnisse auch an eine Ehe zwischen dem jungen Mann und der Angeklagten nicht gedacht werden konnte. Daher wandte sie sich an seine verheiratete Schwester mit der Bitte, ihr zu helfen. Zunächst empfahl die Schwester ihr, heiße Fußbäder zu nehmen, die eine verstärkte Durchblutung erzeugen und die gewünschte Menstruation wieder herbeiführen sollten. Da die Fußbäder wirkungslos blieben, erbot sich die Schwester des Mannes, der Angeklagten Gerda S. eine Einspritzung in die Vagina zu machen, um die Schwangerschaft zu unterbrechen. Mitte Mai 1943 geschah dies im Landdienstlager, wo Gerda S. ihr Zimmer hatte. Mittels einer Ballspritze mit Mundstückaufsatz spritzte Almuth G. Gerda S. eine Sagrotan-Seifenlösung in das Geschlechtsinnere, um eine Unterbrechung der Schwangerschaft auszulösen. Nach Aussage eines Arztes als Sachverständigem galt die Sagrotan-Seifenlösung im Volke als wirksames Abtreibungsmittel. Die verwendete Ballspritze mit dem Mundstückaufsatz war als brauchbares Werkzeug anzusehen. Die erhoffte Folge dieser Einspritzung trat zunächst nicht ein. Nach ungefähr einer Woche nahm die Angeklagte an einem sportlichen Wettkampf teil. Bei einem Kurzstreckenlauf stürzte sie und zog sich Abschürfungsverletzungen zu. Am Tage nach dem Sturz blutete sie aus der Vagina, was einige Tage anhielt. Im Verlauf dieser Blutungen war es offenbar zum Fruchtabgang gekommen, denn seit dieser Zeit trat bei ihr die Regel wieder auf.

Im Laufe des Prozesses gab die Angeklagte zu, dass sie den Vorsatz und die Absicht hatte, die Schwangerschaft zu unterbrechen. Sie verteidigte sich aber dahin, dass sie das tun musste, weil sie befürchtete, dass sich die Mutter des angehenden Vaters das Leben nehmen würde, falls sie etwas davon erfahren würde. Eine Schwester des Mannes hatte nämlich vor zwei Jahren Selbstmord begangen, nachdem sie schwanger geworden war, und daher wollte Gerda S. der Mutter ihres Freundes keine Sorgen bereiten. Die Angeklagte führte weiter an: Wenn sie ihn hätte heiraten können beziehungsweise wegen der Schwangerschaft nicht mit dem Verlust ihrer Stellung als Landdienstführerin hätte rechnen müssen, hätte sie den Abtreibungsversuch nicht vorgenommen.

Beide Angeklagten wurden wegen versuchter Abtreibung zu einer Gefängnisstrafe von je sechs Monaten und der Zahlung der Verfahrenskosten verurteilt. Bei der Strafzumessung wurde berücksichtigt, dass beide Angeklagten bisher unbescholten waren, und dass sich Gerda S. zur Zeit der Abtreibungsvornahme in einem depressiven Zustand befand, und dass sie sich der Tragweite ihrer Handlung nicht voll bewusst war. Sie sah sich ihrer Existenz beraubt und wollte sich und der Familie des Kindserzeugers die

Schande ihres Zustandes ersparen. Bei der angeklagten Almuth G. wurde berücksichtigt, dass sie ihrer Mutter eine Kränkung und Aufregung ersparen wollte und in Anbetracht des Todesfalls ihrer Schwester sich zu der Abtreibungshandlung von der angeklagten schwangeren Frau beeinflussen ließ. Almuth G. war auch Mutter von drei Kindern und ihr Ehemann wurde bei Stalingrad vermisst. Dennoch waren beide Frauen nach der Auffassung des Richters mit einer harten Strafe zu belegen. Sechs Monate Gefängnis erschien dem Richter Zelinka eine angemessene und ausreichende Sühne.<sup>44</sup>

Die zwei angeklagten Frauen gingen in Berufung. Die Strafkammer des Berufungsgerichts in Bielitz erkannte in der Sitzung am 6. Juni 1944, das heißt sieben Monate nach der erstinstanzlichen Urteilsverkündung, mildernde Umstände an und fand die ausgesprochene Gefängnisstrafe für eine Mutter von drei kleinen Kindern zu hoch.<sup>45</sup> Somit wurde das Urteil des Amtsgerichts in Saybusch im Strafmaß aufgehoben. Die Angeklagte Almuth G. wurde zu drei Monaten Gefängnis, Gerda S. zu 300,00 Reichsmark Geldstrafe verurteilt. Die Angeklagten hatten die Kosten des Rechtsmittels zu tragen. Die Berufungsgebühr wurde auf die Hälfte ermäßigt. Das Berufungsgericht erkannte nicht nur mildernde Umstände an, sondern fand die ausgesprochene Gefängnisstrafe für eine Mutter von drei kleinen Kindern zu hoch; deshalb stellte sie ein Gnadengesuch. Der Ausgang ist aus den Akten nicht ersichtlich. Die Einsicht in die Akten weckt immer noch eine Regung des Mitleids.

### *Urteil gegen einen deutschen Oberfeldwebel wegen Bedrohung und Amtsanmaßung*

Im November 1939 ereignete sich in Saybusch folgender Vorfall:<sup>46</sup> Der mit seinem Baubataillon in der Nähe von Saybusch stationierte und aus Hindenburg stammende Oberfeldwebel Paul K. begab sich in der Mittagsstunde in das Arbeitsamt in Saybusch. Er streifte dort in den Räumen herum und äußerte auf die Frage eines Angestellten des Arbeitsamts nach seinem Gebaren, dass er sehen müsse, weshalb die Leute hier herum ständen und der ganze Betrieb viel zu langsam vonstattengehe. Seiner Auffassung nach müsste mehr Ordnung herrschen, deshalb habe er hier für Ordnung zu sor-

---

44 Alfred Koniecznys Untersuchungen belegen, dass im Jahr 1940 21 Personen und im Jahr 1943 18 Personen, in den ersten Monaten 1945 drei Personen (insgesamt 42 Personen) wegen Abtreibung (§ 218) vor dem Sondergericht Kattowitz angeklagt wurden. *Konieczny*, Pod rządami wojennego prawa karnego (wie Anm. 5), S. 203.

45 Strafkammer des Berufungsgerichts in Bielitz, 6.6.1944, Az. 4 Ns. 1/44 (7/44), AP Katowice, Oddz. Bielsko-Biała, 13/914/169.

46 Urteil des Amtsgerichts Saybusch, 10.6.1941, Az. 5 Ds 66/40, AP Katowice, Oddz. Bielsko-Biała, 13/914/159.

gen. Dem hinzukommenden Leiter des Arbeitsamtes erklärte er, er wäre von der Ortskommandantur zur Aufsicht im Arbeitsamt eingesetzt. Ein Zeuge informierte über diesen Vorfall die Kompanie des Angeklagten. Darauf begab sich ein anderer Oberfeldwebel der Kompanie zum Arbeitsamt und stellte den Angeklagten zur Rede. Auch hier behauptete dieser, dass er den Auftrag erhalten habe, die Gegend in einem bestimmten Umfang zu überwachen, und dass hierzu auch die Überwachung des Arbeitsamts gehöre. Nach Aufforderung verließ er jedoch das Arbeitsamt. Bei der Feldgendarmarie äußerte er gegenüber dem Zeugen wiederholt die Warnung: Der Zeuge werde am Abend noch ein paar von ihm in die Zähne bekommen. Er habe keine Angst vor der Polizei. Die Polizei habe keine Ahnung, was gespielt werde. Dann stieß er weitere Drohungen aus und sagte zu dem Zeugen K., er käme auch noch dran. Nach dem Verlassen des Gebäudes schaute der Angeklagte plötzlich nach oben, ballte die Hand, drohte dem Zeugen und rief vor einer großen Anzahl von Vorübergehenden: „Jetzt hole ich meine Knarre und schieße euch alle über den Haufen.“ Der Angeklagte verteidigte sich in der Verhandlung dahingehend, dass er sich an die Geschehnisse des Tages nicht mehr erinnern könne. Er sei damals unverschuldet vollständig betrunken gewesen.

Nach der Überzeugung des Gerichts war dem Angeklagten zwar eine gewisse Trunkenheit zugute zu halten, die aber nicht derart stark war, dass seine freie Willensbestimmung im Sinne des § 51 Abs. 1 oder 2 StGB erheblich eingeschränkt gewesen wäre. Der Angeklagte habe sich im Sinne der Anklage schuldig gemacht. Er habe im Gebäude des Arbeitsamts in Saybusch unbefugt ein öffentliches Amt ausgeübt, indem er gegenüber dem Leiter des Arbeitsamts sich polizeiliche Befugnisse zugelegt habe, die ihm nicht übertragen gewesen seien. Weiterhin habe er einem Zeugen mit der Begehung eines Verbrechens gedroht, indem er ihn mit der erhobenen Faust bedroht und erklärt habe, er werde sein Gewehr holen und alle erschießen.

Im Laufe des Prozesses erwies sich, dass der Angeklagte bereits 1934 wegen Vorbereitung zum Hochverrat und eines Sprengstoffverbrechens zu zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt worden war. Aus der Begründung des Urteils ging hervor, dass das Gericht den Angeklagten damals für vermindert zurechnungsfähig angesehen hatte. Bei der Strafzumessung wurde verschärfend berücksichtigt, dass der bereits vorbestrafte Angeklagte sich nach Kriegsbeginn in einer Zeit befand, in welcher es auf die tadellose Haltung eines jeden deutschen Soldaten, und ganz besonders im besetzten Gebiet, ankam. Seine Straftaten hätten sich in übler Weise gegen einen deutschen Hoheitsträger und einen deutschen Soldaten gerichtet. Mit Rücksicht darauf, dass die Amtsanmaßung nur von geringem

Ausmaß war, erschien hier eine Geldstrafe in Höhe von 30,00 Reichsmark als ausreichende Sühne. Wegen der sich in aller Öffentlichkeit zugetragenen Bedrohung des Zeugen war jedoch auf eine Gefängnisstrafe von einem Monat zu erkennen (§ 456 Strafprozessordnung).

### *Fazit*

Vergleicht man die im März 1940 verhängte Strafe wegen illegaler Kalbschlachtung durch einen polnischen Landwirt mit der Höhe der nach der Einführung des deutschen Strafrechts und insbesondere der Polenstrafrechtsverordnung vom Dezember 1941 erkannten Strafen, so fällt auf, dass sie an Härte alles Bekannte überboten hatten. Die Sondervorschriften gaben den Strafgerichten die Möglichkeit, für geringstes Unrecht schärfste Strafen mit sofortiger Vollstreckbarkeit zu verhängen. Die Einführung der Polenstrafrechtsverordnung zielte nach Auffassung Roland Freislers, des Staatssekretärs im Reichsjustizministerium, im nationalsozialistischen Sinne auf folgende Konsequenzen:

„Das deutsche Strafrecht ‚gegen‘ Polen (und Juden) kann nur dem deutschen Volk dienen, nicht der ‚gemeinschaftssittlichen Hygiene‘ dieser Völker; der Nutzen des deutschen Volkes erfordert die ‚Niederhaltung der Polen, das Erzwingen ihrer Gefügigkeit‘. Da ein ‚blutmäßiges Band‘ mit dem Deutschtum gerade fehlt, hat der Pole gegenüber dem Deutschen keine Treupflicht, wohl aber eine Gehorsampflicht, an die allein das Strafrecht anknüpfen kann.“<sup>47</sup>

Die in den eingegliederten Gebieten neu geschaffenen Institutionen der Strafverfolgung mit ihren gefügigen Richtern setzten das nationalsozialistische Rechtsdenken, das unter direktem Einfluss der Ideen des Nationalsozialismus von Rasse und Volkstum stand, übereifrig und besonders rigoros um. Das NS-Rechtsdenken und die strafverfahrensrechtlichen Sondervorschriften ebneten den Weg zu unbeschränkter Willkür in der Beurteilung der Handlungen der polnischen Zivilbevölkerung und zur Entfaltung nationalsozialistischer Brutalität. Auch die erkannten Geldstrafen waren sowohl für die polnischen, aber wohl auch für die deutschen Verurteilten sehr belastend, wenn man bedenkt, wie Polen im Dritten Reich entlohnt wurden, oder wie hoch das Einkommen einer jungen deutschen Frau im Kriegsdienst war.<sup>48</sup>

---

47 Freislers Ausführungen zusammengefasst von *Werle*, Justiz-Strafrecht und polizeiliche Verbrechensbekämpfung (wie Anm. 2), S. 359.

48 Nach der Aussage einer in entfernter Nachbarschaft des Autors lebenden Frau, die im Krieg beim Verladen von Ziegeln in der Saybuscher Ziegelei arbeitete, verdiente sie 18,00 Reichsmark im Monat.

Damit diese Urteile und Strafbefehle eine abschreckende Wirkung hatten, wurde darüber in der deutsch- und polnischsprachigen Presse mit entsprechenden verurteilenden Kommentaren berichtet. Die Zuwiderhandlungen der polnischen Bevölkerung wurden darin aufgebauscht und die verhängten Strafen, oft Todesurteile, als unabwendbare Notwendigkeit angesehen. Die Berichte aus dem Gerichtssaal sollten – wie es damals hieß – Breitenwirkung garantieren und eine „allgemeine Gehorsamspflicht“ der Polen erzwingen, was bei den verhängten drakonischen Strafen ohnehin der Fall war. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Zeitung „Dziennik Ogłoszeń Dla Ludności Polskiej“ für die Kreise Bendsburg, Bielitz, Blachstädt, Ilkenau, Krenau, Saybusch, Sosnowitz und Warthenau mit dem Artikel „Z sali sądowej“ (Aus dem Gerichtssaal).<sup>49</sup> Das von der deutschen Regierung in Kattowitz herausgegebene und mehrmals wöchentlich erschienene Blatt in polnischer Sprache für diese oberschlesischen Kreise exemplifiziert den Sprachstil, in dem über verhängte Strafen informiert wurde.

Was die Polenstrafrechtsverordnung betrifft, ist es angebracht zum Schluss des Beitrags auf das im Deutschen Bundestag am 25. August 1998 beschlossene Gesetz zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege (NS-AufhG)<sup>50</sup> hinzuweisen. Nach § 1 wurden „verurteilende strafgerichtliche Entscheidungen [aufgehoben], die unter Verstoß gegen elementare Gedanken der Gerechtigkeit nach dem 30. Januar 1933 zur Durchsetzung oder Aufrechterhaltung des nationalsozialistischen Unrechtsregimes aus politischen, militärischen, rassistischen, religiösen oder weltanschaulichen Gründen ergangen sind“. Dazu wurden auch die Entscheidungen deutscher Strafgerichte gezählt, deren Urteile auf der Grundlage der Verordnung über die Strafrechtspflege gegen Polen und Juden in den eingegliederten Ostgebieten verhängt wurden. Dies ergibt sich aus der Anlage zu Art. 1, § 2, Nr. 3, in der diese Verordnung (Nr. 36) explizit genannt wurde. Ein finanzieller Entschädigungsanspruch, der über das nach anderen Vorschriften Gewährte hinausgeht, wurde durch das Gesetz nicht begründet. Es ist erstaunlich, dass ein Rechtsstaat wie Deutschland 53 Jahre brauchte, um sich zu besinnen und rechtswidrige Urteile des Naziregimes aufzuheben. Damit erkannte der deutsche Gesetzgeber die nach diesem Recht ergangenen Urteile als völkerrechtlich diskriminierend an. Da er aber gleichzeitig einen finanziellen Entschädigungsanspruch der Geschädigten grundsätzlich ausschloss, wurde erkannt, dass durch die u.a. nach der Polenstrafrechtsverordnung ergangenen Urteile weder immaterielle Schäden noch

49 Ausgabe Nr. 18, 4.3.1944, unpag., <http://dlibra.bs.katowice.pl/dlibra/publication?id=195982&tab=3>, zuletzt eingesehen am 20.1.2017.

50 BGBl. I 1998, S. 2501–2504.

bei konfiszierten Gütern materielle Schäden verursacht hätten, was den offenkundigen Fakten widerspricht. Deren Wiedergutmachung beziehungsweise Entschädigung obliegt jedem Rechtsstaat. Aus dieser Verpflichtung hat sich jedoch der deutsche Gesetzgeber ausgeschlossen.

## Streszczenie

*Lukasz Iluk*

### Niemiecki sąd grodzki w Żywcu i jego wyroki w okresie 1939–1945

W pierwszej części artykułu w oparciu o zachowane w Archiwum Państwowym Oddziału w Bielsku-Białej dokumenty przedstawiono tryb powołania organów sądownictwa niemieckiego i jego organizację w Bielsku, Żywcu i Milówce w latach 1939–1945, oraz sposób przejmowania niezakończonych procesów w polskich sądach do wybuchu II wojny światowej. Następnie zaprezentowano założenia polityki karnej III Rzeszy na ziemiach włączonych do Rzeszy niemieckiej, skierowanej przeciwko Polakom i Żydom, ujętej w „Verordnung über die Strafrechtspflege gegen Polen und Juden in den eingegliederten Ostgebieten“ z 4 grudnia 1941 r. Wprowadzenie tego rozporządzenia w trybie przyspieszonym było ideologicznie motywowane i wyrazem rażącego pogwałcenia elementarnych zasad praworządności, nawet jak na standardy nazistowskie. Wprowadzone prawo działało wstecz, orzekane orzeczenia miały rygor natychmiastowej wykonalności, wprowadzono nakaz wymierzania drakońskich kar w stosunku do najdrobniejszych przewinień.

Założenia nazistowskiej polityki karnej na Żywiecczyźnie były konsekwentnie realizowane przez władzę sądowniczą III Rzeszy. Dowodzi tego podjęta analiza wybranych spośród nielicznie zachowanych w archiwum, wydanych wyroków i nakazów karnych przez Amtsgericht Saybusch. Szczegółowo przedstawiono sprawę nielegalnego uboju i wymiar kary za ten czyn przed i po wprowadzeniu specjalnych przepisów karnych na terenach wcielonych do Rzeszy oraz sprawy Polaków, których przestępstwo polegało na wycięciu dwóch drzew bez pozwolenia niemieckich władz, lub produkcji 5 l alkoholu w warunkach domowych. Przedstawione sprawy karne obywateli III Rzeszy dotyczyły kradzieży pieniędzy w obozie dla Niemców oczekujących na osiedlenie na polskich terenach zajętych przez okupanta, nielegalnego usunięcia ciąży przez funkcjonariuszkę młodzieżowego obozu pracy (HJ) na rzecz rolnictwa na terenie wsi Gilowice, i udzielenia jej pomocy w dokonaniu tego czynu przez osobę trzecią, oraz nieuprawnionego wydawania poleceń w Urzędzie Pracy przez pijanego żołnierza Wehrmachtu stacjonującego na terenie Żywca.

Przedstawione przepisy oraz wydane na ich podstawie orzeczenia potwierdzają w sposób ewidentny, że w przeciwieństwie do osób naro-

dowości niemieckiej, ludność polska podlegająca właściwości miejscowej żywieckiego Amtsgericht była penalizowana z drakońską surowością za najdrobniejsze uchybienia, zgodnie z duchem i literą rozporządzenia o szczególnych zasadach polityki karnej wobec Polaków i Żydów na ziemiach wcielonych do III Rzeszy.



## Die polnische Untergrundpresse in Żywiec in den Jahren 1939–1942

Die unmittelbaren Kriegshandlungen in der Region Żywiec (Saybusch) des Jahres 1939 endeten schon am 4. September. Die polnischen Truppen hatten sich nach geführten Kämpfen gegen Osten zurückgezogen, und in den gerade besetzten Gebieten begann der Aufbau der deutschen Verwaltung. Zivile Machtorgane begannen nach der Machtübernahme seitens der Militärkommandantur Ende des Monats damit, jegliche offizielle polnische Tätigkeit in den besetzten Gebieten zu beseitigen. Dabei stießen sie auf Ablehnung in der polnischen Bevölkerung und lösten bei deren fest entschlossenem Teil das Bedürfnis aus, aktiv Widerstand zu leisten. In Żywiec sowie im ganzen Land entstanden zahlreiche zivil-militärische Organisationen, von denen sich die später perfekt organisierte und agierende „Heimatarmee“ (eigentlich: Landesarmee = Armia Krajowa [AK]) herleitete. Eine dieser Organisationen in der Żywiecer Region war die „Tajna Organizacja Niepodległościowa“ (TON) (Geheime Unabhängigkeitsorganisation).<sup>1</sup>

### *1. Entstehung und Ziele der Tajna Organizacja Niepodległościowa*

Die Aktivitäten der Geheimen Unabhängigkeitsorganisation gehen auf den Herbst 1939 zurück, als im Żywiecer nationalorientierten Milieu an die Gründung einer zivil-militärischen Organisation gedacht wurde. Diese Organisation setzte sich zum Ziel, den Kampfgeist polnischer Bürger zu steigern und Freiwilligen den Weg zu der in Frankreich neu entstehenden polnischen Exil-Armee zu ermöglichen. Damals hoffte man im besetzten Polen noch allgemein darauf, dass der Krieg mit dem Sieg der Alliierten und der polnischen Exil-Armee des Generals Władysław Eugeniusz Sikorski spätestens im Sommer 1940 enden würde. Eine Gruppe, deren Mitglieder unter anderem Stefan Stolarzewicz, Antoni Ścieszka, Edward Caputa, Józef Sobel, Jan Studencki waren, wagte zweimal einen Versuch, über die Slowakei zu der polnischen Armee in Frankreich zu gelangen.

---

1 Archivalien zur „Tajna Organizacja Niepodległościowa“ befinden sich in den Privatsammlungen von Artur Caputa und Joanna Zając-Słapnicar sowie in der Sammlung des Stadtmuseums Żywiec MŻ/Archiw/206. Die Fotos des Artikels stammen aus den Privatsammlungen von Krystyna Caputa und Mariusz Kubiela sowie der Sammlung des Stadtmuseums Żywiec.

Die Vorbereitungen zu einem weiteren Versuch wurden durch das Eintreffen des Bergbauingenieurs Antoni Studencki unterbrochen, der ein gebürtiger Einwohner von Żywiec und guter Bekannter der meisten (späteren) Organisationsmitglieder war. Er überredete seine Mitkämpfer während einer Zusammenkunft, die wahrscheinlich in der Wohnung von Stefan Stolarzewicz am Żywiecer Marktplatz stattfand, in der Heimat zu bleiben. Dabei ist Folgendes erwähnenswert: Die Kernstadt von Żywiec hatte damals ca. 6.000 Einwohner, die meisten von ihnen kannten sich persönlich, viele von ihnen waren miteinander verwandt, und das galt auch für die Mitglieder der jungen Organisation, die ihres Postens oder Berufs wegen den Bürgern der Region Żywiec gut bekannt waren. Stefan Stolarzewicz war von Beruf Arzt, Jan Studencki Lehrer und Sozialaktivist, Antoni Ścieszka Angestellter in der Gewässerverwaltung und Aktivist in örtlichen Sportvereinen, Edward Caputa Bierbrauer und Mitglied der Rettungsmannschaften des Polnischen Roten Kreuzes. Die Bekanntschaft mit zahlreichen anderen Personen war für die Untergrundarbeit von Vorteil, aber es hing damit auch eine große Gefahr zusammen. Dies galt es zu bedenken, als nach der Besprechung die Argumente von Antoni Studencki akzeptiert wurden, und man sich entschied, daheim zu bleiben und daheim konspirativ zu handeln.

Vieles weist darauf hin, dass gerade bei diesem Treffen, das Ende November oder Anfang Dezember 1939 stattfand, der Name „Tajna Organizacja Niepodległościowa“ (Geheime Unabhängigkeitsorganisation) angenommen und Antoni Studencki zum Kommandanten gewählt wurde. Studencki<sup>2</sup> nahm den Decknamen „Bystry“ (scharfsinnig) an, stellvertretender Kommandant wurde Antoni Ścieszka<sup>3</sup>, Deckname „Sęp“ (Geier). In der mündlichen Überlieferung, wie etwa von Stefan Stolarzewicz<sup>4</sup>, wird auch der Name

- 
- 2 Antoni Studencki, geb. am 9.2.1908 in Żywiec, war in der polnischen Armee Oberleutnant der Reserve. Er wurde am 29.3.1943 im KZ Auschwitz erschossen. Studencki hatte fünf Brüder und eine Schwester, die als einzige von den Geschwistern den Krieg überlebte. *Kłistala, Jerzy*: *Martyrologium mieszkańców Żywca, Czernichowa, Gilowic, Jelesni, Koszarawy, Lipowej, Łękawicy, Łodygowic, Milówki, Radziechowych, Rajczy, Stryszawy, Suchej, Węgierskiej Górki i innych w latach 1939–1945. Słownik biograficzny [Martyrologium der Bürger von Żywiec, Czernichów, Gilowice, Jelesnia, Koszarawa, Lipowa, Łękawica, Łodygowice, Milówka, Radziechowy, Rajcza, Stryszawa, Sucha, Węgierska Górka und anderen (Orten) in den Jahren 1939–1945. Biografisches Handbuch]. Bielsko-Biała 2009, S. 353; *Ciephy, Józef*: Antoni Studencki – „Bystry“. In: *Karta Groni*, 12 (1984), S. 25–41.*
  - 3 Antoni Ścieszka, geb. am 20.11.1902 in Żywiec, war von Beruf technischer Zeichner. Er wurde am 29.3.1943 im KZ Auschwitz erschossen. *Kłistala, Martyrologium mieszkańców* (wie Anm. 2), S. 371f.
  - 4 Stefan Stolarzewicz, geb. am 14.8.1911 in Żywiec, war beim Militär Zugführer der Reserve, Teilnehmer am Krieg 1939, Arzt im 502. Feldlazarett, Mitglied und

„Tajna Organizacja Narodowa“ (Geheime Nationalorganisation) erwähnt; das beruht darauf, dass die meisten Organisationsmitbegründer vor dem Krieg eng mit der lokal agierenden „Stronnictwo Narodowe“ (Nationalpartei) verbunden waren. Es scheint sicher zu sein, dass Antoni Studencki gegen eine parteipolitisch geprägte Organisationsbenennung war, weil er die Notwendigkeit einer überparteilichen Vereinigung sah und eine paramilitärische Organisation schaffen wollte. Als Reserveoffizier hatte Oberleutnant Studencki schon erste Untergrundkontakte in Oberschlesien – wo er wohnte – und in Krakau. Die rasche Gründung einer Untergrundorganisation in der Region Żywiec kurz nach der Besetzung und noch während der Kriegshandlungen 1939 ist besonders hervorzuheben, weil dies in einem Gebiet erfolgte, das aufgrund des Erlasses vom 8. Oktober 1939 ins Deutsche Reich eingegliedert wurde. Das Territorium Polens wurde unter der deutschen Besetzung in das sogenannte Generalgouvernement und in Gebiete aufgeteilt, die für deutsch gehalten und in das Deutsche Reich eingegliedert wurden. Die Region Żywiec wurde zu einem Bestandteil der letzteren Gebiete. Der Kreis Żywiec wurde in den Regierungsbezirk Kattowitz, der einen Großteil Oberschlesiens umfasste, integriert. Zwischen dem Reich und dem Generalgouvernement entstanden eine Zoll- und westlich davon eine Polizeigrenze, was die Verbindung mit anderen Regionen Polens erschwerte. Genauso schwierig war das Reisen innerhalb des „Dritten Reiches“, zu dessen offiziellem Teil die Region Żywiec gehörte. Bei jeglichem Verlassen des Regierungsbezirks musste man entsprechende Dokumente mit sich führen, was sowohl für Polen als auch für Deutsche galt. Die Organisation trat bald in eine neue, sehr aktive Phase ein, eine nicht allzu umfangreiche Kaderstruktur wurde sozusagen zu einer Massenbewegung. Es kamen viele neue vereidigte Mitglieder hinzu, und die Tätigkeit wurde auf konkrete Aufgaben ausgerichtet. Dabei trat das sehr große organisatorische Talent des Kommandanten Studencki hervor. Dieser Bergbauingenieur aus der Vorkriegszeit, Leiter des Bergwerks „Polka“ in Dąbrówka Mała (Eichenau), hielt sich nach dem Ende der Kriegshandlungen 1939 kurzfristig in Lwów (Lemberg) auf, also in einem Gebiet unter sowjetischer Besetzung, und arbeitete dort als Straßenbahnschaffner; er entschied sich aber für eine Rückkehr in das deutsche Besatzungsgebiet. In Krakau angekommen wurde er Mitglied der gerade entstehenden „Organizacja Orła Białego“ (Organisation

---

Mitbegründer der Geheimen Unabhängigkeitsorganisation, danach Mitglied der Heimatarmee. Er wurde am 13.2.1943 verhaftet und war danach Häftling in den KZ Auschwitz, Neuengamme und Buchenwald. Er nahm am Aufstand der KZ-Häftlinge in Buchenwald teil, kehrte im Mai 1945 nach Żywiec zurück, arbeitete weiter als Arzt und starb am 19.12.1999 in Żywiec. *Kłistala*, *Martyrologium mieszkańców* (wie Anm. 2), S. 351; mündlicher Bericht von Dr. Stefan Stolarzewicz, Żywiec 1993.



Abb. 1: Antoni Studencki mit seiner Ehefrau



Abb. 2: Antoni Ścieszka

des Weißen Adlers) und agierte im Rahmen ihrer Aktivitäten unter dem Decknamen „Złom“ (Altmetall). Als einer, der in Oberschlesien einen sicheren Rückhalt besaß, wurde er damit beauftragt, die Organisation des Weißen Adlers in der Region von Cieszyn (Teschen) und im Olsa-Gebiet zu gründen. In Oberschlesien angekommen, wohnte er bei seinen Schwiegereltern in Mysłowice (Myslowitz), wohin auch seine Frau Helena (geb. Neugebauer) bei Kriegsausbruch aus Katowice (Kattowitz) gezogen war. Seine Tätigkeit galt nun ganz der Untergrundaktivität; er lebte vom Sold, der ihm von der Organisation ausbezahlt wurde.

In dieser Zeit (Herbst 1939) wurde die Organisation des Weißen Adlers geeint und einer Organisation untergeordnet, die in Oberschlesien unter dem Namen „Siły Zbrojne Polski“ (Polnische Streitkräfte) entstand. Das alles zeigt, dass Studencki in der Untergrundbewegung schon sehr aktiv war, als er nach Żywiec kam. Man weiß nicht genau, warum er sich entschloss, Kommandant der Geheimen Unabhängigkeitsorganisation zu werden, ohne diese Organisation an die Polnischen Streitkräfte anzuschließen. Weiter bleibt unklar, ob er auf die Fusion absichtlich verzichtete oder – wie andere Mitglieder der Geheimen Unabhängigkeitsorganisation angaben – diesbezüglich auf den Widerspruch der schon organisierten Żywiecer Bürger stieß. Vielleicht war auch sein privater Ehrgeiz nicht ohne Bedeutung. Möglicherweise ging es auch um eine Einflussnahme auf die Organisation. Gerade als Kommandant hatte er den größten Einfluss auf die Aktivitäten und die politische Ausrichtung. Es gibt noch einen anderen potenziellen Grund: Es sollte eine Organisation vorbereitet werden, die im Fall der Auflösung der Polnischen Streitkräfte sofort deren Aufgaben übernehmen sollte. Tatsächlich war er von nun an im Rahmen der Untergrundbewegung doppelt aktiv: Er war aktiver Offizier der Polnischen Streitkräfte unter Józef Korol, dem Kommandanten in Oberschlesien; gleichzeitig befehligte und baute er die Geheime Unabhängigkeitsorganisation in der Region von Żywiec auf. Zu den Hauptaufgaben der Organisation gehörten damals: der Ausbau der Organisationsstrukturen und des Geheimdienstes in Bezug auf die deutsche Besatzungspolizei, die Waffenbeschaffung und die Gründung einer eigenen Druckerei. Um die Jahreswende 1939/40 wurde die Organisation in der Region Żywiec von Studenckis Stellvertreter, Antoni Ścieszka, geleitet. Der Kommandant selbst organisierte den Ausbau der Strukturen der Polnischen Streitkräfte in Oberschlesien, wo unter anderem eine Gruppe unter Stanisław Piszczek, Deckname „Szymon“ (Simon), entstand und vereidigt wurde. Diese Gruppe bestand aus Bergleuten und befasste sich auch mit der Beschaffung von Sprengstoff. Diese Aktivität wurde von Studencki alias „Bystry“ als Hauptaufgabe dieser Gruppe angesehen.

In Żywiec gehörten zu den anderen wichtigen Aufgaben die Inbetriebnahme einer Druckerei und die Herausgabe einer eigenen Zeitung. In den Gebieten, die ins Deutsche Reich eingegliedert wurden, kam die Presse in deutscher Sprache heraus, und für Polen erschien zwar eine Tageszeitung, die jedoch der Wissensbegier der polnischen Gesellschaft keinesfalls gerecht werden konnte. Radionachrichten blieben aus, denn den Polen, die im „Dritten Reich“ als auch in besetzten Gebieten wohnten, war der Besitz eines Radiogeräts verboten. Die Übertretung dieses Verbots war folgenscher: Sie reichte vom KZ-Aufenthalt bis zur Todesstrafe. Daher strebten alle Untergrundorganisationen nach dem Besitz eines Presseorgans, und zwar eines eigenen, unabhängigen.

## 2. *Mit der Heimatarmee verbundene Organisationen und Untergrundpresse*

In Żywiec erschienen während der Okkupationszeit in verschiedenen Zeiträumen mehrere Zeitungen mit unterschiedlichen Titeln. Die erste ziemlich regelmäßig erscheinende Untergrundzeitung trug den Namen „Hasło“ (Losung) und wurde durch Mitglieder der „Tajna Organizacja Wojskowa“ (TOW) (Geheime Militärorganisation) geleitet. Mit der Aufbereitung des Lesestoffs befasste sich Leutnant Jan Urbaniec, Deckname „Ponton“<sup>5</sup>. Er schrieb abgehörte Nachrichten mit der Schreibmaschine nieder. Danach fertigten er und seine Frau Janina mit einem Vervielfältiger einige Dutzend Abzüge an. Da bisher kein einziges Exemplar dieser Zeitung aufgefunden wurde, muss man sich auf die Aussage von Janina Urbaniec verlassen. Die Schrift teilte aktuelle Frontnachrichten mit und enthielt erbauliche Texte. Sie war qualitativ recht schwach, ihre Auflage nicht hoch, hatte nur einen lokalen Charakter und außer der Region Żywiec erschien sie kaum in anderen Teilen Polens. Sie kam wahrscheinlich vom Herbst 1939 bis zur Mitte des Jahres 1941 heraus, also bis zu dem Zeitpunkt, als die Geheime Militärorganisation mit dem „Związek Walki Zbrojnej“ (ZWZ) (Waffenkampfband; aus ihm ging im Februar 1942 die Heimatarmee hervor) verknüpft und in ihre Struktur dauerhaft eingegliedert wurde. Damals wurde mit dem Vertrieb von Zentralschriften der Heimatarmee<sup>6</sup> begonnen, die mittels des eigenen Kontaktnetzes verbreitet wurden. Das waren

5 Jan Urbaniec, geb. am 28.7.1916 in Swinna, wurde 1942 verhaftet und am 25.1.1943 im KZ Auschwitz erschossen. *Klistala*, Martyrologium mieszkanców (wie Anm. 2), S. 387. Vgl. auch *Zych, Wenancjusz*: Die Untergrundbewegung in der Region von Żywiec 1939–1945 (Typoskript in der Sammlung des Autors).

6 Das „Biuletyn Informacyjny“ (Informationsbulletin) als zentrales Presseorgan der Kommandozentrale der Heimatarmee wurde in ihren sämtlichen Aktionsgebieten verbreitet, so auch im Żywiecer Land. Im Stadtmuseum existiert keine Ausgabe, sie

jedoch nur wenige Exemplare und sie spielten keine größere Rolle bei der Nachrichtenvermittlung in der polnischen Gesellschaft in der Region Żywiec. Es existieren keine Angaben über irgendwelche eigenständigen Aktivitäten im Bereich des Pressewesens vonseiten des Żywiecier Bezirks der Heimatarmee. Der Chefredakteur der Schrift „Hasło“ wurde samt seinen Mitarbeitern infolge eines Verrats im späteren Zeitraum seiner Tätigkeit (September–Oktober 1942), schon im Rahmen der Heimatarmee, verhaftet und im KZ Auschwitz 1943 hingerichtet. An dieser Stelle muss der Hauptmann der Reserve Wenancjusz Zych (1891–1972), Gründer und Kommandant der Geheimen Militärorganisation, später erster Kommandant des Żywiecier Bezirks der Heimatarmee, Deckname des Bezirks „Bojowica“, erwähnt werden. Der ehemalige Legionär des Marschalls Piłsudski und Schulleiter in Koleby nahm als einer der Ersten 1939 die Untergrundtätigkeit auf. Die von ihm gegründete Geheime Militärorganisation bestand aus Berufs- und Reservesoldaten aus der Region von Żywiec. Sie war eine militärisch geprägte Organisation mit einer rein militärischen Zielsetzung ohne politische Ausrichtung und akzeptierte seit dem Beginn ihrer Tätigkeit die polnische Exilregierung in Frankreich mit General Władysław Sikorski an der Spitze. Ihr Ziel war die Vorbereitung eines allgemeinen Aufstands und der fortgesetzte Kampf. Diese Organisation verfügte über ein gut entwickeltes Spionagenetz bei der Eisenbahn. Grundsätzlich existierte in jedem Bahnbetriebswerk und in den Bahnhöfen eine organisierte Abteilung der Geheimen Militärorganisation. Nach der Fusion mit dem Waffenkampfband (ZWZ) baute Hauptmann Zych, Deckname „Szary“ (der Graue), von seinen Untergebenen „Dziadek“ (Großvater) genannt, schon als Bezirkskommandant ein konspiratives Kontaktnetz auf, indem er in allen Orten des Kreises Żywiec Züge bildete. Diese Aktivität wurde durch die Aufdeckung des Bezirks unterbrochen, weswegen Zych zwecks Vermeidung einer Verhaftung im Herbst 1942 Żywiec verlassen musste. Die Gestapo nahm jedoch seine Frau und zwei Töchter fest, während die dritte Tochter mit dem Vater fliehen konnte. Nach zwei Wochen konnte die jüngste Tochter befreit werden; mit Hilfe der Heimatarmee-Soldaten gelangte sie zu ihrem Vater. Bis zum Kriegsende beteiligten sie sich aktiv an Partisanenkämpfen in der Region des Berges Babia Góra (Teufelsspitze) im Heimatarmee-Trupp „Huta-Podgórze“, dessen Kommandant Hauptmann „Szary“ war.

Die nächsten in Żywiec herausgekommenen Untergrundzeitungen hießen „Sikorka świegocze“ (Die Meise zwitschert) – der Titel rührt vom Familiennamen des Generals Władysław Sikorski her – und „Blyskawica“

---

sind aber in anderen Einrichtungen zugänglich, z.B. im Museum der Heimatarmee in Krakau.



Abb. 3: Wenancjusz Zych, Stanisław Góra und Jan Urbaniec (v. l. n. r.) bei der Redaktion der Zeitung „Hasło“, 1940

(der Blitz). Diese Zeitungen wurden seit Ende September 1939 herausgegeben, als in einigen Żywiecer Häusern (etwa bei den Familien Ryczkiewicz, Obtulowicz, Dobosz) trotz Verbots damit begonnen wurde, regelmäßig polnischsprachige, durch englische und französische Sender ausgestrahlte Programme zu hören. Nachdem erste Meldungen nur mündlich und vertraulich weitergegeben worden waren, entschlossen sich die Brüder Antoni und Adam Ryczkiewicz zu einer schriftlichen Vermittlung von Nachrichten. Die Zeitung „Sikorka świegocze“ wurde anfangs von Hand unter Verwendung von Kohlepapier mit einem Kopierstift geschrieben. Sie enthielt Zusammenfassungen von Radionachrichten und wurde im Bekanntenkreis verbreitet. Sie kam unregelmäßig heraus, je nach der verfügbaren Zeit der Redakteure, und konnte wegen niedriger Auflagen (höchstens einige Dutzend Exemplare) die Moral der Bevölkerung nicht besonders beeinflussen. Trotzdem scheint sie in der Anfangsphase der Okkupation eine sehr positive Rolle gespielt zu haben.<sup>7</sup>

7 Dobosz, Stanisław: Żywiecka prasa konspiracyjna i jej redaktorzy 1939–1945 [Die Żywiecer Untergrundpresse und ihre Redakteure 1939–1945]. In: Wojskowy Przegląd Historyczny, 19 (1974), Nr. 3, S. 413–415.

Die Situation änderte sich, als sich dem „Redaktionskollegium“ Julian und Zbigniew Kubiela, Vater und Sohn, anschlossen.<sup>8</sup> Julian kehrte im November aus einem Spital in Radom zurück, wo er nach den Kriegshandlungen im Herbst 1939 als Verwundeter in Behandlung gewesen war. Nachdem sich Julian mit der bisherigen Tätigkeit vertraut gemacht hatte, übernahm er die Initiative bei der Redaktionsarbeit und der Herausgabe der Zeitung. Nachdem er westeuropäische Sender in seiner Wohnung abgehört hatte, verfasste er Texte für beide Blätter, das heißt für „Sikorka“ und „Błyskawica“; letzteres Blatt hatte er selbst gegründet. Beide Zeitungen wurden mit der Schreibmaschine unter Verwendung von Durchschlagpapier bzw. Kohlepapier geschrieben, was die Auflagen erhöhte und die Verlagsarbeit beschleunigte. Die Zeitungen besaßen folgende Seitengröße: „Sikorka“ maß 14 x 9 cm (Format ca. A 6), „Błyskawica“ 20 x 29 cm (Format ca. A 4). Wodurch haben sie sich noch unterschieden? „Sikorka“ brachte Kurznachrichten von der Länge eines Satzes, so beispielsweise folgende Nachrichten vom 2. April 1942: „England wartet mit seiner Kriegsflotte auf eine Seeschlacht“ und „In England weilt eine Handelsmission Rumäniens“. „Błyskawica“ enthielt dagegen umfangreichere Texte, wahrscheinlich auch Artikel von Julian und Zbigniew Kubiela. Papier und Kohlepapier für die Produktion beider Zeitungen lieferte Alojza Lintschner, eine ehemalige Deutschlehrerin einer polnischen Schule in Bielsko (Bielitz). Sie hatte Zugang zu Schreibwaren in der Druckerei und dem Laden, die von ihrem Schwager betrieben wurden. Der Inhaber wusste wahrscheinlich nichts davon, dass seine Schreibwaren von einer polnischen Redaktion illegal genutzt wurden.

Mit dem Zeitungsvertrieb befassten sich die Autoren selbst und eine Gruppe vertrauter Mitarbeiter. Die Zeitungen wurden in Żywiec sowie in Bielsko und Sucha ausgetragen, und laut dem Historiker Stanisław Dobosz, dem Autor eines Artikels über die Untergrundpresse in Żywiec, soll ein Exemplar auch nach Rzeszów (Reichshof) gelangt sein. Verantwortlich für den Zeitungsvertrieb war ein Netz von Vermittlern, die Kontaktlokale mit den Zeitungen belieferten. Von dort gelangten die Zeitungen dann auf konspirativem Weg in die Hände der Leser. Es wurden auch vereinbarte Kontaktstellen benutzt, ohne dass die Vermittler sich einander trafen. Zu diesen Kontaktstellen gehörten Żywiecer Kirchen, wo auf vereinbarten Bänken Päckchen mit illegalen Schriften abgelegt wurden. Die Tätigkeit von Julian

8 Julian Kubiela wurde am 28.1.1899 in Stryżawa geboren. Sein Sohn Zbigniew, geb. am 10.6.1922 in Żywiec, wurde am 5.5.1945 schwer erkrankt von der US-Armee aus dem KZ Mauthausen-Gusen befreit. Nach dem Krieg arbeitete er als Rechtsanwalt in Żywiec und starb am 3.2.1999. *Klistala*, Martyrologium mieszczańców (wie Anm. 2), S. 208–210.



Abb. 4: Feldwebel Julian Kubiela

und Zbigniew Kubiela wurde durch deren Verhaftung am 12. Februar 1943 unterbrochen. Nach Ermittlungen, die einige Wochen lang dauerten, wurden sie, ohne jemand verraten zu haben, ins KZ Auschwitz gesperrt, wo Julian Kubiela nach dem Todesurteil des Schnellgerichts am 2. Juni 1943 erschossen wurde. Zbigniew Kubiela wurde im KZ Gusen befreit. Gemäß dem Bericht von Wiktor Łuszczkiewicz wurde die Produktion der Zeitung „Sikorka“ nach der Verhaftung ihrer bisherigen Redakteure in seinem Haus bis zum Januar 1945 fortgesetzt. Es existieren aber keine Angaben über eine Fortsetzung von „Błyskawica“; man kann also annehmen, dass diese Schrift, das ureigenste Werk der Kubiela sozusagen, nicht von ihren Nachfolgern reaktiviert wurde. Kein Exemplar der bisher genannten Untergrundzeitungen ist in der Sammlung des Żywiecer Museums sowie in der Abteilung des Staatsarchivs in Żywiec (jetzt in Bielsko-Biała) erhalten geblieben. Diese kurze Darstellung der Untergrundpresse bleibt unvollständig und fragmentarisch, weil es nicht gelungen ist, irgendwelche Archivalien oder auch nur einzelne Exemplare der genannten Zeitungen aufzufinden. Eine „Sikorka“-Nummer befindet sich wahrscheinlich im Privatbesitz und ist Anfang der 1970er-Jahre von Stanisław Dobosz eingesehen worden, dessen Artikel von

1974 ich benutzt habe. Ich selbst hatte keine Möglichkeit, mich mit dem Exemplar vertraut zu machen.

### 3. Druckereien: illegale und legale

Die Schrift, der ich am meisten Beachtung schenken will, ist die von der Geheimen Unabhängigkeitsorganisation (TON) herausgegebene Zeitung „Front Polski“ (Polnische Front).<sup>9</sup> Wie schon erwähnt wurde nach der ersten Organisationsphase die Entscheidung gefällt, eine Druckerei in Betrieb zu nehmen. An diese Aufgabe ging der Stellvertreter von „Bystry“, Antoni Ścieszka, Deckname „Sęp“, heran. Mit Hilfe der Organisationsmitglieder, unter anderem von Władysław Wojtyła<sup>10</sup>, bauten die Arbeiter in der Betriebswerkstatt der Żywiecer Papierfabrik „Solali“ eine von Hand bediente Druckerpresse und transportierten sie dann, auseinandergelöst, nach draußen. Die Presse montierte „Sęp“ in seiner Wohnung in der Bracka-Straße (während des Krieges Kopernikus-Straße 2). Die Vorbereitungen zur Herausgabe der ersten Nummer dauerten einige Monate lang, außer der Druckerpresse mussten noch Papier, Farbe und eine Menge Lettern herbeigeschafft werden. Zudem benötigte man jemand, der sich im Druckereifach auskannte. Dieser Mann, dessen Hilfe sich als unschätzbar erwies, war Józef Sobel<sup>11</sup>, Deckname „Niezlomny“ (unbeugsam). Er war Mitglied der Geheimen Unabhängigkeitsorganisation und Arbeiter in der Druckerei von Rudolf Hoffman in Żywiec, wo er mit dem Drucken und Schriftsetzen befasst war. Nach der Erstellung des Satzes wurde dieser in einer Mappe vom Boten und Buchbinder Leszek Bydliński<sup>12</sup> aus der Druckerei gebracht und an einem vereinbarten Ort Antoni Ścieszka ausgehändigt, der die Zeitung fertig druckte. So löste man das größte Problem: Lettern herbeizuschaffen und einen Fachmann als Drucker anzustellen. Die Verbreitung der Schriften fand wahrscheinlich ohne persönlichen Kontakt statt; sie wurden an einem vereinbarten Ort und Tag zu einem bestimmten Zeitpunkt deponiert. Zu solchen

---

9 Die Ausgaben von „Front Polski“ befinden sich in den Sammlungen des Stadtmuseums Żywiec, Sign. MŻ/Archiw/73, MŻ/Archiw/153 bis MŻ/Archiw/163 und MŻ/Archiw/204 bis MŻ/Archiw/206.

10 Władysław Wojtyła, geb. am 4.12.1914 in Żywiec, wurde in Bielsko verhaftet, am 14.9.1942 nach Mysłowice (Mysłowitz) überführt und am 25.11.1942 im KZ Auschwitz erschossen. *Kłistala*, Martyrologium mieszkańców (wie Anm. 2), S. 404.

11 Józef Sobel, geb. am 27.1.1905 in Petřvald in Mähren, war von Beruf Drucker und Setzer. Am 6.9.1942 wurde er verhaftet und wahrscheinlich am 29.3.1943 in Auschwitz erschossen. *Kłistala*, Martyrologium mieszkańców (wie Anm. 2), S. 339.

12 Leszek Bydliński, geb. am 21.7.1925 in Żywiec, wurde am 9.9.1942 verhaftet und starb am 31.3.1943 im Gefängnis in Mysłowice an Flecktyphus. *Kłistala*, Martyrologium mieszkańców (wie Anm. 2), S. 84.

Orten gehörten sicher Kirchen, Haustore mit Verstecken, Höfe und andere Orte, die man betreten konnte, ohne verdächtigt zu werden.

Nach der Beendigung der Arbeit gelangten die Lettern auf demselben Weg zu Hoffmans Druckerei zurück. Der Inhaber selbst, sofern er wusste, womit sich seine Mitarbeiter befassten – was nicht ganz ausgeschlossen ist – ergriff keine Maßnahmen, der illegalen Tätigkeit ein Ende zu setzen. Er hatte einen guten Ruf unter den Polen; seine Druckerei hatte er 1928 in Żywiec gegründet und betrieb sie auch während der Okkupationszeit. Er war ein sogenannter „guter Deutscher“. Es ist erwähnenswert, dass Zdzisław Maria Okuliar in seinen Erinnerungen unter dem Titel „W dawnym Żywcu“ schrieb, Rudolf Hoffman habe während der Okkupation polnische Bücher gedruckt und von ihm (Okuljar) einen kleinen Gedichtband herausgegeben,<sup>13</sup> eine Sache, die außerordentlich war und wirklich erwähnt werden soll. Die Druckerei hatte ihren Sitz in der Kościuszko-Straße 20 (während des Krieges Hauptstraße genannt).

#### 4. Inhalte der Zeitungen

Das Verlegen einer neuen Zeitung bedurfte nicht nur technischer, sondern auch inhaltlicher Vorbereitungen. Hier übernahm „Bystry“ die führende Rolle; er verfasste den Leitartikel für die erste Ausgabe der Zeitung „Front Polski“ mit der Überschrift „An die Leser“. Darin schrieb er unter anderem: „[E]s geht darum, bei den Polen eine aktive Haltung zu wecken und aufrechtzuerhalten“. Diese Worte bestimmten den Charakter des Blattes, welches hauptsächlich gemäß seinen Vorgaben die polnische Bevölkerung beeinflussen sollte. Bis zum Ende des Bestehens der Zeitung galt folgende Arbeitsteilung: Artikel wurden von „Bystry“ verfasst, weitere Spalten wurden von „Sep“ vorbereitet. Die erste Nummer kam zum 24. Dezember 1940 heraus. Der 24. Dezember ist in Polen ein besonderer Tag – es ist Heiligabend. Der Text zu Weihnachten knüpfte an die biblische Geschichte an: „[...] das Christkind musste schon nach ein paar Tagen vor Herodes' Grausamkeit fliehen. Heutzutage sind Hitlers Schergen Herodesse für unser Volk [...]“ und weiter: „Vergib uns, Gott, die große Sünde, die wir begehen müssen, das heißt die Sünde der Rache“ und zum Schluss des Textes hieß es: „[D]ie Hitlermacht erstarrt schon heute vor Angst“, was eine gut verständliche Anspielung auf die nationale polnische Weihnachtshymne war: „Bóg się rodzi“ (Gott ist geboren).<sup>14</sup> Mit beiden Artikeln, dem Leit- und dem Weihnachtsartikel, waren

13 Okuliar, Zdzisław Maria: W dawnym Żywcu [Im alten Żywiec]. Żywiec 1997, S. 33–34.

14 Heska-Kwaśniewicz, Krystyna: Kolęda patriotyczna (Bóg się rodzi [F. Karpińskiego]) [Das patriotische Weihnachtslied (Gott ist geboren [von F. Karpiński])]. In:

die erste und ca. drei Viertel der zweiten Seite gefüllt. Der weitere Teil der Zeitung, Seite 3 und 4, enthielten Nachrichten über die Situation an den Fronten und über politische Geschehnisse. Der einschlägige Teil unter dem Titel „Wichtigere Kriegs- und politische Geschehnisse. Eine Wochenschau“ basierte vollständig auf Nachrichten, die aus dem Abhören des Rundfunks resultierten. In Meldungen über die Situation an den Fronten wurden auch die geringsten Erfolge der Alliierten als Ereignisse von großer Bedeutung für den weiteren Kriegsverlauf dargestellt: So wurde zum Beispiel betont, dass „eine Menge italienischer Soldaten gefangengenommen und eine Menge Ausrüstung erbeutet wurde“. Des Weiteren versuchte man, Erfolge des Feindes herabzusetzen. So schrieb man etwa über Luftkämpfe: „[D]ie Intensivität der Luftangriffe auf England war weitgehend geringer als in den Wochen zuvor [...]“ und im nächsten Satz: „Der britische General zeichnete fünf polnische Flieger aus, die bei Londons Verteidigung insgesamt 42 deutsche Bomber abgeschossen haben“. Dieser Meldung war zu entnehmen, dass die Deutschen zwar England bombardierten, aber ihre Erfolge unerheblich, dagegen ihre Verluste sehr groß waren. Die vierte Seite der Zeitung enthielt Landesnachrichten, die mit der Überschrift „Meldungen aus den besetzten Gebieten von Polen“ betitelt waren. Das machte inhaltlich den geringsten Teil des Blattes aus. Die Meldungen betrafen deutsche Repressionen, gaben die Anzahl der Verhafteten und die Menge des geraubten Eigentums an und enthielten Kommentare zu Verordnungen der Okkupationsbehörden. In der Nr. 6 vom 12. April 1942 wurde beispielsweise berichtet: „Im sogenannten Gouvernement und in Gebieten, die ins Reich eingegliedert wurden, finden Massenverhaftungen statt. Im KZ Auschwitz wird von der Gestapo ein Platz für 20.000 Polen hergerichtet“, und weiter: „Deutsche Behörden im sogenannten Gouvernement haben einen Befehl erlassen, dem zufolge deutsche Frauen und Kinder bis zum 10. April ins Reichsinnere fahren sollen“. Diese Meldung sollte den Leser in der Gewissheit eines baldigen Sieges bestärken und außerdem bezeugen, dass der militärische Widerstand in polnischen Gebieten sehr groß sei, da die Familienangehörigen von Beamten der Okkupationsverwaltung zur Evakuierung aufgerufen wurden. Der letzte Teil enthielt eine codierte Mitteilung zu finanziellen Spenden für die Organisation, zum Beispiel „Rab 10 Smirski, X18 5“, und Warnungen wie: „ACHTUNG! Beim Zeitungsvertrieb ist höchste Vorsicht geboten“. Während des gesamten Zeitraum ihres Bestehens erschien die Zeitung mit kleinen Änderungen in folgender Form: Schriftformat 15 x 11 cm, vier Seiten mit Text auf zwei Blättern, die links oben zusammengeklebt waren. Eine Ausnahme war die

Nr. 20, die aus drei Blättern bestand. In allen Nummern waren die Seiten nummeriert; die Nummerierung der Ausgaben begann dagegen erst ab der Nr. 6 vom 12. April 1942. Alle Ausgaben trugen einen Zeitungskopf; dieser bestand von Nr. 1 bis Nr. 5 in einer Warnung, die lautete: „Der Feind agiert überall, pass auf, was du sagst, und mit wem du sprichst!“ In den nächsten Nummern wies der Zeitungskopf ein Motto auf; dieses lautete von Nr. 6 bis Nr. 13: „Und wenn der Weg in den Himmel jemandem offen steht, steht er denjenigen offen, die dem Vaterland dienen“, danach: „Polen ist unsterblich!“ und ab Nr. 19: „Ein freies Polen ist eine heilige Sache“. Ab Nr. 14 war im Titel zwischen den Wörtern „Front Polski“ ein polnischer Adler abgebildet, was von den Bemühungen der Redakteure um eine Steigerung der Zeitungsqualität zeugt. Solch eine kleine grafische Änderung war unter konspirativen Umständen sicher nicht leicht umzusetzen. Die nächsten Seiten nach der Titelseite enthielten Aufrufe zur Sabotage: „Arbeite langsam!“ „Geh bei der Arbeit mit dem Stoff nicht sparsam um!“ Alle Zeitungsnummern begannen mit je einem Artikel, der aktuelle Geschehnisse thematisierte: So war zum Beispiel ein Artikel in der Nr. 11 vom 12. Juni 1942 dem am 29. Juni 1941 verstorbenen Ignacy Jan Paderewski<sup>15</sup> gewidmet. In einem anderen Artikel in der Nr. 22 vom 17. Februar 1942 wurde an den Jahrestag des Ausbruchs des Januaraufstands 1863 erinnert. Beachtenswert ist die Ausgabe Nr. 10 vom 24. Juni 1941 mit dem Aufdruck „Sonderausgabe“ und mit der fettgedruckten Aufschrift: „Der Krieg Sowjetrusslands gegen Deutschland“. Der Autor des Artikels schrieb: „Die vor knapp zwei Jahren geschlossene deutsch-sowjetische Freundschaft, besiegelt durch den Leib und das Blut der Republik Polen, dauerte nicht lange. Dank einer Fügung des Himmels liefern sich nun zwei uralte Feinde der polnischen Nation und des polnischen Namens einen Kampf“. Weiter wurden die Ursachen des Konflikts und sein potentieller Einfluss auf das weitere Kriegsgeschehen geschildert. Der Artikel endete mit der Feststellung: „Sowjetrussland kämpft gegen unseren Feind, gegen Deutschland. Wir Polen hegen mit Recht gegen die Sowjets Groll, da sie unser Land in der für uns schlimmsten Zeit militärisch überfielen, was den Deutschen zu einer früheren Beendigung der Kriegshandlungen in Polen 1939 verhalf, und weil sie das polnische Volk in den von ihnen besetzten Gebieten unterdrücken. Die gegenwärtige politische Situation lässt uns jedoch das Unrecht momentan vergessen und des-

---

15 Paderewski wurde 1860 im russischen Teil Polens geboren und war ein weltbekannter polnischer Pianist und Komponist; auch engagierte er sich für die Wiederbegründung Polens und danach als Politiker. 1940 war der im Ausland lebende Paderewski Leiter des Polnischen Nationalrats geworden, der die polnische Exilregierung beriet. Paderewski starb auf einer USA-Reise, auf der er für polnische Kriegssopfer Benefizkonzerte gab.

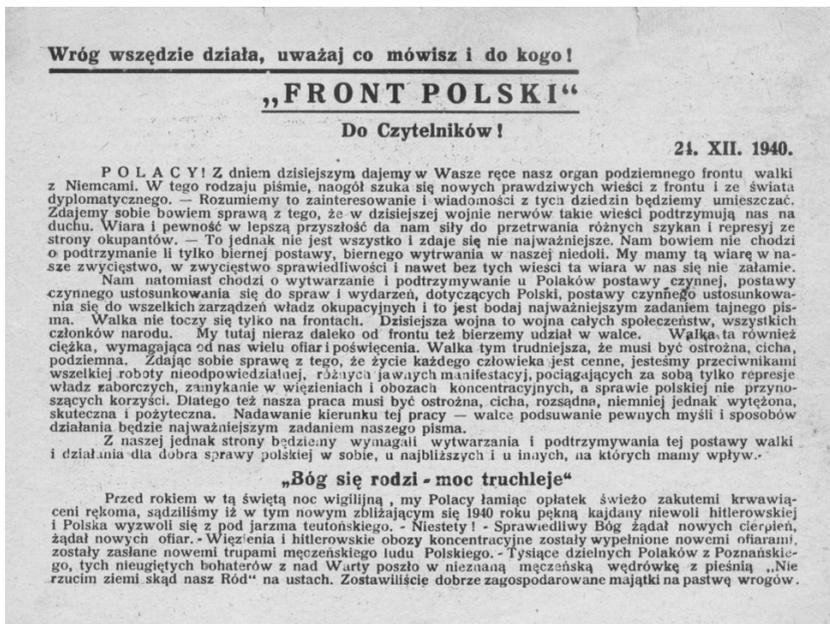


Abb. 5: „Front Polski“, Nr. 1, 24. Dezember 1940

halb stehen wir zur Roten Armee“. Dieser Text, veröffentlicht zwei Tage nach dem deutschen Überfall auf Russland, veranschaulicht eindrucksvoll, wie schwer die deutsche Okkupation auf den Polen lastete. Sonst hätten die Untergrundorganisationen nicht so eindeutig ihren Lesern weitere Richtlinien an die Hand gegeben und ihr Verhältnis zu Russland erklärt.

Während der Tätigkeit der Druckerei erschienen insgesamt 33 Nummern der „Front Polski“; die Höhe der Auflage lag zuerst bei 800 Exemplaren und in der Zeit der größten Aktivität, also im Jahre 1942, bei 3.000 Exemplaren. Die Schrift wurde hauptsächlich im Kattowitzer Regierungsbezirk verbreitet, aber sie gelangte auch in andere Regionen des Landes, unter anderem in die Region von Posen oder ins Generalgouvernement.<sup>16</sup> Sie kam ungefähr alle zwei Wochen heraus, was man unter Kriegsbedingungen als regelmäßige bezeichnen kann. Nachdem im Sommer 1942 von der Gestapo Kattowitz mehrere geplante Sabotageaktionen vereitelt und zahlreiche Exemplare zweier polnischer Untergrundzeitschriften gefunden worden waren, wurde

<sup>16</sup> Der Vertrieb erfolgte durch die Organisation „Raclawice“ und die Nationale Militärorganisation.

zur gleichen Zeit in Żywiec die Geheimdruckerei der Zeitung „Front Polski“ der Geheimen Unabhängigkeitsorganisation sichergestellt.<sup>17</sup>

### 5. *Andere Veröffentlichungen aus der Druckerei der Geheimen Unabhängigkeitsorganisation*

Außer der Zeitung wurden einige Organisationsanweisungen redigiert und herausgebracht. Als erste entstand die „Organisationsanweisung der ersten Phase“. Diese Druckschrift ist jedoch in den mir bekannten Sammlungen nicht erhalten geblieben. Als nächste entstand die „Aussiedlungsanweisung“, die an die Einwohner des Kreises Żywiec, Opfer der „Aktion Saybusch“<sup>18</sup>, gerichtet war. In der Anweisung stand unter anderem geschrieben: „Die Regierung der Republik Polen in England garantiert den Polen, die bewusst in Gegenwart eines Augenzeugen ganz oder zum Teil sowohl ihr immobiles als auch mobiles Vermögen zerstören, einen Schadenersatz“. Auch forderte man die Vertriebenen auf, nicht zu verzagen. Danach erschien eine an alle Mitglieder der Geheimen Unabhängigkeitsorganisation und der Organisation „Raclawice“<sup>19</sup> gerichtete Anordnung mit der Meldung von der Fusion dieser beiden Organisationen und deren weiterer gemeinsamer Aktivität unter dem Namen „Geheime Unabhängigkeitsorganisation-Raclawice“. Die Zusammenarbeit dauerte nur zehn Monate lang und endete im November 1941. Die letzte bekannte Anordnung, die wahrscheinlich um die Mitte des Jahres 1942 entstand, war die „Instruktion zur Schaffung der Militäreinheiten der Geheimen Unabhängigkeitsorganisation“. Sie bestimmte, wie militärische Abteilungen der Geheimen Unabhängigkeitsorganisation gebildet werden sollten, wobei die Struktur des polnischen Heeres aus der Vorkriegszeit, also die Einteilung in Sektionen, Trupps, Züge usw., beibehalten wurde.

17 *Woinar, Klaus*: Meldungen über antifaschistischen Widerstand in Schlesien in Dokumenten der Gestapo im Bundesarchiv, Bestand R 58, Reichssicherheitshauptamt (1933 bis 1945). In: Domaschke, Cornelia, Daniela Fuchs-Frotscher und Günter Wehner (Hg.): *Widerstand und Heimatverlust. Deutsche Antifaschisten in Schlesien*. Berlin 2012, S. 124–137, S. 135.

18 Deckname der Aktion, in deren Folge ca. 18.000 Einwohner der Region Żywiec ausgesiedelt bzw. vertrieben wurden. Vgl. *Sikora, Mirosław*: *Niszczyć, by tworzyć. Germanizacja Żywiecczyny przez narodowosocjalistyczne Niemcy 1939–1944/45* [Vernichten, um zu gestalten. Die Germanisierung des Żywiecer Landes durch das nationalsozialistische Deutschland 1939–1944/45]. Katowice 2010; *Iluk, Jan*: *Die Umsiedlung der Deutschen nach 1939 in das Gebiet von Żywiec in fotografischer Dokumentation*. In: *Jahrbuch für deutsche und osteuropäische Volkskunde*, 53 (2012), S. 61–93.

19 Die Bezeichnung erinnert an die Schlacht bei Raclawice in Kleinpolen am 4.4.1794, in der die polnische Armee unter Führung von Tadeusz Kościuszko gegen die Übermacht der russischen Zarenarmee siegte.

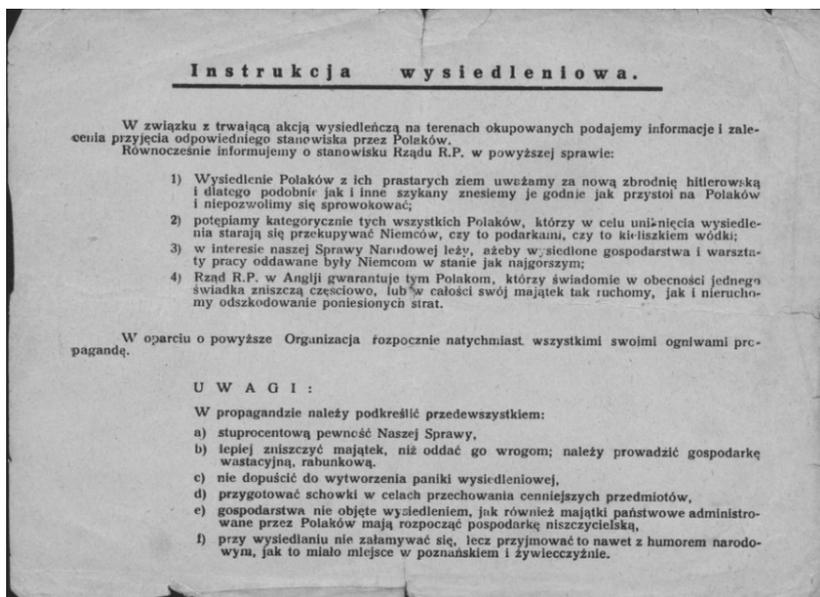


Abb. 6: Aussiedlungsanweisung der Geheimen Unabhängigkeitsorganisation

Bemerkenswert ist der Satz am Ende der Instruktion: „Achtung! Nachdem man den Inhalt dieser Instruktion kennen gelernt hat, soll sie verbrannt werden“. Gewiss ging es darum, dass diese Druckschrift, die nicht für eine weite Verbreitung bestimmt war und die Schaffung militärischer Trupps betraf, nicht in die Hände Dritter gelangen sollte. Über diese Instruktion hinaus soll noch eine für den Vertrieb unter Arbeitern schlesischer Werke bestimmte „Sabotageinstruktion“ entstanden sein; bis jetzt ist jedoch kein Exemplar dieser Schrift gefunden worden. Alle Instruktionen hatten dasselbe Format wie die Zeitung „Front Polski“. Sie wurden aber einseitig gedruckt und die Höhe ihrer Auflagen lässt sich kaum bestimmen. Es scheint sicher zu sein, dass das Format der Schriften und Anweisungen mit der Art des gelieferten Papiers zusammenhing. Während der gesamten Zeit des Betriebs der Druckerei war die im Stadtviertel Zabłocie befindliche Papierfabrik „Solali“ die wichtigste Papier- und Druckfarbenversorgungsquelle. Die Arbeiter des Werkes lieferten das aus der Fabrik gestohlene Papier schon in dem Format, in welchem die Schrift dann erschien. Es handelte sich um Papier von unterschiedlichen Sorten und unterschiedlichem Gewicht.

## 6. Standort der Druckerei, Ursachen und Folgen der Aufdeckung

Wie schon erwähnt, befand sich die Druckerei in der Wohnung von Antoni Ścieszka. Der Standort war nur dem Kommandanten Studencki bekannt; auch wurde das Gebäude von anderen Formen der Untergrundaktivitäten ausgeschlossen. Das Haus bestand aus vier Wohnungen und einem kleinen Mansardenzimmer, in dem sich die Druckerei befand. Im Keller war ein Versteck, wo die Druckmaschine nach ihrer Nutzung aufbewahrt wurde. Der Transport der Maschine in das Mansardenzimmer und zurück in den Keller war recht problematisch, zumal die Wohnungen im Erdgeschoss nach der Vertreibung der polnischen Bewohner von deutschen Familien besetzt wurden. Trotzdem funktionierte die Druckerei mit Sicherheit fast zwanzig Monate lang. Solch ein langer Betrieb an ein und demselben Ort entsprach nicht den Regeln der Untergrundbewegung. Das hing gewiss damit zusammen, dass eine neue, sichere Räumlichkeit nicht leicht zu finden war. Das Glück der Verschwörer war jedoch am 10. August 1942 zu Ende. An diesem Tag wurde die Wohnung von Antoni Ścieszka von Polizeibeamten betreten. Es waren allerdings Polizeibeamte, keine Gestapo- oder Sicherheitsdienstbeamte. Eine Deutsche, die im Erdgeschoss wohnte, war auf den Betrieb im Treppenhaus und sonderbare Geräusche in einer der Wohnungen aufmerksam geworden. Sie nahm an, dass dort eine illegale Schlachtung mit Wurstproduktion stattfand und teilte dies der Polizei mit. Nachdem die Polizisten die Wohnungstür aufgebrochen hatten, erblickten sie etwas Erstaunliches. In der Wohnung stießen sie statt der erwarteten Wurstwaren auf die gesamte, zum Trocknen verbliebene neueste Auflage der „Front Polski“, nämlich der Nr. 34. Bei der folgenden genauen Durchsichtung von Ścieszkas Keller wurde die Druckmaschine entdeckt.<sup>20</sup> Nun folgten die Ereignisse blitzschnell aufeinander. Ścieszka, von einer Frau über die Durchsichtung in seiner Wohnung informiert und dadurch gewarnt, floh von seinem Arbeitsplatz unmittelbar vor dem Eintreffen der Polizei. Das Alarmnetz der Organisation benachrichtigte „Bystry“. Der Kommandant befahl Ścieszka alias „Śep“, sich außerhalb von Żywiec im Ort Kocierz bei einem vertrauten Mitglied der Geheimen Unabhängigkeitsorganisation zu verstecken. Gleichzeitig wurden die Hintergründe der Entdeckung übergeprüft. Bald wurde festgestellt, dass die Aufdeckung der Druckerei per Zufall erfolgte. Das ließ „Bystry“ vermuten, dass die Organisation sicher sei. „Bystry“ ordnete die Vorbereitung einer Reise von „Śep“ ins Generalgouvernement an, wo dieser gefälschte

---

20 Das Archiv der Geheimen Unabhängigkeitsorganisation ist erhalten geblieben. Es war in einem Kachelofen in der Wohnung von Antoni Ścieszka versteckt, wurde später von seiner Schwester Antonina Caputa herausgenommen und an anderer Stelle nochmals versteckt.

Papiere und eine Unterkunft erhalten sollte. Zur gleichen Zeit beauftragte er Józef Sobel alias „Niezłomny“, die Druckerei neu zu organisieren. Durch Zeitungsaussträger machte man bekannt, dass die „Front Polski“ eine Zeit lang nicht erscheinen würde, da die Arbeit des Redaktionsteams reorganisiert und statt der alten eine neue, qualitativ und sachlich bessere Zeitung herausgegeben werden sollte. Für den Auftrag, Ścieszka über die Grenze zu bringen, wurde als Führer Roman Czarnota, ein Mittelsmann der Organisation, bestimmt. Am 24. August stiegen Ścieszka, Czarnota und Stanisław Kwak<sup>21</sup>, der auch über die Grenze gebracht werden sollte, in einen Zug nach Sucha. In der Station angekommen, wurden alle drei verhaftet. Am nächsten Tag tauchte Czarnota jedoch wieder in Żywiec auf, wo er bei einem Treffen meldete, dass er den Auftrag ausgeführt habe, und dass die Grenze sicher passiert worden sei. Die Untergrundarbeit lief scheinbar normal weiter. „Bystry“ führte Gespräche mit der Heimatarmee und mit der Nationalen Militärorganisation über eine Fusion. Am 6. August 1942 sollte er sich mit Roman Czarnota nach Bielsko begeben, wo er sich mit einem Mitglied des Oberkommandos der Nationalen Militärorganisation treffen sollte. Auf dem Weg zum Żywiecer Bahnhof begegneten „Bystry“ und Czarnota Józef Sobel alias „Niezłomny“, der auch nach Bielsko, jedoch im Auftrag seiner Firma, zu fahren gedachte. Zu dritt traten sie dann die Reise an. Auf dem Bahnhof in Bielsko wurde „Bystry“ von einem Mittelsmann der Nationalen Militärorganisation erwartet. Dieser bemerkte, dass der Bahnhof durch die Gestapo umstellt war und versuchte Studencki alias „Bystry“ beim Aussteigen zu warnen, aber es war schon zu spät. Alle drei wurden umstellt und verhaftet. Nach einem kurzen Aufenthalt in Bielsko wurde „Bystry“ nur noch mit „Niezłomny“ ins Gefängnis nach Myslowice gebracht, wo sie den schon verhafteten Ścieszka und Kwak begegneten. Erst jetzt kam das übergroße Ausmaß der Niederlage und der Gefahr ans Licht. Czarnota<sup>22</sup> erwies sich als Verräter und Informant. In den nächsten Wochen fanden Verhaftungen statt, es wurden insgesamt einige hundert Leute festgenommen. Die meisten von ihnen, unter anderem Antoni Studencki, Antoni Ścieszka, Stanisław Kwak, Józef Sobel, und Władysław Wojtyła wurden zum Tode verurteilt und im KZ Auschwitz hingerichtet. So endete die Tätigkeit der Geheimen Unabhängigkeitsorganisation und der von ihr herausgegebenen

---

21 Stanisław Kwak, geb. am. 15.3.1914 in Żywiec, Diplompharmazeut, Unteroffizier, Teilnehmer am Krieg 1939, Mitglied der Geheimen Unabhängigkeitsorganisation, am 24.8.1942 verhaftet und in Myslowice gefangen gehalten, wurde am 25.11.1942 im KZ Auschwitz hingerichtet. *Klistata*, Martyrologium mieszkalców (wie Anm. 2), S. 221f.

22 Roman Czarnota wurde wegen des Verrats zum Tode verurteilt und im Januar 1944 auf der Brücke in Sporysz von Soldaten der Heimatarmee erschossen.

Schrift „Front Polski“. Sie war meiner Meinung nach die technisch und sachlich beste Untergrundzeitung in der Region Żywiec.

In dieser kurzen Darstellung konnte ich die Geschichte der Untergrundpresse in der Żywiecer Region nur allgemein schildern. Zum Schluss möchte ich noch erwähnen, dass sich von 33 Nummern der „Front Polski“, die in der Okkupationszeit erschienen, 28 im Żywiecer Museum befinden. Meistens handelt es sich um Originale, in einigen anderen Fällen um Kopien von Exemplaren, die zu anderen Sammlungen gehören.

## Streszczenie

*Artur Caputa*

### Polska prasa konspiracyjna w Żywcu w latach 1939–1942

W 1939 roku działania wojenne na Żywiecczyźnie zakończyły się już 4 września. W Żywcu, tak jak w całym kraju powstały wtedy pierwsze organizacje podziemne, które z czasem weszły w skład działającej na terenie obu stref okupacyjnych Armii Krajowej. Jedną z nich była Tajna Organizacja Niepodległościowa (TON). Początki jej działalności to jesień 1939 r. Z inicjatywy Stefana Stolarzewicza, Antoniego Scieszki i innych powstała pierwsza grupa konspiratorów. Przybycie do Żywca wczesną zimą 1939 Antoniego Studenckiego nadało grupie nowy kształt, oraz zasięg działania, który rozszerzył się na cały Śląsk. Równocześnie funkcję komendanta objął Antoni Studencki, który przyjął ps. „Bystry”. W tym czasie przyjęto również nazwę organizacji – Tajna Organizacja Niepodległościowa. Jednym z głównych zadań było zorganizowanie własnej drukarni i wydawanie prasy konspiracyjnej. Żywiecczyzna została włączona do Rzeszy dekretem z dnia 8 października 1939 r. Skutkiem tych decyzji Polacy, którzy tutaj mieszkali stali się obywatelami drugiej kategorii, pozbawieni prawa do używania własnego języka. Drukarnię zorganizował przy pomocy pracowników żywieckiej fabryki papieru zastępca „Bystrego” Antoni Scieszka, występujący pod pseudonimem „Sęp”. Maszynę drukarską ulokował w swoim mieszkaniu przy ul. Brackiej. Tu z pomocą Józefa Sobla, ps. „Niezlomny” odbywał się druk gazety, której nadano tytuł „Front Polski”. Pierwszy numer ukazał się z datą 24 grudnia 1940 r., w ilości ok. 800 egzemplarzy. Następne numery pisma w odstępach ok. dwutygodniowych ukazywały się do lipca 1942 r. Łącznie wydano 33 numery pisma, a nakład zwiększono do ok. 3.000 egzemplarzy. Oprócz gazety „Front Polski” drukowano instrukcje dla członków TON-u, m.in. „Instrukcję Sabotażową”. Materiałów potrzebnych do druku (papieru, farby) dostarczali członkowie organizacji zatrudnieni w fabryce papieru „Solali” w Żywcu. Drukarnia w mieszkaniu Antoniego Scieszki funkcjonowała do 10 sierpnia 1942 r., kiedy to policja niemiecka podejrzewając, że w mieszkaniu tym odbywa się nielegalny wyrób wędlin, po przeprowadzonej rewizji odkryła tajną drukarnię. Antoni Scieszka zdołał zbiec, lecz w wyniku zdrady Romana Czarnoty został aresztowany 24 sierpnia i przewieziony do więzienia w Mysłowicach. Podobny los spotkał Antoniego Studenckiego i Józefa Sobla, którzy zostali aresztowani 6 września na dworcu kolejowym w Bielsku. W wyniku działalności zdrajcy Czarnoty do więzienia trafiło kilkuset członków TON-u. Wielu z nich zostało skazanych na karę śmierci.

Wyroki wykonano na terenie obozu Auschwitz. Do dnia 23 marca 1943 r. pod ścianą śmierci zginęli: Antoni Studencki, Antoni Scieszka, Józef Sobel, Władysław Wojtyła i wielu innych. Organizacja TON, po stratach jakie poniosła w 1942 r. nie odegrała już większej roli w konspiracji; ocaleni członkowie weszli w skład Armii Krajowej.

## Oppelner Ansiedler aus dem Żywiecer Land – eine Nachlese zur „Aktion Saybusch“?

### 1. Einführung

Das Museum des Oppelner Schlesiens (Muzeum Śląska Opolskiego) in Opole (Oppeln) führt seit 1994 Forschungen über die nach dem Zweiten Weltkrieg in der Region angesiedelte Bevölkerung durch. Einer der Hauptaspekte dieser Untersuchungen ist das Bemühen um die möglichst genaue Bestimmung der Herkunft der Zuwanderer. Es ist sehr wahrscheinlich, dass sich unter den Eingewanderten in die sogenannten Wiedergewonnen Gebiete, also auch in das Gebiet der heutigen Oppelner Woiwodschaft, eine große Anzahl der Opfer von Massen-Aussiedlungen der Jahre 1940–1941 und später befand.

Bis zum Ende der deutschen Besatzung hat man ungefähr ein Drittel der Bewohner des Landkreises Żywiec (Saybusch) aus ihren Häusern und Bauernhöfen vertrieben (das waren etwa 40.000–50.000 Menschen).<sup>1</sup> Insgesamt haben die Nationalsozialisten im Rahmen der „Aktion Saybusch“ um die 20.000<sup>2</sup> Polen aus 35 Ortschaften ausgesiedelt. Diese Deportationen betrafen keine Juden und auch keine Familien, aus denen mindestens ein Mitglied sich im sogenannten Altreich<sup>3</sup> aufhielt und zu Abgaben für die Verteidigung des Reiches verpflichtet war. Weitere etwa 12.000–14.000 Bewohner wurden in den Jahren 1942–1944 in die sogenannten Polenlager deportiert, die auf dem Gebiet der schlesischen Provinz eingerichtet wurden, und später dann zur Zwangsarbeit im gesamten „Dritten Reich“ verpflichtet.<sup>4</sup>

---

1 *Sikora, Mirosław* und *Monika Bortlik-Dźwierżyńska*: *Aktion Saybusch. Wsiedlenie mieszkańców Żywiecczyny przez okupanta niemieckiego 1940–1941* [Aktion Saybusch. Die Aussiedlung der Żywiecer Bevölkerung durch die deutschen Besatzer 1940–1941]. Katowice 2010, S. 135.

2 Manche Quellen geben die genaue Zahl mit 17.990 Personen an.

3 *Banaś, Józef*: *Z Żywiecczyny na Śląsk* [Vom Żywiecer Land nach Schlesien]. Opole 1992. Józef Banaś wurde zusammen mit seiner Familie aus Kuków nach Klein-Lawaldan (heute: Racula) ausgesiedelt, das 6 km von Zielona Góra (Grünberg) entfernt liegt. Der Landwirt, bei dem er arbeitete, hatte dem lokalen Amtskommissar Bescheinigungen geschickt, was den Rest seiner im Żywiecer Land verbliebenen Familie vor der Aussiedlung rettete. Nach dem Krieg ließ er sich im Oppelner Land in Lipowa, Kreis Grodków, nieder.

4 *Sikora, Mirosław*: *Aktion Saybusch*. In: *Biuletyn IPN* [Bulletin des Instituts des Nationalen Gedenkens (Instytut Pamięci Narodowej)], Nr. 8–9 (103–104) 2009, S. 89.

In die Aussiedlungsgebiete hatte man deutsche Ansiedler geholt, hauptsächlich aus der rumänischen Bukowina umgesiedelte Bauern.

Die ins Generalgouvernement und ins Innere Deutschlands deportierten Polen begannen im Frühjahr 1945, in das Żywiecer Land zurückzukehren. Ihre Häuser waren ruiniert, auseinandergenommen oder in Ställe und andere landwirtschaftliche Gebäude umfunktioniert worden. Und diejenigen, die erhalten geblieben waren, wurden im letzten Moment aller Möbel und Ausrüstungsgegenstände durch die fliehenden Deutschen beraubt, die bereits im Januar 1945 auf der Flucht vor der sich nähernden Roten Armee mit Kutschen, Lastwagen und Zügen ins Reichsinnere evakuiert wurden.<sup>5</sup> Die Ausreise „in den Westen“ – d.h. in die nach dem Zweiten Weltkrieg an Polen neu angegliederten Gebiete im Westen und Norden – stellte für die zurückkehrenden Polen in dieser Situation oft die einzige Lösung dar.

## 2. Exkurse zur Verwaltungsstruktur und der Repatriierung

### *Zur Verwaltungsstruktur der während des Zweiten Weltkriegs besetzten polnischen Gebiete*

Nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs hatte Hitler-Deutschland die Freie Stadt Danzig an das Staatsgebiet des „Dritten Reiches“ angeschlossen. Das gleiche geschah auch mit einigen Gebieten der Zweiten Polnischen Republik: Pommern, Woiwodschaft Poznań (Posen), ein Teil der Woiwodschaft Łódź, Oberschlesien, Dombrowaer Kohlenbecken, die westlichen Landkreise der Woiwodschaft Kraków (Krakau), der nördliche Teil der Woiwodschaft Warszawa (Warschau) und das Suwałki-Gebiet. Sie wurden in die Gaue Danzig-Westpreußen und Wartheland des „Dritten Reiches“ eingeordnet, die wiederum in kleinere Regierungsbezirke aufgeteilt wurden. Aus den polnischen Gebieten, die nicht an das „Dritte Reich“ angeschlossen wurden, bildete man ein politisch-administratives Konstrukt unter dem Namen Generalgouvernement, bestehend aus vier Distrikten (dem Krakauer, Warschauer, Lubliner und Radomer Distrikt) mit der Hauptstadt Krakau.<sup>6</sup> Der Landkreis Żywiec (nun Saybusch genannt) wurde dem neu entstande-

5 Ebd., S. 92.

6 Hryciuk, Grzegorz: Zmiany podziału administracyjnego w latach 1941–1944. In: Hryciuk, Grzegorz und Witold Sienkiewicz (Ed.): Wysziedlenia, wypędzenia i ucieczki 1939–1959. Polacy, Żydzi, Niemcy, Ukraińcy. Atlas ziem Polski [Änderungen in der Verwaltungsstruktur in den Jahren 1941–1944. In: Ders. und Witold Sienkiewicz (Hg.): Aussiedlungen, Vertreibungen und Flucht 1939–1959. Polen, Juden, Deutsche, Ukrainer. Atlas des polnischen Landes]. Warszawa 2008, S. 26–27, S. 27.

nen Regierungsbezirk Kattowitz (Katowice) angeschlossen, obwohl er in der Zweiten Polnischen Republik administrativ der Woiwodschaft Kraków angehörte.

### *Zur Verwaltungsstruktur der nach dem Zweiten Weltkrieg Wiedergewonnenen Gebiete*

Die territorialen Verschiebungen Polens nach dem Zweiten Weltkrieg bewirkten eine Reorganisierung der administrativen Aufteilung des Landes. Am 22. August 1944 wurde kraft des Dekretes des Polnischen Komitees der Nationalen Befreiung (Polski Komitet Wyzwolenia Narodowego [PKWN]) vom 21. August 1944 über das Verfahren zur Ernennung der allgemeinen Verwaltungsbehörden erster und zweiter Instanz die Vorkriegs-Verwaltungsstruktur Polens wiederhergestellt. Weil die Grenzen des Staates noch ungeklärt waren, und ein Teil des Landes immer noch unter fremder Besatzung stand, kann man die Zahl der zu der Zeit tatsächlich existierenden Woiwodschaften nicht genau benennen.<sup>7</sup>

Die Wiedergewonnenen Gebiete, wie man sie damals nannte, wurden teilweise in die bereits bestehenden Woiwodschaften, teilweise auch in die neu gebildeten territorialen Einheiten integriert. Die Polen einverleibten Gebiete unterstanden anfangs der Sowjetischen Militärverwaltung, und am 14. März 1945, noch vor der Einnahme aller dieser Gebiete, bildete man aus ihnen vier Verwaltungsbezirke, die allerdings nicht den Status einer Woiwodschaft hatten. Sie wurden bereits durch zivile Beauftragte der Regierung der Republik Polen verwaltet. Es handelte sich um folgende Bezirke (okręgi): Bezirk I (Śląsk Opolski [Oppelner Schlesien], Bezirk II (Dolny Śląsk [Niederschlesien]), Bezirk III (Pomorze Zachodnie [Westpommern]), Bezirk IV (Mazurski [Masuren]). Erst am 28. Juni 1946, als die Verordnung des Ministerrats in Kraft trat, wurde das Territorium der Wiedergewonnenen Gebiete in die administrative Grundaufteilung des Staates integriert.<sup>8</sup> Dadurch entstanden drei neue Woiwodschaften: Olsztyn (Allenstein), Szczecin (Stettin) und Wrocław (Breslau). Die restlichen Gebiete erweiter-

---

7 Dekret Polskiego Komitetu Wyzwolenia Narodowego z dnia 21 sierpnia 1944 r. o trybie powołania władz administracji ogólnej I-ej i II-ej instancji. In: Dz. u. [Dziennik ustaw] z 1944 r. nr 2, poz. 8 [Dekret des Polnischen Komitees der Nationalen Befreiung vom 21. August 1944 über das Verfahren zur Ernennung der allgemeinen Verwaltungsbehörden erster und zweiter Instanz. In: Gesetzblatt, 1944, Nr. 2, Pos. 8].

8 Rozporządzenie Rady Ministrów z dnia 29 maja 1946 r. w sprawie tymczasowego podziału administracyjnego Ziemi Odzyskanych. In: Dz. u. z 1946 r. nr 28, poz. 177 [Verordnung des Ministerrats vom 29. Mai 1946 über die vorläufige Verwaltungsstruktur der Wiedergewonnenen Gebiete. In: Gesetzblatt, 1946, Nr. 28, Pos. 177].

ten bereits bestehende Woiwodschaften: Białystok, Gdańsk (Danzig), Poznań (Posen) und Śląsk (Schlesien).

Vom 28. Juni 1946 an teilte sich Polen in 14 Woiwodschaften sowie zwei abgetrennte Großstädte Łódź (Lodsch) und Warszawa (Warschau). Das Oppelner Land befand sich nun in der veränderten Woiwodschaft Śląsk (Schlesien), auch Schlesien-Dombrowa genannt. Diese Aufteilung dauerte bis 1950 an. Auf der Rechtsgrundlage des Gesetzes vom 28. Juni 1950 wurden die bereits neu gebildeten drei Woiwodschaften geteilt, und es entstanden nochmal drei neue territoriale Einheiten: die Woiwodschaft Koszalin (Köslin), die 15 Landkreise der Woiwodschaft Szczecin (Stettin) umfasste, die Woiwodschaft Zielona Góra (Grünberg), die aus 14 Landkreisen der Woiwodschaft Poznań (Posen) und 6 Landkreisen der Woiwodschaft Wrocław (Breslau) bestand, und die Woiwodschaft Opole (Oppeln) mit 14 Landkreisen der Woiwodschaft Śląsk (Schlesien), die in Woiwodschaft Katowice (Kattowitz; von 1953 bis 1956 Woiwodschaft Stalinogrod genannt) unbenannt wurde, und 3 Landkreisen der Woiwodschaft Wrocław (Breslau). Die Veränderungen beschränkten sich jedoch nicht nur auf die Bildung neuer Woiwodschaften, man korrigierte auch die Grenzen der bereits bestehenden.<sup>9</sup>

In den Jahren 1975–1998 gliederte sich Polen in 49 Woiwodschaften.<sup>10</sup> 1991 und 1992 wurde eine große Restrukturierung der Kommunen durchgeführt, was die bisherige Aufteilung in Städte und Kommunen deutlich veränderte.<sup>11</sup> Die Änderungen wurden zum 1. Februar 1991, 2. April 1991 und 1. Januar 1992 umgesetzt. Ende der 1990er-Jahre des 20. Jahrhunderts wurde eine weitere administrativ-kommunale Reform des Landes beschlossen, die erneut die Bildung von Landkreisen sowie nun 16 Woiwodschaften beinhaltete.<sup>12</sup>

9 Ustawa z dnia 28 czerwca 1950 r. o zmianach podziału administracyjnego Państwa. In: Dz. u. z 1950 r. nr 28, poz. 255 [Gesetz vom 28. Juni 1950 über die Änderungen der Verwaltungsstruktur des Staates. In: Gesetzblatt, 1950, Nr. 28, Pos. 255].

10 Ustawa z dnia 28 maja 1975 r. o dwustopniowym podziale administracyjnym Państwa oraz o zmianie ustawy o radach narodowych. In: Dz. u. z 1975 r. nr 16, poz. 91 [Gesetz vom 28. Mai 1975 über die zweistufige Verwaltungsstruktur des Staates sowie über die Änderung des Gesetzes zum Nationalrat. In: Gesetzblatt, 1975, Nr. 16, Pos. 91].

11 Dz. u. z 1991 r. nr 2, poz. 9 [Gesetzblatt, 1991, Nr. 2, Pos. 9]; Dz. u. z 1991 r. nr 3, poz. 12 [Gesetzblatt, 1991, Nr. 3, Pos. 12], und Dz. u. z 1991 r. nr 87, poz. 397 [Gesetzblatt, 1991, Nr. 87, Pos. 397].

12 Ustawa z dnia 24 lipca 1998 r. o wprowadzeniu zasadniczego trójstopniowego podziału terytorialnego państwa. In: Dz. u. z 1998 r. nr 96, poz. 603 [Gesetz vom 24. Juli 1998 über die Einführung der grundlegend dreistufigen Verwaltungsstruktur des Staates. In: Gesetzblatt, 1998, Nr. 96, Pos. 603].

*Zur Organisation der Repatriierung polnischer Bürger*

Mit der Repatriierung beschäftigten sich polnische Repatriierungsämter sowohl im Exil als auch in Polen. Bereits im Oktober 1943 wurden in London „Repatriierungsthesen“ ausgearbeitet und Ende 1944 entstand der Entwurf eines Exildekrets des Präsidenten der Polnischen Republik über die Schaffung eines Staatlichen Repatriierungsamtes.<sup>13</sup> Infolge der veränderten politischen Lage hatten jedoch das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung und die von den neuen Machhabern gebildete Vorläufige Regierung den Platz der Londoner Exil-Regierung eingenommen. Es wurde auch der Posten eines Evakuierungs-Beauftragten der polnischen Regierung für die polnische Bevölkerung in der Ukraine, in Weißrussland und Litauen geschaffen. Dabei fungierten ein Hauptbeauftragter (Władysław Wolski), seine Vertreter sowie die Regions- und Bezirks-Beauftragten mit Sitz in 19 Ortschaften der Ukrainischen Sozialistischen Sowjet-Republik, in 12 Ortschaften der Belarussischen Sozialistischen Sowjet-Republik und in 21 Ortschaften auf dem Gebiet der Litauischen Sozialistischen Sowjet-Republik. Als zuständige Behörde für Polen außerhalb der westlichen Grenze Polens ernannte man das Repatriierungsamt für polnische Bürger aus den westlichen Ländern (Amt West) (Urząd do Spraw Repatriacji Obywateli Polskich z Państw Zachodnich [Urząd Zachód]). Innerhalb seines Rahmens fungierte die Polnische Repatriierungsmission (Polska Misja Repatriacyjna [PMR]), die mit ihrem Zuständigkeitsbereich u.a. den Nahen Osten und Südafrika umfasste. In vielen Ländern wirkte zudem die Polnische Militärmission (Polska Misja Wojskowa [PMW]), die sich hauptsächlich mit der Rückführung von Soldaten der Polnischen Streitkräfte beschäftigte.

Auf dem Gebiet des neu entstehenden Staates ernannte man aufgrund von Verträgen mit den Regierungen der drei vorgenannten Sowjetrepubliken regionale Repatriierungsbeauftragte. Mit der Zeit zeigte sich jedoch eine starke Notwendigkeit zur Berufung einer speziellen Institution, die mit ihrem Wirkungsspektrum nicht nur die Gesamtheit der Repatriierungsangelegenheiten, sondern auch die allgemeine Problematik aller Migrations- und Siedlungsbewegungen umfasste. Mit dem Dekret des Polnischen Komitees der Nationalen Befreiung vom 7. Oktober 1944 rief man deswegen

---

13 Kersten, Krystyna: Repatriacja ludności polskiego po II wojnie światowej [Die Repatriierung der polnischen Bevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg]. Wrocław 1974, S. 74–80.

das Staatliche Repatriierungsamt (Państwowy Urząd Repatriacyjny [PUR]) ins Leben.<sup>14</sup>

Wie schwer die erste Zeit des Wirkens des PUR war, schildert sein erster Direktor Władysław Wolski:

„Heute erinnert sich kaum noch jemand daran, was für [schwierige] Zeiten das waren, [keiner] weiß mehr Bescheid über die millionenfache Völkerwanderung in einem vom Krieg zerstörten Land, also ohne Ressourcen und mit devastiertem Eisenbahnverkehr. Es reicht ja zu erwähnen, dass täglich 10.000 Menschen die Ostgrenze überquerten, die sich somit auf eine schwierige mindestens 10-tägige Reise durchs Land begaben. Das hieß, dass auf den Gleisen ständig vom Osten her eine mindestens 100.000 Personen starke Armee von Menschen wanderte – mindestens, weil sie von überall her kamen.“<sup>15</sup>

Mit der Agitation für eine Auswanderung in die neuen Gebiete im Westen, also auch in das Oppelner Land, beschäftigte sich u.a. eine 1944 in Lublin gegründete Bauern-Selbsthilfe-Vereinigung (Związku Samopomocy Chłopskiej), vor allem auch ihre verschiedenen Landkreis-Vertretungen.

### 3. *Die Forschungen des Museums des Oppelner Schlesiens in Oppeln über die Umsiedler in das Oppelner Land*

Während unserer Forschungen im Museum<sup>16</sup> hatten wir lediglich die allgemeine Zusammenfassung der Volkszählung vom 3. Dezember 1950 zur

14 *Sula, Dorota*: Działalność przesiedleńczo-repatriacyjna PUR w latach 1944–1951 [Die Umsiedlungs- und Repatriierungstätigkeit des PUR in den Jahren 1944–1951]. Lublin 2002, S. 14–17.

15 *Wolski, Władysław*: Kartki kontrowersyjne [Die kontroversen Blätter]. Kraków 1980, S. 314.

16 Die Untersuchungen führte Elżbieta Dworzak, eine Mitarbeiterin der Geschichtsabteilung, zusammen mit der Autorin der vorliegenden Arbeit aus der ethnografischen Abteilung durch. Die bisherigen Arbeitsergebnisse wurden veröffentlicht u.a. in: *Dworzak, Elżbieta* und *Małgorzata Goc*: Czy nadrobimy stracony czas. Komunikat o badaniach Muzeum Śląska Opolskiego w Opolu nad kulturą ludności wiejskiej przesiedlonej na Opolszczyznę po II wojnie światowej. In: Kontynuacja i zmiana w kulturze wsi polskiej [Ob wir die verlorene Zeit nachholen? Bericht über die Untersuchungen des Museums des Oppelner Schlesiens in Oppeln über die Kultur der nach dem Zweiten Weltkrieg in das Oppelner Land übergesiedelten Landbevölkerung. In: Kontinuität und Veränderung in der polnischen Landkultur]. Red. Ryszard Kantor. Kielce 1998, S. 59–64; *Dies.*: Pochodzenie terytorialne ludności wiejskiej osiedlonej na Opolszczyźnie po II wojnie światowej. In: Śląsk Opolski. Społeczeństwo – Gospodarka – Kultura [Die territoriale Herkunft der nach dem Zweiten Weltkrieg im Oppelner Land angesiedelten Landbevölkerung. In: Das Oppelner Schlesien. Gesellschaft – Wirtschaft – Kultur], 2000, Nr. 3, S. 21–29;

Verfügung, bei der eine der Fragen lautete: „Wohnsitz im August 1939“. In den Publikationen des Statistischen Hauptamtes verzeichnete man jedoch keine konkreten Herkunftsorte der zugewanderten Bevölkerung.<sup>17</sup> Vor der Volkszählung des Jahres 1950 fand 1946 eine „summarische Volkszählung“ statt, bei der hauptsächlich die Nationalität abgefragt wurde,<sup>18</sup> und im Jahr 1948 ordnete man eine „Einmalige Berichterstattung über den Stand der Besiedelung der Wiedergewonnenen Gebiete am 31. Dezember 1948“ an, wo

---

*Dies.*: Wybrane zagadnienia z historii i kultury ludności osiadłej na Opolszczyźnie po II wojnie światowej – na przykładzie mieszkańców Biłki Szlacheckiej w powiecie lwowskim. In: *Opolski Rocznik Muzealny* [Ausgewählte Fragen aus der Geschichte und Kultur der nach dem Zweiten Weltkrieg im Oppelner Land angesiedelten Bevölkerung – am Beispiel der Bewohner von Biłka Szlachecka im Kreis Lwów (Lemberg). In: *Jahrbuch des Oppelner Museums*], 2002, Bd. 14, S. 9–162; *Dworzak, Elżbieta*: Rozmieszczenie ludności kresowej na terenie województwa opolskiego. In: *Powojenne losy inteligencji kresowej* [Verteilung der ostpolnischen Bevölkerung auf dem Gebiet der Oppelner Woiwodschaft. In: *Nachkriegsschicksale der ostpolnischen Intelligenz*], Red. Elżbieta Trela-Mazur. Opole 2005, S. 115–123; *Dworzak, Elżbieta* und *Małgorzata Goc*: „Nowi“ mieszkańcy województwa opolskiego. Działalność Muzeum Śląska Opolskiego w Opolu. In: *Opolski Rocznik Muzealny* [Die „neuen“ Bewohner der Oppelner Woiwodschaft. Die Tätigkeit des Museums des Oppelner Schlesiens in Oppeln. In: *Jahrbuch des Oppelner Museums*], 2008, Bd. 16, S. 9–31; *Goc, Małgorzata*: Mapa osiedleń jako baza badań nad wybranymi zagadnieniami z historii i kultury powojennej ludności Opolszczyzny. In: *Tożsamość etniczna i kulturowa Śląska w procesie przemian* [Landkarte der Ansiedlungen als Untersuchungsbasis für ausgewählte Problemfelder aus der Geschichte und Kultur der Nachkriegsbevölkerung des Oppelner Landes. In: *Ethnische und kulturelle Identität Schlesiens im Wandlungsprozess*], Red. Halina Rusek und Anna Drożdż. Wrocław, Cieszyn 2009, S. 96–116; *Dworzak, Elżbieta* und *Małgorzata Goc*: „Nouveaux habitants“ de la voïvodie d’Opole dans les activites du Musee de la Silesie d’Opole. In: *Lelait*, Florence, Agnieszka Niewiedział und *Małgorzata Smorąg-Goldberg* (Hg.): *Mémoire(s) de Silésie: Terre multiculturelle, mythe ou réalité?* Paris 2009, S. 153–167; *Goc, Małgorzata*: Osiedlenia wiejskie ludności pochodzenia kresowego na Opolszczyźnie. In: *Kresowianie na Górnym Śląsku* [Die ländlichen Ansiedlungen der ostpolnischen Bevölkerung im Oppelner Land. In: *Die Ostpolen in Oberschlesien*]. Red. Bogusław Tracz. Katowice, Gliwice 2012, S. 83–101, und besonders in der ausführlichen Arbeit von *Dworzak, Elżbieta* und *Małgorzata Goc*: Pochodzenie terytorialne ludności napływowej i geografia powojennych osiedleń na wsi opolskiej. In: *Opolski Rocznik Muzealny* [Die territoriale Herkunft der zugewanderten Bevölkerung und die Geografie der ländlichen Nachkriegsansiedlungen im Oppelner Land. In: *Jahrbuch des Oppelner Museums*], 2011, Bd. 18, Teil 2.

17 Narodowy Spis Powszechny z dnia 3 grudnia 1950 r. Główny Urząd Statystyczny [Die allgemeine Volkszählung vom 3. Dezember 1950. Statistisches Hauptamt]. Bd. 1–20. Warszawa 1954.

18 Powszechny Sumaryczny Spis Ludności z dnia 14 II 1946. In: *Statystyka Polski*, wyd. Główny Urząd Statystyczny, Seria D, Zeszyt 1 [Allgemeine summarische Volkszählung vom 14.2.1946. In: *Die Statistik Polens*. Hg. vom Statistischen Hauptamt. Serie D, Heft 1]. Warschau 1947.

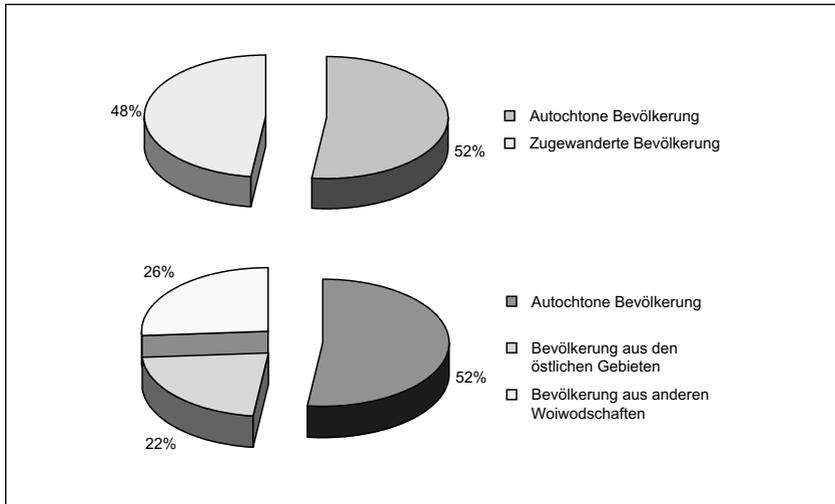


Abb. 1: Bevölkerung der Woiwodschaft Opole nach der allgemeinen Volkszählung vom 3. Dezember 1950: gezählte 809.529 Personen. Eigene Bearbeitung gemäß Leszek Kosiński: *Pochodzenie terytorialne ludności Ziemi Zachodnich w 1950 r.* In: *Studia ekonomiczno-demograficzne Ziemi Zachodnich, Dokumentacja geograficzna*. H. 2. Warszawa 1960, Tab. auf S. 8 (vgl. Fußnote 20)

zum ersten Mal die Frage nach dem Wohnsitz am Tag des Kriegsausbruchs gestellt wurde.<sup>19</sup>

Die allgemeine Volkszählung vom 3. Dezember 1950 hat ergeben, dass das Gebiet der damaligen (neu gegründeten) Woiwodschaft Opole von 809.529 Personen bewohnt war, von denen die autochthone Bevölkerung über die Hälfte ausmachte. Weitere 23 % bis 25 % entfielen auf die aus den ehemaligen Vorkriegs-Ostgebieten Polens umgesiedelte Bevölkerung und 19 % bis 20 % auf Menschen, die aus verschiedenen Woiwodschaften Nachkriegspolens zugereist waren. Die Herkunft von 1 % bis 3 % der Bewohner des Oppelner Landes wurde nicht bestimmt.<sup>20</sup>

19 *Dziurzyński, Patrycy*: *Osadnictwo rolne na Ziemiach Odzyskanych* [Das Agrar-Siedlungswesen in den Wiedergewonnenen Gebieten]. Warszawa 1983, S. 353.

20 Es treten zahlreiche Diskrepanzen auf, obwohl sich die Autoren auf ein und dasselbe Verzeichnis berufen: a) *Czynniki wzrostu ludności ziem zachodnich i północnych oraz jej skład wg pochodzenia*. In: *Polska zachodnia i północna* [Faktoren des Bevölkerungswachstums der westlichen und nördlichen Gebiete sowie die Bevölkerungszusammensetzung nach ihrer Herkunft]. In: *Das westliche und nördliche Polen*. Red. Joanna Kruczyńska. Bd. 1. Poznań, Warszawa 1961, S. 329; b) *Narodowy Spis Powszechny* (wie Anm. 17), S. 4–5; c) *Kosiński, Leszek*: *Pochodzenie terytorialne ludności Ziemi Zachodnich w 1950 r.* In: *Studia ekonomiczno-demograficzne Ziemi Zachodnich. Dokumentacja geograficzna*

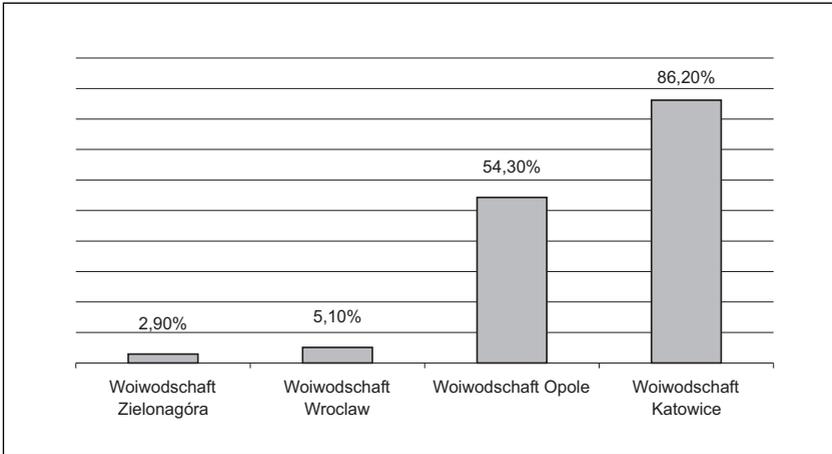


Abb. 2: Vergleich der Prozentsätze der autochthonen Bevölkerung in einigen neu an Polen angegliederten Woiwodschaften nach der Volkszählung vom 3. Dezember 1950. Eigene Bearbeitung gemäß Narodowy Spis Powszechny z dnia 3 grudnia 1950 r. Główny Urząd Statystyczny. Warszawa 1954, Tab. 24 und 25

Das Oppelner Land nahm im Vergleich zu anderen Woiwodschaften, die zu den Wiedergewonnenen Gebieten gehörten, eine Sonderstellung ein. 1950 stellte dort die autochthone Bevölkerung über die Hälfte der Einwohner, wohingegen der Prozentsatz in der benachbarten Woiwodschaft Wrocław (Breslau) etwas über 5 % und der von Zielona Góra (Grünberger Land) lediglich etwa 3 % betrug.

Kennzeichnend für diesen Vergleich ist, dass die neuen Bewohner hauptsächlich in die Städte zogen, wogegen das Land in größerem Maße autochthon blieb (eine Ausnahme war der Landkreis Nysa [Neisse]). Charakteristisch ist auch die Tatsache, dass in Landkreisen, in denen der Anteil der zugezogenen Bevölkerung über 80 % betrug, der Unterschied zwischen Stadt und Land minimal war, d.h. es fand dort ein fast vollständiger Austausch der Bevölkerung statt. In Landkreisen jedoch, deren Landbevölkerung im Gegensatz zu den Städten vorwiegend polnisch war, waren die prozentualen Unterschiede zwischen Stadt und Land erheblich.

---

[Die territoriale Herkunft der Bevölkerung der Westgebiete im Jahre 1950. In: Ökonomisch-demografische Studien der Westgebiete. Geografische Dokumentation], H. 2, Warschau 1960, S. 8, zusätzlich Tab. 1 und 2 (In der Tabelle 2 findet sich ein Rechenfehler beim Prozentsatz der autochthonen Bevölkerung in der Woiwodschaft Opole [Oppeln]. Der angegebene Prozentsatz von 53,8 ergibt sich nicht aus den Zahlen in den Reihen 3 und 4).



Abb. 3: Prozentsatz der zugewanderten Bevölkerung nach einzelnen Landkreisen der Woiwodschaft Opole im Jahre 1950. Eigene Bearbeitung von Elżbieta Dworzak gemäß Leszek Kosiński: *Pochodzenie terytorialne ludności Ziemi Zachodnich w 1950 r.* In: *Studia ekonomiczno-demograficzne Ziemi Zachodnich, Dokumentacja geograficzna*?. H. 2. Warszawa 1960, Tab. 1 und 2 (vgl. Fußnote 20)

Die Analyse der Siedlungsorte der im Oppelner Land zugewanderten Bevölkerung im Vergleich der einzelnen Landkreise zueinander ergibt, dass die größte Zahl der Zuwanderer sich in den nördlichen und westlichen Landkreisen der Woiwodschaft sowie im südlichen Landkreis Głubczyce (Leobschütz) niederließ. Aus diesen Gebieten wurde nämlich auch die größte Anzahl der Bevölkerung ausgesiedelt.

Die Landkreise mit der geringsten Intensität der neuen Siedlungstätigkeit waren die folgenden zentral und östlich gelegenen Kreise: Strzelce (Strehlitz), Olesno (Rosenberg), Opole (Oppeln) und Kozielno (Kosel); in ihnen war die größte Anzahl der bisherigen Bewohner (Autochthone) verblieben.

Wie bereits erwähnt, enthielten keine offiziellen Aufstellungen oder amtlichen Publikationen<sup>21</sup> präzisere Angaben über die Herkunftsorte der Umsiedler als die einer Woiwodschaft, weswegen es uns zweckmäßig erschien, auf andere Quellen zurückzugreifen. Auf der Suche nach detaillierteren Informationen stießen wir auf Datenquellen, deren Inhalte uns eine genauere Bestimmung der Ortschaften erlaubten, aus denen die neuen Bewohner des Oppelner Landes eintrafen. Hierzu sahen wir verschiedenste Aufstellungen auf der Gemeinde- und Landkreis-Ebene, Listen der Angesiedelten, Aufstellungen der Hinzugekommenen sowie „Erfassungskarten“ und „Umsiedlungserklärungen“ durch. „Erfassungskarten“ wurden in den Zentren des Staatlichen Repatriierungsamtes verzeichnet und dann den regionalen Aufsichtsämtern und Abteilungen für Siedlungsangelegenheiten in den Woiwodschaften zugesandt. Sie wies zwar eine Rubrik auf „Wann und woher gekommen“, die allerdings oft leer blieb. Die Karte enthielt auch die Rubrik „Wurde angesiedelt am [Datum], in [Ort]“, aber dieses Feld war noch öfter leer geblieben. Dagegen stand oft in der letzten Rubrik „Bemerkungen“ der Vermerk „ist nach ... verzogen“. Eine „Umsiedlungserklärung“ wurde vom lokalen Vertreter der Bauern-Selbsthilfe-Vereinigung an diejenigen ausgegeben, die ihre Bereitschaft und ihr Einverständnis zur „Umsiedlung aus dem jetzigen Bauernhof auf das Gebiet des Oppelner Schlesiens“ erklärten, hauptsächlich also an die sogenannten Siedler. Es war ein provisorisches Dokument, „gültig bis zum Erhalt des Eigentumstitels für den neuzugeleiteten Grund vom Fiskus“. Natürlich befand sich darin auch die Angabe des bisherigen Wohnortes; es betraf aber nur die ins Oppelner Land als Ansiedler gekommene Gruppe.

Aus der Vielzahl der Quellen wählten wir zwei aus. Unsere Hauptunterlagen waren von nun an die „Siedler-Register“<sup>22</sup> sowie die „Protokolle über die

---

21 Während der Recherche im Archiv des Statistischen Hauptamtes (Główny Urząd Statystyczny [GUS]) hat man mir versichert, dass die Volkszählungsbögen des Jahres 1950 nicht erhalten geblieben sind. In die Oppelner Abteilung des GUS gelangten nur die Aufstellungen der Daten für die Woiwodschaft. Das Archiv für Neuakten besitzt lediglich die hier erwähnten Aufstellungen, die nur unter Berücksichtigung der Aufteilung der Neuangekommenen auf die Woiwodschaften angefertigt wurden.

22 Starostwo Powiatowe w Głubczycach, Wydział Geodezji i Nieruchomości: Rejestr osiedlonych powiatu Głubczyce [(Kreis-)Landratsamt in Leobschütz, Abteilung für Geodäsie und Immobilien: Register der Angesiedelten im Kreis Leobschütz]; Starostwo Powiatowe w Brzegu, Wydział Geodezji i Gospodarki Nieruchomościami z Filią w Grodkowie: Rejestr osiedlonych powiatu grodkowskiego [(Kreis-)Landratsamt in Brieg, Abteilung für Geodäsie und Immobilienwirtschaft mit Filiale in Grottkau: Register der Angesiedelten im Kreis Grottkau]; Starostwo Powiatowe w Strzelcach Opolskich: Rejestr osiedlonych powiatu Strzelce Opolskie [(Kreis-)Landratsamt in Groß-Strehlitz: Register der Angesiedelten im Kreis Groß-

Übergabe eines Bauernhofes in den Besitz des Heimkehrer-Umsiedlers durch das Staatliche Repatriierungsamt<sup>23</sup>. In den ersten Nachkriegsjahren war es hauptsächlich das Staatliche Repatriierungsamt, das mit der Ansiedlungstätigkeit beauftragt worden war.

Ursprünglich sollten diese „Protokolle“ in jedem einzelnen Fall der Übergabe eines Bauernhofes angefertigt werden.<sup>24</sup> Tatsächlich bedeutete das die Übergabe der Bauernhöfe zur Nutzung. Die Eigentumsübergabe fand später nach der Bekanntgabe des Dekrets vom 6. September 1946 über die landwirtschaftliche Ansiedlung in den Wiedergewonnenen Gebieten statt. Begonnen wurde sie mit der Verordnung des Ministers für Landwirtschaft und Agrarreformen in Übereinstimmung mit dem Ministerium der Wiedergewonnenen Gebiete (Ministerstwo Ziem Odzyskanych [MZO]) vom 27. August 1946 über die Durchführung der Vorbereitungen zur Regelung des Eigentumsrechts in der Landwirtschaft. Henryk Markowski schreibt in seiner Doktorarbeit:

„Die Vorbereitung, d.h. die Annahme der Anträge begann am 1. Oktober 1946. Allein während der ersten Monate wurden bis zum 30. Juni 1947 in der Woiwodschaft Śląsk 36.613 Anträge gestellt, von denen 32.676 positiv beschieden und nur 1.671 abgelehnt wurden. Gemäß Verfügung des MZO vom 30. Januar 1947 sollte die Ausgabe der ersten Besitzurkunden am 9. März 1947 stattfinden. An dem Tag fand in allen Bezirken der Wiedergewonnenen Gebiete sowie in

---

Strehlitz]; Starostwo Powiatowe w Namysłowie, Wydział Rolnictwa i Gospodarki Nieruchomościami: Rejestr osiedlonych powiatu Namysłów [(Kreis-)Landratsamt in Namslau, Abteilung für Agrarwirtschaft und Immobilienwirtschaft: Register der Angesiedelten im Kreis Namslau]; Starostwo Powiatowe w Prudniku, Archiwum: Rejestr osiedlonych 1945–1952 [(Kreis-)Landratsamt in Neustadt, Archiv: Register der Angesiedelten 1945–1952] – berücksichtigt wurden nur die Angekommenen bis 1950; Starostwo Powiatowe w Opolu, Wydział Gospodarki Nieruchomościami i Rolnictwa: Rejestr osiedlonych rolników, pow. Niemodlin [(Kreis-)Landratsamt in Oppeln, Abteilung für Immobilienwirtschaft und Agrarwirtschaft: Register der angesiedelten Landwirte, Kreis Falkenberg].

- 23 AP Opole (Archiwum Państwowe Opole [Staatsarchiv Oppeln]), Gruppen: PUR Opole, Sign. 27–30; PUR Koźle, Sign. 13–15; PUR Kluczbork, Sign. 15–21; PUR Nysa, Sign. 20–26; PUR Olesno, Sign. 24–26. In früheren Abhandlungen (aufgeführt in Fußnote 16) wurden auch Daten aus den Gruppen PUR Niemodlin, Sign. 15–22, und PUR Głubczyce, Sign. 8–21, verwendet.
- 24 Dz. urz. MZO (Dziennik urzędu Ministerstwo Ziem Odzyskanych), 1946, nr 9, poz. 157 [Amtsblatt des Ministeriums für die Wiedergewonnenen Gebiete, Nr. 9, Pos. 157]; *Banasiak, Stefan*: Działalność osadnicza Państwowego Urzędu Repatriacyjnego na Ziemiach Odzyskanych w latach 1945–1947 [Die Siedlungstätigkeit des PUR in den Wiedergewonnenen Gebieten in den Jahren 1945–1947]. Poznań 1963, S. 217–218, sowie *Dziurzyński*, Osadnictwo rolne na Ziemiach Odzyskanych (wie Anm. 19), S. 314f.

Danzig die feierliche Übergabe der ersten Besitzurkunden statt. In der Woiwodschaft Śląsk händigte man bis zum 30. Juni 1947 2.942 Besitzurkunden sowie 12.946 Bescheide aus.<sup>25</sup>

Im Oppelner Land wurden die ersten Übergabe-Urkunden am 9. März 1947 erteilt. Insgesamt wurden an diesem Tag ungefähr 1.100 Übergabe-Urkunden ausgegeben.<sup>26</sup> Die Übergabe der ersten Urkunden über das Besitzrecht, die die Grundlage für den Eintrag in das Besitzgrundbuch bildeten, fand Ende 1947 statt.<sup>27</sup> In der ganzen Woiwodschaft Śląsk wurden in dieser Zeit 2.680 Besitzurkunden für die neuen Besitzer der Bauernhöfe ausgegeben.<sup>28</sup>

Die vorgenannten „Protokolle“ enthielten außer den Informationen über den zugeteilten Hof auch den Namen des Ortes, aus dem der jeweilige Siedler gekommen war, sowie des Ortes, in dem er sich niederließ. Ein Hof entfiel auf je eine Familie. In den dicht besiedelten Gebieten gab es jedoch die Empfehlung, mehr als eine Familie pro Bauernhof anzusiedeln.<sup>29</sup> Das Dokument wurde auf diejenige Person ausgestellt, die diese Familie vertrat. Wegen der Masse des administrativen Arbeitsanfalls, vor allem in Zeiten des besonderen Anstiegs der Siedlungsbewegung, kam es jedoch oft vor, dass die Übergaben unbürokratisch verliefen.<sup>30</sup> Daher muss man annehmen, dass die erhaltene Dokumentation in einigen Fällen nicht vollständig ist.<sup>31</sup>

---

25 *Markowski, Henryk*: Wojewódzki Oddział Państwowego Urzędu Repatriacyjnego w Katowicach w latach 1945–1951 [Die Woiwodschaftsabteilung des Staatlichen Repatriierungsamtes in Katowice in den Jahren 1945–1951]. Katowice 2007, S. 244. (<https://www.sbc.org.pl/dlibra/show-content/publication/edition/7023?id=7023>, zuletzt eingesehen am 15.11.2017).

26 *Cichoń, Jan*: Osadnictwo rolne na Opolszczyźnie w latach 1945–1950. In: *Kwartalnik Opolski* [Das landwirtschaftliche Siedlungswesen im Oppelner Land in den Jahren 1945–1950. In: *Oppelner Vierteljahresschrift*], 1967, Nr. 1, S. 46–67, S. 64.

27 *Banasiak*, Działalność osadnicza Państwowego Urzędu Repatriacyjnego (wie Anm. 24), S. 226.

28 *Cichoń*, Osadnictwo rolne na Opolszczyźnie (wie Anm. 26), S. 65.

29 Die Erwähnung einer viel größeren Anzahl von angesiedelten Familien als die der zugewiesenen landwirtschaftlichen Betriebe findet sich in einem Schreiben, das am 24.9.1945 vom Siedlungsreferat des Kreislandratsamtes Opole an das Woiwodschaftskomitee für Siedlungswesen in Katowice gerichtet war. AP Opole, PUR Opole, Sign. 19.

30 *Serafin, Franciszek*: Osadnictwo wiejskie i miejskie w województwie śląsko-dąbrowskim w latach 1945–1948 [Land- und Stadtsiedlungswesen in der Woiwodschaft Schlesien-Dombrowa in den Jahren 1945–1948]. Katowice 1973, S. 92.

31 Das betrifft zweifellos die Landkreise Głubczyce, Prudnik und Niemodlin. Anfangs hatten wir diese Dokumente noch benutzt, jedoch haben wir sie deshalb später nicht mehr verwandt.

In Bezug auf die Landkreise Namysłów (Namslau) und Brzeg (Brieg) sind die „Übergabeprotokolle“ überhaupt nicht erhalten geblieben. Angesichts dieser Fakten haben wir die „Protokolle“ als Grundlage für unsere Recherchen im Fall von fünf Landkreisen genutzt: Landkreis Kluczbork (Kreuzburg), Koźle (Kosel), Olesno (Rosenberg), Opole (Oppeln) und Nysa (Neisse). In den Landkreisen Kluczbork, Koźle, Opole, Strzelce Opolskie (Groß-Strehlitz) erhielt eine beträchtliche Anzahl der Landbevölkerung überhaupt keine Bauernhöfe,<sup>32</sup> sondern wurde den in Parzellen aufgeteilten Landgütern zugeteilt oder gehörte zu den sogenannten Gruppen-Siedlern. Das fand nicht ohne Schwierigkeiten statt, wie der Landrat von Koźle in seinem Bericht vom 30. September 1946 schrieb: „Auf den parzellierten Grundstücken [...] fehlen jegliche Gebäude, weswegen sich die Repatriierten dort nur ungern niederlassen möchten. Die umgebenden Dörfer sind über vier Kilometer von diesen Grundstücken entfernt.“ In dem Bericht des Landgutsamtes der Woiwodschaft Katowice des Jahres 1946 wurden folgende Daten angeführt: „Auf den Wiedergewonnenen Gebieten wurden 263 Grundstücke mit der Fläche von 66.839 ha parzelliert.“<sup>33</sup> Im Laufe des Jahres 1946 wurden im Rahmen der Gruppen-Siedlungstätigkeit 8.829 Familien angesiedelt, die 406 Landgüter in Besitz nahmen.<sup>34</sup>

Um die erforderlichen Informationen für die restlichen Landkreise Głubczyce (Leobschütz), Grodków (Grottkau), Namysłów (Namslau), Niemodlin (Falkenberg), Prudnik (Neustadt O.S.) und Strzelce (Strehlitz) zu erhalten, haben wir die „Siedler-Register“ benutzt. Das sind Listen in Buchform<sup>35</sup>, die meistens folgende Angaben enthalten: Nachname und Vorname des Siedlers (manchmal ist neben dem Nachnamen die Anzahl der Familienmitglieder angegeben), woher er kam (Landkreis, Gemeinde, Dorf), „die Art des Siedlers“ (sie wurde als „Repatriierter“ oder „Siedler“ bezeichnet), die Art

32 Ende 1945 haben 10.446 Familien im Oppelner Land keinen Bauernhof zugewiesen bekommen; im Rahmen der Aktion der „Überschuss-Entladung“ wurden bis Ende 1946 5.100 Familien in andere Woiwodschaften umgesiedelt. *Cichoń*, *Osadnictwo rolne na Opolszczyźnie* (wie Anm. 26), S. 62, 63.

33 Ebd.

34 *Dziurzyński*, *Osadnictwo rolne na Ziemiach Odzyskanych* (wie Anm. 19), S. 118. *Banasiak* schreibt allerdings, dass „Parzellierungs-Genossenschaften in vier Landkreisen entstanden: Głubczyce, Grodków, Niemodlin und Nysa; dagegen betraf die Gruppen-Siedlungstätigkeit nur die Grundstücke im Landkreis Olesno.“ *Banasiak*, *Stefan*: *Osadnictwo rolne w województwie śląsko-dąbrowskim w latach 1945–1947*. In: *Studia i materiały z dziejów Śląska* [Das landwirtschaftliche Siedlungswesen in der Woiwodschaft Schlesien-Dombrowa in den Jahren 1945–1947. In: Studien und Materialien aus der Geschichte Schlesiens]. Red. Kazimierz Popiołek. Bd. VI. Wrocław u.a. 1964, S. 138–182, S. 175.

35 Das betrifft das Verzeichnis: *Rejestr osiedlonych rolników, pow. Niemodlin* [Das Register der angesiedelten Landwirte, Landkreis Falkenberg] (wie Anm. 22).

des zugewiesenen Grundstücks (einfaches oder landwirtschaftliches Grundstück), das Datum der Übernahme des Besitzes durch den Siedler, den Ort der Niederlassung (Gemeinde, Ansiedlung) sowie das Datum des Inkrafttretens der Erklärung über die Übergabe des Besitzes.<sup>36</sup>

Die Grundstücksübernahmen hatten vorwiegend in den Jahren 1945–1946 stattgefunden, was sich mittels der Angaben des PUR aus den „früheren Gebieten“ erläutern lässt: 1945 wurden 1.630.450 Personen umgesiedelt, 1946 waren es 586.425, 1947 nur noch 389.916 und 1948 61.502.<sup>37</sup> „Am 31. Dezember 1946 waren auf die landwirtschaftlichen Betriebe des Oppelner Landes 93.566 Repatriierte und 62.855 Umsiedler verteilt. Im Verhältnis zu 1945 hatte sich die Zahl der Ansiedlungen um 2.320 Personen verringert. [...] Im Landkreis Namysłów wurde die Ansiedlungsaktion von außen erst 1947 beendet, als die letzten organisierten Aussiedlungen der Deutschen stattgefunden haben.“<sup>38</sup> In den Jahren 1947–1950 kamen Grundstücksübernahmen entschieden seltener vor. Weil sowohl die „Übergabeprotokolle“ als auch die „Siedler-Register“ im Grunde gleiche oder vergleichbare Informationskategorien enthalten, entschieden wir, gerade sie als Quellen zu nutzen.

Im Fall des Landkreises Brzeg (Brieg) stießen wir jedoch auf keinerlei Dokumentation über landwirtschaftliche Grundstücksübergaben und fanden auch keine „Siedler-Register“ oder Ähnliches.<sup>39</sup> Deswegen beschlossen wir, uns bei unseren Untersuchungen auf das im Staatlichen Archiv Opole

36 Die zeitliche Abweichung zwischen der faktischen Übernahme des Grundstücks und dem Datum des rechtlichen Inkrafttretens der Zuerkennung des Besitzes betrug manchmal bis zu zwei Jahre.

37 *Dziurzyński*, *Osadnictwo rolne na Ziemiach Odzyskanych* (wie Anm. 19), S. 82. Manche Autoren behaupten sogar, dass die „Massen-Repatriierungsaktion in Oberschlesien eigentlich bereits im September 1945 beendet wurde.“ *Markowski, Henryk*: Państwowy Urząd Repatriacyjny na Górnym Śląsku. In: Rok 1945 w województwie śląsko-dąbrowskim [Das Staatliche Repatriierungsamt in Oberschlesien. In: Das Jahr 1945 in der Woiwodschaft Schlesien-Dombrowa]. Red. Andrzej Topol. Katowice 2004, S. 232.

38 *Cichoń*, *Osadnictwo rolne na Opolszczyźnie* (wie Anm. 26), S. 63–64.

39 Wie bereits erwähnt, befanden sich die Landkreise Brzeg (Brieg) und Namysłów (Namslau) bis 1950 in der Woiwodschaft Wrocław (Breslau). So schreibt auch Czech in seinem Vorwort zum Verzeichnis der Dokumente des Staatlichen Repatriierungsamtes (PUR): „Es fehlen Daten über die Auflösung der PUR-Landkreisabteilung in Brzeg und der PUR-Landkreisabteilung in Namysłów“. *Czech, Stefan*: Wstęp do Inwentarza Zespołu 334 [Vorwort zum Inventarband 334], AP Opole, PUR Brzeg. In den nach Opole übergebenen Dokumenten befinden sich weder Protokolle der Übergabe der Grundstücke noch Register der Angesiedelten. Es existiert dort lediglich ein „Księga rejestracji repatriantów i przesiedleńców w Punkcie Etapowym w Brzegu 1945–49 [Registerbuch der Repatriierten und Umsiedelten der Etappen-Aufnahmestelle in Brzeg 1945–49]“.

befindliche „Ewidencji ludności w gromadach i gminach powiatu brzeskiego [Verzeichnis der Bevölkerung in den Ansiedlungen und Gemeinden des Landkreises Brieg]“<sup>40</sup> aus den Jahren 1945–1946 zu stützen – aus der Zeit also, in der der Siedlungsprozess am intensivsten war.

Vielfach diskutierten wir die Einbindung (der Grundstücksübergaben) in die Datenverarbeitung der Angaben über die Anzahl der Familien oder der Einzelpersonen, die aus den einzelnen Ortschaften gekommen waren. Wie bereits erwähnt, geht aus den Datenquellen meistens hervor, dass ein Grundstück jeweils einer Familie zugeteilt wurde. Manche der Quellen geben die Anzahl der Mitglieder<sup>41</sup> der Familien wieder, die Mehrheit jedoch nicht. Diese Information ist dennoch wichtig, denn sie kann die Grundlage für verschiedene Analysen der Daten bilden. Beispielsweise könnte sie Auskunft über die Dominanz einer Siedlergruppe über eine andere oder über die möglicherweise in der Oppelner Woiwodschaft vorkommenden Gruppenansiedlungen geben. Sie könnte auch auf verschiedenartige ethnische Interaktionen hinweisen.

Die Durchmischung der neuen Ansiedler im Oppelner Land weist darauf hin, dass hier unterschiedliche, geschlossene und verstreute, Siedlungsmodelle entstanden sind. Bekannt sind z.B. soziale Phänomene, die bei folgenden Konstellationen aufgetreten sind:

---

40 AP Opole, PUR Brzeg, Sign. 6–7.

41 Auf der Grundlage verschiedener Quellen kann man eine bestimmte Zahl von Familienmitgliedern als repräsentativ annehmen. Und so gibt z.B. Jałowiecki 3,9 Personen als typisch für eine Familie aus der Woiwodschaft Łwów an (*Jałowiecki, Bohdan: Przyczynek do badań nad procesem adaptacji i integracji społecznej repatriantów na Opolszczyźnie [Beitrag zu Untersuchungen des sozialen Adaptations- und Integrationsprozesses der Repatriierten im Oppelner Land]. Opole 1966, S. 18*). Andere Untersuchungen nennen nur eine (allgemeine) Durchschnittszahl. Nach Bytnar-Suboczowa sind es beispielsweise 3,2 Personen für eine ostpolnische Familie (*Bytnar-Suboczowa, Maria: Układ przestrzenny ruchów ludnościowych w powiecie opolskim [Die räumliche Dimension der Bevölkerungsbewegungen im Landkreis Oppeln]. In: LUD, 46 (1960), S. 172–195*). Etwas 4,4 Personen sind es dagegen nach Dziurzyński (*Dziurzyński: Osadnictwo rolne na Ziemiach Odzyskanych [wie Anm. 19], S. 118*) und gleichfalls 4,4 nach Markowski (*Markowski: Państwowy Urząd Repatriacyjny na Górnym Śląsku [wie Anm. 37], S. 230*). Die Zahl 4–4,5 kommt auch der Durchschnittszahl aus den Daten in einigen statistischen Aufstellungen über die in die Landkreise gezogenen Aussiedler nahe. Im Register der angesiedelten Landwirte der Landkreise Niemodlin und Grodków wurde die Zahl der Familienmitglieder, manchmal auch mit weiteren Verwandten, mit durchschnittlich etwas über 4,5 Personen angegeben. Allerdings müsste die Zahl für die Familien aus dem Żywieczer Landkreis viel größer ausfallen. Laut den „Siedlungserklärungen“ waren die dortigen Familien oft sehr kinderreich. Sieben oder acht Kinder stellten keine Seltenheit dar.

- a) eine geschlossene, kulturell einheitliche Gruppe, die in eine von ihnen kulturell unterschiedliche, jedoch für sich gleichermaßen einheitliche Gesellschaftsgruppe umgesiedelt wurde: z.B. Bewohner eines Ortes aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten, die in eine rein schlesische Umgebung kamen (z.B. in die Ortschaft Grodziec der Gemeinde Ozimek),
- b) eine geschlossene Gruppe, die in eine inhomogene Gesellschaft umgesiedelt wurde: z.B. eine Gruppe aus den Żywiecer Beskiden in eine gemischte Umgebung (mit einer Bevölkerung aus anderen Gebieten Südpolens und der ehemaligen polnischen Ostgebiete),
- c) einzelne Familien, die in einer ihnen fremden, jedoch für sich homogenen Umgebung lebten: z.B. Schlesier unter Ostpolen oder umgekehrt (viele Beispiele im Oppelner Land).

Hinzuzufügen wäre noch, dass die gesammelten Informationen ein ungleiches, mehr oder weniger vollständiges Bild über die Nachkriegslandbesiedlung bezogen auf die einzelnen Landkreise bilden – und von der Vollständigkeit der verfügbaren Dokumente abhängig sind. Nur eines kann man unbestritten feststellen: Aus *einem angegebenen* Ort kam *mindestens eine* Person und ließ sich in einem *konkreten* Ort auf dem Gebiet des Oppelner Landes nieder. Die Bestätigung der These ergibt sich u.a. aus der Gegenüberstellung der Ergebnisse der Archivuntersuchungen und der Fakten im Forschungsgebiet.<sup>42</sup>

#### 4. Die territoriale Herkunft der Ansiedler – Befunde gemäß den Quellen

Gemäß den genannten Quellen sind in dem Gebiet der damaligen Woiwodschaft Opole (ohne den Landkreis Brzeg) 25.967 Familien neuer Ansiedler angekommen. Im Landkreis Brzeg sind 7.434 Personen zugezogen.<sup>43</sup> Unter den Ankömmlingen aus den Gebieten der Zweiten Polnischen Republik stammten die meisten aus der ehemaligen Woiwodschaft Tarnopol – es waren ca. 8.956 Familien (Landkreis Brzeg: 2.419 Personen), was

42 In den Jahren 1995–2010 hatten Mitarbeiter des Museums des Oppelner Schlesiens Feldforschungen zu dem Thema in folgenden Ortschaften durchgeführt: Grodziec, Gościęcín, Żelazna, Tułowice, Ligota Tułowicka, Strzelce Opolskie, Karczów, Sidzina, Lubrza, Brzeg, Kędzierzyn-Koźle, Ciepłowice, Dobrzyń, Szydłowiec, Niemodlin, Sady, Rudziczka, Brzozowiec. Sie führten auch zahlreiche Gespräche mit Bewohnern von Opole, deren Familien sich in Schlesien angesiedelt haben.

43 Der Vergleich von Familien- bzw. Personenzahlen, die wir in unseren bisherigen Veröffentlichungen angegeben haben, zeigt, dass sie verschieden ausfallen. Das kommt daher, dass wir nicht immer dieselben Quellen nutzten oder die einheimische, „erneut“ angesiedelte Bevölkerung hinzurechneten.

über ein Drittel der Gesamtzahl der Neusiedler ausmachte. Die Zahl dieser Bevölkerungsgruppe übertraf bei weitem alle folgenden Gruppen, die aus den ehemaligen Woiwodschaften Lwów (Lemberg) mit 4.054 Familien (Landkreis Brzeg: 1.922 Personen) und Kraków (Krakau) mit ca. 3.884 Familien (Landkreis Brzeg: 517 Personen)<sup>44</sup> gekommen waren. Aus der Woiwodschaft Wolhynien (Wołyń) kamen 2.896 Familien (Landkreis Brzeg: 1.827 Personen), aus der Woiwodschaft Kielce 2.302 Familien (Landkreis Brzeg: 71 Personen), und aus der Woiwodschaft Stanislaw (Stanisławów) 1.799 Familien (Landkreis Brzeg: 275 Personen). Die Zahlen aus den übrigen Woiwodschaften der ehemaligen polnischen Ostgebiete (Nowogródek: 121 Familien, Wilno: 80 Familien und Polesie: 87 Familien) machten insgesamt lediglich ca. 3,1 % aus. Entsprechend wenige Personen aus diesen Woiwodschaften kamen im Landkreis Brzeg an, nämlich zwei, acht und drei. Weniger als 500 Familien stammten aus der Woiwodschaft Łódź (im Landkreis Brzeg: weniger als 100 Personen), weniger als 300 Familien aus der Woiwodschaft Lublin (im Landkreis Brzeg: 102 Personen), weniger als 200 Familien aus den Woiwodschaften Warszawa, Śląsk, Poznań, und weniger als 50 Familien aus Białystok und Pomorze (im Landkreis Brzeg: weniger als 10 Personen).

Woiwodschaft	Anzahl der Familien	Woiwodschaft	Anzahl der Familien
Tarnopol	8956	Śląsk	147
Lwów	4054	Warszawa	125
Kraków	3884	Nowogród	121
Wołyn	2896	Poznań	120
Kielce	2302	Polesie	87
Stanisławów	1779	Wilno	80
Łódź	487	Pomorze	35
Lublin	223	Białystok	31

Tab. 1: Anzahl der aus einzelnen Woiwodschaften ins Oppelner Land (ohne Landkreis Brzeg) gekommenen Familien (nach Häufigkeit)

Obwohl von der Gesamtzahl der Neuansiedler prozentual die meisten aus der Woiwodschaft Tarnopol stammten, war es keiner der Landkreise dieser

44 Die Arbeiten der Demografen geben an, dass in das Oppelner Gebiet etwa 50.000 Personen aus der Woiwodschaft Krakau gekommen sind. Die Mehrheit davon (über 70 %) ließ sich auf dem Land, vorwiegend in südlichen Landkreisen nieder: Nysa (18.000), Grodków (8.000) und Prudnik (5.000). *Golachowski, Stefan: Zagadnienia demograficzne Opolszczyzny*. In: Instytut Śląski – Komunikaty [Demografische Fragen im Oppelner Land. In: Schlesisches Institut – Mitteilungen], Nr. 9, 1961, S. 8.

Woiwodschaft, aus dem die meisten Menschen in das Oppelner Land ausge-  
reist waren, sondern dies war der *Landkreis Żywiec (Saybusch)* in der ehe-  
maligen Woiwodschaft Krakau.

Landkreis	Woiwodschaft	Anzahl der Familien
Żywiec	Kraków	1785
Lwów	Lwów	1689
Tarnopol	Tarnopol	1477
Luck	Wołyn	1260
Brzeżany	Tarnopol	1213
Borzców	Tarnopol	729
Kamionka Strumiłowa	Tarnopol	625
Trembowla	Tarnopol	598
Zbaraż	Tarnopol	582
Złoczów	Tarnopol	580
Zawiercie	Kielce	537

Tab. 2: Landkreise, aus denen die in das Oppelner Land (ohne Landkreis Brzeg) zuge-  
zogenen Familien stammten (nach Häufigkeit)

Aus dem Landkreis *Żywiec* waren *mindestens* 1.785 Familien gekommen (plus in den Landkreis Brzeg: 99 Personen). Das ist die Zahl, die durch unsere Quellendokumente bestätigt wird. 32 von den 1.785 Familien nannten als ihren Herkunftsort den Sitz des Landkreises, die Stadt *Żywiec*; der Rest der Familien gab 85 andere Ortschaften an.<sup>45</sup> Unter den Ortsnamen befinden sich selbstverständlich solche, deren Bewohner von Kriegsaussiedlungen betroffen waren. Urkunden, auf die wir stießen, bestätigen: Aus dem Dorf Radziechowy kamen etwa 115 Familien (plus 64 Personen in den Landkreis Brzeg); aus den Dörfern Cisiec und Ujsoły waren es etwa jeweils 100

45 Es handelt sich um folgende Ortschaften: Bierna, Brzuśnik, Bystra, Cięcina, Cisiec, Czernichów, Gilowice, Glinka, Głazy (?), Jeleśnia, Juszczyzna, Kalna, Kamesznica, Kamienica (?), Kocierz, Kocień, Koleby, Korbielów, Koszarawa, Krzeszów, Krzyżowa, Kuków, Kurów, Lachowice, Las, Leśna, Lipowa, Łękawica, Łodygowice, Łysina, Międzybrodzie, Milówka, Mosty (?), Moszczanica, Mutne, Nickuliņa, Nieleďwia, Oczków, Parszówka, Pewel (unbestimmt), Pewel Mała, Pewel Ślemień, Pewel Wielka, Pietrzykowice, Przyborów, Przyłęków, Przytyków (?), Radziechowy, Rajcza, Rikw... (?), Rycerka (unbestimmt), Rycerka Dolna, Rycerka Górna, Rychwałd, Rychwałdek, Ryczka (?), Sienna, Słotwina, Soblówka, Sopotnia, Sopotnia Mała, Sopotnia Wielka, Sól, Sporysz, Stryszawa, Strzebuła (?), Sucha, Szafrance (?), Szare, Ślemień, Swinna, Targoszów, Tresna, Trzebinia, Ujsoły, Węgierska Górka, Wieprz, Zabłocie, Zadziele, Zarzecze, Złatna, Zwardoń, Żabnica, Żywiec Stary.

Familien und aus Rycerka Górna i Rycerka Dolna (Ober- und Nieder-Rycerka) insgesamt ca. 150 Familien. Fast 100 Familien kamen schließlich auch aus Sól – um nur die größten Gruppen aufzuzählen, die aus einem Ort gekommen waren.

<b>Herkunftsort</b>	<b>Anzahl der Familien</b>	<b>Herkunftsort</b>	<b>Anzahl der Familien</b>
Radziechowy	115	Sporysz	25
Cisiec	100	Oczków	23
Ujsoły	100	Kocoń	22
Sól	96	Krzeszów	22
Kamieszница	85	Zadziele	21
Rycerka Dolna	82	Łękawica	18
Rajcza	74	Pietrzykowice	17
Rycerka Górna	66	Międzybrodzie	16
Nieledwia	61	Moszczanica	16
Szare	57	Pewel Wielka	16
Lipowa	49	Żabnica	16
Milówka	47	Bystra	15
Ślemień	47	Juszczyna	15
Jeleśnia	45	Tresna	14
Koszarawa	45	Korbielów	13
Gilowice	37	Mutne	12
Rychwałd	35	Wieprz	12
Przyborów	33	Brzuśnik	10
Żywiec	32	Rychwałdek	10
Sopotnia	27	Soblówka	10
Trzebinia	27	Zabłocie	10
Kocierz	26		

Tab. 3: Ortschaften des Landkreises Żywiec, aus denen die in das Opperland (ohne Landkreis Brzeg) zugezogenen Familien stammten (nach Häufigkeit)

### 5. *Das Bild des Żywiecer Landes nach dem Krieg*

Die Zahl derer, die ausgesiedelt wurden, aber den Krieg überlebten und zurückgekommen waren, ist sehr schwer abzuschätzen. Angaben aus dem Jahr 1946 schätzen den neuen Landkreis Żywiec, der wiederholt der

Woiwodschaft Krakau<sup>46</sup> einverleibt wurde, auf 115.994 Einwohner. Demnach wäre also ein offensichtlicher Einwohnerrückgang zu verzeichnen. Die Ergebnisse der allgemeinen Volkszählung von 1950 zeichnen jedoch bereits ein Bild nach der „großen Volkswanderung“ der Nachkriegszeit. In den 1954 publizierten (Volkszählungs-)Angaben ist dann die Rede von 137.137 Personen, die den Landkreis Żywiec bewohnen.<sup>47</sup>

Die Rückkehrer hatten oft ihr Vorkriegszuhause nicht mehr vorfinden können. Wie sich die Bewohner von Sopotnia Mała (Klein-Sopotnia) beispielsweise erinnern, war ihr Dorf zu 80 % vernichtet worden.<sup>48</sup> Szefer bemerkt dazu:

„Um eine deutsche Bauernfamilie anzusiedeln, musste man drei bis vier polnische Bauernfamilien aussiedeln, denn ihre Bauernhöfe waren nur zwischen etwa drei und fünf Hektar groß. Am besten zeugen davon die Datenberichte der Umsiedlungsaktion im Landkreis Saybusch, durchgeführt durch die deutsche Besatzungsmacht Ende 1940. Wie aus ihnen hervorgeht, hatte man 3.034 polnische Familien mit insgesamt 14.927 Personen ausgesiedelt, um 623 deutsche Familien mit 2.912 Personen an ihrer Stelle anzusiedeln.“<sup>49</sup>

Daraus können wir schließen, dass fast vier von fünf zu ihren Höfen zurückkehrenden Familien kein Zuhause mehr vorfanden. Ihre Häuser waren oft niedrigerissen oder eben zu wirtschaftlichen Gebäuden umfunktioniert wor-

46 [http://pl.wikipedia.org/wiki/Podzia%C5%82\\_administracyjny\\_Polski\\_1944-1946](http://pl.wikipedia.org/wiki/Podzia%C5%82_administracyjny_Polski_1944-1946), zuletzt eingesehen am 18.5.2015.

47 Narodowy Spis Powszechny z dnia 3 grudnia 1950 r.: struktura zawodowa i demograficzna ludności: indywidualne gospodarstwa rolne: województwo krakowskie. Ed. Główny Urząd Statystyczny Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej [Die Allgemeine Volkszählung vom 3. Dezember 1950: Berufliche und demografische Struktur der Bevölkerung: Private landwirtschaftliche Betriebe: Woiwodschaft Krakau. Hg. vom Statistischen Hauptamt der Polnischen Volksrepublik]. Warszawa 1954, S. 3. – Vor dem Zweiten Weltkrieg zählte der Kreis Żywiec etwas mehr als 130.000 Einwohner, nämlich laut Daten aus einer polnischen Quelle 130.900 (Mały Rocznik Statystyczny 1939 [Kleines Statistisches Jahrbuch 1939]. Warszawa 1939, S. 14) sowie laut einer deutschen Quelle 130.277 (Das Schlesienbuch. Handbuch für die Provinzen Niederschlesien und Oberschlesien. Bd. 1. Dresden 1942, S. 162).

48 Grzegorzek, Bronisław: Akcja wysiedleńcza na Żywiecczyźnie – wysiedlenia w Sopotni Małej [Die Aussiedlungsaktion im Żywiecer Land – Aussiedlungen in Sopotnia Mała]. In: <http://www.jelesnia.pl/akcja-wysiedlencza-na-zywiecczyzniewysiedlenia-w-sopotni-malej,80.html>, zuletzt eingesehen am 19.5.2015.

49 Szefer, Andrzej: Hitlerowskie próby zasiedlania ziemi śląsko-dąbrowskiej w latach II wojny światowej (1939–1945) [Hitleristische Versuche der Besiedlung der Gebiete Schlesien-Dombrowas in den Jahren des Zweiten Weltkrieges (1939–1945)]. Katowice 1984, S. 139–140.

den.<sup>50</sup> Kleine Bauernhöfe waren nämlich zusammengelegt worden, um eine Gesamtfläche von mindestens 20 Hektar zu erreichen.<sup>51</sup>

Helena Szatanikowa ist im Sommer 1945 nach Sól zurückgekehrt. Weil die Deutschen in ihrem Elternhaus einen Viehstall eingerichtet hatten, sind die Eltern bei Verwandten untergekommen und fingen zu renovieren an. Helena dagegen machte sich erneut auf den Weg, nämlich in den Westen, hinter Arbeit und Brot her. Sie ließ sich in den Wiedergewonnenen Gebieten nieder, heiratete und bekam Kinder. Nach Sól kam sie erst nach Jahren auf Bitte der inzwischen alt gewordenen Eltern zurück.<sup>52</sup>

Eine andere ehemalige Einwohnerin von Sopotnia, Rozalia Pindel, die aus ihrem Heimatdorf am 13. Juni 1942 vertrieben wurde, kam im Mai 1945 zurück. Sie erinnert sich: „Unser kleines Häuschen stand immer noch, die Wände waren ganz leer, nicht mal der Ofen ist geblieben. Vater ist zur Gemeindeverwaltung gegangen, um irgendeine Hilfe zu holen. Sie hatten dort aber einen anderen Rat – es gibt Bauernhöfe im Westen, wo man sich neu niederlassen könne.“<sup>53</sup>

## 6. Die Siedlungsgeografie – geschlossen oder verstreut angesiedelte Siedlergruppen

Die Bewohner des ehemaligen Landkreises Żywiec (Saybusch), die nach dem Zweiten Weltkrieg im Opper Land eintrafen, waren ein Beispiel für eine verstreut angesiedelte Gruppe – sie bewohnten fast alle Landkreise der späteren Woiwodschaft Opper (außer Olesno [Rosenberg]):

- Im Landkreis Grodków (Grottkau) haben 940 Familien 52 Ortschaften<sup>54</sup> bewohnt; sie stammten aus 67 verschiedenen Orten.

50 Sikora und Bortlik-Dźwierzynska, Aktion Saybusch (wie Anm. 1), S. 148.

51 Szefer, Hitlerowskie próby zasiedlania (wie Anm. 49), S. 109.

52 Pięciak, Wojciech: Polscy wypędzeni [Die polnischen Vertriebenen]. In: <https://www.tygodnikpowszechny.pl/polscy-wypedzeni-82010-13053>, zuletzt eingesehen am 21.2.2010.

53 Interview, aufgezeichnet am 10.12.1998 von Małgorzata Goc, MŚO-DzE-EME [Muzeum Śląskie Opolskiego – Dział Etnograficzny – Ewidencja Materiałów Etnograficznych (Museum des Opper Schlesiens – Ethnografische Abteilung – Verzeichnis der ethnografischen Materialien)], Sign. 587.

54 Bąków, Bogdanów, Brzeziny, Chociebórz Chróścina, Cieszanowice, Czarnolas, Giełczyce, Gierów, Głębocko, Gola Grodkowska, Goraszowice, Grądy, Grodków-miasto, Jędrzejów, Kamiennik, Kobiela, Kolnica, Kopice, Lasowice, Ligota Wielka, Lipniki, Lipowa, Lubiatów, Lubicz, Maciejowice, Makowice, Malerzowice Małe, Mikołajowa, Młodoszowice, Mroczkowa, Osiek Grodkowski, Pniewie, Póhwiosek (Stadtteil von Grodków), Przylesie Dolne, Rogów, Sarnowice, Sidzina, Skoroszyce, Starowice Dolne, Stary Grodków, Strzegów, Suszkowice, Szklary,

- Im Landkreis Nysa (Neisse) haben 675 Familien 31 Ortschaften<sup>55</sup> bewohnt; sie stammten aus 67 verschiedenen Orten.
- Im Landkreis Opole (Oppeln) haben 78 Familien 6 Ortschaften<sup>56</sup> bewohnt; sie stammten aus 17 verschiedenen Orten.
- Im Landkreis Niemodlin (Falkenberg) haben 49 Familien 10 Ortschaften<sup>57</sup> bewohnt; sie stammten aus 15 verschiedenen Orten.
- Im Landkreis Brzeg (Brieg) haben 99 Personen 6 Ortschaften<sup>58</sup> bewohnt; sie stammten aus 5 verschiedenen Orten.
- Im Landkreis Głubczyce (Leobschütz) haben 18 Familien 15 Ortschaften<sup>59</sup> bewohnt; sie stammten aus 12 verschiedenen Orten.
- Im Landkreis Prudnik (Neustadt O.S.) haben 14 Familien 7 Ortschaften<sup>60</sup> bewohnt; sie stammten aus 7 verschiedenen Orten.
- Im Landkreis Kluczbork (Kreuzburg O.S.) haben 5 Familien 4 Ortschaften<sup>61</sup> bewohnt; sie stammten aus 3 verschiedenen Orten.
- Im Landkreis Strzelce Opolskie (Groß-Strehlitz) haben 2 Familien 2 Ortschaften<sup>62</sup> bewohnt; sie stammten aus 2 verschiedenen Orten.
- Im Landkreis Namysłów (Namslau) haben 2 Familien 2 Ortschaften<sup>63</sup> bewohnt; sie stammten aus 2 verschiedenen Orten.
- Im Landkreis Koźle (Kosel) haben 2 Familien 2 Ortschaften<sup>64</sup> bewohnt; sie stammten aus 2 verschiedenen Orten.

Die Żywiecer besiedelten in den oben angeführten Landkreisen bis zu 137 Ortschaften, die meisten im Landkreis Grodków. Die aus Archivalien ent-

- 
- Tarnów Grodkowski, Ulanowice, Wierzbnik, Więcmierzycze, Wojnowiczki, Wojsław, Żelazna, Żurzyce.
- 55 Biała Nyska, Buków, Domaszkowice, Dziewiętlice, Głębinów, Gościce, Goświnowice, Górna Wieś (Stadtteil von Nysa), Gryzów, Iława, Jagielnica, Jędrzychów, Kamienica, Koperniki, Kozielno, Kubice, Lipowa, Lisie, Kąty, Mańkowice, Morów, Niwnica, Nysa-Średnia Wieś, Paczków, Radzikowice, Rynarcice, Stary, Paczków, Ścinawa Nyska, Ujeździec, Węża, Wierzbicęce, Włodary.
- 56 Błękinów/Radomierowice, Kolonia Popielowska, Krogulna, Młodnik, Siedlice, Święciny.
- 57 Gracze, Magnuszowice, Magnuszowiczki, Malerzowice, Radoszowice, Rzędziwojowice, Sarny Małe, Sarny Wielkie, Tułowice, Włostowa.
- 58 Gierszowice, Kurznie, Michałów, Olszanka, Pogorzela, Rybna.
- 59 Bliszczycze, Bogdanowice, Boguchwałów, Dobieszów, Dzbańce, Dzierzysław, Grobniki, Kietrz, Królowe, Lewice, Opawica, Piotrowice, Posucice, Rozumice, Sułków
- 60 Laskowice, Lubrza, Pokrzywna, Raclawice Śląskie, Szybowice, Ścinawa Mała, Trzebina.
- 61 Markotów Duży, Skalaği, Smardy Górne, Unieszów.
- 62 Góra Świętej Anny (St. Anna-Berg), Grabów.
- 63 Głuszyna, Miejsce.
- 64 Borzysławice, Brzeźce.

nommenen Daten betreffen 52 Ortschaften aus diesem Landkreis, das heißt, dass fast ein Drittel der Dörfer, die durch ehemalige Żywiecer besiedelt wurden, im Landkreis Grodków lag. Von über 3.000 dort nach dem Krieg zugezogenen Familien stammten fast 1.000 aus dem Landkreis Żywiec. Der zweite Landkreis, der von ihnen ähnlich zahlreich besiedelt wurde, war der Landkreis Nysa. Jedoch waren sie dort nicht mehr so verstreut angesiedelt: Aus 67 verschiedenen Dörfern stammend, ließen sie sich in 31 unterschiedlichen Ortschaften des Landkreises nieder.<sup>65</sup>

Das wiederholte Vorkommen von gleichen Stammortsnamen in den verschiedenen Unterlagen zeugt von der Zerstreung einer Siedlergruppe, die früher in einer Gegend wohnte. Über zwanzig Mal wurden in den Dokumenten Żywiec und Radziechowy erwähnt. Und ein gutes Dutzend Mal fanden Erwähnung: Rajcza, Kamesznica, Milówka, Szare, Ujsoły, Rycerka Dolna i Górna, Rychwałd, Gilowice, Lipowa, Jeleśnia und Sporysz.

### 7. *Das multikulturelle Bild Schlesiens – die Konsequenz der Nachkriegsumsiedlungen*

An ihrem neuen Niederlassungsort fanden die Umsiedler oft Grundstücke vor, deren Besitzer den vorgeschriebenen Prozess der nationalen „Verifikation“ noch nicht abgeschlossen hatten. Dadurch entstanden Probleme mit strittigen Bauernhöfen, deren Angelegenheiten die Gerichte noch 1950 beschäftigt haben.<sup>66</sup> Das am 2. August 1945 unterzeichnete Abkommen der Potsdamer Konferenz sah die Zwangsumsiedlung der Deutschen aus Polen (sowie aus der Tschechoslowakei und Ungarn) vor.<sup>67</sup> In der Woiwodschaft Śląsk (dessen Teil jetzt das Oppelner Land war) begann die Nationalitäts-Überprüfung bereits im Frühjahr 1945. Die Landräte der ausgewählten Landkreise und die städtischen Bürgermeister wurden zur Ausgabe von vorläufigen Bescheinigungen befugt, die die polnische Nationalität der Einwohner bestätigen sollten. Die dabei angewandten Entscheidungskriterien

65 Daten aus Archivquellen bestätigen frühere Informationen bezüglich Umsiedlern aus der damaligen Woiwodschaft Krakau und dem Landkreis Żywiec. 1960 schrieb Kosiński in seiner Beschreibung der Umsiedler-Gruppen aus der Krakauer Woiwodschaft, dass „ihr größter Anteil in den Landkreisen Kamienna Góra, Grodków und Nysa zu finden ist“. *Kosiński*, *Pochodzenie terytorialne ludności* (wie Anm. 20), S. 27.

66 *Cichoń*, *Osadnictwo rolne na Opolszczyźnie* (wie Anm. 26), S. 60.

67 *Linek, Bernard*: *Odniemczanie województwa śląskiego w latach 1945–1950* [Die Entdeutschung der Woiwodschaft Schlesien in den Jahren 1945–1950]. Opole 1997; *Strauchold, Grzegorz*: *Autochtoni polscy, niemieccy czy ... Od nacjonalizmu do komunizmu (1945–1949)* [Polnische, deutsche oder ... Autochthonen. Vom Nationalismus zum Kommunismus (1945–1949)]. Toruń 2001.

waren nicht sehr präzise. Dadurch betrug die verifizierte Personenzahl mit polnischer Nationalität im Oppelner Schlesien 1949 fast 851.500. Gleichzeitig zur Verifizierung verlief die Aussiedlung. Man bildete Sammellager, in denen Deutsche auf ihren Abtransport warten sollten. Der Höhepunkt der Aktion fand 1946 statt, als man Aussiedlungssammelstätten in Grodków, Otmuchów, Nysa und Głubczyce einrichtete. Man nimmt an, dass in den Jahren 1945–1950 aus der Woiwodschaft Śląsk über 300.000 Deutsche ausgesiedelt wurden.

Bei der Umsiedlung ins Oppelner Land musste man sich bewusst machen, dass die neuen Nachbarn, die alle aus verschiedenen Richtungen zugewandert sind, vielleicht wenig in ihren Reisetaschen hatten, dafür aber ganz unterschiedliche Erfahrungen und kulturelle Gepflogenheiten in ihrem „Gepäck“ mitführten. Die in den 1960er-Jahren im Auftrag des Schlesischen Instituts in Opole durchgeführten Untersuchungen offenbarten, wie schwierig die ersten Nachkriegsjahre gewesen sein mussten.<sup>68</sup> Unsere Forschungen, die dreißig Jahre später stattgefunden haben, beweisen, dass sich der damals prognostizierte Prozess einer völligen kulturellen Assimilation so nicht vollzog. Die bereits erwähnte Rozalia Pindel aus Sopotnia ließ sich zusammen mit ihren Eltern in dem Dorf Żelazna im ehemaligen Landkreis Grodków (Grottkau) nieder.<sup>69</sup> Die Hälfte der Bewohner des Dorfes bestand aus ehemaligen Bewohnern des Dorfes Biłka Szlachecka (Adels-Biłka) und Biłka Królewska (Königs-Biłka) aus dem ehemaligen Landkreis Lwów (Lemberg) (aus den von Polen an die UdSSR verlorenen ehemaligen östlichen Grenzmark-Gebieten [Kresy Wschodnie]). Trotz der Widerstände in der Familie, die zahlreiche kulturelle Unterschiede sah, heiratete Rozalia Pindel einen *Grenzmark-Mann* (*kresowiak*).

Die Ankunft so zahlreicher Gruppen aus anderen Regionen im Oppelner Land vergegenwärtigt uns den sich beständig vollziehenden Prozess eines kulturellen Austauschs. Diese Erscheinung – meist ausgedehnt über Zeit und

---

68 Materiały z badań terenowych nad procesem adaptacji i integracji kulturowo-społecznej we wsi Sidzina, pow. Grodków [Materialien aus den Feldforschungen über den kulturellen und sozialen Adaptations- und Integrationsprozess im Dorf Sidzina, Landkreis Grodków]. Typoskript. Instytut Śląski w Opolu [Schlesisches Institut Oppeln], Sign. A 673, Vol. 1–6. Die Untersuchungen führten Henryka Wesołowska, Zdzisława Leszczyńska, Jerzy Pyzik, Czesław Pilecki, Krystyna Kowalska und Stanisław Dąbrowski durch. Materiały z badań terenowych nad procesem adaptacji i integracji kulturowo-społecznej na Opolszczyźnie [Materialien aus den Feldforschungen über den kulturellen und sozialen Adaptations- und Integrationsprozess im Oppelner Land]. Typoskript. Instytut Śląski w Opolu, Sign. A 475, Vol. 1–3. Die Untersuchungen führten Maria Ossowska, Stanisław Popiel und Zdzisława Leszczyńska durch.

69 MŚO-DzE-EME (wie Anm. 53), Sign. 587.

Raum – ist nicht innerhalb einer Generation fassbar. Sie hat den Charakter einer evolutionären gesellschaftlichen Veränderung. Nach dem Zweiten Weltkrieg fanden im Oppelner Land solche Veränderungen zuhauf statt. Die Bevölkerungsbewegungen, die sich hier ereigneten, führten nicht selten zu dem Phänomen, das als „Zusammenprall der Kulturen“ bezeichnet werden kann. Es folgte die außergewöhnliche Begegnung der „alten“ und mit verschiedenen „neuen“ Bewohnern, der Volkskultur und Tradition der autochthonen Landbevölkerung mit der der Zuwanderer. Die Ergebnisse dieses Kontakts und der entstandenen Interaktionen sind heute noch zu beobachten.

## Streszczenie

*Małgorzata Goc*

### Opolscy osadnicy z Żywiecczyny – pokłosie „Aktion Saybusch“?

Muzeum Śląska Opolskiego w Opolu prowadzi od 1994 r. badania dotyczące ludności osiedlonej na Opolszczyźnie po II wojnie światowej, podejmując próbę ustalenia dokładnych miejsc pochodzenia ludności napływowej. Jest wielce prawdopodobnym, że wśród przybyłych na tzw. ziemie odzyskane, a więc i na teren dzisiejszego województwa opolskiego, znalazły się w dużej liczbie ofiary masowych wysiedleń z lat 1940–1941 – w tym w ramach „Aktion Saybusch“ oraz późniejszych.

Oparliśmy się na dokumentach źródłowych – „Rejestrach osiedlonych“ i „Protokołach przekazania repatriantowi-przesiedleńcowi gospodarstwa w posiadanie przez Państwowy Urząd Repatriacyjny“. W pierwszych latach po wojnie to głównie PUR zajmował się akcją osiedleńczą.

Spis powszechny z 3 grudnia 1950 r. wykazał, że obszar ówczesnego województwa opolskiego zamieszkiwała w połowie ludność autochtoniczna, ludność przesiedlona z przedwojennych ziem wschodnich Polski (około 23–25 %) oraz ludność, która przybyła z różnych województw Polski powojennej (19–20 %).

Analizując miejsca osiedleń ludności przybyłej na teren Opolszczyzny, można zauważyć, że większa liczba ludności napływowej skupiła się w północnych i zachodnich powiatach, a także w południowym powiecie głubczyckim.

Wśród przybyłych z obszarów II Rzeczypospolitej najwięcej osób przyjechało z dawnego województwa tarnopolskiego – stanowili ponad 1/3 całej liczby przybyłych. Jednak powiatem, z którego wyjechało na Opolszczyznę najwięcej ludzi, nie jest żaden powiat województwa tarnopolskiego, ale *powiat żywiecki* w dawnym województwie krakowskim. Przybyło z niego *co najmniej* 1785 rodzin (plus pow. Brzeg – 99 osób), (liczby te znalazły potwierdzenie w dokumentach, do których dotarliśmy) – z samego miasta Żywiec, ale również z 85 innych miejscowości! Są oczywiście wśród nich nazwy miejscowości, których mieszkańcy doświadczyli wojennych wysiedleń.

Mieszkańcy dawnego powiatu żywieckiego byli przykładem grupy o rozproszonej formie osiedlenia – zamieszkali w aż 137 miejscowościach, prawie we wszystkich (oprócz oleskiego) powiatach późniejszego województwa opolskiego; najwięcej w powiatach Grodków, Nysa i Opole.

Nastąpiło niezwykle spotkanie „dawnych“ i „nowych“ mieszkańców regionu: kultury i tradycji wiejskiej ludności autochtonicznej oraz ludności napływowej.

Gaëlle Fisher

## Schweigen, Störung und Stimmigkeit: Erinnerungen an die Umsiedlung „Heim ins Reich“ unter den Buchenlanddeutschen

### Einführung

Als eine Bevölkerungsgruppe unter vielen wurden unter dem NS-Schlagwort „Heim ins Reich“ ca. 90.000 ethnische Deutsche aus der historischen Bukowina (Buchenland) ab 1940 unter der Leitung der „Volksdeutschen Mittelstelle“ umgesiedelt.<sup>1</sup> Ihre Umsiedlung war Bestandteil eines großen Bevölkerungstransfers, durch den zwischen 1939 und 1942 über eine halbe Million Deutschstämmige als „nicht haltbare Volkstumssplitter“ von den Nationalsozialisten „heim“ gebracht wurden. Damit sollten „Volksdeutsche“ (ethnische Deutsche anderer Staatsangehörigkeit) im „Großdeutschen Reich“ zu einer Art genormter Deutscher werden.<sup>2</sup> Die Devise lautete „Ihr verliert

- 
- 1 Die Umsiedlung aus der Bukowina betraf insgesamt 94.548 Personen. Vgl. *Kotzian, Ortfried*: Die Umsiedler. Die Deutschen aus West-Wolhynien, Galizien, der Bukowina, Bessarabien, der Dobrudscha und in der Karpatenukraine. München 2005, S. 174. Dazu gehörten ca. 10.000 Personen, die im Rahmen von „Verwandten-Nachumsiedlungen“ umgesiedelt wurden. Es handelte sich um Volksdeutsche, die außerhalb der Bukowina (meistens im rumänischen Altreich) wohnhaft waren. *Jachomowski, Dirk*: Die Umsiedlung der Bessarabien-, Bukowina- und Dobrudschadeutschen. Von der Volksgruppe in Rumänien zur „Siedlungsbrücke“ an der Reichsgrenze. München 1984, S. 111–114. Die Volksdeutsche Mittelstelle (VoMi) oder das Hauptamt Volksdeutsche Mittelstelle war im Dritten Reich für die Deutschen im östlichen Europa und damit auch für ihre Umsiedlung verantwortlich. Zu Kriegsbeginn wurde das Reichskommissariat für die Festigung deutschen Volkstums (RKFDV) unter der Leitung von Heinrich Himmler geschaffen und ihm die VoMi unterstellt. *Lumans, Valdis O.*: Himmler's Auxiliaries. The Volksdeutsche Mittelstelle and the German National Minorities of Europe 1939–1945. Chapel Hill 1993, S. 133.
  - 2 *Wildt, Michael*: „Eine neue Ordnung der ethnographischen Verhältnisse“. Hitlers Reichstagsrede vom 6. Oktober 1939. In: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History*, 3 (2006), H. 1, S. 129–137. Auch online unter URL: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/1-2006/id=4759>. Bei der Umsiedlung handelte es sich hauptsächlich um Deutsche aus dem Baltikum, dem Narew-Gebiet, Wolhynien, Galizien und den drei rumänischen Regionen Bessarabien, Dobrudscha und Bukowina (inklusive Dorohoi). Kleinere deutsche Gruppen wurden auch aus dem rumänischen Altreich, der Gottschee, Serbien, Bosnien und Kroatien umgesiedelt. Die Umsiedlung der Deutschen aus Südtirol konnte bis 1943 nur bei ca. einem Drittel der Optanten durchgeführt werden.

die Heimat, um das Vaterland zu gewinnen“.<sup>3</sup> Und obwohl die Umsiedlung für alle Deutschen ab 14 Jahren offiziell freiwillig war, nahmen fast alle, die es durften, daran teil.<sup>4</sup> Die Aktion wurde von den Umsiedlern weitgehend begrüßt, und die Erwartungen waren groß.<sup>5</sup> Einer der letzten betroffenen „Umsiedler“ aus der Stadt Dorohoi fasste seine ersten Eindrücke bei der Ankunft im Deutschen Reich am 7. Dezember 1940 in seinem Tagebuch in folgende Worte:

„16.00 Uhr – Zürndorf. Erster deutscher Bahnhof. Wir sind da. Alles steht am Fenster und kann sich an den schmucken deutschen Offizieren und Soldaten nicht satt sehen. Dieser Eindruck! Was wir bis nun nur aus Zeitschriften wussten und sahen, ist nun Wirklichkeit geworden. Nach was [sic!] wir uns jahrelang sehnten, ist Wirklichkeit geworden. Die deutsche Wehrmacht steht vor uns!

16.40 Uhr – Bruck an der Leitha. Musikempfang am Bahnhof. Wir werden durch Straßen in einen prächtigen Empfangs- und Speiseraum geführt. Es ist für 500 Umsiedler gesorgt, obwohl wir diesmal zufällig nur 356 sind (Es gehen täglich vier Transportzüge). Es ist die erste Stadt Deutschlands die uns demnächst empfängt. Die Begrüßungsrede hält ein führender Leiter der Partei. Die Worte gehen zu Herzen und wir fühlen, wie gut man uns versteht obwohl noch kein Wort getauscht wurde. Ja. Deutsches Schicksal schmiedet uns alle zusammen!

Wir essen Kartoffelsuppe mit Brot und nachher Tee. Auch Zigaretten gibt's. Die Kleinen erhalten Spielzeuge. Während die Regimentsmusik flotte deutsche Nationallieder spielt und deutsche Soldaten das

- 
- 3 Beer, Mathias: Umsiedlung, Vernichtung, Vertreibung: Nationale Purifizierung in Europa während und am Ende des Zweiten Weltkriegs. In: Ders. (Hg.): Auf dem Weg zum ethnisch reinen Nationalstaat? Europa in Geschichte und Gegenwart. Tübingen 2004, S. 119–157, S. 127.
  - 4 Z.B. blieben in Rumänien nur sehr wenige zurück. Jachomowski, Die Umsiedlung der Bessarabien-, Bukowina- und Dobrudschadeutschen (wie Anm. 1), S. 71, vgl. auch S. 68 und 69.
  - 5 Laut Jachomowski wurde Deutschland als „gelobtes Land“ gesehen und galt gerade für die Jungen und die Armen als besonders attraktiv. Jachomowski, Die Umsiedlung der Bessarabien-, Bukowina- und Dobrudschadeutschen (wie Anm. 1), S. 81, 105. Siehe auch z.B. das Buch der ehemaligen SS-Helferin Kraus-Kassegg, Elisabeth: Mein rumänisches Tagebuch. Freiwillige Umsiedlung der Deutschen aus der Bukowina Herbst und Winter 1940. St. Pölten 1985. Die US-amerikanische Journalistin Rosie G. Waldeck, die sich zur Zeit der Umsiedlung in Rumänien aufhielt, berichtete von einer feierlichen Stimmung unter den Umsiedlern aus Bessarabien am Abgangsort Galați. Waldeck, Rosie G.: Athene Palace, Bucharest. Hitler's „New Order“ Comes to Romania. London 1943, S. 239.

Burglandlied [richtig: Burgenland-Lied] singen, kamen einige führende Persönlichkeiten von Partei und Wehrmacht zu uns und fragten uns, von wo wir kommen und wie es uns ging. Nun konnte man sich einmal von Herzen aussprechen und wir fühlten allmählich, dass wir freier atmen und sprechen dürfen, denn – unsere Brüder stehen vor uns. Wer von uns kann und wird diesen Empfang jemals vergessen können!

Niemand!“<sup>6</sup>

In vieler Hinsicht spiegeln diese zeitgenössischen Dokumente die Diktion der nationalsozialistischen Propaganda wider. Wie die Historikerin Elisabeth Harvey schreibt, stellte die Umsiedlung für die Nationalsozialisten eine perfekte „propaganda story“ dar.<sup>7</sup> Durch die Umsiedlung wurden den Volksdeutschen in Europa nicht nur die logistischen Fähigkeiten der Nationalsozialisten, sondern auch ihre Macht und scheinbare Legitimität sowie ihre Vorstellung von der „Neuordnung Europas“ vor Augen geführt. Es ist kein Zufall, dass zahlreiche zwischen den Jahren 1939 und 1943 erschienene NS-Veröffentlichungen die Umsiedlungen zum Thema hatten und sie zu historisch einmaligen und sehr bedeutungsvollen Ereignissen stilisierten. In den Büchern, die sich auch an Umgesiedelte und künftige Umsiedler wandten, wurde die Umsiedlung als eine neue Ostwanderung und die Orte der Ansiedlung als ländliche und friedliche Idyllen geschildert.<sup>8</sup> Der Krieg und die dazu notwendige Vertreibung von Millionen Einheimischer wurden nicht angesprochen. Gleichzeitig wurde aber der Überfall Deutschlands auf Polen weitgehend mit der angeblichen Diskriminierung der Angehörigen der deutschen Minderheit in diesen Gebieten und ihrer Sehnsucht nach Erlösung durch die Reichsdeutschen (und natürlich auch den Führer) gerechtfertigt. Dazu diente eine Reihe von illustrierten Büchern und Broschüren wie zum Beispiel „Volksdeutsche Heimkehr“, welche die Erfahrung der Umsiedlung aus verschiedenen Perspektiven darstellten und durch direkte Rede und Erlebnisberichte den Anschein von Dringlichkeit sowie Unmittelbarkeit

6 Verschriftlichtes Tagebuch eines unbekanntem Autors von 1940, S. 15 (fehlende Kommata wie im Original), Privatsammlung Helmut Jaschuch, dem ich für die Einsichtnahme danke.

7 Harvey, *Elisabeth*: Management and Manipulation. Nazi Settlement Planners and Ethnic German Settlers in Occupied Poland. In: Elkins, Caroline und Susan Pedersen (Hg.): *Settler Colonialism in the Twentieth Century. Projects, Practices, Legacies*. New York, London 2005, S. 99.

8 Siehe z.B. *Richter, Hans*: Heimkehrer. Bildberichte von der Umsiedlung der Volksdeutschen aus Bessarabien, Rumänien, aus der Süd-Bukowina und aus Litauen. Berlin 1941; *Wolfrum, Gerhard*: Der Zug der Volksdeutschen aus Bessarabien und dem Nord-Buchenland. Prag 1942.

und Authentizität vermittelten.<sup>9</sup> Sogar einer der erfolgreichsten propagandistischen Kriegsfilme – „Heimkehr“ (1941) – bezog sich auf diese Problematik.<sup>10</sup> Hier wurden die Ereignisse dem reichsdeutschen Leser und Zuschauer als Zielpublikum in stereotyper Weise als eine Rettung von gefährdeten Volksdeutschen und Rückkehr von vor Jahrhunderten ausgewanderten und treu gebliebenen, heimatsuchenden Deutschen vermittelt.

Die wahren Absichten der Nationalsozialisten waren jedoch weitaus zynischerer Natur. Die Umsiedlung von etwa 600.000 Volksdeutschen wurde größtenteils in Verbindung mit dem Hitler-Stalin-Pakt vom Sommer 1939 abgesprochen. Es handelte sich um die Evakuierung Volksdeutscher aus den Gebieten, die unter sowjetische Kontrolle geraten sollten. Die Umsiedlung wurde erstens von den Nationalsozialisten nur als temporärer Rückzug angesehen. Zweitens wurden die Umsiedler nicht „heim ins Reich“ gebracht, sondern man plante, sie im eroberten Osten in westlichen Gebieten, primär in den sogenannten eingegliederten Gebieten, zur Germanisierung einzusetzen. Die „Richtlinien“ wurden im Dokument „Der Menscheneinsatz“ vom Dezember 1940 skizziert.<sup>11</sup> Volksdeutsche sollten von ihrer Rolle als „Kulturdünger fremder Staaten“ befreit werden. Die „vielfach romantisch gefärbte Schwärmerei, die sich an der Verstreutheit der Deutschen [...] begeisterte“, sollte ein Ende nehmen, und das „Gefühl der blutlichen Verbundenheit zum deutschen Gesamtvolk“ sollte ihnen „eine gute Aufnahme im Reich“ sichern. Ihnen, die ihre Heimat verlassen hatten, wurde das Reich als „der gebende Teil“ präsentiert. Die Umsiedler hatten die Pflicht sich zu integrieren, nämlich „sich in die Disziplin, die Zucht und die Ordnung des Großdeutschen Reiches organisch einzufügen“. Ferner sollten sie jegliche Identifikation mit der früheren Heimat und jegliche heimatliche Organisation aufgeben: „Mit der Hereinnahme einer Volksgruppe in das Reich hört die frühere Volksgruppenorganisation auf zu bestehen, denn über

9 Siehe z.B. *Krieg, Hans*: Baltischer Aufbruch zum deutschen Osten. Berlin, Leipzig 1940; *Ders.*: Baltensbriefe zur Rückkehr ins Reich. Berlin, Leipzig 1940; *Sommer, Helmut*: 135.000 gewannen das Vaterland. Die Heimkehr der Deutschen aus Wolhynien, Galizien und dem Narewgebiet. Berlin, Leipzig 1940; *Hoffmann, Emil*: Neue Heimat Posen. Berlin, Leipzig 1941; *Schwarz, Maria*: Die Umsiedlung und die Sowjets. Erlebnisse einer deutschen Frau. Berlin, Leipzig 1942.

10 Der Film „Heimkehr“ wurde 1941 gedreht (Regie: Gustav Ucicki, Drehbuch: Gerhard Menzel) und suggeriert die Rettung von Wolhyniendeutschen vor polnischen Repressionen durch den Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen.

11 Das Dokument „Der Menscheneinsatz“ enthält die wichtigsten Grundsätze, Anordnungen und Richtlinien für den inneren Dienstgebrauch und spiegelt die Ideologie des RKFDV wider, Bundesarchiv Berlin R 49/3000. Eine Zusammenfassung des Dokuments mit Zitaten findet sich bei *Frensing, Hans Hermann*: Die Umsiedlung der Gottscheer Deutschen. Das Ende einer südostdeutschen Volksgruppe. München 1970, S. 145f., S. 145.

der Volksgruppe steht das Reich“ und „Die Begriffe des Baltendeutschen, des Wolhynien- und Bessarabiendeutschen usw. müssen vielmehr in kürzester Frist ausgetilgt sein“. Volksdeutsche sollten das Reich mit ihrem Deutschtum an der Grenze des Deutschtums verteidigen. Dafür sei ihr Blut als „das beste Blut“ „gerade gut genug“. Gegen Ende des Dokuments wurde die Hauptaufgabe der Umsiedlung „in der politischen Erziehung des einzelnen Umsiedlers zum nationalsozialistisch denkenden Menschen“ gesehen.<sup>12</sup> Damit waren die volksdeutschen Umsiedler laut Harvey zum Menschenmaterial eines kolonialistischen Projekts gemacht worden.<sup>13</sup>

Der wahre Zweck der Umsiedlung war die sogenannte Germanisierung der besetzten Gebiete. Das ließ sich spätestens aus der Behandlung der Umsiedler ableiten. Zunächst wurden sie in „Umsiedlerlagern“ entlaust oder unter Quarantäne gestellt, dann auf ihre „Rasse“, Gesundheit/Erbbiologie, politische sowie berufliche Eignung untersucht („Schleusung“) und schließlich zumeist eingebürgert. Dabei wurden sie einer Kategorisierung unterzogen. Nur sogenannte O-Fälle wurden in den Osten geschickt. Sogenannte A-Fälle, deren „Deutschtum“ zur Germanisierung neuer Gebiete angeblich nicht ausreichte, kamen ins „Altreich“ (nämlich Deutschland in den Grenzen von 1937) zum Arbeitseinsatz. Eine dritte Kategorie, die der S-Fälle („S“ für „Sonderfall“), wurden als generell untauglich zur Ansiedlung betrachtet und daher in ihre Heimat zurückgeschickt oder im Falle von als polnischstämmig Klassifizierten ins Generalgouvernement verbracht. Letztendlich wurden nur politisch und rassistisch geeignete Volksdeutsche in den besetzten und zur Eindeutschung bestimmten Gebieten angesiedelt, wo die Bewohner nach den Kriterien der Deutschen Volksliste in vier Deutschtumskategorien eingestuft wurden. Wie Himmler 1942 erklärte, maßen die Nationalsozialisten der Germanisierung eine neue Bedeutung bei, nämlich „nicht im alten Sinne zu germanisieren, das heißt den dort wohnenden Menschen deutsche Sprache und deutsche Gesetze beizubringen, sondern dafür zu sorgen, dass im Osten nur Menschen wirklich deutschen, germanischen Blutes wohnen“.<sup>14</sup> Mit anderen Worten ging es nicht um die Frage der Assimilation von als anders deklarierten Völkern, sondern um deren Vertreibung und Vernichtung.<sup>15</sup> Es

12 *Frensing*, Die Umsiedlung der Gottscheer Deutschen (wie Anm. 11), S. 146.

13 *Harvey*, Management and Manipulation (wie Anm. 7), S. 95.

14 Zitiert in *Roth, Markus*: Nationalsozialistische Umsiedlungspolitik im besetzten Polen – Ziele, beteiligte Institutionen, Methoden und Ergebnisse. In: Neander, Eckhart und Andrzej Sakson (Hg.): Umgesiedelt – Vertrieben. Deutschbalten und Polen 1939–1945 im Warthegau. Beiträge einer Tagung am 16.–18. Oktober 2009 in Poznań (Posen), veranstaltet von der Deutsch-Baltischen Gesellschaft e.V. (Darmstadt) und dem Instytut Zachodni (Poznań). Marburg 2010, S. 9–20, S. 19.

15 *Heinemann, Isabel*: „Rasse, Siedlung und deutsches Blut“. Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas. Göttingen

ist bezeichnend, dass Himmler als „Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums“ sowohl die Verantwortung für die Umsiedler nach ihrer Ankunft in Deutschland und als auch die führende Rolle bei dem Genozid an den Juden innehatte.

Ideologisch gesehen waren die Umsiedler in einer privilegierten Situation, aber praktisch einer äußerst schwierigen Lage ausgesetzt. Das trifft besonders auf die Buchenlanddeutschen zu. Obwohl sie für die Gebiete Ostoberschlesien (Deutsche aus dem Südbuchenland wegen der ähnlichen gebirgigen Landschaft) und Wartheland (Deutsche aus dem Nordbuchenland) bestimmt waren, war die Ansiedlung ganzer Gruppen zu der Zeit ihrer Umsiedlung weder möglich noch wirklich erwünscht.<sup>16</sup> Viele wurden außer in diesen Gebieten je nach Beruf in anderen Städten und Gegenden angesiedelt (in Tschechien, Danzig-Westpreußen und dem sogenannten Altreich). Eine beträchtliche Anzahl von Buchenlanddeutschen wurde zum Beispiel zur Arbeit in den Stahlwerken des späteren Salzgitter eingesetzt. Ferner wurden einige wegen Platzmangel im Osten nach Lothringen geschickt. 1945 befanden sich sogar noch über 2.200 Buchenlanddeutsche in Lagern, weil ihnen noch kein Wohnsitz zugewiesen worden war. Außerdem war die Zahl der für den Osten „Untauglichen“ unter ihnen ziemlich hoch.<sup>17</sup> Die ideologische und rassistische Logik, welche der Umsiedlung zugrunde lag, und die kriegsbedingten Umstände führten dazu, dass Gemeinschaften und sogar Familien oft getrennt wurden. Zudem behandelten die Reichsdeutschen die Umsiedler nicht immer freundlich, auch gab es landsmannschaftliche Vorurteile.<sup>18</sup> Die Angesiedelten waren nicht nur mit den Häusern, Höfen und Arbeitsplätzen vertriebener „fremdvölkischer“ Einheimischer „entschädigt“ worden, sondern

---

2003; zur ideologischen Begründung der Umsiedlung siehe *Leniger, Markus*: Nationalsozialistische „Volkstumsarbeit“ und Umsiedlungspolitik 1939–1945. Von der Minderheitenbetreuung zur Siedlerauslese. Berlin 2006.

- 16 Die Buchenlanddeutschen, die erst 1940 umgesiedelt wurden, gehörten zu den letzten Umsiedlern, die in Deutschland ankamen. Bis zum 1.6.1944 wurden über 32.000 Buchenlanddeutsche in Oberschlesien und über 25.000 im Wartheland angesiedelt. Siehe *Jachomowski*, Die Umsiedlung der Bessarabien-, Bukowina- und Dobrudschadeutschen (wie Anm. 1), S. 191.
- 17 Laut *Jachomowski* waren die Buchenlanddeutschen aus dem Nord-Buchenland annähernd je hälftig als A-Fälle und O-Fälle (jeweils 19.000) und 4.000 als S-Fälle eingestuft worden. Bei den Süd-Buchenländern gab es 33.000 O-Fälle, 17.000 A-Fälle und ca. 600 S-Fälle. Insgesamt gelangten 59.000 Bukowinadeutsche in die eingegliederten Gebiete und 6.000 ins Generalgouvernement. *Jachomowski*, Die Umsiedlung der Bessarabien-, Bukowina- und Dobrudschadeutschen (wie Anm. 1), S. 141, S. 35. Siehe auch *Heinemann*, „Rasse, Siedlung und deutsches Blut“ (wie Anm. 15), S. 246.
- 18 *Sakson, Andrzej*: Polnische Zeitzeugen berichten. In: Neander und Sakson, Umgesiedelt – Vertrieben (wie Anm. 14), S. 21–29.

sahen sich auch ständig aufgefordert, ihr Deutschtum zu beweisen.<sup>19</sup> Dazu waren gegen Kriegsende die Umsiedler, die tatsächlich angesiedelt worden waren, Vergeltungsmaßnahmen ausgesetzt. Schließlich zählten sie vielfach zu den Ersten, die 1944/45 aus „ihren“ neuen Häusern flüchten mussten und im Westen des Reiches als Flüchtlinge ankamen.

Für viele bedeutete die Umsiedlung den Anfang einer jahrelangen, in manchen Fällen sogar jahrzehntelangen Folge von Wohnortwechseln und Unsicherheiten. Aus verschiedensten Gründen wurden diese Erfahrungen von vielen als demütigend empfunden.<sup>20</sup> Durch Kriegs- und Nachkriegserfahrungen wurde die Wahrnehmung der Umsiedlung einer radikalen Veränderung unterzogen. Allein durch die von Flavius Salomon genannte Mischung aus Begeisterung, Erwartung, Enttäuschung und Verrat geriet die Umsiedlung zu einer höchst prekären Erfahrung und hatte daher eine schwierige Aufarbeitung zur Folge.<sup>21</sup> Die Verbindung der Umsiedlung mit den Politiken der Germanisierung, Vertreibung und Vernichtung verschlimmerte dies alles noch. Wie verschiedene Wissenschaftler betonen, waren die Umsiedler gleichzeitig Opfer der Nationalsozialisten und Begünstigte des Genozids.<sup>22</sup> Es ist sogar argumentiert worden, dass ihre Umsiedlung und Ansiedlung als Motor für den Holocaust diene, denn es musste Platz für die Umsiedler geschaffen werden.<sup>23</sup> Außerdem konnte man in der Umsiedlung

- 
- 19 *Bergen, Doris*: The Nazi Concept of „Volksdeutsche“ and the Exacerbation of Anti-Semitism in Eastern Europe 1939–45. In: *Journal of Contemporary History*, 29 (1994), Nr. 4, S. 569–582; *Dies.*: The Volksdeutsche of Eastern Europe and the Collapse of the Nazi Empire 1944–1945. In: Steinweis, Alan und Daniel Rogers (Hg.): *The Impact of Nazism: New Perspectives on the Third Reich and its Legacy*. Lincoln/Nebr. 2003, S. 101–128; *Dies.*: Tenuousness and Tenacity. The Volksdeutschen of Eastern Europe, World War II, and the Holocaust. In: O’Donnel, Krista, Renate Bridenthal und Nancy Reagan (Hg.): *The Heimat Abroad. The Boundaries of Germanness*. Ann Arbor/Mich. 2005, S. 267–286.
- 20 *Dieckmann, Christoph*: Plan und Praxis. Deutsche Siedlungspolitik im besetzten Litauen 1941–1944. In: Heinemann, Isabel und Patrick Wagner (Hg.): *Wissenschaft, Planung, Vertreibung. Neuordnungskonzepte und Umsiedlungspolitik im 20. Jahrhundert*. Stuttgart 2006, S. 93–118, S. 101.
- 21 *Salomon, Flavius*: Die Umsiedlung „heim ins Reich“ von 1940. Erinnerungen und Lebensberichte Deutscher aus Bessarabien. In: Zach, Krista und Cornelius R. Zach (Hg.): *Deutsche und Rumänen in der Erinnerungsliteratur. Memorialistik aus dem 19. und 20. Jahrhundert als Geschichtsquelle*. München 2005, S. 205–216.
- 22 *Harvey*, Management and Manipulation (wie Anm. 7), verschiedene Arbeiten von *Bergen* (wie Anm. 19) sowie *Schulze, Rainer*: *Forgotten Victims or Beneficiaries of Plunder and Genocide? The Mass Resettlement of Ethnic Germans „heim ins Reich“*. In: *Annali dell’Istituto storico-germano in Trento*, XXVII (2001), S. 533–564.
- 23 Der erste, der diese Erklärung angeboten hat, war der Historiker Götz Aly. *Aly, Götz* und *Susanne Heim*: *Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung*. Hamburg 1991. Die These von der Umsiedlung

eine Rechtfertigung der Nachkriegsvertreibungen von Deutschen und der ethnischen Homogenisierung der jeweiligen europäischen Staaten sehen.<sup>24</sup> Die Umsiedlung mit ihrer Mischung aus Begeisterung und Leid war daher eine sehr zwiespältige Erfahrung und wurde es in der retrospektiven Sicht noch mehr. Anders gesagt wurde sie zu einem Grund für Schweigen und Störung.

### *Wie hat sich der Diskurs über die Umsiedlung entwickelt?*

Der Fall der Buchenlanddeutschen stellt ein interessantes Beispiel dar, um Aspekte der Be- und Verarbeitung der Vergangenheit in West- und später im wiedervereinigten Deutschland zu untersuchen.<sup>25</sup> Im Folgenden analysiere ich verschiedenartige Erinnerungen über die Umsiedlung seit den 1940er-Jahren, wobei ich auf Robert Moellers Anregung, Berichte aus verschiedenen Epochen zu vergleichen, und auf ein umfassendes Konzept zu Erinnerungen zurückgreife.<sup>26</sup> Nur so können die Wechselwirkungen ver-

---

als Motor des Holocausts wurde kontrovers diskutiert, siehe z.B. *Lumans, Valdis*: A Reassessment of Volksdeutsche and Jews. In: Steinweis, Alan and Daniel Rogers (Hg.): *The Impact of Nazism: New Perspectives on the Third Reich and its Legacy*. Lincoln/Nebr. 2003, S. 81–100. Heute ist die These jedoch weitgehend akzeptiert, siehe z.B. *Heinemann, Isabel*: Towards an „Ethnic Reconstruction“ of Occupied Europe. SS Plans and Racial Policies. In: *Annali dell’Istituto storico-germano in Trento*, XXVII (2001), S. 493–517; oder *Steinbacher, Sybille*: „Musterstadt“ Auschwitz. Germanisierungspolitik und Judenmord in Ostoberschlesien. München 2000.

- 24 Siehe z.B. *Jachomowski*, Die Umsiedlung der Bessarabien-, Bukowina- und Dobrudschadeutschen (wie Anm. 1), S. 163.
- 25 Es gibt Studien über Ostoberschlesien wie die oben genannte Studie *Steinbacher*, „Musterstadt“ Auschwitz (wie Anm. 23); jedoch haben die Buchenlanddeutschen generell weniger Aufmerksamkeit auf sich gezogen als andere Umsiedlergruppen wie z.B. die Baltendeutschen und Bessarabiendeutschen. Damit sind Entwicklungen und Ereignisse z.B. im Wartheland ungleich stärker als die in Ostoberschlesien bekannt geworden. Siehe z.B. *Neander* und *Sakson*, Umgesiedelt – Vertrieben (wie Anm. 14). Der Fokus auf Westdeutschland ist darauf zurückzuführen, dass die meisten Quellen (Erlebnisberichte, Bücher) aus der BRD, wo man über diese Vergangenheit öffentlich sprechen durfte, stammen, und die meisten Buchenlanddeutschen auch dorthin gelangten. Laut *Jachomowski*, Die Umsiedlung der Bessarabien-, Bukowina- und Dobrudschadeutschen (wie Anm. 1), S. 203, gab es nach dem Krieg über 52.000 Buchenlanddeutsche in der BRD, über 5.000 in der DDR, über 3.500 in Rumänien und über 7.500 im westlichen Ausland.
- 26 *Moeller, Robert G.*: Germans as Victims? Thoughts on a Post-Cold War History of World War II’s Legacies. In: *History and Memory*, 17 (2005), Nr. 1–2, Spring–Winter, S. 147–194. Das Erinnerungskonzept, das hier benutzt wird, bezieht sich auf die Kategorien von „community of experience“ und „community of identification“. *Fulbrook, Mary*: History Writing and „Collective Memory“. In: *Berger, Stefan* und *William [Bill] J. Niven* (Hg.): *Writing the History of Memory*. London 2014, S. 65–88. Bis 1989 werden nur die Erzählungen und Aktivitäten der in der BRD lebenden Buchenlanddeutschen betrachtet. Obwohl etwa 10.000 Bukowiner nach dem Krieg in der DDR lebten, können ihre Berichte in DDR-Archivalien nur

schiedener Akteure (Wissenschaftler, Mitglieder von Interessengruppen, Zeitzeugen) und die Kontinuitäten sowie Brüche in Diskursen über eine längere Zeitspanne (ca. 70 Jahre) herausgearbeitet werden. In erster Linie, und insbesondere in der Wissenschaft, hat das Thema gerade in jüngster Zeit Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Hierbei gilt es, vielfältigste Quellen einzubeziehen, um ein komplexeres Bild zu erhalten. Dieser Artikel stellt somit die Frage: Wie hat sich der Diskurs über die Umsiedlung entwickelt? Er wirft dabei einige Folgefragen auf: Was sind die Unterschiede zwischen den Erzählungen? Was wird gesagt und was wird verschwiegen? Wer spricht zu welcher Zeit und wer hört zu? Was hat der Begriff „Umsiedler“ mit dem Begriff „Vertriebener“ und was „Umsiedlung“ mit „Vertreibung“ nach dem Krieg zu tun? Wie wurde der Zusammenhang von Germanisierung und Genozid angegangen? Was war der Effekt der „Hegemonie“ der Erinnerung an den Holocaust?<sup>27</sup> Was kann über die intergenerationelle Übertragung der Umsiedlungserfahrung gesagt werden? Welche Kontinuitäten, Brüche und Wendepunkte können identifiziert werden?

Die folgende Untersuchung besteht aus drei Teilen, wobei die Aufteilung einer chronologischen Entwicklung entspricht: frühe Nachkriegszeit, die Zeit des Kalten Kriegs und die nach der Wende von 1989. Gleichzeitig aber soll auch eine thematische Entwicklung verdeutlicht werden. In der ersten Phase stützten sich die Erzählungen in vielerlei Hinsicht auf die Nazi-propaganda; in der späteren Nachkriegszeit wurde aber eine wachsende Distanzierung deutlich. Erst die Jahre 1989 bis 1991 brachten jedoch große Veränderungen und eine Umwertung des gesamten Erlebnisses mit sich. Damit haben sich innerhalb von 70 Jahren die Erinnerungen an die Umsiedlung vollkommen verändert. Diese Umsiedlungsgeschichten erlauben zwei wichtige Fragen: Wie sehen Umsiedler im Nachhinein ihre Erfahrungen? Wie wirken sich Entwicklungen im öffentlichen Diskursraum und ihre gegenwärtige Lage auf ihre Erinnerungen aus? Anders gesagt geht es darum, wie die Umsiedlungsgeschichten entsprechend umgeschrieben und rekonstruiert worden sind. Hiermit soll also anhand von einigen weniger bekannten Beispielen die Untrennbarkeit von kommunikativer und kultureller Erinnerung bei der

---

äußerst schwer ermittelt werden, da die Herkunftsgebiete der Umsiedler entsprechend der DDR-Bezeichnung als Umsiedler (und nicht als Vertriebene) nicht eigens festgehalten wurden.

27 Vgl. *Langenbacher, Eric*: A Plea for an „Intergovernmental“ European Memory. In: *Langenbacher, Eric, William [Bill] J. Niven und Ruth Wittlinger* (Hg.): *Dynamics of Memory and Identity in Contemporary Europe*. New York 2012, S. 209–221, S. 212

Erzeugung von sozialer und biografischer Stimmigkeit und im Prozess historischer Sinngebung aufgezeigt werden.<sup>28</sup>

„Eine gute Idee mit falscher Umsetzung“<sup>29</sup>

Trotz der Kriegswirren, Vertreibungen und Zerstörungen wurden von den Umsiedlern das Prinzip und sogar die Folgen der Umsiedlung – die Verschiebung der Buchenlanddeutschen nach Westen – kaum in Frage gestellt. Nur sehr wenige versuchten in die Bukowina zurückzukehren.<sup>30</sup> Stattdessen organisierten sie sich sehr schnell an Ort und Stelle und versuchten aus ihren jüngsten Erfahrungen und ihrer gegenwärtigen Situation das Beste zu machen. Inmitten aller Staaten- und Heimatlosigkeitsprobleme in Deutschland nach dem Krieg begründeten die Buchenlanddeutschen sogar die Legitimität ihres Daseins mit der Erfahrung der Umsiedlung: Schon 1940/41 sei ihre Volkszugehörigkeit geprüft worden, ihre Einbürgerung erfolgt und ihre deutsche Staatsangehörigkeit anerkannt worden. Man bestand auf der Gültigkeit dieses Zustands mit der ununterbrochenen Nutzung des Wortes „Umsiedler“.<sup>31</sup> Außerdem befanden sich die Bukowiner unter den ersten „Flüchtlingen“, die mit dem Bau von Siedlungen und Häusern angingen. Schon in den späten 1940er-Jahren entstanden zum Beispiel Siedlungen in der Nähe von Stuttgart, Darmstadt und in Bayern.<sup>32</sup> Viele liebten sich auch in der vermuteten pfälzischen „Urheimat“ nieder und bean-

28 Die Bemerkung bezieht sich auf die Trennung von kommunikativer und kultureller Erinnerung im Sinne von Jan und Aleida Assmann. Vgl. Assmann, Aleida: *Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik*. 2. Aufl. München 2014.

29 Diese Aussage über den Nationalsozialismus wurde aus einer amerikanischen Umfrage unter Deutschen während der Besatzungszeit entnommen. Über die Hälfte der Befragten erklärten sich damit einverstanden. *Fulbrook, Mary: German National Identity after the Holocaust*. Cambridge 1999, S. 52.

30 Einige Hunderte Bukowiner wurden aus der Sowjetzone von den Sowjets in die Bukowina zurückgeschickt. Diese erzwungene Rückkehr wurde scharf kritisiert und gleichzeitig als peinlich und gefährlich empfunden.

31 Das Hilfskomitee der Buchenlanddeutschen wurde nicht zufälligerweise „Hilfskomitee der deutschen Umsiedler aus der Bukowina“ genannt. Die Deutschen aus Bessarabien und der Dobrudscha benutzten auch weiterhin den Begriff. In der DDR wurde das Wort „Umsiedler“ als allgemeiner Euphemismus für alle Vertriebenen verwendet.

32 Es handelt sich um die Siedlung Büsnau (9 km von Stuttgart entfernt) und die Heimstättensiedlung in Darmstadt. *Buchenländersiedlungen in Deutschland*. In: Massier, Erwin, Josef Talsky und B. C. Grigorowicz (Hg.): *Bukowina. Heimat von gestern*. Karlsruhe [1956], S. 299–314.

spruchten auf dieser Basis eine Zugehörigkeit.<sup>33</sup> Man versuchte jetzt umzusetzen, was mit der Umsiedlung 1940/41 nicht erfolgt war: ein Neuanfang mit eigenem Haus, in Gemeinschaft und mit einer sicheren Zukunft als „Deutsche unter Deutschen“. Schlagwörter wie „Volk“ und „Nation“ und eine Logik ethnischer Kontinuität („Rückkehr“ in die „Ursprungsheimat“) sowie die Begriffe „Siedler“, „Siedlung“ und „Siedlungswille“ wurden zu Grundsteinen der Nachkriegsidentität.<sup>34</sup> Viele der Begründungen, die von den Nationalsozialisten zur Verteidigung der Umsiedlung propagiert worden waren, wurden auch zur Begründung der Integration der Volksdeutschen im Nachkriegsdeutschland benutzt. Anders gesagt, was 1940 wegen des Krieges nicht endgültig realisiert werden konnte, konnte nun endlich umgesetzt werden.

Die Verteidigung des Prinzips der Umsiedlung stellte für die Führung der 1949 offiziell gegründeten „Landsmannschaft der Buchenlanddeutschen“ eine Priorität dar. Sie hoffte nicht nur, damit das Gefühl der Desorientierung unter den Bukowinern zu lindern, sondern auch ihre eigenen Haltungen und Aktivitäten in der Vergangenheit (die meisten hatten ja die Umsiedlung ausdrücklich unterstützt oder sogar mitorganisiert) zu rechtfertigen. Die jüngste Vergangenheit war zum Beispiel ein zentrales Thema in den Vorträgen, die in Darmstadt beim Bundestreffen 1951 gehalten wurden.<sup>35</sup> Anwesende wurden ermutigt, die Rückkehr „in den Schoß der alten treuen Mutter“ zu begrüßen.<sup>36</sup> Man wirkte aber auch einer Gleichstellung der umgesiedelten Bukowiner mit den Nationalsozialisten entgegen. Die Schuld für das Leid der Buchenlanddeutschen wurde eindeutig den Sowjets zugewiesen.<sup>37</sup> Dafür sorgte insbesondere der Sprecher der Landsmannschaft Rudolf Wagner, ein ausgebildeter Historiker, mit seinen Schriften.<sup>38</sup> Laut Wagner sei man „noch

---

33 *Drefler, Hans*: Im Banne der Heimat. In: Buchenland. Mitteilungsblatt der Landsmannschaft der deutschen Umsiedler aus der Bukowina in Deutschland, 1950, Nr. 11, November, S. 4.

34 Siehe z.B. Das Buchenland, unsere alte Heimat. In: Festschrift zur Feier des 25-jährigen Bestehens der Heimstättensiedlung Darmstadt-Süd 1932–1957. Darmstadt o.J. [1957], S. 43–44.

35 *Landsmannschaft der deutschen Umsiedler aus der Bukowina* (Hg.): Das Bundestreffen 1951. Eine Bestandsaufnahme des Buchenlanddeutschtums (Raimund-Kaindl-Bund, 2). München 1951.

36 Ebd., S. 4 (aus dem in Darmstadt verlesenen Brief des langjährigen Obmanns des Deutschen Kulturvereins im Buchenland, Franz Lang, S. 3f.).

37 *Wagner, Rudolf*: Das Jahr 1940. In: Ebd., S. 7–10, S. 9.

38 Siehe z.B. *Wagner, Rudolf*: Probleme zur Umsiedlung der Deutschen aus der Bukowina. In: Südostdeutsche Heimatblätter, 4 (1955), S. 168–174. Wagner kürzte diesen Text für die staatlich geförderte „Dokumentation der Vertreibung“ bzw. „Ostdokumentation“. Bericht des Dr. *Rudolf Wagner* aus Gurahumora (Gura Homorului), Județ Cămpulung (Kimpolung) in der Bukowina. Die Umsiedlung

lange kein „Nazi“, nur weil man nach Deutschland strebte.<sup>39</sup> Die Sowjets hätten „vor der Tür“ gestanden und somit sei die Umsiedlung in keinem Fall „freiwillig“ gewesen. Obwohl der Süden der Bukowina nicht von den Sowjets annektiert worden war, hätten laut Wagner die Südbuchenländer keine Wahl gehabt, da sie mit der Teilung der Region den Zugang zum kulturellen Herzen der Region – der früheren Hauptstadt Czernowitz (rumän.: Cernăuți) – verloren hätten.<sup>40</sup> Die alte Heimat unter sowjetischer Herrschaft sei keine Heimat mehr gewesen, und sich nach dieser zu sehnen, sei deshalb ein Irrtum. Er begründete die Zugehörigkeit seiner Leute zu Deutschland nicht nur damit, dass sie Heimkehrer seien, und dass ihre Gesinnung europäischer, „abendländischer“ Natur sei, sondern auch damit, dass sie Opfer der Sowjets seien.<sup>41</sup> Daher argumentierte Wagner, dass die Umsiedler faktisch zu den ersten „Vertriebenen des Zweiten Weltkrieges“ geworden seien.<sup>42</sup>

Der bemerkenswerteste Aspekt dieser Interpretationen war aber ohne Zweifel das, was nicht gesagt wurde. Nirgendwo wurden Hinweise über die Art der Behandlung der Umsiedler oder anderer Betroffener nach ihrer Ankunft in Deutschland angeführt. Es wurde also auf die Politik der Germanisierung mit ihrer ideologischen Begründung gar nicht eingegangen.<sup>43</sup> Dies betraf nicht

---

der Volksdeutschen aus der Bukowina im Jahre 1940. In: Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa. Bd. III. Das Schicksal der Deutschen in Rumänien. Bearb. von Theodor Schieder. Bonn 1957, Nr. 2, S. 13–17 (geschrieben am 29.1.1957); siehe auch <http://doku.zentrum-gegen-vertreibung.de/archiv/rum-ae-nien/kapitel-4-1-1-0-2.htm>, zuletzt eingesehen am 25.5.2014.

39 Wagner, Probleme zur Umsiedlung der Deutschen (wie Anm. 38), S. 169.

40 Ebd., S. 170.

41 Ebd., S. 172.

42 Bericht des Dr. Rudolf Wagner aus Gurahumora (wie Anm. 38), S. 14.

43 Das Leben in den Lagern, die Einbürgerung, die Entschädigung, die Beziehungen zu den Einheimischen in Deutschland und in den eingegliederten Gebieten oder sogar die durch den Krieg bedingten Gegebenheiten – die Kriegswirtschaft, die Wehrpflicht und die menschlichen Verluste – wurden kaum diskutiert. Freilich wurde in der Ostdokumentation ein zweiter Text veröffentlicht, der sich mit dem Lagerleben der Umsiedler befasste. Erlebnisbericht des S. K. aus Czernowitz (Cernăuți) in der Nord-Bukowina. In: Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, Dokumentation der Vertreibung (wie Anm. 38), Nr. 6, S. 30–35 (geschrieben am 26.2.1957). Allerdings bricht dieser Text vorzeitig ab. Dadurch erfährt man nichts über die Ansiedlung an sich. Der Autor drückte zwar seine Unzufriedenheit über die korrupte SS-Führung in einem der Lager aus, in dem er wohnen musste. Er betonte aber, dass das seiner Ansicht nach ein Einzelfall gewesen sei. Der Text erinnert stark an die Propagandaschriften der frühen vierziger Jahre. Der Autor beschrieb ein Gefühl von „Geborgenheit“ und „tiefstem Frieden“ nach seiner Ankunft in Polen. Der Krieg wurde völlig ausgeblendet. Dass ein solches Schweigen nicht sein musste, zeigt der Fall

nur hochpolitisierte oder landsmannschaftliche Quellen. Als einschlägiges Beispiel ist eine kleine wissenschaftliche Abhandlung von Hugo Weczerka anzuführen. Darin erwähnte er die Vertreibung der Polen und Juden und notierte, dass der Einzug in die Anwesen der Ausgesiedelten für die Bukowiner „ein peinlicher Vorgang“ gewesen sei. Dabei stellte er dennoch die Umsiedlung als notwendig dar. Sein Beitrag endete mit den Worten: „Die Verluste sind erschütternd, die Not noch heute vielfach groß, die Zerstreuung bedrückend. Hätten die Buchenlanddeutschen jedoch das rettende Ufer, ihr deutsches Mutterland, nicht rechtzeitig erreicht – die Katastrophe wäre vollkommen gewesen!“<sup>44</sup> Das Buch „Bukowina: Heimat von gestern“, eines der ersten Heimatbücher über die Bukowina (1956 veröffentlicht), ist ebenso ein interessantes Beispiel.<sup>45</sup> Laut dem Vorwort wurde das Buch „von Männern aus dem Volke für das Volk“ geschrieben, was Ehrlichkeit suggerieren soll.<sup>46</sup> Neben den üblichen Beschreibungen von Land und Leuten enthält es eine besonders ausführliche zeitgeschichtliche Diskussion, in der auch auf die Umsiedlung eingegangen wird. In dem Kapitel mit dem Titel „In der deutschen Heimat“ kann man zum Beispiel lesen, dass der Vorgang der Entschädigung nicht so leicht wie erwartet gewesen sei: Die Autoren erklärten, dass es allein aus Rumänien etwa 200.000 Umsiedler gegeben habe und bemerkten dazu, dass zu der Zeit Deutschland „in einen dramatischen Krieg verstrickt [war], der seine ganze Kraft und Aufmerksamkeit beanspruchte“.<sup>47</sup> Schließlich wurde zugegeben, dass der „zu besiedelnde Osten [...] schon vorher kein Vakuum dargestellt“ habe. Weiter hieß es: „Raum frei zu machen und noch vorhandene Lücken zu schließen, erforderte aber auch von einer autoritär denkenden und radikal handelnden Führung Zeit.“<sup>48</sup> Damit endete die Diskussion. In einer Fußnote ist zu lesen: „Auf die ganze Problematik dieser ‚Raumbeschaffung‘ hier einzugehen, verbieten uns Thema und Raum dieses Aufsatzes.“<sup>49</sup> Trotz seiner mehr als 400 Seiten und dem Anspruch auf Vollständigkeit, der ein Merkmal solcher Bücher ist, überschritt dieses Thema offensichtlich den Umfang des Werkes.

---

des Bessarabiendeutschen Karl Rüb, der sich von den ideologischen Zielen der Umsiedlung klar distanzierte. *Rüb, Karl*: Denkschrift. In: Becker, Jakob (Hg.): *Wie's Daheim war. Der Schicksalsweg der Bessarabiendeutschen*. Asperg 1950, S. 150–157.

44 *Weczerka, Hugo*: Die Deutschen im Buchenland (Der Göttinger Arbeitskreis, 51). Würzburg 1955, S. 40–41.

45 *Massier, Talsky und Grigorowicz* (Hg.), *Bukowina. Heimat von gestern* (wie Anm. 32).

46 Ebd., S. 6.

47 Ebd., S. 285.

48 Ebd.

49 Ebd.

Gedruckte Quellen sind aber nur begrenzt repräsentativ bezüglich der Auffassungen des Großteils der Bukowiner, die aus bescheidenen Verhältnissen stammten und wenig bis keine Erfahrungen in politisch-historischen Debatten aufzuweisen hatten. Ein Einblick in die Art und Weise, in welcher diese Personen mit ihren Erfahrungen zurechtkamen, kann dank der Aufnahmen des Freiburger Volkskundlers Johannes Künzig, die er mit deutschen Vertriebenen in Vertriebenenlagern in den 1950er-Jahren durchführte, gewonnen werden.<sup>50</sup> Künzig nahm ca. 20 Interviews mit Bukowinern auf. Fast alle verstanden sich in erster Linie als Opfer: Sie sprachen von „Schicksalsschlägen“ und „den Unglücken“ der aufeinanderfolgenden Versetzungen; sie stellten sich als hilflose Subjekte dar, wobei sie sich in Bezug auf die Umsiedlung in der Passivform ausdrückten: „Wir sind umgesiedelt worden“; „Wir mussten umsiedeln“. Sie hätten keine Wahl gehabt. Wie in den landsmannschaftlichen Texten gaben die meisten zuerst den Sowjets die Schuld. Niemand sprach explizit von Begeisterung oder ideologischer Beeinflussung. Dass sie aber schon gewisse Erwartungen hatten, wurde durch die Tatsache, dass sie über ihre Behandlung und Entschädigung enttäuscht waren, verraten. Dies wurde beispielsweise in einem Gespräch zwischen zwei Umsiedlern offensichtlich:

Herr 1: „Es war bestimmt schwer für alle unsere Landsleute, die fortmussten von unserem Heimatland, weil wir sind doch mit der Scholle verbunden gewesen und jeder Bauer trennt sich bestimmt schwer von seinem Haus und Hof. Wir haben aber die Hoffnung gehabt, dass wir in den deutschen Lebenskreis kommen und unter deutschen Menschen leben können, nicht wie wir bisher immer wieder unter fremden Völker leben mussten und dort wahrscheinlich das nicht immer leicht hatten.“

Herr 2: „Ja, aber dann sind wir aber trotzdem nicht, wie du meinst, unter Deutsche gekommen! Wir sind doch zuerst ins Lager gekommen, da mussten wir neun Monate im Lager sitzen, und dann sind wir auf Schlesien angesiedelt worden, in polnische Höfe, zuerst mussten wir den polnischen Hof sauber machen, dann aufgebaut, Maschinen

---

50 Zu dieser Quelle und Johannes Künzig: *Fendl, Elisabeth*: „Ehe sie verklingen“ – Johannes Künzig und sein Tonarchiv. Manuskript des Vortrags, der am 9.10.2009 auf der Tagung „Das immaterielle Kulturgut Musik im Spannungsfeld von ‚Lebenswelt‘ und ‚Monument‘“ in Bonn gehalten wurde, mit freundlicher Genehmigung der Autorin; siehe auch *Fendl, Elisabeth*: Der karpatendeutsche Bestand im Tonarchiv des Johannes-Künzig-Instituts in Freiburg. In: *Karpaten-Jahrbuch*, 57 (2005), S. 138–147; *Oberkrome, Willi*: Regionalismus und historische „Volkstumsforschung“ 1890–1960. In: Beer, Mathias und Gerhard Seewann (Hg.): *Südostforschung im Schatten des Dritten Reiches. Institutionen – Inhalte – Personen*. München 2004, S. 39–48.

angeschafft und alles angeschafft und alles wieder aus dem Fenster geworfen war, haben alles im Stich lassen müssen und fortgehen.“

Herr 1: „Das ist ja richtig wahr. Da sind wir wieder fort und sind eigentlich heimatlos zehn Jahre lang rumgereist [laut gesprochen].“<sup>51</sup>

Im Gegensatz zu den Intellektuellen fanden sie keinen Trost in dem Gedanken, dass es hätte schlimmer sein können. Wie ein Betroffener dazu meinte: „Jetzt sind wir wieder da mit nichts!“ Und da half auch in keiner Weise Künzigs Bemerkung, dass ihre Vorfahren ähnliche Erfahrungen gemacht und ähnliches Leid erduldet hätten.

Wenn auch diese Aussagen von unbefangener Art zu sein scheinen, so bleiben doch große Lücken in diesen Erzählungen. Zwar beklagten sich einige über die Langeweile in den Umsiedlerlagern und andere über das schlechte Essen, und viele beschwerten sich, dass die Häuser, die sie bekamen, nicht gepflegt worden waren. Aber eigentlich wurde die Ansiedlung an sich nicht sehr detailliert beschrieben und diese Jahre nur kurz zusammengefasst. Man erfährt wenig über den Alltag oder menschliche Beziehungen. Nur ein paar Personen erwähnten Partisanenangriffe oder die Schwierigkeiten der Frauen, die nach der Einberufung ihrer Männer oft allein bleiben mussten und auf die Hilfe von oft verständlicherweise feindlichen Polen angewiesen waren. Die Tatsache, dass die Häuser konfisziert worden waren, wurde nicht verschwiegen, aber es wurde auch nicht stärker besprochen und schien auch kein moralisches Problem darzustellen. Oft bildeten die Klagen über die Zustände einen Anlass für ethnozentrische oder sogar rassistische Bemerkungen.<sup>52</sup> Insofern ist es kaum eine Überraschung, dass Juden, Konzentrationslager oder sonstige Hinweise auf die Verfolgung Anderer keine Erwähnung fanden. Obwohl es viele Beweise für die Unzufriedenheit der Umsiedler während der Umsiedlung gibt, ist diese nicht unbedingt auf das Regime an sich zurückzuführen, sondern eher auf spezifische Aspekte der Erfahrung, wie Harvey schreibt:

„Plenty of evidence testifies to [resettlers’] disappointment with their situation, but how much of their dissatisfaction was caused by unease and anxiety at the fact that their welfare was being sustained at the expense of the non-German population is harder to assess.“<sup>53</sup>

---

51 Interview mit *Jakob Kipper* und *Johann German* am 20.11.1955, Tonarchiv des Instituts für Volkskunde der Deutschen des östlichen Europa (IVDE) Freiburg, Sig. 0172-1/0001.

52 Ebd.

53 *Harvey*, *Management and Manipulation* (wie Anm. 7), S. 108.

Ähnlich hat Markus Krzoska interethnische Beziehungen während der Umsiedlung kommentiert: Manche hätten sich vielleicht über das Schicksal Andersethnischer Sorgen gemacht, aber „weit häufiger waren zweifellos Gleichgültigkeit oder Ablehnung“.<sup>54</sup>

In Anbetracht der Situation der Buchenlanddeutschen in der Bundesrepublik, wo die Möglichkeit ein Haus zu bauen, geschweige denn Land zu erhalten, anfangs gering war, erschien die Zeit in Polen sogar für manche als eine schönere, bessere Zeit. In den Gesprächen haben mehrere eine gewisse Zufriedenheit mit der Situation ausgedrückt. Jakob Mogk erklärte zum Beispiel:

„Es ist ja gut gegangen [in Polen], und wenn das Unglück nicht über uns gekommen wäre, dass man hätte uns dort heraus müssen nehmen, und wir hätten können bleiben, wären wir glücklich, es wäre uns gut gegangen! [laut] Ja, es war gut, wir haben schöne Gewürze aus dem Garten, es wäre sehr gut gewesen. Aber jetzt sind wir von dort heraus, jetzt ist Schluss, jetzt wir haben überhaupt nichts.“<sup>55</sup>

Wie die Historikerin Doris Bergen bemerkt, wagten es vielleicht auch frühere Umsiedler nicht, sich vor Nachkriegsdeutschen (und besonders Reichsdeutschen wie Johannes Künzig) über die Lage unter den Nationalsozialisten zu beklagen. Von der Fortdauer der Gleichsetzung „Nationalsozialist“ mit „deutsch“ ausgehend, wollten sie möglicherweise nicht undankbar erscheinen.<sup>56</sup> Die Berichte von Buchenlanddeutschen, die im besetzten Frankreich angesiedelt wurden, stellen jedoch ein interessantes Kontrastbeispiel dar. Viele fühlten sich dort, wie ein Mann das ausdrückte, „nie wirklich zu Hause“<sup>57</sup>. Das unterstreicht die unterschiedliche Einstellung der Nationalsozialisten zu Ost- und Westeuropa und ihre abweichende Ansiedlungspolitik.<sup>58</sup> Die gegenwärtige Lage erschien jedenfalls besser als die in der „verlorenen Heimat“ Bukowina. Erstens seien sie in Rumänien

54 *Krzoska, Markus*: Fremd unter den Volksgenossen? Deutschbalten im Reichsgau Wartheland 1939–1945, S. 13. Manuskript des Vortrags, der auf dem 64. Baltischen Historikertreffen in Göttingen am 18.6.2011 gehalten wurde.

55 Interview mit *Jakob Mogk* im März 1953, Tonarchiv des IVDE Freiburg, Sig. 0014-1/0001.

56 *Bergen*, *The Volksdeutsche of Eastern Europe* (wie Anm. 19), S. 52.

57 Interview mit *Peter Engel* und *Jakob Engel* am 17.3.1958, Tonarchiv des IVDE Freiburg, Sig. 0286-2/0004; siehe auch Interview mit *Johann Hartmann* am 24.3.1952, Tonarchiv des IVDE Freiburg, Sig. 0007-1/0023: „Na ja, wohl gefühlt ... es war immer nicht zuhause, ne? Es war immer fremd auch dort, es waren auch nur, wir waren da nur anderthalb Jahre, es war alles fremd. ... Na ja, kann man nichts machen ...“ (... = Redepausen).

58 *Heinemann*, „Rasse, Siedlung und deutsches Blut“ (wie Anm. 15), S. 310.

als „Bürger zweiter Klasse“ behandelt worden, und zweitens seien die Umstände dort angeblich jetzt (d.h. nach 1945) noch unerträglicher.<sup>59</sup> Der Nachkriegsantikommunismus hatte der Erfahrung und dem Neuanfang trotz des Leids und der Schwierigkeiten einen Sinn gegeben. Tatsächlich zeigten sich die bukowinischen Interviewpartner gegenüber Künzig enttäuscht. Auch wenn sie nostalgisch oder nachdenklich waren, hätte kein Einziger zurückgehen wollen. Sie sahen in der Umsiedlung, besonders der in den Osten, eine gute Idee, die nur falsch umgesetzt worden war.

„*Es ist doch gut ausgegangen*“

Mit der Zeit wurde es unüblicher, nicht nur über die Umsiedlung, geschweige denn die Ansiedlung, als eine „gute Idee“ zu sprechen, sondern auch die Umsiedlung überhaupt zum Thema zu machen.<sup>60</sup> Einerseits entwickelte sich das historische Bewusstsein in der BRD, andererseits verloren die Vertriebenenverbände in der breiteren Öffentlichkeit an Bedeutung.<sup>61</sup> Auch innerhalb der Landsmannschaft der Buchenlanddeutschen ließ sich eine gewisse Abneigung gegen eine detaillierte Erörterung der Umsiedlung erkennen.<sup>62</sup> Wenn man ihre Zeitschrift „Der Südostdeutsche“ in Betracht zieht, kann man feststellen, dass nach vereinzelt Versuchen in den 1960er-Jah-

59 Interview mit *Anton Schuster* und *Karoline Schuster* am 18.8.1955, Tonarchiv des IVDE Freiburg, Sig. 160-1/0001.

60 Ab den 1960er-Jahren wurde es durch den Eichmann-Prozess (1961), die drei „Auschwitzprozesse“ (1963–1968) und die Veröffentlichungen von Historikern des Münchner Instituts für Zeitgeschichte immer schwerer, Aspekte des Dritten Reiches zu verteidigen. Siehe z.B. *Broszat, Martin*: Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945. Stuttgart 1961.

61 Zunehmend wirkten die Vertriebenenverbände mit ihrer radikalen Rhetorik von Schuldverleugnung oder sogar deren Verschiebung auf die einstigen Kriegsgegner als fanatisch und verloren Mitglieder. Siehe *Ahonen, Pertti*: After the Expulsion. West Germany and Eastern Europe 1945–1990. Oxford 2003; *Connor, Ian*: Refugees and Expellees in Post-War Germany. Manchester 2007. Siehe auch *Stickler, Matthias*: „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“. Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzung der deutschen Vertriebenenverbände 1949–1972. Düsseldorf 2004; *Hahn, Hans Henning* und *Eva Hahn*: Die Vertreibung im deutschen Erinnern. Legenden, Mythos, Geschichte. Paderborn 2010.

62 Sogar für diese Interessengruppe war „die Umsiedlung“ eine ziemlich heikle Frage, indem sie die Durchsetzung des Anspruchs auf „das Recht auf Heimat“ und die Zuweisung der Schuld für die Vertreibung der Deutschen nach dem Krieg allein auf die Alliierten schob. Eine solche Argumentation wurde immer schwieriger. Es ist erwähnenswert, dass der letzte Band der Ostdokumentation, der Anfang der 1960er-Jahre herausgegeben werden sollte, aus diesen Gründen nicht veröffentlicht wurde. Siehe *Beer, Mathias*: Im Spannungsfeld von Politik und Zeitgeschichte. Das Großforschungsprojekt „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 46 (1998), Nr. 3, Juli, S. 345–389.

ren die Ereignisse zu behandeln,<sup>63</sup> das Thema für mehrere Jahrzehnte fast komplett verschwand.<sup>64</sup> Wenn die Umsiedlung erwähnt wurde, dann im Rahmen einer Zeitangabe: „30 Jahre seit der Umsiedlung“<sup>65</sup>, des Gedenkens: „an die Umsiedlung der Buchenlanddeutschen vor 30 Jahren“<sup>66</sup> oder gesetzlicher Bestimmungen: „die neuen Fristen für Entschädigung der Umsiedler und Vertriebenen“<sup>67</sup>. Tatsächlich sahen aus der zeitlichen Distanz die meisten Bukowiner die Umsiedlung nicht als Inbegriff einer katastrophalen Misere, sondern eher als ein Jubiläum – nicht nur als Ende, sondern auch als Neubeginn. Zwar war das Leben in der alten Heimat zu Ende gegangen, aber die Gemeinschaft hatte sich in der BRD wiedererfunden. Wagner sprach von der „vorlandsmannschaftlichen Zeit“ und gleichzeitig von „der schwersten Zeit“ seit der Umsiedlung.<sup>68</sup> Seitdem hätte sich die Gemeinschaft wieder aufgebaut, Traditionen erhalten, und die meisten Bukowiner hätten es zu etwas gebracht. Zumindest vergleichsweise zu den Zurückgebliebenen hinter dem Eisernen Vorhang ging es ihnen gut. In einem seiner letzten Aufsätze über die Umsiedlung nannte Wagner das Schicksal der Bukowiner nicht tragisch, sondern einfach „bunt“ und behauptete, die Umsiedlung sei schließlich „ein voller Erfolg“ gewesen.<sup>69</sup> Damit war die Sache sozusagen erledigt.

Bei näherer Betrachtung wird jedoch klar, dass der Diskurs über den Krieg und die Umsiedlung nicht komplett abbrach, sondern eine Umwertung stattfand. Erinnerungen an die Umsiedlung verwandelten sich von Opfer- zu Erfolgsgeschichten. Somit schien eine detaillierte Besprechung der Erfahrungen überflüssig. Und genau dieser Mangel an Details erlaubte eine derartige Umwertung des Ausgangs. Zudem dominierte und bestimmte nun der Ausgang die ganze Botschaft. Aus diesem Grund wurden Fragen auch

63 Z.B. *Wagner, Rudolf*: Der tiefere Sinne der Umsiedlung der Buchenlanddeutschen vor 25 Jahren. In: *Der Südostdeutsche (SoD)*, Nr. 11, 15.6.1965, S. 1f.

64 Diese Bemerkung stützt sich auf eine stichprobenartige Sichtung der Zeitschrift „Der Südostdeutsche“ der Jahre 1949–1959, 1961, 1965, 1971, 1981, 1991, 2001 und 2011.

65 Siehe z.B. *Gaschler, Norbert*: Die Lehren der 30 Jahre seit der Umsiedlung der Buchenlanddeutschen. In: *SoD*, Nr. 5, 1.3.1971, S. 2, und Nr. 6, 15.3.1971, S. 2.

66 Siehe z.B. die Notiz: Die alte Heimat bleibt unvergessen. In: *SoD*, Nr. 1, 1.1.1971, S. 1 (Der Artikel behandelt das Gedenken an die Umsiedlung vor 30 Jahren im November 1970 in Salzgitter-Lebenstedt.).

67 *Hubich*: Die neuen Fristen für Entschädigung der Umsiedler und Vertriebenen in Österreich. In: *SoD*, Nr. 24, 15.12.1971, S. 3.

68 *Wagner, Rudolf*: Die vorlandsmannschaftliche Zeit. In: *Prelitsch, Hans (Hg.): 10 Jahre Landsmannschaft der Bukowinadeutschen 1949–1959. Gründung und Werdegang*. München 1959, S. 7–9.

69 *Wagner*, Probleme zur Umsiedlung der Deutschen (wie Anm. 38); siehe auch *Wagner, Rudolf*: Die Umsiedlung der Deutschen aus der Bukowina. In: *Lang, Franz (Hg.): Buchenland. Hundertfünfzig Jahre Deutschtum in der Bukowina*. München 1961, S. 509–527, S. 526.

nicht gestellt oder einfach nicht beantwortet. In dem Heimatbuch über das bukowinische Dorf Illischestie (rumän.: Ilișești), das 1960 erschien, war zum Beispiel Folgendes zu lesen:

„Ob bei den Umsiedlungen zum Wohle von Volksgenossen gehandelt wurde, oder ob dabei nur kalte politische Berechnung die Triebfeder des Handelns war, soll hier nicht erörtert und Deutschland darnach auch nicht gefragt werden. Die ganze Umsiedlungsaktion, auf einen Sieg in einem großen Kriege aufgebaut, ist noch zu verschleiern, als dass man schon heute klar über sie urteilen könnte. Bis jetzt steht nur fest, daß auch die Volksdeutsche Mittelstelle vom Tage der beendeten Umsiedlung bis zum Zusammenbruche des Großdeutschen Reiches nicht wusste, welchen weiteren Verlauf und welchen Abschluß die Umsiedlung nehmen soll, ferner, daß die Behandlung der Aussiedler und der deutschen Ansiedler nicht immer richtig war. Nach den ersten größeren Rückschlägen an der Ostfront wurden viele Umsiedlungsplanungen unausführbar und die meisten Führer der Ansiedlungsbehörden ratlos. Trotz allem hat sich aber nach dem Zusammenbruch auch herausgestellt, daß die Umsiedlung der Deutschen aus der Süd-Bukowina für diese noch eine wohlwollende Fügung des Schicksals war, weil sie dadurch vor noch größeren Verlusten an Menschen, ja, vielleicht vor einem grauenhaften Untergang als Volkssplitter, verschont geblieben ist [sic!]. Und das verpflichtet zum Danke Deutschland gegenüber.“<sup>70</sup>

Diese konzessive Einstellung benötigte nicht nur ein Schweigen, sondern sie verlangte auch dessen Fortsetzung. So konnte weiterhin die Umsiedlung als gute Idee gelten, ohne dass diese in weitere Wortgewänder gezwungen wurde und ohne das „richtige“ Geschichtsbewusstsein zu beeinträchtigen. Das Schlechte wurde durch das Gute neutralisiert. Auf diese Weise war es auch möglich, ohne Widerspruch gleichzeitig die alte, verlorene Heimat zu betrauern und die Leistungen in der neuen Heimat zu feiern. Das „Recht auf Heimat“ der Umsiedler war eigentlich ein „Recht auf Sehnsucht“ basierend auf Vergessen.<sup>71</sup> Somit stimmten die Erinnerungen der Umsiedler mit dem erinnerungspolitischen Status quo der Nachkriegszeit und deren politischer Ordnung überein und stellten keine besondere Herausforderung für die Integration in der Bundesrepublik dar.

---

70 Dressler, *Johann Christian*: Illischestie – Chronik der Bukowiner Landgemeinde. Freilassing 1960, S. 553.

71 Vgl. Demshuk, *Andrew*: The Lost German East. Forced Migration and the Politics of Memory 1945–1970. New York 2012.

Diese merkwürdige Mischung aus Opferrolle und Dankbarkeit dauerte bis zum Ende des Kalten Krieges an. Sie überstand sogar das Wiederaufleben detaillierter Berichte über die Umsiedlung in den 1980er-Jahren, als die Weitergabe der „vergessenen“ Umsiedlungserfahrungen an weitere Generationen nötig erschien.<sup>72</sup> So hielt zum Beispiel der katholische Priester Norbert Gaschler anlässlich des buchenländischen Heimattreffens zu Pfingsten 1980 eine Rede, die die Jüngeren als Zielpublikum hatte, in der er detailliert den gesamten Vorgang der Umsiedlung thematisierte.<sup>73</sup> Augenscheinlich versuchte er offen und ausgewogen zu berichten: Er beschrieb die verschiedenen Einstellungen zum Aufbruch aus der Bukowina, die schwierige Lage der Umsiedler in den Lagern (insbesondere für ihn und andere Gläubige), die Enttäuschung vieler Umsiedler und die kleinen Anzeichen von Abwehr. Schließlich kam aber auch er zu dem Schluss, dass die Umsiedlung doch gut ausgegangen sei: Die Bukowiner seien jetzt in der BRD „integriert“<sup>74</sup>, und wenn man ihre heutige Situation in Betracht ziehe, dann sehe man deutlich, dass die Umsiedlung schlussendlich ein Segen gewesen sei: „Es ist uns nicht nur viel, sehr viel Schweres und Bitteres erspart geblieben, wir haben auch eine schönere, bessere und friedlichere Heimat gefunden.“<sup>75</sup> Ein ähnlicher Grundtenor fand sich auch in den einzelnen Beiträgen von Umsiedlern, die zu dieser Zeit über ihr Leben schrieben.<sup>76</sup> Aber diese Ansicht wurde nicht nur von nostalgisch eingestellten Umsiedlern vertreten. In den 1980er-Jahren gelangten zum Beispiel der deutsche Historiker Dirk Jachomowski und die amerikanische Historikerin Sophie Wellisch im Falle der Buchenlanddeutschen zu einem ähnlichen Schluss.<sup>77</sup> Beide erklär-

72 1970 kommentierte Frensing den Mangel an Literatur zum Thema: „Der aufgezeigte Mangel ist sicherlich auch bedingt durch die Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland und Ost-Mittleuropa, die sich nach 1945 in der Bundesrepublik auch gegenüber der historischen Forschung oft als psychologische Sperre erwiesen hat.“ *Frensing*, Die Umsiedlung der Gottscheer Deutschen (wie Anm. 11), Vorwort.

73 Für ihn war Geschichte „aufgehobene Erinnerung“. *Gaschler, Norbert*: Die Umsiedlung der Buchenlanddeutschen im Spätherbst 1940 und ihre Folgen für die Katholiken und ihre Priester aus Bessarabien, der Bukowina und der Dobrudscha (2 Teile). In: *Analele Bucovinei, Anul XVII* (2010), H. 1, S. 301–342, und XVII (2010), H. 2, S. 427–436, S. 311.

74 Ebd., S. 435.

75 Ebd., S. 436.

76 Siehe z.B. *Reimann, Artur*: Schicksalsweg eines Bessarabiendeutschen (1905–1985). Hannover 1985, S. 6; siehe auch die Berichte von Bukowinern in der Sammlung Beiträge zum Wettbewerb „Ältere Menschen schreiben Geschichte“ / 1977, Hauptstaatsarchiv Stuttgart, J 175, Bü 817, 1310 und 1518.

77 *Wellisch, Sophie*: The Second World War Resettlement of the Bukovina Germans. In: *Immigrants and Minorities*, 3 (1984), Nr. 1, S. 49–68; *Jachomowski*, Die Umsiedlung der Bessarabien-, Bukowina- und Dobrudschadeutschen (wie Anm. 1), S. 205–208.

ten, dass, wenn man das Schicksal der Siebenbürger Sachsen und der Banater Schwaben, die weiterhin in Rumänien leben mussten oder sich um die Auswanderung nach Westdeutschland bemühten, in Betracht ziehe, werde deutlich, dass die Umsiedler „die beste aller schlechten Möglichkeiten“ gehabt hätten. Sie hätten erkannt, dass die Umsiedler von den Nationalsozialisten instrumentalisiert worden seien, aber der Kommunismus sei bei Weitem das größere Übel.<sup>78</sup> Schlussendlich sei die Umsiedlung eine Rettung gewesen.<sup>79</sup>

Trotz der Ablehnung des Nationalsozialismus und immer detaillierterer Beschreibungen des Umsiedlungsgeschehens wurden die Methoden der Nationalsozialisten in den Erzählungen der 1980er-Jahre selten gründlich hinterfragt. Gaschler erzählte zum Beispiel, wie er einmal zu einem SS-Mann gesagt hätte, dass die Umsiedler besser behandelt werden sollten, sonst würden die Nationalsozialisten den Juden von Karlsberg, die ihn vor der Umsiedlung gewarnt hätten, Recht geben.<sup>80</sup> Damit argumentierte er mit der internen Logik des Dritten Reiches. Vielleicht noch vielsagender war Gaschlers Empörung über seine Klassifizierung als A-Fall, während seine gesamte Familie als O-Fall kategorisiert worden war. Natürlich war der Grund dafür sein geistlicher Beruf und seine Konfession. Gaschler verstand sich aber als Opfer eines administrativen Fehlers. Laut seiner Erklärung war er als „echter Deutscher“ „falsch“ eingeschätzt worden:

Was und wer ist schuld, dass ich nicht nach dem Osten darf und nun getrennt werde von meinen Verwandten und Bekannten, Nachbarn und Freunden? Angeblich wurden nur gesunde, reindeutsche und politisch zuverlässige Umsiedler für den Osten eingebürgert. Aber

---

78 *Jachomowski*, Die Umsiedlung der Bessarabien-, Bukowina- und Dobrudscha-deutschen (wie Anm. 1), S. 207; *Wellisch*, The Second World War Resettlement (wie Anm. 77), S. 63.

79 Diese Ansicht vertrat auch *Frensing*, Die Umsiedlung der Gottscheer Deutschen (wie Anm. 11), S. 151. Die Historikerin der Bessarabiendeutschen Ute Schmidt kommentierte 1989, dass trotz der existierenden Beweise über die Absichten der Nazis die Aktion immer noch weitgehend als Rettung verstanden werde. *Schmidt, Ute*: Zweifacher Heimatverlust – Integration ohne Revanchismus. Ein Forschungsprojekt über die Bessarabiendeutschen in der Bundesrepublik. In: *Jahrbuch für ostdeutsche Volkskunde*, 32 (1989), S. 357–384, S. 372. Der Text von *Volkman, Hans Erich*: Zur Ansiedlung der Deutschbalten im „Warthegau“. In: *Zeitschrift für Ostforschung*, 30 (1981), H. 4, S. 527–558, S. 527, in dem die Germanisierung als das Ziel der Umsiedlung betont wurde, stellt eine interessante Ausnahme dar.

80 *Gaschler*, Die Umsiedlung der Buchenlanddeutschen (wie Anm. 73), S. 332.

das stimmte nicht immer. Es gab krasse Fälle, bei denen es offenbar wurde, dass man dabei sehr willkürlich vorgegangen war.<sup>81</sup>

Obwohl er das NS-System kritisierte, akzeptierte er seine völkischen Prinzipien. Was er „willkürlich“ nannte, waren im Grunde die diktatorischen Grundsätze des Systems. In ähnlicher Weise schrieb Sophie Wellisch, dass „[b]y resettling Germans in overwhelmingly Polish-speaking districts, the Reich hoped not only to consolidate its hold over these lands and extend the German language frontier but also to prevent the eventual assimilation of these scattered minorities in eastern Europe.“<sup>82</sup> Ihrer Ansicht nach hatten sie das Letztere tatsächlich geschafft. Die Methoden wurden nicht hinterfragt und somit der grundsätzliche Bankrott des Regimes und die kriminelle Logik seiner Ideologie auch nicht problematisiert. Das verhinderte gleichzeitig die Wahrnehmung des verderbten Charakters des Regimes und der Mitschuld der Betroffenen.

In der Tat wurden die Nationalsozialisten und die Umsiedler als komplett unterschiedliche historische Akteure präsentiert. So konnte man argumentieren, dass die Umsiedler das Beste aus einer schlimmen Situation gemacht hatten, und man konnte sogar darauf stolz sein. Der Autor eines Buchenhainer Heimatbuchs, das 1986 herausgebracht wurde, vertrat diese unbefangene Ansicht ganz klar. Die Lage der Bukowiner beschrieb er als einen Ausgleich zwischen Hilfslosigkeit und Handlungsfähigkeit. Er sprach von der Anziehungskraft der Propaganda und einer zum Teil echten Begeisterung über „den Umbruch“ unter den Umsiedlern. Gleichzeitig hob er die guten Charakterzüge der Buchenhainer hervor: Sie hätten „ein helles Köpfchen“ und seien „von einem derart gesunden Schlag“.<sup>83</sup> Aber er betonte auch den Druck, dem sie ausgesetzt gewesen seien: „Zum Nachgrübeln blieb aber nicht viel Zeit“; sie hatten „kaum Zeit an ihre eigene kritische Lage zu denken“; „dem Lauf der Zeit konnte niemand widerstehen“.<sup>84</sup> Obwohl die Verfolgung der Polen explizit beschrieben wurde, wurde sie auch an die Vulnerabilität der Bukowiner selbst gekoppelt, und somit wurden die Bukowiner mit den Opfern der Nationalsozialisten gleichgestellt:

---

81 Ebd., S. 340.

82 Wellisch, *The Second World War resettlement* (wie Anm. 77), S. 52.

83 Neuburger, *Josef: An den Hängen der Karpaten*. Buchenhain – die Heimat unserer Deutschböhmern. Kirchberg 1986; hier zitiert aus der ergänzten Ausgabe von Irntraud und Adolf Schaper. Bad Lippspringe 2008, S. 193, 191 (kleine orthografische und grammatikalische Fehler wie im Original).

84 Ebd., S. 203, 207, 202.

„Ein Tag, bevor die Siedler ihren zugewiesenen Hof in Besitz nehmen konnten, wurden die ehemaligen polnischen Besitzer aus ihren [sic!] angestammten oder geerbten Hof ausquartiert, besser gesagt vertrieben. Sie durften nur einige Habseligkeiten mitnehmen, die sie gerade noch tragen konnten. Viele Buchenhainer waren bereits Augenzeugen einer derartigen gewaltsamen Vertreibung. Dachten diese vielleicht zurück auf ihren eigenen – allerdings nicht gewaltsamen – Auszug aus ihrer angestammten Heimat in Pojana im Jahre 1940? Auch sie mußten all das Liebgewordene zurücklassen und in eine Ungewisse Zukunft ziehen!“<sup>85</sup>

Mit der Erwähnung des naheliegenden KZ Auschwitz-Birkenau verhielt es sich ähnlich. Neuburger berichtete, dass viele Polen „eine unbeschreibliche Angst vor dem ‚Auschwitzer Lager‘“ hatten.<sup>86</sup> Er nannte jedoch nicht den Grund und erwähnte auch nicht dessen Nähe (auf der Landkarte benutzte er den polnischen Namen Oświęcim, was zu dieser Zeit von nur wenigen Lesern mit dem dortigen Konzentrationslager in Verbindungen gebracht worden wäre). Die Verfolgung in dem Lager und die Einstellung der Umsiedler dazu wurde nur indirekt anlässlich der Begegnung der Buchenhainer auf der Flucht mit dem Todesmarsch der KZ-Häftlinge angesprochen und sogar dann nur auf eine vage Art mit offenen Fragen.<sup>87</sup> Neuburger stellte also fest, dass die Buchenhainer in Polen keine „richtige Freude mit der neuen Heimat“<sup>88</sup> empfinden konnten und sich somit „nie richtig daheim“<sup>89</sup> fühlten. Aber „[t]rotzdem erfüllten alle ihre zugewiesenen Aufgaben mit großer Sorgfalt. So manch polnisches Dorf erhielt durch die Arbeitsleistung der Deutschböhmen ein neues Gesicht.“<sup>90</sup> Weitere Erkenntnisse über den Charakter des Dritten Reiches im Laufe des Kalten Krieges brachten keine großen Veränderungen in den Erzählungen über die Umsiedlung mit sich, weil die Erinnerungen durch den positiven Ausgang neutralisiert wurden, mit dem die Bukowiner ihre Lebensgeschichten als Westdeutsche definieren wollten.

---

85 Ebd., S. 200.

86 Ebd., S. 213.

87 „Unvergeßlich blieb vielen Buchenhainern die kurze Begegnung mit den ärmsten aller Armen auf ihrem Fluchtweg nach Westen. Später erzählten die Flüchtenden nur widerwillig von diesen unmenschlichen Erlebnissen. Wurden vielleicht auch sie gequält von dem Gleichnis des ‚Barmherzigen Samariters?‘ Sahen sie nicht auch bis zum Tode geschwächte und erschöpfte Mitmenschen und gingen, ohne zu helfen, vorbei?“ Ebd., S. 213.

88 Ebd., S. 203.

89 Ebd., S. 240.

90 Ebd.

„Den Gewaltherrschern ausgeliefert“

1990 erschien das Buch „Mit Fluchtgepäck die Heimat verlassen ...“, ein Buch, das von der Landsmannschaft der Buchenlanddeutschen herausgebracht wurde und dazu dienen sollte, an die Umsiedlung der Buchenlanddeutschen vor 50 Jahren zu erinnern.<sup>91</sup> Es handelte sich um eine Sammlung von Bildern und Beiträgen, welche die Ereignisse aus verschiedenen Perspektiven rekapitulierte. Die Ansicht, dass es sich doch letztendlich bestens ergeben hatte, wurde in fast allen Berichten klar vertreten. Somit war das Buch von einem quasi feierlichen Ton getragen. Gleichzeitig vermittelten jedoch die abgedruckten Bilder sehr eindrucksvoll die Anteilnahme der Nationalsozialisten an dem Schicksal der Umsiedler, und der Titel stellte die Buchenlanddeutschen ganz deutlich als Opfer von „Flucht und Vertreibung“ dar. Des Weiteren kann das Buch auch als ein Symptom des wachsenden Interesses an den Ereignissen zum Ende des Krieges und am Nationalsozialismus schon vor 1989 verstanden werden und darüber hinaus als ein Vorzeichen der Entwicklung von Umsiedlungsgeschichten nach der Wende. Tatsächlich wurden schon vor 1989 die NS-Zeit und die Kriegsfolgen einer erneuten und tieferen Überprüfung unterzogen. Ebenso waren zu dieser Zeit neue wissenschaftliche Forschungen zur Umsiedlung im Gange.<sup>92</sup> Auch gerieten besonders nach der Wende die Rolle und die Erfahrungen der Deutschen im östlichen Europa wieder ins Zentrum. Oft wurden sie nicht mehr als einfache Opfer, sondern sowohl als Opfer als auch als Täter dargestellt. Die Gründe dafür sind verschieden sowie vielfach und weitgehend bekannt.<sup>93</sup> Jedenfalls erreichten zu dieser Zeit die Debatten über die deutsche Verantwortung und Schuld einen neuen Höhepunkt, während sich gleich-

91 *Bornemann, Irma und Rudolf Wagner* (Hg.): *Mit Fluchtgepäck die Heimat verlassen ... 50 Jahre seit der Umsiedlung der Buchenlanddeutschen*. Redaktion: Adolf Armbruster. Stuttgart, München 1990.

92 Das Buch von *Lumans, Himmeler's Auxiliaries* (wie Anm. 1), eine Studie über die Volksdeutsche Mittelstelle, die die Rolle der Auslandsdeutschen in der NS-Politik untersuchte, erschien erst 1993, jedoch wurde mit der Arbeit schon in den späten 1980er-Jahren begonnen. Noch wichtiger war das noch 1991 auf Deutsch erschienene Buch von *Aly und Heim, Vordenker der Vernichtung* (wie Anm. 23), in dem festgestellt wurde, dass die Umsiedlung der Volksdeutschen als Motor für den Genozid an den Juden gewirkt hatte. Damit waren laut Aly und Heim beide Entwicklungen untrennbar verbunden. Wenn auch die Bukowinadeutschen nicht zu diesem Schluss gelangten, so wurde doch zunehmend die Umsiedlung als ein Aspekt der NS-Politik angesehen.

93 Siehe z.B. *Maier, Charles: The Unmasterable Past. History, Holocaust, and German National Identity*. Cambridge/Mass. 1988; *Fulbrook, German National Identity after the Holocaust* (wie Anm. 29); *Niven, William [Bill] J.: Facing the Nazi Past. United Germany and the Legacy of the Third Reich*. London 2002; *Wittlinger, Ruth: German National Identity in the Twenty-First Century. A Different Republic After All?* Basingstoke 2010.

zeitig – nicht zuletzt als Erwiderung auf zunehmende Erinnerungen an den Holocaust – eine erneute Debatte über „Deutsche als Opfer“ entwickelte.<sup>94</sup>

Die Wende in Osteuropa brachte also eine große Veränderung in der populären und wissenschaftlichen Beschäftigung mit der Geschichte der Umsiedlung mit sich. Es wurde die Annahme vertreten, dass die Geschichte der Umsiedlung und der Umsiedler als „deutsche Opfer“ noch weitgehend unbekannt sei. Tatsächlich wurden nun andere Fragen gestellt. Man fragte nicht mehr „Wurden sie gerettet?“, sondern „Unter welchen Umständen gingen sie weg?“ Außerdem lag der Schwerpunkt weniger auf dem Schicksal der Gruppe und mehr auf dem von einzelnen Personen. Damit wurde eine Welle von Erinnerungen ausgelöst. Ob diese Berichte einem psychischen Bedarf, einem Wunsch zu informieren, einer Absicht, die allgemeine Geschichtsschreibung richtig zu stellen oder einem Anspruch auf Anerkennung als Opfer entsprachen, kann nur stückweise beantwortet werden. Sicher ist nur, dass sich im Laufe der 1990er-Jahre Beiträge von Bukowinern, die nicht von der alten Heimat, sondern genauer gesagt von den Umständen der Umsiedlung aus ihrer persönlichen Sicht handelten, exponentiell häuften. Im „Südostdeutschen“ vom Jahre 2001 zum Beispiel hatte zumindest ein Artikel pro Ausgabe, ob wissenschaftlich oder nicht, die Umsiedlung zum Thema. Bilder und Fotos der Erinnerungsstücke der Umsiedlung aus privaten Sammlungen wurden immer häufiger zu Veranschaulichungszwecken gedruckt. Erfahrungsberichte wurden auch in der Zeitschrift „Kaindl-Archiv“ vom Bukowina-Institut in Augsburg veröffentlicht.<sup>95</sup> Das Institut entwickelte eine Wanderausstellung zum Thema und machte die Erlebnisse und Erfahrungen zu einem Forschungsschwerpunkt.<sup>96</sup> Viele Privatpersonen verfassten Lebensberichte in Form von Aufsätzen oder Büchern oder gaben diese an Sammlungen ab.<sup>97</sup> Ebenso nahmen deutsche Museen das Thema auf.<sup>98</sup> In der Wissenschaft kam der Thematik auch

94 *Niven, William [Bill] J.* (Hg.): *Germans as Victims. Remembering the Past in Contemporary Germany*. Basingstoke 2006; *Röger, Maren*: *Flucht, Vertreibung und Umsiedlung. Mediale Erinnerungen und Debatten in Deutschland und Polen seit 1989*. Marburg 2009.

95 Siehe z.B. *Kaindl-Archiv*, (2000), Bd. 43.

96 *N.N.*: Eine Ausstellung als Baustelle. In: *SoD*, Nr. 1, 20.1.2001, S. 1; *Windisch, Gudrun*: 13. Internationale Studentagung des Bukowina-Instituts. Schwerpunkt 2001: Umsiedlungen, Deportationen und Flucht aus dem Buchenland. In: *SoD*, Nr. 4, 20.4.2001, S. 1 und 8.

97 Siehe z.B. die Autobiografie von *Hasenkopf, Didymus*: ... und jetzt erst recht mein Lebensmotto. *Trostberg* 2006. Auch Umsiedler aus der ehemaligen DDR schrieben Aufsätze und Lebensberichte, z.B. *Kosiul, Willi*: *Die Bukowina und ihre Buchenlanddeutschen*. 2 Bände. Oberding 2011–2012.

98 Ein Erlebnisbericht von einem Bukowiner wurde z.B. auf der Seite des Deutschen Historischen Museums veröffentlicht: <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/der-zwei->

viel Aufmerksamkeit zu.<sup>99</sup> Man bemühte sich auf verschiedene Weise, die Geschichte der Umsiedlung im Kontext zu verdeutlichen – Genozid, Rassismus, Vertreibung, „Displacement“ usw. Im Jahre 2004 veröffentlichte zum Beispiel der frühere Leiter des Bukowina-Instituts Ortfried Kotzian ein Buch mit dem Titel „Die Umsiedler“, das die Geschichte aller umgesiedelten Deutschen wohl zum ersten Mal gemeinsam darstellte und die Erfahrungen auch als Bestandteil des „Jahrhunderts der Vertreibung“ festschrieb.<sup>100</sup>

Jedoch wurde es durch die neuen, persönlicheren Erfahrungsberichte von der Umsiedlung nicht nur komplizierter, eine klare Trennung zwischen „den Deutschen als Täter“ und „den anderen als Opfer“ zu ziehen. Auch wurde es schwieriger, die Umsiedler nur als hilflose Opfer zu sehen. Der ideologische Hintergrund, der früher als irrelevant erschien, war auf einmal das Hauptaugenmerk. Oft begannen die Erzählungen mit dem Jahr 1940, und die betrügerischen Absichten der Nationalsozialisten bildeten nicht die Schlussfolgerung, sondern die Prämisse. Die täuschende und euphemistische Natur der Ausdrücke „Heim ins Reich“ oder gar „Umsiedlung“ wurden besprochen.<sup>101</sup> Die Methoden der Nationalsozialisten wurden nicht mehr ernst genommen. Oft wurden sie gleichzeitig verabscheut und belacht. Eine Frau erklärte dazu: „Wir wurden entlaust, eine Prozedur, über die ich heute noch lache, die aber sehr unangenehm war.“<sup>102</sup> Ein Umsiedler, dessen Mutter, weil sie Polin war, als A-Fall statt als O-Fall kategorisiert worden war, tat das als „skurril“ ab.<sup>103</sup> Es wurde auch ironisch notiert, dass die „diskriminierten A-Fälle“ weniger zu leiden gehabt hatten, da sie nicht flüchten mussten; die Tatsache, dass A-Fälle als „untauglich“ für die Ostsiedlung gegolten hatten, war nicht mehr beschämend, sondern ein Glück. Ein Zeichen dafür, dass die NS-Kategorien überhaupt nicht mehr wichtig erschienen, war die wesentlich offenere Besprechung von A- und besonders S-Fällen in

---

te-weltkrieg/aussenpolitik/umsiedlung-aus-der-bukowina.html, zuletzt eingesehen am 25.5.2014.

99 Besonders erwähnenswert sind die Studien von *Aly, Götz*: Endlösung, Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden. Frankfurt am Main 1995, *Heinemann*, „Rasse, Siedlung und deutsches Blut“ (wie Anm. 15), *Leniger*, Nationalsozialistische „Volkstumsarbeit“ (wie Anm. 15).

100 *Kotzian*, Die Umsiedler (wie Anm. 1).

101 Siehe z.B. *Reif, Elfriede*: Umsiedlung und Lagerleben in Wartha/Schlesien. In: *Kaindl-Archiv*, (2000), Bd. 43, S. 119; *Seeberger, Karoline*: „Noh sin ich zu mein'm Linnebaum gang, un hun for mich gedenkt ...“. In: *Kaindl-Archiv*, (2000), Bd. 43, S. 114–115.

102 *Reif*, Umsiedlung und Lagerleben (wie Anm. 101), S. 121.

103 Gespräch mit Peter Lehner. In: [http://bukowinafreunde.de/Neuer%20Ordner/faq/Gespraech\\_mit\\_dem\\_Peter\\_Lehner\\_geboren\\_in\\_Czernwitz\\_mit\\_Stationen\\_in\\_Pommern\\_%28heute\\_Polen%29,\\_Oesterreich,\\_%20Deutschland\\_und\\_der\\_Schweiz.pdf](http://bukowinafreunde.de/Neuer%20Ordner/faq/Gespraech_mit_dem_Peter_Lehner_geboren_in_Czernwitz_mit_Stationen_in_Pommern_%28heute_Polen%29,_Oesterreich,_%20Deutschland_und_der_Schweiz.pdf), zuletzt eingesehen am 25.5.2014.

den Berichten.<sup>104</sup> Wer das ernst nahm, musste zugeben, sich früher geirrt zu haben. Tatsächlich wurde die Behandlung durch die Nationalsozialisten, insbesondere die rassistische Einordnung, nicht mehr als „die Gesetze der Zeit“, sondern öfter als ein Verstoß gegen die Menschlichkeit verstanden; zumindest von ihrer Logik her wurde die Behandlung der Buchenlanddeutschen und die der Juden als vergleichbar angesehen.<sup>105</sup> In manchen Fällen wurde unter Bezug auf Darstellungen von Konzentrationslagern über die Erfahrungen der Umsiedler mit dem Transport, dem Lagerleben usw. gesprochen.<sup>106</sup> Viktimisierung und Ausnutzung durch die Nationalsozialisten rückten dadurch ins Zentrum der Erzählungen, so dass in einigen Berichten die Sowjets gar keine Erwähnung mehr fanden.<sup>107</sup>

Aspekte des Holocausts begannen, ganz unabhängig von der Umsiedlung eine immer größere Rolle in vielen Berichten zu spielen. Auch wenn einige Stimmen weiterhin die Erfahrungen der Deutschen und die der Juden gleichzusetzen versuchten oder weiterhin argumentierten, dass „doch alles gut ausgegangen war“, konnten gleichzeitig andere die Schatten des Holocausts nicht ignorieren. Wie konnte man jemals die Taten der Nationalsozialisten für gut heißen? War es überhaupt möglich, positive Aspekte daraus zu ziehen? Die zentralen Fragen wurden in den 2000er-Jahren ganz neu formuliert: nicht nur „Wie konnte man sich von den Nationalsozialisten überzeugen lassen?“, sondern „Wie wurden die Häuser versorgt?“, „Wie war die Beziehung zu den Einheimischen?“, „Was hatten die Umsiedler angesichts der Nähe von Konzentrationslagern gesehen oder sogar gewusst?“ Viele bewerteten ihre Erfahrungen angesichts von Erkenntnissen über den Genozid an den Juden im östlichen Europa, die jetzt breitere und populäre Anerkennung fanden, komplett neu. In mehreren Berichten wurden zum Beispiel Begegnungen mit Leuten, die einen gelben Stern trugen, erwähnt.<sup>108</sup> Angeblich wussten die Umsiedler damals nicht, was das bedeutete. Berta Vogel vermißte sogar in ihrem Bericht das Wort „Jude“, um diese Ahnungslosigkeit zu unterstreichen.

104 Siehe z.B. den Roman *Musculus, Genunea*: Genunea. Czernowitz liegt nicht nur in der Bukowina. Berlin 2011.

105 *Coldewey, Gaby und Stefan Gehrke* (Bearb.): Von der „Rumänisierung“ zur „Eindeutschung“. Dr. Paula Tiefenthaler erinnert sich an ihre Jugend in der Bukowina und die Umsiedlung der Bukowinadeutschen ins „Dritte Reich“. In: *Spiegelungen*, 2 (2007), H. 2, S. 178–190, S. 189.

106 *Coldewey, Gaby u.a.* (Bearb.): „Es hat mich belastet, es bewegt mich noch heute“. Edith Schüttrumpf erinnert sich. Erlebnisse einer Bukowinadeutschen in den Kriegsjahren 1939–1945. In: *Spiegelungen*, 1 (2006), H. 2, S. 39–53.

107 *Vogel, Berta*: Zur Umsiedlung aus dem rumänischen Südbuchenland 1940. In: *SoD*, Nr. 4, 20.4.2014, S. 4 (aufgeschrieben 2003).

108 Ebd.; siehe auch *Coldewey, Gaby u.a.* (Bearb.): „Es hat mich belastet, es bewegt mich noch heute“ [Schüttrumpf] (wie Anm. 106).

chen.<sup>109</sup> Edith Schütrumpf verglich ihre Erinnerungen an Litzmannstadt (Łódź) mit Szenen aus Filmen wie „Schindlers Liste“ oder „Der Pianist“ und fügte hinzu, dass, obwohl sie damals nichts wusste, sie sich bis heute von dieser Erfahrung „belastet“ fühle.<sup>110</sup> Einige Berichte klangen demnach sogar wie Geständnisse, die das lange Schweigen zu beenden versuchten.<sup>111</sup> Nicht selten wurden diese mit der Rechtfertigung gekoppelt, dass die Umsiedler wegen ihrer besonderen Lage auch unter Lebensgefahr gestanden hätten.<sup>112</sup>

Diese Bemerkungen dienten nicht zuletzt dazu, Interesse zu wecken. Aber es ist sicherlich kein Zufall, dass die Autoren solcher Berichte zur Zeit der Umsiedlung oft Kinder gewesen waren. Demzufolge waren sie tatsächlich hilflos, und über die Handlungsfähigkeit der Eltern konnten sie nur spekulieren. In diesem Kontext sind auch Berichte, die aus den Bemühungen von Bukowinern der „zweiten Generation“ entstammen, interessant. Viele von ihnen, die Interesse zeigten, waren damals entweder sehr jung oder wurden sogar nach dem Krieg geboren. Sie wollten wissen, was genau zurzeit ihrer Geburt oder kurz davor passiert war. Viele haben also neue Fragen gestellt und viele Informationen gesammelt. 2008 entschied sich zum Beispiel das Ehepaar Adolf und Irmtraud Schaper, ein neues Heimatbuch über Buchenhain zu schreiben. Nach ihrer Ansicht war die Version von Neuburger überholt, da es an einer Kontextualisierung mangelte.<sup>113</sup> Tatsächlich wurde in ihrer Version von 2008 auf eine weitaus größere Menge an Sekundärliteratur Bezug genommen.<sup>114</sup> Auch wurde die Beziehung der Umsiedler zur Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten stärker mit Zwischenüberschriften wie „Erinnerungen an die Nachbarschaft des Konzentrationslagers Auschwitz“ thematisiert.<sup>115</sup> Die Schapers waren aber in diesem Zusammenhang immer noch hauptsächlich auf die Aussagen von Buchenhainern der „Erlebnisgeneration“ angewiesen. So argumentierten diese beispielsweise, dass die Ziele der Umsiedlung den Umsiedlern weitgehend unbekannt, und dass die Beziehungen der Umsiedler zur SS sowieso schlecht gewesen seien, oder dass das naheliegende KZ Auschwitz-Birkenau ein komplett geschlossenes System dargestellt habe. Die Bewohner der

109 *Vogel*, Zur Umsiedlung aus dem rumänischen Südbuchenland 1940 (wie Anm. 107).

110 *Coldewey, Gaby u.a.* (Bearb.): „Es hat mich belastet, es bewegt mich noch heute“ [Schütrumpf] (wie Anm. 106), S. 46.

111 Siehe z.B. den anonymisierten Bericht aus dem Jahre 2002: Akademie der Künste, Literaturarchiv, Walter Kempowski Archiv, Nr. 6530.

112 *Vogel*, Zur Umsiedlung aus dem rumänischen Südbuchenland 1940 (wie Anm. 107).

113 Nachricht von Irmtraud Schaper an die Verfasserin, 9.10.2014.

114 *Schaper, Irmtraud*: „... das war doch alles ganz normal!“ Dokumentation des Schicksals der deutschböhmischen Dorfgemeinschaft Pojana Mikuli im historischen Kontext im Verlaufe von 200 Jahren. Bad Lippspringe 2012.

115 Ebd., S. 164.

umliegenden Dörfer hätten also nichts darüber gewusst oder wissen können.<sup>116</sup> Obwohl die Fragen bohrend waren und der Kontext erläutert wurde, wurden die beruhigenden Antworten nicht wirklich hinterfragt. Dem entspricht die heutige Selbstwahrnehmung der Umsiedler weder als Opfer noch als Täter, sondern als unglückliche Zeitzeugen von Gewalt und Diktatur. So erklärte zum Beispiel Frau Regina Schröcker, bevor sie mit der Erzählung ihrer Geschichte anfang:

„[So viel ist] in meinem Leben vorgefallen [...]. Ich habe so viele schreckliche Dinge gesehen, dass es einfach sein muss, es nieder zu schreiben, damit der Bericht an meine Nachfahren weitergegeben werden kann. Somit kann ich endlich auch einige schreckliche Dinge verarbeiten, die mich mein ganzes Leben belastet und begleitet haben. Wenn irgendjemand einmal die Frage stellt, wer war eigentlich diese Frau? Dann kann man es hier nachlesen und Unvorstellbares erfahren. Was die Leute in der vergangenen Zeit durchgemacht haben, das kann man sich in der heutigen Zeit gar nicht mehr vorstellen, und dass es auch in der eigenen Familie so etwas einmal gegeben hat. Es ist doch so, dass viele einfach die Aussage treffen: ‚Mir kann das nicht passieren!‘ Aber man soll sich nicht irren. Ich habe das auch einmal gedacht, doch jetzt ist es wahr geworden. Ich muss sagen, ich wünsche das Keinem, nicht einmal meinem ärgsten Feind.“<sup>117</sup>

Hier wird die Geschichte der Bukowinadeutschen erneut umgeschrieben und die Frage der Verantwortung erneut umgangen. Sie werden als Menschen präsentiert, die der Gewaltherrschaft zugleich im Sinne von Ideologie und faktischer Gewalt ausgeliefert waren; ihre Berichte stellen also eine Mischung aus Warnung und Klage dar. Ihre Geschichte wird als eine Befürwortung von Demokratie und Freiheit und ohne weiteres als wertvoll verstanden. So finden ihre Erfahrungen in der heutigen Welt immer noch einen größeren Anklang und erzeugen Stimmigkeit.

---

116 Ebd., S. 156 und 164. Siehe auch *Wanza, Alfred* (Hg.): Antworten einer Zeitzeugin auf Fragen zur Umsiedlung aus der Bukowina, zur Ansiedlung in Ostoberschlesien und zur Flucht und Neuorientierung [Angela Eisenhut aus Pojoräta (1927–2014), erstmals niedergeschrieben 2011, ergänzt 2014]. In: [http://bukowinafreunde.de/bukowinafrag.html#Antworten\\_einer\\_Zeitzeugin\\_auf\\_Fragen\\_zur\\_Umsiedlung\\_aus\\_der\\_Bukowina\\_zur\\_Ansiedlung\\_in\\_Oberschlesien\\_und\\_zur\\_Flucht\\_und\\_Neuorientierung](http://bukowinafreunde.de/bukowinafrag.html#Antworten_einer_Zeitzeugin_auf_Fragen_zur_Umsiedlung_aus_der_Bukowina_zur_Ansiedlung_in_Oberschlesien_und_zur_Flucht_und_Neuorientierung), zuletzt eingesehen am 16.11.2016.

117 *Schröcker, Regina*: Meine Lebensgeschichte und die Umsiedlung. In: SoD, Nr. 3, 20.3.2011, S. 3f. (aufgeschrieben von Sandra Windsberger 2002).

*Resümee*

Wie hier gezeigt worden ist, haben sich die Darstellungen der Geschichte der Umsiedlung und die damit verbundenen Erinnerungen an die Umsiedlung von denen, die diese Erfahrung gemacht haben, mit der Zeit stark verändert. Es wird oft behauptet, dass die Nachkriegszeit von Schweigen gekennzeichnet war, aber eigentlich war unmittelbar nach dem Krieg in einem Kontext von harter Opferkonkurrenz die Artikulation und die Sichtbarkeit einzelner Gruppen äußerst wichtig. Allerdings gab es in der frühen Bundesrepublik tatsächlich keinen neuen Diskursrahmen, der erlaubte, die Politik der Germanisierung zu thematisieren. Die Verfahrensweise der Nationalsozialisten in Frage zu stellen, kam einer Infragestellung der Gegenwart gleich, und gerade Erzählungen über die Vergangenheit sollten dazu dienen, die Gegenwart zu bewältigen und abzusichern. Der Schwerpunkt wurde also auf die Verluste gesetzt, die Umsiedlung erstmals verteidigt und als berechtigt deklariert und eine ernsthafte Erforschung des Themas aufgegeben. Daraufhin ist die Umsiedlung tatsächlich in eine Art Vergessenheit geraten. Außerdem hatte sich spätestens bis in die 1980er-Jahre in Westdeutschland eine selbstsichere Art entwickelt, sich über die NS-Vergangenheit auszudrücken: Die Nationalsozialisten seien eine Handvoll Tyrannen gewesen, welche die Kontrolle übernommen und wenig mit dem deutschen Volk als Ganzes zu tun gehabt hätten. Die Umsiedler hätten diese schwierige Zeit erlebt und überlebt, und das sei eigentlich Grund genug, diese Episode zu feiern. Mit dieser Einstellung war die Umsiedlung bloß ein unwichtiges Detail in der großen Geschichte des Krieges. Nach 1989 änderte sich jedoch noch einmal der Blickwinkel, wenn auch eine Zeit lang der Widerhall früherer Einstellungen sich dennoch erkennen ließ. Die ideologische Untermauerung der Umsiedlung „Heim ins Reich“ rückte ins Zentrum. Heute werden selten die konkreten Folgen der Umsiedlung – die Ankunft in Deutschland – gefeiert, ohne zu versuchen, eine Lehre aus diesen Erfahrungen zu ziehen. Einerseits ermöglichte eine komplexere Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit veränderte Erinnerungen an die Umsiedlung; andererseits erlaubte die neue Art über die Umsiedlung zu sprechen, die Entwicklung einer differenzierteren und kritischeren Sichtweise über die NS-Zeit. So gesehen wurde die Bedeutung der Umsiedlung in den Erinnerungen innerhalb von 60 Jahren auf den Kopf gestellt.

Perti Ahonen meint, dass es in Westdeutschland jahrzehntelang eine „verdrehte Erinnerung“ gab, welche die Schuld für die Zerstörung der Vielfalt

des östlichen Europa allein auf den Kommunismus schob.<sup>118</sup> Auch wenn es auf den ersten Blick so scheint, als ob im Laufe der Zeit immer mehr Einzelheiten über die Erfahrungen der Umsiedlung aufgedeckt worden sind, sind es eher die Fragen und der Erzählungsrahmen, die sich in erster Linie radikal verändert haben. Man sollte also nicht eine „richtige“ Erinnerung einer „falschen“ gegenüberstellen. Obwohl man aus heutiger Sicht davon ausgehen würde, dass Störungen einen Grund für früheres Schweigen und Lücken darstellen, steht hinter dem Schweigen ein Bedarf an Stimmigkeit in einer sich wandelnden Umgebung; zudem ist das Endergebnis – die Erinnerung oder die historische, biografische Erzählung – immer relativ. Wie Norbert Frei warnte, ist die heutige moralische Art zu fragen nicht nur anfechtbar, sondern auch die Zuverlässigkeit der Aussagen der letzten Zeugen des Nationalsozialismus, die zu einem besseren Verständnis des damaligen Regimes beitragen sollen, äußerst problematisch.<sup>119</sup> Wie hier aufgezeigt wurde, stellen Erinnerungen an die Umsiedlung immer nur eine Art Prisma dar, um über die Gegenwart zu sprechen. Sie sind daher also nur situationsbedingte Erklärungen, die uns zur Reflexion auffordern. Schließlich können also über die Natur und Erfahrung des Nationalsozialismus durch Erinnerungen nur bedingt Einsichten gewonnen werden. Jedoch spiegeln letztendlich die Erinnerungen an diese Episode in vielerlei Hinsicht und in einer äußerst greifbaren Weise die Erlebnisse vieler Deutscher wider, die Hitler frenetisch zujubelten und doch unerhörte Verluste, Zerstörungen und Schmach 1945 und danach erfuhren. Wechselhafte Geschichten und Erzählmuster über die Umsiedlung – mit ihren Markenzeichen von Schweigen (Lücken), Störung (Tabus) und Stimmigkeit (Rechtfertigungen) – geben also einen privilegierten Einblick in die Verwicklung von Erlebnis, Identifizierung und kollektiver Sinnggebung im historischen Diskurs nach der furchtbaren Gewalt und dem Leid des Zweiten Weltkrieges. Mit anderen Worten geben die Erinnerungen an die Umsiedlung „Heim ins Reich“ besonders deutlich die Art und Phasen der Aufarbeitung der Vergangenheit der Bundesrepublik im Allgemeinen wieder.

---

118 *Ahonen, Pertti*: The Impact of Distorted Memory. Historical Narratives and Expellee Integration in West Germany, 1945–1970. In: Ohliger, Rainer, Karen Schönwälder und Triadafilos Triadafilopoulos (Hg.): *European Encounter. Migrants, Migration and European Societies since 1945*. London 2003, S. 236–254.

119 *Frei, Norbert*: 1945 und Wir. Das Dritte Reich im Bewußtsein der Deutschen. München 2005.

## Streszczenie

*Gaëlle Fisher*

### Milczenie, niepokój i potrzeba spójności: Wspomnienia przesiedleń „do domu do Rzeszy” wśród Niemców z Bukowiny

Przesiedlenia Niemców z północnej i południowej Bukowiny do „Wielkiego Imperium Niemieckiego“ jesienią 1940 r. (motto: „do domu do Rzeszy“), oraz wydarzenia następných lat (życie obozowe, osiedlenie się i ucieczka) były dla nich zarówno imponującymi, jak i deprymującymi doświadczeniami. Jak już często wspominałam, to wykorzenieczenie charakteryzowało się dużymi emocjami, nadzieją i oczekiwaniem, jak również rozczarowaniem, niepewnością i wstydem. Chociażby z tego powodu bardzo trudno było owym przesiedlonym poradzić sobie z tą przeszłością. Pamięć jednak nie kształtuje się jedynie poprzez czas samego wydarzenia. Kwestia przesiedleń Niemców podczas drugiej wojny światowej wywołuje dzisiaj szczególne kontrowersje ze względu na jej bliskie powiązania z holocaustem. „Folksdojczce“ i Niemcy z Bukowiny wśród nich, należeli jednocześnie do ofiar i beneficjentów polityki Hitlera.

Na podstawie zestawionych obok siebie wypowiedzi różnych pokoleń Niemców z Bukowiny niniejszy artykuł próbuje znaleźć odpowiedź na pytanie, jak zdobyta w późniejszych latach wiedza pogodzona została z własnymi wspomnieniami i uczuciami. Analiza różnych źródeł (nagrań dźwiękowych, raportów, książek, artykułów w prasie i wywiadów) z różnych dziesięcioleci na temat przesiedleń wskazuje na to, iż wspomnienia nie tylko zostają dostosowywane do danego czasu i miejsca narracji, ale że również milczenie i wewnętrzny niepokój można wytłumaczyć potrzebą spójności w zależności od danego kontekstu.

## Die Autorinnen und Autoren

### *Artur Caputa*

Mitarbeiter des Stadtmuseums Żywiec; Organisator des Muzeum Czynu Zbrojnego Żywiecczyzny (Museum der bewaffneten Aktion des Żywiecer Landes) in Węgierska Górka (Außenstelle des Stadtmuseums Żywiec);  
Forschungsschwerpunkt: Beteiligung der Einwohner des Landkreises Żywiec im Ersten und Zweiten Weltkrieg

### *Jan-Michael Dunst, M.Ed.*

Historiker; Studienrat an der Gemeinschaftsschule March;  
2012 Masterarbeit an der Universität Kiel: „Die Reaktionen deutscher Bevölkerungsgruppen im östlichen Europa auf die Planung und Durchführung ihrer Umsiedlung 1939–1941“;  
Forschungsschwerpunkt: Geschichte des östlichen Europa

### *Gaëlle Fisher, Dr.*

Historikerin; wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Zeitgeschichte München (Holocaust-Studien);  
2015 Promotion am University College in London: „Disturbing Pasts and Better Futures? A Comparison of Recent Approaches to the Past among Bukovina Jews and Bukovina Germans“;  
Forschungsschwerpunkte: Geschichte und Nachgeschichte des Holocausts und des Zweiten Weltkrieges, Geschichte der deutschen Minderheiten in Ostmitteleuropa, Deutsche Erinnerungskultur nach 1945, Geschichte des Holocausts in Rumänien

### *Malgorzata Goc, mgr*

Ethnografin und Museologin; Leiterin der Ethnografischen Abteilung des Muzeum Śląska Opolskiego (Museum des Oppelner Schlesiens) in Opole (Oppeln);  
1979 Magisterarbeit an der Universität Wrocław: „Kartografia w etnografii polskiej [Die Kartografie in der polnischen Ethnografie]“;  
Forschungsschwerpunkte: Ethnografie Oberschlesiens, Migration nach Schlesien und aus Schlesien nach Südamerika und in die USA

*Jan Iluk, prof. zw. dr hab.*

Germanist; ehem. Lehrstuhlinhaber im Institut für Germanische Philologie an der Schlesischen Universität zu Katowice;

1988 Habilitation an der Universität Wrocław: „Privative Adjektive im Deutschen und Polnischen auf -los und bez- in kontrastiver Sicht“;

Forschungsschwerpunkte: Grammatik, Pragmatik, Lexikologie, Rechts-sprache, deutsch-polnische Beziehungen

*Lukasz Iluk, dr*

Jurist; Dozent an der Wyższa Szkoła Finansów i Prawa (Hochschule für Finanzen und Recht) in Bielsko-Biała;

2011 Promotion an der Ermländisch-Masurischen Universität Olsztyn (Allenstein): „Regulacje prawne zgromadzeń na otwartej przestrzeni w Austrii i RFN [Die Bestimmungen des Versammlungsrechts im freien Raum in Österreich und der BRD]“;

Forschungsschwerpunkte: Deutsches und österreichisches Versammlungsrecht, deutsche und polnische Rechtsterminologie, Kunstraub

*Wolfgang Kessler, Dr.*

Historiker; bis zur Pensionierung Direktor der Martin Opitz-Bibliothek, Herne;

1978 Promotion an der Universität Düsseldorf: „Politik, Kultur und Gesellschaft in Kroatien und Slawonien in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts“;

Forschungsschwerpunkte: Geschichte Südosteuropas und der Deutschen in Polen

*Hans-Werner Retterath, Dr.*

Soziologe und Kulturwissenschaftler; wissenschaftlicher Mitarbeiter sowie Geschäftsführer und Stellvertretender Leiter des IVDE Freiburg;

2000 Promotion an der Universität Marburg: „Deutschamerikanertum und Volkstumsgedanke. Zur Ethnizitätskonstruktion durch die auslandsdeutsche Kulturarbeit in der Zwischenkriegszeit“;

Forschungsschwerpunkte: Städtepartnerschaften mit Kommunen im östlichen Europa, Kulturgeschichte der „auslanddeutschen Volkstumsarbeit“, Vertriebenen Denkmale

*Mirosław Sikora, dr*

Historiker; wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instytut Pamięci Narodowej (Institut des Nationalen Gedenkens), Katowice;

2010 Promotion an der Schlesischen Universität zu Katowice: „Niszczyć, by tworzyć. Germanizacja Żywiecczyzny przez narodowosocjalistyczne Niemcy 1939–1944/45 [Vernichten, um zu gestalten. Die Germanisierung des Żywiecer Landes durch das nationalsozialistische Deutschland 1939–1944/45]“;

Forschungsschwerpunkte: polnische Nachkriegsgeschichte, Zeitgeschichte Oberschlesiens (zurzeit: Der Sicherheitsdienst in Oberschlesien)

*Steffen A. Wasko*

Historiker; zurzeit Arbeit am Dissertationsprojekt „Positionen zu einer Philosophie der Gemeinschaft: Marx und Bakunin“;

2015 Staatsexamensarbeit an der Universität Freiburg: „Volkskörper und Rasse. Nationalsozialistische Bevölkerungspolitik in Ostoberschlesien“;

Forschungsschwerpunkte: Geschichte des Nationalsozialismus, Philosophie des 19. und 20. Jahrhunderts, Kritische Theorie, Marxistische Philosophie, Biopolitik

